C 21734 D



Israelischer Terror gegen Libanon S. 12

Arbeiterkampf

Jg. 7 Nr. 117 15.11.77

Arbeiterzeitung des Kommunistischen Bundes

2,- DM

GEGEN DIE OBJEKTIVEN

1.
Wenn die Bekämpfer des Unrechts
Ihre verwundeten Gesichter zeigen
Ist die Ungeduld derer, die in Sicherheit waren
Groß.
2.
Warum beschwert ihr euch, fragen sie
Ihr habt das Unrecht bekämpft! Jetzt
Hat es euch besiegt: schweigt also!
3.
Wer kämpft, sagen sie, muß verlieren können
Wer Streit sucht, begibt sich in Gefahr
Wer mit Gewalt vorgeht
Darf die Gewalt nicht beschuldigen.
4.
Ach, Freunde, die ihr gesichert seid
Warum so feindlich? Sind wir
Eure Feinde, die wir Feinde des Unrechts sind?
Wenn die Kämpfer gegen das Unrecht besiegt sind
Hat das Unrecht doch nicht recht!!
5.
Unsere Niederlagen nämlich
Beweisen nichts, als daß wir zu
Wenige sind
Die gegen die Gemeinheiten kämpfen
Und von den Zuschauern erwarten wir
Daß sie wenigstens beschämt sind! **B. Brecht**

Schluß mit den "Selbstmorden"!

Die Welle von „Selbstmorden" an politischen Gefangenen in westdeutschen Gefängnissen geht weiter: Nach dem „Selbstmord" an Ulrike Meinhof 1976 und den „Selbstmorden" an Gudrun Ensslin, Andreas Baader und Jan Carl Raspe in der Nach vom 17. zum 18. Oktober (und einem „Selbstmordversuch" an Irmgard Möller) wurde am Nachmittag des 12. November Ingrid Schubert in ihrer Zelle in München-Stadelheim erhängt aufgefunden. Wie in solchen Fällen schon üblich, deuten nach offiziellen Angaben „alle Anzeichen" zweifelsfrei auf einen Selbstmord hin.

Der „Selbstmord" an Ingrid Schubert stellt eine gefährliche Stufe in der Eskalation zur Vernichtung der politischen Gefangenen dar. Dieser „Selbstmord" deutet darauf hin, daß jetzt, unabhängig von konkreten Anlässen wie der Flugzeugentführung und der Mogadischu-Aktion der GSG 9, zügig an die Liquidierung der „prominentesten" Gefangenen gegangen werden könnte.

Die „Selbstmord"-Aktion vom 18. Oktober und die darauf folgenden immer tolleren „Entdeckungen" in Stammheim haben entscheidend dazu beigetragen, in breiteren Teilen der Bevölkerung eine Stimmung zu schaffen, in der auch weitere „Selbstmord"-Märchen Glauben finden könnten. Nur in dieser Atmosphäre sind auch die zahlreichen grellen Skandale möglich, die in den „Ermittlungen" nach der Stammheimer „Selbstmord"-Aktion bisher schon zutage getreten sind.

Man muß es noch einmal ganz klar sagen: Es gibt bei klarem Verstand nicht den geringsten Grund, an einen Selbstmord der Gefangenen zu glauben! Selbst wenn man der These des Staates von einer „Selbstmord-Strategie" der Gefangenen Glauben schenken sollte, wäre es absurd, daß sich ausgerechnet die fünf „prominentesten" Gefangenen, die „Staatsfeinde Nr. 1", innerhalb von kaum einem Monat selbst umbringen bzw. Selbstmord versuchen würden.

Welchen Sinn soll eine solche Häufung von Selbstmorden haben? Es zeigt im Übrigen die Perfidie der Herrschenden, wenn sie auf der einen Seite in letzter Zeit immer wieder die Terroristen als Feiglinge hinzustellen versuchten, die mit der Todesstrafe zu schrecken wären, während andererseits denselben Menschen unterstellt wird, sie wären bereit, sich selbst umzubringen, nur um ein „Fanal zu setzen".

Nach dem „Selbstmord" an Ingrid Schubert ist jetzt auch das Leben der anderen politischen Gefangenen in höchster Gefahr. Besondere Gefahr besteht für Irmgard Möller, die einzige Überlebende der Stammheimer „Selbstmord"-Aktion. Diese Zeugin aus dem Weg zu schaffen, könnte das Ziel eines weiteren „Selbstmords" oder auch „medizinischer Komplikationen" an Irmgard Möller sein.

Man mag darüber spekulieren, ob die „Selbstmord"-Welle gegen die politischen Gefangenen direkt vom Bundeskanzleramt angeordnet ist oder ob (mit halboffizieller Duldung und Protektion) innerhalb des Staatsapparats faschistische Mordkommandos nach dem Vorbild der argentini-

Fortsetzung auf Seite 2



Ingrid Schubert

Rettet das Leben von Irmgard Möller!

Nach dem „Selbstmord" an Ingrid Schubert muß jetzt noch mehr als zuvor befürchtet werden, daß auch das Leben von Irmgard Möller, der einzigen Überlebenden der Stammheimer „Selbstmord"-Aktion vom 18.Oktober in ernster Gefahr ist.

Irmgard Möller hat ihrer Anwältin Jutta Bahr-Jentges berichtet, daß sie in der Nacht zum 18. Oktober gegen 4.30 Uhr Lärm gehört habe (zwei Knalle und ein Quitschen), und daß sie dann ohnmächtig geworden sei, möglicherweise durch Gas betäubt. Sie sei erst wieder zu sich gekommen, als sie schon verletzt auf der Trage lag und Ärzte und Personal um sie herumstanden.

Als einziger Überlebenden des Massakers kommt den Aussagen Irmgard Möllers besondere Bedeutung zu. Es ist daher bezeichnend, daß der Staat auf der einen Seite um die Obduktion der drei Leichen mit der Hinzuziehung ausländischer Mediziner ein scheinheiliges Spektakel für die internationale Öffentlichkeit und für ein gutgläubiges westdeutsches Publikum inzenierte, während Irmgard Möller sorgfältig abgeschirmt wurde und ihren Aussagen von vorneherein nicht der geringste Wert beigemessen wurde.

Irmgard Möller, derzeit im Knastkrankenhaus Hohenasperg, steht trotz formaler Aufhebung der Kontaktsperre immer noch fast total unter Isolation. Nur mit großen Umständen können ihre Verteidigerinnen Jutta Bahr-Jentges und Alexandra Goy sie wenigstens bisher noch besuchen. Dabei geht die ohnehin knapp bemessene Besuchszeit zum größten Teil durch die schikanösen „Durchsuchungen" (einschließlich Leibesvisitationen) der Anwältinnen und ihrer Mandantin verloren.

Inzwischen wird von den zuständigen Stellen sogar das Recht der Anwältinnen bestritten, Irmgard Möller zu besuchen und mit ihr über das Stammheimer Massaker zu sprechen. Rechtsanwalt Heldmann, der sich auch um ein Mandat für Irmgard Möller bemüht, wurde von den zuständigen Stellen zurückgewiesen. Es

Fortsetzung auf Seite 3

Die Linke in der Gegenoffensive

Nachdem anläßlich der Schleyer-Entführung, der Flugzeugentführung, den angeblichen „Selbstmorden" von Stammheim und der Erschießung Schleyers weite Teile der demokratischen, sozialistischen und revolutionären Linken mit Distanzierungen und Zurückhaltung in der öffentlichen Kritik und Mobilisierung auf die Repressionswelle und Hetzkampagne der Bourgeoisie reagiert haben, zeichnet sich in den letzten Wochen spürbar eine Tendenzwende ab. Ausdruck davon sind zahlreiche Veranstaltungen zu den „Wundern von Stammheim", zur Solidarität mit Opfern der Repressionswelle (wie z.B. Peter Brückner), gegen die Verbotsdrohungen gegen kommunistische Organisationen und Demonstrationen zu verschiedenen Aspekten der aktuellen Repression.

Ausdruck davon ist aber auch die zunehmende Bereitschaft zahlreicher demokratischer Persönlichkeiten, sich trotz massiver Einschüchterungsversuche öffentlich zu Wort zu melden, wie z.B. Heinrich Böll, der dies unter dem bekanntgewordenen Stichwort „Jetzt reichts" faßte, oder die Erklärung von 12 niedersächsischen Professoren, die das ihnen aufgezwungene Treuebekenntnis öffentlich als Demütigung brandmarkten. Unmittelbare Ursache dieser „Tendenzwende" ist die weit überzogene Kampagne der Reaktion, die immer deutlicher macht, daß nicht allein revolutionäre Kritik an diesem Gesellschaftssystem im Kreuzfeuer steht, sondern ebenso jede liberale und demokratische Kritik. Weiterhin haben die angeblichen „Selbstmorde" von Stammheim und die arrogante Vertretung der „Selbstmord"version durch die Bundesregierung gerade in demokratischen Kreisen dazu beigetragen, bestehende Kritik zu stärken und die Angst zu überwinden.

Bisherige Höhepunkte der linken Gegenmobilisierung waren Demonstration in Westberlin mit 10 000 und 6 000, in Göttingen mit 6 000, in Stuttgart mit 30 000 und in Hamburg mit 3 000 Teilnehmern. Schwerpunkte auf allen Demonstrationen waren die Terroristenhatz anläßlich

Fortsetzung auf Seite 4

Am 12.11.1977 demonstrierten 3.000 in Hamburg

Schluß mit den . . .

Fortsetzung von Seite 1

schen „AAA" und der brasilianischen „Todesschwadron" ihr blutiges Handwerk betreiben. **Tatsache ist jedenfalls, daß es hier n i c h t n u r um die Solidarität mit den Gefangenen geht, die aktuell bedroht sind, sondern daß es auch für die ganze gesellschaftliche Entwicklung, für alle demokratischen Kräfte dieses Landes, verhängnisvoll und lebensgefährlich wäre, wenn diese Mord-Praxis, unterstützt von einer zu jeder Schändlichkeit bereiten Lügen-Presse, fortgesetzt und ausgeweitet werden könnte. Das Klima des risikolosen und ungestraften staatlichen oder halbstaatlichen Mordes darf nicht geduldet werden! Dagegen muß eine breite Kampffront aufgebaut werden, weit über das bisherige Niveau hinaus. Verhindern wir weitere „Selbstmorde" des Staates!**

Stammheim: Beweise werden pulverisiert

Am 11. November, drei Wochen nach den Stammheimer „Selbstmorden" vom 18. Oktober, ereignete sich in Stammheim ein neues Wunder: In der Zelle 721 im 7. Stock (neben der Zelle, wo zuletzt Gudrun Ensslin untergebracht war) wurde wiederum Sprengstoff „entdeckt". Bereits kurz nach den „Selbstmorden" waren in der leerstehenden und angeblich als Lagerraum benutzten Zelle 723 270 Gramm Sprengstoff „gefunden" worden. Beim neuen Fund in der Zelle 721 waren es sogar 400 Gramm. Bei dem wunderbaren Fund in Zelle 723 mußte noch eingestanden werden, daß die Gefangenen mit diesem Sprengstoff

Gefangenen mit diesem Sprengstoff

gar nichts hätten anfangen können – vorausgesetzt, sie hätten ihn überhaupt gehabt! –, weil keine Sprengkapseln da waren, um den Stoff zu zünden. In der Zelle 721 waren die Wunder-Produzenten offenbar schon gewitzter: diesmal wurden auch drei Sprengkapseln „gefunden".

In der Zelle 721 war zuletzt, und zwar von 25 Juni bis 18. August dieses Jahres I n g r i d S c h u b e r t untergebracht, die nur einen Tag nach dem neuen Fund einem weiteren „Selbstmord" zum Opfer fiel. An der Reaktion der bürgerlichen Presse in den nächsten Tagen wird sich erweisen, wieweit das neue Wunder in der Zelle 721 auch direkt als Teil der psychologisch-propagandistischen Vorbereitung des „Selbstmores" zu sehen ist, wieweit es also dazu dienen sollte, die Gefangene Schubert als besonders gefährliches Subjekt erscheinen zu lassen, an deren „Selbstmord" kein Zweifel bestehen darf. Die Springer-Presse scheint schon auf dieser Tour abgefahren zu sein: *„...In Stammheim hatte sie jedoch offensichtlich ein lebensgefährliches Souvenir hinterlassen: Am Freitag wurden in ihrer alten Zelle 400 Gramm Sprengstoff und drei Sprengkapseln entdeckt"* („BamS", 13.11.).

Die Zelle 721, die nach dem 18. August leergestanden hatte, war bereits nach den „Selbstmorden" vom 18. Oktober gründlichst durchsucht und in ihre Einzelteile zerlegt worden. In dieser Zelle wurden damals angeblich Rasierklingen und eine Magensonde in einem Versteck gefunden. Die amtliche ‚Untersuchung' der Zelle war also abgeschlossen. Über den neuen Sprengstoff-Fund heißt es daher, er sei „z u f ä l l i g" entdeckt worden, nämlich von einem Gefängnisbaukommando.

Schon die Annahme war eine geistige Zumutung, daß die nach dem 18. Oktober zahlreich „entdeckten" Funde in den Stammheimer Zellen wirklich bei den täglichen oder fast täglichen Zellen-Durchsuchungen durch das Wachpersonal übersehen worden sein könnten. Mit dem neuen Fund in der Zelle 721 verhält es sich noch weitaus krasser: Diese Zelle war nach dem 18. Oktober, wie die anderen Zellen dieses Trakts auch, von den fähigsten Spezialisten des Bundeskriminalamts, zweifellos auch des VS, und anderer Stellen zentimeterweise durchwühlt worden. Wie hätte da der Sprengstoff „übersehen" werden können, wenn er wirklich schon in der Zelle war? Es gibt nur zwei mögliche Schlußfolgerungen:

– Entweder ist dieser Sprengstoff n a c h der amtlichen Durchsuchung in der Zelle plaziert worden, wobei sogar die totale Unwahrscheinlichkeit dieses Fundes und ein neuer Skandal in Kauf genommen wurden, um neue Provokationen vorzubereiten.

– Oder aber dieser Fund war tatsächlich s o gut in der Wand versteckt, daß er normalerweise nicht zu finden war, sondern wirklich nur bei einem Abbruch der Wand entdeckt werden konnte. Ein solches Versteck anzulegen, wäre aber für die Gefangenen zweifellos mit i h r e n Mitteln nicht möglich gewesen. Die Frage wäre also in diesem Fall, ob der Sprengstoff (und andere Überraschungen) vielleicht schon bei der Errichtung des Stammheimer Gefängnisses – in erster Linie eine „Sonderanfertigung" für die RAF, wie man sich erinnern wird! – miteingemauert wurde, sozusagen als jederzeit benutzbare „Zeitbombe" für die Inszenierung von Provokationen gegen die Gefangenen.

So oder so wurde das neue Sprengstoff-Wunder in der Zelle 721 zum Anlaß genommen, um eine „Radikalkur" anzuordnen: Baden-Württembergs neuer Justizminister Palm ordnete an, *„daß alle nichttragenden Wände der Terroristenzellen in der Stammheimer Haftanstalt abgerissen werden. Ferner erhielt das Baukommando den Auftrag, alle Fußböden aufzureißen und den Putz von den tragenden Wänden zu stemmen"* („Hamburger Abendblatt", 12.11.).

Nachdem schon bei den ersten Durchsuchungen nach dem 18. Oktober der Inhalt der Zellen weitgehend zerstört und in Kleinstteile zerlegt wurde, bedeutet die neue Anordnung praktisch die endgültige Pulverisierung der Umgebung, in der sich das Wunder von Stammheim ereignet hat. Hier wird man nie mehr beweisen können, was wirklich in den Wänden usw. war – und wer es dort hingesteckt hat!

Warum durfte die Todeszeit von Baader und Ensslin nicht ermittelt werden ?

ermittelt werden ?

Es dürfte ziemlich einmalig in der Kriminalgeschichte sein, wie bewußt und systematisch versucht wird, die Todenzeit von Andreas Baader und Gudrun Ensslin zu verschleyern. Sie ist angeblich bis heute nicht festgestellt worden, obwohl sie zur Ausstellung eines Totenscheins und zu den Aufgaben der die Obduktion (Leichenuntersuchung) vornehmenden Ärzte gehört!

Einer der beiden obduzierenden Ärzte, Prof. Mallach (Tübingen) erklärte dazu am 26. Oktober, die Ärzte hätten **„noch nicht den Auftrag bekommen, das zu tun"**, d.h. die Todeszeit festzustellen. Den „Auftrag dazu haben die Ärzte offensichtlich immer noch nicht bekommen. Richtiger gesagt: Da es eine normale Pflicht und Routine-Übung der obduzierenden Ärzte gewesen wäre, die Todeszeit festzustellen, muß man wohl davon sprechen, daß ihnen dies direkt v e r b o t e n wurde!

Zu diesem Punkt führte Prof. Mallach aus: „*... Wir haben zur Todeszeit überhaupt noch nicht Stellung genommen, aus dem einfachen Grund, weil wir erst abends an die Leichen herandurften ... Wir durften also gar nichts machen, und je länger Sie warten, desto ungenauer wird das*" (Feststellung der Todeszeit). So sei selbst die Temperatur der Leichen erst abends gemessen worden, von anderen für die Ermittlung der Todeszeit wichtigen Daten ganz zu schweigen. Mallach: „*... Wir durften ja die Leichen nicht berühren ... Es ist ein Vertreter des Justizministeriums gewesen, der uns gebeten hat, nichts zu unternehmen, bis nicht alle Gerichtsmediziner aus dem Ausland zusammen sind... Wir haben die Leichen überhaupt nicht berührt, ich habe sie gar nicht angefaßt, nur einen Blick hineingeworfen in die Zelle.*"

Der Vorwand ist natürlich mehr als lächerlich. Nichts hätte dagegen gesprochen, sofort bei Auffinden der Leichen deren Temperatur zu messen und einige andere Daten zu ermitteln, auch ohne die ausländischen Mediziner.

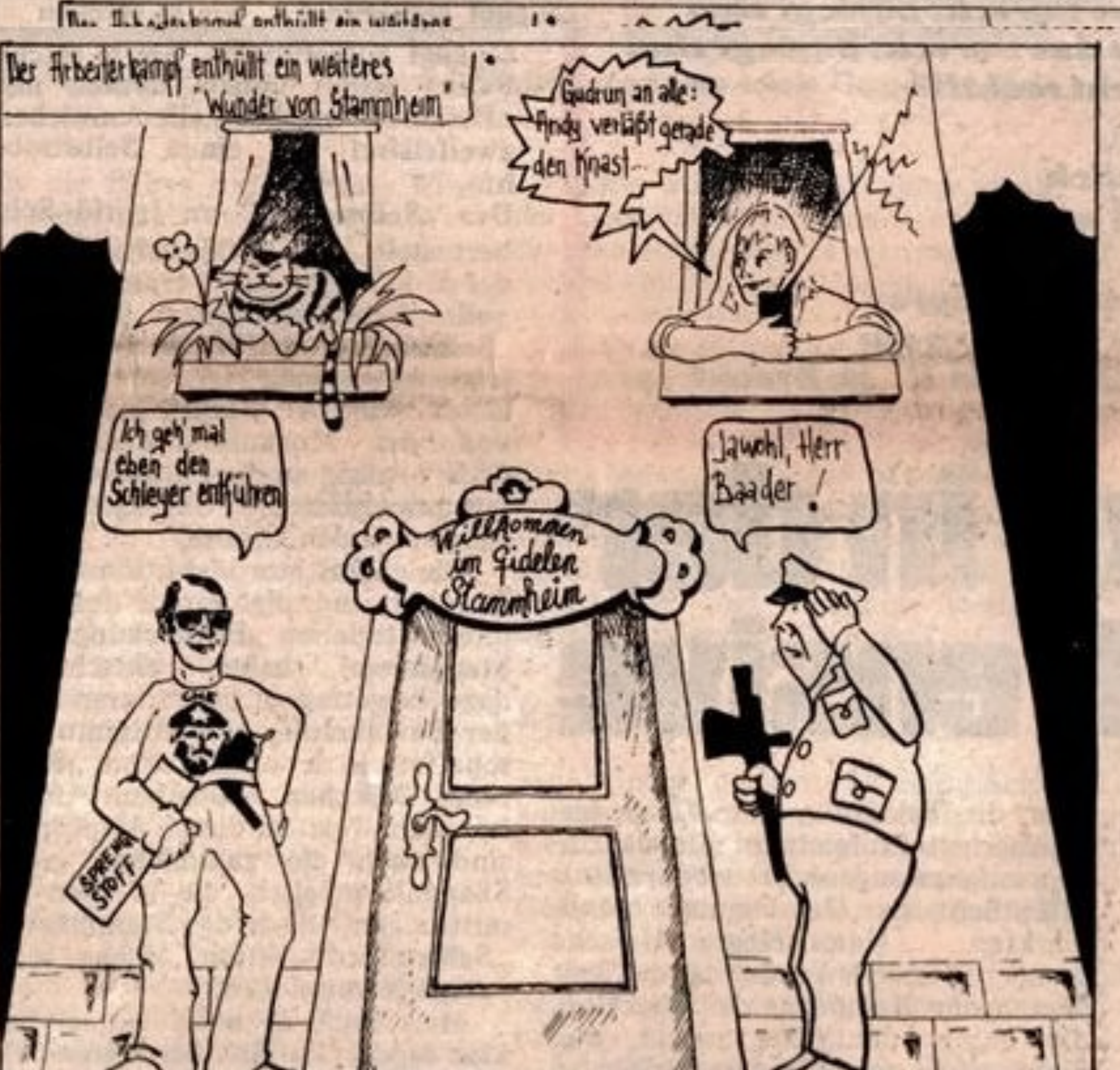
Die Einladung ausländischer Gerichtsmediziner – ein außerordentlicher Vorgang und begleitet von entsprechenden gehässigen Kommentaren der Springerpresse – sollte ja angeblich gerade demonstrieren, daß der westdeutsche Staat in dieser Sache absolut nichts zu verbergen habe, sondern der Weltöffentlichkeit seine Leichen ungeniert vorführen könne.

Es ist also makaber und absurd, wenn dann das Warten auf die ausländischen Ärzte benutzt wurde, um eine Verschleierung der Todeszeit zu rechtfertigen. Umso mehr, da anscheinend nach der Obduktion bis heute den obduzierenden Ärzten sogar verboten wurde, wenigstens mit den von ihnen am Abend des 18.10. ermittelten Daten eine Schätzung der Todeszeit zu treffen.

Kackfrech erklärte dazu der zuständige Staatsanwalt Hermann: **„Ich habe noch keine Todeszeit. Wenn ich weiß, daß einer einen Brief geschrieben hat, daß er sich aufhängen wird, und er sich dann aufhängt, dann interessiert es mich gar nicht, ob er sich morgens oder abends aufgehängt hat"** („ID", 5.11.77).

Logisch, daß der bürgerliche Staat kein Interesse hat, irgendwelche Dinge zu untersuchen, die mit der offiziell v o r g e f a ß t e n Selbstmordthese nicht übereinstimmen. Tatsache ist aber auch, daß gerade um die Obduktion der drei toten Gefangenen von der Bundesregierung ein riesiger internationaler Wirbel gemacht wurde und daß publizistisch-propagandistisch einiges auf die Beine gestellt wurde, um den Anschein zu erwecken, als würde wirklich eine ehrliche und vorurteilsfreie Untersuchung stattfinden, und als würde penibel jedem Hinweis nachgegangen, daß vielleicht doch ein „Fremdverschulden" (=Mord) vorliegen könnte. **Unter diesen Umständen kann es weder mit staatsanwaltlicher Arroganz noch mit Schlamperei begründet werden, daß die Todeszeit von Baader und Ensslin nicht ermittelt wurde. Man kann vernünftigerweise nur schlußfolgern, daß das Interesse des Staates an einer Verschleierung der Todeszeit s o groß ist, daß dafür sogar die internationalen Zweifel in Kauf genommen werden, die diese Verschleierung hervorruft!**

Vermutlich wird, nach der bisherigen Erfahrung, in nächster Zeit doch noch eine „amtlich festgestellte" Todeszeit veröffentlicht werden, um auch diese Lücke in der „Selbstmord"–Legende noch zu schließen.



Ü b e r p r ü f e n wird das dann keiner mehr können.

Steht die Verschleierung der Todeszeit etwa in Zusammenhang mit dem seltsamen und bisher unerklärlichen Befund an den Schuhen des toten Baader? Rechtsanwalt Heldmann, der die Obduktion teilweise beobachtete, erklärte dazu: *„Baader hat feste Schuhe angehabt, praktisch ungebrauchte Schuhe, die er nie getragen hat. An ihren Sohlen befand sich ein sehr intensiver Belag mit einem hellen, feinkörnigen Sand. Es waren nicht nur einzelne Körnchen, sondern mehr eine flächenweise Sandanhaftung... Das habe ich selbst gesehen. Dies ist insbesondere auch dem Wiener und dem Zürcher Pathologen bei der Leichenbeschau aufgefallen, und der Wiener hat in meiner Gegenwart gefragt: ‚Wo kommt denn der Sand an den Schuhen her!?' Der Beamte hat jegliche Auskunft verweigert... Dieser Sand kann weder vom Hof in Stammheim kommen, auf den Baader ohnehin nicht gekommen ist, noch von dem überdachten Dach, wo die Gefangenen ihren Freigang hatten, da dieser betoniert ist"* (Interview mit dem AK, AK 116, S. 7).

Steht der Sand an Baaders Schuhen in Zusammenhang mit der in Mogadischu zur Erstürmung der Lufthansamaschine angewendeten „Kriegslist" (Wischnewski)? Oder handelt es sich lediglich um ein weiteres Stammheimer Wunder?

Der Wiener Gerichtsmediziner Prof. Holczabek, der an der Obduktion teilnahm, hat bestätigt, daß sich an Baaders Schuhen „Fremdkörper" befanden, die wie Sand aussahen. Er selbst hat daraufhin eine mineralogische Untersuchung dieser „Fremdkörper" gefordert, aber vergeblich.

Im Übrigen betonte Prof. Holczabek, daß weder er noch einer der anderen mit viel Trara von der Bundesregierung angekarrten ausländischen Gerichtsmediziner an der Obduktion m i t g e w i r k t hat. Sie hätten der Obduktion vielmehr nur „beobachtend beigewohnt". Seither habe er „überhaupt nichts mehr aus der Bundesrepublik Deutschland von offizieller Seite gehört" (alles Angaben nach „ED", 4.11.77).

Die Heranziehung ausländischer Gerichtsmediziner war also offensichtlich nichts anderes als eine Propaganda-Show. Alle Untersuchungen, z.B. auf Giftstoffe oder Betäubungsmittel im Körper oder auf die Todeszeit, wurden ausschließlich von den zwei westdeutschen Gerichtsmedizinern vorgenommen – bzw. oder auch nicht...

Wie weitere Beweise vertuscht werden

Würde unter normalen Umständen ein Mann mit einem Einschuß im Hinterkopf aufgefunden, so würde kaum derart dreist ausschließlich auf Selbstmord „ermittelt" werden. In so einem Fall würden normalerweise z.B. sehr gründlich alle feststellbaren Fingerabdrücke gesichert und geprüft werden (Man vergleiche die Fahndung nach den angeblichen Schleyer-Entführern!). In Stammheim ist das offenbar nicht geschehen. Erstaunen löste besonders die Behauptung aus, an allen drei „Selbstmordwerkzeugen" (zwei Pistolen, ein Eßmesser) seien keine Fingerabdrücke gewesen, da sie zu blutverschmiert gewesen seien. Ein Fall, von dem man in der Kriminalistik nur selten oder gar nicht gehört hatte!

Während der Vernehmung bestritt überdies ein Mann des Wachpersonals daß die in Raspes Zelle gefundene Pistole blutverschmiert gewesen sei. Er selbst habe die Pistole mit einem Taschentuch gefaßt, um sie vom Boden aufzuheben. Er habe in seinem Taschentuch kein Blut feststellen können. Diese Meldung wurde in der BRD u.W. nur von der „Stuttgarter Zeitung" veröffentlicht, ansonsten aber verschwiegen, während die großen ausländischen Zeitungen darüber berichteten (z.B. „Le Monde", vom 10.11.).

Die Stuttgarter Staatsanwaltschaft sah sich gezwungen, zuzugeben, daß die Pistole in der Tat n i c h t blutverschmiert gewesen ist – es seien aber trotzdem auf der Waffe „keine verwertbaren Fingerabdrücke festgestellt" worden („Stuttgarter Zeitung", 9.11.). Dieser Vorgang veranlaßte die Stuttgarter Zeitung" zu dem Kommentar: „*... Der Ausschuß* (gemeint ist der Untersuchungsausschuß des bad.-württ. Landtags – Anm. AK) *wird jetzt klären müssen, wie es zur ersten, offenbar falschen Mitteilung kommen konnte, und wie es sich die Staatsanwaltschaft erklärt, daß an der Waffe keine Fingerabdrücke waren*" (ebenda). Wahrscheinlich hat Raspe die Abdrücke nach seinem „Selbstmord" abgewischt?

Fingerabdrücke hätten z.B. auch auf den Patronen sichergestellt werden können, die angeblich um Raspe herum verstreut lagen. Die Frage ist, ob nicht auch auf den insgesamt vier abgeschossenen Patronen Abdrücke sein könnten. Weiter: Falls Gudrun Ensslin sich selbst am Fenster aufgehängt haben sollte, so müßte sie an bezeichnenden Stellen eine Fülle von Abdrücken hinterlassen haben. Auch davon hat man nichts gehört.

Experten haben darauf hingewiesen, daß ihrer Meinung nach das Rätsel um die d r e i Schüsse, die aus der bei Baader gefundenen Pistole abgegeben wurden, leicht zu lösen wäre: Werden mehrere Schüsse aus einem Lauf abgeben, so weist die zuerst abgeschossene Patrone andere Kratzspuren auf als die später, aus dem erhitzten Lauf abgeschossenen. Es wäre also zu ermitteln, ob Baader zuerst in die Wand geschossen hat und danach sich in den Kopf – oder umgekehrt! ... Das heißt, es könnte eventuell nachgewiesen werden, daß Baader die zwei Schüsse in die Wand gar nicht selbst abgegeben haben k a n n (da der Kopfschuß sofort tödlich war).

Nachdem Irmgard Möller gegenüber ihrer Verteidigerin angegeben hatte, sie sei vor dem an ihr vorgenommenen „Selbstmordversuch" möglicherweise betäubt worden, wurden angebliche Untersuchungsergebnisse aufgetischt, die diese Möglichkeit ausschließen sollten: *„In ihrem Blut und Urin fanden die Ärzte keinerlei Rückstände von Betäubungsmitteln"* („Spiegel", 45/77). „*... Bei Baader, Raspe und Ensslin sind Reste von bewußtseinsbetäubenden Mitteln im Körper nicht festgestellt worden*" („FAZ", 4.11.).

Diese Darstellung nährt die Zweifel eher, statt sie zu beseitigen. Ist es überhaupt glaubhaft, daß an Irmgard Möller nach ihrer Einlieferung ins Krankenhaus entsprechende Untersuchungen auf mögliche Rückstände von Betäubungsmitteln vorgenommen worden sein sollen? Wenn ja, so fragt sich doch: Warum?! Schließlich ist das keine R o u t i n e untersuchung, die in so einem Fall a u t o m a t i s c h vorgenommen wird. Im Übrigen müßten zwischen der mutmaßlichen Betäubung (die nach Angaben von Irmgard Möller zwischen 4.30 und 5.00 Uhr geschehen sein müßte) und einer eventuellen Untersuchung im Krankenhaus (wo sie frühestens gegen 8.45 eingeliefert wurde) rundgerechnet mindestens vier Stunden vergangen sein – ein Zeitraum, in dem sich bestimmte Mittel wohl gar nicht mehr nachweisen lassen, selbst wenn man es wollte.

Was die Toten angeht, so dürften zwischen dem „Selbstmord" und einer toxikologischen Untersuchung (auf Gifte und Betäubungsstoffe), falls überhaupt eine vorgenommen wurde, mindestens zwölf Stunden vergangen sein.

Es ist ohnehin kaum überprüfbar, was sich bei derartigen „Ermittlungen" an Schiebungen, Fälschungen usw. abspielt. In d i e s e m Fall sind die Beispiele für auf Vertuschung zielende „Ermittlungs"methoden aber noch weitaus dicker und zahlreicher als üblich! Die inländische und ausländische demokratische Öffentlichkeit muß dafür sorgen, daß über diesen Sumpf kein Gras wächst!

Erklärung

Wir unterstützen die Forderung, eine internationale Untersuchungskommission zu berufen, die die Umstände des Todes der in Stuttgart-Stammheim inhaftierten Gefangenen Andreas Baader, Gudrun Ensslin und Jan Carl Raspe untersucht sowie die Verletzungen von Irmgard Möller. Die Kommission muß das Recht haben, selbst Ermittlungen über die Todesumstände und die Haftbedingungen vorzunehmen, insbesondere das Recht und die Möglichkeit haben, die Beamten der Haftanstalt, des Bundeskriminalamtes, die Vertreter der Bundesanwaltschaft und die Richter des Oberlandesgerichts Stuttgart sowie die Verteidiger und übrigen Gefangenen in Stuttgart zu vernehmen.

Es muß gewährleistet werden, daß die Zusammensetzung der Kommission von den Wahlverteidigern gebilligt wird.

Rechtsanwälte in Hamburg am 4. November 1977

Micheal Günther
Gert Genoit
Werner Baufeldt
Raimund Benoit
Renate Eckholdt
Elke Limbrecht
Rainer Köncke
Harald Peters
Eckhart Kitzing
Trudel Müller
Hedwig Vogel
Nanette Mramor
Bea Schade
N. Steinkamp
Gesa Strauss
Michael Alex
Hartmut Schradin
Michael Böttcher

Winfried Günnemann
Hartmut Jakobi
Nidolaus Piontek
Michael Conrad
Hartmut Scharmer
Uwe Maeffert
Helmut Böddeling
Manfred Böddeling
Gisela Gebauer
Eberhard Reineck
Hartmut Schween
Michael Schubert
Wolfgang Kautzky
Arnold von Bosse
Petra Rogge
Kurt Groenewold
Hans Undlitz
sowie: Wächtler, Gaugel und Bendler

Rettet das Leben von Irmgard Möller

Fortsetzung von Seite 1

scheint nicht ausgeschlossen, daß versucht werden könnte, Irmgard Möller total von Anwälten ihres Vertrauens abzuschneiden.

Die zuständigen Stellen haben bisher die Aussagen von Irmgard Möller – sie habe keinen Selbstmord versucht usw. – überhaupt nicht zur Kenntnis genommen und dazu nicht Stellung bezogen; sie behandeln diese Aussagen offensichtlich von vorneherein und ohne jede Beweisführung als Lügen.

Da sich diese Haltung aber möglicherweise doch nicht ewig aufrechterhalten läßt, stellt Irmgard Möller als Überlebende des Massakers für den Staat ein unkalkulierbares Risiko dar. Es wäre insofern nicht einmal überraschend, wenn demnächst auch i h r „Selbstmord" gemeldet würde.

Möglich aber auch, daß man Irmgard Möller „medizinischen Komplikationen" zum Opfer fallen lassen will. Bisher steht für die Öffentlichkeit noch nicht einmal eindeutig fest, welcher Art ihre Verletzungen sein sollen. War zunächst die Rede von einem Brotmesser, mit dem sie sich Stiche in die Brust beigebracht habe, so stellte sich das „Brotmesser" als ein abgerundetes, stumpfes Eßmesser heraus. Es erschien unwahr, daß sich jemand hiermit S t i c h e in den Brustkorb beibringen könnte. So erklärte der Anstaltsarzt Majerowicz, der angeblich als erster Arzt die Toten und Verletzten untersuchte, es seien keine Stichverletzungen, sondern nur Schnittwunden gewesen („Welt", 9.11.) . Auch der vorläufige Bericht der bad.-württ. Landesregierung spricht nur von Schnittwunden. Hingegen sprachen die Ärzte in der Tübinger chirurgischen Universitätsklinik wieder von *„vier Stichen ...., die steil von oben in die linke Brust geführt wurden"* („Spiegel", 45/77). Tatsache ist jedenfalls, daß Irmgard am linken Herzbeutel operiert und genäht werden mußte. Ihr Gesundheitszustand ist jetzt nach Berichten ihrer Anwältinnen nicht sehr gut. So sollen Röntgen-Aufnahmen ergeben haben, daß sich im linken Herzbeutel und auch in der unverletzt gebliebenen rechten Seite Wasser gebildet haben soll. Der behandelnde Arzt spricht von der eventuellen Notwendigkeit einer Herzpunktion zur Entfernung der Flüssigkeit.

Die Anwältinnen berichten auch, daß Irmgard Möller unter Störungen des Gedächtnisses leidet, und sie haben die Frage gestellt, mit was für Medikamenten die Verletzte ‚behandelt' wird.

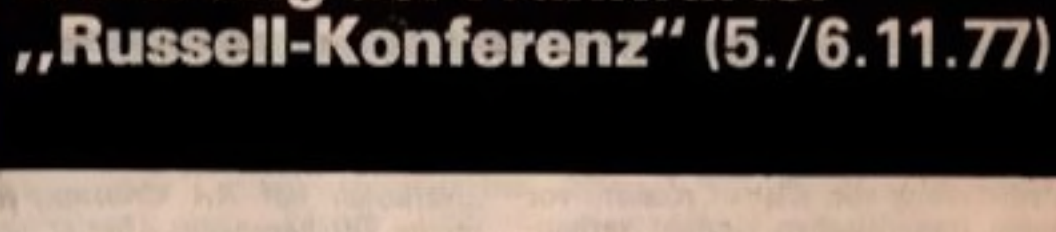
Zu fordern ist jetzt der unbeschränkte Zugang der Anwälte zu Irmgard Möller. Eine wichtige Funktion für den Schutz von Irmgard Möller könnte es auch haben, wenn sie frei mit Vertretern der ausländischen Presse sprechen könnte, damit im Ausland mehr Öffentlichkeit über ihre Aussagen und über ihre derzeitige Situation geschaffen werden kann. Irmgard Möller selbst hat schon den Wunsch geäußert, mit einem Journalisten der dänischen Zeitung „Extrabladet" sprechen zu können. „Extrabladet" hatte berichtet, Irmgard Möller habe bei ihrem Abtransport aus Stammheim ins Krankenhaus gerufen: „Es waren die Schweine!...". Sie selbst kann sich daran nicht mehr erinnern, bezweifelt aber nicht die Richtigkeit dieser Meldung.

Der Fall Irmgard Möller hat darüber hinaus noch einen weiteren Aspekt: Sie hat nämlich ihre Haftstrafe von viereinhalb Jahren schon seit einiger Zeit abgessen. In Haft ist sie derzeit nur noch mit der Begründung, daß gegen sie ein weiteres Verfahren inszeniert werden soll, in dem der berüchtigte Märchenerzähler und Polizeispitzel Gerhard Müller als „Kronzeuge" fungieren soll. Unter diesen Umständen ist zu fordern:

Freiheit für Irmgard Möller sofort!



Die schwerverletzte Irmgard Möller beim Abtransport aus Stuttgart-Stammheim



Erklärung der Frankfurter „Russell-Konferenz" (5./6.11.77)

Wir fordern die antifaschistischen, sozialistischen, kommunistischen und demokratischen Kräfte im In- und Ausland, insbesondere die Russel-Initiativgruppen, die die Menschenrechtsverletzungen in der BRD angreifen, auf, die sofortige Freilassung von Irmgard Möller durchzusetzen, indem über die Tatsache der Ermordung von politschen Gefangenen in westeutschen Gefängnissen Öffentlichkeit hergestellt wird.

Wir fordern die sofortige Freilassung von Irmgard Möller!

Wir fordern die Zusammenlegung von politischen Gefangenen in interaktionsfähige Gruppen zu mindestens 15 Gefangenen!

Wir fordern die Einberufung einer internationalen Untersuchungskommission zur Klärung der Morde bzw. des Mordversuchs in Stammheim!

Internationaler Aktionstag für die Freilassung Irmgard Möllers und für die Zusammenlegung der politischen Gefangenen zu interaktionsfähigen Gruppen am **Samstag, den 10.12.77.**

Russel-Initiativ-Gruppen zu Haftbedingungen an politischen Gefangenen aus Berlin, Stuttgart, Wiesbaden, Düsseldorf, Salzgitter, Münster; antifaschistische Gruppen Kaiserslautern, Braunschweig; Russel-Initiativen Dernbach, Karlsruhe; österreichische Russel-Initiative Wien, Russel-Initiative Aarhus, Zürich; Lotta Continua; Anti-Repressionsgruppe Heilbronn; Gruppe Haftbedingungen Bochum; Gruppe Schutz für Leben, Gesundheit und Identität der politischen Gefangenen; Multinationales Zentrum Neu-Isenburg; Spartacus-Bund und IG Frankfurt; Initiativen Tübingen; Westdeutsches Irland Solidaritätskomitee; RFM Wien; RFM Frankfurt; Frauen aus der Frauen-AG zum Russel-Tribunal;

Wir sind davon überzeugt, daß Gudrun, Andreas und Jan ermordet worden sind. An Irmgard Möller wurde ein Mordversuch unternommen.

Als einzige Überlebende des Massakers im 7.Stock der Justiz-Vollzugsanstalt Stammheim ist sie in unmittelbarer Lebensgefahr. (...) Die Version der westdeutschen Staatsschutzorgane, drei Morde und einen Mordversuch in der Psychologischen Kriegsführung als Selbstmorde zu tarnen, um so „Sympathisantenpositionen abzudrängen" (Herold), wurde schon nach der Ermordung von Ulrike Meinhof versucht. Dazu hat die Internationale Untersuchungskommission zur Aufklärung der Todesumstände von Ulrike Meinhof nach den Morden in Stammheim öffentlich erklärt, daß sich Ulrike Meinhof nicht selbst getötet haben kann.

Gerade an Irmgard Möller wird jetzt klar, daß das Projekt der physischen Vernichtung der Gefangenen aus der RAF forciert durchgeführt wird. Obwohl ihre 4 1/2 jährige Haftstrafe seit einem halben Jahr abgelaufen ist, befindet sie sich weiterhin ausschließlich auf Grund der Aussage des Staatsschutzeugen Müller, dessen Unglauwürdigkeit durch das Staatsschutzgericht in Kaiserslautern bestätigt wurde, in Internierungshaft (Sicherungsverwahrung).

Der einzige Grund für diese Maßnahme ist ihre geplante Ermordung, weshalb die Totalisolation trotz gegenteiliger Behauptung der Sicherheitsorgane weiter praktiziert wird.

Am 20.10. wurde von Justizminister Vogel die Kontaktsperre formal aufgehoben. Tatsache ist jedoch, daß sich außer Anwalts- und Angehörigenbesuchen, die jetzt möglich sind, nichts geändert hat, d.h. kein Umschluß, keine Zeitungen, oder nur zensiert, kein Radio usw.

Verteidigt das Leben und die Rechte der Überlebenden der RAF!

Appell der italienischen Linken

Die Tageszeitung „il manifesto" veröffentlichte am 19. Oktober einen Appell, der eine breite Unterstützung unter Sozialisten und Liberalen fand. Der Appell, der dann auch in den Tageszeitungen „Lotta Continua" (Organ der gleichnamigen Organisation), „Quotidiano dei Lavoratori" (Organ von Avanguardia Operaia) und „Republica" (unabhängig-linksliberal) veröffentlicht wurde, hat folgenden Wortlaut:

„Der Selbstmord von Baader, Raspe und Ensslin im Gefängnis ist ein Mord. Das ist die ‚Endlösung', die die westdeutsche Regierung an den Überlebenden der RAF vollzieht. In einem Modell-Gefängnis, wo sogar Geräusche, Licht und Temperatur kontrolliert werden, ist es unmöglich, Schußwaffen einzuschleusen; da können die zur Isolation verurteilten Gefangenen nicht einmal Informationen von draußen erhalten. Es sei denn, die Kerkermeister lassen Waffen hineinkommen, lassen Nachrichten einsickern.

Wir haben es also mit einem Mord an eingesperrten und wehrlosen Männern und Frauen zu tun, oder – was für einen Staat noch schlimmer wäre – mit einer bewußten Anstiftung zum Selbstmord.

Wir haben es zu tun mit einer ‚Endlösung', mit einer Vernichtungsaktion. Schon Ulrike Meinhof ‚beging Selbstmord'. Schon Holger Meins ließ man sterben. Schon haben sich Baader, Raspe und Ensslin ‚umgebracht', schon ringt Irmgard Möller nach einem ‚Selbstmordversuch' mit dem Tode ... Die überlebenden Gefangenen (Karl-Heinz Dellwo, Hanna Elise Krabbe, Bernhard Rössner, Ingrid Schubert, Günter Sonnenberg, Verena Becker und Werner Hoppe) sind in Erwartung eines Selbstmords eingesperrt. In dieser Situation appellieren wir im Namen der Menschen- und Bürgerrechte, die auch den Gefangenen zuerkannt werden müssen, an alle politischen und gesellschaftlichen Kräfte, an alle, die diese Tragödie aufmerksam verfolgen: Schluß mit der zum Tode führenden Isolation! Diesen Männern und Frauen im Gefängnis muß das Lebensrecht garantiert werden! Der Appell an amnesty international darf nicht – wie es scheinheilig die westdeutsche Regierung tut – der Autopsie von Leichen gelten.

Ganz Europa ist auf tragische Weise an den Vorgängen in der BRD interessiert. Deshalb rufen wir alle gesellschaftlichen, kulturellen und politischen Organisationen Europas auf, rufen wir die Persönlichkeiten auf, die wissen, welche Ungeheuerlichkeiten die Verletzung der Menschenrechte hervorbringt: Ergreifen wir gegenüber der westdeutschen Regierung eine Initiative für die Respektierung der Rechte der Gefangenen; diese bestehen nicht nur in einem Gefängnissystem, das nicht mörderisch sein darf, sondern auch in einer Überprüfung der Prozesse, die gleichfalls (soweit sie stattgefunden haben) illegal und terroristisch waren."

Internationaler Appell autonomer Frauenbewegungen

An Pfingsten dieses Jahres fand in Paris ein internationales Frauentreffen statt, an dem 6.000 Frauen aus allen Ländern teilnahmen. Auf einer Vollversammlung wurde beschlossen, daß sich Vertreterinnen der verschiedenen Länder am 22. und 23. Oktober wieder treffen, um eine internationale Kampagne für den 8.März 1978, den internationalen Frauentag, vorzubereiten. Angesichts der Ereignisse in der Bundesrepublik wurde diese Resolution verabschiedet:

Nach Katharina Hammerschmidt, Holger Meins, Siegfried Hausner und Ulrike Meinhof starben am 18.Oktober 1977 Gudrun Ensslin, Andreas Baader und Jan Carl Raspe in deutschen Gefängnissen, während Irmgard Möller überlebte. Seit diesem Tage wurde sie – obwohl schwer verletzt – unter unerträglichen Haftbedingungen total isoliert. Weder ihre Familie noch ihre Anwältin konnten sie besuchen. Weil sie die einzige ist, die die Wahrheit kennt, ist ihr Leben in Gefahr.

Wir rufen die Öffentlichkeit und die Frauenbewegungen in allen Ländern auf, sich für die Rettung des Lebens von Irmgard Möller einzusetzen.

Irmgard Möller ist aber nur eine von 60 politschen Gefangenen in der BRD, von denen über 30 Frauen sind, die schon seit Jahren und noch heute unmenschlichen Haftbedingungen und psychischer und körperlicher Folter unterliegen, deren Ziel ihre Vernichtung ist.

Heute wird die „Hexenjagd" in den Kampagnen der öffentlichen Medien besonders gegen die politisch aktiven Frauen geführt, indem sie sie in erniedrigender Weise der öffentlichen Meinung als Sexualobjekte dargestellt werden.

WIR FORDERN:

- Die sofortige Einstellung der Folterungen;
- Uneingeschränktes Besuchsrecht der Gefangenen, für ihre Anwälte, Ärzte ihrer Wahl, ihre Freunde;
- Die Anwendung der Genfer Konvention auf die politschen Gefangenen in der BRD.

RETTEN WIR DAS LEBEN VON IRMGARD MÖLLER!

Frauen aus den autonomen Frauenbewegungen aus Afrika, Westdeutschland, Lateinamerika, Belgien, Frankreich, der Schweiz und den USA, die am 22. und 23. Oktober zusammengekommen sind, um den 8.März 1978 vorzubereiten.

* * *

(Die Frauen der französischen Zeitung „Antiimperialistischer Kampf", die diese Erklärung veröffentlichte, versahen sie mit dem Zusatz: „Wir bitten die Frauen, diesen Text weiterzuverbreiten, ihn in ihren Zeitungen zu veröffentlichen, Delegationen zu den Konsulaten und Botschaften der BRD mit diesem Text zu senden oder ihn mit der Post zu schikken, zu versuchen, Delegationen zu Irmgard Möller zu schicken, um sie zu besuchen, damit ihr Leben gerettet wird".)

Aufruf zur Bildung eines Irmgard-Möller-Solidaritätskomitees

Das „Weiberplenum" Westberlin schlägt vor, ein Solidaritäts-Komitee für Irmgard Möller zusammen mit anderen Frauen und Frauengruppen zu bilden. Dieses Komitee hätte vorrangig folgende Aufgaben:

- Gezielt Öffentlichkeitsarbeit im In- und Ausland.
- Auswertung sämtlicher Pressemitteilungen im Zusammenhang mit Irmgard Möller.
- Ständiger Kontakt mit den beiden Verteidigerinnen, Alexandra Goy und Jutta Bahr-Jentges, um sie in ihrer Öffentlichkeitsarbeit zu unterstützen, auch international.
- Forderung nach Einrichtung einer unabhängigen internationalen Untersuchungskommission.
- Kontakt und Austausch von Informationsmaterial mit dem französischen Irmgard-Möller-Solidaritäts-Komitee, das französische Rechtsanwältinnen vor ca. einer Woche gegründet haben.

„Weiberplenum" Westberlin, 11.11.77
1 Berlin 19
Seelingstr. 42
Tel.: 030 321 54 30 (von 18.00 bis 22.00 Uhr)

Klaus Croissant darf nicht ausgeliefert werden!

Zum vierten Mal innerhalb eines Monats wurde am 2. November über die von der Bundesregierung geforderte Auslieferung von Klaus Croissant vor einem französischen Gericht verhandelt. Wie bereits bei den vorherigen Verhandlungen war das Gericht auch am 2. November durch massive Polizeikräfte geschützt. Erst nach drei Kontrollen und Durchsuchungen konnte man tröpfchenweise in den Saal kommen. In der ersten Reihe saßen ca. *„30 sportlich aussehende junge Männer"* („Liberation", 3.11.), Zivilbullen. Die französische Justiz hat bereits viel vom „Modell Deutschland" gelernt.

Generalstaatsanwalt Sadon geiferte gleich zu Anfang gegen die „Agitation", die gegen dieses Auslieferungsverfahren betrieben würde. Er beklagte sich über *„Demonstrationnen, Petitionen, Veranstaltungen, Erpressungen und Drohungen gegenüber den Richtern, die als Pontius Pilatus diffamiert werden"* („Liberation", 3.11.)

Seine ganze vom westdeutschen Staatsschutz entlehnte Geisteshalttung machte Sadon auch dadurch klar, daß er Croissant mehrfach mit dem Namen „Baader" anredete, und das dann jedesmal als „Versprecher" zu vertuschen suchte. Jeder Anklagepunkt, jede Behauptung, mit der Croissant vom westdeutschen Staatsschutz kriminalisiert wird, wurde von Sadon schlicht nachgebetet: Croissant habe im Mai 72 seinen Mandanten Informationen über die polizeilichen Fahndungen und Ermittlungen gegeben. Er habe weiter die Kommunikation zwischen den Verhafteten und den freien RAF-Mitgliedern begünstigt, er habe eine Dokumentation über die Organisation der Stadtguerilla vertrieben, Hungerstreiks organisiert und sei für deren Durchführung verantwortlich gewesen. Er habe sich schließlich zum Sprecher der RAF gemacht, indem er der Presse Interviews und Schriften der Gefangegen gab. Schließlich habe er seit 1976 als Hauptmitglied eines Rechtsanwaltsbüro die Bildung einer Terroristen-Vereinigung begünstigt (damit ist die sogenannte „Haag-Bande" gemeint), und sei mitverantwortlich u.a. für die Geiselnahme bei der Wiener OPEC-Konferenz und das Attentat auf Buback. Da all dies laut französischem Strafrecht mit fünf bis zehn Jahren Knast bestraft werden könne, seien auch die Bedingungen des Auslieferungsvertrags zwischen der BRD und Frankreich erfüllt. Danach muß nämlich eine Mindeststrafe von einem Jahr drohen, um eine Auslieferung zu rechtfertigen. Der ursprüngliche Vorwurf gegen Croissant, seine Funktion als Anwalt überschritten zu haben, hätte eine Auslieferung nämlich n i c h t gerechtfertigt, weil die Mindeststrafe dafür „nur" ein halbes Jahr ist.

dafür „nur" ein halbes Jahr ist.

Mit der bedenkenlosen Übernahme sämtlicher Vorwürfe und „Schuld"-Konstruktionen des westdeutschen Staatsschutzes, meint der französische Generalstaatsanwalt nun aber einen „legalen" Weg für die Auslieferung gefunden zu haben. Und dabei ist er so ganz nach westdeutschem Vorbild auch gar nicht zimperlich: Offen erklärte er, daß es im Prozeß nicht um die Überprüfung des Wahrheitsgehaltes der verschiedenen Anklagen gegen RA Croissant gehe, sondern ausschließlich um die Überprüfung, ob die erhobenen Beschuldigungen auch in Frankfreich mit einer Strafe von über einem Jahr Knast belegt würden, und ob sie „krimineller" oder politischer Natur sind. Zu letzterem meinte Sadon: *„Natürlich hat RA Croissant keine solche Tat begangen. Aber er hat der Baader-Meinhof-Bande geholfen, die Verbrechen begangen hat. ... Ein politisches Motiv kommt für RA Klaus Croissant nicht in Frage ... Die westdeutsche Regierung kann nicht verdächtigt werden, die Ausweisung aus politischen Zielen zu betreiben."* („Liberation", 3.11.) In seiner Stellungnahme dazu versuchte Klaus Croissant ein umfassendes Bild von der heute in der BRD herrschenden Repression und Rechts-Willkür zu geben.

14 Verteidiger (elf Franzosen, darunter Jean-Jacques de Felice, ein Westdeutscher, ein Italiener und eine Spanierin) haben die Verteidigung von Croissant übernommen und wollen durch diese internationale Zusammensetzung auch die von der BRD ausgehende internationale Gefahr des Abbaus der Verteidigerrechte dokumentieren.

Der Prozeß ist jetzt erneut vertagt worden, auf den 16. November. Währenddessen verbirgt die französische Regierung nicht ihre Absichten. Vor einem Monat erklärte der französische Ministerpräsident Bonnet: *„Wir sind uns sicher, daß die Anklagepunkte der deutschen Behörden gegen Klaus Croissant fundiert sind ... Die französische Regierung geht genauso entschlossen wie die BRD-Regierung im antiterroristischen Kampf und insbesondere im Fall Croissant vor."* („Liberation", 3.11.)

Vor einer Woche folgte der französische Justizminister, Alain Peyrefitte: *„Zuzulassen, daß Frankreich ein Asylland für Terroristen wird ist unmöglich ... Die Regierung muß entschlossen vorgehen."* (ebd.) Diese Erklärungen sprechen eine deutliche Sprache: mehr denn je ist RA Croissant heute gefährdet.

Gegenmobilisierung

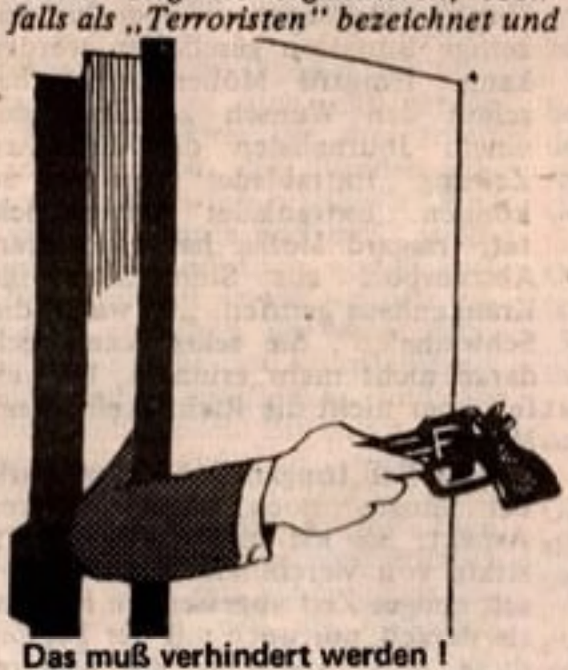
Allerdings existiert auf der anderen Seite eine starke Gegenmobilisierung der französischen demokratischen und revolutionären Kräfte. Erfreulich ist, daß auch aus den Reihen von KPF und PS langsam Protest laut wird. In einer gemeinsamen Erklärung vom 26. Oktober, unterzeichnet von der KPF-Sektion von Chatou-Croissy (bei Paris), der lokalen PS-Sektion, der CGT- und CFDT-Abteilungen und der dortigen Ökologistengruppe, heißt es z.B.: *„Durch diesen offenen Brief wollen wir unsere Empörung und unsere Besorgnis darüber kundtun, wie in der BRD und auch in Frankreich die Folgen der Flugzeugentführung und der Ermordung des westdeutschen BDI-Präsidenten politisch ausgebeutet werden. In der BRD wird*

gebeutet werden. In der BRD wird

mit der Erweiterung der polizeilichen Methoden, mit der Propagierung der Denunziation durch sämtliche Informationsmedien ... eine Atmosphäre der kollektiven Psychose und des Hasses geschaffen. In einem Land, wo die Demokratie seit jeher immer schwach gewesen ist, kann eine solche Politik nur diejenigen begünstigen, die sich für eine noch schärfere Repression einsetzen. Diese Repression wird schon durch die Berufsverbote belegt, ... und ebenso durch die schwerwiegenden Angriffe auf die Verteidigerrechte, wie die Verfolgung des Rechtsanwaltes Croissant zeigt.

...Die Popularisierung der in der BRD angewandten Methoden kann alldiejenigen, die sich für die Menschenrechte und für die Demokratie einsetzen, nur schwerstens besorgen.

... Die Widerstandskämpfer des letzten Krieges waren für die Vichy-Regierung „Terroristen": die Franzosen wurden aufgefordert, sie zu denunzieren. Werden morgen alldiejenigen, die den Kampf gegen faschistische Regimes organisieren, ebenfalls als „Terroristen" bezeichnet und



Das muß verhindert werden !



ausgeliefert werden? Hätte man es bei den spanischen Republikanern, bei den Portugiesen, bei den Griechen machen sollen? Muß man es bei den Chilenen so machen?

In den nächsten Tagen droht Klaus Croissant, Anwalt der Baader-Gruppe, in Frankreich exiliert und gefangen, die Auslieferung in die BRD, wo er der Komplizenschaft mit seinen Klienten angeklagt ist. Die Auslieferung eines Menschen, der nur seinen Beruf ausgeübt hat, und seine Verurteilung in der BRD, würde die Prinzipien der Justiz leugnen. ... Man schützt das Recht durch das Recht ... Die Methode, die von der französischen und der westdeutschen Regierung benutzt wird, ist einer Demokratie nicht würdig.

Wir protestieren gegen solche Methoden und rufen unsere Landsleute dazu auf, sie zu verurteilen und wachsam zu bleiben!"
(zitiert nach „Rouge", 31.10.)

Ebenso wurde in der „Humanite-Dimanche" (Wochenzeitung der KPF vom 30.10.) ein Artikel von RA Lederman (Mitglied der KPF) veröffentlicht, mit dem er zum Protest gegen die geplante Ausweisung von RA Croissant und gegen die europäische Antiterroristen-Konvention aufruft.

Auf einer Pressekonferenz am 8.11. in Paris sprachen u.a. Claude Bourdet (PSU-Mitglied, ehemaliger Widerstandkämpfer und Mitglied der Jury des Russell-Tribunals), Pastor Casalis (ebenfalls Mitglied der Jury des Russell-Tribunals), Admiral Sangunietti (Gaullist), Jean Pierre Vigier (Mitglied des Komitees gegen ein deutsch-amerikanisches Europa) und verschiedene Rechtsanwälte, um die „antiterroristische Hysterie" der westdeutschen Regierung zu entlarven.

Jean-Pierre Vigier erklärte: *„Die westdeutsche Reaktion versucht eine neue Hegemonie in Westeuropa durchzusetzen ... Es gibt eine schwarze Internationale, dessen Ziel die Liquidierung der gesamten Opposition in der BRD ist".* Claude Bourdet erinnerte an die Erklärung der Giscard-Regierung, daß „Frankreich kein Asylland für Terroristen werden" könne - während gleichzeitig aber westdeutsche Polizisten zuhauf ins Elsaß einwandern.

Für den 15. November, also einen Tag vor der nächsten Verhandlung (die die letzte sein soll), haben verschiedene Organisationen und Persönlichkeiten zu einer Demonstration in Paris aufgerufen. Diese wurde inzwischen verboten; die Veranstalter haben jedoch erklärt, daß sie auch trotz Verbot demonstrieren werden.

„Nach den skandalösen Erklärungen des Justizministers Peyrefitte, der den Juristen heute seine Befehle gibt, nach der Verurteilung von Willaume zu sieben Monaten Knast ohne Bewährung (Anm. d. Red.: Willaume wird vorgeworfen, einen Molotow-Cocktail auf einen leeren westdeutschen Touristenbus in Paris geworfen zu haben), *nach der Ausweisung von 8 Genossen der Frente Polisario, droht K. Croissant die Auslieferung an die repressive Hysterie des Schmidt-Staates und an den mörderischen Wahnsinn seiner Gefängnisse. Klaus Croissant muß gerettet werden, die Ziele von Peyrefitte müssen gestoppt werden. ...Falls die Regierung es wagen sollte, RA Croissant auszuweisen, übernehmen die unterzeichnenden Organisationen die Verantwortung für eine angemessene Antwort auf diesen inakzeptalen Angriff auf das Asylrecht, und werden alles tun, um die Demokraten und die Arbeiter zu mobilisieren...".*

Dieser Aufruf, der mit der Forderung nach einer internationalen Untersuchungskommission über die Vorfälle in Stammheim endet, ist von verschiedenen bekannten Demokraten und Linken in Frankreich unterstützt worden, darunter: Pastor Casalis, Claude Buordet, General Paris de la Bollardiere, Admiral Sanguinetti, Jean Pierre Vigier, Jean-Paul Sartre, Simone de Beauvoir, General Binoche sowie verschiedene Rechtsanwälte.

Darüberhinaus haben sämtliche Rechtsanwälte- und Juristen-Vereinigungen Frankreichs einen Sonderaufruf veröffentlicht: *„Die unterzeichnenden Organisationen drücken ihre tiefste Besorgnis angesichts der immer schwerwiegenderen Angriffe auf die Rechte der Verteidigung in der BRD aus.*

Sie stellen fest, daß die diversen Gesetzesmaßnahmen, die seit 1975 eingeführt wurden, folgendes ermöglichen:

- *Ausschluß der Verteidiger, wenn sie einer Unterstützung ihrer Mandanten verdächtigt werden,*
- *Überwachung des schriftlichen Verkehrs zwischen den Gefangenen und ihren Rechtsanwälten,*
- *Ausschluß der Angeklagten von ihrem eigenen Prozeß,*
- *Totalisolierung der Gefangenen für eine unbefristete Zeit im Falle schwerwiegender Ereignisse, d.h. Unmöglichkeit jeder Verteidigung.*

Sie erinnern daran, daß im Rahmen der europäischen Menschenrechtskonvention jedes Individuum Anrecht auf die Verteidigung seiner Wahl und auf die Ausübung seines Berufes hat, unabhängig der ihm gegenüber vorgebrachten Anklagepunkte.

Die unterzeichnenden Organisationen bekräftigen nochmals, daß Angriffe auf das Verteidigungsrecht einen Angriff auf die elementarsten Freiheiten der Menschen bedeuten."

Die unterzeichnenden Organisationen sind:
Gewerkschaft der Rechtsanwälte Frankreichs;
Bewegung der juristischen Aktion (MAJ);
Französische Assoziation der demokratischen Juristen;
Nationale Föderation der Verbände junger Rechtsanwälte;
Gewerkschaft der Magistratur.

Die Aktivitäten der Linken und der demokratischen Öffentlichkeit in Frankreich sollten von der westdeutschen Linken als Ermutigung für ihren Kampf verstanden und gewürdigt werden.

Für die volle Einhaltung des politischen Asylrechts!
Weg mit der westeuropäischen Antiterroristen-Konvention!

Frankreich-Kommission

Rechtsanwalt Newerla nach Hohenasperg verlegt

Erst nach Aufhebung der Kontaktsperre wurde bekannt, daß sich der im August verhaftete Stuttgarter Rechtsanwalt Armin Newerla vom 16.9. bis 20.10. in einem Hunger- und einem beschränkten Durststreik befunden hat. In den Hungerstreik trat Newerla aus Protest gegen Vernehmungsmethoden, die er folgendermaßen beschreibt: *„Am 16.9.1977 hätten ihn zwei Beamte des Bundeskriminalamts überraschend in einen Vernehmungsraum geführt. Dort teilten sie ihm mit, daß in dem BMW von Rechtsanwalt Newerla am 30.8 eine Skizze des eventuellen Tatorts bzw. Versteckungsort der Entführung des Herrn Schleyer gefunden worden sei. Sie fragten ihn, wo sich Herr Schleyer befinde. Dadurch erfuhr Newerla das erste Mal den Anlaß für die totale Isolation.*

Zuerst wirkten die Beamten des LKA auf ihn ein, indem sie davon sprachen, daß es mit seiner beruflichen Zukunft sowieso aus sei und er sich doch überlegen sollte, ob er nicht auspacken wolle. Sie verwiesen darauf, daß ein ehemaliges Mitglied der RAF sich kooperativ gezeigt hätte und nun Mathematiklehrerin sei.

Als Rechtsanwalt Newerla betonte, daß er keine Angaben machen könne, drohten sie ihm, ihn zu der auf der Skizze benannten Stelle zu führen, damit »seine Genossen« ihn als vermeintlichen Verräter erschießen würden. Nachdem Rechtsanwalt Newerla wiederum darauf bestand, daß er dazu keine Angaben machen könne, sagten sie zu ihm ‚jetzt zeigt der Papiertiger seine Krallen'. Die Beamten begannen daraufhin auf sein Gesicht, auf die Schulter, auf die Brust und auf den Rücken zu einzuschlagen. Als Rechtsanwalt Newerla auch daraufhin keine Angaben machte, mußte er sich an die Wand stellen. Dort versetzte ihm einer der Beamten einen solchen Schlag auf das Kinn, daß sein Kopf gegen die Wand schlug. Er hatte daraufhin keine Kraft mehr, weiterhin dabei zu bleiben, daß er keine Angaben machen werde. Aus dem so erpreßten Geständnis ergab sich, daß er von der ganzen Aktion um die Schleyer-Entführung keine Kenntnis gehabt hatte. Die Beamten brachen deshalb das Verhör nach fünf Stunden ergebnislos ab" (aus der Presseerklärung der Rechtsanwälte Stephan Baier und Monika Schiele vom 2.11.77).

Als Armin Newerla mitgeteilt wurde, daß er in das Knastkrankenhaus Hohenasperg verlegt werden sollte, hat er den Hungerstreik abgebrochen. Obwohl dies der Anstaltsleitung bekannt war, wurde er trotzdem verlegt.

Razzia gegen Rechtsanwälte

Am 11.11. wurden in Westberlin von den Staatsschutzbehörden mehrere Büros von Anwälten durchsucht, die politische Gefangene verteidigen. Bei einer Zellenrazzia bei dem Gefangenen Vogel war angeblich eine Broschüre der Bewegung „2. Juni" gefunden worden.

Daraufhin fand bei den Anwälten Panka Elferding, Müllerhof, Ziegler und Goy eine Durchsuchungsaktion statt. Ein Durchsuchungsbefehl lag nur bei der Anwältin von Irmgard Möller, Alexandra Goy vor. Sie wird darin verdächtigt, eine „kriminelle Vereinigung" zu unterstützen. Die Durchsuchungsaktion wird damit begründet, daß sie bei Alexandra Goy *„vermutlich zur Auffindung von Beweismittel führen wird, insbesondere von Kassibern. Es besteht der Verdacht gegen die Beschuldigte, daß sie dadurch die Kommunikation zwischen inhaftierten Angehörigen der Bewegung »2. Juni« und Personen außerhalb der Haftanstalten aufrechterhalten haben soll."*

Mit diesem billigen Vorwand wurde die Verteidigerin für zwei Stunden festgenommen. Aus ihrem Büro wurden einige Veröffentlichungen und Aufzeichnungen zu Veranstaltungen beschlagnahmt. Am selben Tag wurde auch der linke Buchladen das „Politische Buch" durchsucht, wo gerade der Ermittlungsausschuß der BI tagte. Die Personalien der Anwesenden wurden festgestellt und das Buch „Sie würden uns gern im Knast begraben" sichergestellt.

Gegendarstellung

Zu Unrecht berichtet der "Arbeiterkampf" 113 vom 19. September 1977, der KBW hätte nichts zur Entführung von Schleyer verlauten lassen. Das ist falsch. Im Gegenteil wurde in den Ausgaben Süd, Mitte und Nord der Kommunistischen Volkszeitung Nr.37 vom 12. September 1977 die Auffassung vertreten, daß, nachdem Rebmann im Amt sei und Fridrichs zu einem nach eigenen Worten "von der Gegenseite festgelegten Zeitpunkt" den Beruf gewechselt habe, sich das Beförderungskarussell eben noch um einige Touren schneller drehen wird, sollte es bei Schleyer eine Lücke geben, daß die eingeschlagene Taktik der RAF nichts zu einer Veränderung der Verhältnisse beitrage und daß deshalb über den Fall keine weiteren Worte mehr verloren werden sollen. Überschrieben war der Artikel aus demselben Grund mit: "Beförderungskarussell".

Frankfurt, den 16.10.1977

(Hans-Gerhart Schmierer)
Sekretär des Zentralen Komitees des Kommunistischen Bundes Westdeutschland

»Ich übergebe den Flammen die Schriften des Erich Fried ...«

Müssen wir nach den „Wundern von Stammheim", „Kontaktsperregesetz", Disziplinarverfahren gegen Professoren etc. demnächst auch Bücherverbrennungen in der BRD befürchten ? Wenn es nach dem Willen des CDU–Fraktionsvorsitzenden in der bremischen Bürgerschaft, Bernd Neumann, ginge, wäre es bald soweit. Und Neumann hat auch schon das erste Opfer gefunden: den Schriftsteller Erich Fried, dessen Familie zum großen Teil in deutschen KZs ermordet und verbrannt worden ist. Die „Frankfurter Rundschau" berichtet über einen Auftritt Neumanns im Landesparlament: „*Tumulte begannen, als der CDU–Fraktionsvorsitzende Bernd Neumann, durch einen Zwischenruf an das Schicksal des jüdischen Schriftsstellers Fried erinnert, erklärte, die interessiere ihn in diesem Zusammenhang nicht... Neumann, der seinen Mißbilligungsantrag scheitern sah, verstieg (?) sich schließlich zu der Aussage, ‚solche* Gedichte müßten verbrannt werden'" („FR", 7.11.1977) !!

Verbrennen will Neumann das Gedicht „Anfrage", in dem u.a. die unangenehme Frage auftaucht: „*Wieviel tausend Juden muß ein Nazi ermordet haben, um heute verurteilt zu werden zu so langer Haft?"* (Wie Andreas Baader, Gudrun Ensslin, Jan Raspe und die anderen politischen Gefangenen).

Anlaß dieser Äußerung Neumanns war die Jagd auf Lehrer, die in ihrem Unterricht das Thema „Terrorismus" nicht nur an Hand der gleichgeschalteten Presse behandeln. Opfer in Bremen: Eine Lehrerin, die das besagte Fried–Gedicht im Unterricht besprochen hatte. Einig waren sich CDU, SPD und FDP in der „*Verurteilung dieses schlimmen Machwerks"* (SPD), bzw. dieser „*Verherrlichung terroristischer Gewalttaten"*. Uneinigkeit herrschte nur darin, ob man gegen die Lehrerin gleich ein Disziplinarverfahren angstrengt (CDU–Vorschlag) oder erst einmal prüft, in welchem Zusammenhang das Gedicht behandelt worden ist (SPD, FDP). Und da konnte der Herr Neumann wohl nicht mehr an sich halten und offenbarte den Parlamentskollegen seinen Wunsch, mal eine Bücherverbrennung auf dem Bremer Marktplatz zu inszenieren.

44 Jahre und sechs Monate nach dem 10. Mai 1933, an dem auf den Plätzen deutscher Universitätsstädte die Scheiterhaufen für den Auftritt des Dr. Göbbels loderten, der die Werke von Heinrich Heine, Bert Brecht, Heinrich und Thomas Mann u.a.m. „den Flammen übergab".

44 Jahre und sechs Monate danach gibt diese Provokation in keiner westdeutschen bürgerlichen Zeitung eine Schlagzeile her, keine Meldung in den Nachrichtensendungen von Rundfunk und Fernsehen. Was passiert denn, wenn übermorgen Fraktionsvorsitzender XY von der CDU fordert, politische Gefangene zu vergasen??!

Es ist dringend an der Zeit, daß sich jeder Demokrat klarmacht, wie weit der Zug in Richtung 1933 in diesem Lande schon wieder gefahren ist, wenn hier Bücherverbrennungen gefordert werden – und das nicht von Typen der uns bekannten Nazi–Brigaden, sondern von einem führenden CDU–Landespolitiker (der zudem noch Lehrer ist – aber sicher kein Fall fürs Berufsverbot).

Heinrich Heine hat dazu schon vor über 100 Jahren sehr klar gesagt: „*Dort, wo man Bücher verbrennt, verbrennt man auch am Ende Menschen."*

Kinderkommission
KB/Gruppe Hamburg

P.S.: Ein Auftritt Erich Frieds vor Hamburger Schülern war auch Gegenstand einer Debatte in der Hamburger Bürgerschaft am 9.11.77. Hier forderte die CDU „nur" ein „Auftrittsverbot" („Welt", 10.11.77). Es verplappert sich eben nicht jeder Lokalpolitiker.....

Die Anfrage

Mit Verleumdung und Unterdrückung
und Kommunistenverbot
und Todesschüssen in Notwehr
auf unbewaffnete Linke
gelang es den Herrschenden
eine Handvoll empörte Empörer
Ulrike Meinhof
Horst Mahler
und einige mehr
so weit zu treiben
daß sie den Sinn verloren
für das was in dieser Gesellschaft
verwirklichbar ist

Was weiter geschah
war eigentlich zu erwarten:
Wieder Menschenjagd
Wieder Todenschüsse in Notwehr
die bekannten Justizmethoden
die bekannten Zeitungsartikel
und die Urteile gegen Horst Mahler
und gegen Ulrike Meinhof

Aber Anfrage an die Justiz
betreffend die Länge der Strafen:
Wieviel Tausend Juden
muß ein Nazi ermordet haben
um heute verurteilt zu werden
zu so langer Haft?

Solidarität mit Pfarrer Ensslin

Die Leitung der württembergischen evangelischen Landeskirche hat eine Ermittlung gegen Pfarrer Helmut Ensslin, den Vater von Gudrun Ensslin, eröffnet! Dieser Ermittlung folgt möglicherweise ein förmliches Disziplinarverfahren, das damit enden kann, daß Pfarrer Ensslin seinen Titel und seine Ruhestandsbezüge verliert!

Anlaß für diesen ungeheuerlichen Vorgang war ein Interview, das Pfarrer Ensslin der linken italienischen Tageszeitung „Lotta Continua" gegeben hat, und in dem er u.a. sagte: Seine Tochter **„hatte immer befürchtet, auch im Fall einer Befreiung liquidiert zu werden. Nach dem Tod von Ulrike hatte sie mir gesagt, daß es auch für sie so enden könne. Dabei hatte sie den Selbstmord absolut ausgeschlossen. ... Gudrun log nicht, wie im allgemeinen die Mitglieder der Roten-Armee-Fraktion nicht logen. Sie haben immer zu ihrer Verantwortung gestanden. Die anderen, die ihnen den Prozeß machen, sind es, die lügen. Deshalb glaube ich an die drei Briefe, von denen Grudrun gegenüber den beiden Geistlichen gesprochen hat, und deren Existenz man jetzt leugnet"** (zit.na. FAZ, 28.10.).

Der Stuttgarter Oberkirchenrat Roland Tompert maßte sich daraufhin an, Pfarrer Ensslin aufzufordern, „*Verdächtigungen und Vermutungen über den Tod seiner Tochter nicht mehr zu äußern*"(Welt, 4.11.). Bei den Ermittlungen, die damit gegen Pfarrer Ensslin eingeleitet wurden, bedient sich die Kirchenleitung vollkommen der herrschenden Kriminalisierungsmethode. So sollen „*auch Vorgänge einbezogen (werden), die schon länger zurückliegen. Dabei spielt eine Rolle, daß sich Pfarrer Ensslin offenbar schon seit langem zwar nicht erklärtermaßen mit den Methoden, aber anscheinend doch mit den Zielen der Terroristen um Andreas Baader und seine Tochter Gudrun identifiziert hat. Er nahm mehrmals an Demonstrationen und Sitzstreiks des sogenannten 'Komitees gegen Isolationsfolter und Vernichtungshaft' teil, das in Wahrheit – wie sich gezeigt hat – eine Hilfsorganisation der kriminellen Baader/Meinhof Vereinigung ist. Ihm werden auch enge Kontakte zum Büro des nach Frankreich geflüchteten Ex-Anwalts Klaus Croissant nachgesagt"* (ebd.). Springers „Welt" sieht ferner noch „*einigen Aufschluß über die Geisteshaltung des ins Zwielicht geratenen Pfarrers"* darin, daß er am 12.August dieses Jahres im Namen mehrerer Angehöriger von politischen Gefangenen einen Offenen Brief an Regierungs- und Gerichtsstellen geschrieben hat, in dem gegen einen in Stammheim stattgefundenen brutalen Polizeiüberfall auf die Gefangenen protestiert wurde. All diese widerlichen Vorwürfe bedeuten, daß der Vater einer im Knast durch reichlich mysteriöse Umstände ums Leben gekommenen politischen Gefangenen nichts für die Verteidigung und den Schutz seiner Tochter hätte tun dürfen. Nicht nur der Zynismus dieser Vorwürfe steht in der Tradition der Methoden des Nazi-Faschismus. In welch ekelerregendem Ausmaß die Nazi-Hetze heute von der Presse wieder ausgekübelt wird, zeigt ein Zitat aus dem „Hamburger Abendblatt" vom 4.11. Nachdem dort freudig über die Angriffe auf Pfarrer Ensslin berichtet wird, heißt es: „*Tiefenpsychologischer Wirkung dürfte es vorbehalten bleiben, die seelische Entwicklung des Geistlichen zu analysieren. Möglicherweise sind dabei erbbiologische (!!!) Aspekte nicht außer Acht zu lassen. So wird in Stuttgart behauptet, von den sieben Kindern des Pfarrers seien zwei geistig behindert, und vor Gudrun habe deren Bruder Ulrich bereits 1968 Selbstmord verübt".*

Pfarrer Ensslin gehörte früher der „Bekennenden Kirche" an, die sich am Widerstandskampf gegen die Nazi-Herrschaft beteiligte und deren Mitglieder deswegen terrorisiert, verfolgt, verhaftet, ins KZ eingesperrt, gefoltert und ermordet wurden. Es wirft eins der bezeichnendsten Schlaglichter auf die politische Situation und Entwicklungsrichtung des heutigen BRD-Staates, daß diejenigen, die ihr Leben damals vor den faschistischen Mordbanden haben retten können, heute erneut bedroht und verfolgt sind. Und daß ein Vater einer politischen Gefangenen nicht mehr offen sagen darf, daß er nicht glaubt, daß seine Tochter „Selbstmord" begangen haben soll.

Alle Antifaschisten sollten Pfarrer Ensslin durch ihre Solidarität zeigen, daß sie seine Überzeugung teilen, und gegen das skandalöse Vorgehen der Stuttgarter Kirchenleitung protestieren.

IKAH-Hamburg

zwar nicht erklärtermaßen mit den Methoden, aber anscheinend doch mit den Zielen der Terroristen um Andreas Baader und seine Tochter Gudrun identifiziert hat. Er nahm mehrmals an Demonstrationen und Sitzstreiks des sogenannten 'Komitees gegen Isolationsfolter und Vernichtungshaft' teil, das in Wahrheit – wie sich gezeigt hat – eine Hilfsorganisation der kriminellen Baader/Meinhof Vereinigung ist. Ihm werden auch enge Kontakte zum Büro des nach Frankreich geflüchteten Ex-Anwalts Klaus Croissant nachgesagt" (ebd.). Springers „Welt" sieht ferner noch „*einigen Aufschluß über die Geistes-*

gen BRD-Staates, daß diejenigen, die ihr Leben damals vor den faschistischen Mordbanden haben retten können, heute erneut bedroht und verfolgt sind. Und daß ein Vater einer politischen Gefangenen nicht mehr offen sagen darf, daß er nicht glaubt, daß seine Tochter „Selbstmord" begangen haben soll.

Alle Antifaschisten sollten Pfarrer Ensslin durch ihre Solidarität zeigen, daß sie seine Überzeugung teilen, und gegen das skandalöse Vorgehen der Stuttgarter Kirchenleitung protestieren.

IKAH-Hamburg

Die Linke in der Gegenoffensive

der Schleyer-Entführung, das „Wunder von Stammheim" und die Verbotsdrohungen gegen kommunistische Organisationen, oder damit in unmittelbarem Zusammenhang stehende Repressionsmaßnahmen.

Dies gilt auch für die regionalen Studentendemonstrationen, deren Mobilisierung wesentlich gegen die Hetzkampagne organisiert werden mußte und wo die Angriffe auf die Verfaßte Studentenschaft direkt mit der „Terroristen"kampagne begründet wird. Insgesamt ist in diesen

lung einer linkssozialistischen Politik das SB ebenfalls unter ein Verbot fallen lassen würden, hat hier offensichtlich schon seine Früchte getragen.

Zu schweigen ist über D"K"P und „KPD"/ML. Beide haben in ihrer typisch sektiererischen Art bisher jegliches Zusammengehen abgelehnt. Die DKP muß damit wohl endgültig ihren Anspruch, „führende Kraft in der Verteidigung der Grundrechte" zu sein, aufgegeben.

Wir gehen davon aus, daß die Aktionen der letzten Wochen erst der Anfang einer weitaus größeren Mobilisierung ist. Insgesamt hat die Linke die Chancen, die sich

Gruppe), Hälfte des Himmels (Spontibuchladen) und einer Reihe von Antirepressionsinitiativen. Als Sprecher traten Sebastian Cobler, Elmar Altvater und Jutta Bahr-Jenges auf.

Am 12.11. organisierte ein Bündnis aus KB, „KPD", BUU, Anarchos, Frauengruppen, verschiedenen Vertretungsorganen an den Hochschulen eine Demonstration, die mit 3.000 Teilnehmern etwas hinter den Erwartungen zurückblieb.

Göttingen: 6.000 Studenten nahmen an einer Demonstration gegen die Amtsenthebung des AStA teil. Die Demo wurde sehr stark von Parolen zur aktuellen Re-

Die Linke in der Gegenoffensive

der Schleyer-Entführung, das „Wunder von Stammheim" und die Verbotsdrohungen gegen kommunistische Organisationen, oder damit in unmittelbarem Zusammenhang stehende Repressionsmaßnahmen.

Dies gilt auch für die regionalen Studentendemonstrationen, deren Mobilisierung wesentlich gegen die Hetzkampagne organisiert werden mußte und wo die Angriffe auf die Verfaßte Studentenschaft direkt mit der „Terroristen"kampagne begründet wird. Insgesamt ist in diesen Aktionen eine erheblich gestiegene Bereitschaft, den Kampf gegen die Repression aufzunehmen, deutlich geworden.

Hervorzuheben ist, daß es in einer Reihe von Fällen gelungen ist, breite Aktionseinheiten zu schließen, in denen selbst solch sektiererischen Kräfte wie z.B. die „KPD", teilweise sogar der KBW bereit waren, ihr kleinkariertes Parteiladendenken im Interesse der Sache zurückzustellen. Darüberhinaus ist es in einigen Orten sogar gelungen, gemeinsame Bündnisse von „KPD", KB über Spontis bis hin zum SB zu schmieden.

Dies geschieht offensichtlich aus der Erkenntnis heraus, daß es j e t z t tatsächlich an der Zeit ist, Widersprüche innerhalb der Linken zurückzustellen und an einer gemeinsamen Antirepressionsfront zu arbeiten. Wir sind der Ansicht, daß es unbedingt erforderlich ist, daß diese Ansätze die erste Stunde der Gefahr überdauern und so ein Ansatz für weitere gemeinsame Aktionen gelegt wird.

Festgestellt werden konnte, daß dort, wo es zu Verhandlungen mit der „KPD" gekommen ist, diese zwar versuchte die „Einheit derMarxisten-Leninisten", d.h. ihr Zusammengehen mit dem KBW, mit in die Aktionseinheiten einzubringen, aber konkret immer bereit war, an den Aktionen teilzunehmen, wenn sich der KBW durch seine sektiererische Linie selbst ausbootete. Dies zeugt von einer durchaus realistischen Einschätzung der „KPD", deren „Einheitsstreben" denn doch nicht so weit geht, daß sie sich auf Kosten des KBW abhängen läßt.

Der KBW hat zwar an der Demo in Westberlin teilgenommen, an der Veranstaltung jedoch nicht mehr. Ebenso verweigerte er die Unterstützung der Demo in Hambug. Dies jeweils mit den bekannten Sprüchen, daß die „positiven Forderungen" Grundlagen für eine AE sein müßten. Trotzdem hat er sich jedoch mit all seinen Kräften an der Hamburger Demo beteiligt, worin offenkundig seine Angst zum Ausdruck kommt, ansonsten völlig an die Wand gedrängt zu werden. Besorgniserregender sieht es beim SB aus. Zwar beteiligten sie sich sowohl an der Veranstaltung in Westberlin, als auch in Hamburg, waren aber in beiden Fällen nicht bereit die Demonstrationen zu unterstützen. Hierin setzt sich fort, was sich schon mit der scharfen Distanzierung nach der Schleyer-Entführung abzeichnete: unter dem Schlagwort „Raus aus dem linken Ghetto" organisieren die SB-Führer gegenwärtig den Abbruch der Beziehungen zur radikalen und revolutionären Linken. Die Drohung aus Bonner Kreisen, daß sie bei Entwicklung einer linkssozialistischen Politik das SB ebenfalls unter ein Verbot fallen lassen würden, hat hier offensichtlich schon seine Früchte getragen.

Zu schweigen ist über D"K"P und „KPD"/ML. Beide haben in ihrer typisch sektiererischen Art bisher jegliches Zusammengehen abgelehnt. Die DKP muß damit wohl endgültig ihren Anspruch, „führende Kraft in der Verteidigung der Grundrechte" zu sein, aufgegeben.

Wir gehen davon aus, daß die Aktionen der letzten Wochen erst der Anfang einer weitaus größeren Mobilisierung ist. Insgesamt hat die Linke die Chancen, die sich gegenwärtig bieten, noch nicht einmal ausgenutzt.

Festgestellt werden konnte von uns, daß das Interesse für linke Politik selbst in Kreisen, die sich bisher eher passiv verhalten haben, enorm gestiegen ist. Dies findet seinen Ausdruck in dem wachsenden Interesse an linken Zeitungen, insbesondere auch des AK, darin, daß selbst in abgedrifteten Spontikreisen wieder über Politik diskutiert wird und nicht zuletzt darin, daß auf vielen Veranstaltungen neue Gesichter gesehen werden.

Die Erkenntnis, daß wir gegenwärtig vor einer entscheidenden Phase der gesellschaftlichen Entwicklung in der BRD stehen, hat schon längst zugeschüttete Kräfte wieder freigesetzt.

Die Linke steht jetzt vor der Aufgabe diese Chance umfassend für eine Gegenoffensive gegen die Hetzkampagne der Bourgeoisie zu nutzen. Die Linke hat während der letzten Wocben entscheidende Schläge einstecken müssen. Die meisten der Angriffe konnten konkret nicht zurückgeschlagen werden. Jetzt besteht die Chance verlorengegangenes Terrain wieder gut zu machen: in der Mobilisierung der Linken, in der Überzeugungsarbeit breiterer Teile der Bevölkerung und in der Herstellung einer breiten, einheitlichen Antirepressionsfront.

Übersicht über bisher gelaufene Aktionen

Westberlin: Zur bisher stärksten Mobilisierung ist es in Westberlin gekommen. Bereits am 31.10. demonstrierten 10.000 anläßlich der Verhaftung von vier Druckern, denen die Unterstützung einer „terroristischen Vereinigung" vorgeworfen wird. Getragen wurde diese Aktion von einem Bündnis von fast 30 Organisationen und Gruppen, darunter: KB, „KPD", GIM, KBW, verschiedene Anti-AKW-Gruppen, Stadtzeitungen und Spontizeitungen (wie „Radikal" und Info-BuG), dem UStA (unabhängiger Studetenausschuß), Frauengruppen, und einer Reihe von Initiativen an der Uni und im Bezirk. Wenig später fand eine Veranstaltung mit 2.000 Teilnehmern statt, die etwa vom gleichen Kreis getragen wurde, hinzu kam das SB (der KBW sprang ab). Am 9.11. fand eine weitere Demonstration mit 6.000 Teilnehmern statt, die sich gegen die Angriffe auf die linke Studentenschaft wandte und von der Aktionseinheit gegen die Verbotsdrohungen unterstützt wurde.

Hamburg: Am 10.11. führte die Russel-Vorbereitungsgruppe eine Veranstaltung mit 3.000 Teilnehmern zur Sympathisantenhetze und der aktuellen Repression durch. Unterstützt wurde sie von : KB, SB, GIM, ESG, SOAG (eine ehemalige Juso-Gruppe), Hälfte des Himmels (Spontibuchladen) und einer Reihe von Antirepressionsinitiativen. Als Sprecher traten Sebastian Cobler, Elmar Altvater und Jutta Bahr-Jenges auf.

Am 12.11. organisierte ein Bündnis aus KB, „KPD", BUU, Anarchos, Frauengruppen, verschiedenen Vertretungsorganen an den Hochschulen eine Demonstration, die mit 3.000 Teilnehmern etwas hinter den Erwartungen zurückblieb.

Göttingen: 6.000 Studenten nahmen an einer Demonstration gegen die Amtsenthebung des AStA teil. Die Demo wurde sehr stark von Parolen zur aktuellen Repression geprägt. Aufgerufen hatten neben dem AStA und verschiedenen linken Organisationen auch die Juso-ASten aus Niedersachsen. Am Abend fand eine Soliderítätsveranstaltung mit Peter Brückner statt, an der sich 1.800 Studenten beteiligten.

Darmstadt: Nach einer Antirepressionsfete mit 500 Teilnehmern organisierte die Linke Liste an der Fachhochschule (Spontis, Basisgrüpler, KBler)eine Stammheimveranstaltung mit 1.300 Teilnehmern. Es sprachen S.Cobler, RA Heldmann, RA Weidenhammer und Prof. Lessing (einer der Herausgeber der „Buback-Dokumentation").

Bochum: Eine AE aus ESG, KB, KBW, „KPD", dem Anti-AKW-Büro, Komitee innere Sicherheit (Rechtsanwälte und andere) KSG (Studenten des KAB„D") und anderen Initiativen führte eine Stammheimveranstaltung mit 1.200 Teilnehmern durch.

Bremen: Eine Stammheimveranstaltung, gemeinsam getragen von KB, Spartacus und Spontis wurde von 500 Leuten besucht.

Nürnberg: Eine gemeinsame Veranstaltung von KB und Gefangenengruppe wurde von 250 Menschen besucht. Es sprach RA Zimmermann aus Bochum. Die Veranstaltung war schweren Angriffen ausgesetzt. So wurde z.B. ein schon gemieteter Raum im Kommunikationszentrum auf Druck wieder gekündigt. An einer Veranstaltung zu diesen Repressialien nahmen 200 teil.

Essen: Mehrere Hundert Teilnehmer hatte eine Stammheimveranstaltung, die vom Stadtplenum organisiert wurde. Darin arbeiten mit: AKW-Gruppe, KB, Spanisches Zentrum, „Klartext" (Stadtzeitung).

Bielefeld: An einer Stammheimveranstaltung mit Otto Schily nahmen 1.000 Menschen teil. Getragen wurde sie von der Russel-Vorbereitungsgruppe, dem KB und dem AJZ (Arbeiterjugendzentrum).

Mannheim: Eine Veranstaltung zum Thema Stammheim, veranstaltet von verschiedenen Rechtsanwälten, wurde von 250 Menschen besucht.

Zum Thema Stammheim gab es noch Veranstaltungen des KB in **Kiel** und **Flensburg**, die von 130 bzw. 250 Menschen besucht wurden.

Braunschweig: An einer Veranstaltung der ESG zur Solidarität mit Peter Brückner nehmen 800 Leute teil.

Freiburg: Trotz Raumverbots für Peter Brückner nahmen an einer Veranstaltung 350 Studenten teil.

Hildesheim: Gegen die Hetze einer örtlichen Zeitung gegen eine Wohngemeinschaft („Terroristenwohnung") wurde auf Initiative des KB eine Demonstration mit über 200 Teilnehmern durchgeführt.

Offener Brief

An
den Bundespräsidenten,
die Bundesregierung
den Bundestag sowie
die Landesregierung
und den Landtag von
Baden-Württemberg

Die bisher ungeklärten Todesumstände von AndreasBaader, Gudrun Ensslin und JanKarl Raspe sowie die mysteriösen Vorgänge bei Irmgard Möller, einschließlich der Begleitfrage, wie Waffen und sonstige Gegenstände in die Zellen der Häftlinge gekommen sind und wer möglicherweise (insb. seit den Kontaktsperren vom 6. und 30.9.77) mit den Häftlingen Kontakt hatte, veranlassen uns, im Interesse der Verbesserung des politischen Klimas in der Bundesrepublik, zu folgender Aufforderung:

1. Unverzügliche Bildung einer internationalen Untersuchungskommission, die aus Ärzten, Juristen und sonstigen erforderlichen Fachleuten zusammengesetzt ist, an deren Unparteilichkeit und Neutralität kein Zweifel besteht.

2. Diese Untersuchungskommission sollte von einer internationalen Organisation, wie z.B. »Amnesty International« gebildet und getragen werden.

3. Die Arbeit dieser Kommission sollte so schnell wie möglich beginnen.

4. Von deutscher Seite aus sollten dieser Kommission alle Informationen (einschließlich erforderlicher Besichtigungen), Unterlagen und auch Zeugen und Sachverständige zur Verfügung gestellt werden.

5. Diese Untersuchungskommission sollte öffentlich tagen und der Untersuchungsverlauf sowie die Ergebnisse veröffentlicht werden.

Diese hier formulierte Aufforderung erscheint uns umso dringlicher geboten, weil es politisch untragbar ist, daß über die genannten Vorgänge lediglich Spekulationen angestellt werden können. Auch angesichts widersprüchlicher Angaben in den Medien und zweifelender Auslandsstimmen ist es erforderlich, die von einer internationalen, neutralen Instanz festgestellten Tatsachen zu kennen.

Geplante nationale Untersuchungsausschüsse - wie der des Landtags von Baden-Würtemberg - stehen unserer Forderung nicht entgegen, reichen aber unserer Meinung nach nicht aus.

KOMITEE ZUR VERTEIDIGUNG DEMOKRATISCHER GRUNDRECHTE

Komitee zur Verteidigung demokratischer Grundrechte / Sekretariat Kufsteiner Str. 12, 1000 Berlin 62 (c/o Humanistische Union -LV), Sprechzeiten Mo - Frei 9 - 12.30 Uhr

Braunschweig: Nachdem bereits am Freitagabend (11.11.77) fast 2 000 Antifaschisten einen geplanten Naziaufmarsch verhindern konnten, fanden sich am Samstag auf dem Burgplatz in Braunschweig noch einmal fast 500 Antifaschisten ein, um eine weitere Nazikundgebung zu verhindern.

Als sich dann unter dem Schutz der Polizei dennoch 50 Faschisten zusammenrotten konnten und Antifaschisten mit Eiern und Parolen das Nazigebrüll störten, machten die Bullen einen brutalen Überfall auf die Antifaschisten.

Hierbei wurde ein Antifaschist so brutal zusammengeschlagen, daß er aus Nase und Mund blutend schwerverletzt und bewußtlos liegen blieb.

Bei diesem Überfall wurden 11 weitere Demonstranten festgenommen und erkennungsdienstlich behandelt. Dabei soll es auf der Wache zu weiteren Mißhandlungen gekommen sein. Daß bei diesem brutalen Überfall die Zahl der Verletzten und Festgenommenen nicht höher lag ist vor allem dem geschlossenen Vorgehen der Demonstranten zu verdanken, die durch Kettenbildung eine Schutz- und Abwehrfront gegen die draufeinschlagenden Bullen bildeten. Hier sei auch der mutige und entschlossene Einsatz von Falken und Jusos erwähnt, die mit in den vordersten Reihen standen, um so die Demonstranten zu schützen.

Die „Selbstmorde" von Stammheim – nur die Spitzes eines Eisbergs!

Nach dem gewaltsamen Tod der drei Häftlinge Andreas Baader, Gudrun Ensslin, Jan Carl Raspe und der lebensgefährlichen Verletzung Irmgard Möllers während ihrer totalen Isolationshaft im Stuttgart-Stammheimer Gefängnis erklärte die Bundesregierung, „daß diese Vorgänge in einer über jeden Zweifel erhabenen Form untersucht, vollständig aufgeklärt und die Ergebnisse öffentlich vorgelegt werden" („ap", 20.10.).

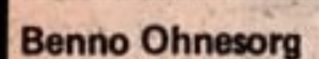
Was von derartigen Erklärungen der Bundesregierung zu halten ist, das kann ein Blick auf die Entwicklung der letzten zehn Jahre beantworten. Die Vorgänge in Stammheim sind zwar der bisher schlimmste „Skandal", sie sind aber keineswegs ein Einzelfall. Erinnern wir uns:



Benno Ohnesorg

zugeben, daß außer Kurras niemand, nicht einmal andere Polizisten, ein

Schritten von einem Schuß getroffen zusammenbrach. Zwei ganz in der



Benno Ohnesorg

Am 2. Juni 1967 wurde in Westberlin der Student Benno Ohnesorg bei einer Demonstration durch Karl-Heinz Kurras von der Politischen Polizei erschossen. Von offizieller Seite wurden zunächst die wildesten Gerüchte verbreitet. U.a. hieß es, Kurras sei von Messerstechern bedroht worden. Er habe dann in „Notwehr" schießen müssen. Später mußte Polizeipräsident Duensing zugeben, daß außer Kurras niemand, nicht einmal andere Polizisten, ein Messer gesehen hätten. Nach übereinstimmenden Zeugenaussagen hatten Beamte eines „Greiftrupps" Benno Ohnesorg aus der Menge der Demonstranten in den abseits gelegenen Garagenhof geschleift, in dem er später starb. Dort wurde er zu Boden geworfen und mißhandelt. Es gibt Aussagen, aus denen hervorgeht, daß Ohnesorg sich mit letzter Kraft losreißen konnte, doch nach zwei, drei Schritten von einem Schuß getroffen zusammenbrach. Zwei ganz in der Nähe stehende Demonstranten hörten noch den entsetzten Ausruf: „Bitte, bitte nicht schießen!" Ein Journalist wandte sich in dem Hof an die Polizisten: „Warum holt ihr keinen Krankenwagen, der Mann stirbt doch!" Antwort: „Nein, wieso, das hat Zeit".

Die „Ermittlungen" führten zum Freispruch des Todesschützen Kurras.



Georg von Rauch

Am 4.12.71 wurde Georg von Rauch in Westberlin erschossen. Er war mit drei Freunden von Zivilfahndern „gestellt" worden und stand bereits mit erhobenen Händen, Gesicht zur Wand. Ein Zeuge sah, daß zwei Zivilbeamte die „Gestellten" nach Waffen abtasteten. Es wurde nichts gefunden. In diesem Moment erschienen drei Leute des „Verfassungsschutzes", die ebenfalls die Gruppe verfolgten. Die Zivilfahnder der Polizei hielten die Neuankömmlinge (alle in Zivil!) angeblich auch für Angehörige der „RAF". Bei dem sich entwickelnden wilden Geballer zwischen VS-Leuten und Zivilfahndern wurde Georg von Rauch, der immer noch wehrlos an der Wand stand, mit Kopfschuß getötet. Die Polizeiführung behauptete zunächst, es habe ein Feuergefecht zwischen den Genossen und der Polizei gegeben, bis sie aufgrund von Zeugenaussagen eingestehen mußte: Der Polizist Schultz habe Rauch aus zwei Metern Entfernung gezielt in den Kopf geschossen – angeblich als dieser sich umdrehen wollte. Spuren wurden nicht gesichert, im Gegenteil z.T. gezielt vernichtet. Die Ermittlungen wurden verschleppt. Dem Todesschützen wurde sogar „putative Notwehr" bescheinigt. Bereits am 18.3.72 kündigte Oberstaatsanwalt Severin die Einstellung des Verfahrens gegen Schultz an.



Thomas Weißbecker

Am 3.3.72, nur zwei Monate später, wurde der Freund und ehemalige Mithäftling Georg von Rauchs, Thomas Weisbecker, in Augsburg auf offener Straße von einem polizeilichen

Am 3.3.72, nur zwei Monate später, wurde der Freund und ehemalige Mithäftling Georg von Rauchs, Thomas Weisbecker, in Augsburg auf offener Straße von einem polizeilichen

Fahndungskommando exekutiert. Weißbecker war schon längere Zeit observiert und dann gezielt in eine Polizeifalle gelockt worden. Er wurde ohne Anruf erschossen.

Wieder einmal versuchte die Polizei »Notwehr« zu konstruieren. Angeblich habe er »erkennbar« zu einer Pistole gegriffen. Nach Augenzeugenberichten allerdings wurde ihm die Pistole erst in die Hand geschoben, als er schon tot auf dem Boden lag. Zufällig hielt ein Amateurfotograf den Augenblick unmittelbar nach dem Schuß fest. Das Foto zeigt den sterbend daliegenden Weißbecker, über ihn gebeugt einen Uniformierten, die MPi im Anschlag auf den Liegenden gerichtet. An seiner Seite ein Zivilist, ebenfalls mit angeschlagener MPi. *»Jener Zivilist versuchte unmittelbar nach den ersten Fotos, den Fotografen mit Gewalt an der Sicherung des Beweismaterials zu hindern, allerdings ohne Erfolg. Augenzeugen sehen derweil mehrere Zivilisten, die sich ihre Jackets aufknüpfen, Panzerwesten abstreifen und in ein als Straßensperre für den Audi quergeparktes Auto steigen, das mit 'fliegendem Start' davonfährt. Die Nummernschilder werden nicht identifiziert oder sind unkenntlich gemacht«* (»ED«). Wie im Fall

streifen und in ein als Straßensperre für den Audi quergeparktes Auto steigen, das mit 'fliegendem Start' davonfährt. Die Nummernschilder werden nicht identifiziert oder sind unkenntlich gemacht« (»ED«). Wie im Fall

Georg v. Rauch wird alles getan, die Spuren zu verwischen. Die Staatsanwaltschaft stellt das Ermittlungsverfahren ein, weil »keine Anhaltspunkte für strafbares Verhalten der beteiligten Beamten« gefunden worden seien.

Petra Schelm

Am 15.7.71 wurde Petra Schelm in Hamburg erschossen. Es geschah im Zuge einer der ersten großen Fahndungen nach der RAF, der Großaktion „Kora". In der Presse wurde die Polizeiversion wiedergegeben. *„Ohne Zögern eröffneten sie das Feuer auf die Polizisten"* („Hamburger Abendblatt", 16.7.). Die Polizei ließ verlauten: *„Unser Beamter handelte in Notwehr"*. Wer w i r k l i c h zuerst schoß, wurde niemals glaubwürdig untersucht. Petra Schelm starb durch einen gezielten Kopfschuß, als sie aus einem Hofeingang trat, in den sie sich geflüchtet hatte. W. Hoppe wurde festgenommen. Vor Gericht behaupteten die Polizisten, er habe gezielt mit Mordabsicht auf sie geschossen, ebenso Petra Schelm. Trotz reichlicher Widersprüche in den Aussagen der Polizisten wurde W. Hoppe – ohne Beweis – zu zehn Jahren Haft verurteilt.



Ian Mc Leod

Am 25.6.72 wird der britische Staatsbürger Ian McLeod durch ein Fahndungskommando gleichartiger Zusammensetzung (BKA, LKA, VS) in seiner Stuttgarter Wohnung getötet. Angeblich hatte sein Name in einem Brief G. Ensslins an U. Meinhof gestanden. Tatsächlich konnte ein Zusammenhang zwischen der RAF und McLeod nicht aufrechterhalten werden. — McLeod war durch den Lärm der Bullen aus dem Schlaf gerissen worden. Er öffnete unbekleidet die Tür und schlug sie aus Schreck beim Anblick der schwerbewaffneten Bullen gleich wieder zu. Das genügte für den KOM Wolfgang Koglin, um sich bedroht zu fühlen: Er feuerte mit der Maschinenpistole eine Salve durch die geschlossene Tür. Ein in den Rücken eingedrungenes Geschoß tötete McLeod auf der Stelle.

Anläßlich dieses Vorfalls wurde das Ausland erstmals nachhaltig auf die Vorgänge in der BRD aufmerksam. Die Londoner Times schrieb z.B.: *»Es mußte erst ein britischer Staatsbürger in Westdeutschland erschossen werden, damit man in Großbritannien auf das Verhalten einiger westdeutscher Polizisten aufmerksam wird.«*

Die größte schwedische Tageszeitung »Dagens Nyheter« warnte ihre Leser: »Überschreiten Sie in der BRD die Höchstgeschwindigkeit nicht. Machen Sie bei Polizeikontrollen keine schnellen Handbewegungen, denn man könnte meinen, sie würden eine Waffe ziehen. Sie riskieren, erschossen zu werden. Denn in letzter Zeit schießt die deutsche Polizei sehr schnell«.

Durch die Proteste im Ausland sah sich die Bundesregierung derzeit veranlaßt, von einem »bedauerlichen Irrtum« zu sprechen. Trotzdem wurde das Verfahren gegen die beteiligten Beamten eingestellt. Nach über einjähriger »Bedenkzeit« lehnte das Landgericht Stuttgart die Eröffnung eines Hauptverfahrens gegen den Todesschützen mit der Begründung ab: In der Wohnung des Schotten sei zwar keine Waffe gefunden worden, die Durchsuchung sei aber im Rahmen einer Fahndung nach terroristischen Gewalttätern erfolgt. Daher hätten die Beamten mit Schußwaffengebrauch rechnen müssen. Der Beamte habe sich folglich automatisch in »Putativ-Notwehr« befunden!!



Günter Jendrian

Am 21.5.74 wurde der Taxifahrer Günter Jendrian von Beamten des MEK München in seiner Wohnung erschossen. Jendrian sollte angeblich Kenntnis vom Aufenthalt Roland Ottos gehabt haben, der als Bankräuber und »Anarchist« auf den Fahndungslisten stand. 60 MEK- und Kripo-Leute hatten die Wohnung Jendrians umstellt. Nachdem ein Mitbewohner die Wohnungstür einen Spalt öffnete, feuerte ein Bulle sofort aus der MPi. Seine Kugeln schlugen fünf bis zehn Zentimeter über dem Kopf des Mannes ein. In diesem Augenblick öffnete Jendrian seine Zimmertür, während sein Nachbar in sein Zimmer flüchtete. In der linken Hand hielt Jendrian ein Kleinkalibergewehr, das er seit einem Einbruch in seine Wohnung einige Wochen vorher immer bereit hielt. Jendrian wurde sofort aus der MPi beschossen. Der erste Schuß traf ihn in den Arm. Der zweite direkt ins Herz. Jendrian war sofort tot.

Wie üblich wurden die Tatsachen vom Polizeibericht grob entstellt: »*Als die Tür nach zunächst erfolglosen, mehrfachen Aufforderungen der Polizei schließlich doch geöffnet wurde und die Beamten versuchten, in die Wohnung zu gelangen, kam es zum Schußwechsel mit dem bewaffneten Günter J., der hierbei getötet wurde*«.

Sofort nach der Tat machten sich Polizei und Staatsanwaltschaft daran, den wirklichen Vorgang zu vertuschen. Aus der Wand wurden zwei Kugeln herausgemeißelt, die noch von einem früheren Zielschießen Jendrians stammten. Darüber hinaus wurden weitere Löcher blind in die Wand geschlagen. Anschließend versicherte der Schütze, Jendrian habe zwei Schüsse auf ihn abgegeben, ungeachtet der Tatsache, daß Jendrian nicht geschossen haben konnte, weil aus seinem Magazin keine Patrone fehlte.

Nachdem man nach waffentechnischen Untersuchungen diese Lüge nicht mehr aufrechterhalten konnte, beanspruchte die Polizei trotzdem »Notwehr«, weil Jendrian ihnen angeblich mit dem Gewehr im Hüftanschlag entgegengetreten sei. Aus der Tatsache allerdings, daß Jendrian auf dem Rücken liegend, das Gewehr unter sich, gefunden wurde, ergibt sich: Jendrian wurde, nachdem ihm das Gewehr aus der Hand geschossen worden war, gezielt abgeknallt!

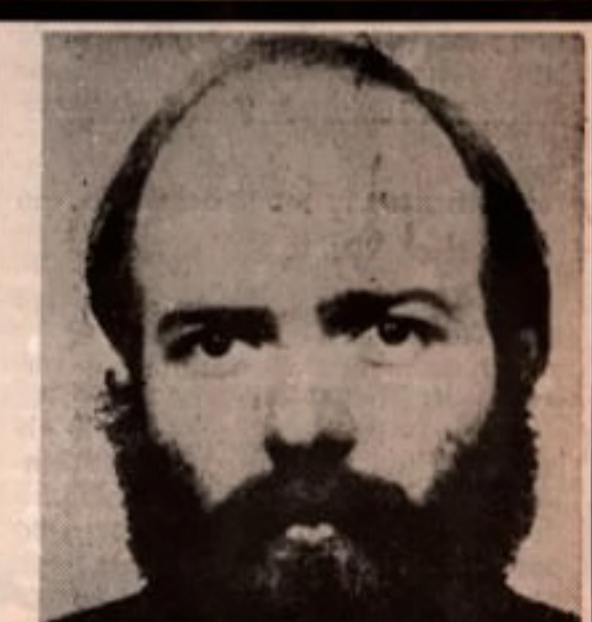
Vor weiteren Lügen wurde die Polizei dadurch bewahrt, daß der Staatsanwalt die »Ermittlungen« gegen die Todesschützen am 29.11.74 mit der Begründung einstellte, es habe sich um »Notwehr« gehandelt.



Siegfried Hausner

Am 30.4.1975 starb Siegfried Hausner in Stammheim an den Folgen eines medizinisch unverantwortlichen Transports von Schweden über Köln nach Stuttgart-Stammheim. Bei der Aktion gegen die deutsche Botschaft in Stockholm war er schwer verletzt worden: Er hatte schwere Brandwunden, 40% seiner Haut waren verbrannt. Solche Brandwunden sind äußerst schwierig zu behandeln. Außerdem hatte er schwere Schädelbrüche. Dazu erklärte ein schwedischer Brandwundenspezialist in einem Brief an die schwedische Zeitung »Expressen«: »*Siegfried Hausner trotz seiner 40%igen Verbrennungen in ein gewöhnliches Gefängniskrankenhaus zu bringen, war das reinste Todesurteil für ihn*«. »*Wir haben fünf Spezialkliniken für solche Schäden — die Bundesrepublik dagegen nicht eine, die unseren Standard erreicht*«. Siegfried Hausner wurde nach Stammheim geschafft, wo lediglich eine »Intensivstation« vorhanden ist, also noch geringere Behandlungsmöglichkeiten als in den sowieso für solche Fälle schon schlecht genug ausgerüsteten allgemeinen Kliniken. Einen Einblick in die »Untersuchungsmethoden«, mit denen solche Vorgänge anschließend »aufgeklärt« werden, gab die anschließende Obduktion der Leiche Hausners. Der verantwortliche Anstaltsarzt Dr. Henck stellte mehrere Schädelbrüche fest. Der Gerichtsmediziner Dr. Rauschke dagegen konnte angeblich absolut nichts dergleichen feststellen. Daraufhin zog Dr. Henck seinen Befund zurück! Rechtsanwalt Croissant stellte Strafanzeige wegen Verdacht der vorsätzlichen Tötung bei der Staatsanwaltschaft Bonn. Nach Zeugenaussagen habe Hausner noch zusammen mit Lutz Taufer den erheblich verletzten B. Rössner aus dem Gebäude der Botschaft geschleppt und sei dann noch einmal zurückgelaufen, um den sterbenden U. Wessel zu holen. Erst unmittelbar n a c h seiner Festnahme durch die schwedische Polizei habe er schwere Kolbenschläge mit Maschinenpistolen erhalten!

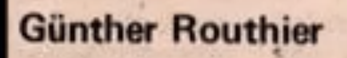




Werner Sauber, K.H. Roth, R. Otto

Am 9.5.1975 wurde bei einer Fahrzeug-Kontrolle auf einem Parkplatz Werner Sauber von Fahndern erschossen, Karl-Heinz Roth und Roland Otto wurden wegen Mordverdacht festgenommen und über zwei Jahre in Untersuchungshaft gehalten. Dem schwerverletzten K.H. Roth wurde jede Haftverschonung und Antrag auf Verhandlungsunfähigkeit abgelehnt, obwohl er seit seiner bei der Festnahme erhaltenen Unterleibsverletzung mit schweren inneren Schäden immer wieder zusammenbrach.

Laut Polizeidarstellung soll Werner Sauber zuerst auf die Polizei geschossen haben und K.H. Roth und R. Otto seien mitschuldig, weil sie »in stillschweigendem Einverständnis« mit Sauber gewesen seien. In der Verhandlung, die auf Grund einer aktiven Solidaritätsarbeit auf relativ breites öffentliches Interesse stieß, zerfielen die Darstellungen der Polizei in Widersprüche. Das Gericht mußte feststellen, daß W. Sauber nicht zuerst geschossen hatte und daß daher auch K.H. Roth und R. Otto auf keinen Fall die »stillschweigende Billigung einer Mordtat« vorgeworfen werden konnte. Inzwischen sind Roth und Otto wieder auf freiem Fuß.



Günther Routhier

Am 5.6.74 starb Günther Routier, Sympathisant der »KPD/ML«, an den Folgen der Verletzungen, die er durch Polizeimißhandlungen erlitten hatte. Genosse Routhier war als Zuhörer zur Arbeitsgerichtsverhandlung eines Kollegen gekommen. Nach Protestäußerungen stürzten sich Zivilpolizisten auf die Zuhörer und prügelten auf sie ein. Routhier wurde dabei mehrfach geschlagen, zu Boden gestoßen, schließlich die Treppe runtergeschleift, so daß er mit dem Kopf auf den Stufen aufschlug, obwohl die Bullen durch ihn selbst und seine Freunde mehrfach darauf hingewiesen worden waren, daß er Bluter war (d.h. jede Verletzung oder innere Blutung tödlich verlaufen kann). Genosse Routhier starb kurz darauf im Krankenhaus an einer Gehirnblutung.

Nach Verlautbarungen der Polizei hatte Routhiers Tod nichts mit dem Polizei-Einsatz zu tun. Dabei verstrickte sich die Polizei in Widersprüche. Der eine Beamte will Routhier überhaupt nicht angefaßt haben, nach Darstellung des anderen wurde er nur in den »üblichen Armhebelgriff« genommen etc.

Obwohl ein ärztliches Gutachten als »ursächlich« für den Tod Routhiers angab, daß er zwischen die Stuhlreihen des Gerichtssaals gestoßen und die Treppe hinuntergeschleift wurde, daß er danach im Polizeiwagen auf den Böden gelegt wurde und bei jeder Unebenheit mit dem Kopf aufschlug, obwohl eine Reihe von Zeugen das belegen konnten, obwohl die Staatsanwaltschaft einen ursächlichen Zusammenhang zwischen diesen Tatsachen und der Gehirnblutung einräumen mußte — wurde das Verfahren im Februar 1975 eingestellt, weil angeblich der Tod Routhiers in keinem Zusammenhang zu dem Polizeieinsatz stünde! Die Zeugen wurden teilweise wegen »Beleidigung« etc. vor Gericht gebracht.

Die »KPD/ML« deckte den Fall auf und klagte die Polizei des Mordes an. Entsprechende Ausgaben ihrer Presse und Flugblätter wurden in großangelegten Polizei-Aktionen beschlagnahmt. Zahlreiche Zeitungsverkäufer und Flugblattverteiler wurden vor Gericht gezerrt.

Katharina Hammerschmidt

Am 29.6.1975 starb Katharina Hammerschmidt an einem Tumor. »*Monatelang übersahen beamtete Mediziner die tödliche Erkrankung ... Sie behandelten sie erst gar nicht, dann mit Wasser-Pillen*« (»Spiegel« 28/75). Erst als sich die nächtlichen Erstickungsanfälle häuften, entschieden die zuständigen Richter auf Haftverschonung — dabei war aber auch in diesem Fall das Todesurteil schon gesprochen, weil der Tumor bereits zu weit entwickelt war. Eine Untersuchung der Vorgänge unterblieb. Eine Strafanzeige verschiedener bekannter Westberliner Mediziner gegen die Knast-Ärzte wegen unterlassener Hilfeleistung wurde nicht verfolgt. Dagegen stellte sich die Ärztekammer vor die Knast-Mediziner und brachte die klagenden Ärzte ihrerseits wegen Beleidigung vor Gericht.



die Zuhörer und prügelten auf sie ein. Routhier wurde dabei mehrfach geschlagen, zu Boden gestoßen, schließlich die Treppe runtergeschleift, so daß er mit dem Kopf auf den Stufen aufschlug, obwohl die Bullen durch ihn selbst und seine Freunde mehrfach darauf hingewiesen worden waren, daß er Bluter war (d.h. jede Verletzung oder innere Blutung tödlich verlaufen kann). Genosse Routhier starb kurz darauf im Krankenhaus an einer Gehirnblutung.

Nach Verlautbarungen der Polizei hatte Routhiers Tod nichts mit dem Polizei-Einsatz zu tun. Dabei verstrickte sich die Polizei in Widersprüche. Der eine Beamte will Routhier überhaupt nicht angefaßt haben, nach

belegen konnten, obwohl die Staatsanwaltschaft einen ursächlichen Zusammenhang zwischen diesen Tatsachen und der Gehirnblutung einräumen mußte — wurde das Verfahren im Februar 1975 eingestellt, weil angeblich der Tod Routhiers in keinem Zusammenhang zu dem Polizeieinsatz stünde! Die Zeugen wurden teilweise wegen »Beleidigung« etc. vor Gericht gebracht.

Die »KPD/ML« deckte den Fall auf und klagte die Polizei des Mordes an. Entsprechende Ausgaben ihrer Presse und Flugblätter wurden in großangelegten Polizei-Aktionen beschlagnahmt. Zahlreiche Zeitungsverkäufer und Flugblattverteiler wurden vor Gericht gezerrt.

Katharina Hammerschmidt

Am 29.6.1975 starb Katharina Hammerschmidt an einem Tumor. »*Monatelang übersahen beamtete Mediziner die tödliche Erkrankung ... Sie behandelten sie erst gar nicht, dann mit Wasser-Pillen*« (»Spiegel« 28/75). Erst als sich die nächtlichen Erstickungsanfälle häuften, entschieden die zuständigen Richter auf Haftverschonung — dabei war aber auch in diesem Fall das Todesurteil schon gesprochen, weil der Tumor bereits zu weit entwickelt war. Eine Untersuchung der Vorgänge unterblieb. Eine Strafanzeige verschiedener bekannter Westberliner Mediziner gegen die Knast-Ärzte wegen unterlassener Hilfeleistung wurde nicht verfolgt. Dagegen stellte sich die Ärztekammer vor die Knast-Mediziner und brachte die klagenden Ärzte ihrerseits wegen Beleidigung vor Gericht.



Holger Meins

Am 9.11.1974 starb Holger Meins nach einem zweimonatigen Hungerstreik gegen die unmenschlichen Haftbedingungen. Kurz vor seinem Tode wurde Holger Meins im Knast Wittlich von seinem Rechtsanwalt Haag besucht. Haag erkannte, daß Holger Meins im Sterben lag und wandte sich, nachdem er vergeblich versucht hatte, den Leiter des Knastes oder den behandelnden Arzt zu erreichen, auch an den zuständigen Vorsitzenden des 2. Strafsenats des Oberlandesgerichts Stuttgart, Prinzing, um auf den Zustand seines Mandanten aufmerksam zu machen.

Nach dem Tode von Holger Meins waren von der rheinland-pfälzischen Landesregierung keine Auskünfte zu erhalten. Die Behörden verwiesen auf die Zuständigkeit der Bundesanwaltschaft. Nach der Obduktion bestritten die Justizbehörden irgendein Verschulden. Vielmehr wurde der Spieß umgedreht, indem dem Rechtsanwalt Haag ein Verfahren wegen unterlassener Hilfeleistung angehängt wurde. In der Presse wurde der Tod von H. Meins bereits als »Freitod« hingestellt, mit dem die RAF aus der Haft heraus die Bundesregierung erpressen wolle. Eine Untersuchung der Todesumstände, das Verschulden Prinzings und der behandelnden Knast-Ärzte, wurde bis heute nicht vorgenommen.



Ulrike Meinhof

Am 9.5.1976 wurde Ulrike Meinhof in ihrer Gefängniszelle tot aufgefunden. Die Justizbehörden behaupteten alsbald, daß Ulrike sich selbst umgebracht habe. Nicht anders als bei den neuesten »Selbstmorden« waren die Ungereimtheiten, die zu den Todesursachen veröffentlicht wurden, geradezu wunderbar. Noch bevor der erste Anwalt eintraf, schafften die »Mitarbeiter im Vollzug« Ulrikes Leiche beiseite. Auch die anderen Gefangenen durften sie nicht sehen. Den ganzen Sonntag versuchten die Vertrauensanwälte und Ulrikes Schwester, die Leiche durch einen Vertrauensarzt obduzieren zu lassen, wogegen sich Staatsanwaltschaft, Justizministerium und BKA sperrten. Erst am Montag wurde die Nachobduktion genehmigt.

Nachdem Ulrike tot aufgefunden wurde, kam bereits vier Minuten später bei der Nachrichtenagentur die Meldung an, sie hätte sich selbst am Fensterkreuz erhängt. Allerdings war das Zellenfenster nur normal vergittert und hatte gar kein Kreuz. Außerdem gab es in der Zelle keine Handtücher, obwohl sie sich mit einem Handtuch erhängt haben soll. In der offiziellen Version nicht erklärte Verletzungen an den Beinen wurden festgestellt. Die einzigen Schneidewerkzeuge in der Zelle — eine Schere und ein Messer, mit der sich Ulrike den Handtuchstrang hätte zurechtschneiden müssen — wiesen keine Spuren von Textilfasern auf. Obwohl am Abend vor dem »Selbstmord« wie üblich die Glühbirne aus der Lampe in der Zelle entfernt worden war, war am nächsten Morgen unerklärlicherweise eine neue Birne eingeschraubt. Die auf dieser Birne befindlichen Fingerabdrücke konnten nicht als die von U. Meinhof identifiziert werden.

Bei der ersten Obduktion wurden einige Körperteile entfernt und konnten deshalb bei der Nachobduktion nicht untersucht werden. Die Obduktionsgutachten wiesen aus, daß den Obduzenten ein bereits verfälschtes Strangwerkzeug vorgelegt wurde: Bei der Erstbesichtigung der Leiche hing diese in einer Schlaufe von ca. 80 cm Länge, die einen Kreisdurchmesser von ca. 26 cm aufwies. Dem Obduzenten wurde aber eine Schlaufe von nur 51 cm vorgelegt. Sie schließt sich eng um den Hals. Der Kopf kann aus ihr nicht herausfallen. Tatsächlich aber, das bestätigen die vorgelegten Fotografien und die Maßangaben der Erstbesichtigung, war die Schlaufe so groß, daß bei eintretender Bewußtlosigkeit der Kopf durch das Körpergewicht aus der Schlaufe hätte herausfallen müssen. Diese Tatsachen lassen viele Schlüsse zu, nur nicht unbedingt den, daß U. Meinhof Selbstmord begangen hat. Am 26.8.76 wurde in Stuttgart die »Internationale Untersuchungskommission zum Tode von U. Meinhof« der Öffentlichkeit vorgestellt.

Jagdszenen aus Stammheim — Deutschland

Leserbrief: Menschenjagd am Riederring

Zu Jagdszenen in Oberbayern kam es in der Nacht vom Sonntag (30.10.) zum (31.10.) „Allerheiligen". Ein Anrufer meldete, daß vor der Raiffeisenbank in Riederring (Kreis Rosenheim) ein Kastenwagen parke und eine „verdächtige Person" vor der Bank „herumschleiche". Eine Polizeiüberprüfung ergab, daß es sich um einen gestohlenen Wagen handelte. Sechs (!) Polizeiautos wurden losgeschickt zur Fahndung. Auf der Strekke Riederring-Lauterbach stellte sich ein Bullenwagen quer, stoppte damit den „verdächtigen" LKW - wobei es fast zu einem Auffahrunfall gekommen wäre, da der LKW-Fahrer sehr spät reagierte. Zwei Polizeibeamte stiegen aus und eröffneten das Feuer aus ihrer Maschinenpistole. Die beiden Schüsse durchschlugen das Fahrhaus, ein Geschoß verletzte den Fahrer Heinrich T. am Ellenbogen, ein weiteres Geschoß drang in seinen Bauch (!). Obwohl Heinrich T. schwer verletzt worden ist, soll keine akute Lebensgefahr bestehen.

So sieht den Vorfall der unversehrt gebliebene Befahrer Horst A..

Ganz anders sehen es natürlich die beiden feinen Herren von der Rosenheimer Polizei: Sie hätten zweimal - die Motoren des Polizeiwagens und des LKWs liefen noch - „Hände hoch und aussteigen!" gerufen, die einzige Reaktion der beiden LKW-Insassen - vermutlich aus Angst (!) - sei darauf gewesen, daß sie sich im Fahrerhaus duckten. Einer der beiden bösen Buben wollte gar - so „sieht" es einer der Bullen - eine Waffe (?) auf die „Beamten" richten. Obwohl sie sich im Fahrerhaus duckten? Jedenfalls ist es klar, da gibt es nichts zu deuteln, daß es sich um einen Fall von „putativer" (!) Notwehr handelt.

Die Staatsanwaltschaft Traunstein und die Kripo Rosenheim halten sich mit Erklärungen „vorerst" bescheiden zurück, angeblich begründet durch den „dürftigen" (wobei es wohl auch bleiben wird) Stand der Ermittlungen.

Dies ist innerhalb kürzester Zeit der dritte Fall im bayerischen Raum (in München erschoß ein Bulle einen türkischen Arbeiterjugendlichen bei einer Fahrzeugkontrolle; ein Schäfer starb durch einen Schuß aus einer Maschinenpistole, weil man ihn und seine Begleiter für Viehdiebe (!) hielt) - von mysteriösen, „putativen Not-
seine Begleiter für Viehdiebe (!) hielt) - von mysteriösen, „putativen Not-
wehrfällen", und in keinem dieser beiden angeführten Fälle ist meines Wissens jemand wegen Mordes oder irgendwelcher krimineller Delikte verurteilt oder gar bestraft worden.

Übrigens hatte es mit der Meldung, daß der „verdächtige" Kastenwagen gestohlen sei, eine eigene, besondere Bewandnis.

In der Tat ist er gestohlen worden, nämlich 1973 (!). Schon zwei Tage später konnte er dem damaligen Besitzer wiedergegeben werden. Bis heute war er in der EDV-Anlage der Bullenfahndung als gestohlen gemeldet und eingespeichert worden.

(Rosenheimer Volksblatt 3.11.77).

Ein trotzkistischer Genosse

80 Polizisten gegen amnesty-Pressesprecherin

Rolandswerth. Vor dem Haus der Pressesprecherin von amnesty-international, das sie zusammen mit einem Mitarbeiter der Bonner ESG und einem Redakteur des 3. Weltmagazins bewohnt, fegten als Straßenkehrer verkleidete Kriminalbeamte am 14.10. Laub zusammen. Sie waren Teilnehmer eines Polizeieinsatzes von 80 Polizisten aus Bonn und Koblenz gegen dieses Haus. Grund natürlich die „Schleyer-Entführung". Angeblich gab es „Erkenntnisse und Hinweise" auf das Versteck Schleyers, anonym natürlich.

Auf der benachbarten Rheinwiese landete ein Hubschrauber. Polizisten mit Maschinenpistolen und kugelsicheren Westen umstellten das Haus. In Abwesenheit der Bewohner wurde die Tür eingetreten und die Wohnung durchsucht. Gefunden wurde natürlich nichts. Erreicht wurde, daß Mißtrauen und alle möglichen Spekulationen am Ort gegen die Hausbewohner rumgeisterten. Mut bewies der Vermieter der Wohnung, Druckereibesitzer, CDU-Mitglied Lemm. Er brachte am Haus ein Plakat an: *„Dieses Haus ist Opfer einer Kampagne der Infamie und des staatlichen Gegenterrors geworden".* Erst als die Polizei mit einer Anzeige drohte, entfernte Lemm das Plakat. (nach Stern, 11.11.77).

Bewaffnete Polizei gegen Jugendfete

Zwei bewaffnete Pinneberger Bullen (MP!) drangen während einer Fete des DLRG in das Jugendzentrum ein, da angeblich die Musik zu laut war. Der Vater eines 12-jährigen Mädchens, das diesen Vorfall miterlebte, wandte sich daraufhin an die Öffentlichkeit. *„Der Vater behauptet in seinem Brief, daß die Beamten die Jugendlichen bedroht und eingeschüchtert hätten, und fragt, wie die Polizisten den von einigen Jugendlichen dadurch hervorgerufenen Eindruck vom Polizeistaat korrigieren wollten. Steinvorth spricht von einem unangemessenen Verhalten der Beamten. Die Bitte der Polizei an die Bürger, Verständnis für verschärfte Verkehrskontrollen zu haben, dürfe nicht zu einem Freibrief für einzelne Beamte werden, eine Weise des Vorgehens zu praktizieren, die in gefährlicher Nähe von polizeistaatlichen Methoden liege"* („Pinneberger Tageblatt", 29.10.77).

KB-Gruppe Pinneberg/Steinburg

„Ähnlichkeit" bringt in Gefahr

Ein „unbescholtener Staatsbürger" hatte das Pech, eine „Ähnlichkeit" mit dem als „Schleyer-Entführer" gesuchten Willy Peter Stoll zu haben. Dieser „Doppelgänger" legte auf einer Autofahrt zwischen Wuppertal und Hannover eine Pause in einer Autobahnraststätte ein. Während seine Freundin und er aßen, wurden sie von Polizisten mit der Frage: „Gehört der Wagen, der vor der Tür steht, Ihnen?" aus der Raststätte herausgebeten. Draußen war alles hell beleuchtet und von bewaffneten Polizisten umstellt, von denen einer den Fahrer mit einer MP in „Schach" hielt. Die Durchsuchung des Wagens und der beiden Reisenden dauerte stundenlang, zumal der Wagen „verdächtigerweise" neu war und ein rotes Überführungskenn-
Freundin des „Doppelgängers" von Stoll ist Indonesierin mit niederländischem Paß, so daß von der Polizei sofort Verbindung zu „den Süd-Molukkern" gewittert wurde.

Ein KB-Sympathisant aus Flensburg

Zwei Polizisten verprügelt

Ansbach. Zwei Polizisten wollten einen Autofahrer mit zur Wache nehmen, um ihn dort zu kontrollieren. Sein Beifahrer alarmierte in einer nahegelegenen Kneipe Bekannte, die schnurstraks zur Wache gingen. Dort wurden zwei Polizisten verprügelt und ein Funksprechgerät außer Gefacht gesetzt, als die Freigabe des Festgenommenen verweigert wurde. Erst nach einem Warnschuß eines Polizisten und durch Eintreffen von Polizeiverstärkung gelang es, die empörten Kneipenbesucher zurückzuschlagen (ap-meldung).

Deutsches „Herz für Kinder"

Einige englische Schulklassen leisteten sich mit ihren Lehrerinnen den Luxus, Ende Oktober eine Klassenreise nach Belgien zu machen. Und da man nun schon mal auf dem Kontinent war, entschloß man sich zu einem kleinen Abstecher an die Mosel und machte sich auf den Weg in die BRD.



An der Grenze angekommen, wurden die Schüler (zwischen 13 und 15) erstmal in deutsche Gründlichkeit eingeführt. Sie und ihr Bus wurden über eine Stunde festgehalten und von oben bis unten durchsucht. Schließlich raffte sich eine der Lehrerinnen zu einem milden Protest auf, und es ist nur ihrem Verhandlungsgeschick und ihren guten Deutschkentnissen zu verdanken, daß die Aktion „vorzeitig" abgebrochen wurde und die deutschen Grenzer ihre Suchwut mit einem Irrtum entschuldigten. Ihr „Herz für Kinder" hatten sie bei ihrem Eifer aber nicht vergessen: Zum Abschied gab es für jeden ... Na? Richtig! Das Fahndungsblatt.

Arbeitsgruppe Frauen

Festgenommener in Kofferraum eingeschlossen

Butzbach. Eine Karrikatur auf die derzeitige Terroristenfahndung lieferte ein Justizbeamter der Justizvollzugsanstalt. Er stürzte am Abend in eine Gaststätte, packte einen 40-jährigen Gast und nahm ihn als „Terroristen" fest. Der Festgenommene wurde im Kofferraum eines Mercedes verstaut und eingeschlossen. Selbst der Besatzung der Polizeiwache, auf der der Festgenommene, völlig wahllos Herrausgegriffene, eingebuchtet werden sollte, war dies nicht ganz geheuer. Die Polizisten lehnten dieses Ansinnen ab („Frankfurter Rundschau", 1.11.77).

Wieder KBW-Büro durchsucht

Nach den Übergriffen auf KBW-Büros in Darmstadt, Heidelberg und Frankfurt ist auch in Hannover das Büro von 40 Zivil-Bullen - „gedeckt" von 2 Hundertschaften - durchsucht worden. Außerdem wurden die Personalien der Anwesenden festgestellt. Anlaß war der Nachdruck des beschlagnahmten Filbinger-Plakates „Ob so oder so, daß sind KZ-Methoden. Weg mit dem Kontaktsperregesetz!"

Die richterliche Verfügung gegen das Kleben dieses Plakates und die Rechtfertigung dieses Plakates in der „KVZ" wurde als Begründung für diese Repression angeführt.

Die nicht sehr intensive Suche nach „KVZs"- bei 6 Zeitungen wurden zwei Seiten herausgerissen, eine Tüte mit 50 „KVZs" wurde übersehen - schätzt der KBW selbst so ein, daß sich die Bullen nach dem Umbau mal genauer mit den Örtlichkeiten vertraut machen wollten, wozu – rechtswidrig – reichlich Fotos gemacht wurden.

Auf einer spontanen Kundgebung wurden 2 „KVZ"-Verkäufer mitgenommen und erkennungsdienstlich behandelt. Traurig witzig war nur die Presseerklärung des KBW, in der es über den ausschließlichen Einsatz von Zivilen innerhalb der Räume heißt: *„Es ist schon so: Für ungerechte Ziele lassen sich die einfachen Polizisten nicht einsetzen, wenn das Volk sich einig ist".*

KB Hannover

§ 88a in Aktion

Düsseldorf: Am 5.11. wurden wir in der Flingerstraße beim Straßenverkauf behindert. Etwa gegen 12.00 Uhr mittags wurden wir von zwei Typen auffällig mehrere Male fotografiert. Ca. eine Stunde später kam eine Bullenfußstreife und fragte einen von uns, was er da hätte. Plötzlich wurden wir von mindestens 10 uniformierte Bullen umgeben. Einer kassierte unsere Ausweise und sagte weiterhin sinngemäß: Kommen sie mit, darüber können wir uns auf der Altstadtwache unterhalten und außerdem hätten sich Bürger beschwert, weil wir hier Sachen zur Schleyer-Entführung und den „Selbstmorden" in Stammheim verkaufen und es bestehe Verdacht auf Billigung von strafbaren Handlungen bzw. Aufforderung zu solchen! Dann wurden wir zur Bullenwache gebracht, wo man uns körperlich durchsuchte und die Taschen wegnahm. Zwei von uns wurden in weißgekachelte Einzelzellen gesperrt, die eine Größe von ca. 2m mal 1,5m haben. Der Dritte Dort mußte er sich von den Bullen Sprüche anhören wie: Was ist denn das? Festgenommen und gar keine Schläge bekommen, das ist ja ein Scheißstaat? — Geh doch rüber, da sind alle Zellen rot, da sieht man das Blut nicht so!

22 verschiedene Publikationen des KB wurden von uns beschlagnahmt! Eine Tasche wurde in „Abwesenheit" eines Genossen durchsucht. Er verbrachte die ganze Zeit (ca. 45 Minuten) eingesperrt in der Zelle. Zum Schluß noch'n Bullenspruch: Wenn wir Beschwerde einlegen wollen, so sollen wir es tun: Formlos! Fristlos! Zwecklos!!

Fußball-Terrorist

Gelsenkirchen. Terroralarm in Gelsenkirchen am 29.10.: Ein Mann „mittleren Alters" wurde nach Denunziation als Terrorist verdächtigt. Die Polizei war auf Achse und stöberte den Verdächtigen auf. In einem Park wurde er schlafend unter Bäumen gefunden. Ergebis: Der Fußballfan war aus Iserlohn herbeigeradelt, um das Fußballspiel Schalke o4 gegen HSV am nächsten Tag zu ...en. („Express", 30.10.).

Leserbrief: Bespitzelung über Wohnungsmakler

Ich möchte Euch von einer neuen Art der Bespitzelung berichten. Einige Leute aus Duisburg sind dabei, eine Wohngemeinschaft zu gründen. Wir suchen aus diesem Grunde ein Haus bzw. eine Wohnung. Ich meldete mich auf eine Annonce von Immobilienmakler Orts/Mühlheim hin - Haus zu vermieten.... auch an Wohngemeinschaften.

Ich mußte eine endlose Fragerei des Immobilienmaklers über mich ergehen lassen, nach angemeldetem Wohnort, Arbeitsplatz, vorhandenem Geld etc. aller Beteiligten.

Nachträglich kann ich nur froh sein, nicht alles aus dem Kopf gewußt zu haben. Es stellte sich heraus, daß die Kripo in regelmäßigen Abständen seit einigen Wochen, genauer der Schleyer-Entführung, bei Immobilienmaklern vorbeikommt und die Unterlagen durchsieht bzw. durchstöbert. Sie sind besonders interessiert an Projekten mit Wohngemeinschaften. Denn da, wie kann es auch anders sein, werden die „Terroristen" vermutet. Sie könnten ja dort untertauchen. Bei der ersten Durchstöberung der Bullen nahmen sie gleich die Akten von vor einem Jahr unter die Lupe.

Ich machte mit dem Makler einen späteren Termin aus, um die verlangten Auskünfte zu geben.

In der Zwischnenzeit rief ich einen Anwalt an. Er sagte, daß es dafür keine rechtliche Grundlage gäbe.

Zur versprochenen Zeit meldete ich mich wieder beim Makler. Ich versuchte, an sein Gewissen zu appellieren, daß es schon ähnliche Zeiten gegeben hat, wo man nur mit Genehmigung das Haus verlassen durfte, wo jeder jeden bespitzelt hat, und wo es gefährlich war, seine eigene Meinung zu äußern.

Er sagte, daß er meine Meinung nicht verstehen könnte, ich wüßte doch ganz genau, aus welcher Ecke diese Terroristen kämen, nämlich aus den höheren Kreisen, bei den Studenten...

Er gibt außerdem gern seine Unterlagen her, denn es sei seine Bürgerpflicht und schließlich würde der Verband es auch verlangen.

Ich sagte ihm, daß es keinerlei rechtliche Grundlage dafür gäbe. Ich wäre zwar bereit, ihm alle gewünschten Auskünfte zu geben, aber nur, wenn er mir schriftlich bescheinigen würde, daß er diese Informationen nicht an die Polizei weitergibt. Er reagierte sauer und meinte, ich könne es ja bei anderen Maklern versuchen, aber die hätten alle Order vom Verband gekriegt,und wenn ich mich so anstellen würde, hätte ich bestimmt was zu verbergen....

Leserbrief aus Duisburg

Bundeswehr führt „Personenkontrollen" durch

Folgender skandalöser Vorfall ereignete sich am 19.9., also mitten in der allgemeinen Hetzjagd nach den Schleyer-Enführern.

Am 19.9. fuhr Günter Z. mit seinem PKW auf der Bundesstraße 201 von Husum kommend in Richtung Schleswig. In der Ortschaft Treia bemerkte er auf einer Brücke einen PKW, der gerade von einem Mann in
Schleswig. In der Ortschaft Treia bemerkte er auf einer Brücke einen PKW, der gerade von einem Mann in
Uniform kontrolliert wurde. Da keine rote Kelle oder Warnlichter zu sehen waren, fuhr Günter Z. langsam an dem PKW vorbei. Als er auf gleicher Höhe war, bemerkte er drei weitere Personen in Uniform und im gleichen Moment einen Feuerstoß und hörte ca. 3 Sekunden lang eine Maschinenpistole feuern.

Günter Z. bremste, riß die Wagentür auf und rief: »Nicht schießen, ich halte an!« Kurz darauf trat der Uniformierte, der auch den anderen Wagen kontrolliert hatte, an das Beifahrerfenster und verlangte die Papiere. Der Beifahrer, Rechtsanwalt Kersten, fragte, mit welchem Recht eine solche Personenkontrolle stattfinde und erwähnte, daß er Rechtsanwalt sei. Daraufhin durfte der Wagen weiterfahren. Beim Verlassen des Kontrollpunkts hantierte der Mann mit der MP (oder dem Gewehr) immer noch mit seiner Waffe.

Im nächsten Ort (Silberstedt) standen vor einem Gasthof mehrere Bundeswehrfahrzeuge.

Vor der Gasthoftür begegneten Günter Z. und seinem Beifahrer mehrere uniformierte Männer, denen sie den Vorfall schilderten, worauf einer der Männer an zwei andere den Auftrag gab, hinzufahren und nachzusehen. Diese fuhren mit einem Jeep (Kennzeichen Y 26 4967) Richtung Treia.

In Hamburg angekommen, forderte Günter Z. mehrmals die Pressestelle der Bundeswehr auf, den Vorfall zu untersuchen. Ganz offensichtlich hatten hier Bundeswehreinheiten völlig illegitim Personenkontrollen durchgeführt, bei denen es zu dem geschilderten gefährlichen Zwischenfall kam. Zwei Wochen nach dem Vorfall bestätigte die Bundeswehr-Pressestelle den Vorfall und sagte, daß die beiden Hauptakteure betrunken waren und vor ein Truppengericht kämen. Um zu verhindern, daß die Soldaten vor dem Standgericht und ohne Beweiserhebung verurteilt werden, und die tatsächlichen Hintergründe des Vorfalls weiter im Dunkeln bleiben, hat Günter Z. inzwischen Strafanzeige bei der Polizei gestellt.

Ein AK-Leser

Ein modernes Drama in fünf Akten

Nachdem seit einiger Zeit von allerhöchster Stelle die Jagd auf den Sympathisantensumpf eröffnet war, gab es auch in Marburg mutige Persöhnlichkeiten, die bemüht waren, Beweise und Indizien für die Existenz dieses Sumpfes zu suchen und zu finden. Besonders treten in Erscheinung CDU-Hochschulunion, RCDS, Junge Union und Oberhessische Presse (OP). Im weiteren auch: Unileitung, Mensaleitung, Staatsanwaltschaft, Polizei, Sympathisantenzirkel. Als Statisten: einige Hundert Sympathisanten.

1.Akt: Universität

Die CDU-Hochschulunion und der RCDS entdecken am 30.9. eine Wandzeitung des KSB/ML. Empörender Inhalt: Hanns Martin Schleyer wird als „Schmarotzer" bezeichnet und die Arbeiter werden zur bewaffneten Revolution aufgerufen. Darüber berichtet ein viertelseiten langer OP-Artikel. Warum ist die Uni-Leitung nicht eingeschritten? Wo war die Mensa-Leitung? Beide können sich noch einmal damit herausreden, sie hätten nichts gesehen. Am Ende steht die bange Frage, ob sich beide wenigstens in Zukunft an der aktiven Bekämpfung des Terrorismus an dieser Universität beteiligen werden.

2.Akt: Am 17.10. muß die Polizei eingreifen, um eine weitere Schleyer-Schmähung aus der Mensa zu entfernen. Auf einer KB-Wandzeitung war H. M. Schleyer als „Alt-Nazi" und „Oberkapitalist" bezeichnet worden. 300 - 400 Sympathisanten wehrten sich mit Megaphonen. Die OP berichtet am nächsten Tag resigniert: *„Selbst die jüngsten bis Somalia reichenden tragischen Ereignisse haben nicht ausgereicht, die Sympahthisantenbühne im Terroristendrama leerzufegen."* Und schlimmer: der AStA distanziert sich zwar (halbherzig?) vom Inhalt der Wandzeitung, läßt sich aber dazu hinreißen, den zur Aufrechterhaltung der Ordnung dringend gebotenen Poizeieinsatz zu verurteilen. Jetzt aber tritt Uni-Präsident Zingel ins Rampenlicht und bezeichnet die Wandzeitung völlig zutreffend als „Dokument der Unmenschlichkeit".

3.Aufzug: Am 18.10. zweifeln 500 - 600 Sympathisanten den Selbstmord der Terroristen in Stammheim an. Die OP dokumentiert am nächsten Tag diesen empörenden Zwischenfall.

4.Akt: Die Sympathiebekundungen für den Terror sind nicht auf die Universität beschränkt. Ebenfalls am 18.10. wirft der Schulsprecher der Martin-Luther Schule in einem Gespräch auf dem Schulhof die provokante Frage auf, ob nicht Aktionen wie in Mogadischu das Leben der Geiseln gefährden. Ein demokratischer Schüler gibt diese eindeutige Aussage an den Kreisvorsitzenden der Jungen Union und Stadtverordneten Konder weiter und kann nicht ausschließen, daß es anläßlich dieser Äußerungen zu Sympathiebekundungen für den Terror gekommen sei. Konder konter souverän und leitet diese Tatbestände an die OP weiter. Die hat immerhin den Mut, den Sympathisanten in vollem Umfang und mit vollem Namen für diese Zwischenfälle, die ja wahrscheinlcih stattgefunden haben, verantwortlich zu machen, damit so einer die Folgen seiner Handlung auch zu spüren bekommt. Zum Glück gibt es noch mehr Demokraten: Der Schulleiter distanziert sich schärftstens von einer solchen bis dato unbekannten Aktion, ordnet eine genaue Untersuchung an und droht gegebenenfalls mit Konsequenzen. Der Vorsitzende des Elternbeirats verurteilt die Sympathiebekundungen und fordert, *„daß sich die Schülerschaft ebenso energsich von dem Vorfall distanziere und mit allen ihr zur Verfügung stehenden Mitteln vorgehen werde."* Leider aber versucht im folgenden der Stadtschülerrat, Sympathie für den Sympathisanten zu erwecken. Frech bezeichnet er die Behauptungen der JU für frei erfunden und redet von „infamen Unterstellungen". Und der Sympathisant selbst kündigt rechtliche Schritte an! Soll jetzt der demokratische Schüler, dessen Name immer noch unbekannt ist, zum Denunzianten gestempelt werden? Die JU jedenfalls steckt nicht auf. Der Stadtschülerrat sei nämlich gar nicht berechtigt gewesen, sich vor den Sympathisanten zu stellen, denn er hat kein politisches Mandat. Außerdem mache es die politische Grundhaltung des Schulsprechers mehr als deutlich, daß sich der linkslastige Stadtschülerrat für ihn einsetze.

5.Akt: Am 8.11. ruft der ebenfalls linkslastige AStA auf einer Wandzeitung zu einer Demonstration gegen angebliche „Berufsverbote" und „neofaschitische Tendenzen" auf. Überschrift des Pamphlets: „Terrorist im Bundestag?". Denunziert werden soll in dieser Wandzeitung der CDU-Bundestagsabgeordnete aus Marburg - Biedenkopf Wissebach. Herr Wissebach hat nie ein Hehl daraus gemacht, daß er 1937 als Freiwilliger der Waffen-SS-Einheit „Leibstandarte Adolf Hitler" beitrat. Er wurde von den Russen zu 25 Jahren Zwangsarbeit verurteilt, kam aber 1954 zurück zu uns. Was ist verwerflich daran, daß er seit 1968 Schriftleiter des SS-HIAG-Organs, „der Freiwillige", ist und auf zahlreichen HIAG-Traditionstreffen als prominenter Redner auftrat? Oder daß er in der Zeitung „die Woche" am 15.7.71 schrieb: *„Ich war als junger Mann überzeugter Nationalsozialist. Im Gegensatz zu anderen habe ich das noch nicht vergessen."* Dies alles aber meinte der AStA Herrn Wissebach ankreiden zu müssen. War da die Beschlagnahme der Wandzeitung auf Anweisung der Staatsanwaltschaft durch mehrere Polizisten nicht dringend geboten? Natürlich waren wieder 800 - 1000 Sympathisanten zugegen, um die Beamten zu verunsichern und mit Schmährufen wie „Bullen raus!" zu belegen. Sollen uns vielleicht anstatt Männer wie Wissebach in Zukunft solche Leut im Bundestag vertreten?

Schlußbemerkungen: Diese Beweise der Existenz eines gefährlichen Sympathisantensumpfes auch in Marburg entnahmen wir einer Reihe von Ausgaben der Oberhessischen Presse der letzten Wochen sowie eigenen Beobachtungen. Wir beobachten weiter!

KB-Sympathisanten Marburg

Selbstmord in der GSG 9?

Noch von frischem Todesschuß-Ruhm umglänzt, ereilte die GSG 9 Helden ein „tragisches Unglück". Ein „Eliteschütze" erschoß einen andren. Am 4.11. war es einem GSG 9-Wachtmeister (seinen Namen verschweigt die Presse diskret) und dem Oberwachtmeister Otto Wachendorf zu langweilig geworden. Nichts los am Genscher-Haus, das sie bewachen sollten. Also Wildwest-Spiel: Sie veranstalten Zielübungen – wer zieht schneller? Und *„ dabei passiert es. Der 19-jährige reißt den Revolver aus dem Halfter. Er zielt und es knallt. Otto Wachendorf sinkt zu Boden .... Tod durch Herzschuß..."* („FR", 7.11.).

Peinlich berührt heißt es hinterher: *„Der Todesschütze und sein Opfer waren erst seit einem halben Jahr bei der GSG 9 – beide noch in der Grundausbildung"* („Bild", 5.11.77).

Denn – was sollte man von der „Eliteeinheit", bei der alles „wie am Schnürchen klappt", die es schafft, ein Flugzeug in Sekunden zu knacken und dabei noch gezielt ein paar Terroristen umzulegen, halten, wenn sie im Innersten eine Bande herumalbernder Jüngelchen wäre?

Um so merkwürdiger ist dann, daß die beiden s o unerfahren nun auch nicht waren: *„Beide Beamte waren keine Neulinge. Sie haben in ihrer zweijährigen Dienstzeit beim BGS eine gründliche Waffenausbildung erhalten. Es handelt sich also nicht um unerfahrene Wehrpflichtige, die mal eben im Kameradenkreis mit der ‚Kanone' Spielchen treiben"* („FR", s.o.).

Wie dem auch sei: Das „Spielzeug" der GSG 9 ist nach Angaben der Zeitschrift „Wehrtechnik" (Nov.) eine Heckler - und Koch-Pistole , Kaliber 9 mm, sowie ein Revolver vom Typ Su. W. 38 Special. Bei den GSG 9-Revolvern handelt es sich um eine Spezialanfertigung: *„Sie hat keinen Sicherungshebel und soll im Ernstfall den schnellen Schuß garantieren" („FR", s.o.).*

Antifa-Kommission
KB/Gruppe Hamburg

Polizeiaktion gegen die Falken

Ausgangspunkt ist ein Flugblatt gegen Berufsverbote, das Falkenmitglieder im Hof verteilten. Das darin eingedruckte Plakat nahm die Polizei zum Anlaß, einen Verteiler festzunehmen, bei allen 3 Beteiligten Hausdurchsuchungen vorzunehmen und 5000 Flugblätter zu beschlagnahmen.

Für den Höhepunkt der Aktion sorgte die Staatsanwaltschaft Hof, die ein Ermittlungsverfahren eingeleitet hat, da sie im Versuch der Flugblattverteiler, ein Grundrecht wahrzunehmen, eine Verunglimpfung des Staates sieht, die nach § 90a StGB zu ahnden ist.

Dieser massive Angriff auf die Meinungsfreiheit veranlaßte die Nürnberger Falken dazu, mit einem Flugblatt an die Öffentlichkeit zu gehen, das über die Vorfälle in Hof berichtet und das beanstandete Plakat eben als Titelblatt zeigt. Die Reaktion des Staates folgte auch hier auf dem Fuß:

Am 19. Oktober 1977 gegen 17.30 Uhr erschienen 8–10 Polizisten in der Fußgängerzone, um besagtes Flugblatt (1.480 Stück, von der Polizei abgezählt) zu beschlagnahmen und die Personalien der Verteiler auf der Wache festzustellen. Und dies, obwohl der Infostand unter Vorlage des Flugblattes durch das Liegenschaftsamt Nürnberg genehmigt war. Dabei scheute sich die Polizei nicht, auch Passanten die Flugblätter wieder abzunehmen.

Wie in Hof sollen auch die Nürnberger Flugblattverteiler wegen § 90a StGB belangt werden.

Inzwischen hat die Nürnberger Polizei die Flugblätter zurückgegeben. Das gibt den „Nürnberger Nachrichten" vom 22./23.10.77 Anlaß zu der Vermutung, daß sich die „Wogen geglättet haben", da anzunehmen ist, daß die Anzeigen nicht weiter verfolgt werden. Tatsächlich wurden die Anzeigen inzwischen auch zurückgezogen; der Zweck war offenbar auf eine Einschüchterung „begrenzt".

Die Falken haben unter ihr Flugblatt geschrieben:

WENN WIR JETZT SCHLAFEN,
WIRD ES EIN BITTERES
ERWACHEN GEBEN

In einer Stellungnahme heißt es:
Die dargestellten Ereignisse, sowie die allgemeine Tendenz zu verschärften Repressionen auch gegen kritische und sozialliberale Bürger zeigt die Notwendigkeit auf, über solche Maßnahmen des Staates und der Polizei eine breite Öffentlichkeit zu informieren. Ziel muß es sein, die Öffentlichkeit zu mobilisieren um sich gegen diese wachsenden Übergriffe zu wehren. Dies ist mit ein Grund für die Falken, das Russel–Tribunal zu unterstützen.

SJD – Die Falken
Unterbezirk Nürnberg

Kapitalisten schüren und nutzen Pogromstimmung

Der Vorstand einigte sich mit dem Konzernbetriebsrat der Texaco, die Kollegen mit einem gemeinsam unterschriebenen Aushang aufzufordern, am 25. 10. wie auch in anderen Betrieben, Feierminuten einzulegen. Beide forderten in einem Fernschreiben alle Einzelbetriebsräte auf, folgenden Text mit ihrem Namen an die schwarzen Bretter zu hängen: *„ ... der Bundesvorstand der deutschen Industrie, die Arbeitgeberverbände und die Gewerkschaften haben aufgerufen ... zu Beginn des dann stattfindenden Staatsaktes eine Gedenkminute für die Opfer des Terrorismus einzulegen. Vorstand und Konzernbetriebsrat der Deutschen Texaco AG schließen sich diesem Aufruf an und bitten alle Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter ...., um 10.30 Uhr in einer kurzen Arbeitsunterbrechung – sofern nicht zwingende betriebliche notwendigkeiten entgegenstehen – der Opfer der grausamen Gewalttaten der jüngsten Vergangenheit zu gedenken ... Ferner bitten wir um Trauerbeflaggung in allen Betrieben und Betriebsstätten."*

Soweit der sozialpartnerschaftliche Aufruf, der von allen Betriebsräten der Werke befolgt wurde. Auseinandersetzungen gab es nur in der Hamburger Texaco, im Betriebsrat für die Hauptverwaltung und das Labor Wilhelmsburg.Dort wurden Kritiken quer durch die Fraktionen laut – DAG, IG Chemie und ausgeschlossene IG Chemiekollegen ... Dje mildeste Form der Ablehnung war der Hinweis auf den erschossenen Piloten, für den Gedenkminuten angeboten worden waren, wieso dann für eine Trauerfeier mit dem Vorsitzenden der Kapitalistenverbände. Weitere ablehnende Begründungen verwiesen auf die Hinrichtung der fünf spanischen Genossen im September 1975, für die zwar der DGB zu einer Schweigeminute aufgerufen hatte, deren Durchsetzung aber auf größte Schwierigkeiten der Kapitalistenvertreter und der Behörden gestoßen war. Es wurde auf einen Richter am Hamburger Arbeitsgericht verwiesen, der während einer Verhandlung die Gedenkminute eingelegt hatte und prompt gegen Disziplinarangriffe zu kämpfen hatte. Schließlich betonte eine Frau im Betriebsrat, sie habe nichts gegen eine Gedenkminute einzuwenden, wenn gleichzeitig all der Opfer im Hitlerfaschismus gedacht würde, für die Schleyer mit verantwortlich zeichne ...

Der Betriebsrat beschloß, den Aufruf des Vorstandes und des Konzernbetriebsrates wegen Nichtbefassung zu den Akten zu legen. Als Betriebsräte darauf aufmerksam machten, daß der Aufruf des DGB aber schon im Aushangkasten der IG Chemie hänge, entfernten sich Betriebsräte dieser Gewerkschaft, um ihn wieder abzunehmen. So blieb der Aushangkasten des Hamburger Betriebsrates der IG Chemie und der DAG leer, der Aufruf mit der Unterschrift des Konzernbetriebsrates hing standesgemäß im Kasten des Vorstandes.

Ein verhaltener Gong kündigte am 25.10. die Gedenkminute an. Das Verhalten der Kollegen war recht unterschiedlich. Wenige bekannte Reaktionäre standen gesenkten Hauptes auf und gedachten ihres Schleyers, andere saßen schweigend da und wagten offensichtlich nicht, in gewohnter Lautstärke weiterzureden – die Mehrheit. Einige rannten an die Fenster, um zu sehen, ob der Straßenverkehr vorübergehend seinen Geist aufgeben würde. Kollegen, die sich normal weiter unterhielten und die Minute ignorierten, wurden stellenweise von Abteilungsleitern aufgefordert, die Andacht nicht zu stören. Einige gingen in die Pausenräume und Toiletten, um diesem Schauspiel nicht beiwohnen zu müssen.

Insofern war dies ein Sieg der Reaktion bis tief in die Betriebe hinein, da auch Kollegen, die diesem Trauerspiel für Schleyer kritisch gegenüberstanden, es in der provozierten Stimmung nicht wagen konnten, Diskussionen zu führen und die meisten sich diesem Schweigen unterwarfen.

Ein weiteres Beispiel, wie anfällig Kollegen für Aufrufe gemacht werden, ihren eigenen Ausbeuter zu schützen: Zur Zeit laufen bei der Texaco Tarifverhandlungen. In einem Flugblatt an die Kollegen hatte die IG Chemie-Bezirksleitung ihren nicht vorhandenen Kampfgeist mit Wortradikalismus wettzumachen versucht. Sie wagte es, die Haltung des Texaco-Vorstandes in den Verhandlungen in einem Punkt als „völlig Kriminell" zu bezeichnen. Sofort lancierte die Geschäftsleitung in einem Stockwerk der Hauptverwaltung eine Unterschriftensammlung. In Kürze war folgende Erklärung von 50 Kollegen unterschrieben:

„Auf unseren Arbeitsplätzen fanden wir heute morgen die Kurzinformation der IG Chemie, Papier, Keramik vom 19.10.1977 ... Als Arbeitnehmer in dieser Firma wenden wir uns mit Nachdruck gegen einen derart unqualifizierten Sprachgebrauch. Wir bitten Sie um die Rücknahme der von Ihnen benutzten Formulierung. Wir wären dankbar, wenn unter der Überschrift Kurzinformation in Zukunft nur informiert würde".

Fünf IG Chemie-Kollegen drohten ihren Austritt an, drei vollzogen ihn, zogen dann aber wieder zurück. Eine solche Reaktion hatte es bei ähnlichen Formulierungen bislang noch nie gegeben. Eine offizielle Antwort der Bezirksleitung steht noch aus. Die IG Chemie-Mitgliederversammlung in der Hauptverwaltung lehnte auf einer Sitzung ebenfalls ziemlich geschlossen solche Formulierungen ab. Sie verärgere nur Kollegen.

Aus unseren eigenen Diskussionen wissen wir, daß die Propagandisten einer Volksgemeinschaftsideologie leichteres Spiel hatten nach der Flugzeugentführung. Mit Mallorca-Urlaubern identifizieren sich verständlicherweise mehr Kollegen als mit Hanns-Martin Schleyer.

Auf dieser Stimmungsgrundlage verstärkte die Texaco ihren „Objektschutz". In der Hauptverwaltung die ihren Großraumbunker in Hamburgs City Nord stehen hat, wurde das ständig anwesende Wachpersonal um zwei einsatzbereite verstärkt – an Wochenenden um fünf – angestellt vom Sicherheitsdienst. Sie sollen in der ersten Phase im wesentlichen das Sicherheitssystem überprüfen und Vorschläge machen, was noch zu verbessern ist. Laut Auskunft der Fachabteilung wird u.a. erwogen, zentrale Türverriegelungseinrichtungen und Panzerglas, wo es notwendig erscheine, zu installieren.

Das Wachpersonal sei mit der Haustechnik vertraut gemacht worden, solle nach Anweisung sehr besonnen handeln und im Rahmen der Gesetze bleiben, es sei nicht bewaffnet, aber mit Sprechfunkgerät ausgerüstet. Mit diesem Ding in der Hand sind diese Leute inzwischen ein gewohnter Anblick.

Einen weiteren Vorstoß beim Betriebsrat machte die Firmenleitung über ihren Sciherheitsbeauftragten. Dieser ehemalige Bedienstete des militärischen Abschirmdienstes (MAD) – nach eigenen Angaben – fragte an, wie sich der Betriebsrat zu Bombensuchtrupps aus dem Kreis der Angestellten stelle. Die angesprochenen Vertreter des Betriebsrates antworteten, sie würden allen Kollegen bei einer eventuellen Bombendrohung nur den Rat geben können, das Haus auf schnellstem Wege zu verlassen. Bei der Deutschen Shell gibt es bereits eine Freiwilligengruppe mit dem Auftrag, das Haus in solchen Fällen zu durchsuchen. Sie besteht ausschließlich aus leitenden Angestellten im Rang von Bereichsleitern, weil sinnvollerweise kein Kollege für diesen Objektschutz gewonnen werden konnte.

Desweiteren wurde der Betriebsrat aufgefordert, zu einem Anrufregistrierer in der Telefonzentrale Stellung zu nehmen, um eventuelle Drohanrufe zu dokumentieren. Eine Antwort steht noch aus.

Unseres Erachtens ist die bisherige Haltung des Betriebsrates der Hauptverwaltung richtig, soweit er jeden Versuch ablehnt, Kollegen auf Polizeiaufgaben hinzulenken und seinen Namen für Einsätze herzugeben, die eine Progromstimmung anheizen soll. Die Schwierigkeit besteht, diese Haltung einer in großen Teilen von der Progromstimmung erfaßten Kollegenschaft zu vermitteln. Wir wenden uns aber auch gegen diejenigen, die dogmatisch jeden Beschluß eines Betriebsrates als Ausdruck der Belegschaftsmeinung sehen wollen. Uns wäre auch lieber, wenn solche Beschlüsse uneingeschränkt das Vertrauen der Kollegen genießen würden. Es muß aber auch Pflicht des Betriebsrates sein, sich gegen schädliche Entwicklungen zu stemmen, zumal er als erster Ansprechpartner der Geschäftsleitung als Puffer funktionieren kann, der aber nicht lange standhalten wird, wenn diese Entscheidungen nicht von den Kollegen getragen werden.

Betriebszelle Texaco
KB/Gruppe Hamburg

Russell-Tribunal

Presse-Echo in den Niederlanden



Kampagne gegen die Atombombe 1962: Bertrand Russell spricht zu Dockarbeitern

Die Pressekonferenz für das Russell-Tribunal III am 28.10. in Bonn hat auch teils erneut, teils zum ersten Mal die Aufmerksamkeit von Teilen der niederländischen Presse auf sich gezogen.

Die linksliberale ,,Vrij Nederland" (5.11.) befaßt sich vor allem mit den Angiffen auf das Tibunal und fragt: *,,Warum heult die SPD so mit den Wölfen? Und was beseelt den deutschen Nobelpreisträger eigentlich?"* Das Russell-Tribunal III, stellt die ,,VN" fest, wird ein umstrittenes Ereignis werden: *,,Nur kleine linke Parteien wie das* **Sozialistische Büro** *und der* **Kommunistische Bund** *haben sich hinter die Initiative gestellt, die Regierungsparteien und die christlichdemokratische Opposition haben ihre Kräfte gebündelt, um sie einträchtig in den Grund zu bohren."* Daß die christdemokratische Presse die Organisatoren zu den ,,»Sympathisanten der Terro-

Daß die christdemokratische Presse
mokratische Presse die Organisatoren
zu den ,,»Sympathisanten der Terro-

Daß die christdemokratische Presse die Organisatoren des Tribunals zu den *,,»Sympathisanten der Terroristen«"* zählen würde, sei zu erwarten gewesen. *,,Daß auch die SPD sich kräftig von der Russell-Foundation distanzierte, war peinlicher."*

Gegenüber dieser sehr deutlichen Kritik einer linksliberalen Zeitung des Auslands heben sich die in der niederländischen Presse zitierten Äußerungen des westdeutschen Jury-Mitglieds Prof. Narr von der Pressekonferenz recht unvorteilhaft ab. *,,Natürlich würde es falsch sein, die Bundesrepublik mit Vietnam oder Chile zu vergleichen* (Gegenstand des ersten und zweiten Tribunals — Anm. AK) ... *In Westdeutschland liegt das anders: Es gibt eine Regierung von Liberalen und Sozialdemokraten, die wir davon abzuhalten versuchen müssen, autoritäre Maßnahmen zu ergreifen ... Aber die SPD muß Raum geben für die Kritik an der Bundesrepublik. Sonst wird das schlechte Image, das Westdeutschland bei den Ausländern hat, von vornherein bestätigt. Das Russell-Tribunal muß eine ehrliche Chance bekommen"* (Rückübers. aus dem niederländischen).

Chance wozu? Um die BRD im Ausland wieder reinzuwaschen? Bei derart defensiven und gewundenen Argumentationen bekommt man das Gefühl, als ob Narr im Ausland als Verteidiger der BRD auftritt!

Der links-sozialdemokratische ,,Groene Amsterdammer" (2.11.) veröffentlichte — in Form eines Interviews — umfangreich die Darstellungen von Sebastian Cobler und Prof. Narr über das Tribunal. Ein Auszug:

,,Welche Bedeutung hat die Ausländische Unterstützung für das Russell-Tribunal?

Cobler: Wir erbitten von den ausländischen Unterstützern kein politisches Almosen. Die Anlayse des eingebrachten Materials wird ihnen deutlich machen können, welches die Folgen einer politischen Eskalation in der Bundesrepublik für ihre Länder sind.

— Meinen Sie damit den Export des Modell Deutschland?

Narr: Um Mißverständnissen zuvorzukommen, dieser Begriff stimmt nicht von Cobler oder von mir, sondern ist ein Wahlslogan der SPD. Wir gehen nicht davon aus, daß dies Modell Deutschland in der Form von inländischer Repression und der Verletzung von Menschenrechten schon bestehen würde und in dieser Weise schon exportiert wird. Wir weisen nur auf die drohende Gefahr..." — der Mann muß blind sein!

Auf die Fragen des ,,Groene Amsterdammer" nach den Themen des Tribunals gab Cobler u.a. an: Zensur, Entwicklung des Prozeßrechtes, Verteidigerausschlüsse, Ausweitung von Befugnissen der Polizei, Asylrecht, Probleme von Frauen und Homosexuellen bei der Einstellung beim Staat, Berufsverbote und Gewerkschaftsausschlüsse. Weiter solle untersucht werden, inwiefern Frauen, die legal abgetrieben haben aufgrund hierüber angelegter Dossiers in ihrer beruflichen Laufbahn behindert werden, ebenso sollen ungleiche Bezahlung und die besondere politische Unterdrückung von Frauen Thema des Tribunals sein. Weiter solle untersucht werden, ob die politischen Rechte in der BRD noch den Absichten des Grundgesetzes, wie es 1949 verabschiedet wurde, entsprechen oder ob *,,anstelle der ursprünglichen antifaschistischen Absicht des deutschen Grundgesetzes heute nicht mehr die Bürger gegen den Staat, sondern der Staat gegen autonome politischen Aktivitäten seiner Bürger beschützt"* wird.

Niederlande-Kommission

Italienische Initiative tritt

Italienische Initiative tritt Chauvinismus entgegen

Namenhafte Persönlichkeiten, darunter Lelio Basso (Senator und Präsident des 2. Russell-Tribunals), Mario Dido (Vorstandmitglied des ital. Gewerkschaftsbundes CGIL), Inge Feltrinelli (Verlegerin), Lucio Lombardo-Radice (Mitglied des ZK der KPI und der Jury des 3. Russell-Tribunals), Federico Mancini (Mitglied des obersten Rats der Justiz), Saverio Senesse (Sekretär des Richterbundes ,,Magistratura Democratica") und Alberto Tridente (Vorstandsmitglied der Einheitsgewerkschaft der Metaller FLM) gründeten eine ,,Initiative zur Verteidung der Bürgerrechte und der demokratischen Freiheiten in der BRD". In einer ersten Erklärung treten sie insbesondere dem verbreiteten Chauvinismus entgegen, daß dieses Tribunal eine unzulässige Einmischung in die inneren Angelegenheiten der BRD sei. Es heißt dort: *,,Das Problem der Demokratie in Deutschland ist historisch immer von entscheidender Bedeutung für Europa gewesen. Der Durchbruch der Diktatur oder auch nur autoritärer Regierungsformen hat immer Krieg und Unheil für den ganzen europäischen Kontinent und sogar für die ganze Welt bedeutet. Das Engagement von Bürgern anderer europäischer Länder für die Demokratie in Deutschland kann daher keinesfalls als ungerechtfertigte Einmischung in innere Angelegenheiten eines anderen Landes betrachtet werden, vor allem in einem Augenblick, in dem sich der politische Einigungsprozeß in Westeuropa beschleunigt: Es handelt sich in der Tat ebenso um ein französisches, englisches, italienisches oder skandinavisches wie um ein deutsches Problem."*

Allein dies wird die Bonner ,,Spezialdemokraten" wieder zum Schäumen bringen.

Faschisten und Russell-Tribunal

Ein gewisser M.W. hat in der ,,Deutschen Wochenzeitung" (11. Nov. 77) mit einem Kommentar zum geplanten Russell-Tribunal über die Repression in der BRD seine Weitsichtigkeit unter Beweis gestellt. Die kurze Vorrede liefert Altbekanntes, das die CDU mindestens ebenso gut draufhat: Bertrand Russell war ein *,,Berufspazifist, dessen sich Moskau ein Leben lang zu bedienen wußte".*

Das geplante Russell-Tribunal sei *,,eine Entlastungskampagne zugunsten der Terroristen von der Roten-Armee-Fraktion".* Die Mitglieder der Jury seien *,,so eindeutig abgestempelte Figuren wie der Wiener Schriftsteller Robert Jungk und der portugiesische Kommunist Otelo de Carvalho, der als Major die Revolution in Lissabon inszenierte".*

Doch dann kommt M.W. zu seiner äußerst ,,einfachen" Lösung, wie man das Russell-Tribunal verhindern könne: Man müsse die ,, 'Richter' dieses famosen Tribunals" nur als unerwünschte Ausländer vor die Tür setzen. Doch ob der Schreiber mit seiner Skepsis, daß *,,die vor der ausländischen Hetze kapitulierende Bundesregierung nicht daran"* denkt, *,,Leuten wie Jungk und Carvalho Aufenthaltsverbot zu erteilen"*, recht haben wird, darüber ist sicherlich von seiten der Bundesregierung das letzte Wort noch nicht gesprochen.

Russell-Meldungen

Hannover. Die Jusos des Unterbezirks Hannover Stadt haben auf ihrer Vollversammlung am 29.10. über ihre Position zum Russell-Tribunal diskutiert. Es wurde ein Antrag auf Unterstützung des Russell-Tribunals angenommen, der dahingehend eingeschränkt wurde, alle Gruppen scharf zu bekämpfen, die nur ein taktisches Verhältnis zum Russell-Tribunal hätten. In der Debatte wurde wörtlich der KB genannt. Das taktische Verhältnis der Jusos allerdings zum Russell-Tribunal kommt in einer Meldung aus Juso-Kreisen zum Ausdruck, nachdem der Bundesvorstand die Unterstützung zurückziehen will. Begründung: Carvalho in der Jury kann nicht akzeptiert werden, und die Unvereinbarkeitsbeschlüsse dürfen nicht vors Tribunal gebracht werden.

KB/Gruppe Hannover

• • •

Die Person Carvalhos nimmt auch der DGB zum Anlaß, um die ,,Seriosität" der Jury anzuzweifeln. Unter der Überschrift ,,Linksextreme ‚Richter' " mokiert sich die ,,Welt der Arbeit" (3.11.) darüber, daß mehrere Kommunisten *,,über den Extremistenerlaß und angeblich antiliberale Gesetze in der Bundesrepublik ‚Gericht' halten".* Neben Carvalho nennt die ,,Welt der Arbeit" das ZK-Mitglied der PCI Lombardo-Radice, den Italiener Terracini sowie den Jugoslawen Dedijer, der schon Mitglied des Vietnam-Tribunals war.

• • •

Ins gleiche Horn stößt auch der Kommentator der ,,NZ" (29.10.): *,,Gerade aber, weil die meisten der 26 Jury-Mitglieder stark politisch engagiert sind und zur Einseitigkeit neigen, kann ihnen insgesamt die Qualifikation nicht zugebilligt werden, die dieses selbsternannte Tribunal beansprucht".* Von daher sei zu fürchten, *,,daß nicht auf Objektivität bedachte Richter die deutsche Wirklichkeit untersuchen werden, sondern wahrscheinlich sehr subjektiv wertende Ankläger".* Man sieht, die bürgerlichen Journalisten geben sich eifrig Mühe, im Sinne W. Brandts gegen das Tribunal zu schießen.

• • •

eifrig Mühe, im Sinne W. Brandts gegen das Tribunal zu schießen.

• • •

Schweiz. Am 16.10 hat sich in Zürich das Schweizer Russell-Komitee zum ersten Mal öffentlich vorgestellt. Durch Öffentlichkeitsarbeit will das Komitee einem möglichen Verbot oder einer anderen Form von Unterdrükkung des Russell-Tribunals entgegenwirken und hofft auf breite Unterstützung durch bekannte Persönlichkeiten und auf Geldspenden. U.a. sind Großveranstaltungen in Zürich, Basel und Genf geplant.

Erich Fried äußerte sich anläßlich der öffentlichen Vorstellung am 16.10. in einer Tonbandrede zur gegenwärtigen Hetze gegen das Tribunal:

,,Das Russell-Tribunal wird der Natur der Sache nach umstritten sein, und schon bevor es zusammentritt, hat Frau Maack, Vorsitzende der Humanistischen Union, eine der unterstützenden Organisationen des Russell-Tribunals, in eigener Sache einen Leserbrief in der «Frankfurter Rundschau» veröffentlicht: Man solle doch das Russell-Tribunal verschieben, denn bei der gegenwärtigen übererregten Situation in der Bundesrepublik könne das sonst die falsche Wirkung haben. Es ist sehr verständlich, daß eine solche Frage gestellt wird.

Trotzdem: Das Russell-Tribunal wird sich nicht vertagen, die Stimmung in der BRD ist eine richtige Pogromstimmung gegen alles, was links ist und dann als Sympathisant der sogenannten Terroristen oder Stadtguerillas gilt. Es besteht aber keine Gewähr dafür, daß die Stimmung in einigen Monaten weniger hysterisch sein wird, Der Gedanke, eine solche Untersuchung deshalb zu verzögern, weil das Klima einer Hexenjagd herrscht, bedeutet selbst schon ein Nachgeben und die Tendenz, sich mundtot machen zu lassen durch diese Hexenjagd. Je ärger die Stimmung in der Bundesrepublik wird, desto wichtiger ist es, die Zustände und die Benachteiligung von Menschen zu untersuchen." (,,Zeitdienst 43").

Österreich/Schweiz-Kommission

• • •

Münster. Knapp 80 Personen beteiligten sich am 3.11. an einer Veranstaltung der Russell-Unterstützungsguppe Münster. Während die KB-Sympathisanten vorgeschlagen hatten, die Hälfte der Zeit für Informationen zu den Vorgängen in Stammheim zu verwenden, war eine Mehrheit aus SB, GIM, Jusos und SHO (Gruppe ,,Rheinische Zeitung") gegen diesen Vorschlag, da man über Stammheim nur ,,spekulieren" könne und außerdem mit diesem Thema Leute ,,verschrecke". So blieb es bei einer recht farblosen Veranstaltung mit langen Beiträgen über die Zusammensetzung der Jury, die politische Bedeutung des Tribunals. Etwas Pfiff bekam die Veranstaltung erst, als die Jusos allen Ernstes Bedenken gegen die Ernennung Carvalhos zum Jury-Mitglied anmeldeten.

• • •

Bonn. Die Bonner Russell-Initiative veranstaltete am 29.10 ein Fest, auf dem sich die 350 Interessierten hauptsächlich über regionale Repressionsfälle informieren konnten.

Als Schwerpunkt der Veranstaltung war ein Beitrag von RA Schily über Stammheim und die Haftbedingungen der politischen Gefangenen vorgesehen. Die durch seine kurzfristige Absage entstandene Lücke konnte inhaltlich nicht angemessen gefüllt werden. Leider erst zum Schluß wurde das Thema ,,Stammheim" angeschnitten und darüber diskutiert. Die Initiative bereitet jetzt eine Veranstaltung zu diesem Thema am 1.12. vor.

• • •

Die Russell-Initiative Nürnberg hat soeben ihr zweites Info herausgebracht.

Aus dem Inhalt:

- Ein Russell-Tribunal nötiger denn je!
- Es tut sich was!
- Faschisten werden geschützt — Antifaschisten müssen zahlen!
- Erklärung der Nürnberger Russell-Initiative zum ,,K-Gruppen"-Verbot
- Repression nach der Schleyer-Entführung in Nürnberg
- ,,Normal"vollzug in Bayern
- Psychiatrie — Psychiatrisierung

• • •

– Psychiatrie – Psychiatrisierung

• • •

Auch die Russell-Unterstützungsgruppen in Oldenburg haben eine Broschüre herausgegeben, die sich mit der ,,Politischen Unterdrückung in Oldenburg" befaßt.

Erhältlich über die Russell-Unterstützungsgruppe
c/o Aktionszentrum
Hermannstraße
2900 Oldenburg

• • •

Das Russell-Unterstützungskomitee in der Schweiz (Postfach 3270, CH 8031 Zürich) hat zum Preis von 9,50 eine Broschüre zum Russell-Tribunal herausgegeben.

• • •

Die nationale AG Schwule zum Russell-Tribunal (Vertreter von 14 Schwulengruppen) hat, wie in AK 115 angekündigt, eine Broschüre erstellt. Enthalten sind vor allem Artikel über Berufsverbote gegen Schwule, Stereotaxie (operative Eingriffe am Gehirn) sowie über die gesetzliche und ideologische Diskriminierung, die direkt auf den Hitlerfaschismus zurückgeht. Die Broschüre soll die Repression gegen Schwule in die Russell-Kampagne einbringen (sie richtet sich daher nicht nur an Schwule!) und noch mehr Menschen dazu mobilisieren, den Kampf gegen diesen Bereich der Unterdrükkung aufzunehmen. Daß diese Arbeit zustandegekommen ist, ist auch unter dem Aspekt als Erfolg und Ermutigung zu werten, als dies das erste Mal seit langer Zeit ist, daß eine gemeinsame Kampagne von so vielen Schwulengruppen auf nationaler Ebene aufgebaut werden konnte.

Die Broschüre (2 DM) ist zu beziehen über
Willi Klinker, Poolstr. 11,
2000 Hamburg 36 oder
Initiativgruppe Homosexualität (IHB)
c/o AStA Universität
Postfach 8640, 4800 Bielefeld oder
Verlag J. Reents, 2000 Hamburg 50,
Lerchenstraße 75

Veranstaltungsreihe gegen »Modell Deutschland« in Frankreich

In den letzten Tagen und Wochen konnte Frankreich an einer Live-Show des „Modell Deutschland" teilnehmen: die Croissant-Affäre, die Einführung der Methode der Denunziation, die Anwesenheit von westdeutscher Polizei und Sonderabteilungen auf französischem Territorium, die Mahnungen der westdeutschen Behörden an die Adresse der französischen Presse und schließlich eine Schmidt-Talk-Show im französischen Fernsehen am 9.November.

Dies stößt freilich nicht bei allen Franzosen auf Empörung: Bonnet, der französische Innenminister, konnte in der letzten Woche nicht oft genug seine Loyalität gegenüber dem westdeutschen Regime beteuern und machte sich eine Ehre daraus, ebenso markante Willenserklärungen zum „antiterroristischen Kampf" abzugeben, wie seine Kollegen in Bonn. Und was Stil und Inhalt einiger Zeitungen betrifft, wie z.B. „France – Soir", so können sie's locker mit der Springer-Presse aufnehmen...

Gegen diese bedrohliche Entwicklung, gegen die geplante Ausweisung von RA Croissant und für die Aufklärung des „Stammheimer Wunders" haben sich breite Teile der linken und demokratischen Öffentlichkeit in Frankreich mobilisiert, was sich in zahlreichen Pressekonferenzen, Erklärungen, Resolutionen und diversen Aktionen ausdrückt.

Erfreulicherweise haben fast alle Organisationen der Linken (links von der PCF) sich zu einer gemeinsamen Veranstaltungskampagne zum Thema „Gegen den Abbau der demokratischen Rechte in der BRD! Keine Ausweisung von Klaus Croissant!" zusammengefunden.

Die bisher größte Veranstaltung fand am 26. Oktober vor 5.000 Menschen in Paris statt. Organisiert wurde sie von: LCR (frz. Sektion der „IV. Internationale"), CCA („Kommunistische Komitees für die Selbstverwaltung", jüngste Abspaltung der PSU), PSU, OCT, UTCL („Bund der kommunistisch-libertären Arbeiter"), Komitee gegen ein deutsch-amerikanisches Europa, PCR(„Revolutionäre Kommunistische Partei"), Ecole Emancipee (Organisation fortschrittlicher Lehrer),MAJ („Bewegung der juristischen Aktion", fortschrittliche Anwaltsvereinigung), Komitee für die sofortige Freilassung von K.Croissant und Komitee gegen die Repression in der BRD. Von westdeutscher Seite beteiligten sich GIM, KB und Westberliner Genossen an der Veranstaltung.

In sämtlichen Beiträgen dieser Pariser Veranstaltung wurde immer wieder vor der Gefahr des Exports des „Modell Deutschland" gewarnt. RA Tubiana, einer der Verteidiger von RA Croissant, rief dazu auf, eine Ausweisung nicht zuzulassen, weil Croissant damit möglicherweise einem gleichen Schicksal wie G. Ensslin, A. Baader und J.C. Raspe übergeben würde.

Von den verschiedenen beteiligten Organisationen und Gruppen wurde eine gemeinsame Erklärung vorgetragen, die bereits im vorigen „Arbeiterkampf" veröffentlicht wurde.

Gerard Soulier (Jura-Professor an der Universität von Amiens und Mitglied des Komitees gegen ein deutsch-amerikanisches Europa) erklärte: *„Es gibt keine Croissant-Affäre, sondern es gibt eine BRD-Affäre, die zu einer Frankreich Affäre zu werden droht. Wenn die französiche Regierung sich jetzt der westdeutschen unterwirft, ist in Westeuropa, wo die BRD ihre Hegemonie durchsetzen will, die nationale Unabhängikeit begraben!"*

Ein Genosse der OCT drückte die allgemeine Empörung über die Dreistigkeit des westdeutschen Polizeiapparats aus: *„Vor vierzig Jahren marschierten die Nazi-Stiefel über den Pariser Asphalt. Heute, vierzig Jahre danach, sind schon wieder westdeutsche Bullen hier im ganzen Land. Wir, französische und westdeutsche Demokraten und Revolutionäre, wir erklären: Einmal Modell Deutschland, das reicht!"*

Die KB-Genossin erläuterte den Veranstaltungsteilnehmern ausführlich die Widersprüche der offiziellen „Selbstmord"-These und rief dazu auf, die Forderung nach Einsetzung einer internationalen Untersuchungskommission zu unterstützen, um weitere „Selbstmorde" zu verhindern und das Leben von Irmgard Möller zu schützen.

Weitere Veranstaltungen fanden bislang in Montpellier, in Toulouse und in Lyon statt, die alle mit durchschnittlich 600 bis 1.000 Menschen sehr gut besucht waren.

In Lyon wurde zum Schluß der Veranstaltung zur Gründung eines örtlichen Komitees zur Verteidigung von Croissant und den demokratischen Freiheiten in der BRD aufgerufen.

Ein weiterer sehr guter Vorschlag wurde von Malville-Komitees gemacht: Die Idee eines Partnerschaftssystems zwischen Malville-Komitees und Anti-AKW-BIs in der BRD.

Die GIM bemühte sich übrigens, sowohl auf der Veranstaltung in Paris als auch in Lyon, vor einer „Übertreibung" der Repression in der BRD zu „warnen". Diese Auffassungen wurden nicht nur in den Beiträgen von KB und OCT kritisiert, sondern riefen auch bei der Mehrheit der französischen Genossen Erstaunen und Kritik hervor.

Nichts destoweniger ist die Durchführung dieser Veranstaltungsreihe, die bis etwa Mitte Dezember weiter anhalten wird, eingeschlossen der Beteiligung der GIM-Genossen, ein äußerst positiver Schritt für den Aufbau einer gemeinsamen Front gegen die polizeistaatliche Entwicklung des BRD-Staates nach innen und nach außen.

Frankreich Kommission

Israelischer Terror gegen Libanon

Mehrere Male in der letzten Woche bombardierten die Zionisten in mörderischer Weise libanesische Dörfer und Städte, palästinensische Flüchtlingslager, Obstplantagen und Straßen. Angeblich handelt es sich dabei – nach Angaben der Zionisten – um Vergeltungsschläge gegen die palästinensischen Guerrillas, bei Raketenangriffen von libanesischer Seite auf die nordisraelische Küstenstadt Nahariya seien von Sonntag bis Dienstag (6.11. bis 8.11.) drei Israelis ums Leben gekommen. Die wirklichen Absichten der Zionisten, die mit ihren mörderischen Bombardements am Dienstag, Mittwoch und Freitag weit mehr als hundert Menschen töteten, unzählige verwundeten und ganze Dörfer zerstörten, sind allzu durchsichtig: Nachdem es den Zionisten bisher gelungen ist, die Bevölkerung des Südlibanons aus der Gegend um Bent Ibeil weitgehend zu vertreiben – insgesamt sind mindestens 200.000 Einwohner des Südlibanons auf der Flucht („Neues Deutschland", „ND", 24./25.9.77) – und zwar durch die bisherigen massiven Artillerieüberfälle und Übergriffe von zionistischen Truppen, sollen nun die libanesische Bevölkerung und die palästinensischen Flüchtlinge in der Küstenregion um Tyr (Sidon) in die Flucht geschlagen werden.

Der Südlibanon soll für die endgültige Annexion durch die Zionisten „vorbereitet" werden, und zwar nach der üblichen terroristischen Methode: Die Bevölkerung wird solange bedroht, eingeschüchtert und hingemordet, bis sie ihre Heimat „freiwillig" verläßt. So sind die Zionisten schon vor und nach der Staatsgründung Israels vorgegangen – man denke nur an das Beispiel Deir Yassin, wo 1948 durch die Terrorbanden des heutigen Ministerpräsidenten Menachim Begin weit über 200 Dorfbewohner niedergemetzelt wurden –, solche Methoden haben sie nach dem Juni-Krieg in den besetzten Gebieten angewendet!

Die Bombardements sind darüber hinaus ein deutliches Zeichen, daß von den Zionisten auf keiner Konferenz irgendein Zugeständnis zu erreichen sein wird. Die Zionisten werden bestenfalls zu zweiseitigen Verhandlungen bereit sein, wie es auch in der jüngsten Fernseh-Rede Begins an das ägyptische Volk (!) deutlich wurde (Tagesschau, ARD, 11.11.77, 20 Uhr 15), und zwar nur dann, wenn es die eigenen Bedingungen diktieren kann.

Im Südlibanon scheinen die Dinge so zu liegen, daß zwischen den Zionisten, der libanesischen Regierung, Syrien – und nicht zuletzt den USA – ein stillschweigendes Einverständnis – auf Kosten der Linkskräfte vorliegt. Syriens Präsident Assad hat insbesondere den palästinensischen Widerstandsorganisationen wiederholt gedroht: So z.B. mußte Arafat Assad den Abzug der Palästinenser aus dem Südlibanon auf dessen Drängen Ende Oktober noch einmal zusagen („Süddeutsche Zeitung", „SZ", 29./30.10.77). Mitte Oktober ließ Assad sogar syrische Truppen aus der Gegend bei Nabateyeh – 15 km von der Grenze entfernt und außerhalb der von den Zionisten festgelegten „Roten Linie" – abziehen. Nach den mörderischen Bombardements der libanesischen und palästinensischen Zivilbevölkerung in der Küstenregion wurde Assad noch deutlicher: Die PLO solle sich aus dem Südlibanon zurückziehen und Israel nicht weiter provozieren (Tagesschau, ARD, 11. 11., 20 Uhr). Man sieht: Die Interessensphären sind bereits abgesteckt. Nur: Es ist noch nicht klar, wie der Abzug der linken palästinensischen und libanesischen Kämpfer denn vonstattengehen soll, denn inzwischen weigert sich nicht nur die Ablehnungsfront, das Abkommen von Schtoura zu verwirklichen, sondern die linke libanesische Nationalfront und sogar PLO-Chef Arafat („International Herald Tribune", 7.11.77).

Es scheint so zu sein, daß das Abkommen von Schtoura (25.7.77) nicht nur gegen Kräfte der Ablehnungsfront gerichtet sein sollte, sondern außerdem der Versuch war – zusammen mit dem von den USA vermittelten Waffenstillstand vom 25.9.77 – den Südlibanon sozusagen auf „friedlichem", wenigereklatantem Wege unter israelischen Einfluß oder Besetzung zu bringen, während Assad sich mit dem Teil Libanons nördlich des Litani-Flusses begnügt. Diese Rechnung ist jedoch nicht aufgegangen. Mit dem angedrohten erneuten Einmarsch der zionistischen Truppen in den Südlibanon – der mit Sicherheit erheblich massiver sein wird als die Überfälle zionistischer Truppen im September (vgl. AK 114, S. 47/48) – droht ein neuer Krieg im Nahen Osten.

Zionistische „Vergeltungsschläge"

Die nordisraelische Küstenstadt Nahariya wurde am 6.11. und 8.11. zweimal mit Raketen von südlibanesischem Gebiet aus beschossen, nach dem uns vorliegenden Material die ersten Raketenangriffe von libanesisch-palästinensischer Seite seit Ende September/Anfang Oktober. Diese Angriffe sind immer vereinzelt erfolgt, während die Zionisten sich ihrerseits überhaupt nicht an den von ihnen vielzitierten Waffenstillstand gehalten haben und ständig schweres Artilleriefeuer auf südlibanesische Ortschaften gerichtet haben.

Diese beiden Raketenangriffe, bei denen angeblich drei Menschen ums Leben kamen, waren für die Zionisten willkommener Anlaß, ihre terroristischen „Vergeltungs"anschläge zu starten („Neue Zürcher Zeitung", „NZZ", 8.11., 10.11). Nachdem der israelische Kriegsminister Weizmann schon einen Tag nach dem ersten Raketenangriff auf Nahariya erneut mit dem Einmarsch zionistischer Truppen in den Südlibanon gedroht hatte, begannen am Abend des 8.11. die mörderischen Bombardements von südlibanesischen Ortschaften und Flüchtlingslager vor allem in der Küstenregion.

Offiziell wurde von den Zionisten angegeben, daß die Operation gegen die militärischen Stützpunkte der Palästinenser durchgeführt wurden. Tatsächlich wurden aber ausschließlich Zivilisten und zivile Objekte getroffen. So wurde z.B. der Ort Azziyeh vollständig zerstört. Allein hier gab es mindestens 48 Tote. Ebenfalls vollständig zerstört wurde der Ort Hanieh. Besonders betroffen wurden außerdem der Stützpunkt der linken libanesischen und palästinensischen Kräfte, Nabatiyeh, sowie die Hafenstadt Tyr (Sidon). In die Randgebiete von Tyr schlugen israelische Luft-Boden-Raketen ein, wobei auch ein Flüchtlingslager getroffen wurde. Dabei handelt es sich wahrscheinlich um das Lager Ain-al-Hilweh, in dem die PFLP Massenarbeit macht und eine Krankenstation unterhält. Insgesamt soll es bei diesen Angriffen - die ersten seit zwei Jahren - schon nach der bürgerlichen Presse über 150 Tote gegeben haben, fast ausschließlich Zivilisten.

Zynisch erklärte der israelische Generalstabschef Gur nach den Angriffen, die Operation gegen die militärischen Stützpunkte der Terroristen seien „gut" verlaufen. Und scheinheilig betonte der Terrorist Menachem Begin – ganz staatsmännisch –, daß es „tief bedauerlich" sei, wenn es bei dem israelischen Luftangriff auf Palästinenserpositionen auch zivile Opfer gegeben habe . . . .

Auslandskorrespondenten, die die ausgebombten Dörfer besichtigten, konnten hingegen keine Guerilla-Sützpunkte ausmachen! (Angaben nach: „Le Monde", 10.11., „NZZ", 11. und 12.11., „FR", 11. und 12.11.).

Die Zionisten schossen am Freitag wiederum mit schwerer Artillerie auf südlibanesische Orte und Flüchtlingslager, nachdem angeblich in dem nordisraelischen Ort Yiron mehrere Raketen aus dem Südlibanon eingeschlagen waren.(„FR", 12.11.77). Schon in der Tagesschau am 11.11. (ARD, 20 Uhr) wurde berichtet, daß die Zionisten diese „Angriffe" wieder mit Bombardierungen „beantwortet" hätten, bei denen allein am Nachmittag mindestens 12 Menschen ums Leben kamen. Die Angriffe mit Kampfbombern und mit schwerer Artellerie dauerten auch am Abend noch mehrere Stunden an („Kurier am Mittag", NDR II, 12.11.). Am 12.11. trat in Tunis außerdem die arabische Außenministerkonferenz zusammen.

„Deutsch-französische Zusammenarbeit"

Im Zusammenhang mit der Entdeckung der Schleyer-Leiche in Frankreich konzentrierte sich die Fahndung zunächstmal auf das Länderdreieck Belfort-Basel-Mulhouse. 229 Hausdurchsuchungen und Identitätskontrollen wurden innerhalb einer Woche vorgenommen. Insbesondere wurde die elsässische Anti-AKW-Bewegung von der Polizei argwöhnisch beobachtet.

Wie die Einführung des „Modell Deutschland" im Elsaß aussah, schildert ein elsässischer AKW-Gegner in einem Leserbrief:

„Ich gehöre einer Familie an, die sich mehr oder weniger alle als Ökologisten verstehen, in einem kleinen Dorf im Nordelsaß. Sich an Demonstrationen zu beteiligen und darüberhinaus sogar Freunde in der BRD zu haben, reicht anscheinend heute schon für eine Hausdurchsuchung aus!

Am vergangenen Montag (21.10.) haben 20 bis 30 Gendarme, MP im Anschlag, unser Haus umstellt. Nachdem sie drei Stunden lang das gesamte Haus von oben bis unten durchsucht hatten, mußten sie ein mageres Ergebnis vorweisen: Außer meiner Mutter und mich hatten sie im Haus einige Zeitungen gefunden (Rouge, Liberation, La Gueule Ouverte, und ...den Stern!).

Dieser Fund rechtfertigt beileibe nicht einen solchen Polizeiaufwand. Die Hausdurchsuchung war Ergebnis eines anonymen Anrufs bei der Polizei. Ein Offizier Gendarmerie erklärte mir: ‚Wissen Sie, es gibt Gründe, die wir nicht offiziell angeben können – aber heute werden alle Karteien systematisch überprüft ...' Das Abhören unseres Telefons ist auch nicht auszuschließen: Unsere westdeutschen Freunde hatten nämlich am Sonntag angerufen (aus Paris) um Bescheid zu sagen, daß sie am Montag gegen 15 - 16 Uhr kommen würden. Und ausgerechnet kurz vorher kamen die Bullen. Nachdem sie die Hausdurchsuchung erledigt hatten, haben sich die Bullen im Dorf versteckt, und kaum waren unsere westdeutschen Freunde da, tauchten die Bullen auch schon wieder auf. Die Westdeutschen mußten aus dem Haus, ihre Papiere vorzeigen, ihr Auto wurde durchsucht, und dabei waren die MPs immer auf sie gerichtet.... Als sie dabei natürlich nichts anderes als neue Namen für ihre Kartei erreichen konnten, haben sie uns endlich verlassen. Ergebnis: Ein Verdächtigungsklima im Dorf, die Angst vor den Uniformierten hat sich noch verstärkt, und meine Eltern sind völlig traumatisiert, weil sie nicht politisierte Leute sind, die solchen Einschüchterungen gelassen gegenüberstehen können. Hoffen wir, daß die elsässische Bevölkerung sich über die Bedrohung unserer individuellen Freiheiten rechtzeitig genug bewußt wird!"

Die Presse und die Polizei

Alle sogenannten Sensationsenthüllungen, die in den ersten Tagen von der Regionalpresse verbreitet wurden, haben sich als Erfindungen erwiesen.

Zum Beispiel der famose Roland G., der laut „France-Soir" (vergleichbar mit „Bild") angeblich drei „Terroristen" in Colmar erkannt hatte, war leider am gleichen Tag im Knast in Barle-Duc ...; und so verhält es sich mit den meisten dieser großen „Enthüllungen". Nachdem zunächst auf Anweisung der BKA'ler die französische Polizei alle Bunker der Region absuchen mußte, hieß es dann, die Unterstützer der „Terroristen" seien in der feinen Gesellschaft von Straßburg zu suchen.

Daß die westdeutschen „Fahndungschefs" auch auf französischen Boden wie selbstverständlich rumkommandierten, hat zu einigen Reibereien mit den französischen Polizisten geführt.

„Die denken wohl, wir sind ihr Fußvolk," erregte sich einer in einer in einem Gespräch mit einem Journalisten von „Liberation" (4.11.). Andere Teile des französischen Polizeiapparats haben die hochmoderne technische Ausrüstung der westdeutschen Bullen allerdings auch zum Anlaß genommen, um über die „Rückständigkeit" ihres eigenen Apparats zu klagen. Solche Stimmungen dürften Maihofer, Bonnet und Co. sicherlich im Sinne der von ihnen angestrebten größeren „Vereinheitlichung" ihrer Apparate sehr zupaß kommen.

Es ist insbesondere auch das BKA, das die Beschattung in Richtung der Anti-AKW-Bewegung und derjenigen Genossen lenkte, die vor einem Jahr im „Komitee gegen die Ausweisung von Detlev Schulze" mitarbeiteten.

Mittlerweile haben die BKA'ler ihr Operationsgebiet noch erweitert: Man findet sie heute vornehmlich in Regionen, wo es viele deutsche Touristen oder deutsche Ferienhäuser gibt – d.h. insbesondere in Südfrankreich. Laut der Wochenzeitschrift „Politique–Hebdo" ist auf Anordnung der westdeutschen Polizei eine Untersuchung über diejenigen französischen Organisationen im Gange, die zu westdeutschen Organisationen besonders enge Kontakte unterhalten.

Polizeiliche Provokationen gegen die OCT

In der Nacht vom 5. auf den 6. November wurden in Dole (bei Besancon) drei Genossen, darunter eine Frau, von der Polizei festgenommen, als sie gerade Parolen gegen die Auslieferung von Croissant und für die Aufklärung des Stammheimer Wunders sprühten. Bei der ersten Durchsuchung des Wagens – die in Anwesenheit der 3 Genossen verlief – wurde Zucker und ein „Entgrasungsmittel" als „Herstellungsmaterial für Mollies" beschlagnahmt. Bei einer zweiten Durchsuchung, während die 3 Genossen sich bereits im Bullenrevier befanden, „fanden" die Durchsucher noch „Dynamit und Geschosse". Seit Stammheim weiß man ja, welche wundersame Entdeckungen mehrfache Durchsuchungen zu Tage führen können.

Die drei Genossen haben jetzt eine Kollektivanzeige wegen „Mitführens von Waffen der 1. Kategorie" (Strafe: Bis zu 5 Jahren Knast) und „Sprühen von staatsfeindlichen Parolen" bekommen. Der Genossin, Mutter eines Babys, wurde darüberhinaus die Entziehung ihres Kindes angedroht! Gleichzeitig haben die Bullen am 6. November eine Großrazzia in Wohnungen von Genossen gestartet, die alle mehr oder weniger der OCT nahestehen. Diese Razzia wurde in Dole, Basancon, Straßburg, Belfort und Mulhouse durchgeführt.

Wie man sieht: Die Kriminalisierung der Linken ist kein „deutsches Privileg" – und die französische Polizei lernt schnell, „wie man's macht".

Fortsetzung von Seite 11

Die zionistische Provokation

Seit dem Waffenstillstandabkommen vom 25.9.77 haben die Zionisten im Verein mit den von ihnen unterstützten Libanesischen Faschisten ständig Artillerie-Überfälle und Provokationen auf südlibanesische Dörfer, Flüchtlingslager und Stellungen der Linken gestartet, besonders gehäuft haben sich diese Angriffe Mitte Oktober, wobei damals auch erstmals begonnen wurde, die Küstenregion um Tyr (Sidon) mit Artilleriefeuer zu belegen. Die UNO-Waffenstillstandsbeobachter stellten allein für September fest, daß die Zionisten 16 mal den Luftraum verletzt und 66 (!) Artillerieüberfälle gemacht hätten („ND", 18.10.77). Nach den bisherigen Angaben der bürgerliche Presse werden die Artillerieüberfälle auch im Oktober nicht geringer gewesen sein, also zur Zeit des Waffenstillstands (Vergl. z.B. Meldungen „NZZ", 13.10., 18.10., 3.11., „Le Monde", 7.10., 6./7.11., „SZ", 7.10., 11.10., 18.10.).

Während die Zionisten ständig den Waffenstillstand brachen, entfachten sie gleichzeitig ein umfassendes propagandistisches Trommelfeuer gegen die Palästinenser und linken libanesischen Kräfte. An der libanesisch-israelischen Grenze ließen sie 500 libanesische Faschisten - vielleicht warens auch israelische Soldaten - aufmarschieren , die die Intervention der Zionisten zu ihrem Schutz forderten. Parolen wie *„Laßt nicht zu, daß wir niedergemetzelt werden"* (gemeint waren natürlich die „blutrünstigen " Palästinenser) und *„Israeli, tut eure Pflicht und beschützt uns"* („SZ", 14.10.77) wurden bereitwillig von der bürgerlichen Presse verbreitet.

Gleichzeitig wurden ständig Drohungen des israelischen Kriegsministers Weizmann veröffentlicht, der ankündigte, Israel werde intervenieren, wenn nicht im Südlibanon Ruhe einkehren werde - damit war selbstverständlich der vollständige Abzug der Linkskräfte gemeint, denn „Ruhe" auf seiten der Linkskräfte herrschte ohnehin weitgehend. („Neue Hannoversche Presse", 17.10. 77). Das DDR-offizielle „Neue Deutschland" schrieb sogar, Weizmann habe sogar direkt gefordert, die Palästinenser sollten sich aus dem Südlibanon zurückziehen (18.10.). Wahrhaft erstaunlich! Hatte das „Neue Deutschland" doch noch einen Monat vorher das Abkommen von Schtoura bejubelt! (vgl.AK 114).

Diese Kehrwendung kam nicht von ungefähr. So zeichnete sich z.B. ab, daß Arafat sich mit der Verwirklichung des Abkommens bei den Linkskräften ganz offensichtlich nicht durchsetzen konnte bzw, dies auch gar nicht ernsthaft vorhatte.

Die linke libanesische National-Front hatte nämlich deutlich gemacht , daß sie sich nur zurückziehen würde, wenn auch die Faschisten ihre Stützpunkte aufgeben würden. Die Faschisten wiesen dies jedoch zurück. Die Ablehnungsfront erhielt also Unterstützung in ihrer Ablehnung des Abkommens durch die libanesischen Linkskräfte. Sicher werden auch die Fatah-Kämpfer zum großen Teil gegen einen Abzug aus dem Südlibanon gewesen sein, der die praktisch vollständige Entwaffnung der Linkskräfte bedeutet hätte.

In einer Rede vor 75 libanesischen und palästinensischen Kommandeuren in Sidon am 6.11. erklärte Arafat jedoch ausdrücklich, daß keine Hoffnung auf die Genfer Nahost-Friedensgespräche zu setzen sei, außerdem kennzeichnete er das israelisch-amerikanische Arbeitspapier, als eine Verschwörung, die die Araber zum Aufgeben zwingen wolle („IHT",7.11.77 und „SZ", 8.11.).

Nachdem die Zionisten die Palästinenser ständig - ohne Grund - zur Ruhe „ermahnt" hatten, wird jetzt eine neue Begründung für die angedrohte Intervention nachgeschoben: Die Palästinenser würden sich nicht an das Abkommen von Schtoura halten! Diese „Beschuldigung" ist nun noch hergesuchter und provokativer als die ständigen Ermahnungen zu Ruhe: Das Abkommen von Schtoura wurde bekanntlich zwischen der libanesischen Armee, den syrischen Interventionstruppen und der PLO-Führung geschlossen - und die Zionisten maßen sich an, darüber zu wachen.

Wer die Logik der Zionisten kennt, ist allerdings wenig erstaunt. Denn nach dieser Ligik dürfen sich die Zionisten bekanntlich alles rausnehmen - Mord, Terror, widerrechtliche Annektion, Vertreibungen, Verletzung der Souveränität anderer Staaten, Kidnapping - - - alles unter dem abstrakten Vorwand der angeblich ständigen Bedrohung des zionistischen Staates! Die blutigen Übergriffe auf den Südlibanon zeigen erneut die Unverfrorenheit und Kaltblütigkeit des zionistischen Staates!

Nahost-Kommission

Terror und Massenmord der Zionisten in Südlibanon

„Wir werden die Luftangriffe intensivieren, bis die Leute das Leben dort unmöglich finden. Ihre Häuser werden zerstört sein, die ganze Region wird verlassen sein." (Ein Zitat des israelischen ehmaligen Kriegsministers und jetzigen Außenministers Moshe Dayan).

Seit Bestehen des Staates Israel sind immer wieder blutige Überfälle auf den Südlibanon von seiten der Zionisten erfolgt. Die Absicht der Zionisten, die Bevölkerung zu terrorisieren, um sie zu vertreiben, wird in dem obigen Zitat von M. Dayan mit aller Schärfe deutlich (Zitat, wie alle weiteren Angaben entnommen dem Buch von Monique und Serge Kvitachvili, „du tabac et du sang – le drama du Sud Liban" – „Von Tabak und Blut, das Drama des Südlibanons" – Éditions Tibnine, o.J., etwa Mitte 1977).

Trotz dieser von Anfang an offen ausgesprochenen Ziele, geht die bürgerliche prozionistische Presse, besonders die Springer-Presse, auch angesichts der neuen, mörderischen Bombardements durch die Zionisten soweit, die Palästinenser bzw. die PLO (s. Artikel der „Welt" vom 11. 11. 77 im Faksimile) als d i e T e r r o r i s t e n hinzustellen.

Aus diesem Anlaß und um den fortschrittlichen Menschen die meist hierzulande unbekannten, weil systematisch verschwiegenen Terrorakte der Zionisten wenigstens in einigen Beispielen zu vermitteln, bringen wir im folgenden Auszüge aus dem obigen Buch.

Das bekannte Beipiel der Kämpfe um Kfar Chouba haben wir weggelassen.

Überfälle auf libanesisches Gebiet

Überfälle auf libanesisches Gebiet

Die jetzigen Grenzverletzungen und Übergriffe auf südlibanesisches Gebiet haben eine lange Geschichte. Hier einige Beispiele:

12. Mai 1970. Mit 5.000 Mann, 100 Panzern und 50 Flugzeugen und mit massiver Artillerieunterstützung griffen die Zionisten die Gegend um Marjayoun – das Fatah-Land – an.

1972. Die Zionisten errichteten 15 Beobachterposten auf südlibanesischem Gebiet und enteigneten 800 Hektar Land. Bis zu diesem Zeitpunkt hatten die Zionisten schon 34 Straßen im Südlibanon zu dessen Kontrolle gebaut.

16. - 17. September 1972. Mit 15.000 Mann und 200 Fahr- und Flugzeugen führten die Zionisten – unter Benutzung der von ihnen gebauten Straßen eine „Säuberungsaktion" im Südlibanon durch. Bilanz auf libanesischer Seite: 200 Tote, Verletzte und Vermißte, die meisten waren Zivilisten. 16 Dörfer wurden insgesamt überfallen und 150 Häuser in die Luft gesprengt, per Dynamit; außerdem wurden zwei Brükken über den Litani-Fluß zerstört. Allein in Nabatiyeh mußten 30 Napalm-Verletzte ins Krankenhaus eingeliefert werden.

Houleh

Die Massaker an der Bevölkerung in Houleh sind als das „Deir Yassin" oder „Kfar Kassem" des Südlibanons bekannt geworden. Am ersten Oktober 1948 überfielen zionistische Truppen das Dorf und trieben 54 Männer und 11 Frauen in drei Häusern zusammen und erschossen sie mit Maschinengewehren. Es gab einen einzigen Überlebenden. Fünf Tage später mußten die Bewohner des Nachbardorfes die Toten begraben.

Gleichzeitig besetzten die Zionisten mehrere Dörfer in der Gegend von Malkieh, fünfzig Männer versuchten den Zionisten Widerstand zu leisten, dabei wurde die Hälfte getötet. In der Folge wurden in der ganzen Gegend Überfälle auf Bauern durchgeführt, die Region wurde dadurch weitgehend entvölkert.

Am 12.Mai 68 richteten die Zionisten Artilleriefeuer auf Houleh. Sie erschossen eine Frau und verletzten eine weitere sowie ein Kind. Dies war der Auftakt zu ständig neuen Aggressionen gegen die Bevölkerung von Houleh. 1969 begannen die Luftangriffe, hauptsächlich mit Napalm-, Phosphor- und Brandbomben und Bomben mit großer Sprengkraft. Bis 1975 wurden allein in Houleh 90 Menschen von den Zionisten ermordet.

Mohammed Ahmed Anwizan

Mohammed wohnt in dem Dorf Ain Arab, nahe dem Jordantal. Am 2.Dezember 1974 fand er einen metallischen Gegenstand, eine sog. „Vogelfalle", ein israelischer Sprengkörper, der ihm beide Hände abriß. 14 Tage später trat sein Bruder 400 Meter von seinem Elternhaus entfernt auf eine israelische Mine, er wurde völlig zerissen.

Diese sog. „Vogelfallen" werden von israelischen Flugzeugen in Behältern abgeworfen; im Fallen öffnen sich die Behälter und der Inhalt (550 Stück) verteilt sich in einem Umkreis von 2 km. Die Wirkung dieser „Vogelfallen": Sie können von Kindern aufgesammelt werden, sie explodieren, wenn jemand auf sie tritt oder sie überfährt, sie verfangen sich u.a. in den Olivenbäumen und explodieren bei der Ernte.

Die Zionisten arbeiten außerdem mit Bomben, die in Spielzeugen oder Kugelschreibern versteckt sind, mit vergifteter Schokolade.

mit Bomben, die in Spielzeugen oder Kugelschreibern versteckt sind, mit vergifteter Schokolade.

Hasbaya

1974 handelten die Olivenbauern über die UNO einen „Waffenstillstand" mit den Zionisten für die Zeit der Olivenernte aus. Die Zionisten hielten sich nicht daran. Es gab viele Verletzte und Verstümmelte. Schon am 21. Juni 1972 hatten die Zionisten einen Luftangriff auf Hasbaya durchgeführt. Blutiges Ergebnis: 48 Tote, 55 Verwundete und viele zerstörte Häuser. Dieses mörderische Bombardement gab der damalige israelische Außenminister Yigal Allon als „technischen Fehler" aus, gegen den ein Flugzeugpilot nichts habe ausrichten können.

Angriff auf palästinensische Flüchtlingslager

Am 16.5. 1974 griffen 56 israelische Kampfbomber in zwei Etappen nach tagelangem Beschuß vier Flüchtlingslager u.a. Ainal Hilweh und mehrere Dörfer (u.a. Nabatiyeh) an. In Nabatiyeh wurden 60 % der Häuser dem Erdboden gleichgemacht, 20 % schwer beschädigt und 20 % teilweise zerstört. 8 Kinder wurden in der Schule des Lagers von Nabatiyeh getötet, die Klinik bombardiert. Daß auch mit diesem Angriff die Zivilbevölkerung getroffen und eingeschüchtert werden sollte, wird daran deutlich, daß die Zionisten gezielt die UNWRA-Schule des Lagers Ain al Hilweh bombardierten, in die normalerweise 1.500 Schüler gehen. Glücklicherweise konnte die Schule vorher evakuiert werden, sie wurde vollkommen zerstört. Insgesamt wurden bei dieser Operation mehr als 60 Menschen getötet und 240 verletzt. In den nächsten Tagen folgten weitere Angriffe.

Nahost-Kommission



Bis zum 19.7.72: 44 zionistische Wehrdörfer in den besetzten Gebieten errichtet



5 Jahre später: 80 Wehrdörfer in den besetzten Gebieten



Das zerstörte Houleh

Das blutige Konto der PLO

(„aus Welt", 11.11.77)

Von PETER MEYER-RANKE

Wieder veröffentlichen die Beiruter Zeitungen Kriegsbilder aus dem Südlibanon, wieder müssen libanesische Dörfler und palästinensische Zivilisten die blutige Kriegspolitik der PLO mit dem Leben bezahlen. Denn daß die Israelis die mehrfache Beschießung ihrer Grenzstadt Naharija durch Raketen der Guerrillas nicht hinnehmen und mit Gegenschlägen beantworten werden, wußte man in Beirut, in Damaskus und auch bei der PLO. Jerusalem warnte die Palästinenser seit Tagen, vergeblich. Arafat braucht tote Frauen und Kinder für seine Politik.

Die in der arabischen Welt angelaufene Pressekampagne, die von der PLO mit Greuelberichten versorgt wird, zielt darauf ab, die Israelis als Mörder an friedlichen Zivilisten hinzustellen. Jeder Tote in Libanon oder in Israel ist zu bedauern, weil er ein unnötiges Opfer ist und allein auf das Konto der PLO geht.

Halten wir die Verantwortlichen fest: Arafat und seine PLO brachen die am 25. Juli den Syrern und Libanesen schriftlich gegebene Zusage, die Guerrillas aus dem Südlibanon zurückzuziehen. Mit Feuerüberfällen brachen sie auch den Waffenstillstand vom 26. September mit Israel. Am letzten Sonntag nun erklärte Arafat endlich offen, daß sich die Guerrillas der PLO nicht zurückziehen. Am Montag begann der Raketenbeschuß auf Israel.

Die angeblich friedfertigen Präsidenten in Damaskus und in Kairo sollten allmählich begreifen, was für einen Bundesgenossen sie sich mit der PLO herangezogen haben. Und in Amerika und in Westeuropa sollte endlich die Einsicht wachsen, was man Israel und den Arabern mit einem PLO-Staat in ihrer Mitte zuzumuten gedenkt: Terror und neuen Krieg.

IMPRESSUM

Herausgeber – Druck – Verlag
ARBEITERKAMPF
J. Reents Verlag
2 Hamburg 50, Lerchenstr. 75
V.i.S.d.P.: Kai Ehlers, Verlagsadr.

Auflage: 24.500
Erscheinungsweise: 14tägig
Verkaufspreis: DM 2,–

Verlagskonten: Dresdner Bank: 451 8378, J. Reents und Postscheckkonto Hamburg: 240 595, J. Reents

Somalia nach dem GSG-9-Überfall

Jetzt wird gezahlt!

„Wir sind nicht käuflich!" Mit diesen Worten wies der somalische Ministerpräsident Siad Barre empört Berichte zurück über eine vermehrte Unterstützung Somalias durch die BRD-Imperialisten nach der Blutnacht von Mogadischu. Vieles spricht jedoch dafür, daß Bonn sich nach dem „unschätzbaren" Dienst, den ihm Somalia erwiesen hat, nicht lumpen läßt. Hinzu kommt noch, daß die BRD-Imperialisten ihr Vorgehen in Mogadischu auf UN- und EG-Ebene weltweit zum „Modellfall" machen wollen und mit großer Frechheit zahlreiche weitere Länder dazu veranlassen wollen, in Zukunft jegliche Polizei- und Sondertruppeneinsätze auf ihren Gebieten zu dulden.

Es war für Antiimperialisten ein trauriger Anblick, wie sich der somalische Botschafter in Bonn bei der Siegesfeier im Bundestag von der Diplomatentribüne aus verbeugte vor dem Lob, welches seiner Regierung von Schmidt und Co. reichlich gespendet wurde: *„Unser schwarzer Bruder war der Barmherzige Samariter, der die unter die Räuber gefallenen Weißen aus ihrem Elend rettete"* (Schmidt in seiner Rede, „SZ", 21.10.). Dieser Spruch hätte als Überschrift dienen können für den größten Teil der bürgerlichen Berichterstattung über den somalischen Anteil an der Blutnacht in Mogadischu.

Ohne die aktive Unterstützung von somalischer Seite wäre der GSG 9 die Erstürmung der gekaperten Lufthansa-Maschine nicht gelungen. Der direkte Anteil somalischer Spezialtruppen an der Aktion ist sogar

9 die Erstürmung der gekaperten Lufthansa-Maschine nicht gelungen. Der direkte Anteil somalischer Spezialtruppen an der Aktion ist sogar

möglicherweise wesentlich größer, als hierzulande zwischen den Ruhmesgesängen auf die GSG 9-Truppe in der Berichterstattung noch sichtbar wurde („Welt", 22.10., beruft sich auf somalische Darstellungen).

Wie kommt die somalische Regierung zu dieser Rolle in dem Mörderspiel?

Lassen wir dazu den somalischen Botschafter in Bonn sprechen: *„Die Beteiligung Somalias an der Rettungsaktion der deutschen Geiseln in Mogadischu diente ausschließlich humanitären Zwecken, um das Leben von vielen unschuldigen Menschen zu retten und nicht – wie es fälschlich behauptet wurde – wegen Versprechungen über irgendwelche Hilfe"* (dpa, 19.10.). Dabei setzt der Botschafter voraus, daß die Gewaltlösung der GSG 9 in Mogadischu die humanitärste und sicherste aller möglichen Lösungen war. Wie sehr aber solche Aktionen das Leben der Geiseln erst wirklich gefährden, haben wir in der BRD schon oft genug erlebt.

Diese Frage nach der ungefährlichsten Lösung stellte z. B. auch die algerische Regierung und lehnte ein Vorgehen wie in Somalia scharf ab. In den Stellungnahmen heißt es: Der einzige Weg, mit den Flugzeugentführern fertig zu werden, sei, mit ihnen zu verhandeln. Um das Leben der Geiseln zu sichern, müsse eine betroffene Regierung jede Vereinbarung mit den Entführern genau einhalten. Obwohl den neuen westdeutschen „G-men" ihre Aktion in Mogadischu perfekt gelungen sei, bleibe die Tatsache bestehen, daß sie viele Risiken enthielt und in einer Katastrophe hätte enden können („Int. Her. Trib.", 27.10.). Algerien kann dabei auf zahlreiche Erfahrungen mit Flugzeugentführungen bauen, die allesamt in Algier glimpflich endeten – wie auch gerade zehn Tage vor Mogadischu eine japanische Aktion.

Zunächst hat auch Somalias Standpunkt so ausgesehen wie der algerische. Noch zwei Tage vor der GSG 9-Aktion erklärte der somalische Botschafter in Nairobi auf einer Pressekonferenz, selbstverständlich werde seine Regierung aus „humanitären Gründen" nach dem algerisch-japanischen Beispiel einen Häftlingsaustausch zulassen. Wenig später distanzierte sich jedoch der somalische Botschafter in Paris von dieser Erklärung, und als nach den Stationen Dubai und Aden die Maschine am Montag in Mogadischu gelandet war, erklärte der Botschafter in Nairobi auf einer erneuten Pressekonferenz: *„... daß Somalia nichts mit den Terroristen zu schaffen hat und meine Regierung die Hijacker aufgefordert hat, das Land nach dem Auftanken des Jets zu verlassen"* („SZ", 18.10.) – Hinter den Kulissen fanden jedoch bereits die Vorbereitungen für die GSG 9-Aktion statt.

In diesem Zusammenhang ist interessant, was sich abspielte, bevor die entführte Maschine am Montag in Mogadischu landete.

Am Sonntag in Dubai (Vereinigte Arabische Emirate) wollte Wischnewski die GSG 9-Truppe bereits stürmen lassen. Dies wurde jedoch von arabischer Seite abgelehnt. Stürmen könnte man auch selbst, die GSG 9 solle sich zurückhalten. So übte schließlich eine Dubai-Spezialtruppe gemeinsam mit der GSG 9 an einem außer Sichtweite stehenden Flugzeug die Aktion, als plötzlich die entführte Maschine kurz vor Ablauf eines Ultimatums startete – mit Erlaubnis der Dubai-Regierung und zum Ärger Wischnewskis, sowie auch des von Dubai-Seite aus dem

Ablauf eines Ultimatums startete – mit Erlaubnis der Dubai-Regierung und zum Ärger Wischnewskis, sowie auch des von Dubai-Seite aus dem

Flughafen kommandierenden Scheich Mohammed. Hat hier die Regierung den Entführern einen Tip gegeben, um auf jeden Fall eine GSG 9-Aktion auf ihrem Gebiet zu verhindern? Oder war sogar von „höchster Stelle" schon eine andere Möglichkeit an einem anderen Ort in Aussicht genommen worden? („Stern"-Interview mit Wischnewski, Nr. 45/77).

Weiter: Aden (DVR Jemen) verhinderte die Landung der GSG 9-Truppe ganz und ließ nur die entführte Maschine auftanken. – Schmidt bedankte sich hinterher für die Rolle, die die DDR und Sowjetunion in Hinblick auf Aden gespielt hätten (dpa, 20.10.). Ist hier Druck ausgeübt worden, damit Aden keinen Gefangenenaustausch zuließ?

Während sich die Entführer in Aden befanden, verhandelte Wischnewski mit der saudiarabischen Regierung. Wurden dort bereits Weichen für die Haltung Somalias gestellt? Einiges deutet jedenfalls darauf hin, daß Saudiarabien seit der Aktion in Mogadischu Waffen an Somalia liefert, nachdem es vorher trotz dringender Appelle Präsident Siad Barre's monatelang gezögert hatte („Auslandsjournal", ZDF, 11.11.). Laut „Financial Times" hat die saudiarabische Regierung eine entscheidende Rolle gespielt bei der Vorbereitung der GSG 9-Aktion, im Einverständnis mit den USA. (Auch dafür hat sich Schmidt später bedankt.) Schließlich sandte auch Präsident Carter mehrere Botschaften an die somalische Regierung, sie solle mit Bonn kooperieren (dpa, 19.10.).

In diesem Zusammenhang soll noch einmal kurz daran erinnert werden, daß Somalia durch die Unterstützung des Befreiungskampfes im Ogaden-Gebiet größten Bedarf an materieller Unterstützung, vor allem aber an Waffen und Munition hat und ausgerechnet in dieser Situation von seinem langjährigen Bündnispartner Sowjetunion im Stich gelassen wurde. Und nicht zuletzt wegen der sehr fortschrittlichen Position, die Somalia bisher in Afrika eingenommen hat, verfolgten die Westmächte bisher die Taktik, ebenfalls nichts oder wenig an Somalia zu liefern, damit sich das Land im Ogaden-Krieg weißblutet und politisch in die Knie geht.

Soviel zur Vorgeschichte. Inzwischen steht fest, daß für die Mogadischu-Aktion gezahlt wurde – es fragt sich nur, von wem.

Wenn jetzt von „materieller Unterstützung" der BRD an Somalia gesprochen wird, so ist das zunächst nichts Neues. Seit 15 Jahren hat die BRD (wie auch in Äthiopien) in Somalia die Polizei komplett ausgerüstet und ausgebildet – was sicherlich seinen Nutzen brachte bei der Mogadischu-Aktion! Insgesamt hat Somalia bisher von der BRD Kapitalkredite in Höhe von 101,7 Mio. DM und (unentgeltliche) technische Lieferungen in Höhe von 110,3 Mio. DM erhalten (dpa, 18.10.). Regulär vorgesehen waren im Rahmen dieser „Entwicklungshilfe" für weitere 6,9 Mio. DM Polizeiausrüstung, 10 Mio. DM Kredite und für 5 Mio. „technische Hilfe" („SZ", 25.10.).

Nun hat, nach Mogadischu, die „Entwicklungs"ministerin Schlei den Bau eines Staudamms für 250 bis 400 Mio. DM angekündigt („FR", 9.11.). Weitere Lieferungen für 39 Mio. DM wurden für 1977/78 angekündigt („SZ", 4.11.). Westberlin will die *„Ausbildung von somalischen Regierungsbeamten verstärken"* („SZ", 31.10.).

Waffen wollen die BRD-Imperialisten angeblich nicht liefern, um nicht bei denjenigen OAU-Staaten in Afrika anzuecken, die den Befreiungskampf im Ogaden als „Aggression Somalias gegen Äthiopien" ansehen („SZ", 25.10.). Allerdings werden jetzt 150 große Mercedes-LKW – natürlich nur für die Polizei! – geliefert. Und dann sind da noch die schlecht getarnten Condor-Flugzeuge, die nun seit über zwei Wochen täglich voll mit Waffen in Mogadischu landen. Sie kommen angeblich aus Saudiarabien. Es war allerdings auch schon die Rede davon, daß die BRD neue Waffen an Saudiarabien, und Saudiarabien daraufhin seinerseits Waffen an Somalia liefert („Auslandsjournal", ZDF 11.11. und „FR" 27.10.).

Ist Somalia nun genügend ausgeblutet durch den bisher de facto vorhandenen Waffenlieferungsboykott; hat es noch dazu in Mogadischu gezeigt, daß es sich für die Imperialisten die Hände mit blutig macht – um

handenen Waffenlieferungsboykott; hat es noch dazu in Mogadischu gezeigt, daß es sich für die Imperialisten die Hände mit blutig macht – um

nun der imperialistischen Waffenlieferungen „würdig" zu sein? Das Geschäft der Imperialisten ist ekelhaft und Somalia wird die Waffen nehmen, wo es sie kriegen kann.

Traurig ist dabei allerdings der Grad an politischer Selbsterniedrigung, den die Dankesbezeugungen von somalischer Seite an Bonn angenommen haben. *„Die seit längerer Zeit bestehenden guten Beziehungen Somalias zur Bundesrepublik haben jetzt ihren besten Stand erreicht"* erklärte der somalische Botschafter Boka in Bonn. Seine Begegnung mit Bundeskanzler Schmidt ... habe ihn sehr beeindruckt und berührt (dpa, 19.10.). Und so weiter! Wofür bedankt man sich hier eigentlich?

Fest steht, daß von Somalia mit der Mogadischu-Aktion allen Antiimperialisten ein wahrer Bärendienst geleistet wurde.

So ist die Aktion z. B. mit Entebbe verglichen worden – aber seitdem hat sich einiges verändert. Die Aktion der BRD-Imperialisten war wesentlich geschickter eingefädelt und fand nicht zuletzt deshalb soviel Beifall, weil sie mit der Zustimmung des „Gastlandes" Somalia ablief.

Zudem steht die Aktion in Mogadischu in einer Reihe mit immer frecheren direkten Eingriffen der Imperialisten in Afrika – wie z. B. der Errichtung einer BRD-Kolonie in Zaire (OTRAG) oder auch dem neuesten Angriff des französischen Imperialismus gegen die POLISARIO.

Vor allem aber läßt sich der BRD-Imperialismus die Chance nun nicht entgehen, derlei Aktionen weltpolitisch zu sanktionieren. So wurde von Maihofer verkündet, die *„Zusammenarbeit mit Somalia"* habe *„Modellcharakter"*, man werde diese positiven Erfahrungen auf UN- und EG-Ebene diskutieren. So könne man in Zukunft im Polizeibereich ähnliche zwischenstaatliche Verträge abschließen, wie z. B. die bereits bestehenden juristischen Abkommen (Auslieferungsverträge). Somalia habe einen *„neuen Grundsatz praktiziert"*, der im Völkerrecht noch gar nicht formuliert sei. So sei es künftig denkbar, daß zum Beispiel in Fällen von Flugzeugentführungen die Polizei des betroffenen Landes eine Aktion entweder selber in dem anderen Land unternimmt – oder dazu Polizei des Heimatlandes der entführten Maschine auffordere („FR", 20.10.).

Auf diese Art würden z. B. auch Aktionen sanktioniert wie die Verfolgung Rolf Pohles durch BRD-Bullen in Griechenland oder das Kidnapping südkoreanischer Linker aus der BRD durch koreanische Faschisten – und so weiter. SAVAK in der BRD legal, Chiles DINA überall aktiv, vor allem aber: GSG 9 überall. Traum eines imperialistischen Ministers: Heute ... Deutschland, morgen die ganze Welt. So hättes sie es gern.

Afrika-Kommission

Somalia wirft die Russen raus

rtr. **Mogadischu, 14. November**

Somalia hat gestern den Freundschaftsvertrag mit der Sowjetunion gekündigt. Alle russischen Fachleute müssen das Land innerhalb einer Woche verlassen; alle Militärstützpunkte werden geräumt. Begründung: „Unverschämte Einmischung der Sowjets in unseren Befreiungskampf."

Na bitte...

Aus „Bild", 14.11.77

Interview mit Nico Haasbroek

– Zwei Jahre Auslandskorrespondent in Bonn –

Die Bundesrepublik „durch Nico Haasbroeks Schreckensbrille": „Berichte über einen Horrorstaat, wie ihn George Orwell nicht schlimmer schildern könnte ... seine großangelegte Sendereihe über Radio Hilversum 2 (ist) ... Agitation statt Information, Propaganda statt Beschreibung von Wirklichkeit. Der DDR-Hofprediger Schnitzler hätte seine wahre Freude an ihm ... dieser Haasbroek führt selbst Kleinkrieg, ist selbst Brandstifter in der Maske des Praeceptor Germaniae ... sein Blick ist ... von Haß und Zorn getrübt ..." so geifert der Lumpenjournalist Helmut Herles in der „Frankfurter Allgemeinen Zeitung" ("FAZ", 30.8.77) über eine Sendereihe Haasbroeks im besonderen und die niederländische Kritik am BRD-Staat im allgemeinen. Einen Beweis für seine Diffamierungen bleibt Herles allerdings 260 Zeilen lang schuldig und muß ihn auch schuldig bleiben: Haasbroeks Sendungen, von denen Herles den Eindruck erwecken will, sie seien Propagierung des „RAF-Terrors" gewesen, beinhalteten einen Überblick über seine zweijährige Tätigkeit als Auslandskorrespondent in Bonn: Mitschnitte aus Pressekonferenzen und von Gesprächen in seiner Stammkneipe, Vor-Ort-Reportagen über die Brokdorf-Demonstrationen, Diskussionen und Interviews über Terrorismus, Beispiele für Pro-AKW-Propaganda usw.

Durch Nico Haasbroeks Schreckensbrille

Wie ein holländischer Berichterstatter seinen Landsleuten die Bundesrepublik schildert / Von Helmut Herles

Insgesamt produzierte Nico Haasbroek in seinen zwei Bonner Jahren rund 250 Rundfunksendungen und 15 Fernsehbeiträge

Insgesamt produzierte Nico Haasbroek in seinen zwei Bonner Jahren rund 250 Rundfunksendungen und 15 Fernsehbeiträge

für niederländische Rundfunk- und Fernsehanstalten (die sozialdemokratische VARA, den protestantischen VPRO und den allgemeinen Sender NOS) und schrieb eine größere Anzahl von Berichten für das politische Wochenmagazin „Haagse Post"; seine Filme wurden jeweils in etwa sieben europäischen Ländern ausgestrahlt. U. a. berichtete er über den Streik der Zementarbeiter in Erwitte, linke Buchläden, Armut in der BRD, die CDU, Proteste gegen AKWs, den Tod von Ulrike Meinhof, Berufsverbote; er interviewte u. a. Grass, Staeck, Biermann, Wehner und Kohl und nahm an Höfers „Frühschoppen" teil. Seine mehrfachen Versuche, Kanzler Schmidt für das niederländische sozialdemokratische Fernsehen zu interviewen, wurden mehrfach unter Hinweis auf seine Berichterstattung über Neo-Nazis und Berufsverbote abgelehnt (siehe Faksimile).

Haasbroek ist zwar nicht Mitglied einer Partei oder Organisation (eine Feststellung, auf die er Wert legt), nahm aber in seinen Berichten wie seinem Auftreten häufig deutlich Partei: Der Rassist Vorster sah sich bei seinem Besuch in der BRD bei einer Pressekonferenz mit Haasbroek (auf niederländisch und deutsch vorgetragener) Frage konfrontiert, wann er denn endlich die Rassendiskriminierung beenden werde; Vorster brach daraufhin die Pressekonferenz ab und verließ den Raum!

Als die Faschisten am 17. Juni ihren „Tag der deutschen Einheit" in Frankfurt feiern wollten, fand sich Haasbroek in der Reihe der Antifaschisten und forderte mit ihnen: „Nazis raus!"

Im Oktober, als Haasbroek Bonn bereits verlassen hatte und kurz vor der Aufnahme seiner journalistischen Arbeit in den USA stand, gab er dem ARBEITERKAMPF ein Interview, das wir im folgenden in einer gekürzten, von Haasbroek autorisierten Fassung wiedergeben.

Niederlande-Kommission

ARBEITERKAMPF (AK): Was hast du, Nico, bei deiner journalistischen Arbeit in der BRD erlebt?

Nico Haasbroek (N.H.): *Es ist nicht möglich, in der BRD als Journalist zu arbeiten, ohne akkreditiert zu sein. Das ist schon wichtig, denn nach einer gewissen Zeit habe ich gedacht, ich hätte mich eigentlich gar nicht akkreditieren sollen, denn von der Akkreditierung an verfügt man über die Möglichkeit, mich zu kontrollieren, Material zu sammeln usw. usf. Aber es geht eben nicht anders – ohne Akkreditierung kommt man in keine Pressekonferenz rein, nicht ins Bundeshaus.*

Was die Möglichkeiten der Berichterstattung angeht, ist die Bundesrepublik eine Scheindemokratie – mehr Schein als echte Demokratie: Wenn man wirklich etwas will, dann schließen sich die Türen. Man bekommt viel Material für den Schreibtisch, das ist aber nur das, worum man nicht gebeten hat, woran man nicht interessiert ist. Was man gerne haben will oder derjenige, den man interviewen will – da kommt man nicht ran.

AK: Wer verhindert das?

N.H.: *Teilweise das Bundespresseamt. Ich habe in diesen zwei Jahren eine Menge Anträge gestellt, z. B. um den Bundeskanzler Schmidt zu interviewen. Aber was in den Antworten auf diese Anträge drinsteht, das ist wirklich unglaublich, das hat nichts zu tun mit meinem Versuch, mal den Schmidt zu interviewen. Die sagen, jetzt geht das nicht mit dem Schmidt, aber vielleicht können Sie mal mit diesem General oder jenem Beamten reden, denn wenn wir Ihre Berichterstattung über die Nazis in Hamburg ansehen, dann stimmt da einiges nicht drin.*

AK: Ist dir das nur beim Versuch, den Bundeskanzler zu interviewen, so gegangen?

N.H.: *Nein, es gibt noch eine ganze Menge Beispiele. – Letztes Jahr habe ich für die VPRO einen Film über die Ursache des Todes von Ulrike Meinhof gemacht. Der Text dieser Sendung ist von der westdeutschen Botschaft in Den Haag an das Bundespresseamt geschickt worden und von dort aus an bestimmte Kollegen von mir verteilt worden. Als ich dann, als Autor des Films, beantragt habe, dieses Material zu bekommen (auf dessen Grundlage ja über meinen Film berichtet worden ist), wurde das abgelehnt, das sei nur für die interne Verwendung. Wenn man dagegen gute Kontakte zum Bundespresseamt hat, und das sind hauptsächlich die Rechten, dann bekommt man automatisch das Material, was offiziell nicht zur Verfügung steht.*

Ein drittes Beispiel: Ich war einer der wenigen Auslandskorrespondenten, die bei den Brokdorfdemonstrationen dabei waren.

Fortsetzung auf Seite 14

PRESSE- UND INFORMATIONSAMT
DER BUNDESREGIERUNG

Az.: IV A 2 46430 NW
(Bitte bei Beantwortung angeben)

53 BONN 1, den 13.8.1976
Postfach
Welckerstraße 11
Fernruf: 20 - 327
oder über Vermittlung 20 81
Fernschreiber: 08 86 741/742

Herrn
Nico Haasbroek
Hausdorffstrasse 67
53 Bonn

Bezug Ihr Schreiben an Herrn Staatssekretär Bölling vom 4.8.1976

Sehr geehrter Herr Haasbroek,

in Abwesenheit von Herrn Staatssekretär Bölling wurde mir Ihr Schreiben vom 4. August zur Beantwortung zugeleitet.

Leider muss ich Ihnen mitteilen, dass der Terminkalender des Herrn Bundeskanzlers das von Ihnen gewünschte Hintergrundgespräch nicht mehr zulässt. Gerne bin ich Ihnen aber bei der Vermittlung eines Gesprächs mit einer Persönlichkeit aus dem Innenministerium behilflich. Ich ersehe nämlich aus Ihrem kürzlichen Bericht über das NPD-Treffen in Hamburg, das die VARA ausgestrahlt hat, dass die Bedeutung dieser Partei von Ihnen m.E. überbewertet wird.

Da Sie auch wegen Ihrer damaligen Abwesenheit von Bonn an dem Hintergrundgespräch des Herrn Bundesinnenministers über die Beschäftigung von Extremisten im Öffentlichen Dienst nicht teilnehmen konnten, könnten Sie auch über diesen Fragenkomplex authentische Informationen erhalten.

Herr Wellmann vom Pressereferat des Bundesinnenministeriums wäre gerne bereit, einen kompetenten Gesprächspartner zu vermitteln.
Wie ich Ihnen anlässlich unserer kürzlichen Begegnung sagte, stehe auch ich Ihnen für Sie interessierende Gesprächsthemen zur Verfügung.

Mit freundlichen Grüssen

Im Auftrag

(Dr. Anneliese Kaltenbach)

Fortsetzung von Seite 13

Bei der zweiten Demonstration war ich in einem Übertragungswagen des NDR in Brokdorf und habe den niederländischen Hörern direkt erzählt, was ich gesehen habe – wie die Polizisten da vorgingen. Anschliessend hat das Bundespresseamt eine Zusammenstellung aller Kommentare zu Brokdorf gemacht. Mein spontan am Ort des Geschehens entstandener Kommentar fand sich dann zwischen den Berichten wieder, die in aller Ruhe irgendwo am Schreibtisch entstanden und im Studio verlesen worden waren. Das Presseamt hat bei meinem Bericht aber nicht vermerkt, daß es sich um eine Direktreportage handelt. Ohne diese Information mußte sich mein Bericht unter den anderen ,,ausgewo-

rektreportage handelt. Ohne diese Information mußte sich mein Bericht unter den anderen ,,ausgewo-

genen" und ,,geschlossenen" Darstellungen natürlich ausnehmen, als wäre ich nicht so ganz richtig im Kopf.

Ähnlich mit meiner Serie im VPRO-Radio. Ich habe da über Linke berichtet, über Proteste gegen AKWs, aber auch von Pressekonferenzen (z. B. mit Vorster) und aus meiner Stammkneipe. Veröffentlicht wurde aus meinen Sendungen aber nur eine ganz gezielte Auswahl und die Kollegen von mir, die dieses Material vom Bundespresseamt bekommen haben, konnten jetzt über Nico Haasbroeks ,,RAF-Sendungen" berichten. Mir selbst wurden diese Auszüge aus meinen eigenen Sendungen natürlich wieder vorenthalten.

Ich habe den Eindruck, wenn ich ein Interview machen will, daß es dann Leute gibt, die vorher das Bundespresseamt anrufen und fragen, was ist das für einer, und daß das Bundespresseamt dann sagt, dem würde ich keine Informationen geben. Ich habe z. B. ein Interview machen wollen mit dem Chef der Kraftwerksunion in Erlangen. Er war einverstanden mit dem Interview und ich sollte das nur noch mit der Pressestelle in Frankfurt regeln. Die haben mir dann zugesagt, das zeitlich zu regeln. Aber sie haben das nicht geregelt. Ich habe dann noch mehrmals angerufen. Ohne Ergebnis. Ich kann mir nur vorstellen, daß der Direktor ,,informiert" worden ist, denn er selber hatte ja anfangs gegen ein Interview nichts einzuwenden.

Auf diese Art wird versucht, meine Arbeit zu behindern und mich zu isolieren. Jetzt gibt es die Meldungen in den westdeutschen Zeitungen, da wird der Eindruck erweckt, als wäre ich ein Baader-Meinhof-Sympathisant.

AK: Zum Beispiel der Artikel in der ,,FAZ": ,,Deutschland durch die Schreckensbrille des Nico Haasbroek" ...

N.H.: *Genau – obwohl ich mich in meiner Serie ganz klar und nuanciert davon distanziert habe. Nur habe ich nicht nur Kritik an der RAF, sondern auch am Funktionieren des deutschen Rechtsstaates, und das habe ich auch betont in meinen Sendungen. Man sucht aber Schuldige. Der westdeutsche Staat kann diese Probleme nicht normal lösen, darum werden jetzt Verantwortliche gesucht, linke Journalisten, Professoren usw., die für die Aktionen der RAF mit verantwortlich sein sollen.*

AK: Wie verhält sich nach deinen Erfahrungen das Bundespresseamt offiziell gegenüber kritischen Journalisten des Auslands?

N.H.: *Ich war gerade einen Monat in Bonn, als die kritischen Niederländer*

sten des Auslands?
N.H.: Ich war gerade einen Monat in Bonn, als die kritischen Niederländer

zum Abendessen mit Herrn Bölling (Sprecher des Bundespresseamtes – Anm. AK) *eingeladen wurden. Dabei hat der Herr Bölling dann über die ,,Haagse Post" geschimpft, denn er wußte nicht, daß ich diese Zeitung in Bonn vertrete. Er wollte wohl ein Beispiel nehmen, von dem zwar keiner direkt betroffen ist, aber zugleich deutlich machen, welche Berichterstattung der Bundesregierung mißfällt.*

Jedenfalls, damit fängt das Schmieren an – mit einem Essen und so. Wenn man den Mund voll hat, dann kann man auch keine Kritik üben. Die Leute, die der BRD schon unkritisch gegenüberstehen, die bleiben bei ihrer Haltung und die anderen lassen sich so leicht nicht einschüchtern. Aber die Versuche gibt es. Später wurden dann gerade die kritischen Journalisten mehrfach eingeladen, z. B. zum Thema Berufsverbote.

AK: Wie läuft sowas ab?

N.H.: *Da wird man in ein Hotel eingeladen und es ist wieder ein Essen da und Maihofer, der bei der Berufsverbotesache dabei war, erzählt dann, daß es keine Berufsverbote gibt. Wir* ***stellen unsere Gegenfragen und berichten weiter über die Berufsverbote.*** *Das ist eigentlich ziemlich peinlich und kindisch, zu versuchen, die Leute auf diese Art zu beeinflussen.*

AK: Es gibt aber doch eine gewisse Mehrheit von Journalisten im Ausland, die weniger kritisch über die Entwicklungen in der BRD berichten? Bei uns in der BRD haben wir ja schon fast eine gleichgeschaltete Presse ...

N.H.: *Ja, das stimmt ....*

AK: ... und einige Journalisten im Ausland berichten doch durchaus im Sinne der Bundesregierung.

N.H.: *Ja, wenn man sieht, wie die konservativen Zeitungen in den Niederlanden auf meine Berichterstattung reagieren, dann tun sie genau das gleiche, was in der BRD schon dazu geführt hat, daß westdeutsche Journalisten Angst haben, überhaupt noch über solche Themen zu berichten.*

Da war letztens ein Fernsehteam von VPRO bei Mercedes Benz in Stuttgart und denen wurde gesagt, was wir da über Nico Haasbroek, der bei euch arbeitet, gelesen haben, also wir wissen nicht, ob ihr weiter bei uns Aufnahmen machen könnt. Ein Kollege von mir aus dem Team hat sofort in den Niederlanden angerufen. Und noch am gleichen Tag hat der Fernsehdirektor der VPRO an die BRD-Botschaft in Den Haag geschrieben, daß er sich von meiner Serie über Westdeutschland distanziert. Der Brief ist dann auch sofort vom ,,NRC Handelsblad" auf der ersten Seite veröffentlicht worden. Großer Wirbel – ein Direktor distanziert sich von seinem Mitarbeiter, denn ich habe bei der VPRO ja auch fürs Fernsehen gearbeitet. Das ist aber genau das, was die westdeutsche Regierung wünscht, daß diejenigen, die ,,Deutschland" kritisieren, auch in ihrem eigenen Land beschimpft und kaltgestellt werden.

AK: Was du vorhin gesagt hast, Nico, daß die Versuche vonseiten des Bundespresseamtes, kritische Journalisten im Sinne der Bundesregierung zu beeinflussen, daß diese Versuche nicht so ernst zu nehmen sind, das leuchtet mir nicht ganz ein. Wenn ich mir über einen etwas längeren Zeitraum die Berichterstattung und die Kommentare anderer und durchaus kritischer Kollegen von dir ansehe, dann merkt man doch teilweise ziemlich deutlich ein Zurückweichen vor dem sich verschärfenden politischen Klima. Kann darüber hinaus auch noch direkt ausgeübter Druck eine Rolle spielen?

N.H.: *Gezielten Druck gibt es nicht. Das ist eben das Geschickte. Wäre ich ein Journalist, der nur für eine Tageszeitung schreibt, dann hätte man mich totschweigen können. Hätte ich einen Fehler gemacht, also wirklich Tatsachen verfälscht, dann hätte man einen Anlaß gehabt, mir eine Presserüge zu erteilen, mit einer Verfügung gegen mich vorzugehen. Sie können mir aber keine falsche Berichterstattung nachweisen. Nur über meine Kommentare, meine Einschätzungen, darüber sind sie verärgert. Da ich aber ziemlich bekannt bin und die meisten von meinen Filmen auch in anderen Ländern gesendet worden sind, darum kann nicht gesagt werden, der Herr Haasbroek, der muß jetzt binnen 24 Stunden das Land verlassen. Darauf würde sich die ganze konservative Presse stürzen und schreiben, in Deutschland gibt es keine Demokratie ...*

AK: Die konservative ausländische Presse meinst du ...

N.H.: *Ich bin sicher, daß auch einige deutsche darauf hinweisen würden. Das macht das Bundespresseamt nicht, das ist viel raffinierter, und das Raffinierte besteht gerade darin, daß man über meine Aktivitäten völlig einseitig informiert. Denn ich habe über sehr viele verschiedene Themen berichtet und wenn ich mit einer*

einseitig informiert. Denn ich habe über sehr viele verschiedene Themen berichtet und wenn ich mit einer

Entwicklung einverstanden war, dann habe ich auch das gesagt. Trotzdem wird versucht, den Eindruck zu erwecken, als würde ich nur über die Rote-Armee-Fraktion berichten.

AK: Wie schätzt du die niederländische Presse, im Vergleich zur westdeutschen und ihre Berichterstattung über die BRD, ein?

N.H.: *Die Möglichkeiten, in der niederländischen Presse freie Kritik zu üben, sind sehr viel größer und werden auch mehr genutzt.*

Was das Thema Deutschland angeht, das ist jedoch in den Niederlanden ein Thema mit zwei Problemen. Erstmal wegen der Vergangenheit, Zweiter Weltkrieg. Viele Niederländer, und ich bedaure das, sind hundertprozentig anti-deutsch, und damit unterstützt man nicht die Linken in Deutschland, die die Unterstützung brauchen. Und dann gibt es andererseits eine ganze Menge Kommentatoren, die der BRD mit ,,Rücksicht" und ,,Verständnis" begegnen. Das kann man an der Behandlung des Baader-Meinhof-Themas sehen, aber auch daran, daß Folkerts sofort als RAF-Mitglied bezeichnet wird, obwohl das überhaupt noch nicht feststand, da wird sofort die Auffassung der Bundesregierung übernommen. Aber insgesamt gesehen ist die Presselandschaft in den Niederlanden sehr viel freundlicher und liberaler.

Ich kann dir da zum Vergleich noch ein schönes Beispiel aus meinen Bonner Erlebnissen erzählen. Ich war in einer Kneipe und traf zwei Kollegen von der ,,Süddeutschen Zeitung", die sind ganz nett und sagen immer, Nico, du bist ein guter Kerl, aber du bist doch gewissermaßen einseitig in deiner Berichterstattung. Das war am Abend des Tages, wo das Kontaktsperrengesetz im Bundestag verabschiedet worden war. Ich habe die Kollegen gefragt, was haltet ihr denn davon. Der eine sagte, das war doch ein ganz klarer Sieg für das Kommando Siegfried Hausner. Gut, habe ich gesagt, das möchte ich dann gerne morgen in eurer Zeitung lesen. Denn ich hatte verstanden, was gemeint war – das sei genau, was diese Terroristen oder wie man sie nennen will, sich wünschen, daß der Staat seinen ,,faschistischen Charakter" zeige. Am nächsten Tag stand das aber nicht in der ,,Süddeutschen". Ich habe dann den Kollegen gesagt, ihr bringt das so mit einem Bier dabei, schreibt das aber nicht – und ich soll einseitig sein!

Diese Haltung beschränkt sich aber nicht auf die ,,liberale" und die rechte Presse. Es gibt linke Zeitungen in der BRD, z. B. ,,Konkret", die wollen einen Artikel von mir haben über die Presse in den Niederlanden. Meinen Artikel fanden sie dann gut, aber gebracht haben sie ihn nicht. Da meine ich, auch wenn es immer gute Ausnahmen gibt, Spuren von Preussen, nicht selbstkritisch sein und wenig Demokratieverständnis, das sieht man auch bei den Linken.

AK: Um – abschließend – noch einmal auf die Haltung in den Niederlanden gegenüber Westdeutschland zurückzukommen: Was du über das ,,anti-deutsche" deiner Landsleute **sagst, das ist mir erstmal, auch wegen meiner eigenen Erfahrungen, nicht einsichtig.**

N.H.: *Das stärkste in der niederländischen Berichterstattung ist doch immer noch das, was wir ironisch den Wiesenthal-Komplex nennen* (dem in Österreich lebenden Angehörigen des jüdischen Glaubens Simon Wiesenthal ist u.a. die Aufspürung Eichmanns zu verdanken – Anm. AK). *Es gibt immer noch sehr viele Leute, die nicht durch Deutschland fahren, wenn sie Ferien machen. Oder das es schwer ist, wenn ich deutsche Freunde hier habe, einen Schlafplatz für sie zu bekommen – weil sie Deutsche sind. Das sind Beispiele für das Antideutsche. ,,Antideutsch" soll man sein, aber nicht nur wegen der Vergangenheit, sondern mehr bezogen auf das, was es heute gibt und nicht gut ist. Man soll nicht nur darüber berichten, man muß auch von den Niederlanden aus Kontakt mit westdeutschen Freunden und Genossen suchen – auch, damit man sich besser über die Vorgänge in der BRD informieren kann und um besser helfen zu können, wenn es in der BRD noch schlimmer wird.*

AK: Was du den ,,Wiesenthal-Komplex" nennst, ich würde eher sagen, daß es sich doch zumeist um ein waches antifaschistisches Bewußtsein handelt, von dem nicht nur ganz allgemein die westdeutsche Bevölkerung, sondern auch so mancher Linke hierzulande viel lernen könnte.

N.H.: *Das weiß ich, aber das darf doch nicht dazu führen, daß man den Kontakt mit Deutschen vermeidet, und dazu führt es in vielen Fällen.*

Du darfst dich bei deinen Kontakten in den Niederlanden nicht täuschen. Du bist ein politisches Tier – wie wir hier sagen, und wenn du zu politischen Tieren in den Niederlanden kommst, die das verstehen und Erfahrungen mit der BRD haben, dann ist das etwas ganz anderes, als wenn Biermann hier in einer Kneipe sitzt und die Leute fangen an, ,,Deutschland, Deutschland, über alles" zu singen. Und auch das hat es gegeben – den Hitlergruß. Biermann dachte, das sind Faschisten. Da habe ich gesagt ,,Nein", die haben sogar im Konzentrationslager gesessen. Aber die haben ihre Art und Weise, das abzureagieren. Und da hat er einen Schreck bekommen.



,,Der Tod in Stammheim"

Auszüge aus einem Artikel Nico Haasbroeks in dem politischen Wochenmagazin ,,Haagse Post" (29.10.).

Für Nico Haasbroek spricht ,,mindestens soviel (wenn nicht mehr) für Mord als für Selbstmord". Die in Stammheim ,,entdeckten" Waffenlager lassen ihn überlegen: *,,Für Revolutionäre (....) ist Selbstmord das allerletzte Mittel. Wenn dort soviel Waffen und Sprengstoff vorhanden waren, dann würde es eher auf der Hand gelegen haben, erst zu fliehen zu versuchen. Oder um einen Feind (einen Vertreter des Staates) zu ermorden."* Daß die Anwälte der Gefangenen das Waffenarsenal in die Zellen geschmuggelt haben können *,,hat eher mit bösartiger Suggestion zu tun als mit der Wirklichkeit. Dazu gab es viel zu scharfe Kontrollen ... Die Möglichkeit ist größer, daß die Waffen über einen anderen Weg hereingelotst worden sind ... Ich habe die Vermutung, daß die eine oder andere Kraft den Mord auf dem Gewissen hat (am wahrscheinlichsten ist in der Tat eine Geheimdienstorganisation, wobei an den Bundesnachrichtendienst und die Möglichkeit der Beeinflussung durch ein Organ wie den CIA zu denken ist). Diese Organisation kann zum Mord angestiftet bzw. den Mord ausgeführt haben. ... Natürlich hat man auch* ***alles Interesse daran, den Mord so zu inszenieren, daß es nach Selbstmord aussieht ...*** *Es ist ebenso verständlich, daß man eine beschränkt unabhängige Untersuchung nur zugesteht, wenn man sicher ist, daß dies zu keinem anderen Schluß als Selbstmord führen kann."*



Nachrichten vom Widerstand



AKW-Gegner sollen 113.000 DM für Bulleneinsatz zahlen!

Dienststelle **Landespolizei Schleswig-Holstein**
Polizeidirektion West
– Wirtschaftsverwaltungsstelle –
Große Paaschburg 66
2210 Itzehoe
Geschäftszeichen
– [redacted] –

Ort/Datum Itzehoe, den 26.10.1977

[redacted]

Leistungsbescheid

nach der Landesverordnung über die Kosten im Vollzugs- und Vollstreckungsverfahren (Vollzugs- und Vollstreckungskostenordnung – VVKO –) vom 2.1.1968 (GVOBl. Schl.-H. S. 4) in der derzeit geltenden Fassung

Nach den genannten Bestimmungen sind Sie für folgende Amtshandlung(en) kostenpflichtig

Ersatzvornahme durch Vollzugsbehörde		Vorführung einer Person		Unmittelbarer Zwang gegen Sachen	
Ersatzvornahme durch Beauftragten		Wegnahme einer Sache		Amtlicher Gewahrsam	
Wegnahme einer Person	X	Zwangsräumung		Amtliche Verwahrung	

Sachverhalt (stichwortartig) / Datum (Zeitraum)

siehe umseitig

Kostenrechnung – gegebenenfalls unter Berücksichtigung einer Kostenteilung nach § 19 (1) –

Gebühren	DM	Auslagen	Übertrag 5.384,14
Einsatz von Mitarbeitern	5.384,14	Post-, Fernsprechgebühren pp.	
Einsatz von Lastkraftwagen pp. / Schiffen		Entschädigung an Auskunfts-, Hilfspersonen pp.	
Handlung durch einen Beauftragten		Beförderung u. Verpflegung im amtl. Gewahrsam pp.	
Einsatz eines Kraftfahrzeuges		Reinigung von Bettwäsche	
Aufenthalt im Gewahrsamsraum		Reinigung von Diensträumen u. Sachen	
Gebühr für Gewahrsam		Beförderung, Verwahrung usw. von Sachen	
Amtliche Verwahrung		Entgelt an Beauftragte pp.	
Übertrag	5.384,14	Ausgaben für verbrauchbare Stoffe	

Rechnerisch richtig DM 5.384,14

Amtsbezeichnung

Der Betrag ist unverzüglich zu zahlen an die Landesbezirkskasse Itzehoe

entweder in bar unter Vorlage dieses Bescheides oder durch Überweisung mit anliegender Zahlkarte. Erfolgt die Zahlung nicht innerhalb von 7 Tagen nach Zugang des Leistungsbescheides, wird die Zwangsvollstreckung eingeleitet.

Rechtsbehelfsbelehrung:

Gegen diesen Leistungsbescheid kann innerhalb eines Monats nach Bekanntgabe Widerspruch erhoben werden. Der Widerspruch ist bei mir schriftlich oder zur Niederschrift einzulegen.
Er hat keine aufschiebende Wirkung, daher sind auch im Falle eines Widerspruchs die Kosten zur unverzüglichen Zahlung fällig und werden nach Ablauf der Zahlungsfrist vollstreckbar.

Anlage: 1 Zahlkarte

Der Leiter der Wirtschaftsverwaltungsstelle
Im Auftrage
Unterschrift / Amtsbezeichnung
Regierungsinspektor

Anfang letzter Woche flatterte 21 AKW-Gegnern ein „Leistungsbescheid" vom schleswig-holsteinischen Innenministerium (Abteilung Wirtschaftsverwaltungsstelle der Polizeidirektion West, Itzehoe) ins Haus. Sie werden für den „Einsatz von Mitarbeitern" zur Zahlung von 5.384,14 DM aufgefordert (s. Faksimile-Abdruck). Der Grund für die Zahlungsaufforderung: Die 21 AKW-Gegner hätten sich am 9.8.77 angeblich „widerrechtlich" im Zeltlager in Brokdorf aufgehalten, und dadurch dazu beigetragen, daß das Brokdorflager „zwangsweise" geräumt werden mußte. Die Kosten ergäben sich daraus, daß 605 Bullen (je angefangene Stunde à 17 DM) zusammen etwa elf Stunden mit der Räumung beschäftigt gewesen sein sollen: 113.067,— DM aufgeteilt auf 21 ergibt 5.384,14 DM für jeden!

Diese Aufforderung an die AKW-Gegner, für einen brutalen Bulleneinsatz gegen sie selbst auch noch zu zahlen, kommt dem Zynismus der Nazis gleich, die den Angehörigen von KZ-Opfern auch noch die Rechnung präsentierten.

Durch den Zusatz, daß ein Widerspruch gegen diesen Bescheid keine aufschiebende Wirkung hat, wird dem ganzen die Krone aufgesetzt: Unabhängig von der juristischen Haltbarkeit der Forderung und auch unabhängig davon, ob die „Anschuldigung" überhaupt bewiesen werden kann, sollen die AKW-Gegner innerhalb von sieben Tagen zahlen. Das heißt für die AKW-Gegner Pfändung der (soweit vorhandenen) Gehälter, da sie weder bereit noch in der Lage sind, diesen Einsatz zu bezahlen. Geht es nach den Bullen, so sind die 21 AKW-Gegner *„durch Ermittlungen einwandfrei"* festgestellt worden („Hamburger Morgenpost", 8.11.77).

Da bei der Räumung keine Personalienfeststellung gemacht wurde, sind die Namen der 21 demzufolge allein aufgrund von Informationen der Staatsschutzorgane und z.T durch Überprüfung von Autonummern festgestellt worden, wobei es reichte, daß das Auto irgendwann während des Lagers registiert wurde. So war denn auch ein Großteil der 21 betroffenen AKW-Gegner am 9.8., während der Räumung, überhaupt nicht in Brokdorf. Zu dem „Vorwurf", die Namen seien willkürlich herausgesucht worden, meinte das Kieler Innenministerium zynisch: *„Wenn die BUU auch die Namen der anderen Demonstrationsteilnehmer nenne, würden auch an sie 'Leistungsbescheide' geschickt werden"* („Hamburger Abendblatt", 8.11.).

Grundlage für das Eintreiben der Einsatzkosten bildet das „richtungsweisende" Urteil des Lüneburger OVG, demzufolge Hausbesetzer bei *„widerrechtlicher Besetzung fremder Grundstücke* (die Demonstranten) *zur Zahlung der Kosten herangezogen werden können, falls mit Zwangsmitteln gegen sie vorgegangen werden muß"* („FAZ", 8.11.)! Wie schon seinerzeit bei Bekanntgabe dieses Urteils befürchtet, soll es rigoros auf alle AKW-Gegner und -Demonstrationen angewandt werden. So erklärte ein Sprecher der Verwaltung in Hannover, daß noch in diesem Jahr „Kostenbescheide in Millionenhöhe" AKW-Gegner zugestellt werden sollen! Dies bezieht sich auf das Grohndelager, das am 23.8. „geräumt" wurde (200.000 DM) und auf die Grohnde-Demonstration am 19.3. („ein bis zwei Millionen"); noch nicht ganz klar ist man sich, wieviele der 300 „identifizierten" AKW-Gegner (60 bei der Grohnde-Demo, 240 vom Lager, „SZ", 9.11.77) „schadenersatzpflichtig gemacht werden sollen, aber von vornherein ist für die Landesregierung klar, daß diese Bescheide nicht nur „eine symbolische Maßnahme" sein soll, sondern die Regierung will neben der damit erwünschten Einschüchterung tatsächlich Geld sehen (nach „HA", 10.11.).

Mit diesen ersten Bescheiden soll ein Präzedenzfall für die Anti-AKW-Bewegung (und andere demokratische Initiativen) geschaffen werden. Es soll möglich werden, ohne rechtskräftige Verurteilung, ohne Beweise für die Anschuldigungen und ohne die Möglichkeit eines aufschiebenden Widerspruchs, jeden Menschen willkürlich zu ruinieren.

Die Gesinnung der Betroffenen soll bestraft werden. Die Einführung von Methoden der Unterdrückung, die wir sonst nur aus offen repressiven und faschistischen Staaten kennen, stößt auf unseren entschlossenen Widerstand:

Wir haben die Polizei nicht geholt, und wir werden sie auch nicht bezahlen!

AKW-Nein-Kommission

6.000 demonstrierten gegen Atomkraftwerke



Österreichische AKW-Gegner

Österreich. Am österreichischen »Nationalfeiertag«, dem 26.10., fand vor dem Bundeskanzleramt in Wien die lange vorbereitete nationale Demonstration der österreichischen AKW-Gegner statt. Mit über 6.000 Demonstranten beteiligten sich fast genauso viele wie an der letzten großen Demo im Juli am Kernkraftwerk Zwentendorf. Anlaß dieser Demonstration war die von der Regierung gegenüber den AKW-Gegnern eingeschlagene Einschläferungstaktik, nach der scheinbar ganz demokratisch das Parlament darüber entscheiden soll, ob das AKW in Zwentendorf in Betrieb genommen werden soll oder nicht. In Wirklichkeit ist die Durchsetzung des Atomprogramms für die Regierung schon längst beschlossene Sache. Bei der Demonstration machte insbesondere Kanzler Kreisky deutlich, daß er nach westdeutschem Vorbild gegen politische Gegner vorgeht: Zweimal warf er Delegationen der AKW-Gegner aus dem Kanzleramt raus, weil die Demonstranten Sprechchöre riefen und Transparente dabeihatten mit der Aufschrift: *»Nieder mit dem parlamentarischen Betrug«* u.ä. Die Demonstration sei ein *»Symptom für eine unerfreuliche Erscheinung«* sie sei »umfunktioniert«, und zwar von *»Sympathisanten der Baader-Meinhof-Gruppe«!!*

Später erklärte er, er werde sich dafür einsetzen, daß in Zukunft Demonstrationen am Ballhausplatz vor dem Kanzleramt verboten werden. Es könnte ja jemand Bomben dabei haben. (Informationen aus: »Kurier«, 27.10., »Salzburger Nachrichten«, 27.10.).

Österreich-Schweiz-Kommission

Grohnde-Prozeß und Aktionstag in Hameln

Am 22.11. soll in Hameln der erste Grohnde-Prozeß stattfinden. Vor dem Jugendschöffengericht wird Linda E. der Prozeß gemacht, die ihre Verhaftung folgendermaßen schildert: *„Wie die anderen Angeklagten auch, wurde ich am Ende der Demonstration festgenommen. ... Bei einem Pferdeangriff wurde ich überritten, danach von einem Bullen zusammengeschlagen und festgenommen"* (aus dem Demo-Aufruf für Hameln). Anschließend wurde ihr vorgeworfen, ihrerseits zwei Bullen vors Schienenbein getreten zu haben ... Angeklagt ist sie wegen angeblichen „Landfriedensbruchs".

Anläßlich dieses Prozesses rufen verschiedene BIs und die Regionalkonferenz in Südniedersachsen zum 19.11. zu einer Kundgebung in Hameln auf, der ein Agitationstag in den Orten um Hameln herum vorausgehen soll.

Spontis versuchen die Aktion aufzuwerten

Bedauerlicherweise wurde auch bei dieser Aktion von den Sponti-Initiatoren eine breitere Diskussion und Mobilisierung in den verschiedenen BIs durch eine großmäulige Gerüchtemobilisierung „ersetzt".

So wurde anfangs, ausgehend vom Ermittlungsausschuß der BBA in Bremen, die Behauptung in die Welt gesetzt, daß man für eine nationale Großaktion in Hameln 20.000 Demonstranten erwarte, ohne daß es irgendwelche Absprachen, über einige Sponti-Kanäle hinaus, gegeben hätte. Diese „These" machte dann reichlich die Runde, so daß es jeder so angesprochenen BI erscheinen mußte, als sei sie die letzte, die noch nicht von dieser gigantischen Aktion gehört hätte. Inzwischen wurde aus dieser Großaktion der genannte Aktionstag. Doch auch dabei wird mangelnde Vorbereitung durch Aufforderungen ersetzt, die den Wünschen der Spontis aus dem Herzen geschrieben ist.

So bedauert der Aufruf des EA der BBA zwar, daß er die BIs *„so knapp erreicht ... aber wir meinen, daß es nicht jedesmal Wochen brauchen darf, damit unser Widerstand auf die Füße kommt"*. Fantasie statt gründliche Mobilisierungsarbeit! Eine durchaus vernünftige, aber keineswegs zentrale Aktion mit solchen Methoden zu der Sache für die Anti-AKW-Bewegung hochstilisieren zu wollen, bringt nur Resignation in den BIs hervor.

Ein Schritt in Richtung realistischer Prozeßstrategie

Für das Vorgehen in dem Prozeß am 22.11. wurde diskutiert, daß zum einen die Angeklagte sich konkret gegen die erfundenen Vorwürfe der Bullen verteidigen soll, andererseits soll vor Gericht um die Berechtigung der Grohnde-Aktion gestritten werden. Wir halten dies für einen erheblichen Schritt der Spontis in Richtung realistischer Prozeßführung, weg von der Linie, die „Prozesse zu verhindern" bzw. ggf. gar nicht vor Gericht aufzutreten. Insbesondere ist zu begrüßen, daß hier auch eine konkrete Verteidigung vorgenommen wurde. Auch der AK Ökologie in Hamburg, der bisher zu den schärfsten Treibern in Sachen „Prozesse verhindern" gehört hat, hat einige Schritte in Richtung realistischer Prozeßführung gemacht. So heißt es in einem Papier zum Prozeß der Linda E. ausdruücklich, daß jetzt die AKW-Geger *„zu schwach sein werden, die Prozesse zu verhindern"*. Stattdessen fordert er *„diese Prozesse zu einer öffentlichen Anklage gegen Atomindustrie und Regierung"* zu machen. Das wird allerdings als einzige Parole für das Vorgehen vor Gericht ausgegeben.

Nach wie vor wird massiver Druck auf die Angeklagten ausgeübt, sich vor Gericht zur Berechtigung sämtlicher militanter Aktionen zu bekennen, alles andere sei „Opportunismus" bzw. kein „politischer Prozeß".

Selbstverständlich ist es auch vor Gericht möglich, sich allgemein für ein Widerstandsrecht der AKW-Gegner einzusetzen, und selbstverständlich ist es Aufgabe der Anti-AKW-Bewegung, sich mit allen AKW-Gegnern zu solidarisieren und zu verteidigen.

Allerdings steht für uns der Schutz des einzelnen Angeklagten vor Gericht im Vordergrund. D.h. zum Beispiel vor Gericht, die in aller Regel völlig an den Haaren herbeigezogenen Vorwürfe auseinanderzunehmen. Keineswegs sehen wir es als Aufgabe der Angeklagten an, vor Gericht stellvertretend für die Bewegung alle militanten Aktionen in Grohnde zu verteidigen. Das ist Aufgabe der Anti-AKW-Bewegung. Außerdem haben sich die militanten AKW-Gegner immer auch in Grohnde – mit zunehmendem Erfolg um ein Bündnis mit gewaltfreien Teilen der Bewegung bemüht. Auch von daher ist es unverantwortlich, sämtliche Prozesse auf der Bekenntnis-Linie führen zu wollen.

AKW-Nein-Kommission

Einschränkung der Öffentlichkeit und Haftbefehl!

Hamburg. Am 21.10. fand der erste Prozeßtag gegen Bärbel P. statt, die bei der Begleitung von Bernd Löwe zur Polizeiwache am 12.4. mit neun anderen Demonstranten festgenommen worden war. Völlig ohne jeden Anlaß hatten die Bullen brutal die Demonstration aufgelöst und dabei einer Demonstrantin den Finger gebrochen. Während einige der Festgenommenen Bußgeldbescheide über 200 DM wegen „Teilnahme an einer nichtgenehmigten Versammlung" bekommen haben, wurde Bärbel wegen „Widerstand" gegen die Staatsgewalt angeklagt (siehe dazu: Ermittlungsausschuß BUU-Hamburg, Info Nr. 1).

Zum Prozeß wurde sie von etwa 60 Leuten begleitet, die auch als Zuschauer teilnehmen wollten. Der Saal war aber zu klein und noch nicht einmal voll besetzt, so daß viele vor der Tür warten mußten. Bärbels Verteidiger stellte daraufhin einen Antrag auf einen größeren Raum. Das wurde erst vom Staatsanwalt abgelehnt (der dafür eigentlich gar nicht maßgebend ist) und anschließend vom Richter, mit der provokatorischen „Begründung", er würde in diesem Raum immer verhandeln. Einem zweiten Antrag des Verteidigers auf Besetzung der vorhandenen Plätze war das gleiche Schicksal beschieden. Aus Protest gegen diese Schweinerei verließ Bärbel den Gerichtssaal.

Ein Haftbefehl, der sofort ausgestellt wurde (!), ist inzwischen aufgehoben worden, weil Bärbel erklärt hat, daß ihr keine andere Wahl bleibt, als sich dem Druck zu beugen und nächstes Mal an der Verhandlung teilzunehmen. Da wird es auch möglich sein, die Konstruiertheit der Anklage zu beweisen und den Bulleneinsatz bei der Festnahme als Provokation zu entlarven. Offenbar scheut das Gericht deshalb die Öffentlichkeit.

Es gibt für die Anklage nur einen einzigen (Bullen-)Zeugen, der in mehreren Punkten die Unwahrheit sagt. Es gibt Zeugen, die bestätigen, daß Bärbel keinen Widerstand geleistet hat (was von den festnehmenden Bullen sogar fast bestätigt wird). Es gibt einen Zeugen dafür, daß die Bullen schon am Morgen v o r der Demonstration vor „Gewalttätigkeiten" warnten. Es gibt Zeugen, die dies weiter ausführen werden und den Bulleneinsatz als länger vorbereitete Provokation kennzeichnen werden.

Und noch drei Festnahmen!

Am Nachmittag des ersten Verhandlungstages fand in der Hamburger Innenstadt am Gerhard-Hauptmann-Platz eine spontane Aktion von etwa 100 AKW-Gegnern statt, die Flugblätter verteilten und mit Passanten diskutierten.

Die zahlreich erschienenen Bullen starteten gegen die völlig friedlichen und ungeschützten Menschen mehrere Provokationen. Dabei wurde ein Demonstrant brutal mißhandelt und ein Passant von Bullen gerempelt. Als dessen Bekannter die Szene fotografieren wollte, wurde er festgenommen, auf den Boden geworfen und mit Stiefeln ins Gesicht getreten! Von den empörten Demonstranten wurden zwei brutal geschlagen. Einer Demonstrantin wurde durch einen Schlag mit dem Polizeiknüppel die Hornhaut verletzt, einem anderen ein Büschel Haare ausgerissen!

Anschließend mußten sich alle drei auch noch erkennungsdienstlich mißhandeln lassen.

Gegen den Fotografen wird wegen „Widerstand", gegen die anderen beiden wegen „Widerstand" und „versuchter Gefangenenbefreiung" ermittelt!

Nächster Prozeßtermin:
Dienstag, 15.11.1977, 13 Uhr, Strafjustizgebäude Sievekingsplatz 3, Raum 297

Ein Genosse aus Eimsbüttel

Biblis: Bürgerinitiativen gegen Falschinformation

Nachdem hinlänglich bekannt ist, daß die sogenannten »Informationszentren« in allen umstrittenen AKWs weniger dazu dienen, Informationen zu vermitteln, als vielmehr durch teure Glanzpapierbroschüren die dümmsten Geschichten über AKWs zu verbreiten, ist die Darmstädter Arbeitsgemeinschaft Umweltschutz (AGU) auf den Gedanken gekommen, daß es nur recht und billig wäre, wenn auf Kosten der Betreiber dort auch tatsächlich Informationen ausgelegt und verteilt werden, in Form von Anti-AKW-Materialien.

Zur Untermauerung dieser Forderung und aus Protest gegen die »Informations«politik der Rheinisch-Westfälischen Elektrizitätswerke (RWE, Betreiber von Biblis A und B) erklärten etwa 40 Mitglieder von dortigen BIs das Informationszentrum vom AKW Biblis für vorübergehend besetzt und forderten die sofortige Schließung des Zentrums sowie eine *»Korrektur des dort gezeigten Informationsmaterials«* (»Frankfurter Runschau«, 7.11.77). Als Begründung wurde von den BIs genannt, daß vor allem zu Punkten wie WAA, Sicherheit der AKWs (speziell Biblis) und radioaktive Belastung Falschinformationen ausgelegt werden, und daß »tatverschärfend« dieser ganze Unfug indirekt von den Bürgern bezahlt werden müsse, da die Elektrizitätsunternehmen zu großen Teilen dem Staat gehören sowie über den Strompreis diese Zentren finanziert werden. *»Es könne nicht hingenommen werden, sagte ein Sprecher, ‚daß der Steuerzahler direkt oder indirekt seine eigene Verdummung bezahlt'«* (»FR«, 7.11.).

Da die Betreiber von Biblis sich zur Zeit noch leisten, in »Bürgerdialog« zu machen, wurde auch flugs ein mehrstündiges Gespräch des Leiters der RWE-Hauptabteilung mit den Vertretern der BIs geführt, mit dem Ergebnis, daß der Leiter zusagte, *»daß offenkundige Falschinformationen so schnell wie möglich geändert würden«* (»Heidelberger Tageblatt«, 7.11.), und daß ein weiteres Gespräch stattfinden würde, in dem auch über ein Informationszentrum der AGU gesprochen werden solle. Mit diesen Schnacks konnten die BI-Vertreter erst einmal vertröstet werden. Die Probe auf's Exempel, nämlich Anti-AKW-Materialien tatsächlich unzensiert auszulegen, wurde leider nicht gemacht.

AKW-Nein-Kommission

Bulle mit weißem Pferdearsch schwer beleidigt!

Bulle oder Pferd ??
Das bin ich !

Der Bulle H. Bielefeld glaubte sich aufgrund einer dienstlichen Anweisung beleidigt, er hatte sich angeblich auf einer Postkarte wiedererkannt. Es geht um eine Postkarte, auf der bundesdeutsche Bullen samt Pferden bei einem brutalen Einsatz in Brokdorf gezeigt werden – unterschrieben: „Erinnerung an Brokdorf – unsere NVA-Reiterstaffel". „Das bin ich", rief der Bulle spontan im Gerichtssaal, als er den weißen Pferdearsch sah – an anderen Kennzeichen konnte er sich nicht erkennen –.

Das Gericht verurteilte daraufhin Dörte G., die Herausgeberin, zu 600 DM Geldstrafe wegen „fortgesetzter Beleidigung". Wie unter Bedingungen die freie künstlerische Betätigung noch möglich sein soll, wo jeder Pferdearsch geschwärzt werden muß, wurde vom Gericht nicht beantwortet. (Informationen nach „stern" 46/77).

AKW-Nein-Kommission

Anti-AKW-Zeitung gegen staatlichen Terror!

Die letzte Nummer der badisch-elsässischen Anti-AKW-Zeitung „Was wir wollen" (Nr. 14/77) ist dem „internationalen Terrorismus" gewidmet. Dabei handelt es sich keineswegs um eine weitere Stimme in der Distanzierungswelle: Schon der Leitartikel macht mit der Überschrift: *„Die vergessenen Terroristen"* deutlich, worum es geht. Es heißt dazu: *„Was mich stutzig macht, ist, daß ausgerechnet diese Politiker über ‚die' Gewalt entsetzt sind, diejenigen, die mit terroristischen Mitteln sondergleichen ihr Kernenergieprogramm durchsetzen wollen. Genau dieselben Gestalten, die in Brokdorf und Grohnde ihre knüppelbewährten Staatsterroristen zum Schutz ihres Profits auffahren, die der französischen Regierung Lob zollen, weil sie in Malville einen Demonstranten ermordet und mehrere schwer verletzt hat... Sind das keine Terroristen? ...*

Ist es nicht Terror, wenn wie z.B. bei der Kalkar-Demonstration zehntausende AKW-Gegner überfallen, ihrer Freiheit beraubt und bestohlen werden? ... Ich für meinen Teil weigere mich entschieden, in den staatlich verordneten Jammer- und Lügenchor einzustimmen!" Zum Gesetzentwurf zur Einschränkung des Demonstrationsrechtes stellt er die Frage, *„wo bitte haben denn die Leute aus der RAF für ihre Ziele auf der Straße demonstriert??"*

Desweiteren wird gegen das „K-Gruppen"-Verbot Stellung bezogen. Der Artikel endet mit der aktualisierten Form des Niemöller-Zitats: **„Erst haben sie die Terroristen geholt. Ich habe geschwiegen. Ich war ja keiner. Dann die K-Gruppen. Ich gehörte ja nicht dazu..."**. (aus „Was Wir Wollen", 3.11.77).

AKW-Nein-Kommission

Widerstandsrecht gegen AKW-Bau = »Rechtfertigung des Terrorismus«?

„Gegen den Richter Helmut Ostermeyer beim Bielefelder Amtsgericht hat Justizminister Dr. Diether Posser ein Verfahren eingeleitet. Mit den ‚disziplinarischen Vorermittlungen' wurde der Landgerichtspräsident in Bielefeld beauftragt" („Neue Westfälische" – „NW", 10.11.77). Dieses Verfahren ist das Resultat einer Kampagne gegen den Richter Helmut Ostermeyer. Dieser veröffentlichte im Oktober in verschiedenen Zeitschriften (u. a. in „Vorgänge" Nr. 29, die von der Humanistischen Union mitherausgegeben wird, „Die Unabhängigen" vom AUD und in zwei Bielefelder Studentenzeitungen) einen Artikel zu einigen Fragen der Anti-AKW-Bewegung.

In diesem unter der Überschrift „Wehrt Euch, leistet Widerstand" überschriebenen Artikel versucht Ostermeyer, ausgehend von den Gefahren der AKWs zu zeigen, daß der Widerstand, wenn notwendig, auch der gewaltsame Widerstand, gegen die AKWs im Rahmen der bestehenden Gesetze möglich sei. Dabei stützt sich Ostermeyer vor allem auf das Notwehrrecht. *„Selbst wenn der Angriff nicht rechtswidrig ist, sind bei einer gegenwärtigen Gefahr für Leib, Leben oder Eigentum Abwehrhandlungen nicht rechtswidrig, wenn die Gefahr nicht anders abgewehrt werden kann und das gefährdete Rechtsgut – also das Leben der Bevölkerung – das durch die Abwehrhandlung beeinträchtigte – also das Eigentum am KKW – wesentlich überwiegt. Die Widerstandsrechte berechtigen, wenn sie erforderlich sind, auch zur Gewaltanwendung"*. Diese eher allgemeinen Aussagen stellen allerdings nicht Ostermeyers Position zum aktuellen Kampf gegen AKWs dar. Dazu schreibt er: *„Das Gewaltproblem ist der neuralgische Punkt des Streits um die KKW. Noch sind die meisten seriösen KKW-Gegner um Gewaltlosigkeit bemüht. Sie fürchten die überlegene Polizeigewalt und die Abstempelung als Terroristen. Die Gegenseite sollte sich daran ein Beispiel nehmen. Sie sollte auf Nacht- und Nebelaktionen, Stacheldraht und einschüchternde Polizeieinsätze verzichten".*

Für die Lokalpresse enthält der Artikel aber bereits *„mit der Gewalt sympathisierende Bekundungen"* und *„fordert tendenziell dazu auf, Gewalt auszuüben"* („Westfalenblatt" – „WB", 1.11.77). Die „NW" (ein Produkt sozialdemokratischer Pressepolitik) überschreibt ihren Kommentar zu Ostermeyer *„Wo die Gewalt beginnt"* (und zieht dann über ihn her: *„Helmut Ostermeyer ‚tritt mit fast schlafwandlerischer Sicherheit' in jedes herumstehende Fettnäpfchen und war lange Jahre als Jugendrichter eube Art ‚Papa Gnädig' und legte manchem seiner Amtskollegen mit Buchveröffentlichungen beispielsweise über das ‚Strafunrecht' und die ‚Bestrafte Gesellschaft – Ursachen und Folgen eines falschen Rechts' buchstäblich eine ‚Juristische Zeitbombe' (auch einer seiner Buchtitel) unter den gemütlichen Richtersessel".*

Über den Abschnitt, der die Gewaltanwendung als den eigentlichen Kern der Widerstandsrechte bezeichnet, heißt es in dem Kommentar: *„Dieses vorweggenommene Plädoyer für jene, die sich die Gewaltanwendung herausnehmen, ist in der Tat eine gefährliche und außerhalb der Verfassung liegende Sache, weil alle die, die Gewalt wollen, vermutlich auch dumm genug sind, aus dem Artikel eine juristische Rechtfertigung für ihr Tun herauszulesen, und weil Ostermeyers Forderung, ‚Gerichtsurteile vorbehaltloser zu akzeptieren und das Recht zu achten', den politischen Desparados, die ohnehin angetreten sind, die Gesellschaftsordnung mit Gewalt zu verändern, kaum imponieren wird"* („NW", 5.11.).

Daß der Artikel, der in Bielefeld nur in einem Fachschaftsinfo und einer AStA-Zeitung erschien, ein so großes öffentliches „Interesse" fand, dafür sorgten die mehrheitlich reaktionären Jura-Professoren. An der Fakultät für Rechtswissenschaft hatte Ostmeyer seit 1973 einen Lehrauftrag „Strafrecht und Psychoanalyse". Um diesen Lehrauftrag gab es seit Jahren Auseinandersetzungen. Im allgemeinen Klima der Sympathisantenhetze packten die Jura-Professoren die Gelegenheit beim Schopf und entzogen den Lehrauftrag für das Wintersemester, obwohl dieser Lehrauftrag zugesagt war und die Veranstaltung bereits begonnen hatte. In der Fakultätskonferenz, die diese Entscheidung traf, kamen Sprüche wie, der Artikel sei *„eine Aufforderung und Rechtfertigung terroristischer Gewaltakte"* und *„wir haben in diesen Tagen gesehen, wohin das führt"* (Pinger, Prof. und CDU-MdB, zitiert nach der Fachschafts-Dokumentation zum Fall Ostermeyer, S. 15). Verschärfend kam noch hinzu, daß einige bei einer Fernsehsendung ein Buch Ostermeyers in der Zelle von Gudrun Ensslin gesehen haben wollen.

Dieser Linie folgend forderte der RCDSler Göhner, der ansonsten mit juristischen Verfahren gegen das politische Mandat des AStA beschäftigt ist, ein sofortiges Berufsverbot für den *„Verfassungsfeind Ostermeyer"* (Originalton) auch in bezug auf sein Richteramt.

Der Jura Dekan hat bereits am 18. Oktober (sofort nach Erscheinen des Artikels) den dafür zuständigen Justizminister Posser informiert, mit dem er dienstlich gar nichts zu tun hat. Das Ergebnis dieser Denunziation liegt nun auf dem Tisch.

Das NRW-Wissenschaftsministerium ließ durch den Ministerialdirigenten v. Medem die rechte Professoren-Mafia wissen: Er (v. Meden) finde *„den Beschluß der Fakultätskonferenz richtig, weil nach den ‚erstaunlichen Äußerungen Ostermeyers', mit denen dieser Gewaltanwendung bejaht habe, Zweifel beständen, ob der Betreffende eine ausreichende besondere Qualifikation habe"*. Die Thesen Ostermeyers stünden *„nicht im Einklang mit der geltenden Rechtsauffassung"* („NW", 9.11.).

Die Empörung über diese Maßnahmen der Disziplinierung einer den Reaktionären unliebsamen Meinungsäußerung ist groß.

– Auf der Uni-Vollversammlung am 7.11. forderten fast 2.000 Studenten nahezu einstimmig *„die Wiedereinstellung von H. Ostermeyer ... bis zum 21. November 1977. Sollte diese nicht geschehen, sehen wir uns gezwungen, gezielt juristische Veranstaltungen zu boykottieren".*

– Solidaritätsresolutionen kamen von den 600 Teilnehmern des Brückner-Teach-In am 3.11., verschiedenen Fachschaftsversammlungen und von den über 2.500 Teilnehmern der Veranstaltung in Göttingen im Anschluß an die Demonstration am 9.11.

– Einen Tag nach der Uni-Vollversammlung fand ein Teach-In zu dem Fall statt, das mit 500 Studenten gut besucht war.

– Der AK Umwelt verurteilte den Entzug des Lehrauftrags als *„einen Angriff auf diejenigen Lehrenden, die der Atomenergie kritisch gegenüberstehen und aktiv dazu Stellung nehmen"* und organisierte eine Unterschriftensammlung in der Anti-AKW-Bewegung gegen diesen Beschluß.

Ostermeyer selbst hat eine Klage beim Verwaltungsgericht angekündigt („NW", 4.11.). Mit Ostermeyer versucht man, jemanden mundtot zu machen, der nicht voll für AKWs eintritt, sondern im bürgerlichen Rahmen ein Widerstandsrecht für rechtens hält. Mit derartigen Positionen ist man heute schnell im Terroristenlager gelandet. Da nützt auch wenig, daß Ostermeyer wie Gustav Heinemann den Fritz-Bauer-Preis erhielt wegen seiner Verdienste für die Humanisierung und Liberalisierung des Strafrechts.

KB/Gruppe Bielefeld

Zahnärzte mit Klage bedroht wegen Kritik an AKW's

Angesichts des beschleunigten Ausbaus des menschenfeindlichen und gesundheitsbedrohenden Atomprogramms der Bundesregierung hat es sich die Kassenzahnärztliche Vereinigung (KZV) Nordrhein nicht nehmen lassen, sich »in Veröffentlichungen kritisch mit der Genehmigung von Kernkraftwerken und ihren Folgewirkungen« zu befassen. Für den nordrhein-westfälischen Minister für Arbeit, Gesundheit und Soziales (!), Friedhelm Farthmann (SPD) ist dies *»eindeutiger Rechtsbruch«*. Farthmann: *»Jeder Kassenzahnarzt ist Zwangsmitglied der KZV. Die Vereinigung hat damit eine öffentliche Aufgabe wahrzunehmen, die sich ausschließlich auf die Zahngesundheit der Bürger zu beschränken hat. Sie hat jedoch nicht das Recht, ihre Mittel, die sich aus den Zwangsbeiträgen ihrer Mitglieder zusammensetzen und somit steuerähnlichen Geldern gleichen, für Polemik in Bereichen einzusetzen, die mit den Aufgaben der KZV nichts zu tun haben.«*

Farthmann beläßt es jedoch nicht bei dieser arroganten »Belehrung«, sondern greift zum Mittel der direkten Bedrohung: Für den Fall, daß die KZV solche unverwünschten Veröffentlichungen nicht unterlasse, *»werde er notfalls Vollstreckungsmaßnahmen durchführen müssen«* und bei mißbräuchlicher Verwendung der Mittel die Vorstandsmitglieder persönlich haftbar machen (»AP«, 25.10.77).

Der Logik Farthmanns zufolge müßten jetzt alle Verbände zittern, die z.B. sich nicht nur um Zähne, sondern auch um Verurteilung von Terroristen engagiert haben, aber das ist ja genehme politische Betätigung! Es geht hier um das kaum verhüllte Verbot der AKW-Gegnerschaft.

AKW-Nein-Kommission

Pro-AKW-Demonstration in Dortmund von der Atomindustrie mit Millionen entlohnt!

Am 10.11. fand eine von der Presse mit großem Rummel herausgestellte Demonstration für den zügigen Ausbau der Atomindustrie statt.

40.000 bis 50.000 (Borussio-Dortmund-Kenner, in dessen Stadium die Kundgebung stattfand, sprechen von „höchstens 30.000", „WAZ", 11.10.77) Kollegen aus der Energie- und Atomwirtschaft demonstrierten dort für die „Sicherheit" der Atomindustrie und gegen die angebliche „Gefährdung" ihrer Arbeitsplätze.

Nach den Vorstellungen der Veranstalter, die Pro-AKW-BIs aus höheren Angestellten der Atomindustrie, rechte Betriebsräte bis hin zum DGB, hat dort endlich einmal „die Kollegenschaft" ihren Willen bekundet. *„Zulange haben in der Energiedebatte Minderheiten den Ton angegeben...die bedeutendsten Bürgerinitiativen unseres Landes sind noch immer die gewerkschaftlichen Arbeitnehmer"*, verkündete Adolf Schmidt, seines Zeichens Ober-Atomfreund in SPD und Gewerkschaften (lt. „Bild", 10.11.77).

„Die Kundgebung sei ein Zeichen dafür, daß die Arbeitnehmer nicht mehr länger die schweigende Mehrheit" seien und deshalb sagen wir deutlich, was wir wollen und was wir *denken. Bürgerinitiativen, die den Bau moderner Kraftwerke verhindern, sind in Wahrheit keine Umweltschützer... Die Zukunft unseres Landes darf nicht allein von den Theoretikern entschieden werden. Es gibt schon einen Unterschied zwischen warmer Studierstube und der kalten Realität unseres Arbeitsalltags"* (s.o.) AKW-Gegner sind demnach samt und sonders „intellektuelle Spinner", denen es in ihrer Bude wohl zu warm ist, während die Kollegen nun den Kampf um die vielfach beschworene Arbeitsplatzsicherheit in die eigenen Hände genommen hätten.

Sichere Energieversorgung

Kohle und Kernenergie

Dazu schreiben die „Bürgerinitiativen" für die Kernenergie in ihrem Einladungsschreiben: *„Auch wir als betroffene Arbeitnehmer lassen uns nicht länger zum Buhmann der Nation stempeln. Zur Erhaltung unserer Arbeitsplätze und unseres Lebensstandards brauchen wir Strom aus allen verfügbaren Quellen... Auch wir müssen mit dieser Veranstaltung zeigen, daß verantwortungsbewußte Bürger für eine gesicherte Energieversorgung auf die Straße gehen."*

Es war schon recht peinlich, in welcher Offenheit sich diese Herren Organisatoren aus DGB und „BIs" für Kernenergie mit der Atomindustrie permanent verwechselten.

Inzwischen hat sich auch der Satz, den die Atomindustrie für solche Demos zahlt, entsprechend eingependelt: Die Demonstrationszeit gilt als vollbezahlte Arbeitszeit.

In aller Regel kommen freie Busfahrt und zusätzlich 20 DM Spesen hinzu. Bei der KWU war beispielsweise mittags ab 12 Uhr Feierabend.

Ein Gesamtbetriebsrat der RWE erklärte voller Stolz gegenüber der „Frankfurter Rundschau" (vom 11.11.77), daß für die 5.000 Demonstranten aus ihrem Betriebsbereich je 20 DM aus der Kasse des Unternehmens als Reisespesen zugesteuert wurden.

Ebenfalls 20 DM gab es beispielsweise bei Hartmann & Braun in Frankfurt („FR", 11.11., Stadtausgabe).

So kamen die Kollegen dort vielfach in Volksfeststimmung an, die Würstchen- und Bierstände des DGB taten das ihrige dazu.

Sicherlich waren viele Kollegen da, um sich einen vergnüglichen Arbeitstag zu machen, gleichzeitig ist aber diese Demonstration Ausdruck eines versumpften politischen Bewußtseins im DGB.

Der DGB springt auf den fahrenden Zug

Die Kundgebung in Dortmund war nicht nur bewußt zwischen FDP- und SPD-Parteitag gelegt, sondern dokumentierte gleichzeitig das offene Umschwenken des DGB auf vollen Pro-AKW-Kurs.

Der DGB war erst im Verlauf der Trommelei für die Kundgebung auf den fahrenden Zug gesprungen. Eingeleitet worden war die Mobilisierung von den Pro-AKW-BIs, d.h. der KWU selbst und auf einem Treffen von rund 800 Betriebsräten, wozu der Gesamtbetriebsrat der RWE eingeladen hatte. Bei dieser Propaganda-Show waren bezeichnenderweise nicht die Betriebsräte, sondern ausschließlich die Vertreter von Konzernen und Regierung, SPD und DGB zu Wort gekommen.

Einen gemeinsamen Aufruf unterschrieben die Initiativen der AKW-Betreiber BGE (BGE = Bürgerinitiative Gesicherte Energieversorgung) Rhein-Main, BGE Main-Kinzing, BKE Dietzenbach, BGE Südhessen Ried, BGE Rhein-Neckar und DBE Bochum. Unterstützt wurde diese Initiative vom „Arbeitskreis Energie der Betriebsräte" in der ÖTV, in dem Vertreter aus 350 Betrieben sein sollen, v.a. Betrieben der Energieversorgung und der Energietechnik (lt. „SZ", 10.11.77). Die ÖTV-Führung erklärte zwar, sie *„wisse nicht, wer hinter der Vereinigung steht"*, aber die *„Intention des Arbeitskreises"* sei ihr *„nicht unsympathisch"* (s.o.). Offensichtlich auch nicht unsympathisch den industriellen Geldgebern, die dem Arbeitskreis Großanzeigen in Tageszeitungen finanzierten und außerdem entsprechende Hochglanzbroschüren. Schaltstelle dafür ist die Münchner „Umwelt-Systeme-Gesellschaft" (USG), die in den vergangenen Monaten mehrere Seminare für Betriebsräte abgehalten hatte. Die USG arbeitet völlig offen mit den Energiekonzernen zusammen und hat inzwischen mehrere „Anerkennungsaufträge" erhalten. Der Chef der USG erklärte großtönend *„Wenn sich der Aktionskreis nicht konstituiert hätte, hätte der DGB jetzt nicht zu der Kundgebung nach Dortmund gerufen"* („SZ", s.o.).

Der DGB ließ verlauten, daß zunächst auf der Basis der alten DGB-Beschlüsse nicht daran gedacht war, die Demonstration zu unterstützen, dann jedoch aus Furcht *„die Veranstaltung könne zu einer antigewerkschaftlichen Veranstaltung ausufern"* mitaufgerufen wurde, um sich *„lieber an die Spitze der Bewegung"* zu setzen.

Das zeigt, daß die korrupte Pro-Atom-Mafia in den Betriebsräten und im DGB mit entsprechenden Spaltungsdrohungen den DGB ohne weiteres auf Zack für die Atomindustrie bringen kann.

AKW-Nein-Kommission

Busfahrt und zusätzlich 20 DM ve Gesicherte Energieversorgung) AKW-Nein-Kommission



DGB Deutscher Gewerkschaftsbund
Kreis Frankfurt a. M.

Ihr Zeichen | Ihre Nachricht vom | Unser Zeichen sz/kr | DGB Frankfurt a. M. 15. August 1977

Betr.: Bürgerinitiativen

Liebe Kolleginnen, liebe Kollegen!

Der DGB-Landesbezirk Hessen führt im Moment eine Erhebung zu oben angegebenem Betreff durch.
Hiermit bitten wir Euch, uns Informationen zu folgenden Fragen zukommen zu lassen:

1. Welche Wirkung hatten bisher Bürgerinitiativen in Eurem Bereich?
2. Welche Mittel und Taktiken haben die Bürgerinitiativen dabei verwendet?
3. Gibt es Kontakte oder Differenzen von Euch (Betrieben, Betriebsräten) zu Bürgerinitiativen?
4. Sind politische Hintergründe oder Verbindungen, Beziehungen, Bündnisse bekannt?
5. Gibt es Anschriften von Personen oder Büros solcher Initiativen?
6. Beteiligen sich Gewerkschaftsmitglieder an diesen Initiativen, wenn ja in welchem Umfang?

Wir bitten um Beantwortung dieser Fragen, möglichst bis zum 15.9.77.
Über die Auswertung werden wir Euch informieren.

Mit freundlichen Grüssen
DEUTSCHER GEWERKSCHAFTSBUND
- Kreis Frankfurt am Main -

Hans Schwarz

Der DGB, der für Verfassungsschutzaktivitäten auch in anderen Bereichen bekannt ist, möchte offensichtlich auch die AKW-Gegner in seinen Reihen auf Schwarzen Listen erfassen!

400 DM für »Entziehung elektrischer Energie« durch AKW-Gegner

Landshut. Eine kleine Katastrophenschutzübung, die mehrere AKW-Gegner im April auf dem Pausenhof des Hans-Leinberger-Gymnasiums in Landshut (das Kernkraftwerk Isar 1, das kurz vor der Inbetriebnahme steht, ist nur zehn km entfernt), durchführten, bekam jetzt ein „rechtliches" Nachspiel: Ein AKW-Gegner erhielt nun einen Strafbefehl über 400 DM!

Begründung: Hausfriedensbruch *„in Tateinheit mit einem Vergehen der Entziehung elektrischer Energie"* (!). (Man war nämlich so dreist, die Lautsprecheranlage an eine schuleigene Steckdose anzuschließen!). Bemerkenswert dabei ist, daß der Betroffene damals Schüler am HLG war, also an der eigenen Schule Hausfriedensbruch begangen haben soll.

Dieser Kriminalisierungsversuch wird jedoch nicht so einfach hingenommen: Der Betroffene hat bereits Einspruch gegen den Strafbefehl erhoben.

KB/Gruppe Landshut

Quiz

Von wem stammt dieser Spruch zur Dortmunder Pro-AKW-Demo?

1. „Arbeiterbund für den Wiederaufbau der KPD"
2. DKP
3. MLD (Marxisten-Leninisten Deutschlands)

WIR, DIE MITGLIEDER DER   , DEMONSTRIEREN GEMEINSAM MIT EUCH, DEN SOZIALDEMOKRATISCHEN, CHRISTLICHEN, PARTEILOSEN KOLLEGINNEN UND KOLLEGEN FÜR DIE SICHERHEIT DER ARBEITSPLÄTZE, FÜR EINE NOTWENDIGE UND VERNÜNFTIGE ENERGIE-POLITIK UNSERES LANDES.

Auflösung:

1. falsch, der Arbeiterbund verteilte dort lediglich seinen ZK-Beschluß für AKWs
2. richtig, wo der DGB ist, da muß auch die DKP sein.
3. Der MLD war auch mit einem Pro-AKW-Flugblatt mit von der Partie!

SPD, DGB und FDP — ‚Große Koalition' zur Durchsetzung des Atomprogramms

Die entscheidenden Weichen für die Durchsetzung des Atomprogramms sind gestellt. Die Hindernisse für die AKW-Betreiber, Baustopp-Beschlüsse von Parteien und Gewerkschaften, sind in konzertierter Aktion beseitigt worden. Kein anderes Ergebnis ist in dieser Hinsicht auch vom SPD-Parteitag zu erwarten. Baustopp-Urteile der Gerichte sollen zügig aufgehoben werden. Das Bundeskabinett hat erst kürzlich eine Gesetzesinitiative in Auftrag gegeben, nach der die Entscheidung über AKWs in die Parlamente verlagert wird.

Damit wird es den AKW-Betreibern ermöglicht, schon Anfang 1978 die Baugenehmigung für die ersten fünf, sechs Atomkraftwerke zu bekommen. Und das ist nur die erste Genehmigungswelle, danach soll es zügig weitergehen.

Dieser „Kurswechsel", das Durchsetzen der harten Linie in der Frage der Kernenergie, zeigt, daß die AKW-Betreiber und -Befürworter es nicht geschafft haben, die Anti-AKW-Bewegung mit „Bürgerdialog" und „Moratorium" (Bau- und Genehmigungsstopp) in den Griff zu bekommen. Die Zeiten der „Zugeständnisse" sind vorbei. Bei der Durchsetzung ihres brutalen Atomprogramms sollen künftig keine Abstriche mehr gemacht werden. Deshalb wird auch der Druck auf die Anti-AKW-Bewegung so verstärkt, daß die AKW-Gegnerschaft als Feindschaft zu diesem Staate gewertet wird.

Als Grundlage für den „Kurswechsel" in der Energiefrage dient ein Gutachten der Kommission für Reaktor(un)sicherheit, das die Frage der Entsorgung schlicht als *„grundsätzlich technisch realisierbar"* darstellt (A. Pfeiffer, DGB-Bundesvorstandsmitglied, auf der Dortmunder Pro-AKW-Demonstration am 10.11.). Nachweislich werden aber durch die Ablagerung von Atommüll und andere Probleme der „Entsorgung" die Sicherheits- und Unfallrisiken der AKWs selbst keineswegs verschwinden. Abgesehen davon entstehen durch WAA und Endlagestätten neue Gefahrenquellen! Trotzdem haben Parteien- und Gewerkschaftsführer ihren „Kurswechsel" gerade mit Hinweis auf die angeblich lösbare bzw. schon gelöste (!) Frage der „Entsorgung" begründet.

Den Anfang machte der Bundesparteitag der FDP Anfang November. Die FDP-Oberhäupter Maihofer, Lambsdorf und Friderichs hatten sich schon in der Vorbereitung dafür stark gemacht, die neue Linie durchzusetzen. Für den Parteitag wurde ein „Dringlichkeitsantrag" formuliert, durch den der energiepolitische Beschluß des FDP-Bundeshauptausschusses vom Juni umgestoßen werden sollte. Aufgrund des damaligen Beschlusses war der Bau von Atomkraftwerken von einer Teilerrichtungsgenehmigung für einen Standort zur „Endlagerung" des Atommülls abhängig gemacht worden.

Der FDP-Parteitag nahm jetzt (mit 208 zu 167 Stimmen) einen Antrag an, der für die Baugenehmigung von AKWs *„allenfalls eine Verzögerung von einem halben Jahr"* bedeutet („Süddeutsche Zeitung", 9.11.77)! Die Bedingungen für die Baugenehmigungen sind ausdrücklich so gehalten, daß in der Frage der „Entsorgung" das völlig zweifelhafte und unhaltbare „Gutachten" der Reaktor(un)sicherheitskommission und natürlich die Parlamente entscheidend sind. Mit diesem Federstreich war das „Moratorium" in der FDP vom Tisch. Für Innenminister Maihofer wäre es sowieso *„ein Treppenwitz, wenn wir in der Bundesrepublik mit den schärfsten Sicherheitsbestimmungen und dem höchsten Stand der Entsorgungstechnologie ein Moratorium beschließen würden"* („Welt", 9.11.77).

Der neue Wirtschaftsminister Lambsdorf legte gleich noch einen Zahn zu und erklärte dem Koalitionspartner: *„Nun muß sich die SPD nach Annahme des Kernenergie-Leitantrages durch den Kieler FDP-Parteitag darüber im klaren sein, daß die Blockade der Regierung* (in Sachen Kernenergie, Anm. AK) *nicht mehr von uns ausgeht"* („Frankfurter Rundschau", 7.11.).

Die SPD- und Gewerkschaftsführer reagierten prompt. Noch bevor der FDP-Parteitag so richtig zu Ende war, tagten am 8.11. das SPD-Präsidium, der DGB-Bundesvorstand und der SPD-Gewerkschaftsrat (in dem SPD- und DGB-Führer in trauter Runde zusammensitzen). Ergebnis: *„Der DGB-Vorstand ist ... der Meinung, daß die Baugenehmigung für neue, jetzt in der Planung befindliche Kernkraftwerke in begründeten (?) Fällen erteilt werden kann. ... Die deutschen Gewerkschaften gehen davon aus, daß die Sicherheit der unmittelbar betroffenen Arbeitnehmer und der Bevölkerung beim Reaktorbau und Reaktorbetrieb sowie bei der Entsorgung gewährleistet werden kann"* (A. Pfeiffer, DGB-Bundesvorstandsmitglied). Deshalb stellt sich die DGB-Führung gegen „jede weitere Verzögerung beim Bau von Kernkraftwerken und Kohlekraftwerken" (dito).

Mit Hinweis auf diesen DGB-Vorstandsbeschluß – man könne ja schließlich keine Politik gegen den DGB machen und schließe sich deshalb der DGB-Stellungnahme an – erklärte flugs der SPD-Vorsitzende Brandt, *„wir wollen kein Moratorium"* und zu den Einwänden, daß dies doch der Inhalt des Leitantrages für den SPD-Parteitag sei, pöbelte er, das Gerede von einem Moratorium *„sei Quatsch"* („Süddeutsche Zeitung", 10.11). Um den Kurswechsel auch auf dem SPD-Parteitag durchzusetzen, soll der bisher schon eng gefaßte Leitantrag noch einmal „ergänzt" werden. Die Vorlage dafür dürfte der unter Verschluß gehaltene „Antrag 672 a" sein, in dem es heißt, *„gegenwärtig im Bau befindliche Kernkraftwerke* (erste Teilerrichtungsgenehmigung) *können fertiggestellt werden"* („Frankfurter Allgemeine Zeitung", 17.10.). Eine Betriebsgenehmigung soll schon dann erteilt werden, wenn die erste Teilerrichtungsgenehmigung erteilt ist, oder die Entsorgung durch ein ‚Zwischenlager' vorübergehend gesichert ist (ebenda).

Da die erste Teilerrichtungsgenehmigung für das Zwischenlager in Nord-Rhein-Westfalen in drei bis vier Monaten vorliegen wird (siehe AK 116 zum Brokdorf-Urteil) (was übrigens auch genau dem Zeitraum entspricht, in dem die Probebohrungen in Gorleben durchgezogen werden sollen), ist ab Anfang nächsten Jahres die Genehmigung für (vorerst) sechs AKWs so gut wie sicher!

Daß die SPD-Führer ihren Kurs auch gegen die Bedenken vieler SPD-Mitglieder, die davor gewarnt hatten, sich nicht einseitig zu Befürwortern der Kernenergie zu machen, durchsetzen wollen, haben sie schon auf einem Plakat zum Parteitag in großer Aufmachung vorweggenommen: *„SPD Wir stellen die Weichen für die Zukunft". Es ist unsere Pflicht, die Energieversorgung für die Zukunft zu sichern."* Was Parteitagsbeschlüsse der SPD überhaupt noch wert sind, hatte Oberfeldwebel Schmidt schon vor einiger Zeit klargestellt: Die Partei könne auf dem Parteitag (in Sachen Kernenergie) beschließen, was sie will, die Bundesregierung mache ohnehin, was sie wolle...

Ganz in diesem Sinne hatte das Bundeskabinett Anfang November eine Gesetzesinitiative in Auftrag gegeben, durch die die Genehmigungsverfahren „entbürokratisiert" werden sollen. Damit soll die Entscheidung über die Genehmigung von AKWs vollständig in die Hände der Parlamente gelegt werden. Die Vorstellugen der Bundesregierung für ein neues Atomgesetz sehen vor: Die Entscheidung über bestimmte Reaktortypen, sowie eventuell einige Teile der „Entsorgungsanlage" in Gorleben soll nicht mehr in jedem Genehmigungsverfahren erneut verhandelt werden, sondern es *„soll in das Atomgesetz eingefügt werden, daß nicht nur der Leichtwasserreaktor* (d.h. die „normalen" AKW's, Anm. AK), *sondern auch der umstrittene ‚Schnelle Brüter' und der Hochtemperaturreaktor* (einer Versuchslinie zur Erzeugung hoher Temperaturen z.B. für die Strahlenerzeugung, Anm. AK) *grundsätzlich genehmigt werden können"* („SZ", 3.11.)! Und die Entscheidung darüber soll der Gesetzgeber, d.h. das Bundesparlament treffen! ...

Zudem soll die Standortplanung in Zukunft zentralisiert werden, indem die Länderparlamente verbindliche Entwicklungspläne vorlegen, aus denen hervorgehen soll, an welchen Orten AKW's und andere Kraftwerke gebaut werden sollen. Das bedeutet in der Konsequenz eine noch erheblichere Einschränkung des Einspruchrechts der Bevölkerung. Das Genehmigungsverfahren soll auch noch dadurch beschleunigt werden, daß für die Betreiber so lästige Fragen wie die radioaktive Belastung, Unfallgefahren, Berstschutz, Flugzeugabstürze usw. nicht einmal mehr Gegenstand des Genehmigungsverfahren sind! Denn die genannten Reaktortypen sind ja schon im Vorweg für „ungefährlich" befunden worden!

Diese großangelegte „Konzertierte Aktion" zur Durchsetzung des Atomprogramms muß von den AKW-Gegnern in ebenso großangelegten Aktionen z.B. gegen die geplanten Probebohrungen, gegen die vorgesehene Aufhebung der Baustopps usw. beantwortet werden. Als Vorbereitung dafür sollten wir das öffentliche Interesse nutzen, das der SPD-Parteitag finden wird, und unsererseits eine Kampagne gegen die beschleunigte Durchsetzung des Atomprogramms starten!

AKW-Nein-Kommission

Mit entsicherter Pistole in BRD-Botschaft empfangen

Dänemark/BRD. Am 21.10. war der OOA-Sekretär Siegfried Christiansen (und als solcher für die internationale Zusammenarbeit von Anti-AKW-Organisationen) an der deutsch-dänischen Grenze vom BGS aus dem Zug geholt und nach Kopenhagen zurückgeschickt worden. Ihm wurde mitgeteilt, daß er auch in Zukunft Einreiseverbot in die BRD habe. S.Chr. befand sich auf dem Weg nach Holland, wo er an einer Tagung niederländischer AKW-Gegner teilnehmen wollte. Dies war der zweite Skandal innerhalb kürzester Zeit gewesen. Schon einmal — einen Tag nach der Demonstration in Kalkar — war er vom BGS aus dem Zug geholt und festgenommen worden (siehe AK 116). In einem Brief an die westdeutsche Botschaft in Kopenhagen hatte Siegfried verlangt, daß das Einreiseverbot aufgehoben, mögliche Eintragungen beim BKA gelöscht werden und ihm Schadensersatz erteilt wird. Statt eine Antwort von den westdeutschen Behörden zu bekommen, mußte Siegfried Christiansen bei der Übergabe seines Briefes neue Erfahrungen mit den westdeutschen Behörden sammeln. Diese Schweinerei und die Hintergründe für sein Einreiseverbot stellte er am 1.11. in der dänischen Tageszeitung »Ekstra-Bladet« dar: *»Ein junger Mann sieht mich forschend an und fragt nach meinem Vorhaben, während er die rechte Hand ungeschickt hinter seinem Rücken hält ... Plötzlich erkenne ich, daß der Mann in seiner rechten Hand hinter dem Rücken eine entsicherte Pistole hält, bereit zu schießen, falls nur etwas geschieht, was etwas ernster ist, als einen Brief abzugeben. Ich kann mich nicht freimachen von einem plötzlichen Unbehagen in dieser Situation und verabschiede mich schnell. Es ist nicht das erste Mal, daß ich vor westdeutschen Sicherheitsbeamten und schwerbewaffneter Polizei stehe. Aber hier stehen wir uns gegenüber von Angesicht zu Angesicht, wo ich, nur weil ich mich an die westdeutsche Botschaft wende, verdächtigt werde, vielleicht ein Terrorist zu sein. Es ist innerhalb von nur ganz wenigen Jahren eine Situation geschaffen worden, wo die westdeutschen Behörden keine Chance mehr geben. Feinde des westdeutschen Staates können immer und überall auftauchen ... Was kann wohl in diesen Zeiten die westdeutschen Behörden dazu veranlassen, einem Ausländer Einreiseverbot zu erteilen? Werde ich jetzt schon vom dänischen Nachrichtendienst überwacht und abgehört...?«*

Im folgenden schildert S.Chr. die Versuche des westdeutschen Staates, AKW-Gegner mit »Terroristen« in einen Topf zu schmeißen und seine Erfahrungen mit den Polizeistaatsmethoden bei der Kalkar-Demonstration. Zum Schluß sagt er: *»Der Kanzler Helmut Schmidt hielt am 16..9. in Hamburg eine Rede, in welcher er besonders Stellung bezog zur Kritik der BRD im Ausland. So sagte H. Schmidt: ‚Nach innen ist unsere Politik in erster Linie von sozialer Gerechtigkeit geprägt und durch Sicherung der Freiheitsrechte in einem demokratischen Rechtsstaat'. Ich muß sagen, daß ich mich nicht sonderlich geborgen fühle durch die Weise, wie die Regierung Schmidt und die Länderregierungen die freiheitlichen Rechte schützen. Meine Bedenken werden nicht geringer, wenn Schmidt später in einer Fernsehsendung sagt: ‚Wir Sozialdemokraten wollen jeden unterstützen, der mit dem Dritten Reich Schluß machen will. Aber diejenigen, die mit der Bundesrepublik Schluß machen wollen, sind unsere Feinde. Was heißt das: ‚Schluß machen'? Schmidt hat sicher an die Leute gedacht, die den Staat direkt umstürzen wollen. Aber er übersieht anscheinend, daß er damit das Alibi liefert für die Verfolgung der ‚Extremisten', was tägliche Kost in der BRD ist. Fleißige Ordnungs-Handwerker müssen sich ja bestätigt sehen, wenn Schmidt dann zum Schluß noch sagt: ‚Ich meine, daß wir im Grunde nicht an uns zu zweifeln brauchen!'«*

Dänemark-Kommission
KB/Gruppe Flensburg

Bundesverdienstkreuz für Nazi-Atomwissenschaftler



Ende Oktober erhielt Professor Erich Bagge das Verdienstkreuz 1. Klasse des Verdienstordens der BRD. Die »Kieler Nachrichten« (26.10.) nennen seine »Leistungen« und Funktionen:

— Direktor des Instituts für Reine und Angewandte Kernphysik an der Uni Kiel,
— Mitbauer des Atomschiffs »Otto Hahn«,
— Aufsichtsratsmitglied der NWK (Brokdorf-Betreiber),
— Gründer der Studiengesellschaft zur Förderung der Kernenergieverwertung in Schiffbau und Schiffahrt und deren Vizepräsident,
— wesentlicher Anteil am Aufbau des Kernforschungszentrums Geesthacht,
— Mitarbeit an NASA-Projekten (z.B. Heliosprojekt).

Zu ergänzen ist noch, daß Bagge überall umherreist, um für AKWs zu werben.

Auffällig am »KN«-Artikel ist jedoch, daß in der Bagge-Chronologie die Jahre 1933 bis 1945 »vergessen« wurden: Das wollen wir hier ergänzen: Im September 1939 erhielt Bagge vom Heereswaffenamt zusammen mit Prof. Schumann den Auftrag (beide wurden als »zuverlässig« und »qualifiziert« angesehen), eine Liste von Chemikern und Physikern zusammenzustellen und eine Geheimkonferenz über die »Durchführbarkeit eines Uranvorhabens« (= Atombombe für die Nazis) einzuberufen. Bagge zeigte sich in seinem Tagebuch über diesen Auftrag sehr »erleichtert«. Entsprechend engagierte er sich sehr zum Gefallen seiner Vorgesetzten in seiner Aufgabe voll. Er arbeitete hauptsächlich an Verfahren zur Anreicherung von Uran. Entsprechend fiel auch Bagges Antwort auf die Vermutung aus, die deutschen Wissenschaftler hätten aus demokratischem Bewußtsein heraus den Bau der Atombombe verzögert: *»Ich halte es für widersinnig, daß von Weiszäcker erklärt, er habe nicht gewollt, daß die Arbeit* (an der Atombombe) *Erfolg hat. Das mag für seinen Fall zutreffen, aber nicht für uns alle«.* Bagge war also mit ganzem Herzen für die Mordpläne der Nazis bei der Sache.

Als 1945 die gesamten Nazi-Wissenschaftler in amerikanische Gefangenschaft gerieten, veröffentlichten sie eine »Denkschrift«, in der sie abstritten, jemals an der Bombe gebaut zu haben. Bagge weigerte sich bezeichnenderweise, mit dieser »Denkschrift« etwas zu tun zu haben, weil es ein politisches Dokument sei und n i c h t zutreffe. (Informationen aus: David Irving, Der Traum von der deutschen Atombombe, rororo.)

Was wir von den Schnacks solcher Herren wie Bagge über die »friedliche Nutzung der Kernenergie« zu halten haben, dürfte bei diesem Blick hinter die Kulissen klar sein. Der Bau von AKWs schafft beste Voraussetzungen für die westdeutsche Bourgeoisie, schnell zur Atombombe zu kommen.

KB/Gruppe Kiel

Schon wieder: WSL in schlechter Gesellschaft

In Mühlheim ist es zu einer „Aktionseinheit" zwischen Faschisten und anderen Provokateuren gekommen, um eine Kundgebung gegen das geplante AKW in Mühlheim-Kärlich zu sabotieren. Mit von der Partie: ein ortsbekannter WSL'er sowie die im Umweltschutz-Bereich eng mit dem WSL liierte „Aktionsgemeinschaft Unabhängiger Deutscher" (AUD)!

Zum Hergang: Der Mühlheimer „Arbeitskreis ‚Stoppt das Atomkraftwerk-Mühlheim-Kärlich'" (getragen von mehreren örtlichen BIs, einem kirchlichen Kreis („Eirene") und den Jungsozialisten – sowie der WSL-Bezirksgruppe Koblenz) hatte für den 6.November auf dem Marktplatz in Neuwied zu einer Kundgebung – um 14 Uhr – aufgerufen. Als Sprecher wurden u.a. Prof. Jungk und Michael Müller, stellvertretender Bundesvorsitzender der Jusos angekündigt. Durchaus keine Rechten also.

Kaum waren die Aufrufplakate geklebt, tauchten direkt daneben andere auf. Text: *„Aufruf: Kein AKW in Mühlheim-Kärlich"* ebenfalls zu einer Demonstration in Neuwied auf – allerdings um 11 Uhr auf dem Bahnhofvorplatz.

Äußerlich und inhaltlich waren diese Plakate und Flugblätter so angelegt, daß sie sehr leicht mit denen des „Arbeitskreises" verwechselt werden konnten. Für die „Aktionsgemeinschaft" aber zeichnete die folgende Gesellschaft verantwortlich:

– DBD – Deutsche Bewegung für Demokratie (Walter Thal, Lahnstein)
– NPD (Helmut Schmitz, Schönborn)
– JN (H.Neumann, Linz);
– AUD (W.Kreckel, Westerburg);
– NR (Nationalrevolutionäre Aktion (ohne Namen: Koblenz).

Die DBD ist ein erst unlängst gegründeter Tarnverein der JN/NPD. Dies berichtet freimütig die „Deutsche Sonder-Korrespondenz" Nr. 3 (Okt. 77), die von Horst J.Ackermann in Koblenz (!) herausgebracht wird. Ackermann selbst spricht sich für *„gesellschaftspolitische Umwälzungen im nationalrevolutionär-sozialistischen Sinne"* aus.

Ein delikater i-Punkt auf der Geschichte ist, daß jener Walter Thal, (DBD !) der den Faschisten-Aufruf mit unterzeichnet hat und die Faschisten-Demo bei der Polizei anmeldete, gleichzeitig im „Arbeitskreis" als WSL-Mann mitarbeitet! Und so war es auch Thal, der die „Arbeitskreis"Kundgebung polizeilich angemeldet hatte.

Am Vormittag des 6.11. tauchte tatsächlich ein Häufchen NPD'ler und Anhang auf (etwa 30 Personen, nach „Rhein-Zeitung", 7.11.77). Ihnen standen „rund vier Dutzend" Antifaschisten gegenüber. Gemessen an ihrer Zahl „war das Polizeiaufgebot erdrückend".

Nachdem die Polizei angekündigt hatte, sie werde „notfalls" mit Gewalt gegen die Antifaschisten vorgehen, zog die NPD schließlich „ungeschoren mit Landsknechtstrommeln und Fanfaren zum Rhein...".

Bei der Kundgebung der AKW-Gegner am Nachmittag versammelten sich etwa 250 Menschen.

Antifa-Kommission
KB/Gruppe Hamburg

BU Lüchow-Dannenberg vor der Entscheidung

Nachdem mittlerweile eindeutig klar ist, daß die Wiederaufbereitungsanlage (WAA) in Gorleben errichtet werden soll, häufen sich die Anzeichen für erste Bauvorbereitungen:

— Bei einem Gedelitzer Bauern fragte die PTB (Physikalisch-technische Bundesanstalt) an, ob sie auf seinem Grundstück bohren könne. Der Bauer bat sich erst einmal Bedenkzeit aus.

— Ganz »zufällig« soll die neue Autobahntrasse Hamburg-Westberlin über Gorleben geführt werden. Die geplante Stillegung einer Güterbahnlinie Lüneburg-Lüchow wurde wieder aufgehoben und für die WAA ist der Bau eines eigenen Stammgleises nach Lüchow geplant.

— Die BI Lüchow-Dannenberg bekam vom Kreisdirektor die Aufforderung, den Spielplatz auf dem geplanten Gelände der WAA zu räumen. Eine besondere Frechheit ist hierbei, daß die BI gerade den 1. Preis für den besten Spielplatz bekommen hat, dessen Verleihung am 27.11. geplant ist. Der Kreisdirektor verschob daraufhin den Räumungstermin auf den 31.11.!

Wer bisher annahm, daß die Probebohrungen nicht vor ca. 2 Jahren durchgeführt werden, sieht sich getäuscht. Denn Probebohrungen sind schon auf dem Weg einer »vorläufigen Besitzanweisung« möglich. Die Erteilung einer solchen Bohrgenehmigung kann die PTB auf dem Verwaltungsrechtsweg in ein paar Tagen bekommen. Soweit bisher bekannt wurde, sind sowohl Flach- wie auch Tiefbohrungen geplant. Wie zu vermuten ist, wird die PTB zuerst am Rand des Salzstockes versuchen, Flachbohrungen vorzunehmen, die in relativ kurzer Zeit und ohne viel Aufwand durchzuführen sind. Über dem Zentrum des Salzstocks sind dann Tiefbohrungen geplant, die für die Umzäunungen und Fundamente notwendig sind, was ein Vorgang ist, der wesentlich größeres Aufsehen erregen wird. Über die Salamitaktik, daß Flachbohrungen »natürlich« niemand ernsthaft als Bauvorbereitungen bezeichnen kann, sollen hier die Zustimmungen erschlichen werden, um dann mit dem Argument nachzuziehen: Jetzt haben sie uns schon flachbohren lassen, also machen Tiefbohrungen doch nun auch nichts mehr. Zudem werden bei solchen Versuchen bekanntlich auch die entsprechenden Druckmittel eingesetzt. Gegenüber den Grundstücksbesitzern wird argumentiert, daß sie im Fall des freiwilligen Verkaufs einen Grundstückspreis weit über Durchschnitt bekommen werden, während bei einer Enteignung ein wesentlich geringerer Preis bezahlt würde.

Auf diese Tour ist vor ca. einem Jahr schon erfolgreich versucht worden, das Gelände für das AKW Langendorf, das für die WAA den Strom liefern soll, aufzukaufen.

Hierbei schlugen sich schon Kommunalpolitiker in die Bresche und gingen von Hof zu Hof. Auch dies wird für die WAA wieder zu erwarten sein, da mittlerweile praktisch alle Bürgermeister der Gegend offen auf pro-WAA-Kurs sind.

Es liegt auf der Hand, daß in dieser Situation es vor allem auf die BI Lüchow-Dannenberg ankommt, um schon den ersten schleichenden und versteckten Bauvorbereitungen entschlossen entgegenzutreten. Doch gibt es in der BI keineswegs einen einheitlichen Standpunkt. War in einer gemeinsamen Erklärung der BI-Lüchow-Dannenberg und dem BBU noch zu lesen, daß *»Probebohrungen mit allen demokratischen Mitteln verhindert werden sollen«*, so steht hiervon nichts mehr in einem Aufruf »Gorleben soll leben« vom 28.10.77. Stattdessen heißt es dort, daß *»es nicht darum geht, im Zonenrandgebiet eine günstige Infrastruktur für die Plutoniumindustrie zu schaffen, sondern ihre Ansiedlung in Gorleben und anderswo moralisch und politisch unmöglich zu machen«* (»Informationsdienst« [ID], 5.11.77).

Die BI will dies durch den Aufbau einer »Modellregion Wendland« erreichen, mit Genossenschaften, die umweltfreundliche Technologien anwenden, Landwirtschaftsbetrieben mit biologischem Anbau, Kinderdörfern und Freizeitzentren. Die Vorstellungen der BI gehen dahin, bis zu dem von ihnen erwarteten Baubeginn im Sommer 78 nach der Landtagswahl schon ihr Alternativkonzept soweit verwirklicht zu haben, daß die WAA dort nicht mehr errichtet werden kann. Man wird, unabhängig von den Inhalten dieser Vorschläge, den Eindruck nicht los, daß sich die BI um die eigentliche Auseinandersetzung, was tun, wenn die ersten Bohrtrupps anrücken, herumdrückt.

Bestärkt wird dieser Eindruck noch durch eine Veranstaltungsreihe der »Gesellschaft für Umweltfragen und Naturschutz«, einem Ableger der BI Lüchow-Dannenberg, in dem vor allem Ärzte und Rechtsanwälte eine ihnen »gemäße« Organisationsform gefunden haben, da ihnen die Organisationsform einer BI zu links erschien. Erste Pläne für eine eigene Organisation parallel zur BI bestanden schon seit der Gründung der BI Lüchow-Dannenberg, nur war damals dieser Plan auf heftige Kritik gestoßen; jetzt stört sich kaum noch ein BIler an dieser Abspaltung von der BI. Obwohl bekannt ist, daß sie in erster Linie nur Diskussionen über die Gefahren der WAA führen will, sich aber kaum als Vereinigung versteht, die auch praktischen Widerstand leisten will. So war auch ihre Veranstaltungsreihe ganz im Sinne des »Bürgerdialogs« auf pro und contra abgestimmt. Jeweils verschiedene Vertreter der DWK, darunter auch Vorstandsmitglieder, diskutierten mit E. Gaul, einem Wirtschaftswissenschaftler, der ein Anti-AKW-Buch geschrieben hat. Bei Diskussionsthemen wie »Atomenergie und Grundgesetz« oder »Nukleare Großtechnik und Terror« wurden v.a. akademische Debatten geführt, statt zu diskutieren, wie man am besten gegen die Bauvorbereitungen Widerstand leistet.

Darüberhinaus gibt es im Raum Lüchow-Dannenberg den Grundbesitzerverein, der sich gebildet hat aus Leuten, die Grundstücke auf der geplanten Fläche der WAA besitzen, bzw. sich eine Parzelle auf dem direkten WAA-Gelände gepachtet haben, um geplante Enteignungen so schwer wie möglich zu machen.

Dieser Grundbesitzerverein hatte damals trotz des Beschlusses der BI, keine Gespräche mehr mit Albrecht zu führen, solange er nicht den Sicherheitsbericht herausrückt, doch noch ein Gespräch in Hannover mit ihm geführt.

Dieser Grundbesitzerverein machte auch in der vorletzten Woche eine Veranstaltung zur rechtlichen Situation bei geplanten Probebohrungen. Sicherlich ist es nicht verkehrt, über die rechtliche Lage, die Möglichkeit von Einsprüchen usw. möglichst gut informiert zu sein. Doch ist die alleinige Orientierung in dieser Frage auf den Rechtsweg gleichbedeutend mit einer Orientierung auf möglichst günstige Abfindungen. D.h. auch von dieser Seite ist kein aktiver Widerstand gegen erste Bauvorbereitungen zu erwarten.

So ergibt sich insgesamt ein Bild, daß nur von einem Teil der BI Lüchow-Dannenberg Widerstand zu erwarten ist, wobei diese AKW-Gegner noch nicht einmal mit der ungeteilten Solidarität und Unterstützung der restlichen BI rechnen können. So wurde zum Beispiel eine recht schöne Aktion gegen den DWK-Bus (das Abladen einer Fuhre Mist mit einem Schild »Unser Mist ist uns lieber als euer Atomdreck!«) stillschweigend hingenommen, anstatt dazu aufzurufen, diesem Beispiel mit ähnlich guten Einfällen zu folgen.

Offenbar haben die Kräfte, die vor allem im Grundbesitzerverein, bzw. in der »Gesellschaft für Umweltfragen und Naturschutz« zu finden sind, die Bestrebungen, den Widerstand gegen die WAA auf der »Dialog«-Ebene zu halten und die Vorbereitung jeder geschlossenen und eindeutigen Erklärung zur Verhinderung der ersten Bauvorbereitungen zu verhindern und damit insgesamt die konsequenten Kräfte innerhalb der BI zu bremsen.

Mittlerweile ist es auch offensichtlich, daß Albrecht mit seiner »Bürgerdialog«-Taktik auf diese Kräfte innerhalb der BI gezielt baut.

Der Grundbesitzerverein erstellt trotz gegenteiligen Beschlusses der BI weiterhin mit Albrecht zusammen ein Strukturgutachten. Und auch in der BI hört man Meinungen wie: Das man mittlerweile wieder die Gespräche mit Albrecht aufnehmen solle, da ja sonst jeder Widerstand ohne Perspektive wäre und Albrecht ja auch was gegen die WAA habe! Oder man macht sich riesige Illusionen in das Konzept der »Modellregion Wendland« und hofft darauf, daß, wenn erst einmal die geplanten Projekte auf dem Baugelände stehen, die Landesregierung gar nicht genug Geld hat, um das Gelände noch enteignen zu können. Als wenn die BIs reicher als die Atomindustrie wären!

Doch unbestritten gibt es auch in der BI AKW-Gegner, die sich auf Widerstandsaktionen vorbereiten. Doch steht zu befürchten, daß der Grundbesitzerverein und unter Umständen auch die »Gesellschaft für Umweltfragen und Naturschutz« die BI mit großem Getöse spalten werde, wenn es ernst wird und Bohrungen verhindert werden müssen, während die fortschrittlichen Teile um der lieben »Einheit« willen auf jede öffentliche und schlagkräftige Vorbereitung ihres Widerstands verzichtet haben.

AKW-Nein-Kommission

auf den Rechtsweg gleichbedeutend AKW-Nein-Kommission

Tribunal gegen Wiederaufbereitungsanlage in Windscale

England. Seit nunmehr fast fünf Monaten findet in Whitehaven, nahe Windscale in Nordwestengland ein öffentliches Tribunal statt, in dem das „Für und Wider" der Wiederaufbereitungsanlage (WAA) in Windscale erörtert wird.

Wie ausführlich in AK 106 geschildert, handelt es sich um den geplanten Ausbau der bestehenden WAA zu einer der größten der Erde!

In dem 600 Millionen Pfund Projekt (Kapazität: 1.500 Tonnen pro Jahr) sollen nicht nur Brennelemente aus dem an Atomkraftwerken reichen Großbritannien selbst wiederaufbereitet werden, sondern die Kapazität soll zu zwei Drittel für Brennelemente aus der BRD, Schweden und besonders Japan genutzt werden. England, so befürchten die WAA-Gegner zu Recht, würde damit zum Atommülleimer der Welt werden. Die Atomindustrie Englands würde damit über riesige Mengen Plutonium und Uran verfügen!

Diese WAA ist also eng verknüpft mit den übrigen Plänen der britischen Atomindustrie: Das gewonnene Plutonium würde für geplante Schnelle Brüter wichtig sein und könnte den Vorsprung Großbritanniens im Bau schneller Töter gegenüber den Konkurrenten Frankreich und BRD sichern.

Die Tatsache, daß aus Plutonium Kernwaffen herstellbar sind, ist ein weiterer Interessenpunkt der englischen Imperialisten. Durch die Verträge mit dem Ausland soll außerdem die ewig negative Zahlungsbilanz der britischen Imperialisten ausgeglichen werden.

Das Tribunal in Whitehaven läuft nach Art eines Gerichtsverfahrens ab: Die Kontrahenten — Atomindustrie und Regierung gegen die verschiedenen Organisationen der AKW-Gegner — lassen sich durch Anwälte und Gutachter vertreten. Während des Tribunals wurde an zahlreichen (bücherfüllenden) Beispielen bewiesen, daß auch die heute schon bestehende WAA im „Normalbetrieb" eine ständige Gefährdung der Bevölkerung darstellt!:

– Die Konzentration von Plutonium 239 und 240 ist in der irischen See, in die die radioaktiven Abwässer gepumpt werden, schon 26 mal so groß wie im Wasser nahe der Pazifikinsel Enwetak, die von den USA als nukleares Testgebiet benutzt und bereits vor über 25 Jahren evakuiert wurde (laut George Dobry, Vertreter der Behörden der Insel Man)!

– Die Höhe der meßbaren radioaktiven Strahlung z.B. in der Stadt Ravenglass nahe Windscale ist 20 mal größer als normal. Menschen, die hier viel Fisch essen (Küstengebiet) bekommen durch diesen „Genuß" rund 35% der maximalen Strahlendosis, welche offiziell noch als vertretbar angesehen wird (lt. Prof. William Potts, Uni Lancaster)!

– Die WAA Kapitalisten gaben zu Beginn des Tribunals von sich aus zu, daß allein in den letzten beiden Monaten vor dem Tribunal vier „kleinere Unfälle" geschehen waren: Zweimal wurde das Höchstmaß an Strahlung überschritten, wobei einmal ein Arbeiter direkt betroffen war. Einmal wurde bei einer Routineuntersuchung festgestellt, daß der Boden stellenweise verseucht war. Der größte dieser „kleineren Unfälle" bestand darin, daß ein Brennelement im Kern des gasgekühlten Reaktors kaputtging.

– Das Schicksal der Rückstände des wiederaufbereiteten radioaktiven Materials ist – obwohl sie ständig anfallen – noch völlig ungeklärt: Es laufen Versuche, sie zum Zweck der Endlagerung in Glas einzuschmelzen. Zur Zeit werden diese Rückstände in flüssiger Form gelagert und es soll im letzten Jahr mehrfach zur Korrosion der Behälter gekommen sein mit Austritt von radioaktiven Substanzen in die Umgebung („Frankfurter Rundschau" v. 18.12.76).

Die oben angegebenen hohen Meßwerte von radioaktiver Strahlung sind so leicht erklärt.

Angesichts dieser Tatsachen, die sich noch unendlich fortsetzen ließen, ist eine Meldung zu den Katastrophenschutzplänen mehr als Hohn: Die bestehenden Katastrophenschutzpläne für den Fall einer radioaktiven Verseuchung sollen vor dem Tribunal an den Schulen der Umgebung nur dem Direktor bekannt gewesen sein, während jetzt alle Lehrer informiert worden seien („Guardian", 15.10.77).

Die genauen Katastrophenschutzpläne sind auf dem Tribunal (natürlich) nicht bekannt gegeben worden. Enthüllt wurde allerdings, daß die Kommunalverwaltungen von Cumbria große Lager von Kaliumjodid-Tabletten besitzen, die im Falle des Ausströmens von radioaktiven Substanzen an die Bevölkerung verteilt werden sollen. Die Tabletten sollen die Jodspeicher der Schilddrüse auffüllen und dadurch die Aufnahme von radioaktivem Jod verhindern ...

Wie üblich wurde von seiten der Atomindustriellen betont, daß die Existenz solcher Pläne in keiner Weise bedeute, daß ein Unfall drohe ...

Die WAA Befürworter versuchen nun seit Monaten, diesen haarsträubenden Enthüllungen etwas entgegenzusetzen. Dabei wurden alle jedem AKW-Gegner nur zu bekannten Schubladen-„Argumente" vorgebracht: Arbeitsplätze, Energiekrise, wenn wir es nicht tun, dann tun es andere etc. ...

Durch dieses Tribunal allerdings versuchen sie taktisch „vorsichtiger" vorzugehen als beispielsweise die westdeutschen Atomkapitalisten; dazu Sir Jack Rampton, hoher Sekretär im Energieministerium auf einer Tagung des Britischen Nuklear Forums: *„Die Zweifel über Atommüll, den Mißbrauch von Atomwaffen und an der Sicherheit müssen beseitigt werden. Wir können nicht über die öffentliche Meinung und die Bereitschaft, etwas zu akzeptieren, hinweggehen. Ich würde ungern eine ähnliche Situation wie in Westdeutschland (!!) kürzlich haben. Und wir müssen ein Reaktorsystem haben, das so verläßlich ist, daß wir in den späten 80iger und 90-iger Jahren in der Lage sind, in großem Stil Bestellungen zu machen"* („Guardian", 23.6.77).

Während der vorsitzende Inspektor des Tribunals zu Beginn behauptete, es gehe zunächst um die Frage, *„ob überhaupt Kernbrennstoffe in England wiederaufbereitet werden sollen"* („Guardian", 15.6.77), wurde bereits im Mai eine Planungsgenehmigung erteilt für die Lagerung abgebrannter Brennstäbe in solchen Mengen, wie sie nach Erstellung des geplanten Ausbaus der WAA bearbeitet werden könnten („Guardian", 1.6.77) !!!

Am 19.10.77 wurde das Tribunal in Whitehaven erstmals nach 90-tägiger Dauer unterbrochen. Ab 24.10. sollen zusammenfassende Stellungnahmen der verschiedenen Vertreter den Schlußakt dieser aufwendigen Farce einläuten. Am 4.11. soll dieses kostspielige Tribunal (bisher 2 Millionen Pfund) beendet sein.

Wie die „Empfehlung" des vorsitzenden Inspektors auch ausfallen mag, die Atomkapitalisten werden sich von ihren menschenverachtenden Plänen durch solche Tribunale nicht abhalten lassen! Die zahlreichen konkreten Enthüllungen und Beweise über den Wahnsinn von Wiederaufbereitungsanlagen in Windscale und auch anderswo stellen aber u.E. ein nützliches Material dar für die Agitation und Mobilisierung der Betroffenen!

Keine WAA in Windscale!
Keine WAA in Gorleben oder anderswo!

Englandkommission



WAA in Windscale: die radioaktive Strahlung der Umgebung ist deutlich erhöht – und die Milch ?

Betrieb und Gewerkschaft





Metall

Storno-Electronic Flensburg:

Sechs Kolleginnen fristlos gekündigt!

Ca. eine Woche nach der Neuwahl des Betriebsrates (BR), die für die Linken im Betrieb eine Niederlage brachte, wurden sechs Kolleginnen, darunter zwei Kandidatinnen und eine ehemalige Betriebsrätin, fristlos gekündigt.

In den gleichlautenden Kündigungen wird den Kolleginnen vorgeworfen, in der Kantine an andere Kollegen Nachschlag weitergegeben zu haben, ohne daß diese dafür Essenmarken bezahlt hätten; außerdem hätten sie mehrfach Essen geholt, ohne zu bezahlen und Essenvorräte mit nach Hause genommen. Der BR stimmte allen Kündigungen zu!

Was wirklich vorgefallen ist, wird in der „Persönlichen Erklärung" der sechs Betroffenen, die sie vor dem Betrieb verteilten, gesagt: *„Am folgenden Beispiel wollen wir erklären, aus welchen Tatsachen diese Vorwürfe konstruiert werden: Am Freitag, den 21.10., gab es Matjes-Filet in der Kantine, die uns leider nicht besonders schmeckten. Eine Kollegin, die eine Essenmarke abgegeben hatte, wollte diese jedoch mit nach Hause nehmen. Sie erhielt die ebenfalls mit Essenmarken gekauften Fische der anderen Kolleginnen, ging mit diesen zu einer Kantinenfrau, ließ sich ihre Plastikdose geben und packte die Matjes ein. Diese Kollegin nimmt immer bezahltes Essen mit nach Hause, um es ihrem Ehemann zu geben. Wohl kaum würde sie ihre Essenbehälter beim Kantinenpersonal abgeben, wenn sie vorhätte, gestohlenes Essen beiseite zu schaffen."*

Vorbereitet wurden die Kündigungen durch eine Unterschriftensammlung im Betrieb, in der das Weitergeben von Nachschlag an andere Kollegen als Betrug und Diebstahl verurteilt wird und arbeitsrechtliche Konsequenzen gegen solche Kollegen gefordert werden. Es fanden sich leider eine Menge Kollegen, die unterzeichneten. Sie wurden allerdings kaum über die wirklichen Vorgänge informiert.

Ein paar Matjes und ein halber Teller Suppe – ein Weltkonzern fühlt sich betrogen und reagiert mit sechs fristlosen Kündigungen, was für die Kolleginnen erstmal Sperrfrist beim Arbeitsamt, einen Prozeß und erschwerte Arbeitssuche bedeutet.

Schon der Kündigungsgrund zeigt, daß es der Geschäftsleitung um viel mehr und in Wahrheit ganz Anderes geht.

Zum einen sollen alle Kollegen mit diesen Kündigungen eingeschüchtert werden. Zum anderen sind die sechs fristlosen Kündigungen der vorläufige Höhepunkt einer Hetzkampagne gegen die Linken im Betrieb. Nachdem die Geschäftsleitung die erste Neuwahl des BR angefochten und durch Verwarnung gegen alle BR-Mitglieder versucht hatte, den BR in seiner Arbeit zu behindern, war sie kurz vor der zweiten Neuwahl dazu übergegangen, die linken Kandidaten offen politisch anzugreifen – und das in der Zeit der schärfsten Antiterroristenhetze in der BRD. Am Tag der zweiten Neuwahl – dem Tag der Beerdigung von Kapitalistenboß Schleyer – war von einem Meister und mehreren Vorarbeiterinnen ein Hetzflugblatt erschienen, in dem die Kollegen aufgefordert wurden, keine „Radikalen" zu wählen. Ausgehängt wurde das Blatt unter der Überschrift: **„Der kleine Krisenstab informiert."**

Im Zeichen dieser Hetze hatten die Linken eine Wahlniederlage einstecken müssen, hatten allerdings dennoch zwischen 10 und 25 % der Stimmen erhalten.

Mit Terroristenhetze, Diffamierung und Kriminalisierung will die Geschäftsleitung ablenken davon, worum es ihr wirklich geht: nämlich die aktive Arbeit einiger Kolleginnen und Kollegen zu zerschlagen, die seit einigen Monaten auf Kollegentreffen Mißstände im Betrieb diskutieren, diese Forderungen im BR einbrachten und darüber mit Informationsblättern im Betrieb informierten.

Die gekündigten Kolleginnen werden nun vor dem Flensburger Arbeitsgericht gegen Storno für ihre Wiedereinstellung klagen. Sie haben Rechtsschutz bei der IG Metall beantragt. Wir fordern:

Vollständige Zurücknahme der Kündigungen!

Storno-Zelle KB/Gruppe Flensburg

Valvo: Sozialplan ohne Kollegenbefragung abgeschlossen

Hamburg: Gerade sechs Wochen ist es her, daß der Betriebsrat und auch IG-Metall-Chef Jonny Müllner die Entlassungspläne der Valvo als „gesellschaftspolitischen Skandal" anprangerten! Die Gewerkschaftszeitung „Metall' schrieb noch: *„Betriebsrat und IG-Metall werden sich dieser Unternehmertaktik nicht beugen!"* Der BR wollte die „Notwendigkeit der Entlassungen" ausreichend diskutiert wissen, und weigerte sich, vorher einen Sozialplan zu akzeptieren.

Knapp eineinhalb Monate später ist dies alles nicht mehr wahr! Bereits jetzt hat der BR einen Sozialplan mit der Geschäftsleitung verabschiedet, ohne daß es den Kollegen möglich gewesen wäre, ihre Meinung dazu zu sagen.

Obwohl der BR in einer VK-Sondersitzung sehr stolz von seinen „Verhandlungserfolgen" berichtete, weigerte er sich auf der anderen Seite strikt, ein von ihm geplantes Informationsflugblatt für die Ausländischen Kollegen übersetzen zu lassen!

Beschlossene Sache ist nun auf jeden Fall, daß fast 200 Kollegen mit einem Abfindungsbonbon auf die Straße gesetzt werden sollen! Dabei sind vor allem Frauen, zum größten Teil ausländische Kolleginnen, betroffen, für die eine Entlassung in der jetzigen Situation (selbst nach Einschätzung der IG-Metall) „dauerhafte Arbeitslosigkeit" zur Folge hätte!

Vom Betriebsrat muß nun gefordert werden, daß er schnellstmöglich die konkreten, namentlichen Listen der Betroffenen, die sicher auch Gegenstand der Verhandlungen waren, bekanntgibt! Eine weitere Mauschelei in dieser wichtigen Frage, über die Köpfe der Belegschaft hinweg, wäre unerträglich!

In diesem Zusammenhang wäre auch zu prüfen, inwieweit ein Zusammenschluß der Kollegen, die mit der bisherigen BR-Politik nicht einverstanden sind, möglich ist. Dies wäre eine Voraussetzung, um dem jetzigen BR bei den anstehenden Neuwahlen endlich die passende Quittung für seine Mauscheleien zu verpassen.

Valvo-Zelle
KB/Gruppe Hamburg

Null-Tarifrunde bei Eisen und Stahl?

Bei den ersten Tarifverhandlungen, es handelte sich um sogenannte unverbindliche Vorgespräche, auf die man sich mit Rücksicht auf die „notleidende Stahlindustrie" geeinigt hatte, machten die Stahlkapitalisten das provokatorische „ Angebot", die auslaufenden Lohn- und Gehaltstarife unverändert um sechs Monate zu verlängern. Sie wollen damit eine Anrechnung des Abschlusses vom letzten Jahr durchsetzen, der mit 6% angeblich zu hoch ausgefallen war.

Die Gewerkschaftsführer lehnten diese Unverschämtheit zwar ab, boten aber gleichzeitig ein drittes Vorgespräch an. Hierbei sollten die Lohn- und Gehaltstarife völlig ausgeklammert und ausschließlich über Beschäftigungsgarantien, Arbeitszeitverkürzungen und Urlaubsverlängerungen verhandelt werden.

Doch selbst mit dieser unterwürfigen Verhandlungstaktik konnten die IG-Metall-Führer nicht landen. Die Stahlkapitalisten lehnten jedes weitere Gespräch ab, weil für sie nur eine Verlängerung der laufenden Verträge in Frage kommt.

Auf diesen knallharten Kurs reagierten die IG Metall-Strategen völlig ratlos. Auf der inzwischen stattgefundenen Sitzung der Tarifkommission haben sie sich erneut um die Aufstellung der längst überfälligen Lohnforderungen herumgedrückt. Aus ihrer Sicht ist in der Stahlindustrie nichts zu holen. Aus dem gleichen Grund ist auch das „große Maul", mit dem die Tarifverhandlungen wie üblich eingeleitet wurden, schon merklich kleiner geworden.

Aber nicht nur in der Stahlindustrie, auch im öffentlichen Dienst und sogar in der metallverarbeitenden Industrie werden sich die Gewerkschaftsführer mit ganz bescheidenen Lohnabschlüssen zufrieden geben. Die Bereitschaft hierzu hat das Wirtschaftswissenschaftliche Institut des DGB mit seinem Herbstgutachten deutlich zu erkennen gegeben. Die gewerkschaftlichen Konjunkturforscher sind der Auffassung, daß 1977 die Einkünfte der Arbeiter und Angestellten deutlich stärker gestiegen seien als die Kapitalistengewinne!

Aus diesem Grund plädiert auch das WSI für eine „Verteilungskorrektur" zugunsten der Kapitalisteneinkünfte in den kommenden Tarifauseinandersetzungen.

Mit diesem Urteil haben die Gewerkschaftsführer die letzten Zweifel beseitigt, wie 1978 die Tarifauseinandersetzungen ausgehen werden. Den Lohnraubabschlüssen der letzten Jahre soll ein weiterer Tiefpunktgewerkschaftlicher Tarifpolitik hinzugefügt werden.

Den Kapitalisten aber reicht die Bescheidenheit der gewerkschaftlichen „Tarifexperten" nicht aus. Vor allem die Scharfmacher von Gesamtmetall bereiten sich schon intensiv vor, um selbst den erbärmlichsten gewerkschaftlichen Lohnforderungen jeden erdenklichen Widerstand entgegenzusetzen.

Auf einer Klausurtagung von Gesamtmetall wurde das Konzept für die Lohnrunde 1978 beraten. Danach wollen die Metallkapitalisten nur einen Lohnabschluß akzeptieren, der weit unter 5% liegt. Anderenfalls wollen sie Streiks in Kauf nehmen und mit Aussperrung beantworten.

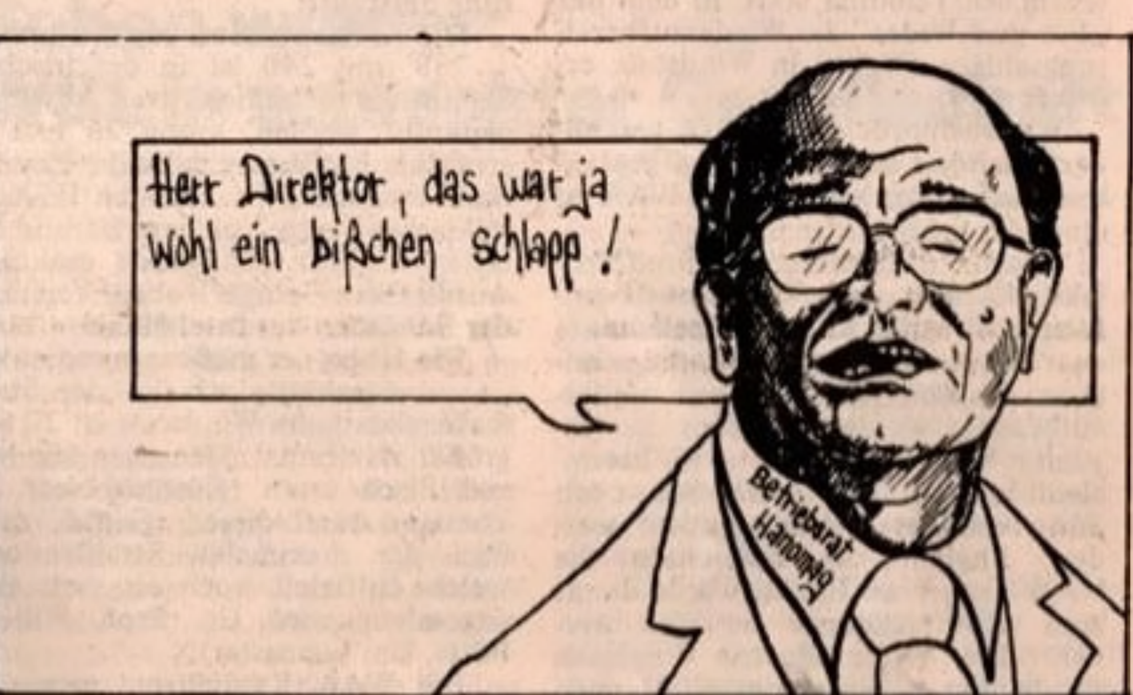
In die gleiche Richtung geht ein vertrauliches Schreiben des Arbeitgeberverbandes Solingen, das Anfang Oktober verschickt wurde. Darin heißt es: *„Alle Unternehmer müßten wissen, daß es eine Lösung des Tarifproblems in freien Verhandlungen wohl nicht geben werde und das ein vertretbares Ergebnis künftig ohne Inkaufnahme von Streiks und dessen Beantwortung durch Aussperrung nicht zu erzielen sein werde"* („Frankfurter Rundschau", 8.11.1977).

Die Weichen für die Tarifauseinandersetzungen 1978 scheinen also gestellt. Die Metallkapitalisten sind fest entschlossen ihre Vorstellungen durchzusetzen. Die Gewerkschaftsführer sind im Vergleich zu den letzten Jahren noch „bescheidener" und kompromißlerischer geworden, und die Arbeiter und Angestellten werden, wenn alles wie von den Spitzenvertretern der „Tarifparteien" geplant verläuft, mit einem weiteren Lohnraubabschluß auf der Strecke bleiben.

Metallkommission
KB/Gruppe Hamburg

Total auf den Hund gekommen

Total auf den Hund gekommen



Hanomag-Henschel, Hamburg/Harburg: Man ist bei Hanomag von den alteingesessenen Betriebsräten ja schon so einiges gewöhnt. Es ist jedoch erstaunlich anzusehen, wie diesen Herren – „Kollegen" kann man da ja kaum noch sagen – immer noch etwas Übeleres einfällt.

Vor zwei Wochen hatten zwei jugoslawische Kollegen in ihrer Abteilung eine kleine Auseinandersetzung. Der Personalchef meinte daraufhin, den beiden sollte eine Verwarnung erteilt werden. Damit waren unsere Berufsbetriebsräte aber nicht einverstanden. Nicht etwa, weil sie meinten, daß das zu hart wäre. Sie waren der Meinung, daß Kollegen, die sich im Betrieb schlagen, rausgeschmissen werden müssen! Da der Personalchef von sich aus nicht den Antrag auf Kündigung stellte, taten das diese Karikaturen von Betriebsräten! Außer den Kollegen der oppositionellen „alternative" stimmte lediglich einer der freigestellten Betriebsräte gegen diesen Kündigungsantrag!

Selbst der Meister in der Abteilung hatte sich für die beiden Kollegen eingesetzt – vergebens. Der Personalchef konnte seine Hände in Unschuld waschen, er hätte die beiden ja gerne behalten, aber wenn der Betriebsrat.....

Die Kollegen der „alternative" informierten die Kollegen in einem Flugblatt über diese Sauerei. Besonders die jugoslawischen Kollegen waren empört. Bei den Betriebsrätewahlen im nächsten Frühjahr dürfte die alte BR-Clique dann wohl die Quittung für ihre kollegenfeindliche Politik bekommen.

Von den jugoslawischen Kollegen werden sie jedenfalls kaum eine Stimme erhalten.

Betriebszelle
Hanomag-Henschel

Reynolds Aluminium: Heuern und feuern

Ende Oktober legten die Reynolds-Kapitalisten, wie angekündigt, dem Betriebsrat einen Antrag auf Kurzarbeit vor. Ab 14. November soll in sämtlichen Produktionsabteilungen, im Labor und in der technischen Abteilung an einem Tag in der Woche nicht gearbeitet werden. Voraussichtlich dauert diese Kurzarbeitsperiode bis Ende Januar 1978.

Darüberhinaus kündigten die Konzernherren an, daß im Labor, in der technischen und in zwei kaufmännischen Abteilungen weitere 20 Kollegen entlassen werden sollen. In den letzten Wochen waren schon 15 Kollegen wegen „schlechter Leistung" bzw. „häufiger Fehlzeiten" rausgeflogen.

Der Betriebsrat hat gegen die Kurzarbeit und Entlassungen auf Schärfste protestiert und erklärt, daß er alles tun werde, um die bei Reynolds betriebene Personalpolitik ‚to hire and fire' zu verhindern. In dem vor etwas mehr als fünf Jahren gebauten und wesentlich aus Steuergeldern finanzierten Werk ist dies jetzt bereits die dritte Entlassungswelle. Der BR will sich dafür einsetzen, daß diejenigen, die diese Praktiken zu verantworten haben, zur Rechenschaft gezogen werden.

Mit welcher Rücksichtslosigkeit und Brutalität die Reynolds-Kapitalisten vorgehen, verdeutlichen einige Tatsachen.

So stehen Entlassungen in Abteilungen an, die 1975 schon einmal reduziert und zwischenzeitlich wieder aufgestockt wurden. Zum Teil sind Kollegen bedroht, die nach einer Kündigung 1975 wieder zurückgeholt wurden!

Den jetzt betroffenen Kollegen wird vorgeworfen, sie seien besonders „leistungsschwach". Einen ausländischen Elektriker, der bereits vier Jahre im Betrieb beschäftigt ist, hat diese schweinische Beschuldigung so schwer getroffen, daß er für Stunden total „ausflippte".

Und auch gegenüber dem Betriebsrat kennen die Reynolds-Manager keine Hemmungen. Nicht nur, daß sie Kurzarbeit und Entlassungen ankündigten, sondern im gleichen Atemzug forderten sie Zustimmung zu Mehrarbeit, Sonderschichten und Neueinstellungen. Der Weigerung des Betriebsrats begegneten sie mit Drohungen, *„daß durch die uneinsichtige Haltung eine konkrete Gefährdung für eine nicht unerhebliche Anzahl von Arbeitsplätzen gegeben ist"* (Schreiben der Geschäftsleitung an jedes Betriebsratsmitglied).

Nur mit Hilfe einer „Einstweiligen Verfügung" konnte eine einseitig angeordnete Sonderschicht verhindert werden.

Um der Kurzarbeit und den geplanten Entlassungen möglichst breiten Widerstand entgegenzusetzen, hatte der BR kurzfristig für den 10. November eine Betriebsversammlung angesetzt. In einer über weite Strecken sehr kämperische Versammlung brachten zahlreiche Kollegen ihre Empörung über die neuerlichen Angriffe zum Ausdruck. Die Rechtfertigungsversuche der Konzernherren, die nur sehr widerwillig teilnahmen, scheiterten ebenso wie Vorwürfe an die Belegschaftsvertretung kläglich. Ausgesprochen gut war auch die breite Solidarität mit den unmittelbar Betroffenen. Der IG Metall-Vertrauensleutekörper forderte alle Kollegen auf, in dieser Situation keine Überstunden mehr zu leisten.

Dem Widerstand von Belegschaft und Betriebsrat ist es zu verdanken, daß die Kurzarbeit nicht wie geplant am 14.11. beginnt. Die innerbetrieblichen Verhandlungen sind gescheitert, wodurch ein Schlichtungs- bzw. Einigungsstellenverfahren notwendig geworden ist, was sich noch einige Wochen hinziehen kann.

Und auch die Entlassungen konnten reduziert werden. Beim Betriebsrat liegen jetzt noch acht Kündigungsanträge von anfänglich geplanten 20.



Am 4.11. beteiligten sich etwa 600 Kollegen an einer von der IG Metall organisierten Protestdemonstration gegen die Arbeitsplatzvernichtung in Neumünster. Vor allem die Kollegen von VAW protestierten gegen die drohende Werksstillegung und die aktuell anstehenden 95 Entlassungen.

Der KBW spinnt..........

Die agitatorische Forderung des Reynolds-Betriebsrats, daß anstelle von Kollegen die Konzernherren ihren Hut nehmen sollen, veranlaßte den KBW zu einer wüsten Pöbelei gegen die Belegschaftsvertretung. Der BR würde sich für einen besseren Ausbeuter einsetzen. *„Ein Vorschlag aus der Feder der Sozialdemokraten, ein schmutziger Trick, um die Arbeiter vom Kampf um ihre Interessen abzuhalten"* („KBW-Informationen").

Auch wenn man dem KBW bescheinigen muß, daß er, was die Situation in den Betrieben betrifft, völlig im Dunkeln tappt, stellt diese bewußte Verdrehung eine üble Provokation dar. Nach Meinung des KBW müsse jetzt (!) voller Lohnausgleich bei Kurzarbeit gefordert und „der Lohnkampf angepackt" werden.

Das Pech des KBW ist nur, daß auch bei Reynolds (genau wie anderswo) keiner auf ihn hört.

...... und die DKP blickt nicht durch

Den Vorgängen bei Reynolds widmete auch das DKP-Blatt „UZ" am 29.10. zehn Zeilen. Dabei gelang das Kunststück, in drei Sätzen nur falsches zu melden. Laut „UZ" steht Kurzarbeit bei den Hamburger Aluminiumwerken an und als zuständige Gewerkschaft wurde die IG Chemie genannt. Erbärmlich für eine Partei, die behauptet, die einzige und wahre Vertreterin der westdeutschen Arbeiter zu sein.

Aber auch ohne KBW und DKP der Kampf geht weiter: KEINE KURZARBEIT UND KEINE ENTLASSUNGEN BEI REYNOLDS!

Betriebszelle Reynolds
KB/Gruppe Hamburg

Was ist los bei VFW?

Die Geburtswehen eines Rüstungsmonopols: 4.000 Arbeitsplätze akut gefährdet

Seit Monaten kommt es in den verschiedenen Werken des Flugzeugbau-Konzerns VFW/Fokker immer wieder zu Streiks und Protestversammlungen. An verschiedenen Orten, besonders im Bremer Raum, wo allein fünf Werke angesiedelt sind, haben die Flugzeugbauer ihren Protest auch mehrfach mit Demonstrationszügen auf die Straße getragen; so, als 800 Bremer Kollegen im Anschluß an eine Arbeitsniederlegung zum Rathaus marschierten und der gerade tagenden Bürgerschaft ihre Forderungen überbrachten. Einen gewissen Höhepunkt erreichte die Auseinandersetzung um die VFW-Arbeitsplätze Ende September, als die Konferenz des Gesamtbetriebsrates aller westdeutschen Werke die Ablösung des Vorstandes der Zentralgesellschaft forderte, da von dieser Seite nichts mehr zur Sicherung der Arbeitsplätze zu erwarten sei. Diese Forderung wurde mit gleichzeitigen Arbeitsniederlegungen in allen sechs westdeutschen VFW-Werken am selben Tag untermauert.
Im Vordergrund der Auseinandersetzungen steht das erste westdeutsche Zivilflugzeug der Nachkriegszeit, der Kurzstrecken-Jet VFW 614. Dieser mit viel Vorschußlorbeeren bedachte Pech-Vogel hat sich bisher als nahezu unverkäuflich erwiesen. Angesichts dieses Fiaskos wird nunmehr erwogen, die Produktion einzustellen. Daß sich diese Erwägungen allerdings schon seit Monaten hinziehen, erregt den besonderen Zorn der VFW-Kollegenschaft.
Die Gründe für die scheinbare „Unentschlossenheit" des VFW-Managements dürften jedoch kaum in einem labilen Gemütszustand der Konzerngewaltigen zu suchen sein – es geht ummilliardenschwere Konkurrenz-Interessen. Es geht um den zukünftigen Einfluß in dem neu zu schaffenden gigantischen Flugzeugbau-Monopol, dessen Bildung mit Unterstützung der Bundesregierung durch die Fusion von VFW/Fokker und der Messerschmidt-Bölkow-Blohm GmbH betrieben wird.

Zankapfel VFW 614

Rund 250 Maschinen hätten verkauft werden müssen, um in die „Gewinnzone" zu kommen, so rechnen die VFW-Manager – genau 16 wurden bisher abgesetzt. Dabei sahen die Voraussetzungen zunächst gar nicht schlecht aus: Im Kurzstreckenbereich, mit ihren etwa 40 Passagierplätzen, schien die VFW 614 gute Chancen zu haben, die schon über zwanzig Jahre alte, nahezu konkurrenzlose DC 3 (insgesamt 6.000 Stück) abzulösen. Zudem erwartete man aufgrund der robusten Bauweise Verkaufserfolge in der „Dritten Welt", die Maschine ist nicht auf Betonpisten angewiesen. Doch die Bestellungen blieben aus.

Daran änderte auch die Tatsache nichts, daß sich 1969 mit dem holländischen Flugzeugbau-Konzern Fokker zusammengeschlossen hatte. Damals befand sich die VFW 614 noch im Entwicklungsstadium, und die westdeutschen Konzernherren versprachen sich von dieser Kooperation insbesondere eine Ausnutzung des weltweiten Vertriebssystems des holländischen Unternehmens. Eine der inzwischen durchgesetzten Forderungen der VFW-Kollegen war es, den Verkauf der VFW 614 wieder in die Hände der Bremer Werksleitung zu geben. Der Betriebsrat hatte mehrere Beispiele dokumentiert, daß die Amsterdamer Verkaufsverantwortlichen aussichtsreiche Verhandlungen scheitern ließen, um statt dessen mit holländischen Produkten ins Geschäft zu kommen, der F 27 und vor allem mit dem Kurzstrecken-Jet F 28.

In die VFW 614 sind bisher rd. 615 Mio. Mark investiert worden, ein erheblicher Teil davon aus staatlichen Mitteln, also Steuergeldern. Mittlerweile wird jedoch immer deutlicher, daß auch die Bundesregierung sich von dem einstigen Prestige-Objekt zurückzieht. So schrumpft der Kreis der Befürworter des Weiterbaus immer weiter zusammen: lediglich die Belegschaft selbst sowie der Betriebsrat und die IG-Metall fordern die Fortführung der Produktion. Der einzige noch verbliebene „Verbündete": Ministerpräsident Albrecht von Niedersachsen. In diesem Bundesland gibt es 4.000 VFW-Arbeitsplätze, und im kommenden Frühjahr sind Landtagswahlen ...

Es spricht einiges dafür, daß die VFW 614 in der Geschichte der westdeutschen Luft- und Raumfahrt-Industrie (LRI) nur eine Episode bleiben wird, wenn auch endgültige Entscheidungen noch nicht gefallen sind. Auf jeden Fall wird der teure Vogel noch einmal mehrere Hundert Millionen Mark Steuergelder verschlingen. Die Düsseldorfer Zentrale hat mit der Produktionseinstellung zum 31. Dezember gedroht.

„Würde diese Maschine unverändert weitergebaut, so ergäbe sich bis zum Jahre 1990 voraussichtlich ein weiterer Finanzbedarf von nahezu 800 Millionen DM. Das wäre weit mehr, als die deutsch-niederländische Flugzeugbaugruppe VFW-Fokker allein für eines von mehreren Programmen aufwenden könnte.

Aber auch die Einstellung des VFW 614-Programms würde die Gruppe teuer zu stehen kommen. Zahlreiche Zulieferer verfügen über langfristige Verträge im Blick auf dieses Flugzeug. Sie müßten abgefunden werden. (. . .) Alles in allem resultiert aus dem Stillegungsbeschluß eine Kostenbelastung, die in eine Größenordnung von 400 bis 500 Millionen DM hineinwachsen könnte" („FAZ", 31.10).

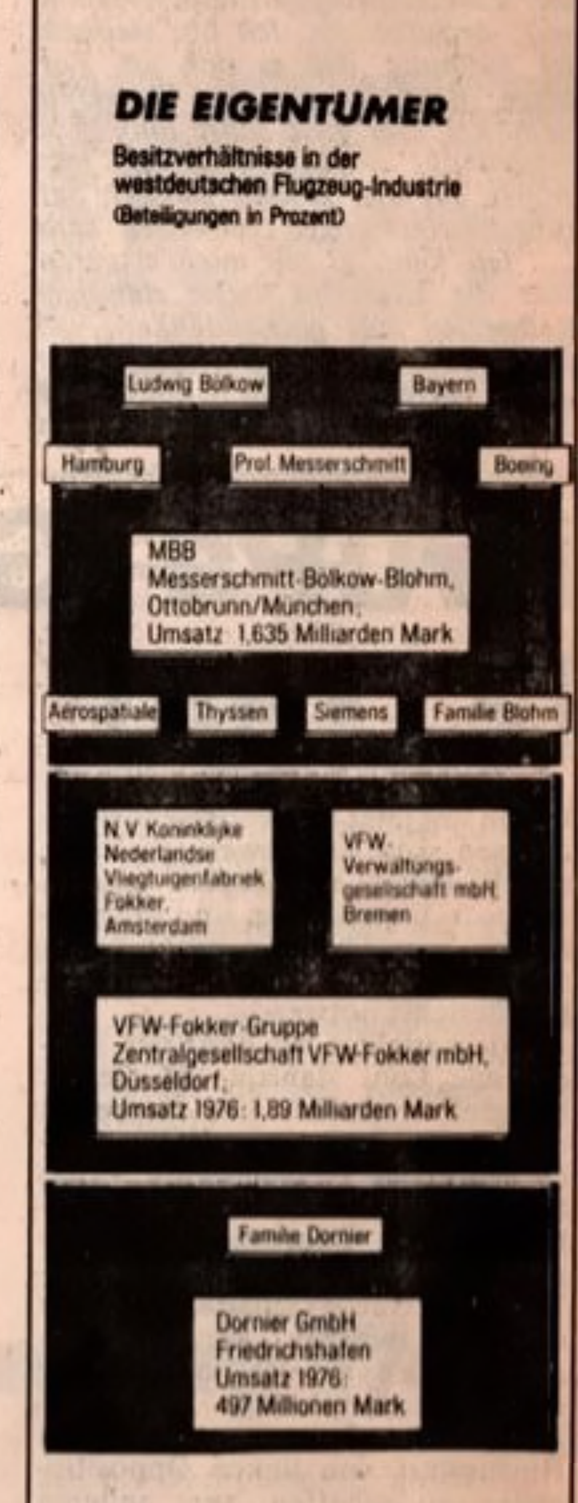
Ein Großteil dieser Gelder sind durch Bundes- und Landesbürgschaften abgesichert, Aktionäre würden daran nicht arm werden.

Fortsetzung im nächsten AK:
- Die Aufrüstung – Motor der westdeutschen LRI
- Der „Grüner-Plan" zur verschärften Konzentration der LRI
- IG Metall fordert durchgreifende Rationalisierung, auch auf Kosten von Arbeitsplätzen
- Setzt die Regierung auf MBB?

Metall-Kommission
KB/Gruppe Hamburg



VFW 614: bei Produktionseinstellung 1.200 Arbeitsplätze betroffen



Die „Großen Drei" der westdeutschen Luft- und Raumfahrt-Industrie. MBB und VFW zusammen repräsentieren ca. 70% des Umsatzes der Branche und etwa den gleiche Prozentsatz der Beschäftigten. Die Eigentumsverhältnisse bei VFW: Krupp (35%), United Technologies (USA, 27%), Hanseatische Industriebeteiligungen (d.i. Ludwig Roselius, Hauptaktionär von Kaffee HAG, 27%), Lisa Heinkel (9%), Ernst Heinkel Maschinenbau (3%)

Druck

DruPa Hamburg: Ringkampf um die Vorstandswahl

Wie bereits im vorigen ,AK berichtet, trat am 13.10.77 die bisherige Führungscrew der DruPa Hamburg (Wolf, Metzinger, Hansen) aufgrund einer Rüge des restlichen Ortsvereinsvorstands zurück. Dieser Rüge vorausgegangen war eine Beschwerde mehrerer Vorstandsmitglieder sowie zahlreicher Betriebsräte über eine Reihe undemokratischer Machenschaften von Wolf und Co., die an den Hauptvorstand gerichtet war. Jedoch war jedem engagierten Gewerkschaftler sofort klar, daß sich hinter dem Rücktritt mehr verbirgt als eine Reihe undemokratischer Machenschaften, wie sie in Wolfs langjähriger Amtszeit an der Tagesordnung waren. Dahinter steckt die Frage, auf welche Art in Hamburg zukünftig die offizielle DruPa-Politik gegen eine derzeit an einigen Punkten (Rationalisierungsfrage – OCR) recht starke Opposition durchgesetzt werden soll.

Dabeistehen für die Gewerkschaftsführer als Alternativen zur Auswahl: einmal die bisherige Führungscrew, deren Politik allerdings in jüngster Zeit eben der Grund für die anwachsende Opposition ist; sowie zum anderen Kräfte aus der DKP-Richtung, die sich für diese Aufgaben anbieten.

Der Hauptvorstand setzt auf die DKP

Nachdem der Hauptvorstand sich sowohl mit dem umfanreichen Material der Beschwerdeführer als auch mit der Rechtfertigung der Wolf-Clique beschäftigt hatte, ergriff er nicht, wie in den bundesdeutschen Gewerkschaften üblich und von Wolf und Co. wohl auch erwartet, für den angegriffenen geschäftsführenden Hamburger Vorstand Partei, sondern schrieb in einem an Heinz Wolf persönlich gerichteten Brief:

„Ich möchte mich auch nicht über den formalen Vorgang (Anm.: gemeint sind einige Beschwerdepunkte) *aufhalten, ..., und sehe auch keinen Anlaß, die Bandaufzeichnungen über Eure mehrtägige Hauptversammlung anzufordern. Ich bin vielmehr der Meinung, daß es sich um Vorgänge handelt, die im Ortsverein Hamburg über viele Jahre hinweg so gehandhabt wurden, ohne daß man immer auf die jeweils gültigen Satzungsbestimmungen verweisen kann ..... Ich kann es mir auch ersparen, über die Ursachen dieser ständigen Reibereien laut nachzudenken, weil sie wahrscheinlich von beiden Seiten wieder unterschiedlich beurteilt werden. Ich möchte nicht um den heißen Brei rumreden, sondern auf einige Beispiele hinweisen, die mir in der Handhabung auch von der Satzung her etwas fraglich erscheinen bzw. nicht unbedingt demokratischen Gepflogenheiten entsprechen, ..."*

Von Rückenstärkung für Wolf kann hier wahrlich nicht die Rede sein. In seinem Antwortschreiben hierauf versucht Wolf dem Hauptvorstand und speziell Mahlein den „Ernst der Lage" nochmal deutlich zu machen:

„Lieber Loni, ich stimme mit dir überein, daß ein vermittelndes Gespräch wenig sinnvoll, weil wenig erfolgversprechend ist. Zwar sind die Kollegen Bracker und Brumm die Wortführer in der Sache, dahinter steckt aber eine informelle Gruppe, die die Aussagen einzelner nur insoweit als verbindlich akzeptiert, als es diesen und der Gruppe in das jeweilige Konzept paßt. Lösbar ist das Problem nur in Hamburg und hier wird es noch einige Zeit eine Rolle spielen. Du nennst die Auseinandersetzung um Grundpositionen unserer Arbeit „ständige Reibereien". Sicher – und nicht ganz zu Unrecht – kann man das so nennen, weil der überwiegende Teil in parteipolitischen Gegensätzlichkeiten seine Ursache hat." (Anm.: Der von Wolff erwähnte Brumm gehört jedoch nicht zu den DKP-Kräften). Später heißt es in dem Brief noch zur Hamburger Situation: *„Als besondere Zugabe kommt obendrauf Hamburg als Zentrale der „Neuen Linken".*

Aber auch dieses Klagelied von Wolf hat den Hauptvorstand bislang nicht zu einer eindeutigen Parteinahme für ihn und seine alte Mannschaft bewegen können. Stattdessen weist der HV die Angelegenheit zur Klärung nach Hamburg zurück:

„Diese Gewohnheiten (Anm.: gemeint sind Wolfs eigenwillige Satzungsinterpretationen) *wurden in Hamburg in den zurückliegenden 20 oder 25 Jahren aus der Übung gehandhabt, ohne daß es aus der Mitgliedschaft irgendwelche Einwendungen bzw. Proteste gegeben hätte. Die Hintergründe, warum neuerdings auf eine größere Satzungsgenauigkeit Wert gelegt wird, sind mir zu wenig bekannt* (Heuchler!) *um im einzelnen darauf eingehen zu können".*

Dem Hauptvorstand ist natürlich bewußt, daß jede Nichtunterstützung für Wolf eine Unterstützung für die Beschwerdeführer ist und d. h. eine Unterstützung für einen Vorstandswechsel, der dann wesentlich von Kräften in DKP-Richtung mitgetragen würde. Warum dies? Der Ortsverein Hamburg ist innerhalb der DruPa aus zwei Gründen bekannt, um nicht zu sagen berüchtigt: 1.gelten Wolf und Co. innerhalb der DruPa, die sich nach außen ein betont linkes Image gibt, als rechte Exponenten, was sowohl an ihrer massiven Ausschlußpolitik deutlich wird als auch an ihrem Stimmverhalten bei den Vorstandswahlen des letzten Gewerkschaftstages (die Stimmen gegen Mahlein, Hensche und weitere als „links" geltende Vorständler kamen im wesentlichen aus den Kreisen, zu denen auch Wolf gehört).

Zum 2. hat es die rechte Wolf-Politik nie bzw. immer nur vorübergehend geschafft, die linke Opposition in Hamburg auszuschalten bzw. zu integrieren. Und zur Zeit ist in Hamburg die Entwicklung einer Opposition im Gange, die zum einen nicht nur auf die revolutionäre Linke beschränkt ist und die zum anderen bei einer konsequenten Fortsetzung ihrer Politik auch Einfluß über den Hamburger Raum hinaus ausüben könnte. Vor allem geht es dabei momentan um die Kritik an den DruPa-Tarifverhandlungen über die Einführung neuer Techniken (OCR), die ca. 40% der Arbeitsplätze in der Druckindustrie gefährden wird.

Und da Wolfs Politik keine Aussicht auf Integration der Kritiker bietet, muß auch der DruPa-Hauptvorstand auf neue Pferde setzen, wobei er sich auch von der DKP eine Gegenentwicklung zur Opposition in seinem Sinne erhofft. Letztlich kann der Hauptvorstand in mehreren Landesbezirken (Hessen, Bayern) bereits auf „beste Erfahrungen" aufbauen, was die Loyalität von DKPlern oder DKP-nahestehenden Gewerkschaftern dem Hauptvorstand gegenüber angeht.

Die aktuelle Situation

So vom Hauptvorstand verlassen sahen Wolf, Metzinger und Hansen ihren taktischen Vorteil im Rücktritt, zu dem sie folgende Stellungnahme verteilten:

„Die zunehmende Konfrontation einiger Gruppen gegen den geschäftsführenden Vorstand anstelle der jahrzehntelangen Zusammenarbeit des Vorstandes mit allen Gruppen hat sich seit der Jahreshauptversammlung auf die Vorstandarbeit übertragen." Und weiter nach der Zurückweisung der Beschwerdepunkte:*„Die Beschwerdeführer ernannten sich selbst zu „Richtern", nachdem der Hauptvorstand ihrer Beschwerde nicht gefolgt ist* (Anm.: auch eine Interpretationsmöglichkeit!). *Damit war die Möglichkeit einer Zusammenarbeit mit diesen Vorstandsmitgliedern zerstört und der Rücktritt die einzig mögliche Folge. Der Rücktritt ist nicht Resignation oder taktische Erwägung im Hinblick auf OCR-Verhandlungen oder Gewerkschaftstag – jedenfalls nicht von uns. Die Ablehnung der von uns gewünschten Vertagung auf eine Vorstandssitzung nach dem Gewerkschaftstag beweist das Gegenteil. Die Behandlung noch vor dem Gewerkschaftstag wurde jedoch von den Beschwerdeführern erzwungen. Wir sind nach wie vor bereit, mit Unterstützung der Delegierten und einer tragfähigen Mehrheit im Vorstand die uns übertragenen Aufgaben zu lösen".*

Ursprünglich war geplant, die Neuwahlen schnell und ohne viel Federlesen durchzuziehen, um keine weitere „Unruhe" im Ortsverein entstehen zu lassen. Doch die Delegierten und anwesenden Kollegen ließen sich so nicht leimen. Die Auseinandersetzung zwischen den verschiedenen Vorstandsanwärtern geriet nämlich zu einem von den tatsächlichen Problemen ziemlich entfernten Profilierungs-Schauspiel. So war ein heiß diskutierter Punkt „auf beiden Seiten", wie wann welcher Brief abgeschickt wurde und wer die Briefmarke bezahlt hat. Das ist nicht übertrieben, auch wenn's so klingt.

Kollegen, die dieses Schauturnen kritisierten und aufforderten, über die zukünftige Politik des Hamburger Ortsvereins zu diskutieren, erhielten den Beifall der Mehrheit der Anwesenden. Eine Durchführung der Vorstands-Neuwahl war in dieser Situation für keinen der Bewerber günstig. Wolf-Vize Metzinger stellte selbst den Antrag, den Wahltermin zu verschieben, obwohl vorher Anträge der Linken, die mehr Zeit zur inhaltlichen Diskussion forderten, abgelehnt worden waren. Von ca. 450 Delegierten waren am 30.10. knapp über 200 anwesend, neben weiteren 200 interessierten Kollegen. Man wird davon ausgehen können, daß die rechte Wolf-Clique die Zeit bis zum 20.11. zur weiteren Mobilisierung ihrer rechten Anhänger benutzen wird, nachdem sie sich am 30.10. nur auf weniger als die Hälfte der Delegierten stützen konnten.

Die DKP ist keine Alternative!

Die DKP hatte als einzige Kraft in Favoritenstellung des Hauptvorstandes, ein immenses Interesse am Durchziehen der Wahlen am 30.10., wozu sie extra vorher z.B. im Bauer-Vertrauenskörper abstimmen ließ, daß es notwendig sei, zu diesem Zeitpunkt zu wählen. Dahinter steckt ganz einfach ihr Seiltanz zwischen der Wolf-Clique und der erwähnten Opposition, der nur sehr kurzzeitig aufzuführen ist. Zum einen versicherten die DKP-Kräfte, daß sie natürlich weiterhin die Hamburger OCR-Kritik vertreten würden, während sie andererseits die Wolf-Clique mit dem Angebot des Amtes des 2.Vorsitzenden sowie des Kassierers zu locken versuchte, was von diesen allerdings abgelehnt wurde. Was ihr Versprechen gegenüber dem OCR-Arbeitskreis angeht, so „vergaßen" sie bereits in der vorherigen Delegiertenversammlung am 24.10. den zugesagten Tagesordnungspunkt „Stellungnahme des OCR-Arbeitskreises" wofür sie sich anschließend entschuldigten. In einer darauffolgenden Restvorstandssitzung wurde allerdings auf DKP-Betreiben die Nachholung dieses Tagesordnungspunktes am 30.10. mit 9:1 abgelehnt. In dieser Stellungnahme wollte der OCR-Arbeitskreis seine Anforderungen an den künftigen Vorstand darlegen. Feine Demokraten die DKPler!

Die Zeit nutzen!

Für die Hamburger DruPa-Opposition für die weder Wolf noch die DKP-Kräfte akzeptabel sind, kommt es nun darauf an, die gewonnene Zeit bis zum 20.11 zu nutzen, um die Diskussion um die Aufgaben der nächsten Zeit und damit die Anforderungen an einen neuen Vorstand in die Betriebe zu tragen. Die beiden Postenrangler (Wolf, DKP) scheuen dies. Die Wolf-Clique „informiert" auf der Ebene ihrer Verschwörungsstory („informelle Gruppe" etc) während die DKP versucht, auf der Jammer-Ebene (wie: „Wir brauchen einen arbeitsfähigen Vorstand")moralischen Druck auszuüben, ohne auf die Inhalte zukünftiger Aufgaben einzugehen. Dabei hat sich die Opposition allerdings bislang nicht dazu durchringen können, ihre Ansichten und Anforderungen den Kollegen schriftlich an die Hand zu geben.

Wie aus gewöhnlich gut unterrichteten Kreisen jedoch verlautete, wird die Opposition versuchen, den beiden nicht akzeptablen Kontrahenten (Wolf – DKP) ihre eigene Alternative entgegenzusetzen.

Druckkomitee KB/Gruppe Hamburg

DruPa- Gewerkschaftstag [2. Teil]

Einige uns jetzt erst vorliegende Unterlagen zum 11. Gewerkschaftstag der IG-Druck und Papier machen ein paar Ergänzungen und Präzisierungen zum Thema Ausschlußpolitik unseres im letzten AK erschienen Berichts notwendig.

Wie berichtet hat der Erste Vorsitzende Loni Mahlein auf diesem Kongreß wortreich eine Lanze für die geistige Freiheit in diesem Lande gebrochen – gleichzeitig wurde hier ein Paradebeispiel bundesrepublikanischer Repression vorexerziert.

Die Gewerkschaftsausschlüsse standen zweimal zur Debatte: einmal ging es um das Vorhaben der Gewerkschaftsführung, ein satzungsmäßiges Instrumentarium zum Hinauswurf von linken Oppositionellen zu schaffen; zum anderen hatte der Gewerkschaftstag in 18 Fällen über Ausschlußanträge bzw. Anträge auf Rücknahme von Ausschlüssen zu entscheiden.

Zur Satzungsdiskussion haben wir im letzten AK die wichtigsten Punkte genannt. Zusammenfassend läßt sich noch einmal feststellen, daß es dem Vorstand gelungen ist, sein taktisches Konzept umzusetzen: in dieser Debatte nämlich, die Diskussion um die konkreten Ausschlußfälle zu erledigen. Diese allgemein gehaltene Debatte war schließlich viel unverfänglicher als wenn der Hauptvorstand sich zu konkreten Kritiken hätte äußern müssen; z.B. daß selbst der Hauptausschuß (dem Hauptvorstand übergeordnete Kontrollinstanz) beklagt hatte, daß die Ausschlüsse mangelhaft begründet waren.

Bis auf sechs oder sieben Delegierte standen alle anderen sowieso felsenfest hinter derVorstandslinie in der Ausschlußpolitik, so daß Mahlein und seine Crew im üblichen allgemeinen Stil von „Chaoten" daherreden konnte, die der *„gefährlichen These von der sozialfaschistischen Gewerkschaftspolitik"* anhängen, die Parolen von *„der Dezentralisierung der Gewerkschaften, ihrer Ersetzung durch lose Kampfverbände oder absetzbare Kampfkomitees"* verbreiten usw. Es ist zu vermerken, daß diese Methode der pauschalen Verunglimpfung, die von Halbwahrheiten und Erfindungen lebt, sich haargenau in die allgemeine „Terroristen"-Hetze der Bourgeoisie einpaßt.

Auf dieser Grundlage wurden dann unterschiedslos und ohne Diskussion die teilweise ganz verschieden gelagerten Ausschlüsse durchgezogen: in zwei Fällen der Vorwurf der Mitgliedschaft bzw. Unterstützung einer linken Organisation, und zwei Fälle von Massenausschlüssen in Hamburg – einmal mit dem Vorwurf der Beteiligung am „Streik-Info", zum anderen wegen der Mitarbeit in der „Alternative" (oppositioneller Kollegenkreis 1974 in der Hamburger DruPa).

Vorgelegen haben den Delegierten neben den Anträgen dazu der entsprechende Teil des Rechenschaftsberichts des Hauptvorstandes, der Rechenschaftsbericht des Hauptausschusses, der sich ausschließlich mit dem Thema Ausschlüsse befaßte, jeweils eine Erklärung der von den Massenausschlüssen Betroffenen sowie je eine Erklärung zu den beiden Einzel-Ausschlüssen. Eine davon und die beiden zu den Massenausschlüssen wurden vor der Kongreßhalle an die Delegierten verteilt, drei der Betroffenen sind dazu eigens aus Hamburg bzw. aus München nach Augsburg angereist. Dazu kam noch die gesonderte Erklärung eines Kollegen zu seinem Ausschlußverfahren, das mit drei verschiedenen Begründungen geführt wurde, und ein Flugblatt des Landesbezirksvorstandes Nordmark, von dem noch die Rede sein wird. Stoff genug zur konkreten Diskussion war also vorhanden.

Dem Hauptvorstand ging allerdings schon die geringste Information gegen den Strich. Sein Rechenschaftsbericht ließ noch nicht einmal erkennen, daß in Hamburg jeweils zehn und zwölf Kollegen auf einen Streich ausgeschlossen wurden.

Immerhin hat der Hauptausschuß in seinem Bericht klar und deutlich gesagt, daß er *„in einzelnen Fällen"* die Ausschlüsse rückgängig machen mußte, weil sie sich auf nichts als auf *„unbewiesene Behauptungen"* – so wörtlich– stützten. Desweiteren erteilte die Beschwerdekommission, die auf dem Gewerkschaftstag für alle Anträge zu den Ausschlüssen zuständig war, dem Haupvorstand eine Rüge, weil sie erst während (!!) des Gewerkschaftstages Gelegenheit erhalten hatte, sich mit den Beschwerden zu befassen.

Schon vor dem Kongreß hatte der Hauptvorstand es den Betroffenen so schwer wie nur möglich gemacht, mit ihrer Beschwerde und ihrer Stellungnahme gegen die Ausschlüsse überhaupt bis vor den Gewerkschaftstag zu dringen.„*Dazu* (zu den Ausschlüssen; die Red.) *haben wir einen Abänderungsantrag an diesen Gewerkschaftstag gestellt, dessen Zulassung der Drohung mit juristischen Schritten bedurft hat, und der entgegen den Satzungsbestimmungen nicht (im gewerkschaftlichen Zentralorgan; d. Red.) veröffentlicht wurde"* heißt es in der Erklärung der „Alternative"-Ausgeschlossenen. So wurden die Delegierten bewußt dem Gefühl der mangelnden Informiertheit und der Inkompetenz überlassen. Es spricht allerdings Bände über das Klima auch in den Gewerkschaften, wenn trotzdem und praktisch nur auf die oben beschriebene Diskussion um die „Extremistenerlasse" gestützt, die Behandlung der einzelnen „Fälle" ausnahmslos den folgenden Gang nahm:

Der entsprechende Antrag wird aufgerufen. *„Ich rufe Antrag 369 auf, Antragsteller Hauptvorstand, Verfahren ....(Name des Betroffenen). – Die Beschwerdekommission empfiehlt dem Gewerkschaftstag dem Antrag des Hauptvorstandes (der zum Ausschluß führt, Anm. d. Red.) ... zu entsprechen.... Tagungsleiter: Wird das Wort gewünscht? – Nicht der Fall. Wir kommen zur Abstimmung. Wer sich der Empfehlung der Beschwerdekommission anschließt, den bitte ich um das Kartenzeichen. – Danke. Gegenprobe. – Wenige Stimmen. Stimmenthaltungen? – Wenige Stimmenthaltungen. So beschlossen. Der Sprecher der Beschwerdekommission hat das Wort"* .... zum nächsten Ausschlußantrag, wie am Fließband.

Die Vermeidung der Diskussion über die Ausschlüsse hat neben der Selbstherrlichkeit des Vorstandes noch einen anderen Grund: Die Diskussion über den Streik 1976 wurde wie berichtet, nicht geführt bzw. gleich abgewürgt, als vorsichtig Kritik geäussert wurde. Daß dennoch nicht alles glatt und reibungslos ablief, belegt selbst der Rechenschaftsbericht des Landesbezirks Nordmark in verschiedenen Punkten: unter*„Fehler, Schwachstellen und Krisenpunkte"* während des Streiks wird hier u.a. aufgeführt: Erstens, der Mangel an aktuellen Informationen an die Streikenden. Der Landesbezirk Nordmark redet sich hier mit seinem „Informationszentrum" raus – das wurde nach Erscheinen der ersten Nummern des „Streik-Info" eingerichtet und verdiente seinen Namen in der Regel nicht. Immerhin war es das Ergebnis eines gewissen Drucks von der Basis, woran das Erscheinen des „Streik-Infos" nicht unmaßgeblichen Anteil hatte. Von daher ist es reichlich zynisch und demagogisch, wenn sich der Landesbezirksvorstand beklagt, er hätte Schwierigkeiten gehabt, bessere und schnellere Informationswege zu finden (so steht's im Bericht) – gleichzeitig aber das „Streik-Info", das diesen „Schwierigkeiten" eben Abhilfe bot verunglimpft und quasi schon kriminalisiert wurde.

Zweiter Krisenpunkt ist die „Vermittlung" der Streikaussetzung an die Mitglieder. Dies war gerade einer der wichtigsten Kritikpunkte

Fortsetzung von Seite 23

im „Streik-Info". Dem Bericht des Landesbezirksvorstandes zufolge stand das „Streik-Info" damit ja wohl doch nicht allein da.

Ein abschließender Punkt nennt noch das Ende des Streiks, das in der Tat in Hamburg reichlich makaber war. Am Vormittag wurden die Kollegen mit der 9 % Forderung auf die Straße mobilisiert – und am Nachmittag mit dem 6 % Ergebnis in die Betriebe zurückgeschickt! Auch dies war einer der wesentlichen Kritikpunkte des „Streik-Info". Abgesehen davon, daß diese Sachen allesamt nicht in das rosige Bild des erfolgreichen Streiks passen, wie es auf dem Gewerkschaftstag nochmal hochgelobt wurde, wäre eine kleine Aufhellung auch in einem dieser Punkte für den Landesbezirksvorstand Nordmark vor der Versammlung der ganzen DruPa auch wohl äußerst peinlich gewesen. So hat er auch während des Kongresses noch reagiert, indem er ein Flugblatt zu den „Streik-Info"-Ausschlüssen an die Delegierten herausgab, das der inhaltlichen Ausschlußbegründung noch einmal eine andere Wende gab. Waren bis dahin einzelne Wörter wie „Arbeiterverräter" und „Verschaukelungspolitik" herausgenommen und als Indiz für die „Gewerkschaftsfeindlichkeit" angeführt worden, so versuchte man hier das Vorhandensein von Kritik so zu kaschieren, daß die Formulierung z.B. der Forderung eines großen Teils der Hamburger Kollegen nach einem Vollstreik in der Phase des sog. Schwerpunktstreiks als bewußte Desorientierung der Streikfront ausgelegt wurde. Die „Argumente" wechseln zeitweise – ihr Ziel bleibt aber immer das gleiche: Liquidierung jeder linken Opposition in der Gewerkschaft.

Druckkomitee
KB/Gruppe Hamburg

Buchhandel will Kampfbereitschaft leerlaufen lassen

Hamburg. Am 3.11. fand in Hamburg eine ordentliche Mitgliederversammlung (MGV) der Buchhändler in der HBV statt. Diese war mit 83 Teilnehmern weit besser als die letzten MV's besucht. Diskutiert wurde hauptsächlich darüber, ob nach viermonatigem tariflosen Zustand nach einem anfänglichen zweistündigen Warnstreik jetzt der Vollstreik organisiert werden soll.

Die Kollegen der vier Großbuchhandlungen stellten fest, daß bei ihnen ein Vollstreik durchführbar sei. In den anderen, vielfach kleineren Buchhandlungen ist die Stimmung geteilt. Deshalb forderten die Kollegen grünes Licht für die volle Mobilisierung eines Vollstreiks, der den Buchhandelskapitalisten das Weihnachtsgeschäft vermiesen soll. Die anwesenden Gewerkschaftssekretäre erklärten dagegen, man solle hier nicht über Vollstreik ja oder nein diskutieren, denn dies sei ja Sache der Tarifkommission von Gewerkschaftsführer-Gnaden, sondern man solle mehr über streikvorbereitende Maßnahmen reden – das ist halt unverbindlicher. Oder soll doch etwas passieren? Nun, immerhin soll es für den 26.11. eine Kundgebung in der Hamburger Innenstadt geben, und beschlossen werden konnte über eine Urabstimmung. Bis auf die Kollegen vom Rowohlt-Verlag, die als Schleswig-Holsteiner nicht mitstreiken dürfen, sprachen sich alle Kollegen für Urabstimung und Streik aus. Auch sämtliche Nachwahlen für Delegierte und andere gewerkschaftliche Gremien brachten Siege für Kandidaten, die diesen Kurs entschieden vertreten hatten.

Leerlaufen lassen

Schon wenige Tage nach diesem Streikbeschluß der Kollegen ging die Tarifkommission mit Feuereifer daran, diesen Beschluß in die Tat umzusetzen. Landesbezirksleiter Krause stellte auf einmal fest, daß sie keine vollständigen Unterlagen über die HBV-Mitglieder im Buchhandel hätten, da lag es natürlich „nahe", daß er erstmal die Sitzung der Tarifkommission ausfallen ließ. Ein Streikbeschluß ohne Mitgliederlisten? – Unmöglich! Da muß doch erst einmal recherchiert werden. Nun, das kann nach bisherigen Erfahrungen möglicherweise lange dauern.

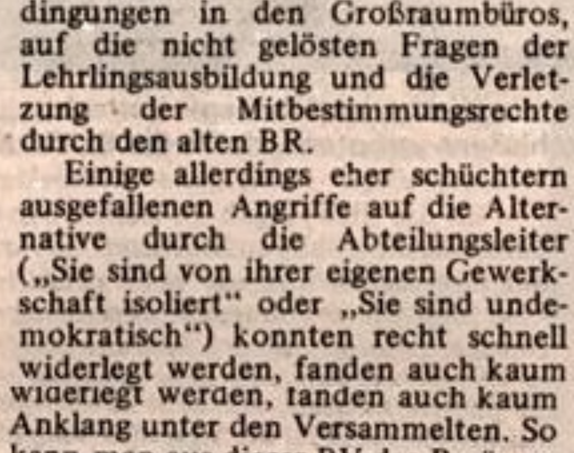
Auch der Hamburger Geschäftsführer Hauschild machte sich ernsthafte Gedanken über den Erfolg eines Streiks. Auf einer Klausurtagung der Orts-HBV-Größen motzte er über die „verrückten Festgeldforderungen" der Kollegen, die sicher eine Bauchlandung im Streik zur Folge hätten.

Doch die Kollegen wußten die Anteilnahme der Gewerkschaftsführer an ihren „Verrücktheiten" nicht zu schätzen. Der Arbeitskreis Tarife, der die Aktion bisher getragen hatte, forderte in einer Protestresolution Krause auf, bis Ende der kommenden Woche eine Sitzung der Tarifkommission zustande zu bringen und sich aktiv für Beschlüsse der Mitglieder einzusetzen.

Buchhändler-Zelle und HBV-Komitee
KB/Gruppe Hamburg

Hamburger Buchhändler gegen „K-Gruppen"-Verbot

Auf der Hamburger Buchhändlermitgliederversammlung vom 3.11. lagen zwei Anträge zum „K-Gruppen"-Verbot vor. Der erste Antrag sprach sich gegen das Verbot von KBW, „KPD" und „KPD/ML" aus und erwähnte auch die Bedrohung der DKP und zählte andere Repressionen (so §88a und §130a) auf. Ortschef Hauschild merkte dazu an, daß solche Anträge nicht berücksichtigt werden könnten auf Grund des Extremistenerlasses der Gewerkschaften, somit soll auch für das Verbot alles in den Gewerkschaften klar sein! Daraufhin wurde ein zweiter Antrag vorgelegt, der sich allgemein gegen Verbotsdrohungen von kommunistischen Organisationen sowie die Bedrohung fortschrittlicher und demokratischer Kräfte wandte. Gefordert wurde in dem Antrag eine breite Aktionseinheit, um effektiven Widerstand zu leisten. Dagegen wandten sich nur die Antragsteller des ersten Antrages, ohne den Namen der Organisationen sei das „Selbstzensur". Die DKP brachte dann vor, daß es nicht angehe, daß sie im ersten Antrag in einem Atemzug mit „K-Gruppen" erwähnt würde – pfui Deibel aber auch. Dem ersten Antrag stimmte rund die Hälfte der Anwesenden zu, dem zweiten alle bei rund einem halben Dutzend Enthaltungen (aus der Ecke der ersten Antragsteller).



HBV

Iduna-Versicherungen Hamburg: Betriebsrat oder 2. Personalabteilung ?

Die Betriebsrats-Neuwahl bei der Iduna-Hauptverwaltung in Hamburg am 14./15.November 1977 steht mittlerweile unter einem ganz besonderen Stern: Von acht Listen, die sich bewerben, sind allein drei reine Abteilungsleiterlisten, eine weitere hat eine ganze Reihe sogenannter Vorgesetzter in den eigenen Reihen.

Ganz offensichtlich wollen die Vertreter der Geschäftsleitung aus dem Rücktritt des alten BR und den notwendig gewordenen Neuwahlen Kapital schlagen.

Nach langem Zögern sind diese Listen dazu übergegangen, sogenannte Wahlaussagen zu publizieren. Die Liste 8 mit dem Spitzenkandidaten Paul Fechner (Handlungsbevollmächtigter und damit einem Abteilungsleiter gleichgestellt) hat es sich zur Aufgabe gemacht, gegen „einseitige Meinungen" im BR zu kämpfen und mit dem *„Arbeitgeber vernünftig und damit erfolgreich zu verhandeln"* (Wahlinfo vom 31.10.1977).

Die Liste 3 mit den Spitzenkräften Abteilungsleiter Jörk und Koch (und weiteren vier Vorgesetzten von insgesamt acht Bewerbern) propagieren die angemessene Vertretung der Abteilungs- und Gruppenleiter im BR und warnen vor einem BR, *„der stark gewerkschaftlich und ideologischen Einflüssen unterliegt"* (Wahlinfo vom 27.10.77), die damit offen als reine Interessenvertretung der Abteilungsleiter antritt und wohl dort ihre (mickrigen) Stimmen sammeln dürfte. Die Liste 6 (mit Abteilungsleiter Günther und weiteren fünf Vorgesetzten von insgesamt zehn Bewerbern) hatte schon früher betont, daß eine Zusammenarbeit im BR sowieso nur mit denen möglich sei, *„die für eine sachliche betriebsbezogene und praktikable Betriebsarbeit eintreten und dabei frei sind von jeglicher Reglementierung durch Interessengruppen"* (Wahlinfo).

Auf einer weiteren Liste (Nr.1) kandidiert der derzeitige BR-Vorsitzende der Lebensversicherungsgesellschaft der Iduna, Reimann. Er hat schriftlich zwar noch gar nichts gesagt, vereinigt aber auch 40% von Vorgesetzten auf seiner Liste.

So richtig „sauber" stehen nur vier Gruppen da. Das ist die Liste 2 „EDV" (eine Abteilungsliste), die Liste 4 „Alternative", die Liste 5 „DAG" und die Liste 7 „HBV".

Betriebsversammlung am 2.11.1977

Der Betriebsrat der Iduna Leben hatte an diesem Tag zur Betriebsversammlung aufgerufen. Der noch getrennte Betriebsteil Iduna Allgemeine Versicherung bzw. der dortige Betriebsrat, weigerte sich, noch vor der Wahl eine BV durchzuführen. Das ist umso grotesker, als am 14./15.11. erstmals die zwar rechtlich getrennten aber in einem Haus zusammenarbeitenden „Betriebe" Leben und Allgemeine einen gemeinsamen BR wählen sollen. So wurden alle Kollegen der Allgemeine (ca. 500) von der Wahl-BV ausgeschlossen. Ebenso die Wahlbewerber, die noch formal diesem Betriebsteil angehörten. Das traf u.a. den Spitzenkandidaten der Liste 4 „Alternative".

An dem Tag der BV verteilte die Alternativ-Gruppe ihr Wahl-Info 6. Vor allem wurde die Kandidatur der Abteilungsleiter in massiver Form als Versuch der Geschäftsleitung angegriffen, über solche Leute den BR vollends von sich abhängig zu machen. So hat Abteilungsleiter Fechner fast zwei Jahre lang bis zum Frühjahr 1977 als BR-Vorsitzender zeigen dürfen, daß er jegliche Mitbestimmungsrechte mit Füßen getreten hat und sich nicht scheute, beschwerdeführende Kollegen bei ihren Vorgesetzten zu denunzieren. Er mußte u.a. deswegen zurücktreten.

Der größte Teil der Diskussion auf der BV ging denn auch darum, was die Abteilungsleiter so an dem BR-Sitz reizt. Alle erklärten nochmals wörtlich, daß sie zwar nicht gegen Gewerkschaften seien, aber die Abhängigkeit von Betriebsräten von außerbetrieblichen Interessengruppen, gleich welcher Art, ablehnten. Einer ging sogar soweit, daß er es als besonderen Vorzug darstellte, würden Abteilungsleiter im BR sitzen. Abteilungsleiter wüßten ja mehr und könnten so sehr gute Arbeit machen. Er bezeichnete sich (als Abteilungsleiter) als „verlängerten Arm" (nein, nicht der Geschäftsleitung) der Mitarbeiter.



Am witzigsten schaffte es Fechner, sich darzustellen. Er begann seine Rede mit einem Wort von Churchill: „Ich verspreche heute nichts, mache morgen aber alles". Nun ja, er versprach dann doch viel. Z.B. volle Information an die Belegschaft (was er zwei Jahre nicht gemacht hat) oder für alle das 15. Monatsgehalt. Die sog. Gewerkschaftslisten, also HBV und DAG, konnten nicht umhin, ihrerseits neben der üblichen Wahlpropaganda Schläge gegen die Crew von Rechts auszuteilen. Selbst die anwesenden offiziellen Gewerkschaftssekretäre stimmten da ein, wenngleich noch relativ sacht und darauf bedacht, die Vorzüge einer Gewerkschaft darzustellen (wir schreiben viele Seiten Gutachten für Betriebsräte etc. pp.).

Davon abstechend war die Rede der Liste Alternative. Alle fünf Kandidaten der Liste traten auf und gingen in Kurzbeiträgen auf die Abteilungsleiter ein, auf die seit Jahr und Tag ungelösten schlechten Arbeitsbedingungen in den Großraumbüros, auf die nicht gelösten Fragen der Lehrlingsausbildung und die Verletzung der Mitbestimmungsrechte durch den alten BR.

Einige allerdings eher schüchtern ausgefallenen Angriffe auf die Alternative durch die Abteilungsleiter („Sie sind von ihrer eigenen Gewerkschaft isoliert" oder „Sie sind undemokratisch") konnten recht schnell widerlegt werden, fanden auch kaum Anklang unter den Versammelten. So kann man aus dieser BV das Resümee ziehen, daß es gelungen ist, die Frage der Abteilungsleiter im BR breit zu diskutieren und aufzuzeigen, was diese in Wahrheit im BR vorhaben.

Anzumerken ist noch, daß den Gekündigten, die heute wieder kandidieren, das Zutritts- und Rederecht diesmal ohne Schwierigkeiten eingeräumt wurde. Es gab nur die schon bezeichnete Ausnahme, daß die Kolleginnen und Kollegen der Allgemeine nicht dabeisein durften. Eine noch vorher beantragte einstweilige Verfügung führte nicht zum gewünschten Erfolg.

Am Montag, den 7. November, also genau eine Woche vor der Neuwahl, ging die Liste 8 – Fechner – in die „Offensive". Alternative = KB, unter diesem Tenor kursierte ein Info, in dem der Artikel über die Iduna im AK 116 und einige Passagen aus dem Verfassungsschutzbericht über die „Stärke" des KB in den Hamburger Betrieben abgedruckt wurden. Am selben Tag verteilte allerdings die DAG ein Wahlinfo, in dem nun auch sie die Abteilungsleiter angreift. Und der DAG-Listenführer ist immerhin der alte BR-Vorsitzende der Iduna Allgemeine und bestimmt kein Freund der Linken. So steht Herr Fechner bis jetzt alleine – ohne glaubhaftes BR-Programm, aber mit einem ansehnlichen Sündenregister.

Die Weichen für die Wahl sind somit von allen Seiten gestellt. Wir werden im nächsten AK den Wahlausgang darstellen und bewerten.

HBV-Komitee
KB / Gruppe Hamburg

Gewerkschaftsversammlung geplatzt

Auf der Mitgliederversammlung der Fachgruppe Genossenschaften (coop und Pro) der Gewerkschaft HBV in Hamburg am 1.11.1977 wurde den Gewerkschaftern die Möglichkeit gegeben, Anträge zur Delegiertenversammlung der OV-Hamburg zu stellen.

Von einer Kollegin wurde ein Antrag gegen den Beschluß des CDU-Bundesvorstandes, über die CDU-regierten Länder einen Verbotsantrag beim Bundesverfassungsgericht gegen die „K-Gruppen" einzubringen, zur Abstimmung vorgelegt.

Wesentlicher Inhalt des Antrages war, daß der CDU-Beschluß einen Angriff auf das Recht der Organisationsfreiheit aller Arbeiter und Angestellten darstellt.

Er steht im Zusammenhang mit einer Flut reaktionärer Maßnahmen und Gesetze, wie z.B. den Berufsverboten, dem §88a, der Einschränkung der Verteidigerrechte, dem Kontaktsperregesetz.

Der anwesende Gewerkschaftssekretär G.Claas empfahl der Antragstellerin, den Antrag zurückzunehmen, da es kein Thema einer Mitgliederversammlung sei. Außerdem gebe es im DGB einen Beschluß, der Gewerkschaftern die Mitgliedschaft in „K-Gruppen" verbiete . Also, was die CDU vorschlägt, hat der DGB schon längst erledigt.

Der Fachgruppenvorstand in Person von W.Gerber sah sich seinerseits nicht in der Lage, dieses Thema zu diskutieren. Er stellte den Antrag, gegen den vorgelegten Antrag zu stimmen. Er unterlag in der Abstimmung mit 9 zu 7 Stimmen. In kindischer Manier legte er daraufhin sein Amt nieder und schloß die Sitzung.

Hiermit wurde das Recht auf Meinungs- und Diskussionsfreiheit nach der Selbstherrlichkeit der Gewerkschaftsführer unterlaufen, denn „Regierungsbeschlüsse sind nicht Thema einer Gewerkschaft"!!?? Auf die Frage, ob er sich denn von Vietheer, dem 1.Vorsitzenden der HBV, der sich in der Zeitung HBV-Ausblick zu den Verbotsanträgen geäußert hat, distanziere, meinte er, das hätte doch damit nichts zu tun.

Der Sekretär Claas forderte zuguterletzt noch die Kollegen auf, die den vorgelegten Antrag diskutieren wollten, sich doch endlich zu bekennen, Mitglied in einer „K-Gruppe" zu sein.

Die Mitgliederversammlung dauerte eine halbe Stunde. Er wurde aber in der kurzen Zeit sehr gut deutlich, daß die Gewerkschaftsführung nicht bereit ist, Themen zu diskutieren, die sie ja im gleichen Atemzug selbst praktiziert.

So entlarvt man sich selbst!

Genossinnen von coop

Denunzianten am Werk

Hamburg. Auch bei der Hamburg-Mannheimer wurde allgemeine Trauer um den Tod von Herrn Schleyer angeordnet. Betriebsrat und Vorstand verteilten ein entsprechendes Aufrufflugblatt, an die Vorgesetzten erging eine eigene Mitteilung, auf die Einhaltung der „Arbeitsruhe" zu achten. Am gleichen Tag schlug dann ein Denunzianten-„Kollege" los. Zwei Angestellte hatten sich mittags darüber unterhalten, daß bei der Nazi-Vergangenheit von Herrn Schleyer ja nicht unbedingt der Falsche erwischt wurde. Ein Lauscher eilte flugs zum Abteilungsleiter und machte Meldung. Dieser wiederum rauschte zur Personalleitung. Der Personalchef persönlich erschien am Arbeitsplatz des einen Kollegen und drohte ihm eindeutige Konsequenzen an, würde er nochmal versuchen, so ungeschminkt über Nazi-Vergangenheiten von Herrn Schleyer reden.

Alles sicher nicht sehr erfreulich, wenn nicht dem Denunzianten etwas später per Laufmappe ein Stapel Flugblätter auf den Tisch geflattert wäre mit der Aufforderung, sie an die Kollegen seiner Abteilung zu verteilen. Und alles so ganz offiziell per Post. Inhalt der Flugblätter: Die Vorfälle in Stammheim, Überschrift: Es war Mord!

Aufgeschreckt wie ein wildes Huhn wetzte er wieder zur Abteilungsleitung. Die recherchiert nun. Die „Laufpostaktion" wurde von nicht wenigen Kollegen mit gespannter, klammheimlicher Freude beobachtet.

Versicherungs-Zelle
KB/Gruppe Hamburg

»Wenn ich an die Kinder denke...«

„Zu den erschütternsten Erlebnissen im Lager Ausschwitz gehört zweifellos die Geschichte der unmündigen Häftlinge – der Kinder, die mit dem Ernst erwachsener und völlig reifer Menschen in den Tod gingen" (ehem. Häftling Dr. Otto Wolken (7).

Die Kinder wurden nicht nur zu Tausenden in den Gaskammern hingemordet; sie mußten ebenso hart und schwer arbeiten wie die Erwachsenen und sie hatten ganz besonders unter den elenden hygienischen Bedingungen zu leiden. Viele starben an Krankheit oder eines langsamen Hungertodes wegen Nahrungs- und Vitaminmagels.

An Kindern ebenso wie an Erwachsenen wurden „wissenschaftliche Versuche" durchgeführt, u.a. jene des berüchtigten SS-Hauptsturmführers und Lagerarztes im KZ Ausschwitz, Josef Mengele, an Zwillingen. Die Opfer durften in der Regel diese „Versuche" nicht überleben.

Die Kinder des Lagers Ausschwitz können in 4 Gruppen eingeteilt werden:

1. Unmittelbar nach der Ankunft ermordete Kinder.
2. Im Mutterleib oder gleich nach der Geburt ermordete Kinder.
3. Im Lager geborene und zunächst am Leben gelassene Kinder.
4. Bereits als Häftlinge in Lager eingelieferte Kinder (7).

Die wenigsten Kinder haben die Konzentrationslager überlebt.

Im Bericht „Naziverbrechen an der jüdischen Bevölkerung in Polen" heißt es:

„Von der jüngsten Generation der polnischen und jüdischen Bevölkerung wurden 2.000.000 Kinder und Jugendliche ermordet, und von den 200.000 polnischen Kindern, die zu Germanisierungszwecken verschleppt wurden, sind 160.000 nie wieder in ihre Heime und zu ihren Eltern zurückgekehrt" (1).

Als die Rote Armee am 27. Januar 1945 Ausschwitz befreite, fand sie nur mehr 200 Kinder lebend vor.

Die Einlieferung...

Fast in allen Transporten kamen meist jüdische oder polnische Kinder mit ihren Familien, mit ihren Müttern oder in besonderen Kindertransporten an:Mitte Mai 1943 wurden einige Tausend Juden, Männer, Frauen und Kinder aus dem Warschauer Ghetto eingeliefert.

Am 20. März kamen 764 Russin-
Ghetto eingeliefert.

Am 20. März kamen 764 Russinnen mit ihren Kindern. Im August wurden etwa 14.000 Menschen (vorwiegend Frauen, Kinder und Greise) nach Ausschwitz gebracht. Sie stammten aus ostpolnischen Gegenden, die „germanisiert" werden sollten.

Bei solchen Deportationen wurden Kinder vom 6. Lebensjahr an den Eltern entrissen und gesondert gehalten (2).

1944 wurden z.T. täglich Tausende jüdischer Kinder aus Ungarn nach Ausschwitz eingeliefert. Alle fielen den Mördern zum Opfer.

„An einem Nachmittag fuhr ein mit Kleinkindern überfüllter Zug langsam über die Rampe, knapp am Drahtverhau des Reviers vorbei. Die Waggontüren waren zurückgeschoben und die Kinder betrachteten uns neugierig. Sie freuten sich, daß ihnen die dämmerigen, zum Ersticken schwülen Waggons endlich geöffnet wurden. Zwei Stunden später qualmten die Krematorien. Die Kinder lebten nicht mehr" (3).

Ob die Kinder sofort nach Ankunft der Transporte mit ihren Müttern oder allein ermordet wurden, oder ob sie zunächst in besondere Kinderlager getrieben wurden, hing von Laune und Willkür der SS ab.

SS und Sonderkommandos achteten schärfstens darauf, daß Mütter, sei es aus Angst vor der vorgetäuschten „Desinfektion" oder in Vorausahnung des Todes, ihre Kinder nicht versteckten. *„Mit Todesangst in den Augen versuchten die Mütter ihren Kindern durch Späße und Spiele dies grausame, unentrinnbare Schicksal zu erleichtern"* (4).

Selbst noch aus der Kammer versuchten Mütter, ihre Kinder durch die sich schließenden Türen ins Freie zu schieben, um sie in aller letzter Minute zu retten. Vergebens.

In der Zeit der Transporthäufungen reichten die Krematorien in Ausschwitz nicht aus. Daher wurden Verbrennungen auch in großen Gruben durchgeführt. Dabei *„wurden die Kinder lebend in die in der Grube flammenden Scheiterhaufen geschleudert"* (5).



Die Eltern zur Sklavenarbeit deportiert, die Kinder in KZ–Lager gesteckt: „Eintritt ins Lager sowie Gespräche über den Stacheldraht sind bei Strafe des Erschießens verboten", droht das Schild an.

Von Zeit zu Zeit wurden alle Kinder, die gerade in Majdanek waren, ohne Rücksicht auf Nationalität und Gesundheitszustand ermordet.

Manchmal führte die SS auch Sonder-„Selektionen" unter den Kindern durch, die wie folgt abliefen:

„Während der Selektion der Kinder baute die SS eine Barriere aus Holz mit 1,20 m Höhe. Alle Kinder, die unter diesem Balken durchkamen, wanderten ins Krematorium. Einige Kinder, die dies wußten,versuchten den Kopf soweit möglich zu strecken, um nicht darunter durchzugelangen. Dank dieses Wissens blieben sie am Leben" (6).

Schwangere Frauen...

Schwangere Frauen...

Die SS machte auch nicht halt vor schwangeren Frauen.

Am Anfang wurden sie ebenfalls sofort nach ihrer Ankunft vergast oder erschossen.

Oder aber die Frauen wurden zur „Perforation" geführt:

„Eines Tages trafen mit einem Transport etwa 100 schwangere Frauen ein. Sie wurden in das Revier aufgenommen und dort ohne Rücksicht auf die Dauer der Schwangerschaft der Perforation unterzogen. Viele Mütter büßten dabei ihr Leben ein" (3).

Im Jahre 1943 durften die Lagerinsassinnen gebären – die Kinder wurden aber bis Mai 1943 auf grausame Weise ermordet.

Sie wurden in einem Faß ertränkt!

„Diese Prozedur führten Schwester Klara und Pfani aus. Die erstgenannte war Hebamme von Beruf und geriet für Kindesmord ins Lager. Nach jeder Geburt vernahmen die Wöchnerinnen aus dem Zimmer dieser Frauen ein lautes Glucksen und ein manchmal lange anhaltendes Wasserplätschern. Bald danach konnte die Mutter die vor den Block ins Freie herausgeschmissen und von den Ratten zerfressene Leiche ihres Kindes erblicken" (3).

Die Frauen mußten ihre Kinder unter unvorstellbaren Bedingungen zur Welt bringen:

Sie gebaren auf dem Blockofen, der selten geheizt war. Von der Decke hingen im Winter Eiszapfen herunter. Im Block herrschte Infektion, Gestank, alle Art von Ungeziefer. Es wimmelte vor allem von Ratten, gegen die es kaum Hilfe gab und die oftmals neugeborenen Kindern, über die die geschwächten Mütter nicht wachen konnten die Kehle durchbissen oder sie auf- oder anfraßen.

Notdürftig wurde dagegen eine Nachtwache aus genesenden Kranken eingerichtet.

Weder für die Mütter noch für die Säuglinge gab es Medikamente. Das für Neugeborene unerläßliche Waschwasser mußte in Eimern herangeschleppt werden, was mehr als 2o Minuten dauerte.

Für die Babys gab es keine Windeln, keine Babyausstattung. *„Nur der Lagerselbsthilfe war es zu verdanken, daß die im Magazin beschäftigten Kameradinnen verschiedene Stoffe für Hemdchen, Windeln usw. organisierten, wobei sie sich der Prügelstrafe und dem Bunker aussetzten".*

Falls Windeln improvisiert werden konnten, war es ungeheuer schwierig, sie zu waschen, da es verboten war, den Block zu verlassen. Getrocknet wurden die Windeln auf Schenkeln oder Rücken der Wöchnerinnen, da es ebenfalls verboten war sie zum Trocknen aufzuhängen. Grundsätzlich bekamen die Kinder keine Zusatzernährung, nicht mal einen Tropfen Milch.

satzernährung, nicht mal einen Tropfen Milch.

„Die vom Hunger ausgedörrten Brüste der Mütter reizten nur die Lippen der Neugeborenen, lösten eine Reflexbewegung der Lippen aus und steigerten noch den Hunger" (3).

Ab Mai 1943 veränderte sich die Situation für manche Kinder: Waren sie blond und blauäugig, wurden sie den Müttern weggenommen und zwecks „Germanisierung" in besondere Lager geschafft.

„Jüdische Kinder wurden nach wie vor mit rücksichtsloser Grausamkeit verfolgt. Es gab keine Möglichkeit, ein jüdisches Kind zu verbergen oder unter nichtjüdische zu mischen. Die Schwestern Klara und Pfani beobachteten abwechselnd mit großer Aufmerksamkeit die Jüdinnen während der Geburt und verhinderten somit die Verheimlichung der Geburt eines jüdischen Kindes , das sofort mit der Nummer der Mutter tätowiert, in einem Faß ertränkt und vor den Block hinausgeworfen wurde" (3).



Später wurden die Säuglinge, dank der Geburtshelferin Stanislawa Leszczynska (ehemalige Lagerinsassin in Ausschwitz-Birkenau) nicht mehr ertränkt oder verbrannt.

Doch sie starben an den katastrophalen Lagerbedingungen.

Oft mußte die Hälfte einer Baracke für 100 Mütter mit Kindern reichen. Ihnen wurde am Schenkel die Nummer eintätowiert. Wasser- und Vitaminmangel machte dem Leben der Kinder bald ein Ende. Viele Kleinkinder und Säuglinge starben auch an Lungenentzündung.

Kinder im Camp......

Jene Kinder, die trotz all dieser Schi-
Kinder im Camp......

Jene Kinder, die trotz all dieser Schikanen und Gefahren überlebten, kamen meist als Häftlinge in die ohnehin überfüllten Erwachsenenblocks. Gelegentlich wurden kurzfristig auch Kinderlager eingerichtet.

Anfang August 1944 kam ein riesiger Transport aus Warschau in Ausschwitz an.

Die Kinder wurden den Müttern entrissen. In zwei Blocks wurden je 300 Kinder hineingepfercht.

Ungewaschen, hungrig, elend bekleidet, abgequält durch die Erlebnisse des Aufstandes in den Warschauer Ghettos und den tagelangen Transport wurden die Kinder von Krankheit befallen. Lungenentzündung, Scharlach, Dyphterie. Nun wurde eine winzige „Kranken-Abteilung" von 2x3 m eröffnet: Zwei dreistökkig übereinanderliegende Pritschen, auf jeder 3 – 4 Kinder.

Die Zahl der kranken Kinder nahm ständig zu und allmählich wurden sie in die Blocks für Erwachsene verlegt.

Für diese Kinder wurde unter schwierigsten Umständen organisiert was möglich war: Kleidungsstücke, gelegentlich nahrhafte Suppe, Obst, Gemüse.

Die Kinder und Jugendlichen mussten durchweg ebenso hart arbeiten wie die Erwachsenen.

Aus einem Transport jüdischer Kinder und Jugendlicher aus Ungarn wurde z.B. ein Kartoffel-Einmiete-Kommando gegründet. Zehnjährige Jungen mußten unzureichend bekleidet zwölf Stunden lang ununterbrochen Kartoffeln zusammentragen und transportieren.

Die Kinder starben mit jedem Tag dahin. Eine Forderung von Häftlingsärzten nach Zuteilung von Kohle zur Beheizung der Kinderblocks blieb ohne Erfolg. Viele Kinder überlebten die ungeheuren Strapazen nicht.

„Medizinische Versuche"

Ein weiteres düsteres Kapitel im Schicksal der Lagerkinder stellten die „medizinischen" und sonstigen „wissenschaftlichen" Versuche dar.

Besonders Zigeunerkinder und (vor allem jüdische) Zwillinge hatten hierunter zu leiden.

Bereits 1937 wurden an Zigeunern in sogenannten Wohnungslagern ständig „biologische Forschungen" durchgeführt, die angeblich die Aussonderung der direkten Nachkommen „arischer Stämme" bezweckten.

Im Jahre 1942 erging von der obersten SS-Behörde der Befehl, alle Zigeuner und Zigeunermischlinge nach Ausschwitz zu transportieren. Die ersten Transporte kamen im Februar 1943 an.

Besonders der SS-Arzt Dr. Mengele als Oberarzt des Lagers Ausschwitz führte „Versuche" an Zigeunern und Zwillingen durch. So stellte er „medizinische Versuche" mit Zigeunern an, die unter Wasserkrebs erkrankt waren. Dazu suchte er jeweils einen Erwachsenen und ein Kind aus.

Zuerst wurden Fotos hergestellt, dann erhielten sie anfangs neben Medikamenten eine intensive Ernährung. Ihr Zustand besserte sich. Dann entzog er ihnen diese Nahrung. Sie erhielten nur noch normale Lagerkost und Medikamente. Ihr Zustand verschlechterte sich. Er stellte dann eine Serie Fotos her und die „Versuchs"-Opfer wurden umgebracht.

Mengele interessierte sich besonders für Zwillinge. Für seine „erbbiologischen Untersuchungen" ließ er eigens einen Kindergarten einrichten. Einige hundert Kinder, vom Säuglingsalter bis zum sechsten Lebensjahr wurden der Obhut ausgewählter Lagerinsassinnen anvertraut.

Für diese „Versuche" wurde 1944 ein besonderer Zwillingsblock in Ausschwitz eingerichtet. Hierhin kamen jüdische Zwillinge aller Nationalitäten, direkt von der Selektion an der Rampe im Alter von 1 – 16 Jahren.

Nach Besichtigung durch Mengele wurden die Kinder gruppenweise und dem Alter nach in die im Männerlager befindlichen Ambulatorien eingeliefert.

Hier wurden an ihnen „anthropometrische", „röntgenologische" und „morphologische" Untersuchungen durchgeführt – eine Vorbereitung auf die folgenden „Versuchsoperationen".

Die „anthropometrische Untersuchung" fand in der Weise statt, daß an den nackten Kindern stundenlang mit Präzisionsgeräten, Winkelmessern, Zirkeln und Rechenschiebern Messun-

mit Präzisionsgeräten, Winkelmessern, Zirkeln und Rechenschiebern Messun-

gen vorgenommen wurden um zu untesuchen, ob bei Zwillingen die Ausmaße identisch seien.

Die Kinder mußten morgens um 6 Uhr aufstehn und einen eineinhalb Kilometer langen Weg vom Lager zum Ambulatorium für diese Quälerei zurücklegen. Die „röntgenologischen Untersuchungen" fanden unter gleichen Bedingungen statt. Das Untersuchungszimmer war nicht geheizt, die Kinder mußten sich nackt 5-15 min. vor dem Röntgenschirm aufstellen, da während der Durchleuchtung das Bild besprochen und diskutiert wurde.

Nach diesen Untersuchungen liessen die Folgen nicht lange auf sich warten: Angina, starker Husten, Stirn- und Nasenhöhlenvereiterung, nicht selten Lungenentzündung, und damit das Ende.

Bei den „morphologischen Untersuchungen" wurden den Kindern Blut aus dem Finger und dann aus der Ader entnommen, manchmal zwei bis dreimal. Da die Kinder große Angst vor dem Einstich hatten, wurde Gewalt angewendet. Bis zu 30 cm Blut wurde den Kindern aus den Adern genommen. Ein jedes dieser Kinder spendete, angeblich „für die Soldaten an der Front", 20 – 50 g. Blut im Laufe von sechs Wochen.

Mißbrauch...

Auf die Kinder lauerten aber noch andere Gefahren: einige Kapos machten sich an die Kinder heran, um sie gegen Versprechungen, z.B. von Essen, sexuell zu mißbrauchen.

Die Kinder wehrten sich dagegen, so gut sie konnten. Ein Kapo erschlug im Herbst 1944 zwei Jungen, die ihm Widerstand leisteten.

Um einem Aufruhr im Lager zuvorzukommen, wurde dieser Kapo gehenkt. Eines der wenigen gerechten Urteile.

Fortsetzung auf Seite 25

Fortsetzung von Seite 24

Widerstand

Erwachsene Häftlinge setzten sich so gut wie es ging und im Bewußtsein, dafür mit dem Tode bestraft werden zu können , für die Rettung der Kinder ein. Durch Verstecken in Decken, Verschieben gefährdeter Kinder von einem Block in den anderen, durch Aufnahme in Krankenblocks u.ä. gelang es gelegentlich, ein Kind vor dem sicheren Tode zu retten.

Der Häftlingsarzt Dr. Otto Wolken, nahm sich eines 12 jährigen Jungen an, dessen Großmutter vergast worden war. Der Junge kannte nicht die Spielregeln im Camp: er rannte eines Tages zu dem SS-Arzt Thilo und bat darum, ihn mit seiner Oma zusammenzulegen. (Er wußte nichts von ihrem Tode).

Der SS-Arzt daraufhin zu dem Rapportführer Kurpanik: „Den will ich morgen hier nicht mehr sehen!". Daraufhin versuchte Dr. Wolken, ihn zu verstecken oder in einem anderen Block unterzubringen. Als im September 1944 eine Selektion erwartet wurde, brachte er den Jungen in Block 13...Es gelang, den Jungen zu retten! (6).

Manche Kinder wußten ganz genau, was auf sie zukam und traten der SS sehr mutig gegenüber.

So berichtet der bereits erwähnte Dr. Otto Wolken von den im ganzen Lager bekannten Worten eines Jungen aus Kunow, der vor dem Einstieg in den LKW zum Krematorium zu seinen Kameraden sagte: „Weint doch nicht, meine Freunde.... ihr habt gesehen, wie man eure Väter, eure Schwestern und eure Brüder ermordete. Jetzt sind wir als die Opfer an der Reihe, aber dafür werden wir mit ihnen zusammen sein. Wir werden sie wiedersehen und uns mit ihnen vereinen. Von uns aber wird die Welt sprechen".

Dann wandte er sich an die ringsum stehenden SS-ler und schrie: „Eine Genugtuung habe ich aber! Wenn ihr krepieren werdet, dann weint keine Seele um euch...Und krepieren werdet ihr noch ärger als wir..." (7).

Wir müssen alles daran setzen, unsere Kinder über die Schandtaten des Hitler-Faschismus aufzuklären und sie zu bewußten, aktiven Antifaschisten zu erziehen!

Zwei Genossen des KB/Gruppe Hamburg

Quellen

1. „Nazi-Verbrechen an der jüdischen Bevölkerung in Polen" – Bericht von der Hauptkommission zur Untersuchung der Nazi-Verbrechen in Polen.
2. „Das KZ-Majdanek"
3. „In der Hölle retteten sie die Würde des Menschen" – Internationales Auschwitz-Komitee, Antologie Band II, Teil 2
4. Aus dem Tagebuch von Hoess, Kommandant von Auschwitz
5. „Stätte des Kampfes und des Märtyrertums", Guide 1939 – 1945
6. Auschwitz 1940 – 1945, Guide des Musee.
7. „In der Hölle ... " siehe unter 3.



Am 9. April 1943 rückten mehr als 2.000 SS-Infanteristen mit Panzern, Flammenwerfern und Sprengkommandos ins Warschauer Ghetto ein und konnten erst am 15. Mai 1943 den heldenhaften Widerstand von polnischen Juden und polnischen Widerstandskämpfern brechen: Über 7.000 wurden auf der Stelle erschossen, alle überlebenden Frauen, Kinder und Männer kamen ins KZ. Nur die wenigsten überlebten!

erschossen, alle überlebenden Frauen, Kinder und Männer kamen ins KZ. Nur die wenigsten überlebten!



Verflixt noch mal

Wir möchten ja selbst gern im Erdboden verschwinden! Bei unserem Bericht über die Veranstaltung „Alle spielen für das Kinderhaus" haben wir zwei Aktive nicht erwähnt. Das sei jetzt eifrigst nachgeholt. Mit von der Partie war das Zigeuner-Ensemble um Wolkli Rosenberg (immerhin im AK 116 im Foto abgebildet) und Michael Naura und Wolfgang Schlüter, die mit ihren Darbietungen an Klavier und (mehr-als-) Xylophon das Publikum begeisterten.

Entschuldigung!

Kinderkommission KB/Gruppe Hamburg

›Eltern, denunziert eure Kinder!‹

So hätte der Hohwacht-Verlag am ehrlichsten eine Anzeige in der „FAZ" überschreiben sollen: Unter dem Vorwand, Orientierungshilfen für Familienangehörige politischer Extremisten" zu geben, heißt es dort: *„Darum fordern wir Eltern und Erzieher extremistischer, anarchistischer Jugendlicher auf, uns von ihren besonderen Problemen zu berichten. Auch Briefe Jugendlicher, die unsere Gesellschaft ‚tödlich' ernst nehmen, sind willkommen".* Honorar: 40 Mark pro Druckseite. Kommentar überflüssig.

Kinderkommission KB/Gruppe Hamburg

Solidarität mit dem Kinderschutzzentrum Westberlin!

Der Bezirksstadtrat im Westberliner Bezirk Tempelhof, Klemens Sibner, will mit dem „Kinderschutzzentrum Berlin" – einer einmaligen und weit über Westberlin hinaus bekannten Initiative zum Schutz der Kinder – nicht mehr zusammenarbeiten

Das Kinderschutzzentrum ist eine Initiative, die auf dem Gebiet der Kindesmißhandlung, ad-hoc-Hilfe für bedrohte Kinder, Familienberatung und Betreuung wertvolle Pionierarbeit geleistet und mit ihren vielen Publikationen entschieden auf die Mißhandlung der Kinder in der BRD hingewiesen hat (siehe dazu rororo Nr. 6934, Gewalt gegen Kinder).

Seine Haltung begründet Sibner damit, daß Reinhard Wollf, einer der Mitarbeiter des Zentrums, zu den 48 Professoren und Rechtsanwälten gehört, die den „Mescalero-Nachruf" zum Tode Bubacks in einer Dokumentation nachgedruckt haben.

Der bereits berühmt-berüchtigte reaktionäre Fraktionsvorsitzende der Westberliner CDU, Heinrich Lummer, mochte dem Herrn Sibner nicht nachstehen: Er forderte den Kinderzentrums-Verein auf, *„sich von Herrn Prof. Wollf zu trennen oder ihn aufzufordern, sich von dem Inhalt und der Verbreitung des genannten Aufsatzes ausdrücklich zu distanzieren".*

Und über den ehemaligen SDS'ler Wollf: *„Dieser Mann gehört zu den Protagonisten der APO, aus der sich auch die verschiedenen Terrorgruppen entwickelt haben, deren letztes Opfer der Bankièr Jürgen Ponto geworden ist".*

Nun, aus der APO und gerade aus der Arbeit von Reinhard Wollf, der wesentlich an der Entwicklung der antiautoritären Kindererziehung

der Arbeit von Reinhard Wollf, der wesentlich an der Entwicklung der antiautoritären Kindererziehung

beteiligt war, hat sich einiges anderes ergeben: Kinderläden, Kitas, Kinderhäuser, Kindertheater, Jugendwohnkollektive, ... Es ist bezeichnend für die demokratische Tradition dieser Initiativen, daß Reinhard Wollf zu den Mitherausgebern der erwähnten Dokumentation gehört. Davon dürfen sich fortschrittliche Kinderinitiativen nicht trennen!

Kinderkommission KB/Gruppe Hamburg

CHRISTLICH DEMOKRATISCHE UNION DEUTSCHLANDS

CDU
FRAKTION DES ABGEORDNETENHAUSES VON BERLIN

- Fraktionsvorsitzender -

4. August 1977
Gra-lk

An das
Kinderschutzzentrum Berlin e.V.
Lausitzer Straße lo

1ooo Berlin 36

Sehr geehrte Damen und Herren!

Sie haben sich die Aufgabe gesetzt, Menschen vor der Gewalt anderer Menschen zu schützen. Sie wollen der Mißhandlung von Kindern vorbeugen, sie aufdecken, verhindern und beenden. Dies ist ein Ziel, dem sich alle Menschen aus humaner Verantwortung verpflichtet fühlen sollten. Für dieses Ziel eintreten kann überzeugend allerdings nur, wer persönlich in Sachen Gewalt gegen Menschen ohne Tadel ist. Das ist bei Ihnen leider nicht der Fall.

Ihr Vorsitzender ist Herr Prof. Dr. Reinhart Wolff. Dieser Mann gehörte zu den Protagonisten der APO, aus der sich auch die verschiedenen Terrorgruppen entwickelt haben, deren letztes Opfer der Bankier Jürgen Ponto geworden ist. Herrn Prof. Wolffs entsprechende Vergangenheit erwähne ich nur deshalb, weil er sich von den Gedanken seiner Studentenzeit offenbar auch heute noch leiten läßt. Er gehört zu den zwölf Professoren, die als Herausgeber den Nachdruck des Artikels "Buback - ein Nachruf" zu verantworten haben. In diesem Artikel wird die Anwendung von Gewalt bis hin zum Mord gerechtfertigt.

Wir sind der Ansicht, daß Herr Prof. Wolff den Gedanken des
ren, die als Herausgeber den Nachdruck des Artikels "Buback - ein Nachruf" zu verantworten haben. In diesem Artikel wird die Anwendung von Gewalt bis hin zum Mord gerechtfertigt.

Wir sind der Ansicht, daß Herr Prof. Wolff den Gedanken des Kinderschutzes durch sein Eintreten für Gewalt zur Durchsetzung vermeintlich politischer Ziele diskreditiert und damit auch die Glaubwürdigkeit Ihrer Organisation gefährdet.

Wir fordern Sie daher auf, sich von Herrn Prof. Wolff zu trennen, oder ihn aufzufordern, sich vom Inhalt und der Verbreitung des genannten Aufsatzes ausdrücklich zu distanzieren. Dies ist die Voraussetzung dafür, wenn wir Ihre Organisation zu denjenigen zählen sollen, die wir guten Gewissens unterstützen und empfehlen können.

Hochachtungsvoll
(Heinrich Lummer)

1000 Berlin 62 · Rathaus Schöneberg · John-F.-Kennedy-Platz · Telefon 7 84 50 47, 7 83 3353/55

»Kaum daß sie gelebt, schon ermordet ...«

Den Kindern zur Erinnerung

13 Millionen Kinder, zwei Millionen allein aus Polen, hat der Hitler-Faschismus während des zweiten Weltkrieges ermordet.

Ihren Leiden und Schicksalen die allzuoft in Vergessenheit geraten, wurde jetzt ein außergewöhnliches und einmaliges Denkmal gesetzt:

Ein Kinderschutzzentrum!

Auf dreißig Hektar Fläche in den Wäldern südöstlich von Warschau wurde jetzt die erste Baustufe, der Untersuchungstrakt, in dem mehr als 60.000 Kinder im Jahr gründlich untersucht werden können, eröffnet.

Finanziert durch internationale Geld- und Sachspenden, vor allem aus Polen, steht es Kindern und Jugendlichen aller Nationalitäten bis 18 Jahren k o s t e n l o s zur Verfügung.

Dieses Kinderschutzzentrum ist auch sonst wohl einmalig, und viele Kinder können nur davon träumen:

- Da sie sich hier wohlfühlen sollen, werden sie nicht steril-medizinischen Fachrichtungen, als besondere „Fälle" isoliert, sondern in Gruppen nach Gesundheitszustand und Alter zusammengelegt. Da lernen sie sich kennen und finden Kontakt untereinander.
- Die Mütter können in problematischen Fällen, wenn das Kind längere Zeit im Bett liegen muß, in einem zum Gesundheitszentrum gehörigen Hotel wohnen. Das mindert die Angst der Kinder in einer solch ungewohnten Situation und Umgebung.
- Kinder, die von fern zur Untersuchung kommen, können ebenfalls in diesem Hotel mit 257 Doppelzimmern wohnen. Hier kann auch Milch gewärmt, Windeln gewechselt und gewaschen werden. Kinderkrankenschwestern stehen auch hier mit Rat und Hilfe bereit.
- Der Schulunterricht soll möglichst weiterbetrieben werden. Für Bettlägerige Kinder stehen Monitoren bereit. Dabei geht es nicht so sehr um die Erfüllung des Stundenplans, sondern darum, die Kinder auch geistig beweglich zu halten. Gerade die geistige Langweile und Armut an Angeboten und Abwechslung werfen Kinder nach einem längeren Krankenhausaufenthalt oftmals für Jahre zurück und sind für die Kinder eine regelrechte Qual.
- Im Gegensatz zur bekannten, sterilen Angst und Ehrfurcht einflößenden Athmosphäre, die Weißkittel etc. verbreiten, was besonders Kinder kränker als zuvor macht, wurde auch hier mit allem Weißkram aufgeräumt: Das gesamte Personal trägt bunte Kleidung, das Geschirr gibts in zehn verschiedenen bunten Mustern.

SOLCHE DENKMÄLER BRAUCHEN WIR!

Kinderkommission KB/Gruppe Hamburg

Ein Schritt zur Zusammenarbeit – die Westberliner Kindertage 1977

Vom 28. bis zum 30. Oktober fanden die WESTBERLINER KINDERTAGE 1977 statt.

Die Lage der Westberliner Kinder ist immer mehr gekennzeichnet durch Geldereinsparungen im gesamten Erziehungsbereich, so z.B. durch Klassenzusammenlegungen in Grundschulen oder der Kürzung bzw. Streichung der Mittel für fortschrittliche Sonderprojekte und Abenteuerspielplätze.

Es war das erklärte Ziel der WESTBERLINER KINDERTAGE, *„die Öffentlichkeit über die Lage der Kinder und Jugendlichen sowie der pädagogischen Kräfte zu informieren, durch einen intensiven Erfahrungsaustausch die Zusammenarbeit zwischen den verschiedenen Gruppen zu verbessern (um sich so besser gegen Angriffe wehren zu können), Einfluß zu nehmen auf die Haushaltsberatungen des Westberliner Abgeordnetenhauses"* um den Senat zu einer Erhöhung der Gelder zu bewegen und um *„das für 1979 von der UNO beschlossene ‚Jahr des Kindes' mit vorzubereiten"* (aus dem Programm der WESTBERLINER KINDERTAGE).

Am 22. Oktober fand ein den WESTBERLINER KINDERTAGEN angegliedertes Kinderstraßenfest statt. Rund 30 Projekte (Kinderbuchläden, Eltern-Kind-Gruppen, Sonderprojekte, die Abenteuerspielplatz-Initiative, der Bund deutscher Pfadfinder, die Heim- und Erzieherzeitschrift, das Kindertheater „Grips") bauten Stände auf, an denen Kinder und Erwachsene sich beschäftigen konnten.

Ein weiterer Höhepunkt war der Auftritt des Kindertheaters „Grips" in der überfüllten Trinitatis-Kirche.

Über das Kinderstraßenfest hinaus haben sich bisher sieben Gruppen zusammengetan und eine Kinderfestzeitung herausgegeben, in der sie ihre Arbeit darstellen. So soll die Kommunikation unter den Gruppen gefördert und ein Forum geschaffen werden, wo sich alternative Projekte gemeinsam gegen Senatsangriffe wehren können. Die Gruppen wollten sich nach dem Kinderstraßenfest treffen und u.a. darüber beraten, ob diese Zeitung weiterhin (vieleicht regelmäßig) erscheinen soll.

Die anderen Veranstaltungen der Kindertage befaßten sich mit so ziemlich allen Bereichen gesellschaftlicher Kinderfeindlichkeit. In 13 offenen Arbeitsgruppen wurde die Situation in Erziehungsbereichen (z.B. offene Jugendarbeit/Unterrichtsbedingungen in der Schule/Krippenerziehung) analysiert und Forderungen an den Senat entwickelt.

Auf einer Veranstaltung wurden die Ursachen gesellschaftlicher Kinderfeindlichkeit von fortschrittlicher pädagogischer „Prominenz" (z. B. Lutz von Werder) untersucht.

Tags darauf auf einem Informationsmarkt „Zur Lage der Kinder in Westberlin" nutzten wieder rund 30 Initiativen die Gelegenheit, sich mit ihrer Arbeit vorzustellen.

Am 30. Oktober auf dem abschließenden Hearing trugen Vertreter der 13 Arbeitsgruppen die von ihnen erarbeiteten Analysen den Senatsvertretern vor. Wie nicht anders zu erwarten, versuchten die Senatsvertreter, den Anwesenden den Wind aus den Segeln zu nehmen: sie sprachen von „einer in vieler Hinsicht kompetenten Darstellung" der Lage der Westberliner Kinder. Nach diesem Umarmungsversuch wurde auf die Zukunft verwiesen.

Durch die Zusammenarbeit aller Bereiche der Kinder- und Jugendarbeit bieten sich nun gute Möglichkeiten zu einer verstärkten Zusammenarbeit über die Kindertage hinaus.

Kinderkommission KB/Gruppe Westberlin



frauen



Erfolge im Kampf gegen das Mädchengefängnis

Bremen: Am 4.11.77 fand in Bremen eine Veranstaltung der Frauenaktionseinheit zum Fall Isenbergheim statt, die mit fast 200 Menschen recht gut besucht war.

Das Isenbergheim ist ein Mädchenheim, dessen skandalöse Mißstände durch den Sozialarbeiter Peter Brosch an die Öffentlichkeit gebracht worden waren, was einigen Wirbel verursachte (Wir berichteten ausführlich darüber in AK 113, 114 und 115).

Aus der ursprünglich geplanten Podiumsdiskussion mit beiden „Parteien" wurde leider nichts, da das Landesjugendamt und die Innere Mission (als Träger des Isenbergheimes) es ablehnten, zu kommen.

Trotzdem (?) wurde es eine interessante und lebhafte Veranstaltung, auf der Peter Brosch und eine ehemalige Erzieherin des Isenbergheimes über die Mißstände dort berichteten. Außer ihnen saßen auf dem Podium ein Dozent der Hochschule für Sozialpädagogik und ein Mitglied der Frauenaktionseinheit (AE).

Behindert wurde die Veranstaltung durch die Kirche: So wurde der erste Raum (ein Gemeindesaal) nach anfänglicher fester Zusage wieder abgesagt. Auch die anfängliche Zusage für das Konsul-Hackfeld-Haus (gehört dem CVJM, Christlicher Verein junger Männer) wurde rückgängig gemacht, da „eine sachliche Auseinandersetzung nicht zu erwarten sei.

Bemerkenswert ist bisher die Reaktion der bürgerlichen Presse: Nachdem „Quick", „Neue Revue", „Stern" und „Praline" relativ sachliche Artikel über die Mißstände im Isenbergheim brachten, wurden alle von der Anwältin der Inneren Mission, Karin Stieringer, mit Gegendarstellungen bombardiert. Keine der genannten Zeitungen druckte die Gegendarstellungen ab!

Am 4.11. wurden daraufhin Verfügungen gegen „Quick", „Stern", „Praline" und „Neue Revue" vor Gericht verhandelt. Die „Quick" gewann den Prozeß, weil Karin Stieringer Formfehler begangen hatte. Die anderen verloren, wollen aber die Gegendarstellung dennoch nicht abdrucken, sondern es auf einen Prozeß vor dem Oberlandesgericht ankommen lassen.

In nächster Zeit laufen einige Prozesse: Gegen Karin Stieringer und Ingeborg Heilmann, die Leiterin des Isenbergheimes, hat Peter Brosch Einstweilige Verfügung beantragt, damit sie ihre Behauptung, P. Brosch erzähle nur Unwahrheiten, nicht aufrechterhalten dürfen. Weiter läuft eine Einstweilige Verfügung gegen die Stieringer, die behauptet hatte, P. Brosch sei KBW-Mitglied. – Karin Stieringer ist uns seit einiger Zeit als Reaktionärin bekannt. Sie wechselte im „Jahr der Frau" die Partei, weil die CDU eine bessere Frauenpolitik mache als die SPD! Sie erstattete Strafanzeige wegen Pornografie gegen die Redakteure der Schulfunkbroschüre zum § 218 von Radio Bremen (mit dem Plakat, das die Verfassungsrichter mit einer nackten Frau zeigt).

Mit Berichten von Erzieherinnen, Mädchen aus dem Heim, Dokumenten. Zu bestellen bei:

Brigitte Möller
Helgoländerstraße 73
2800 Bremen 1

Die Broschüre kostet 1 DM + 0,70 DM Porto bei Einzelbestellungen (bitte in Briefmarken beilegen!)

Leserbriefe zum Thema »Frauenfeindlich«

Zu unserem Artikel: „Frauenfeindlich – oder wie es sich manche zu einfach machen" (AK 116) sind ungewöhnlich viele Leserbriefe gekommen.

Im wesentlichen drücken sich in ihnen drei Positionen aus:
1. Bestätigung des Pfeifens und der sonstigen massiven Proteste gegen den Auftritt von Jutta Weinhold wegen des „frauenfeindlichen" Charakters ihres Auftritts.
2. Selbstkritik von Störern bei gleichzeitiger Kritik an 'Unzulänglichkeiten' des Artikels.
3. Kritik, daß die politische Seite der Argumentation in dem Artikel zu kurz gekommen sei und die moralische Argumentation überwogen habe.

Drei Leserbriefe drucken wir hier ab. Im nächsten ARBEITERKAMPF werden wir auf dieses Thema ausführlicher und umfassender eingehen und weitere Leserbriefe abdrucken.

AG Frauen
KB/Gruppe Hamburg

Als eine derjenigen, die bei dem Auftritt von J.W. gepfiffen haben, möchte ich einige Bemerkungen zu dem Artikel der AG Frauen machen:

Ich meine, daß dieser Auftritt sehr wohl frauenfeindlich war und laste dies nicht J.W. an, sondern den Bedingungen, denen sie im bürgerlichen Kulturbetrieb unterliegt, der Frauen dazu zwingt, sich halbwegs zu prostituieren und mit ihrem Talent auch gleich noch ihren Sex zu vermarkten (siehe Baccara, Plattencover Bonny M.). Da J.W. eine sehr gute Stimme hat, hätte sie es eigentlich nicht nötig, eine sexy Masche abzuziehen. Aber für den bürgerlichen Kulturmarkt reicht Können bei einer Frau eben nicht aus, um Erfolg (+ Existenzgrundlage) zu haben.

Aber gerade dieser Gesichtspunkt hat in dem Artikel der AG Frauen gefehlt. Es gehört für mich auch zur Aufgabe der AG Frauen, einen klaren Standpunkt zur Frage zu beziehen,

Fortsetzung auf Seite 27

Wohltuend!

Seit Mitte Oktober ist ein neuer Frauenkalender auf dem Markt – „Tag für Tag" – der eine Alternative sowohl in der Herstellungsweise als auch in der Konzeption zum etablierten „Frauenkalender" darstellen soll, der von einem Kreis um Alice Schwarzer herausgebracht wurde. Bevor wir auf den neuen Kalender selbst eingehen, fassen wir nochmal die Kernpunkte der Kritik zusammen, die Renate Bockhagen und Gudula Lorez, früher Mitarbeiterinnen des Schwarzer-Kreises, dazu bewogen haben, einen alternativen Kalender herauszugeben.



Kritisiert wurde vor allem, daß der bisherige Kalender nur das *„Baby einer feministischen Elite"* sei, *„und keineswegs die unterschiedlichen Strömungen und Standpunkte der Frauenbewegung wiedergibt"*. Ferner, daß Frauengruppen quasi nur Zulieferdienste für den Kalender leisten durften und sich Alice dann „redigierend" der fremden Texte annahm; daß Entscheidungen von Alice nie gründlich diskutiert wurden, und daß Alice allein die Vollmacht über die Konten des Kalenders hatte.

Als Alternative zur bisherigen Herangehensweise planen Renate und Gudula, den Frauenkalender in Zukunft von zwölf verschiedenen Frauengruppen – oder -projekten (jede Gruppe einen Monat), gestalten zu lassen, in die n i c h t redaktionell eingegriffen werden soll. Über das Geld sollen die jeweils beteiligten Gruppen selbst entscheiden. Von Alice Schwarzer und Ursula Scheu wird dieser Konflikt nunmehr so dargestellt, als handele es sich um eine reine „Konkurrenzsituation" und nicht um irgendwie geartete inhaltliche Kritik. *„Wir wollen erreichen, daß politische Kontroversen öffentlich (und nicht hinter verschlossenen Türen) ausgetragen werden. Das wird sicherlich auch bedeuten, daß die alten Damen des Feminismus (zu denen wir uns bedingt ebenfalls zählen) vom Sockel geholt werden"* (Renate und Gudula in „Courage" 8/77).

Die beiden Frauen forderten von Alice Schwarzer ein Drittel der Kalendergelder, DM 50.000, die A.S. nach langem Hin- und Her schließlich auf den Tisch blättern mußte.

Erst Mitte Juli war endgültig geklärt, daß ein alternativer Frauenkalender erscheinen konnte. Aufgrund der Kürze der Zeit (2 1/2 Monate) mußten sich Renate und Gudula darauf beschränken, nur die West-Berliner „Frauen-Szene" zu erfassen, was sie selbst als Mangel kritisieren. Viele Themen konnten deshalb nicht wie geplant behandelt werden„ *Viele Frauen waren in Urlaub, die Zentren fast leer und andere Frauen so überlastet, daß es fast unmöglich schien, für 1978 noch einen Kalender zustande zu bringen. Auch die Frage, wer wird angesprochen, wer soll mitmachen, konnte nicht wie ursprünglich geplant über eine öffentliche Ausschreibung geklärt werden"* (Aus dem Vorwort des Kalenders).

Im Januar 1978 soll ein öffentliches Treffen stattfinden, auf dem der Kalender kritisiert werden soll und neue Vorschläge eingebracht werden können. Danach soll eine öffentliche Ausschreibung für die Gestaltung des Kalenders 1979 stattfinden, wobei die näheren Einzelheiten noch auf einem Treffen aller interessierten Gruppen zu klären sind. Frauenprojekte bzw. -gruppen können sich bereits jetzt an die u.a. Kontaktadresse wenden.

Zum Kalender selbst....

Er spiegelt ziemlich gut wieder, womit sich die Frauenbewegung aktuell auseinandersetzt. Das Themenspektrum umfaßt sehr gute Beiträge z.B. der AKW-Frauengruppen aus Westberlin und Hannover, wobei ein Fazit der Aktionen in Brokdorf und Grohnde gezogen wird und Überlegungen angestellt werden, auf welche Weise noch mehr Menschen in die Anti-AKW-Bewegung mit einbezogen werden können.

Es geht weiter mit nützlichen Hinweisen des „Verbandes lediger Mütter und Väter", der p r a k t i s c h e Ratschläge sowohl für Familiengründungsdarlehen für Alleinerziehende als auch für den Anspruch auf Sozialhilfe gibt.

Frauen in technischen Berufen, türkische Frauen in der BRD, behinderte Frauen, „offensives Altern", Taxifahrerinnen, Mädchen, Sozialarbeiterinnen, Geschlechtskrankenfürsorge, Frauen und Film, Lohn für Hausarbeit, lesbische Frauen, Selbsthilfe, Gewalt gegen Frauen und verschiedene Beiträge von Projekten der autonomen Frauenbewegung über ihre Arbeit wie z.B. „Courage", Viva-Frauendruck, Frauenbuchladen „Labrys", Frauenkneipe und Frauenband bilden die wesentlichen Inhalte und, nicht zu vergessen, die AG-Frauen für ein Russell-Tribunal durfte in allerletzter Minute noch einen Beitrag über das geplante Russell-Tribunal schreiben. Daneben gibt es Einzelbeiträge verschiedener Frauen, angefangen von einer Kritik an unserer Stellungnahme zur „Walpurgisnacht" (AK 105) bis hin zu einem Gespräch mit einer KB-Genossin („Organisierte Frauen - gesteuerte Frauen!?") und einen Beitrag über die Frauen der „Guerilla". Als positiv ist nochmal herauszuheben, daß sämtliche Beiträge ohne jegliche Zensur veröffentlicht wurden. Außer dem inhaltlichen Teil ist ausreichend Platz für Notizen (zusätzlich noch im hinteren Teil) im Gegensatz zum alten Frauenkalender, wo das dusselige „Maskottchen" Hedwich einem ständig mit seinen dummen Sprüchen in die Quere kam.

Desweiteren wurden bereits v o r Erscheinen des Kalenders die Finanzen offengelegt; a l l e Frauen und Frauengruppen konnten öffentlich darüber entscheiden, welche Gruppe den vorläufigen Überschuß von DM 5.000 bekommt. Die Einnahmen aus dem Kalender sollen jeweils an verschiedene Frauenprojekte gehen.

Noch eine sympathische Erscheinung am Rande: Auf der Veranstaltung am 2.11. zu Stammheim, dem Kontaktsperregesetz, „K-Gruppen"-Verbot und den Verhaftungen der Agit-Drucker setzte sich die Kalender-Gruppe spontan unter die „Gemeinsame Erklärung" gegen das Verbot kommunistischer Organisationen und stellte die Einnahmen aus dem Kalender-Verkauf dieses Abends der Spendensammlung für die Agit-Drucker zur Verfügung. Sauber!!

Der Kalender kostet DM 6.–, bei Bestellungen ab 10 Stück gibt es den üblichen Rabatt von 35%. Wie uns mitgeteilt wurde ist die 1. Auflage bereits vergriffen (10.000 Stück)! Für „Nachschub" ist aber bereits gesorgt.

Brunhilde Berger
Willibald-Alexis-Straße 25
1000 Berlin 61

Interessierte für die Gestaltung des neuen Frauenkalenders 1979 können sich wenden an:
Gabi Parr
Gitschiner Str. 95-96
1000 Berlin 61

AG Frauen
KB/Gruppe Westberlin

Neues Ehescheidungsgesetz – bedeutend weniger Scheidungsanträge

Da das neue Ehescheidungsgesetz die Scheidung angeblich beträchtlich erleichtern sollte, wurde mit einer gewissen 'Scheidungslawine' nach Inkrafttreten des Gesetzes gerechnet. Angeblich sehr erstaunt stellte man im Amtsgericht Frankfurt fest: *„Die Scheidungsbereitschaft hat zunächst nachgelassen"* (nach "Frankfurter Rundschau", 2.11.77).

In den ersten drei Monaten des neuen Gesetzes wurden in Frankfurt nur 415 Scheidungsanträge gestellt. Wenn man diese Zahl hochrechnet auf ein ganzes Jahr, würde das bedeuten, daß sich 50 % weniger Paare scheiden lassen. Daß der große Sturm auf die Familiengerichte bisher nicht stattfand, erklären die Juristen mit Umstellungsschwierigkeiten der Rechtsanwälte auf das neue Recht: Sie würden dazu tendieren, zunächst abzuwarten, um das neue Gesetz in der Praxis zu beobachten. Außerdem wird als Grund angeführt, daß älteren Paaren wegen des Versorgungsausgleichs eine Trennung zu kompliziert sei. Es könnte *„aber auch mit falschen Vorstellungen und Berichten zusammenhängen, für die die Medien verantwortlich gemacht werden. (...) Und schließlich sind in der Öffentlichkeit einige neue Bestimmungen so schwarz dargestellt worden, daß man sich mit dem Recht erst gar nicht richtig anfreunden konnte"* (FR, 2.11.77).

Zehn Paare sind in Frankfurt bisher nach dem neuen Recht geschieden worden. Die Situation dieser Paare ist bezeichnend: Bei fast allen konnte die Regelung des Versorgungsausgleiches ausgeklammert werden, da beide Ehepartner berufstätig waren und etwa das gleiche Einkommen bezogen. Für diesen recht beschränkten Kreis bietet das neue Gesetz in der Tat einige Vorteile. In einem dieser Fälle war denn auch das Ganze innerhalb von zwei Stunden erledigt.

Auch nach dem neuen Gesetz wird man davon ausgehen können, daß viele Paare, die sich gerne trennen wollen, auf eine Scheidung verzichten, bzw. verzichten müssen. Das Absinken der Anzahl der Scheidungsanträge läßt vermuten, daß noch mehr Menschen in ihrem Eheknast verurteilt sind, in ihrem Eheknast zu bleiben.

AG Frauen
KB/Gruppe Hamburg

Leserbriefe zum Thema »Frauenfeindlich«

Fortsetzung von Seite 26

nämlich: war der Auftritt frauenfeindlich oder nicht. Es reicht nicht aus, zu erwähnen, daß eine »Künstlerin ein bestimmtes Repertoire hat und wie jeder, der sein Geld auf dem Kunstmarkt verdient, eine bestimmte Masche. J.W.'s Masche ist nun just die des unerhört besexten Vamps«. Na ja, so ist es eben - Hier wird doch kaum die Frage gestellt, wie J.W. zu ihrer Masche kommt und warum.

In dem Artikel der Kinderkommission wird J.W.'s Auftritt überhaupt nicht mehr in Frage gestellt. Da heißt es: »Peinlich und blamabel dagegen waren Pfiffe für die J.W. Band, als J.W. ihre Musik mit der Beschäftigung mit ihrem Körper verband, was von Teilen des Publikums wohl als ‚frauenfeindlich' verstanden wurde."
Demnach scheint ja alles in Ordnung mit dem Auftritt zu sein. Nicht der bürgerliche Kulturbetrieb ist frauenfeindlich, in dem Jutta W. zu solchen Auftrittsformen kommt, nicht diese Auftrittform ist frauenfeindlich, sondern das Publikum versteht einfach nicht richtig.

Was allerdings nicht richtig vom Publikum verstanden wurde, ist, daß es nicht angeht, Leute, die eine gute Sache wie das Kinderhaus so massiv unterstützen, von der Bühne zu pfeiffen und zu meinen, mit der »haut- den-richtigen- Standpunkt«- Methode eine Überzeugungsarbeit leisten zu können. Was ich selbstkritisch sagen muß, und so wird es vielleicht vielen ergangen sein, daß nach der Bemerkung von Henning Venske- es seien leider nur immer Männer auf der Bühne und jetzt käme nach der niedlichen Tänzerin der Zigeunerband endlich eine Frau auf die Bühne, meine spontane Empörung stärker war als die Überlegung, welchen großen solidarischen Beitrag J.W. zur Kinderhausveranstaltung beigetragen hatte und daß ihr dieses Pfeifen wohl kaum etwas klar machen würde. Darum ist die Kritik an diesem sektiererischen Verhalten voll berechtigt. Dennoch ist für mich die Art und Weise der Kritikführung der AG Frauen teilweise unzureichend und platt, was ich an einigen Zitaten belegen möchte:

...»Publikumsreaktion bei weitem schlechter, geschmackloser und humorloser war als der Auftritt selbst«. ...»Teilweise wird der KB wohl auch mit der Heilsarmee verwechselt«. Ich meine, daß dies keine politische, sondern eine moralisch-polemische Kritik ist, wie etwa: »Ihr seid aber prüde!« Hier wird mit keinem Wort benannt, welche politischen Fehler nun genau vorliegen. Durch solche Anpinkeleien wird mir nicht klarer, warum mein Verhalten sektiererisch und politisch blind war.

Belegt wird die Heilsarmeethese damit, daß z.B. an Aktionen von Frauengruppen gegen Mißwahlen etc. gedacht wird und ausgeführt wird, daß
damit, daß z.B. an Aktionen von Frauengruppen gegen Mißwahlen etc. gedacht wird und ausgeführt wird, daß
diese Frauengruppen nur an Symptomen des Kapitalismus herumdoktern und weiterhin keinen Kampf gegen die Unterdrückung der Frau im Betrieb führen. So allgemein ist das erst einmal eine Behauptung und Unterstellung, die nicht belegt wird. Über diese Frage sollte wohl eine ausführlichere Auseinandersetzung geführt werden. Und dann soweit zu gehen, allen Genossinnen (Genossen), die gepfiffen haben, ebenfalls zu unterstellen, sie seien »Bilderstürmer«, weil sie sich ebenso verhielten wie die Frauengruppen, halte ich für ziemlich platt. Es wäre wohl möglich gewesen, die gleiche Kritik politisch fundierter zu führen.

Abschließend möchte ich anregen, über die Position der Frau im bürgerlichen Kulturbetrieb einige Untersuchungen anzustellen und hierzu auch gerade J.W. anzusprechen und mit ihr eine Auseinandersetzung zu führen.
Eine Hamburger Genossin
aus dem Kulturbereich

***

Zu Eurem Artikel »‚Frauenfeindlich' - oder wie es sich manche zu einfach machen« will ich folgendes sagen:
Richtig finde ich, daß Ihr sagt, Frauen werden in so vielen Bereichen unterdrückt, z.B. in Frauenbetrieben, daß unbedingt verstärkt dagegen gekämpft werden muß. Sie werden aber in vielen Bereichen ausgenutzt, eben auch im sexuellen. Genau wie ich es richtig finde, z.B. gegen »Leichtlohngruppen« zu kämpfen, finde ich es wichtig, gegen die Benutzung der Frau als Sexualobjekt, z.B. bei »Miss-Wahlen«, »Oben-ohne-Mädchen« und »Frauenboxen«, zu kämpfen. Angepriesen werden solche »Boxkämpfe« mit »Frauen mit klatschenden Brüsten« etc.. Möchte mal wissen, was Männer sagen würden, wenn sie mit »klatschenden Säcken« zu Markte getragen würden. Dabei ist noch nicht berücksichtigt, daß Männer gemeinhin nicht als Sexualobjekte betrachtet werden, im Gegensatz zu Frauen. Wenn ich angesichts solcher frauenfeindlicher Aktionen noch von Euch höre »Heilsarmee« und »Viktorianismus«, dann frage ich mich, ob Ihr überhaupt merkt, wie oft, siehe Zeitungen, Fernsehen, Veranstaltungen, Werbung etc., Frauen als Sexualobjekte verkauft werden. Dieser Bereich der Frauenunterdrückung ist ein verdammt grosser, das solltet Ihr Euch mal klarmachen und Re-Aktionen entsprechend unterstützen - oder findet Ihr es am Ende selbst gut?
Eine Bielefelder AK- Leserin



J. Weinhold live — frauenfeindlich?

Ich will etwas sagen zu dem Artikel »‚Frauenfeindlich' - oder wie es sich manche zu einfach machen« im ARBEITERKAMPF Nr. 116.

In diesem Artikel nimmt die Frauengruppe Stellung gegen Genossinnen und Genossen, die auf der Veranstaltung zugunsten des Kinderhauses die Rocksängerin Jutta Weinhold von der Bühne herunterpfeifen wollten.

Es ist zwar richtig, die Pfeifer und Buh-Rufer auf diesem Wege zu kriti-
die Rocksängerin Jutta Weinhold von der Bühne herunterpfeifen wollten.
Es ist zwar richtig, die Pfeifer und Buh-Rufer auf diesem Wege zu kriti-
sieren. Meines Erachtens berührt die Kritik aber den politischen Kern nur ungenügend und könnte an dieser Stelle noch schärfer gefaßt werden.

Tendenz der Kritik an den pfeifenden Genossinnen und Genossen war, die Pfeifer als gescmack- und humorlos, ihre Reaktion als unangenehm und unsolidarisch hinzustellen, sie auf wichtigere Aufgaben in der politischen Arbeit zur Frauenfrage hinzuweisen (z.B. Arbeitsbedingungen im Betrieb).

Man macht es den Buh-Rufern zu leicht, denn über Geschmack läßt sich bekanntlich streiten, sie waren nunmal gerade auf der Veranstaltung und nicht im Betrieb usw.

Schließlich sei eine »Holt die nackte Frau von der Bühne - Aktion« sektiererisch.

Sie war nicht nur sektiererisch, sondern als Reaktion gegen eine Frau, deren Job als Rocksängerin ihre Vermarktung besonders einschließt, ein völlig falscher politischer Ansatz.

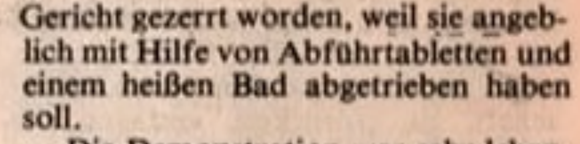
Ich will mich hier nicht über die Prüderie auslassen. Selbst prüde Genossinnen und Genossen lassen es sich hoffentlich sonst nicht einfallen, oder sie sollen mit einer Politik für die Frau aufhören, die vermarktete Frau auszupfeifen. Darunter fällt auch die Frau, die sich ihren Beruf angeblich selbst ausgesucht hat. Es kommt mir überhaupt nicht in den Sinn, eine am Straßenrand frierende Prostituierte auszupfeifen, weil sie ihren Körper vermarktet. Ich habe nie in »Bild« und »Morgenpost« halbnackt angebotene, mit widerlichen Sprüchen begleitete Frauen ausgebuht, sondern die drekkigen Geschäftemacher, die damit ihre Auflagen erhöhen und habe die Ideologen verachtet, die meinen, dazu sei eine Frau geschaffen.

In diesem Fall entschließt sich gar eine Rocksängerin zu einer gagen (lohn) losen Teilnahme an einer Veranstaltung, deren ganzer Inhalt der Aufrechterhaltung des Kinderhauses Heinrichstraße und der Verbreiterung seiner Erziehungsinhalte diente. Ein Stück Beteiligung am Kampf gegen die Angriffe des Staates auf diese Einrichtung also. Was liegt näher, als die angebotene Solidarisierung von Jutta Weinhold zu erwidern? Anstatt sie von der Bühne zerren zu wollen! Im übrigen wird doch wohl keiner erwartet haben, daß sie zur Freude einiger in den Rängen just an diesem Abend im Lodenmantel auftreten würde.

Wenn wir an den Erscheinungsformen vermarkteter, zur Ware degradierter Menschen ansetzen wollen, wenn wir solche Erscheinungen zum Anlaß nehmen, uns gegen diese Menschen zu stellen, dann kommen wir aus dem Pfeifen nicht mehr heraus und nicht nur das. Wir pfeifen genau die Falschen aus. Die Fettsäcke, die uns zur Ware machen, die unsere Produkte stehlen und sie samt Mensch auf den Markt werfen, werden sich freuen, wenn eine Jutta Weinhold von uns abgestoßen wird.

An zweiter Stelle kann man mit Jutta Weinhold darüber streiten, ob das ewige Hin- und Herrutschen der Bluse eine Bereicherung ihres Vortrages war. An zweiter Stelle sollte man auch mit den Genossinnen und Genossen darüber sprechen, welche Moralvorstellungen in ihren Köpfen stecken. Heino tritt nie unkeusch auf.

Ein Genosse des Chemie- Komitees
Texaco Hamburg



Demonstration gegen Abtreibungsgesetzgebung in England

Am 26.10. fand in Birmingham eine Demonstration von 4.000 Menschen für das Recht auf Abtreibung statt. Aufgerufen hatte die NAC (National Abortion Campaign). Die NAC bekämpft seit nunmehr über 2 Jahren die ständigen Versuche, die Abtreibungsmöglichkeiten in England durch Gesetzesvorlagen oder praktisch einzuschränken.

Gefolgt war ihrem Aufruf die Frauenbewegung ebenso wie Mitglieder und Sympathisanten linker Organisationen (mit Ausnahme der Vaterlandsverteidiger) sowie einige lokale Gewerkschaftsgruppen und Gruppierungen der Labour Party.

Birmingham war als Demonstrationsort ausgesucht worden, weil hier die Abtreibungssituation am schlimmsten ist. Nur eine von 10 Frauen bekommt eine kostenlose Abtreibung im staatlichen Gesundheitsdienst, die anderen müssen für eine Abtreibung mindestens ca. 300 DM (bei karitativen Einrichtungen) auf den Tisch legen.

Wie notwendig diese Demonstration und eine weitere Mobilisierung für das Recht der Frau, über ihren eigenen Körper selbst zu bestimmen, ist, machten zwei Ereignisse derselben Woche deutlich: Es fand ein Geheimtreffen von Regierung und Abtreibungsgegnern des Parlaments statt, bei dem diskutiert wurde, wie ein neuer Gesetzentwurf zur weiteren Einschränkung der Abtreibungsmöglichkeiten aussehen müßte, damit ihn die Regierung unterstützen könnte.

Ein 14jähriges Mädchen ist vor Gericht gezerrt worden, weil sie angeblich mit Hilfe von Abführtabletten und einem heißen Bad abgetrieben haben soll.

Die Demonstration war sehr lebendig und wurde von den meisten Passanten mit Sympathie aufgenommen. Eine besondere Attraktion war eine Frauenband mit sehr flotter Musik und Texten zur Abtreibungssituation.

Auf der Abschlußkundgebung sprach u.a. Adele Faccio von der italienischen Frauenbewegung über den Kampf für die Freigabe der Abtreibung in Italien.

AG Frauen
KB / Gruppe Hamburg



PRESSEMITTEILUNG des Verlags ‚Rosa Winkel'

»Anfang Oktober wurde das Buch ‚Schwule Lyrik — Schwule Prosa« aus dem Verlag Rosa Winkel/Westberlin von der Schweizerischen Bundesanwaltschaft in Bern als ‚unsittlich' eingestuft und darf damit in den Buchhandlungen nicht verkauft werden. Eine nähere Begründung des Vorwurfs der ‚Unsittlichkeit' wurde bisher nicht gegeben.

Die Anthologie ‚Schwule Lyrik — Schwule Prosa' ist der erste Versuch im deutschsprachigen Raum, mit den Mitteln von Lyrik und Prosa den durch die neue Schwulenbewegung in den letzten Jahren ausgelösten Prozeß der traditionellen Sprachlosigkeit der Homosexuellen zu durchbrechen.

In dem Band sind unter anderem Texte von Rosa von Praunheim, Hans Eppendorfer, Hubert Fichte, Klaus Mann, Bruno Vogel, Bruno Horst Bull veröffentlicht.

Der Verdacht drängt sich auf, daß unter dem Vorwand der ‚Unsittlichkeit' die autonomen Äußerungen der Homosexuellen zensiert werden sollen. Wir protestieren hiermit gegen dieses Urteil und fordern seine sofortige Aufhebung.«

Frankfurt/M. und Westberlin,
den 17.10.77
(Es folgt die Unterzeichnung von 54 Verlagen, Buchhandlungen und Schriftstellern)

Kontaktadressen des KB
Baden-Württemberg

Kontaktadressen des KB

Redaktion und Verlag
Lerchenstraße 75
2000 Hamburg 50
Telefon Verlag: 43 53 06
Telefon Redaktion: 43 53 46

Sozialistischer Studentenbund
Büro
Schlüterstraße 4
2000 Hamburg 13
Telefon 44 98 14

Schleswig/Holstein

Flensburg
Peter Petersen
Postlagerkarte A 02 25 83
239 Flensburg

Geesthacht
Postlagerkarte 02/2054 Geesthacht
Jeden Sonnabend von 10 bis 12 Uhr vor Herti

Kappeln
Dagmar Schneider
Postlagernd
234 Kappeln

Kiel
H. Lankau
Postlagerkarte 098831 A
2300 Kiel 1
Jeden Mittwoch von 11 bis 14 Uhr Büchertisch Universität/Mensa
Jeden Freitag von 16 bis 18 Uhr und jeden Samstag von 10 bis 13 Uhr, Holstenstraße zwischen „Kieler Nachrichten" und Buchladen „Montanus"

Lübeck
ARBEITERKAMPF-Vertriebsbüro
Mühlenstraße 39
24 Lübeck 1

Mölln/Ratzeburg
M. Below
Postfach 1111
241 Mölln

Ost-Holstein (Eutin, Plön, Malente)
H. Lankau
Postlagerkarte A 022 854
242 Eutin
Jeden Sonnabend von 10 bis 12 Uhr am Markt/Peterstraße in Eutin

Pinneberg/Steinburg
Postlagerkarte A 022 926
208 Pinneberg

Reinbek
Jeden Sonnabend von 10 bis 12 Uhr Kaufzentrum Reinbek/West

Bremen

Bremerhaven
ARBEITERKAMPF-Vertriebsbüro
Poststr. 14
285 Bremerhaven
Mittwoch und Freitag
16.30 bis 19 Uhr

Bremen
ARBEITERKAMPF-Vertriebsbüro
Am Schwarzen Meer 162
2800 Bremen 1

Niedersachsen

Braunschweig
Postlagerkarte 081 378
33 Braunschweig
Verkauf jeden Sonnabend
11-13 Uhr, Kohlmarkt

Wolfsburg
Verkauf jeden Sonnabend
11-13 Uhr, Kaufhofpassage

Cuxhaven
Verkauf jeden Sonnabend
10 bis 12 Uhr vor Karstadt
Nordersteinstraße

Emden
Postlagerkarte 0 67458 A
297 Emden

Göttingen
Buchladen Rote Straße
Rote Straße 10 z. Hd. KB
34 Göttingen

Hannover
V. Campen
Postfach 1262
3 Hannover 1

Hildesheim
Postlagerkarte A 019 084
32 Hildesheim
Jeden Sonnabend von 10 bis 12 Uhr Fußgängerzone/Hoher Weg

Lüneburg
Postlagerkarte A 017 890
314 Lüneburg
Sonnabend Bäckerstr.
11 bis 13 Uhr

Stade
Jeden Sonnabend von 10 bis 12 Uhr am Pferdemarkt

Weser-Ems-Gebiet
Postlagerkarte 070 178 A
29 Oldenburg 1

Rheinland-Pfalz

Südpfalz
G. Wißmeier
Postfach 22
6748 Bad Bergzabern

Nordrhein-Westfalen

Bielefeld
J. Reents-Vertriebsbüro
Buddestr. 19 (Ecke Maybachstr.)
48 Bielefeld
Öffentl. Bürostunden
Fr von 17 bis 19 Uhr

Bochum
Postlagerkarte A 056011
463 Bochum
Jeden Sonnabend von 10 bis 13 Uhr
Kortumstraße/Innenstadt
Jeden Di/Mi/Do von 12 bis 14 Uhr
Uni/Mensa

Duisburg
Postlagerkarte 080 190 A
41 Duisburg

Essen
jeden Donnerstag von 11 bis 14 Uhr
Gesamthochschule Essen

Kamen
Jeden Samstag von 10 bis 13 Uhr
Mittwochs von 16.30 bis 18 Uhr
in der Einkaufsstraße

Mönchengladbach 2
Postlagerkarte A 006745
4050 Mönchengladbach
Verkauf jeden Sonnabend
von 11 bis 13 Uhr im Rheydt
(Fußgängerzone)

Köln
Jeden Dienstag und Mittwoch
von 12 bis 14 Uhr Büchertisch
in der Zentralmensa der
Uni Köln, Zülpicherstraße

Hessen

Darmstadt
Edwin Herrmann
Am Eichbaumeck 62
61 Darmstadt

Frankfurt
Vertriebsbüro S. Lissner
Adalbertstraße 29
6000 Frankfurt/M. 90
öffentliche Bürostunde
Mittwoch von 16.30 bis 19.30

Kassel
Florian Rohs
Postfach 10 31 43
35 Kassel
Jeden Sonnabend von 10.30 bis 13 Uhr
Königsplatz

Baden-Württemberg

Freiburg
Buchladen Jos. Fritz (c/o KB)
Wilhelmstraße 15
78 Freiburg
Telefon 26 877
Dienstag von 17 bis 18 Uhr

Heidelberg
AK-Lesekreis Mittwoch 20 Uhr und
Büchertisch jeden Mittwoch
Marstall-Mensa

Karlsruhe
Heidi Zorn
Humboldstr. 13
75 Karlsruhe

Pforzheim
Zentrum
Sallerstr. 59
Sa. 11 bis 12.00 Uhr
Leopoldsplatz

Stuttgart:
Postlagerkarte 924 B
7000 Stuttgart 1

Bayern

Bamberg
Verkauf jeden Sonnabend
11 bis 12.30 Uhr
Einkaufszentrum vor Herti

Erlangen
Verkauf jeden Mittwoch
12 bis 13.30 Uhr Uni/Mensa
Langemarck-Platz 4

Fürth
Verkauf jeden Sonnabend 10 bis 12 Uhr
Fußgängerzone

Landshut
Postlagerkarte A 04 11 81
83 Landshut
Verkauf jeden Sonnabend 10 bis 12 Uhr
Altstadt vorm Oberpaur

München
Postlagerkarte 07 19 10 A
jeden Mi. 11-13 Uhr Mensa

Nürnberg
P. Tröstler
Postfach 150 472
8500 Nürnberg
Verkauf jeden Sonnabend
11 bis 12 Uhr
Breite Gasse, Kaufhof

Regensburg
Verkauf jeden Donnerstag
11.30 bis 13.30 Uhr Uni/Mensa

Westberlin
A. Radtke
Thomasiusstr. 2
1 Westberlin 21
Freitag von 16 bis 19 Uhr

ÖTV

Seeleute streikbereit — ÖTV-Führer wiegeln weiter ab

Die Verhandlungen für einen neuen Manteltarifvertrag für die Seeleute kommen kein Stück weiter. Während die Reeder mit allen Mitteln daran arbeiten, die vorhandene Streikbereitschaft zu erdrücken, vertagen die ÖTV-Führer die Verhandlungen immer wieder aufs neue, ohne weitergehende Kampfmaßnahmen mit den Seeleuten vorzubereiten.

Der vierte Verhandlungstag der Schlichtungsrunde hat noch immer nicht zu einem Angebot der Reeder geführt. Im Gegenteil häufen sich ihre Drohungen, bei keiner Einigung noch mehr westdeutsche Schiffe auszuflaggen. Die ÖTV-Führung ließ sich bis jetzt auf diese ein, obwohl sich eine selten hohe Kampfbereitschaft bei den Seeleuten entwickelt hat. Ein Beispiel dazu gab eine „Protestversammlung" am 31.10. im Hamburger Gewerkschaftshaus, zu der die ÖTV-Führer Seeleute aus den Hafenstädten Bremen, Bremerhaven und Hamburg eingeladen hatten.

Die ÖTV-Fürsten Heinrich Rake, Siegfried Merten und Jürgen Sönksen hielten vor ca. 700 Kollegen wortgewaltige Reden und spielten die „entschlossenen Kämpfer". Jedoch ließen sie kein Wort dazu fallen, wie sie die Mobilisierung der Seeleute vorantreiben wollen und welche Aktionen folgen sollen. Aus diesem Grunde waren aber die meisten Seeleute nach Hamburg gekommen, und die Empörung war groß, als nach 11/2 Stunden das Ende der Versammlung – ausgerechnet mit dem Lied „Brüder zur Sonne, zur Freiheit" – vom Vorstandstisch verkündet wurde.

Denn auf der Tagesordnung stand, daß nach den Reden der „Offiziellen" eine Diskussion stattfinden sollte. Die „Diskussion" beschränkte sich jedoch auf wortreiche Solidaritätsbekundungen von einem Hafenbetriebsratsvorsitzenden und einem Seefahrtstudenten. Viele Kollegen verließen während des „Gesangs" den Saal und diskutierten draußen, daß sie endlich praktische Schritte von der ÖTV-Führung erwarteten.

Wenn sich die Verhandlungsparteien nicht bis zum 12.11. im Schlichtungsverfahren geeinigt haben, erlischt die „Friedenspflicht". Die Kollegen müßten zur aktiven Durchsetzung ihrer Forderungen aufgerufen werden – doch das wollen die ÖTV-Gewaltigen allem Anschein nach vermeiden.

Im Gegensatz zu den ÖTV-Führern bereiteten sich die Reeder gut auf die Tarifauseinandersetzungen vor. Der „Verband deutscher Reeder" hat an alle Mitgliedsfirmen eine Geheimstudie geschickt, in der die taktischen Schritte zur Aussperrung der Seeleute erläutert werden.

„*Wichtigstes Kampfmittel der Arbeitgeberseite ist die Aussperrung . . . Man unterscheidet zwischen Abwehr- und Angriffsaussperrung, die je nach Beschluß des Verbandes entweder zum zeitweiligen Ruhen der Beschäftigungs- und Lohnzahlungspflicht des Arbeitgebers (Suspensivwirkung) oder zur Auflösung des Arbeitsverhältnisses (Lösungswirkung) führen.*" Als beste Form stellen sich die Kapitalisten im Ergebnis vor: „*Die lösende Einzelaussperrung dürfte in der Seeschiffahrt als Kampfmaßnahme besonders geeignet sein.*" Ebenfalls machen sie sich zur Mobilisierung von Streikbrechertrupps Gedanken: „*Vorbereitungen für den Einsatz arbeitswilliger, im Landbetrieb der Reederei tätiger ehemaliger Besatzungsmitglieder, bzw. betriebsfremder Arbeitswilliger treffen, bzw. arbeitswilliger Pensionäre treffen.*" An den Einsatz von Polizei haben die Reeder natürlich auch gedacht. Einerseits wird empfohlen, „*rechtzeitig Kontakt zur örtlichen Wasserschutzpolizei und zur Hafenverwaltung aufzunehmen und mit diesen Stellen ständig in Verbindung zu bleiben*". Andererseits, wenn diese „Kontaktpflege" nicht zum gewünschten Ergebnis kommt, wird empfohlen: „*Bei Untätigkeit der Polizei unbedingt auf Beweissicherung achten, außerdem ausdrücklich auf . . . eventuelle Schadensersatzansprüche gegen die Polizei wegen Amtspflichtverletzung hinweisen.*"

Nicht zuletzt gehört das buchstäbliche Aushungern von Streikenden auch zum Repertoire der Kapitalisten: „*Bordverpflegung ist den am Arbeitskampf beteiligten Besatzungsmitgliedern grundsätzlich nicht mehr zu gewähren*" (alle Zitate aus „Vorwärts", 3.11.).

Die „Friedenspflicht", an die sich die ÖTV-Führer glauben halten zu müssen, ist von den Reedern mit dieser Geheimstudie längst gebrochen.

ÖTV-Kommission
KB/Gruppe Hamburg



im Hamburger Gewerkschaftshaus, zu der die ÖTV-Führer Seeleute aus den Hafenstädten Bremen, Bremerhaven und Hamburg eingeladen hatten.

Die ÖTV-Fürsten Heinrich Rake, Siegfried Merten und Jürgen Sönksen hielten vor ca. 700 Kollegen wortgewaltige Reden und spielten die „entschlossenen Kämpfer". Jedoch ließen sie kein Wort dazu fallen, wie sie die Mobilisierung der Seeleute vorantreiben wollen und welche Aktionen folgen sollen. Aus diesem Grunde waren aber die meisten Seeleute nach Hamburg gekommen, und die Empörung war groß, als nach 11/2 Stunden das Ende der Versammlung – ausgerechnet mit dem Lied „Brüder zur Sonne, zur Freiheit" – vom Vorstandstisch verkündet wurde.

bereiteten sich die Reeder gut auf die Tarifauseinandersetzungen vor. Der „Verband deutscher Reeder" hat an alle Mitgliedsfirmen eine Geheimstudie geschickt, in der die taktischen Schritte zur Aussperrung der Seeleute erläutert werden.

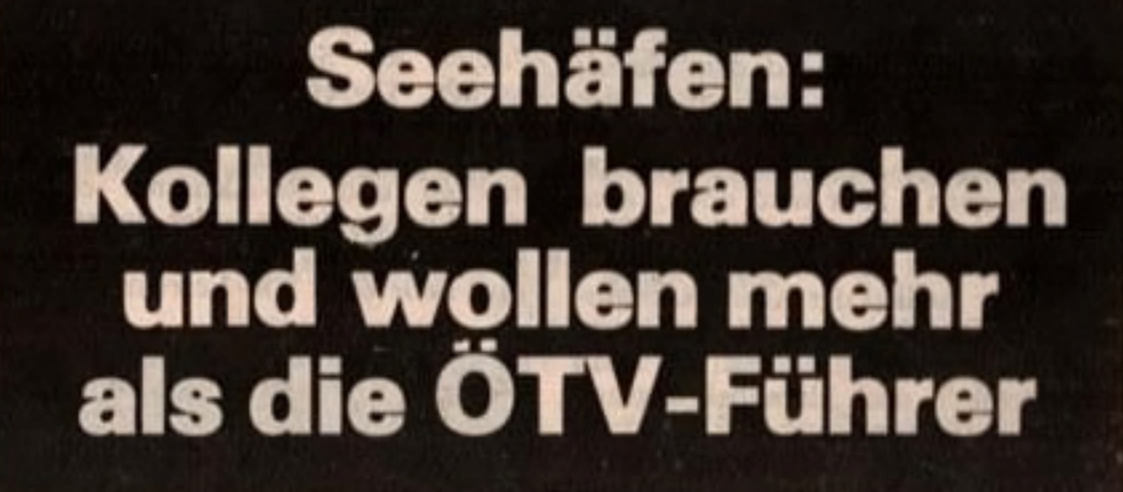
„Wichtigstes Kampfmittel der Arbeitgeberseite ist die Aussperrung . . . Man unterscheidet zwischen Abwehr- und Angriffsaussperrung, die je nach Beschluß des Verbandes entweder zum zeitweiligen Ruhen der Beschäftigungs- und Lohnzahlungspflicht des Arbeitgebers (Suspensivwirkung) oder zur Auflösung des Arbeitsverhältnisses (Lösungswirkung) führen." Als beste Form stellen sich die Kapitalisten im Ergebnis vor: „Die lösende Einzelaussperrung dürfte in der Seeschiffahrt als Kampfmaßnahme be-

densersatzansprüche gegen die Polizei wegen Amtspflichtverletzung hinweisen."

Nicht zuletzt gehört das buchstäbliche Aushungern von Streikenden auch zum Repertoire der Kapitalisten: „Bordverpflegung ist den am Arbeitskampf beteiligten Besatzungsmitgliedern grundsätzlich nicht mehr zu gewähren" (alle Zitate aus „Vorwärts", 3.11.).

Die „Friedenspflicht", an die sich die ÖTV-Führer glauben halten zu müssen, ist von den Reedern mit dieser Geheimstudie längst gebrochen.

ÖTV-Kommission
KB/Gruppe Hamburg



Seehäfen: Kollegen brauchen und wollen mehr als die ÖTV-Führer

Zum Ende des Jahres sind für die 30.000 westdeutschen Hafenarbeiter die Lohn- und Eingruppierungstarifverträge (für entsprechende Lohngruppen) gekündigt worden.

Wie gewohnt, gaben die Gewerkschaftsführer zur Diskussion über Höhe und Art der Forderung von Anfang an die Marschrichtung an. Der Vorstand forderte die Mitglieder auf, über 8,5 % Lohnerhöhung zu diskutieren.

Dies stieß dort, wo Funktionäre mit ihren Kollegen diskutierten, auf heftige Ablehnung.

In fast allen Hamburger Hafenbetrieben wurde eine höhere Forderung aufgestellt (bis zu 13 %). Lediglich bei der HHLA gab es eine breitere Bewegung für eine Festgeldforderung von DM 200 bzw. 10 DM pro Schicht mehr, hinter der immerhin ein Drittel der Funktionäre stand.

Unter den Kollegen allerdings findet eine derartige Festgeldforderung weit mehr Zustimmung.

Ende Oktober fand dann in Hamburg eine Hafenfunktionärsversammlung statt, in der zwar alle Forderungen zusammengetragen wurden, aber keine Abstimmung zugelassen wurde!

Nachdem vor zwei Jahren der Vorschlag des ÖTV-Hauptvorstandes überstimmt wurde, ist es das zweite Mal, daß keine Abstimmung zugelassen wurde. Dieses undemokratische Vorgehen der Gewerkschaftsführer wirkt sich resignierend auf die Vertrauensleute aus. So war auch nur knapp ein Drittel der Geladenen anwesend.

Um die endgültige Forderung aller Häfen zu diskutieren, waren am 29.10. die verschiedenen Tarifkommissionen in Bremen zusammengekommen.

Auch hier dasselbe Spiel: In einer kurzen Rede wurde den Versammelten verklart, daß die Bundestarifkommission sich bereits auf die Höhe von 9 % Lohnforderung sowie auf die Forderung nach Erhöhung der Schichtzuschläge um 5% geeinigt hatte. Von Diskussion, geschweige denn Abstimmung war nicht mehr die Rede.

Hafenzellen-Anleitung
KB/Gruppe Hamburg

Politische Kündigung durch Stellenstreichung durchgesetzt

Die Teilzeitstelle eines Assistenzarztes in der chirurgischen Abteilung des Kreiskrankenhauses Neustadt wurde vom Ostholsteiner Kreistag gestrichen, obwohl von der Ministerialbehörde bereits am 4.4.77 der Umwandlung dieser Halbtagsstelle in eine Ganztagsstelle zugestimmt worden war.

Der Personalausschuß-Vorsitzende Johann Höper begründete den Vor-

bei der gestrigen Entscheidung spielte er wegen der Streichung der Stelle keine Rolle mehr: Dr. B. gilt als Kommunist (hört, hört). Dies verlautete auch am Rande der Kreistagssitzung am Dienstag aus Kreisen der CDU-Fraktion« (»OHA«, ebenda).

Da natürlich keine »Beweise« für diese Behauptung vorliegen, also ein Berufsverbot nicht so ohne weiteres

Politische Kündigung durch Stellenstreichung durchgesetzt

Die Teilzeitstelle eines Assistenzarztes in der chirurgischen Abteilung des Kreiskrankenhauses Neustadt wurde vom Ostholsteiner Kreistag gestrichen, obwohl von der Ministerialbehörde bereits am 4.4.77 der Umwandlung dieser Halbtagsstelle in eine Ganztagsstelle zugestimmt worden war.

Der Personalausschuß-Vorsitzende Johann Höper begründete den Vorschlag, die Stelle zu streichen, mit der angeblichen Notwendigkeit einer Gleichstellung bei der Besetzung der Kreiskrankenhäuser mit Chirurgen: »*Die Richtsätze der Deutschen krankenhausgesellschaft* [*auf 12,4 Betten eine Arztstelle*] *waren bisher in den Kreiskrankenhäusern Eutin und Oldenburg, aber nicht im Krankenhaus Neustadt eingehalten worden. Daraus ergab sich gegenüber den Häusern Eutin und Oldenburg eine Überbesetzung*« (»Lübecker Nachrichten«, 20.10.77).

Auf den ersten Blick könnte man diese »Gleichstellung« um eine halbe Stelle als bürokratische Pingeligkeit einstufen. Daß es sich aber hierbei um eine Kündigung aus politischen Gründen handelt, wird deutlich, wenn man die Vorgeschichte kennt : Der Betroffene, Dr. B., »*hatte zunächst einen Zeitvertrag über 3 Monate für eine Halbtagsstelle mit 20 Stunden in der Woche erhalten. Dann klagte er auf Festanstellung. Durch eine einstweilige Verfügung, die auch in der zweiten Instanz bestätigt wurde, erreichte er zunächst, daß er auch nach Ablauf seines Zeitvertrages weiter auf der chirurgischen Station in Neustadt tätig bleiben konnte*« (»Ostholsteiner Anzeiger«, 21.10.77).

Da aber jetzt der Gegenstand der Klage, die vorhandene Stelle, einfach gestrichen worden war, konnte das Landesarbeitsgericht die einstweilige Verfügung aufheben (Az.: 4 Sa 544/77) und die Klage auf Weiterbeschäftigung abweisen (Az.: 4 Sa 421/77) (Informationen aus »OHA«, 21.10.)!

»*Der wahre Grund* (für die plötzliche Änderung im Stellenplan, AK) *wurde nach Auskunft des Kieler Rechtsanwaltbüros zwar bei Beginn der gerichtlichen Auseinandersetzungen in der ersten Instanz noch genannt, bei der gestrigen Entscheidung spielte er wegen der Streichung der Stelle keine Rolle mehr: Dr. B. gilt als Kommunist* (hört, hört). *Dies verlautete auch am Rande der Kreistagssitzung am Dienstag aus Kreisen der CDU-Fraktion*« (»OHA«, ebenda).

Da natürlich keine »Beweise« für diese Behauptung vorliegen, also ein Berufsverbot nicht so ohne weiteres gerichtlich durchzusetzen ist, hat man eben zu dem einfacheren — ebenso wirksamen — Mittel gegriffen, dem Rotstift!

Unter den Kollegen, den chirurgischen Assistenten des Kreiskrankenhauses Neustadt, hat die beabsichtigte Stellenstreichung sofort großen Protest ausgelöst.

»*Sie hatten vor Beginn der Kreistagssitzung sämtlichen Abgeordneten ein Schreiben überreicht, in dem sie die Stellenstreichung als einen tiefen Eingriff in ihr Arbeits- und Privatleben bezeichneten. Die Streichung sei außerdem im Interesse der Patienten nicht verantwortbar.*«

Außerdem seien »*weder der leitende Abteilungsarzt und mit ihm die nachgeordneten Ärzte noch der Personalrat ... informiert noch angehört*« worden. Weiter heißt es in dem Schreiben: »*Schwer verständlich bleibt auch, warum ausgerechnet 1977 eine Stellenberichtigung vorgenommen werden soll. In diesem Jahr hatte die Abteilung bislang eine durchschnittliche Belegung von 98 Prozent gegenüber 83 Prozent im Vorjahr* (!). *Insgesamt wurde ein bislang nicht erreichter Nutzungsgrad erzielt. Die beteiligten Ärzte wurden physisch und psychisch erheblich gefordert, teilweise bis an die Grenzen des Möglichen und selbstverständlich unter unausgesprochenem Verzicht auf Erleichterungen und Entgelt, die der Bundesangestelltentarifvertrag für Belastungen dieser Art vorsieht*« (Zitate aus »LN«, 20.10.77).

Diese Einwände waren für die Abgeordneten kein Grund, sich von ihrem Vorhaben, einen kritischen Arzt zu feuern, abbringen zu lassen.

In der Abstimmung stimmten nur die FDP-Abgeordneten dagegen!...

ÖTV-Kommission
KB / Gruppe Hamburg

„Fachgruppe Verfassungsschutz" in der ÖTV

Weil „*der Bürger, selbst wenn er sich mehr Sicherheit im Staate wünscht, der Arbeit des Verfassungsschutzes fremd und mißtrauisch gegenüber steht*" („ÖTV-Magazin", Nov. 77, S. 22), hat es sich die „Fachgruppe Verfassungsschutz in der Gewerkschaft ÖTV" zur Aufgabe gemacht, „*dafür zu sorgen, daß die Unbefangenheit (!) gegenüber der Tätigkeit des Verfassungsschutzes zunimmt*" (ebenda).

Dies sollen auch die beiden Artikel auf zwei vollen Seiten des ÖTV-Magazins erreichen.

„*Verfassungsschützer sind Mitarbeiter des öffentlichen Dienstes wie andere auch*" heißt es hier. Und darum setzt sich die ÖTV-Führung auch nicht nur für bessere „Arbeits"bedingungen der staatlichen Schnüffler, sondern besonders für ihr Image ein. Die Bevölkerung soll jetzt besser über die Arbeitsziele und -methoden des VS „aufgeklärt" werden, damit die „*Öffentlichkeitsarbeit der Behörde*" vorangebracht wird. Diese Sonderabteilung der ÖTV (oder des VS – da verwischen sich die Grenzen) will „*die Arbeit des Verfassungsschutzes transparent (machen) und ihn als legitimierte Einrichtung in das Bewußtsein der Öffentlichkeit (rükken).*" Und den „Kollegen" Agenten wird auch kräftig der Rücken gestärkt: „*Auf jeden Fall hat der Mitarbeiter des Verfassungsschutzes keinen Grund, sich vor der Öffentlichkeit zu verstecken (!?), denn er tut nichts als das, womit ihn Gesetzgebung und Gesellschaft (?) beauftragt haben.*"



Die ÖTV-Fürsten bedauern, daß von vielen der VS „*bis heute nicht, wie es erwünscht und notwendig wäre, als eine von mehreren Institutionen akzeptiert (wird), die für die innere Sicherheit und damit für die Erhaltung der freiheitlich-demokratischen Grundordnung unverzichtbar sind.*" Natürlich müsse „parlamentarische Kontrolle" sein, denn der Fall Traube habe diese Notwendigkeit deutlich gemacht. Doch bitte auch nicht zu viel des Guten, denn „*ein zu einschneidender Kontrollmechanismus an einer Stelle wirkt sich lähmend auf die Leistungsfähigkeit aller Verfassungsschutzämter aus*"! . . .

Mit dieser Public-Relation Abteilung zur Verherrlichung der antidemokratischen Entwicklung in der BRD können sich die Herrschenden glücklich schätzen. Und die tausende bespitzelter Kollegen des Öffentlichen Dienstes?

ÖTV-Kommission
KB/Gruppe Hamburg

Kurzmeldungen

Rechter Direktor in der Gewerkschaft – nein danke!

Der Direktor der Westberliner Wasserwerke, Dr. rer. pol. Johannes Schmidt, bisher noch Mitglied der ÖTV, soll dies nun nicht mehr länger sein. Die Versammlung der Vertrauensleute hat einstimmig den Beschluß gefaßt, Ausschlußantrag gegen ihn zu stellen. Es wird ihm gewerkschaftsschädigendes Verhalten vorgeworfen.

Gegenüber dem „Tagesspiegel" wurde von Seiten der ÖTV dazu erklärt, *„Schmidt habe wiederholt gegenüber der Personalvertretung erklärt, daß die Mitbestimmung ‚nicht brauchbar' sei, und die Legitimität der Personalräte in Frage gestellt. Zwischen Geschäftsleitung und Personalvertretung habe es ständig Auseinandersetzungen gegeben. Außerdem habe sich Schmidt für eine Privatisierung der Eigenbetriebe ausgesprochen"* („Tagesspiegel", 29.10.77).

Natürlich hat er auch etwas dagegen, daß die Personalvertretung" bei allem mitsprechen will" usw. usf. Daß für solche Leute auch noch genaue Ausschlußgründe angeführt werden müssen, ist ein Witz!

Der Herr Direktor befindet sich übrigens mit seiner Doppelfunktion als „Kollege" und „Arbeitgeber" als Mitglied in der ÖTV in derselben schizophrenen Situation wie z.B. Bundeskanzler Helmut Schmidt. Daher ist der Ausschlußantrag des Wasserwerks-Kollegen eine nachahmenswerte Initiative.

* * *

Pensum, Pensum und immer noch mehr

„Der Senator und 12.822 Mann zogen an einem Strang: Hafen-Rekord" („Hamburger Morgenpost", 3.11.). Solche und ähnliche Schlagzeilen lesen die Hamburger Hafenarbeiter zur Zeit oft in den bürgerlichen Zeitungen. *„Der Hamburger Hafen steuert auf das beste Umschlagsergebnis seiner Geschichte zu"*(„MoPo", 3.11). Während ein Hafenarbeiter im Jahre 1966 2027 Tonnen umschlug waren es 1976 4166 Tonnen. Dieses „gute Ergebnis" der Arbeitshetze und Rationalisierungen, ist für die Kapitalisten und Senatoren sicherlich ein Grund zum Feiern. Für die Hafen-Kollegenschaft muß dieser „Rekord" zum Anlaß genommen werden, Widerstand zu leisten und z.B. für die kommende Lohnrunde eine kräftige Erhöhung der Stundenlöhne zu fordern.

* * *

Flutschutz für Unternehmer

Investitionen von 650 Millionen Mark wurden dazu benutzt, die Hamburger Hafenanlagen gegen Überflutung zu schützen. Bei der Sturmflut am 3.1.76 wurden Betriebsanlagen im Wert von 620 Millionen Mark vernichtet. *„Die Hansestadt wird in diesem Jahr 265 Millionen DM für den Flutschutz ausgeben und nächstes Jahr noch einmal dieselbe Summe"* („MoPo", 3.11.). Für die Unternehmer werden in der Tat „Rekord"-Summen ausgegeben, die flutgeschädigte Bevölkerung in der Haseldorfer Marsch erhält dagegen kaum was.

* * *

Recht auf Teilzeitarbeit?

Viele Frauen können Ihrer Kinder wegen nur als Teilzeitkräfte arbeiten. Solche Teilzeitstellen kann man heute mit der Lupe suchen. Den Frauen bleibt nichts anderes übrig, als weiter im Haushalt zu arbeiten.

Beamtinnen sind da den anderen Arbeitnehmerinnen gegenüber privilegiert. Sie haben einen gesetzlichen Anspruch auf Teilzeitbeschäftigung. Bedingung: es muß wenigstens ein Kind unter 16 Jahren in der Familie sein, die Teilzeitarbeit kann höchstens für 12 Jahre gewährt werden.

Da es in der Verwaltung und anderen öffentlichen Institutionen auch keine Betriebskindergärten gibt, sind die Beamtinnen auf Teilzeitarbeit angewiesen.

Diejenigen, die ihr Recht in Anspruch nehmen, müssen aber große Nachteile in Kauf nehmen:
- sie bekommen weniger anspruchsvolle und mehr Routinearbeit zugewiesen,
- die Aufstiegschancen sind dadurch verringert,
- die Arbeitsmenge wird nicht im nötigen Umfange verringert.

Viele Beamtinnen fallen noch nicht einmal unter die enggefaßten gesetzlichen Bestimmungen oder können es aus finanziellen Gründen nicht leisten, als Teilzeitkraft zu arbeiten. Insofern bleibt auch dieses Recht auf Teilzeitarbeit ein hohles Recht (Alle Angaben nach einer Umfrage der Friedrich-Ebert-Stiftung, es wurden 380 voll- und 279 Teilzeitbeamtinnen befragt, aus ÖTV-Magazin Nr. 11, November 1977).

* * *

Frech – wie der Name sagt!

Die Krefelder Spedition Frech hat fünf Niederlassungen in West- und Süddeutschland dichtgemacht.

Den 130 Arbeitern und Angestellten wurde am Freitag kurz mitgeteilt, daß sie am Montag nicht wiederkommen brauchen – entlassen von einem Tag zum anderen!

Dieses dreiste Ganovenstück ist auch noch „gesetzlich" abgesichert: Denn, da für die Spedition kein Betriebsrat bestanden hat, haben die Gekündigten keinen gesetzlichen Anspruch auf frühzeitige Information über die geplante Stillegung und ebenfalls nicht auf einen Sozialplan. Die Kündigungsschutzklage der Kollegen zur Aufstellung eines Sozialplans wurde vom Arbeitsgericht Coesfeld zurückgewiesen: *„Ohne Betriebsrat gibt's keinen Sozialplan"* (nach „ÖTV-Magazin" Nr. 11, November 1977)!...

ÖTV-Kommission
KB/Gruppe Hamburg

PanAm-Kollegen decken Flugunsicherheit auf

Vor kurzer Zeit wurde der Flugplan der PANAM nach Westberlin reduziert. Offiziell erklärte die Westberliner Direktion der PANAM, daß äußere Ursachen wie Nebel, Sicherheitskontrollen und Fluglotsenstreiks sie dazu gezwungen hätten. Doch später erklärten sie der Presse, es hätte etwas mit einem Arbeitskampf der Flugingenieure zu tun. Der Grund für diesen „Dienst nach Vorschrift" liegt in den katastrophalen Arbeitsbedingungen der Westberliner Kollegen. Sie veröffentlichten dazu eine „Mängelliste", um den tatsächlichen Zustand der Flugunsicherheit ans Licht zu bringen:

So ist die Zahl des Flugpersonals zu gering, um die bisherigen planmäßigen Flüge aufrechtzuerhalten. Allein im Frühjahr '77 wurden im Bereich der Flugingenieure 12 Kollegen „eingespart" (Tagesspiegel, 4.11.), obwohl schon damals personelle Engpässe sichtbar geworden waren.

Am Ende des Monats wurden Besatzungen zu Flügen eingeteilt, die nicht mehr hätten fliegen dürfen, weil ihre Arbeitszeit abgelaufen war.

Die Westberlin-Flotte der PANAM besteht seit Jahren aus nur 13 Boeing 727, mit denen auch der gesamte europäische Verkehr abgewickelt wird. Verzögerungen, die dort entstehen, müssen von den Kollegen in Westberlin ausgebadet werden.

Es fehlt an Ersatzteilen, die meistens erst aus der BRD von der Lufthansa organisiert werden müssen.

Das Bodengerät in Tegel ist veraltet und nicht ausreichend; das Abfertigungspersonal an den Schaltern ist überfordert, weil es zu wenige sind, das Bodenpersonal ist reduziert worden; zum Anschleppen der Maschinen steht nur ein Schlepperfahrer zur Verfügung.

„Ohne eine sofortige Verstärkung der Flotte und des Personals sei es nicht möglich, die Berlin-Dienste ordnungsgemäß durchzuführen" (Tagesspiegel 4.11.) erklärten die Kollegen. Diese Forderung wurde bisher vergeblich an das Management in New York gerichtet.

ÖTV-Kommission
KB/Gruppe Hamburg

Betriebsjustiz in der »Vereinigung«

Hamburg: In der „Vereinigung städtischer Kindertagesheime" sind einige Fälle bekanntgeworden, in denen Kolleginnen regreßpflichtig gemacht werden sollen, weil in „ihren" Kindertagesheimen eingebrochen wurde, oder anderweitig Schäden entstanden sind.

Einer Kollegin wurde, als sie mit den Kindern zum Schwimmen war, die Handtasche gestohlen. Mit dem in ihrer Tasche liegenden Schlüssel wurde offenbar in ihrem Heim eingebrochen. Obwohl die Kollegin der Heimleitung den Diebstahl gemeldet hatte, soll sie nun für den Schaden aufkommen.

Zwei anderen Kolleginnen des Spätdienstes wurde vorgeworfen, sie hätten nicht alle Fenster ordnungsgemäß verschlossen und damit einen Diebstahl ermöglicht. Auch sie sollen dafür bezahlen. In allen Fällen konnte die Geschäftsleitung nicht nachweisen, daß die Kollegen grob fahrlässig gehandelt haben und fiel auf die Nase.

Wohin diese Schikane zielt, zeigt ein weiterer Fall, in dem ein Kollege zur Regreßpflicht gezogen werden soll: Er soll dafür bezahlen, daß die Kinder seiner Gruppe Nägel in Fenster- und Türrahmen geschlagen haben sollen. Die Geschäftsleitung will mit dieser Art Betriebsjustiz die Erzieher unter Druck setzen, damit sie trotz der verschärften Arbeitshetze durch die Sparmaßnahmen nicht durch „Nachlässigkeiten" Kosten verursachen. Kein Kollege sollte sich darauf einlassen. Schlagen wir gemeinsam diese Angriffe zurück!

ÖTV-Kommission
KB/Gruppe Hamburg

Chemie

Chemie-Industrie: Giftküche

Mitte Juni tagte in Paris die Konferenz der Organisationen für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (OECD). Sie sollte über neue Richtlinien zur Anmeldungs- und Prüfungspflicht chemischer Stoffe beraten. Die Delegation der BRD (vertreten durch das Umweltbundesamt) legte den ausländischen Regierungsvertretern einen Stufenplan vor, der nicht wegen seiner zu hohen Schwellenwerte, sondern auch wegen seiner Datumszeile „Ffm. Hoechst, d. 14.2.77" auffiel. Begründung: Bei den Farbwerken Hoechst sei lediglich die englische Übersetzung gemacht worden. Ohne Zweifel steht fest, daß es sich hierbei um die Vorstellungen der Chemieindustrie handelt, die die Bundesregierung unverändert nun als Meinung der BRD verkauft.

Sehen wir uns nun einmal diesen Stufenplan an. Dort heißt es z.B., daß krebserzeugende Stoffe erst ab einer Produktionsmenge von 500 Tonnen (oder 100 Tonnen pro Jahr) und chronisch giftige Stoffe ab 5.000 Tonnen (oder 1.000 Tonnen pro Jahr) angemeldet werden müssen. Eine erweiterte Prüfung von neuen Stoffen auf chronische Giftigkeit oder Krebsgefährdung soll danach erst ab 1.000 Tonnen pro Jahr oder 5.000 Tonnen insgesamt erforderlich sein.

Dem gegenüber steht die erschreckende Tatsache, daß von rund 2 Millionen „bekannten" Stoffen, bisher nur 3.000 auf mögliche krebserregende Wirkung untersucht wurden, von denen sich, in Tierversuchen, rund 1.000 als krebserregend erwiesen haben.

Mit diesen geplanten neuen Vorschriften soll der heutige Zustand des „technologischen Wahnsinnes" zementiert werden. Die alltägliche Praxis heute:

Kiel, 30.10. Das Verwaltungsgericht Schleswig-Holsteins hat der VEBA Chemie AG (Brunsbüttel) die „sofortige Erlaubnis" erteilt, „gereinigte" Abwässer aus den Produktionsanlagen in die Unterelbe einzuleiten.

Das Verfahren wurde eingeleitet durch verschiedene betroffene Bürger, u.a. auch ein Fischer, die zurecht befürchten, die Elbe werde noch weiter verseucht, als sie jetzt schon ist. In der Urteilsbegründung heißt es: Man hätte der VEBA wirtschaftliche Vorteile verschafft, wogegen individuelle Belange zurückstehen müssen. Die Antragsteller könnten ja finanziellen Ausgleich einklagen.

Dieses Gerichtsurteil gilt indirekt auch für Bayer und Ciba-Geigy. Alle wollen sie an der Unterelbe bauen. Von Bayer AG ist der erste Bauabschnitt für 230 Millionen schon fertig, der zweite für 190 Millionen wird 1979 beendigt sein, dann kommt das dritte Projekt für 45 Millionen.

VEBA baut für 550 Millionen ein Werk zur Herstellung von Ammoniak und Harnstoffen.

Die Schelde Chemie (ein Projekt von Ciba-Geigy und Bayer) wird für 550 Millionen gebaut.

Der Staat steuert 530 Millionen für industriebezogene Infrastrukturen, 210 für den kommunalen Bereich und 750 Millionen für Atomkraftwerke bei.

Die Umweltbestimmungen, so die Herren von der Chemie, sind die schärfsten der Welt. Hoffentlich wissen das auch die Fische!

Karlsruhe, 4.9. Das Oberlandesgericht Karlsruhe bestätigte die in der Vorinstanz (Landgericht Freiburg) getroffene Entscheidung, wonach ein französischer Chemiekonzern einigen Bauern aus der BRD Entschädigung zahlen muß. Die rheinischen Bauern mußten, wegen chemischer Vergiftungen, alle Kühe notschlachten und die Produkte vernichten.

Der französische Chemiekonzern, der Insektizide produziert, lagerte seine hochgiftigen Abfälle offen auf dem Betriebsgelände, den Produktionsstaub blies er in die Luft. Die Firma (inzwischen geschlossen) hat Berufung gegen die Entschädigung der Bauern eingelegt.

Eine dreijährige Untersuchung von Fischen, die in Mündungsgebieten wie Elbe, Weser und Jade leben, haben ergeben, daß der Quecksilbergehalt teilweise doppelt so hoch war wie die zulässige Höchstgrenze (ein Milligramm pro Kilo Fisch). Im Atlantik sind „nur" die verschiedenen Haiarten und der Heilbutt dementsprechend verseucht.

Doch halten wir uns immer den Leiter des Forschungsprojektes Dr. Karl-Ernst Krüger vor Augen: *„Es besteht kein Grund zur Panik"*. Guten Appetit!!!

In dem südschwedischen Städtchen Teckomatorp wurden unter strengsten Sicherheitsvorkehrungen rund 600 Giftfässer, die auf dem Firmengelände vergraben wurden (!), gehoben und umgefüllt.

Dieser Giftmüllskandal trifft nicht nur Schweden, sondern auch Dänemark, da die Firma BT Kemi eine Tochtergesellschaft der dänischen Kemisk Vaerk Köke ist. Die Untersuchung der ersten Fässer hat die Analyse *Dioxin* ergeben. Der Direktor wurde daraufhin verhaftet.

Doch bis es soweit war, hatten die Einwohner viel erduldet, Gerichte angerufen und Unterschriften gesammelt. Denn 1971 mit der Firma kamen zwar Arbeitsplätze, aber auch Allergien, Erkrankungen der Schleimhäute, Hautkrankheiten und Fehlgeburten. Einem Gärtner ging die gesamte Vegetation ein, weil er das gleiche Wasser benutzte, in die auch die Fabrik ihre Abwässer leitete. Seine Klage wurde abgewiesen (!). Erst als der Staatsanwalt gegen das Urteil Berufung einlegte und die Hinweise auf das versteckte Gift sich häuften, griff die Behörde ein.

Dioxin ist allen bekannt aus Seveso und Vietnam, auch unter der Bezeichnung TCDD. Es tritt als Zwischenprodukt auf, in der BRD liegt die Höchstgrenze bei 5 Hundertstel ppm (ppm = parts per million, 1 ppm = 0,001 Promille). Weniger als ein Millionstel Gramm töten ein Meerschwein, beim Menschen lösen wenige Mikrogramm hartnäckige Hautkrankheiten (Chlorakne) aus, bei höherer Dosis Leberzirrhose und andere Organschäden.

Ein Betrieb, der an dem Krieg in Vietnam bestens verdient hat, ist Dow Chemical; es verkaufte ungereinigtes Entlaubungsmittel, das 40 ppm TCDD enthielt (also die 800fache Menge des Zulässigen). Sie wußten um die Giftigkeit, denn der erste große Unfall mit TCDD war 1953 bei BASF. Noch heute ist das Gift in Vietnam im Boden nachweisbar.

Meldungen über Chromosomenanomalien — Veränderungen, die schon an die Nachkommen weitergereicht wurden, runden das Bild ab.

Gesundheitsgefährdung im Betrieb

In Cengio/Italien wurden 80 Arbeiter einer Farbenfabrik jetzt auf Quecksilber untersucht, nachdem bei fünf von ihnen Quecksilber im Urin entdeckt wurde. Die Untersuchung wurde erst angeordnet, nachdem wegen des Todes (!) einiger Arbeiter Gerichte bemüht wurden. Sie waren an Blasenkrebs schon vor mehreren Jahren gestorben. Vertreter der italienischen Gewerkschaften hatten die sofortige Schließung derAbteilung verlangt, worauf die Geschäftsleitung erklärte, es bestehe kein „Anlaß zum Besorgnis".

Doch in Italien sind die Verhältnisse immer noch anders als in der BRD; erst im Juni sind fünf Vertreter der Geschäftsleitung einer anderen Farbenfabrik im gleichen Ort zu Haftstrafen (!) bis zu sechs Jahren verurteilt worden, nachdem 132 (!!) Arbeiter ihrer Fabrik an Blasenkrebs gestorben waren.

Letzter Stand des PVC-Skandals in der BRD: Bis jetzt sind 250 Arbeiter durch Vinylchlorid erkrankt und sieben gestorben!

Der hessische Landtagsabgeordnete der SPD, Gert Lütger, stellte die Anfrage, inwieweit die neuesten Forschungsergebnisse aus den USA, über das der Blausäure verwandten Acrylnitril zur Kenntnis genommen wurden, das bei der Kunststoffherstellung verwendet wird, und der Krebserzeugung verdächtig ist. Lütger forderte, daß aus dieser Erkenntnis Konsequenzen gezogen werden und nannte das Beispiel einer Fabrik, die Acrylnitril verarbeitet, in der doppelt soviele Krebstote als der statistische Durchschnitt gezählt wurden.

Die pharmazeutische Fabrik Ciba-Geigy muß an die durch die Einnahme des Antidurchfallmittels Quinoform geschädigten Patienten Entschädigung zahlen. In den letzten 15 Jahren waren rund 10.000 Menschen (!) von Nervenlähmung betroffen, nachdem sie dieses Mittel eingenommen hatten. Die gesamte Entschädigung beträgt 264 Mio. DM, wovon 35 Leute 8 Mio. DM erhalten. Die Herstellung von Quinoform wurde schon 1970 eingestellt, nicht aber der Verkauf!

In Darmstadt starb ein siebenjähriges Kind, nachdem es sich längere Zeit in einem holzverkleideten Raum aufhielt, der mit Pentachlorphenol(PCP)-haltigen Holzbeizmittel gestrichen worden war. Das Kind soll an einer Blutkrankheit gestorben sein. Die Eltern des Kindes haben durch eigene Ermittlungen einen ähnlichen Fall ausfindig gemacht. Der Hersteller dieses Produkts, die Desowag-Bayer GmbH behauptet, es seien durch den Wirkstoff PCP bisher noch keine Schädigungen bekannt geworden. PCP sei in die niedrigste Giftklasse eingestuft worden. Außerdem trage die Gebrauchsanweisung den Vermerk „Vorsicht" (?)!

Diese kurze Übersicht der neuesten Schweinereien erhebt nicht den Anspruch auf Vollständigkeit, sollte aber zum Nachdenken anregen.

Chemiekomitee
KB/Gruppe Hamburg

Chemie

Phoenix: Die ersten Entlassungen?

Die ersten Opfer der Zusammenarbeit zwischen den Gummi-Konzernen Phoenix und Continental werden die Kollegen des Phoenix Werkes Reinsdorf/Kreis Helmstedt sein. Die Pkw-Stahlgürtelproduktion soll dort von 6000 auf weniger als 5000 Reifen täglich gesenkt werden.

Im Phoenix- Werk Reinsdorf waren ursprünglich 800 Kollegen beschäftigt, 1974 noch 650, heute lediglich 520. Kurzfristig wird jetzt mit der Entlassung von 120 Kollegen gerechnet, wobei die gesamte Werkschließtung in nicht allzu ferner Zukunft erwartet werden kann, da eine Tagesproduktionszahl von unter 5000, wie jetzt beschlossen, als unrentabel für das Werk gilt.

In der Tat scheint die Werkschliessung das Ziel der Geschäftsleitung der »Corona« zu sein, unter deren Dach Conti-Gummi und Phoenix zusammengeführt werden. In gleichem Ausmaß wie die Reduzierung in Reinsdorf vonstatten geht, baut Conti in Hannover- Stöcken aus (»Frankfurter Rundschau, 5.11.77).

Es sind also nicht die schlechte Auftragslage und Lagerbestände, wie in der »Hamburger Morgenpost« vom 5.11. vermutet (beim gegenwärtigen Autoboom wäre das auch kaum erklärlich), sondern eindeutige Betriebsabsprachen zwischen Conti und Phoenix, denen es die Kollegen zu »verdanken« haben, das sie jetzt auf die Strasse fliegen.

Chemie-Komitee
KB/ Gruppe Hamburg

Neues von der IG Chemie Papier-Tiger

»Streik? Papierrunde ist nicht von Pappe«. So lautet die Schlagzeile auf der ersten Seite der »Gewerkschaftspost« (Zeitung der IG Chemie Papier, Keramik) vom November 77.

In Wirklichkeit hat wohl niemand der Gewerkschaftsführung beabsichtigt, die Kollegen zur Urabstimmung über einen Streik aufzurufen. Dort, wo diese Situation am greifbarsten war, in Baden-Würtemberg, hat man sich jedenfalls in der Bundesschlichtung auf magere 6,1 % geeinigt. Es ist abzusehen, daß es in den anderen Tarifbezirken, wo noch einige Schlichtungsverhandlungen anstehen, ähnliche, wenn nicht sogar genau die gleichen Abschlüsse gibt. Der Bezirk Hessen hat inzwischen mit 5,9% abgeschlossen.

Begonnen hatte die Papiertarifrunde in den 8 verschiedenen Tarifbezirken mit Forderungen zwischen 8,5% und 9% und einer Erhöhung der Ausbildungsvergütungen um 50- 60 DM. (Die genauen Tarifforderungen einschließlich Nebenforderungen siehe AK 114). Dem stand zunächst überall ein provokatives 0% Angebot der Papierkapitalisten gegenüber, das im Verlauf der Verhandlungen auf 3,7% und in Bayern auf 4,5% angehoben wurde. Der Bezirk Baden-Württemberg war der erste Bezirk, in dem sämtliche Schlichtungen gescheitert waren. Falls die für den 2.11. angesetzte Bundesschlichtung auch scheitern sollte, wollte die IG Chemie, Papier, Keramik ihre Mitglieder zu Kampfmaßnahmen auffordern. Auf einer Großkundgebung in Karlsruhe, 3 Tage vor der Bundesschlichtung, bekundeten 5000 Kollegen (das sind über 40% aller in der baden-würtembergischen Papierindustrie Beschäftigten) ihren Willen für ihre Forderungen zu kämpfen. Der dann erfolgte rasche Abschluß bei 6,1% zeigt, daß die IG Chemie daran geht, die für 1978 von den Kapitalisten und der Bundesregierung geforderten niedrigen Lohnabschlüsse bereits jetzt durchzusetzen. Bekamen die Kollegen der chemischen Industrie im Frühjahr noch 7% Lohnerhöhungen, waren es für die Beschäftigten der feuerfesten Industrie im August nur noch 6,5% und in der Kautschukrunde Hamburgs und Schleswig-Holsteins nur noch 6,2 %. Die Lohn- und Gehaltskurve zeigt also nach unten. Das Tamtam um die Papierrunde hat wohl eher etwas mit der in diesem Jahr laufenden Mitgliederwerbung der IG Chemie zu tun, als mit einer echten Interessenvertretung der Kollegen.

Chemiekomitee
KB/ Gruppe Hamburg

GEW

Mannheimer Gewerkschaftstag

Endlich eine richtige DGB-Gewerkschaft

Frister hat es also geschafft: Auf ihrem 1. Gewerkschaftstag (früher hießen diese alle drei Jahre stattfindenden Schauspiele noch Bundesvertreterversammlungen) vom 31.10. bis 3.11. bot die GEW das Bild einer richtigen DGB-Gewerkschaft. Ja man konnte den Eindruck gewinnen, daß die Delegierten sich nach einer Musterschüler-Rolle im DGB drängelten, nachdem ihr Verband jahrelang als linksradikaler Außenseiter verschrien war. Bilanz der Veranstaltung, die bei Vetter und Co. sicher gute Noten finden wird: Keine „Flügelkämpfe", keine hitzigen Auseinandersetzungen, kein Protest gegen Berufsverbote und ähnliche linksradikale Erfindungen, auch in Zukunft kein Lehrerstreik oder andere ungesetzliche Maßnahmen, keine zeitraubenden und überflüssigen Diskussionen über den Ausschluß der GEW Westberlin. Somit bot die GEW ein ungemein attraktives Bild für die Lehrerschaft dar. Organisationen wie der Deutsche Lehrerverband (ständisch-reaktionär. Anm. AK) werden es von nun an schwer haben, angesichts dieser machtvollen Konkurrenz überhaupt noch Marktlücken für sich zu entdecken bzw. zu behaupten...

Daß der Gewerkschaftstag dieses erkleckliche Bild bieten konnte, lag nicht zuletzt am Versagen der GEW-Linken - sprich: der linken Sozialdemokraten, denen unter den oppositionellen Kräften zahlenmäßig die größte Bedeutung zukommt. Da diese gerade im Hamburger Landesverband die stärkste Position errungen haben, kam den Hamburger Delegierten zweifellos eine Schlüsselrolle für den Kongreß zu, war doch der Hamburger Vorsitzende Lemke schon 1975 mit dem klaren Bekenntnis gewählt worden, auf der nächsten Bundesvertreterversammlung dafür zu kämpfen, daß die Unvereinbarkeitsbeschlüsse revidiert werden.

Zwar hatten die Linken unter den Delegierten, die wie üblich zum größten Teil nicht gewählt waren, natürlich keinerlei Mehrheit - dies zu erwarten, wäre auch völlig unrealistisch. Aber diesen Linken zu zeigen, wie fortschrittliche gewerkschaftliche Positionen aussehen - auch wenn sie nicht die Mehrheit finden - , diese Linken an zentralen politischen Fragen zusammenzufassen und ihnen, die oft verstreut und mutlos vor Ort herumwerkeln, eine Perspektive zu bieten - das wäre eine Aufgabe vor allem des Hamburger Landesverbands gewesen. Statt diese Chance zu nutzen, ließen die linken Sozialdemokraten ihre eigenen z.T. recht guten Anträge fallen, angeblich um „mehrheitsfähig" zu werden. Was dadurch in Wirklichkeit erreicht wurde, waren nicht Mehrheiten unter dem Delegiertentroß, sondern die Aufgabe der eigenen politischen Positionen und der Verlust an Glaubwürdigkeit. Positionen der Gewerkschaftsbasis waren somit auf dem Gewerkschaftstag praktisch nicht vertreten, ebensowenig wie die Zusammensetzung der Delegierten auch nur im mindesten etwas mit demokratischer Willensbildung zu tun hatte. Symptomatisch für das groteske Schauspiel, das in Mannheim geboten wurde, war vor allem, daß der Ausschluß der GEW Westberlin nicht einmal zur Sprache gebracht wurde.

Solidarität? Fehlanzeige!

Am 1. Oktober 1976 hatte der Hauptvorstand der GEW die 13000 Mitglieder umfassende GEW-Westberlin aus der Bundesorganisation ausgeschlossen und einen neuen spalterischen Berliner Verband („GEW im DGB") gegründet. Die Westberliner hatten sich geweigert, *„die Schaffung direkter Eingriffsmöglichkeiten in alle Bereiche gewerkschaftlichen Handelns zum Zweck der politischen Kontrolle"* (Erklärung der GEW-Westberlin zum Gewerkschaftstag) hinzunehmen. Die Westberliner waren nicht bereit, ihre Struktur der undemokratischen Bundessatzung zu opfern.

Dieser in der Geschichte der BRD einmalige Rausschmiß einer ganzen Gewekschaftsgliederung stieß auf einen starken Protest in der Mitgliedschaft. Zahlreiche Beschlüsse forderten die Aufhebung des Rausschmisses.

So lag es auch auf dieser Linie, wenn der Hamburger Landesvorstand einen Antrag an den Gewerkschaftstag richtete, in dem es hieß:

„Die Vertreterversammlung hebt den Beschluß des Hautpvorstandes, der GEW Berlin zum 30.9.76 die Mitgliedschaft in der GEW und damit im DGB zu kündigen, auf."

Aus diesem Antrag konnte immerhin der Schluß gezogen werden, daß von den Hamburger Vertretern eine solidarische Haltung zu erwarten gewesen wäre. Weit gefehlt. Sechs Tage vor Beginn des Gewerkschaftstages änderte Lemke den Hamburger Antrag und verkehrte ihn in sein Gegenteil: die Westberliner sollten sich endlich der Bundessatzung anpassen (siehe AK 116).

Erfreulich ist, daß der Antrag in seiner ursprünglichen Fassung von Delegierten aus Hamburg, Schleswig-Holstein, Hessen und Bayern aufrecht erhalten wurde. Traurig ist, daß ein bekannter Kollege aus dem Sozialistischen Büro (SB) - Vorstandsmitglied der Westberliner Spalter-GEW - einen noch übleren Antrag als Lemke formulierte. In ihm hieß es, die GEW-Westberlin wolle gar nicht mehr in den DGB und habe den Einheitsgewerkschaftsgedanken aufgegeben.

Hier trifft sich das SB mit der DKP, die bereits behauptet, die GEW-Westberlin habe den DGB zum Hauptfeind erklärt.

Überzeugender „Beweis" für Solidarität war es auch, daß die Linke auf dem Gewerkschaftstag es nicht einmal fertig brachte, Gastrecht für Vertreter der ausgeschlossenen GEW-Westberlin zu beantragen. Lemke ging sogar soweit, den Westberlinern nur 20 Minuten Anwesenheit auf einem Treffen von Hamburger und Hessischen Delegierten zu „erlauben"! Geht man jetzt dazu über, die Westberliner wie Aussätzige zu behandeln?!

Schließlich wurde das Thema gar nicht auf dem Gewerkschaftstag behandelt. Ein Landesverband - ungefähr 10% der GEW-Mitglieder - wird ausgeschlossen und der Gewerkschaftstag verliert darüber nicht einmal ein Wort. Sauber!

„Bildungspolitische Offensive"

Stattdessen kaute der Gewerkschaftstag fast vier Tage lang auf einem „bildungspolitischen Grundsatzantrag" nebst rund 60 Änderungsanträgen herum. Etwas Neues kam dabei nicht heraus. Alle in ihm enthaltenen Positionen werden seit langem mit sinkendem Wert auf dem Markt gehandelt. Abänderungen oder Erweiterungen wurden weitgehend abgebürstet. Verabschiedet wurden nur die ersten beiden Teile des Antrags, der brisantere Teil G über die Strategie zur Durchsetzung der GEW-Forderungen wurde als Material an den Hauptausschuß überwiesen. Hierzu lag auch ein Antrag aus Hamburg vor, der Streik als Mittel der Durchsetzung forderte. Auf dergleichen wollte sich Frister natürlich nicht festlegen lassen.

Zwischen der einschläfernden Beratung dieses Grundsatzpapieres - von dem man künftig sicherlich genauso wenig hören wird wie von allen anderen Grundsatzpapieren früherer Kongresse - schritten die Delegierten dann zur Wahl. Der Hauptvorstand, die Bundesschiedskommission und diverse Hauptausschußmitglieder waren zu wählen. Auch hier ging alles sehr gesittet und ordentlich vor. Alle Kandidaten wurden markiert - und die jeweils rechtesten gewählt. Wenn die linken Sozialdemokraten erwartet hatten, durch Wohlverhalten wenigstens den einen oder anderen Vorstandssitz zu ergattern, so wurde hier kein Pardon gegeben. Gewählt wurden Fristers Leute, es sei denn er, verzichtete auf die Aufstellung eigener Kandidaten. Frister selbst und die getreuesten seiner Mannen hatten erst gar keine Gegenkandidaten. Auch ein beschämendes Beispiel für das politische Versagen der Linken. Wenigstens gegen den erzreaktionären 2. Vorsitzenden Vergin hätte ein fortschrittlicher Kandidat stehen müssen. Vergin bekam auch so nur 62% der abgegebenen Stimmen.

Zweieinhalb Stunden vor Schluß war noch keiner der sonst vorliegenden 167 Anträge behandelt. Das erschien dann auch den Bonzen zu wenig. Die Antragskommission stellte flugs alle unstrittigen Anträge - etwa 50 - zusammen und innerhalb einer Stunde wurden diese dann ohne Aussprache über die Bühne gezogen. Kurz vor Schluß des Gewerkschaftstages kam es zur Abstimmung über die vorliegenden Anträge zu den Berufsverboten. Verabschiedet wurde hier eine miese DGB-Erklärung, die nichts anderes als eine grundsätzliche Rechtfertigung der Berufsverbote ist, während sich ein Antrag des LV Niedersachsen nicht durchsetzen konnte (siehe nebenstehenden Artikel).

Das Zurückweichen der linken Sozialdemokraten um der »Mehrheitsfähigkeit« willen hat sich nicht ausgezahlt. Die Gewerkschafsführer dachten gar nicht daran, dieses Taktieren und Lavieren zu belohnen. Was bleibt, ist, daß die Rechten ohne offenen Widerstand und ohne daß klar zum Ausdruck gebracht wurde, daß dieser Gewerkschaftstag mit demokratischer Willensbildung nicht das Mindeste zu tun hatte, ihre Positionen durchpaukten. Das ist der eigentliche Schaden: Die Linken kuschen (wie es sich für einen deutschen Lehrer gehört), und die Rechten setzen sich auf diese Weise nicht nur per Abstimmung, sondern auch politisch durch. Obgleich die Linke zahlenmäßig noch auf keinem Gewerkschaftstag stärker war, war sie auf diesem doch schwächer als in Mainz oder Köln.

Lehrerkomitee
KB/ Gruppe Hamburg

Presseschau

Die Berichte der Presse zum Mannheimer Gewerkschaftstag der GEW sind zwar überaus zahlreich, aber substanzlos und wenig informativ. Die meisten Journalisten begnügen sich mit der Wiedergabe von Reden der Gewerkschaftsgrößen und dem Zitieren aus irgendwelchen Anträgen. Daneben werden noch einige Wahlergebnisse wiedergegeben und je nach Geschmack die Anti-Terrorismus-Resolution des GEW-Vorstandes sowie der Beschluß zur „Radikalenfrage" ausgelegt. Alle Kommentare betonen nach dem Gewerkschaftstag dessen Langweiligkeit.

Vor Beginn des Gewerkschaftstages waren allerdings die Erwartungen hoch gespannt. Insbesondere setzten die Kommentatoren je nach Couleur Hoffnungen oder Befürchtungen in die GEW-Linke.

So schreibt Michael Schwelien in „links", der Monatszeitung des SB: *„Sicher aber werden sich Anfang November in Mannheim mehr Stimmen einer kritischen Opposition finden als seinerzeit in Mainz und der gegenwärtigen Vorstandspolitik mit ihren undemokratischen Mitteln etwas entgegensetzen. Wichtigste Ziele sind die Abschaffung solcher Institutionen, wie der Extremismus-Kommission, die Aufhebung der Unvereinbarkeitsbeschlüsse und ein Einhalt der Politik des sich Hinwegsetzens über den Mitgliederwillen wie jüngst wieder nach der Urabstimmung in Hamburg"* (Ausgabe Nov. 77). Das klingt gut, aber offenbar haben die nicht wenigen SB-Delegierten diesen Artikel nicht gelesen. Jedenfalls handelten sie nicht danach.

Die Rechten dagegen hatten den Unterwander-Schock parat. CDU-Mitglied Franz Kusch am 31.10. morgens im WDR I: „ ... *Keine andere Organisation im DGB ist so stark von den sogenannten K-Gruppen unterwandert wie die GEW. Auf ihrem Kongreß heute in Mannheim ... stammen von den rund 400 Stimmberechtigten Delegierten mindestens ein Viertel aus der Ecke der Chaoten ... Hinzu kommen die 'braven' Kommunisten, also die Mitglieder der DKP und deren Ableger ... Es kann also niemanden wundern, daß der Vorstand der GEW, der sich in der bildungspolitischen Diskussion seine eigentlichen Verdienste erworben hat, vor den Abstimmungen auf dem Mannheimer Kongreß zittert ..."*

Am 1.11. berichtete Jutta Roitsch in der „Frankfurter Rundschau" auch noch auf der Linie der großen Erwartungen: *„Bereits zum Auftakt des Gewerkschaftstages ... begann eine Auseinandersetzung um gewerkschaftliche Kampfmaßnahmen. Die als links orientiert geltenden Landesverbände Hamburg, Hessen, Berlin und Bayern wollen sich nicht damit zufriedengeben, daß von Lehrerstreiks und anderen Kampfmaßnahmen nur als Möglichkeit gesprochen wird, sie möchten die Gewerkschaften auf solche Maßnahmen festlegen".* Sie zitiert dann Lemke: *„Auf diesem Gewerkschaftstag müsse sich zeigen, ob wir zur Gewerkschaft geworden sind."* Im nachhinein gewinnt man den Eindruck, als ob hier ein zahnloser Löwe nochmal zum Brüllen gebracht wurde.

Ulrich Lüke dazu in der „Welt" vom gleichen Tag: *„Die Spannungen zwischen Gemäßigten und Radikalen (!) unter den 400 Delegierten traten gestern bereits bei der Debatte über den bildungspolitischen Grundsatzantrag auf"* . Wenn das schon „Spannungen" waren, dann kann man sich gut vorstellen, was für eine Art Gewerkschaft diese Leute wünschen! Da es aber mit der Radikalität nun beim besten Willen nicht so weit her war, vielmehr die Linke ein ziemlich klägliches Bild bot, drohte einigen Schreibern der Stoff auszugehen. Was lag da näher, als sich von Frister selbst bestätigen zu lassen, daß es doch so schlimm ist, wie vorhergesagt? Derselbe Ulrich Lüke bringt am 3.11. in der „Welt" ein Interview mit Erich Frister: *„Herr Frister, Sie haben bei Ihrer Wahl nur so viele Gegenstimmen erhalten wie 1971. Heißt das, daß die GEW jetzt die Probleme mit ihren Radikalen im Griff hat?*
Frister: Die Frage der Gegenstimmen und auch der Gewichtsverteilung auf diesem Gewerkschaftstag ist mit der Frage der Radiaklen nicht deckungsgleich ... Das spielt sich eigentlich mehr außerhalb des Gewerkschaftstages in den Gliederungen und lokalen Organisationen ab".

Na, wenigstens da, kann man nur hinzufügen!

Auch Jutta Roitsch stellte in der „FR" vom 3.11. fest: *„Wer ausgezogen war, in Mannheim kommunistische Machtdemonstrationen zu erleben, sah sich bald auf der falschen Veranstaltung".* Sie beklagte dann die straffe Disziplin und die Distanz der einzelnen Gruppen in der GEW. *„Das, was in Mannheim so disziplinierend wirkte, ist tiefes Mißtrauen: Es wird nicht mehr miteinander geredet. Mit dem Stimmzettel oder Sonder-Erklärungen werden Abfuhren erteilt, alte Niederlagen gerächt, Rechnungen beglichen".*

Eine für dieses Niveau vergleichsweise herbe Kritik äußerte die DKP-nahe „Deutsche Volkszeitung" (10.11.): Der Berufsverbotebeschluß sei *„weniger befriedigend"* und der GEW hätte es *„gut angestanden", „ jeder Form der Gesinnungsschnüffelei und Inquisition eine eindeutige Absage zu erteilen".*

Der KBW, der jahrelang mit seiner Forderung nach einer außerordentlichen Bundesvertreterversammlung zur Rücknahme der Mainzer und Kölner Beschlüsse nervtötende Aktivitäten entfaltet hatte, hat das endlich gekommene große Ereignis offenbar nicht recht würdigen können. Sein Kommentar am 7.11. in der KVZ: „—".

Grundsätzliche Stellungnahme gegen Berufsverbote abgelehnt

Auf dem Gewerkschaftstag der GEW wurde eine grundsätzliche Stellungnahme gegen die Berufsverbote vom Vorsitzenden Frister, Vergin und ihren Anhängern mehrheitlich abgelehnt.

Zur Diskussion standen zwei Anträge, nachdem andere z.T. fortschrittliche zurückgezogen worden waren: der Beschluß des Bundesausschusses des DGB vom 8.6.77 zur „Abwehr von Verfassungsfeinden im öffentlichen Dienst", der von Vergin (Vorsitzender des Landesverbandes Baden-Württemberg) in Mannheim als Dringlichkeitsantrag eingebracht wurde, und der fortschrittlichere Antrag zur Verurteilung der Berufsverbote, vom Vorsitzenden des Landesverbandes Niedersachsen, Galas, eingebracht.

Um es gleich vorweg zu sagen, der Beschluß des DGB-Bundesausschusses wurde bei wenigen Gegenstimmen angenommen (laut „FR", 4.11.77). Der Vorschlag von Galas, beide Anträge zusammen zu verabschieden, wurde mit 202 gegen 145 Stimmen abgelehnt. Frister wandte sich entschieden gegen diesen Vorschlag, da der Antrag des LV Niedersachsen im Widerspruch zu dem DGB-Beschluß stehe. Um diesen tatsächlichen Widerspruch deutlich zu machen und die Bedeutung des DGB-Beschlusses für die Haltung der GEW-Bund klarzustellen, gehen wir näher auf die beiden Anträge ein.

In dem von den Linken unterstützten Antrag von Galas heißt es u.a.: Der Gewerkschaftstag fordert:

„– *die unverzügliche Beendigung dieser Berufsverbotepraxis, die Rehabilitierung, Einstellung und Entschädigung aller bisher von dieser Berufsverbotepraxis Betroffenen;*
– *die Beendigung der „Überprüfungen" von Bewerbern für den öffentlichen Dienst durch Organe des „Verfassungsschutzes";*
– *die Gewährung freier gewerkschaftlicher und politischer Betätigung in Ausbildung und Beruf auf der Basis der im Grundgesetz verbrieften Grundrechte und die Aufhebung aller Verfahren und rechtlichen Beschränkungen, die dieser Meinungsfreiheit entgegenstehen".*

Desweiteren wird in dem Antrag die Entwicklung einer breiten „*Kampagne der organisierten Arbeitnehmerschaft zur Verteidigung demokratischer Rechte in der GEW*"' gefordert. Am Schluß des Antrages wird für die vom Berufsverbot Betroffenen ein bedingungsloser Rechtsschutz von Seiten der GEW gefordert. Im Sinne der Wahrung der Rechtsposition der Betroffenen lehnen die Antragsteller es ab, die Frage der Zugehörigkeit zu einer Organisation oder Partei zum Ausgangspunkt für eine politische „Gesinnungsjustiz" zu benutzen.

Daß dieser Antrag Frister, Vergin und ihren Anhängern ein Dorn im Auge war, wird schon klar, wenn man sich den von ihnen vertretenen DGB-Beschluß durchliest. In dem ganzen Antrag kommt das Wort Berufsverbot nur ein einziges Mal vor und zudem in Anführungsstrichen.

Für den DGB ist die Ablehnung einer Einstellung in den öffentlichen Dienst dann gerechtfertigt und keine Diskriminierung oder gar ein „Berufsverbot" (Anführungszeichen im Original), wenn sich der Bewerber aktiv für die Beseitigung der tragenden Grundsätze der Verfassung eingesetzt habe (Punkt 1 und 4 des Beschlusses). Was darunter zu verstehen ist, wird nicht ausgeführt. Angesichts der in diesen Tagen so häufig erhobenen Vorwürfe der „Staatsfeindlichkeit" und des „Terrorismus" können sich hier alle Kritiker des Staates angesprochen fühlen. Ein Hohn ist es, wenn in Punkt 2 des Beschlusses die Einzelfallprüfung allein auf der Grundlage gerichtsverwertbarer Tatsachen gefordert wird. Kümmert sich der DGB in seinen Unvereinbarkeitsbeschlüssen doch einen Dreck um die Einzelfallprüfung, d.h. um den konkreten Nachweis gewerkschaftsfeindlichen Verhaltens, sondern schließt pauschal alle aus, von denen er meint, sie seien Mitglied in Gruppen, die links von der DKP stehen. Für all diese Kollegen ist nach Auffassung des DGB auch ein Berufsverbot gerechtfertigt, ja sogar wünschenswert. Könnte man dem Punkt 5 des Antrags – Verurteilung der Verfassungsschutzüberprüfung bei Einstellung in den öffentlichen Dienst – noch Sympathie entgegenbringen, so wird auch die hier bezogene Stellung zweifelhaft, wenn man bedenkt, daß der DGB sich nicht grundsätzlich gegen die Berufsverbotepraxis wendet. Bemerkenswert ist auch, daß im DGB-Beschluß mit keinem Wort auf die Frage von Rechtsextremisten im öffentlichen Dienst eingegangen wird.

Am Schluß des DGB-Beschlusses wird noch in recht freizügiger Weise die Berufsverbotepraxis in den RGW-Staaten verurteilt (diesmal ohne Anführungsstriche). Ein wahrlich staatstragender Beschluß, dem sich die GEW hier angeschlossen hat.

Erfreulich ist, daß sich wenigstens 145 Delegierte für die Verabschiedung des Galas-Antrags eingesetzt haben. Diese in ihrem Kampf gegen die Berufsverbote zu bestärken, soll uns eine wichtige Aufgabe sein.

Ermutigend wirken hier auch Nachrichten von anderen Gewerkschaftstagen, wie z.B. der Gewerkschaft Holz und Kunststoff und der IG Druck und Papier, die in ihren Entschließungen ähnliche Forderungen verabschiedet haben, wie sie in dem Galas-Antrag formuliert waren, obgleich es die Mitglieder der GEW sind, die vor allem von Berufsverboten betroffen sind.

Berufsverbotekommission
KB/Gruppe Hamburg

Senat macht Front gegen AKW-Gegner

Hamburg: Die Auseinandersetzung um das Verbot der Schulbehörde, Lehrern das Tragen von Anti-AKW-Plaketten im Unterricht zu untersagen (vergl. AK 115), spitzt sich weiter zu. Inzwischen häufen sich Fälle, wo Kollegen vom Schulleiter aufgefordert wurden, die Plakette abzunehmen. Eine Reihe von Kollegen hat sich diesem Willkürakt nicht gebeugt und hat Widerspruch eingelegt, der aufschiebende Wirkung hat - sie tragen die Plakette also weiter. Andere Kollegen tragen die Plakette nicht mehr, was beweist, welche Ausmaße die Einschüchterung demokratischer Lehrer schon angenommen hat.

Am 2.11. wurde in der Bürgerschaft über das Plaketten-Verbot diskutiert. Während einige Abgeordnete der FDP im Plakettenverbot eine Einschränkung der Meinungsfreiheit sahen und vermuteten, daß es darum ginge, Gegner des auch von Hamburg getragenen Atomenergieprogramms mundtot zu machen, klotzten CDU und SPD voll los. Die CDU vermutete hinter den



Plaketten „*Agitation*" und „*Indoktrination*", und die SPD rechtfertigte das Plaketten-Verbot mit den Worten: „*Wir wollen nicht, daß wie 1933 (!!) die Lehrer in braunen Hemden wieder in den Schulen auftauchen*" (Bild, 3.11).

Der Senat begründete das Verbot im Wesentlichen damit, daß die Plaketten lediglich Schlagworte darstellten und keine sachbezogene Auseinandersetzung seien. Was von dieser Begründung zu halten ist, zeigte sich einige Tage später, als die „Welt" (5.11.) einen üblen Heztartikel gegen eine Sondernummer der Hamburger Referendar-Zeitung („Unterricht gegen AKWs") veröffentlichte. In diesem Artikel heißt es:

„*Gruppen engagierter Kernkraft-Gegner unter den Hamburger Lehrern sind offenbar entschlossen, die ihnen anvertrauten Schüler im Unterricht massiv im Sinne ihrer Überzeugungen zu beeinflussen. Indoktrination dieser Art ist das Ergebnis systematischer Vorbereitung und Steuerung. Das ergibt sich aus einer jetzt erschienenen Sondernummer der in der Hansestadt publizierten ‚Referendar-Zeitung'* ". Ein in der „Referendar-Zeitung" vorgestelltes Planspiel an der Julius-Leber-Schule wird als „Proben des Anti-AKW-Aufstands" denunziert.

Angesichts dieses Hetzartikels hatte die Schulbehörde nun nichts besseres zu tun, als in der Julius-Leber-Schule Nachforschungen anzustellen und das verwendete Unterrichtsmaterial anzufordern. Der Pressereferent des Schulsenators publizierte wenige Tage später in der „Welt" einen Leserbrief, in der der „Referendar-Zeitung" vorgeworfen wird, daß sie „*durchweg einseitig über das Thema Atomenergie berichtet und die Autoren anonym bleiben*". Weiter heißt es: „*Die Behörde geht davon aus, daß Lehrer sich seriöser Quellen bedienen, wenn sie sich auf den Unterricht vorbereiten*".

Welche „seriösen Quellen" die Behörde meint, kann man beim Institut für Lehrerfortbildung (IfL) erfragen. Dort erhält man, wenn man nach Material zum Thema fragt, kostenlos das „Projekt Kernenergie", eine Veröffentlichung des „Informationskreises Kernenergie", einer Propagandastelle der AKW-Betreiber. Der Studiendirektor des IfL, Martin Volkmer, hat zwei Broschüren geschrieben, die vom „Informationskreis Kernenergie" und den Hamburgischen Elektrizitätswerken herausgegeben werden. Selbstverständlich handelt es sich auch hier um „seriöse Quellen", die ausschließlich physikalische Informationen enthalten. So heißt es etwa zur Endlagerung von Atommüll: „*Es sei sichergestellt, daß die Abfälle nicht in die Biosphäre zurückgelangen*".

Somit wird deutlich, daß es der Behörde mit dem Plaketten-Verbot nicht um eine „sachbezogene Auseinandersetzung" geht, sondern darum, die Standpunkte der Anti-AKW-Bewegung aus den Schulen herauszuhalten.

Deshalb: Plaketten weiter tragen! BUU-Material in den Unterricht!

Lehrerkomitee KB/Gruppe Hamburg

AjLE-Vorsitzende soll ausgeschlossen werden

AjLE-Vorsitzende soll ausgeschlossen werden

Schleswig-Holstein: Zum zweiten Mal versucht der Landesvorstand der GEW in Schleswig-Holstein, sich einer unbequemen AjLE-Landesvorsitzenden zu entledigen. War es vor etwa zwei Jahren der GEW-Führung gelungen, die AjLE-Vorsitzende Angelika V. im Zuge eines Berufsverbots wegen angeblicher Mitgliedschaft in der DKP auch gleich wegen eines „Formfehlers" aus der GEW auszuschließen, so versucht man jetzt auf ähnlich schäbige Weise, sich der derzeitigen AjLE-Landesvorsitzenden zu entledigen.

Im Oktober erhielt die jetzige AjLE-Vorsitzende den Bescheid vom Landesschulamt, daß sie wegen Vorfällen an ihrer Schule vom Dienst suspendiert sei. Kurz darauf teilte ihr der GEW-Landesvorstand mit, daß gegen sie ein Ausschlußverfahren läuft. Der fadenscheinige und anonyme Vorwurf: Sie habe an einer Demonstration gegen die Fahrpreiserhöhung in Kiel teilgenommen und anläßlich dieser Aktion Flugblätter des KBW verteilt.

Eingeleitet wurde dieser Ausschluß schon auf der Landesvertreterversammlung im November 1976, auf der gegen sie Stimmung gemacht wurde, so daß sie von der Vertreterversammlung nicht in ihrem Amt bestätigt wurde.

Das Ausschlußverfahren gegen die AjLE-Vorsitzende ist der Höhepunkt einer Reihe von Angriffen gegen sie, die sich nicht nur gegen ihre Person richten, sondern gegen den AjLE, der bisher eine Politik gemacht hat, die sich an den Interessen der Mitglieder orientierte und nicht an der offiziellen GEW-Politik.

KB/Gruppe Flensburg

Landesvorstand beantragt Ausschluß von Mitgliedern der »Alternative«

Hamburg: In AK 115 berichteten wir, daß der Hamburger Landesvorstand der GEW auf Anraten Fristers beschlossen hatte, die GEW-Listen zur Lehrerkammerwahl so zu erweitern, daß auch Mitglieder der rechten „Altenative", die bei den Vorwahlen auf Mitgliederebene durchgefallen waren, Platz fänden.

Die „Altenative" hat diesen Beschluß ignoriert und eine eigene Liste zu den Lehrerkammerwahlen aufgemacht. Wieder einmal benutzen sie die Wahl, um gegen die „kommunistischen Tendenzen" in der GEW Stimmung zu machen.

Der Landesvorstand der GEW hat daraufhin einstimmig gegen die Mitglieder der „Alternative"-Liste bei der Landesschiedskommission einen Antrag auf Gewerkschaftsausschluß gestellt.

Man darf gespannt sein, was Frister zum Schutze seiner Zöglinge einfallen wird. Die Hamburger GFW-Linke sollte jedenfalls eindeutig zeigen, daß sie nicht länger bereit ist, dem Treiben dieser Leute zuzusehen.

Lehrerkomitee
KB/Gruppe Hamburg

AjLE-Wahl

Baden-Württemberg. Die Neuwahl des AjLE-Landesvorsitzenden soll am 17. Dezember stattfinden. Der bereits im Februar (!) ordnungsgemäß gewählten AjLE-Vorsitzenden war auf der Landesvertreterversammlung die Bestätigung verweigert worden (siehe AK 112).

Man kann davon ausgehen, daß es der GEW-Landesfürst Vergin auch diesmal mit der Bestätigung der Wahlen vom 17. Dezember nicht eilig haben wird. Das heißt nichts anderes, als daß die GEW-Junglehrer Baden-Württembergs rund ein Jahr ohne gewählte Vertrete dastehen und Vergin bewußt die Junglehrerarbeit in seinem Landesverband boykottiert — und das in einer Situation, wo in Baden-Württemberg im Sommer 77 von insgesamt 3.470 neu eingestellten Lehrern ganze 702 (!) voll ins Beamtenverhältnis übernommen wurden! Von den übrigen erhielten 1.070 Dreiviertel-Verträge auf drei Jahre, 1.698 16- bzw. 17-Stunden-Verträge auf 18-Monate! (»Lehrerzeitung Baden-Württemberg« 18/77).

Sonnenklar ist schließlich, daß Vergin, wenn er schon die Arbeit des AjLE lahmlegt, nicht im Traum daran denkt, der angekündigten Rückstufung der Referendare auf BAFöG-Niveau (siehe AK 115) ernsthaften Widerstand entgegenzusetzen. Erfreulich in diesem Zusammenhang ist immerhin, daß die Kreisversammlungen und die Delegierten der Junglehrer dem Druck Fristers und Vergins gegen eine ihnen politisch mißliebige AjLE-Landesvorsitzende nicht nachgegeben haben, und daß deren erneute Wahl auch im Dezember außer Frage steht.

Für die Kreis-AjLEs muß es jetzt allerdings darauf ankommen, den Boykott ihrer Arbeit durch den Landesvorsitzenden nicht hinzunehmen, und die Junglehrer gegen die geplante Rückstufung der Referendare und für Kampfmaßnahmen zu mobilisieren.

ausländische Arbeiter in der BRD

Hannover. Nach einer Entscheidung des Landgerichts Hannover vom 26.7.77 (Az. 8/11, S. 8/75) darf ein Vermieter keinen Ausländer als Mieter ablehnen, nur weil er ein Ausländer ist. In diesem konkreten Fall hatte ein Grieche einen Landsmann als Nachmieter vorgeschlagen, was vom Hauswirt abgelehnt wurde. Das LG Hannover begründete seine Entscheidung mit dem in Artikel 3 GG verankerten Grundrecht, daß niemand wegen seiner Heimat oder Herkunft benachteiligt werden dürfe (nach „Unsere Zeit", 3.10.77).

• • •

Hamburg. Am 7.11.77 wurde vor dem Hamburger Schöffengericht gegen Polizeimeister Manfred H. von der Revierwache 16 wegen „Körperverletzung im Amt, Beleidigung und Nötigung" verhandelt. Er hatte bei einer Personenkontrolle einen Tunesier mit rassistischen Sprüchen belegt: „*Du siehst aus wie ein Affe. Fahr zurück in deine Heimat. Ihr freßt euch hier nur durch und nehmt anderen die Arbeit weg*". Anschliessend hatte er ihn bei der Festnahme mißhandelt. Es gab neben dem Ausländer auch einen deutschen Zeugen. Da also der Tatbestand gegen den Bullen feststand, obwohl der natürlich alles abstritt, es also auch keine Möglichkeit gab, den Spieß umzukehren gegen den Tunesier, machte der Richter auf versöhnlich. Er fragte den Bullen, ob's ihm denn leid tue. „*Na gut, wenn es dann sein muß*", und entschuldigte sich bei dem Ausländer. Einstellung des Verfahrens wegen geringer Schuld....(„Hamburger Morgenpost", 8.11.77).

• • •

Westberlin. Etwa 100 pakistanische Kollegen stürmten am 4.11. das Sozialamt im Bezirk Kreuzberg, weil ihnen die Auszahlung ihrer Unterstützungsbeiträge verweigert bzw. verzögert worden ist. Dieser Sturm wurde dann durch ein massives Bullenaufgebot verhindert, so „*daß die Abfertigung in geordneten Bahnen verlief*" – so jedenfalls der zynische Kommentar des „Tagesspiegel" vom 5.11. Bei den Auseinandersetzungen wurde ein Mann verhaftet, als er die Reifen eines Polizeiwagens zerstach.

Ausländer-Kommission

ANTIFASCHISTISCHE AKTION

Nürnberg

Am 12.11. hat in Heroldsberg bei Nürnberg eine Protestkundgebung mit anschließender Demonstration gegen den Neonazi Hoffmann stattgefunden. An diesen antifaschistischen Aktionen beteiligten sich zwischen 350 und 300 Menschen aus Nürnberg und Erlangen.

Kundgebung und Demonstration richteten sich gegen eine Veranstaltung, auf der Hoffmann und Konsorten über Verlauf und Ergebnis des Tübinger Gerichtsverfahrens (in dem mehrere Mitglieder der Hoffmann-Bande zu Gefängnis auf Bewährung und Geldstrafen verurteilt worden waren) »informieren« wollten.

80 Mitglieder bzw. Anhänger der Hoffmann-Bande waren als Zuhörer und Saalschutz (in einem) erschienen.

Die antifaschistischen Gegendemonstranten wurden mobilisiert durch Aufrufe des SPD-Unterbezirks Erlangen, der AntiFa Aktionseinheit gegen die Wehrsportgruppe Hoffmann und anderen.

Wolfsburg

Am 12.11. beteiligten sich über 100 Antifaschisten an einer Kundgebung gegen den NPD-Landeskongress in der Wolfsburger Stadthalle.

Zustandegekommen war dieses Antifaschistische Bündnis durch die Initiative der Russell-Unterstützungsgruppe, die zu einem Aktionstreffen eingeladen hatte. Es konnten sich verschiedene Gruppen, VVN, DKP, SDAJ, Jusos, KB, Russell-Unterstützungsgruppe auf einen gemeinsamen Aufruf einigen unter den Parolen: Nazis raus aus Wolfsburg! Gemeinsam gegen rechts! Gegen den Abbau demokratischer Rechte! Nie wieder Faschismus, nie wieder Krieg!

Dortmund

Am 5.11. wollte die NPD in Dortmund zum dritten Mal in diesem Jahr ihre Hetze gegen jede demokratische Strömung im Land ablassen. Zum zweiten Mal gab es eine antifaschistische Gegenmobilisierung. Trotz der im Vergleich zum April geringeren Vorab-Mobilisierung versammelten sich um 12 Uhr wieder mindestens 200 Antifaschisten auf dem „Alten Markt".

Viele von ihnen waren Kolleginnen und Kollegen der IG Metall. Diese hatte um 14 Uhr eine Kundgebung gegen die Jugendarbeitslosigkeit durchführen wollen, die Genehmigung war schon eingeholt, als die Nachrichten von der NPD-Hetzveranstaltung zum Stopp der Vorbereitungen führte. Die IGM verzichtete auf ihre Aktion, *„weil sie keine Lust hatte, die NPD als ‚Anheizer' ihrer eigenen Veranstaltung zu sehen"* („Klüngelkerl" 12). *„Die Verantwortung dafür trägt die Polizei, die bei anderen Gelegenheiten schon Genehmigungen für fortschrittliche Gruppen verweigert hat, weil ‚Zusammenstöße zu befürchten' waren"* (ebenda). Stattdessen wurde in Teilen der IGM intern zum Protest gegen die NPD aufgerufen.

Gekommen sind die Faschisten dann aber nicht. Ob sie Angst vor den Antifaschisten hatten? Wie dem auch sei, den Mobilisierungserfolg sollten wir beim – zu befürchtenden – nächsten NPD-Auftritt wiederholen!

Ein Dortmunder Genosse

Heilbronn

Zum 21.10. kündigte Frey, Herausgeber der „Deutschen Nationalzeitung", wieder eine seiner „Heldengedenkfeiern" mit dem Nazi-Oberst Rudel an, diesmal in der Heilbronner Festhalle.

Gegen diese Provokationen hatte u.a. der DGB protestiert und eine Kundgebung angekündigt. Von den linken Organisationen hatte zumindest der KBW ebenfalls mobilisiert.

Am Morgen des 21.10. endlich verfügte das zuständige Landratsamt ein Verbot der Veranstaltung, das sich auch auf Ersatzveranstaltungen in anderen Gemeinden des Landkreises Heilbronn erstreckte. In der Verbotsbegründung heißt es u.a.: *„Es ist vorgesehen, daß in der Versammlung Dr. G.Frey ... sprechen wird. Dieser hat in der Vergangenheit wiederholt den Straftatbestand des § 130 StGB (Volksverhetzung) begangen und es ist zu erwarten, daß er diesen auch in der hier beabsichtigten Veranstaltung erfüllen wird. In der von Dr. G.Frey herausgegebenen Deutschen Nationalzeitung wurde fortwährend das sogenannte ‚Weltjudentum' und die jüdische Bevölkerung in der BRD beschimpft und verleumdet ..."* (nach „DA", 28.10.77).

Trotz dieses Verbots mietete Frey die Turnhalle der Gemeinde Untergriesheim/Landkreis Heilbronn, wo die Veranstaltung zunächst beginnen konnte. Nicht lange allerdings: Nach der Rede Freys erschien der Landrat, verlas die Verbotsanordnung und schloß die Versammlung.

Was dann geschah, ist fast unglaublich: Sekunden danach erhob sich der Vorsitzende des örtlichen Sportvereins, „eröffnete" eine „Veranstaltung der Sportfreunde Untergriesheim" und erteilte dem „Spitzensportler Rudel" das Wort, der dann seine bewährte „Ich hätte es wieder getan"-Rede abließ, aus aktuellem Anlaß ergänzt um ein Lob für die Mogadischu-Aktion der GSG 9, die die *„deutsche Disziplin, Opfermut, Kühnheit und Tapferkeit"* erneut unter Beweis gestellt habe. „Soldatische Ehren" für Schleyer durften ebenfalls nicht fehlen (Schleyer war zwar nie Soldat, dafür aber Nazi – da muß Rudel was durcheinander gekriegt haben).

Ob Rudel ausreden konnte oder nur die wichtigsten Sätze runterhaspelte, bevor endlich die Polizei eingriff, ist etwas unklar. Auf alle Fälle konnte die DVU – pardon: Konnten die „Sportfreunde Untergriesheim" ihre Veranstaltung nicht „ordnungsgemäß" schließen, da beim abschliessenden Geplärre des „Deutschland-Liedes" die Polizei erschien.

Hoechst

Durch schnellen Protest der Organisation „pax hominibus – Arbeitsgemeinschaft für Frieden und demokratischen Fortschritt" (Frankfurt) wurde ein erneutes „Kameradschaftstreffen" der SS-Panzerdivision „Das Reich" verhindert. Die SSler – ihre Division stellte die Mördertruppe, die die französischen Ortschaften Oradour und Tulle zerstörten und ihre Bevölkerung abschlachteten – wollten sich in Hoechst versammeln. „Pax hominibus" teilte dies der französischen Partnerstadt von Hoechst, Montmelian, mit, deren Vertreter erreichten, daß die SS-Leute keinen Raum erhielten und ihr Treffen abblasen mußten (nach „tat", 4.11.77).

Oldenburg

Am 29.10. veranstalteten NPD/JN in Oldenburg eine Kundgebung unter dem Motto „Zerschlagt den Kommunismus". Angekündigt wurde dieser Auftritt erst einen Tag vorher in der „Nordwestzeitung" – offenbar in der Hoffnung, daß sich nicht wieder eine demokratische Initiative gegen die Provokation entwickeln würde. Es half ihnen aber nichts: Als die 20-30 überwiegend jugendlichen Faschisten (darunter auch welche mit Anti-AKW-Plakette und Palästinensertuch) mit ihren Hetzreden loslegen wollten, begannen die etwa 80 spontan erschienenen Antifaschisten ein Trillerpfeifenkonzert. Parolen wurden gerufen: „Nieder mit der braunen Pest", „Judenmörder", „Hopp hopp – Nazis stopp". Auch ein paar Eier flogen.

Nahebei standen einige Dutzend Polizisten, die keinen Hehl aus ihren Sympathien machten: Sie blieben ruhig stehen, als plötzlich zehn Nazi-Schläger, die als „Ordner" vor der Tribüne gestanden hatten, mit Fahnenstangen auf die ersten Reihen einprügelten. Auch nach einem zweiten Überfall der Nazis wurden diese nicht festgenommen.

Die antifaschistische Aktion war alles in allem recht gut gelungen: Die NPD-Faschisten konnten fast keinen Moment ungestört reden. Beachtlich ist auch die politische Breite des spontanen Protestes: Spontis, Mitglieder von SDAJ, „KPD", KBW, KB, Schüler und Studenten, „Dammtor"-Leute und „Zensur"-Leute waren erschienen.

Eine weitere Auswirkung der Aktion: Das DKP-Stadtratsmitglied Müller kündigte an, er werde versuchen, das Thema „Neofaschistische Aktivitäten in Oldenburg" auf die Tagesordnung der nächsten Ratssitzung setzen zu lassen.

KB/Gruppe Oldenburg



Nazi-Schläger in Oldenburg

KURZMELDUNGEN KURZMELDUNGEN KURZMELDUNGEN

Die Vorsitzenden des Unternehmerverbandes der Zeitungs- und Zeitschriftenverleger in der Bundesrepublik, Binkowski und Strothe, wollen einen ehemaligen führenden NPD-Mann zum Chef-Redakteur der von ihnen herausgegebenen Fachzeitschrift „ZV ZV" machen. Der für diesen Posten vorgesehene Lutz Kuche war mehrere Jahre lang Vorsitzender des Nationaldemokratischen Hochschulbundes (NHB).
(nach „UZ", 11.11.77).

***

Eine erfreuliche Initiative hat der SPD-Bundestagsabgeordnete Rudolf Schöfberger ergriffen: Er hat gegen den bekannten Frankfurter Nazi Erwin Schönborn Strafanzeige erstattet wegen der Verbreitung seines bekannten und berüchtigten Flugblattes, in dem Schönborn 10.000 DM Belohnung für *„jede einwandfrei nachgewiesene ‚Vergasung' in einer ‚Gaskammer' eines deutschen KZ"* beitet. Nach Ansicht Schöfbergers sollte geprüft werden, ob das Flugblatt Billigung von Gewalt, Volksverhetzung, Staatsverleumdung und Verunglimpfung des Andenkens Verstorbener ausdrückt. Auf das Ergebnis kann man gespannt sein.
(nach „SZ", 5./6.11.77).

***

Es geht auch mal anders herum: In Altenkirchen (Westerwald) passierte es, •daß ein Gericht einen Trödler schuldig sprach, gegen die Vorschriften des §86a, Absatz 3 und 4, verstoßen zu haben, und stellte fest, daß es an der Zeit sei, daß dieser Paragraph wieder stärker zur Anwendung kommt. Der Paragraph verbietet die Verbreitung von Propaganda und Emblemen verbotener Organisationen. Der Trödler hatte Orden mit Hakenkreuz-Emblemen, SS-Dolche u.ä. Nazi-Ramsch zum Verkauf auf einem Flohmarkt angeboten. Der Richter kritisierte in der Beweisaufnahme auch die Polizei, die nicht sofort eingeschritten sei, um „dem Spuk ein Ende zu machen". Dieses „Versäumnis" mußte schließlich auch als Begründung dafür herhalten, daß der Trödler nicht verurteilt wurde. – Aktenzeichen des Urteils: AG Altenkirchen 101 Js 1432/77, 4Cs.
(nach „ED" 86/XI 1977 und „die Tat", 4.11.77).

***

Nach Recherchen der VVN konnte der gesuchte Massenmörder Walter Rauff in den letzten Jahren wiederholt völlig unbehelligt in die BRD einreisen und ebenso unbehelligt wieder ausreisen. Rauff, ehemaliger SS-Standartenführer und Angehöriger des Reichssicherheitshauptamtes, Erfinder der sog. „mobilen Gaskammer" und damit als enger Eichmann-Mitarbeiter mitverantwortlich für die Ermordung von Hunderttausenden jüdischen Menschen, betreibt heute sein Schlächterhandwerk in den Diensten der chilenischen Geheimpolizei DINA. Nach Chile ist er bereits 1949 mit Hilfe einer SS-Fluchthilfeorganisation über Nordafrika und Ekuador geschmuggelt worden.

Als Geschäftsführer einer Konservenfabrik und später Mitinhaber einer Importfirma tätigte er offensichtlich wiederholt „Geschäfts"reisen in die BRD, wohin er nach eigenen Angaben immer mit ordentlichen Papieren reiste und sich in Hotels mit seinem richtigen Namen anmeldete. So war er 1960 auf der Hannover-Messe, so soll er zuletzt im Frühjahr 1977 in Hamburg, Frankfurt und München zu Besuch bei „alten Kameraden" gewesen sein – und das alles, obwohl die Staatsanwaltschaft Hannover seit 1952 (!) nach ihm „fahndet".
(nach „ED" 88/XI, 1977).

***



Eine Anzeige gegen den John-Jahr-Verlag, die der Herausgeber der Zeitschrift „konkret", Gremliza, gestellt hatte (Vergehen gegen StGB § 86, 86a: Verbreitung von NS-Gedanken, -Symbolen etc.), ist vom Landgericht Hamburg eingestellt worden. Jahr hat sich seit längerem darauf spezialisiert, originales Nazi-Material (inzwischen ohne jede kommentierende „Einkleidung") nachzudrucken und als „wissenschaftliches Zeitdokument" auszugeben. Gremliza hatte Jahr wegen dessen neuestem Produkt – „Das III. Reich: Sonderdokumentation Adolf Hitler" – angezeigt.

Wie schon zuvor die VVN wurde auch Gremliza abschlägig beschieden. Das Gericht in seiner Begründung: *„Es handelt sich bei den in der Druckschrift enthaltenen Abbildungen (...) erkennbar um erlaubte zeitdokumentarische Bildwiedergaben und nicht etwa um (...) unzulässig reißerische Käuferwerbung mit NS-Symbolen"* („konkret" 11/77).

Der Jahr-Verlag ist natürlich nicht der einzige Verbreiter von NS-Material: Über ein „Zeitgeschichtliches Antiquariat" in Sachsenhausen ist z.B. seit neustem der Originalnachdruck der NSDAP-Zeitschrift „Der Schulungsbrief" aus dem Jahr 1938 („Aufbruch und Kampf der Partei") zu beziehen. Auch das zweifellos „erkennbar" – Nazi-Propaganda!

***

Im Raum Rechtenbach (Hessen) hat im Sommer ein „Ausbildungslager der Schwarzen Pioniere" stattgefunden. Schüler haben dort in Uniformen, Armeestiefeln, mit tarnfarbenen Umhängen und Baretts mit silbergrauen Totenköpfen u.a. das Werfen von Handgranaten geübt. Das Hauptquartier der „Pioniere" soll sich im Physik-Keller der Gießener Liebig-Schule befinden. **Er ist gleichzeitig die Geschäftsstelle der Schülerunion Gießen!**

Nach Angaben des Jungsozialisten Michael Müller, der diese Vorfälle auf einer Pressekonferenz enthüllte, ist der Raum mit NS-Zeichen, Bildern usw. geschmückt. Nazi-Musik wird abgespielt.

Die örtliche CDU wurde von SPD-Vertretern aufgefordert, Stellung zu den Umtrieben ihres Jugendverbandes zu beziehen. (Nach „die Tat", 4.11.77).

***

Am 12.11. wurde in Hamburg der „NSDAP"-Aktivist Wolf-Dieter Eckart endgültig zu acht Monaten Gefängnis und zu einer Geldstrafe von 1.000 Mark verurteilt.

Das gleiche Urteil aus dem Jahr 1976 (allerdings war damals die Geldstrafe höher) war aufgehoben worden, weil das Gericht angeblich nicht sorgfältig genug geprüft hatte, ob Eckart ein hinreichendes „Schuldbewußtsein" gehabt habe.

Diesen Weg, das Urteil abzuschwächen oder den Nazi ganz freizusprechen, verbaute allerdings der jetzt hinzugezogene Gutachter, der feststellte, daß Eckart intelligent genug sei und genau wisse, was er tut. Trotz aller inzwischen zusätzlich bekanntgewordenen Tatsachen über den Zusammenhang Eckarts mit anderen „NSDAP"- und sonstigen Faschisten (z.B. „Hansa-Bande", „Faschistische Front", „NSDAP/AO" in USA) blieb das Gericht allerdings auch in der Revisionsverhandlung dabei, Eckart sein ein „Einzelgänger"!
(Nach „Umschau am Abend", NDR II, 12.11.77).

***

Anneliese Kappler ist SPD-Mitglied



Nazi-Sympathisant Scheu, SPD-Abgeordneter im Bundestag

Bekannt ist, daß die Flucht Kapplers von der Bundesregierung und der SPD-Führung mit „klammheimlicher" Freude zur Kenntnis genommen und buchstäblich bisher nichts getan wurde, um die Anträge der italienischen Regierung nach Auslieferung bzw. Verhaftung und Verurteilung des Nazi-Mörders zu erfüllen.

Weitgehend unbekannt ist aber die Tatsache, daß Anneliese Kappler seit einiger Zeit SPD-Mitglied ist. SPD-Pressesprecher Lothar Schwarz erklärte zu diesem Skandal: „Ich sehe keinen Grund für die Partei, aus einem Verhalten Konsequenzen zu ziehen, dem ein gewisser menschlicher Respekt nicht zu versagen ist, für das man menschliches Verständnis haben muß, ohne dies zu billigen".

Zu den Helfern von Frau Kappler zählt auch der SPD-Bundestagsabgeordnete Scheu, bei dem Anneliese Kappler sich nach der Flucht meldete und dem sie Kapplers Aufenthaltsort mitteilte. Scheu bekannte offen, er habe Frau Kappler mit *„allen mir zur Verfügung stehenden Mitteln unterstützt"*, dazu zähle auch die „finanzielle Unterstützung"!

(Angaben aus „Sozialistische Korrespondenz", Nr. 19, Okt. 1977).



Neues von der „MLD"

Die rechtsradikale Provokateurstruppe »MLD« (»Marxisten-Leninisten Deutschland«) hat sich zum Thema *»Kampf gegen den Terrorismus«* zu Wort gemeldet. Den Einsatz des BGS in Mogadischu bejubelt sie als *»Fanal gegen eine rotlackierte Geisel der Menschheit«. »Wir Deutschen können stolz sein auf unseren Staat«. »Dieser Sieg zeigt, wer wirklich Vorbild für unser Volk und vor allem für die Jugend sein sollte ... Die Verteidiger der Demokratie wie die Männer der GSG 9 und der Lufthansapilot Jürgen Schumann, das sind die Männer, die unser Land nötig hat«* (Flugblatt vom 19.10.). *»Wer wie Willi Brandt und einige Meinungsmacher einige rechtsradikale Spukgestalten als die Hauptgefahr darstellt, der lenkt ab von den Nazis von heute! Wer Angst hat, die Gesetze und die entsprechende Polizei zu schaffen, die den Terroristen begegnen kann, wer sich durch Hungerstreiks und eine antideutsche Hetzkampagne erpressen läßt, der ermuntert die Todfeinde der Demokratie ... Die sogenannte ‚Linke' von den K-Gruppen und Chaoten bis zu den Jusos kann sich nicht aus ihrer Mitschuld herausreden«* (Flugblatt vom 6.9.). Konkret fordert die »MLD« u.a.: *»Professoren und Lehrer, die sich nicht für den demokratischen Staat entscheiden können, die Anarchisten und Moskau verharmlosen ... müssen entlassen werden«; »Die Gesetze müssen verschärft werden«; »Zwangsernährung lehnen wir ab«; »Die lange Prozessiererei, die riesige Mittel verschlingt und die eine einzige Propagandaschau für Terroristen ist, muß aufhören«; »Keine Privilegien für gefangene Terroristen, dafür aber schärfere Bewachung«* (Flugblatt vom 6.9.).

Auch zu den Verbotsdrohungen gegen die »K-Gruppen« hat sich die »MLD« geäußert. Zwar meint die »MLD«: *»Der Verbotsantrag wurde durch die K-Gruppen selbst hervorgerufen, durch ihre Schlägermethoden, durch ihre Entschuldigungen und Verharmlosungen des Terrorismus und des Imperialismus und Faschismus sowjetischer Prägung, durch ihre Angriffe auf die Demokratie, das Vaterland und die bestehenden sozialen Errungenschaften«.* Die »MLD« bemängelt jedoch: *»Der Verbotsantrag beruht auf großer Unkenntnis der ‚links'radikalen Szene ... Warum wird im Verbotsantrag der KB (Kommunistischer Bund mit Sitz in Hamburg) nicht genannt? Es war der KB und nicht der KBW, der beim Sturm auf Grohnde die Hauptrolle spielte...«.*

Dann allerdings spricht sich die »MLD« doch g e g e n ein Verbot der »K-Gruppen« aus, mit den von der CSU bekannten Argumenten (*»Ein Verbot der K-Gruppen nutzt der DKP, der Fünften Kolonne Moskaus«* usw.). *»Die Mehrheit der entscheidenden Verteidiger der Demokratie scheint ein Verbot der K-Gruppen abzulehnen. Strauß, Dregger, Wörner fördern durch ihre Chinapolitik und durch ihre Ablehnung des Verbots der K-Gruppen den Niedergang der K-Gruppen hundertmal mehr als der Verbotsantrag«* (»Offener Brief der verfassungstreuen Maoisten Deutschlands an die CDU und die CSU«). In der »Welt« durfte dazu ein Joachim N e a n d e r aus Frankfurt einen relativ ausführlichen Artikel unter der Überschrift »Deutsche Maoisten warnen vor DKP als Fünfter Kolonne« schreiben — bestellte Publicity für die Provokateurstruppe.

Die »MLD« will übrigens 1978 eine »Partei« gründen. In einem »Brief des ZK der MLD an das ZK der KP Chinas« (abgedruckt im »MLD«-Zentralorgan »Die Neue Welt« vom September 77) hat die »MLD« ihre Politik vorgestellt und um die Anerkennung der neuen chinesischen Machthaber geworben. Das fehlte noch!

Antifa-Kommission
KB/Gruppe Hamburg

Erneut Verfahren gegen Antifaschisten in Würzburg

Nach der Verurteilung von vier Zigeunern und Antifaschisten Ende August zu Gefängnis- und Geldstrafen (s. AK 112, S.24) wegen ihrer Beteiligung an einer Protestdemonstration gegen ein SS-Treffen in Würzburg, drohen erneut gerichtliche Verfahren gegen Antifaschisten.

Wie berichtet (s. AK115, S.32), fand am 1.10.77 eine NPD-Veranstaltung statt, die von ca. 300 Antifaschisten massiv gestört wurde. In diesem Zusammenhang läuft nun gegen den presserechtlich Verantwortlichen des Gegenaufrufs der antifaschistischen Aktionseinheit, Fritz Kröckel vom VVN/BdA, und gegen den inzwischen seines Amtes enthobenen ehemaligen Kreisvorsitzenden der Jusos Würzburg-Stadt, Michael Daniel, ein polizeiliches Ermittlungsverfahren. Ihnen wird, da namentlich bekannt (M.D. unterschrieb den Aufruf als Einzelperson, nicht im Namen der Jusos), „Verstoß gegen das Demonstrationsrecht" und „Aufruf zur Störung einer anderen Veranstaltung" zur Last gelegt. Gegen M.D. ist außerdem ein Parteiordnungsverfahren anhängig. Er soll der Abgrenzungshysterie der SPD geopfert werden, damit *„die Grenzlinie zu Kommunisten für den Wähler nicht verwischt wird"* (SPD-Kreisvorsitzender Loew).

Erneut wird deutlich, daß nicht Hetzkundgebungen der Neo-Nazis strafbar sein sollen, sondern antifaschistische Aktionen bzw. bloße Aufrufe dazu. Beschämend ist das Verhalten der Jusos auch jetzt (nachdem sie schon nicht zur Gegenkundgebung aufriefen), die sich in eiserner Enthaltsamkeit in Sachen Solidarität mit ihrem ehem. Vorsitzenden üben, in der Hoffnung, sich angesichts der „Unzeit" dieser „unvorsichtigen Handlung" M.D.'s, durch Schweigen das Wohlwollen der Parteiführung zu erhalten.

KB-Sympathisanten Würzburg

schen Aktionseinheit, Fritz Kröckel vom VVN/BdA, und gegen den
nisten für den Wähler nicht verwischt wird" (SPD-Kreisvorsitzender
zu erhalten.
KB-Sympathisanten Würzburg

Wer half Kappler?

Die öffentliche Reaktion in der BRD auf die Flucht des SS-Verbrechers Kappler aus italienischer Haft war vor allem von unverhohlener Freude und von Arroganz gegenüber ausländischen Protesten bestimmt. Nachdem diese nachgelassen haben, soll offenbar zur Tagesordnung übergegangen werden. Schon wurde bekannt, daß Kappler — „wider Erwarten" — auf dem Wege der Genesung sei. (Angeblich war er in Italien todkrank gewesen).

Daß die Flucht ebenso wie die jahrelange Befreiungs-Kampagne vorher systematisch geplant und organisiert wurde, ist klar. Allerdings scheuen sich die Kappler-Freunde bisher noch, allzu offen und eindeutig ins Rampenlicht zu treten.

Wir wollen da ein wenig nachhelfen. In diesem AK-Artikel wird eine zentrale Gestalt aus dem Kappler-Sympathisanten-Sumpf beleuchtet; weitere werden folgen.

Rudolf Aschenauer, der Mann im Hintergrund

Vom Auswärtigen Amt wurde Kappler der „rechte" Mitstreiter, Rechtsanwalt Rudolf Aschenauer, zur Seite gestellt.

Er war Verteidiger in den Nürnberger Kriegsverbrecher-Prozessen, verfaßte mehrere Bücher und Broschüren, u.a. „Der Fall Herbert Kappler", in denen er sich für die Freilassung noch einsitzender Kriegsverbrecher starkmachte. Folgerichtig vertritt dieser saubere Herr die Ansicht, daß Kappler *„den Status eines Kriegsgefangenen und damit das Recht und die Pflicht (!) zu fliehen"* hatte („Welt", 5.9.77). Vor der Flucht hatte Aschenauer Frau Kappler bereits den heißen Tip gegeben: *„Wenn Ihr Mann jemals den Boden der Bundesrepublik betritt, darf er nicht ausgeliefert werden"* („Bunte", 15.9.77).

Aschenauer tritt auch für verschiedene rechtsradikale Verbände auf:

- **„Gesellschaft der Freunde Südtirols e.V."**, Sitz München. Aschenauer ist Vorsitzender.
- Auf der Jahreshauptversammlung der **„Gesellschaft für freie Publizistik e.V."** (GfP) hielt Aschenauer im Mai 1976 einen Redebeitrag.

Die GfP (1960 gegründet) ist ein Ableger des „Deutschen Kulturwerks Europäischen Geistes" (DKEG), einer wichtigen Schaltstelle der ganzen rechtsradikalen Szene. Mitbegründer der GfP sind u.a. Erich Kern(mayr), freigelassener NS-Massenmörder und langjähriger Sprecher der HIAG, sowie Kurt Ziesel, 1933 Mitarbeiter am NS-Organ „Völkischer Beobachter". Ziesel ist heute Geschäftsführer der CSU-eigenen „Deutschland-Stiftung e.V.", die ihrerseits Verbindungen zu rechtsradikalen Gruppierungen hat.

Weitere Beziehungen Aschenauers:

- **„Verein der Auslandsdeutschen"**. Vorsitzender: Rudolf Aschenauer.
- **„Stille Hilfe für Kriegsgefangene und Internierte"**, Sitz Bremen. Amtierender Vorsitzender: Rudolf Aschenauer (lt. Inserat in „Die Bauernschaft" 3/77, herausgegeben von dem schleswig-holsteinischen Faschisten Thies Christophersen).

Im gleichen Blatt inseriert die

- **„Stille Hilfe Deutschland"**, Vorsitzender Paul Otte, *„maßgeblich beteiligt am Aufbau der NSDAP-AO im Bundesgebiet"*.

Bereits 1946 wurde der Verein „Stille Hilfe" zur „Betreuung" einsitzender Nazi-Verbrecher gegründet und 1951 in Ebenhausen bei München eingetragen. Gründungsmitglieder waren u.a. Landesbischof Wurm und Caritas-Direktor Risch.

„Der Verein will in stiller, tätiger Hilfe all jenen helfen, die infolge der Verhältnisse der Kriegs- und Nachkriegszeit durch Gefangennahme, Internierung oder ähnliche, von ihnen persönlich nicht zu vertretende Umstände ihre Freiheit verloren haben und auf die besondere Fürsorge und Hilfe sittlich denkender und handelnder Menschen angewiesen sind" (zit. nach AK 109).

Hinter dieser Formulierung verbirgt sich eine Fluchthilfeorganisation für NS-Verbrecher!

Obwohl keine Belohnung ausgesetzt ist, hoffen wir, von unseren Lesern weitere sachdienliche Hinweise auch zu den genannten Personen und Organisationen zu erhalten, da den Drahtziehern im Kappler-Filz sehr daran gelegen ist, die Hintergründe zu vertuschen. Entsprechend reagierte ein hoher AA-Beamter nach Kapplers Flucht: *„Da steckt nicht viel drin"* („Spiegel", 22.8.77).

Ein sicherer Hinweis darauf, daß noch sehr viel drinsteckt!

Unterstützungsausschuß ARBEITERKAMPF gegen Rosenbaum.

Justizbeamter gab im Dienst Nazi-Flugblätter aus!

Am 21.10. erhielten zwei Besucher des Nürnberger Justizgebäudes von einem Justizbediensteten Schriften mit antisemitischem Inhalt. In diesen Schriften heißt es unter anderem: *„Anne Frank's Tagebuch – Der große Schwindel" – „eine Art hebräisches Gemeinschaftswerk vom angeblichen Leben eines armen, jüdischen Mädchens unter den bösen Nazis ...", „Gaskammern in Ausschwitz? ... der tragischste und makaberste Betrug aller Zeiten".*

In einer weiteren Flugschrift mit der Überschrift: „Zitate zur Kriegsschuldfrage" wird die These vertreten, der 2. Weltkrieg sei nicht durch Deutschland, sondern von den „Internationalen", den Juden und den Freimaurern verschuldet worden.

Eine Verfasserangabe oder ein Impressum enthalten diese Pamphlete nicht. Dagegen besaß der für die Flugblätter Verantwortliche noch die Frechheit, eine Adresse anzugeben, bei der Nachbestellungen verlangt werden können: Verlag Heinz Roth, Odenhausen/Lumda, in der harten Nazi-Szene einschlägig bekannt.

„Geben Sie dieses Textblatt weiter an Schüler und Jugendliche, Eltern und Erzieher. Die Wahrheit muß ans Licht", heißt es in einem dieser Flugblätter. Tatsächlich wurde es am 17.9. bereits vor Nürnberger Gymnasien verteilt.

Und: *„Legen Sie es überall aus, wo reger Publikumsverkehr herrscht ..."*. Der Beamte im Nürnberger Justizgebäude hat sich am 21.10. an diese Anweisung gehalten. Wie oft wohl schon vorher? Warum sind hier nicht Kollegen und Dienstvorgesetzte eingeschritten, die diese Aktivitäten zweifellos beobachtet haben? Mit diesen Vorfällen wird eine Kette von antisemitischen und neonazistischen Aktivitäten in Nürnberg und Umgebung fortgesetzt. Einige Vorfälle der letzten Wochen:

– Am 16.10. kletterten zwei Nazis über die Außenmauer des Justizpalastes (Schauplatz der Nürnberger Prozesse) und legten einen Kranz nieder. Die Polizei, mit einigen Streifenwagen zum Schauplatz gekommen, rückte noch während der makabren Vorträge über „Adolf's Zeiten" und dem „starken Reich" untätig wieder ab („NN", 17.10.).

– Eine Woche später wurden Plakate am Justizgebäude entdeckt, auf denen es hieß: *„Am 16.10.46 ermordete das jüdisch-bolschewistische Untermenschentum unsere deutsche Reichsregierung ... Der Kampf beginnt!"* Nach Bekanntwerden dieser neuerlichen Nazi-Provokationen teilte die Polizei mit, daß bereits drei Tage zuvor weitere Plakate in Erlenstegen und am Dutzendteich entdeckt worden seien.

– Flugblattverteilung des KDS (Kampfbund Deutscher Soldaten, E. Schönborn) vor der Nürnberger Bundeswehrkaserne und beim KZ-Prozeß in Aschaffenburg.

KB/Gruppe Nürnberg

DKP verschweigt Faschistenüberfall



Hannover. Zufällig erfuhren wir über einen SDAJler, der noch die Spuren einer Schlägerei im Gesicht trug, daß am 29. September das „Salvador-Allende-Zentrum" (SDAJ-Treff) in der Fössestraße von einer Faschistenbande überfallen wurde. Nach einer heftigen Schlägerei gelang es den SDAJlern, die Faschisten zu vertreiben.

In den nächsten Tagen versuchten wir, mit der SDAJ Kontakt aufzunehmen, da es wohl in aller Interesse ist, solche Nazi-Schläger zu identifizieren und dingfest zu machen. Doch unser Erstaunen war groß: Allerseits wurde der Überfall geleugnet. Nein, Faschisten waren hier nicht!

Klarheit verschaffte uns wieder der obige SDAJler, der ein Gespräch über den Überfall mit der Begründung ablehnte, es sei beschlossen worden, diesen Vorfall nicht zu veröffentlichen, da die Beliebtheit des Zentrums darunter leiden könne. Wir wissen noch nicht einmal, ob Strafanzeige gestellt wurde.

Wir meinen: Wenn dieses Verhalten Schule macht, haben die Faschisten leichtes Spiel! Überdies ist es ein Armutszeugnis, das die SDAJ den Besuchern ihres Zentrums ausstellt.

Antifa-AG Hannover

Für die breite Diskussion

Diese Broschüre enthält den vollständigen Text der Podiumsdiskussion in den Hamburger „Markthallen" zum Thema „Sollen Nazi-Verbrecher begnadigt werden?"

Das Spektrum der vertretenen Positionen reichte von der entschiedenen Befürwortung einer Begnadigung bis zur prinzipiellen Ablehnung. Auf dem Podium saßen u.a. die Journalistin Peggy Parnaß, der Bürgerschaftsabgeordnete Gerhard Weber (FDP), der niederländische Antifaschist Han Wielek und der Presseverantwortliche des AK, Kai Ehlers.

In der Broschüre wird auch der aktuelle Anlaß der Diskussion, der Fall des Hamburger NS-Verbrechers Rosenbaum, seine Behandlung durch die Justiz, seine Prozesse gegen Antifaschisten und der Zusammenhang seines Falls mit denen anderer NS-Verbrecher dargestellt.

Insgesamt spiegelt die Dokumentation die Schwierigkeiten wieder, die heute mit dem Versuch, eine Diskussion zwischen Liberalen, Sozialdemokraten, Sozialisten und Kommunisten in der BRD zustandezubringen, verbunden sind.

Das Zustandekommen selbst, ebenso aber die Bereitschaft aller Beteiligten, die Diskussion - trotz aller aufgetretenen Konflikte - dokumentieren zu lassen, zeigt jedoch, daß die Probleme des Faschismus/Antifaschismus bis hinein ins „liberale Lager" als aktuelles und wichtiges Thema verstanden werden.

Im Gespräch mit Demokraten ist die Broschüre deshalb gut heranzuziehen, da sie dokumentarisch - an einem brisanten Thema - belegt, daß eine Auseinandersetzung zwischen verschiedenen demokratischen Positionen, kommunistische eingeschlossen, möglich und nützlich ist.

Das in der Broschüre vorgelegte Material ist ausgezeichnet für Diskussionskreise, Seminare usw. (über Themen wie: Schonung von Nazi-Verbrechern in der BRD, Umtriebe von Neonazis, Nazi-„Nostalgie"-Welle) zu verwenden - auch in der Schule übrigens (wofür sie als streng ausgewogene, „objektive" Dokumentation mustergültig ist!). Außer zur eigenen Lektüre und als Anleitung zu ähnlichen Veranstaltungen bzw. zu anderen Formen antifaschistischer Bündnisse eignet sich gerade diese Broschüre zum Verkauf an ältere und jüngere Antifaschisten!

Sollen Nazi-Verbrecher begnadigt werden?



Dokumentation einer Podiumsdiskussion

Wilfried Dwachtmann, Friedenspolitische Studiengesellschaft e.V. — **Kai Ehlers**, KB, Prozeßgegner von Rosenbaum — **Werner Hill**, Journalist — **Helen Gasper**, Hausfrau, Schöffin, Betreuerin der JVA Fuhlsbüttel — **Heinz Giehring**, Professor für Strafrecht (Uni HH) — **Peggy Parnass** — **Gerhard Weber**, FDP — **Han Wielek**, Senator der Ersten Kammer der Niederlande, Partij van de Arbeid — Leitung: **Ulli Hentschel**, Vikar



„Verleumdung der BRD und der Polizei"

Kiel. Ein Stellschild, das die Selbstmordtheorie über den Tod von Andreas Baader, Gudrun Ensslin und Jan-Carl Raspe in Zweifel zog, nahm die Polizei am 11.11. in Kiel zum Vorwand, inmitten der belebtesten Einkaufsstraße drei Genossen vorläufig festzunehmen. Im Stellschild hieß es: *„Schluß mit „Selbstmorden" und anderen Wundern! ... Frühjahr 71: Petra Schelm wird durch gezielten Kopfschuß von Polizei getötet. ... Dezember 71: Georg v.Rauch wird an einer Wand stehend von Polizei erschossen ... März 72: Thomas Weisbecker wird aus drei Meter Entfernung von Polizei erschossen ... Holger Meins: An Unterernährung im Knast „gestorben" ... Ulrike Meinhof: Eine internationale Untersuchungskommission stellt fest – Tod durch Erwürgen ... Fortsetzung: Stammheim 18.10."*

Dieses Stellschild war bereits zur Seite gelegt worden, als die Polizei zu fünft antrat: Das Stellschild wurde beschlagnahmt. Zielstrebig verfolgten die Bullen anschließend einen Genossen, der von einem „Passanten" denunziert worden war. Der betreffende Genosse solle angeblich immer neben dem Stellschild gestanden haben – das sei offensichtlich „Beweis" dafür, daß es ihm gehöre. Von drei Bullen wurde der Genosse zum Polizeiwagen abgeführt. Nachdem ein weiterer Genosse von einem „Passanten" denunziert worden war wegen angeblicher Pöbelei, wurde auch er festgenommen. Eine Genossin, die währenddessen nach einer Begründung fragte, wurde deswegen gleich auch mitgenommen. Alle Genossen sollen jetzt Anzeige erhalten wegen „Verleumdung der Bundesrepublik Deutschland und der Polizei". Das „Verbrechen": Verbreitung von Tatsachen und Zweifeln an der Selbstmordtheorie.

KB/Gruppe Kiel

Erneut Todesschuß in Dortmund

Da geht ein 33-jähriger in eine Sparkasse, überschüttet im Hinterzimmer eine Sachbearbeiterin mit einer Flüssigkeit aus einer Kaffeedose (angeblich Spiritus), droht, sie mit seinem Feuerzeug anzuzünden und fordert DM 50000. Die anderen Angestellten haben keine Mühe, die Polizei zu benachrichtigen.

Der Mann gibt sich mit DM 20000 zufrieden. Er fordert die Frau auf, ihn mit ihrem Auto wegzufahren. Als die beiden (er mit vorgehaltenem Feuerzeug) aus dem Hinterzimmer treten, warten neben einem Dutzend Angestellter und Kunden auch zwei Streifenwagenpolizisten auf ihn. *„Von gezielten Schüssen aus Polizeidienstwaffen getroffen"*, brach der Mann tot zusammen („Westfälische Rundschau", 3.11.).

Kommentar von Oberstaatsanwalt, Staatsanwalt und Kripochef: *„Nach dem derzeitigen Stand der Ermittlungen, hätten die beiden ‚erfahrenen Polizeibeamten'* (den Mann) *nach vorherigen Warnzurufen nicht töten, sondern nur kampfunfähig machen wollen. Ihr Vorgehen sei ... wohl richtig gewesen, obwohl der Bankräuber keine Schußwaffe bei sich hatte. Es habe direkte Gefahr für Leib und Leben der Geisel bestanden."* („WR", 3.11.77)

So geschehen in Dortmund-Asseln am 2.11.77.

Ein Dortmunder Genosse



Faschismusband einer antifaschistischen Ausstellung — Genau die richtige Antwort auf die Hitlerwelle

Von der Neuen Gesellschaft für bildende Künste und dem Kunstamt Kreuzberg, verlegt von der Elephantenpressgalerie Westberlin erschien ein ausgezeichnetes Buch zum Faschismus.

„Renzo Vespignani – Über den Faschismus"

Das Buch enthält:
- 167 Seiten Text
- 128 Seiten Bildtafeln des italienischen Künstlers Renzo Vespignani
- einen umfangreichen Dokumentenanhang zu Konzentrationslagern (angefertigt für den internationalen Militärgerichtshof-Nürnberg)
- 14 Seiten Textdokumente beginnend mit Hitler: Der Weg zum Wiederaufstieg und Schriftauszüge aus der antifaschistischen Literatur.

Der Preis von DM 19,80 ist voll gerechtfertigt!

Mit diesem Buch, einem Ausstellungskatalog zur Ausstellung „Renzo Vespignani - Über den Faschismus", wollen die Herausgeber einen Einblick in das System des Faschismus geben. Ihre Arbeit sucht eine Antwort auf die Frage: Warum war ein faschistisches System in Deutschland möglich, und wie hat es funktioniert? Das Wissen darüber, was Faschismus ist, ist ihrer Meinung nach die erste Voraussetzung zu seiner Bekämpfung. Ihr vorangestellter Text mit Bildern, Dokumenten, authentischen Erinnerungsberichten soll helfen, die Ausstellungsbilder in den historischen und gesellschaftlichen Zusammenhang einzuordnen. In ihrer Einleitung wird nach einer kurzen Analyse der verschiedensten Theorien zum Faschismus als wesentliches Versäumnis der 20er und 30er Jahre angegeben, daß der Gefahr des Faschismus nicht geschlossen gegenübergetreten wurde und es nicht gelang, unter der „schweigenden Mehrheit" aufklärend zu wirken. *„Die Konsequenz ist eine Revidierung der Bündnispolitik, die Erkenntnis, daß alle Kräfte, unabhängig von ihrer Klassenzugehörigkeit und politischen Anschauung für ein antifaschistisches Bündnis gewonnen werden müssen".*

Die von den Herausgebern erstellte umfangreiche Dokumentation ist unterteilt in sämtliche Aspekte der nationalsozialistischen Herrschaft.

Die besondere Qualität dieses Buches liegt in der guten Kombination von Dokumenten, Bildmaterial und ideologisch klar und einwandfreier Darstellung. In diesem Buch wird erstmals darangegangen, sich mit dem Faschismus anhand von gut aufbereiteten Fakten und Dokumenten auseinanderzusetzen, was u.M. nach die beste Einführung in den antifaschistischen Kampf ist. Die meisten linken Autoren haben sich bisher dieser Aufgabe entzogen und sich an der Diskussion verschiedenster Faschismustheorien festgebissen. Gerade in der gegenwärtigen Hitlerwelle mit ihren Beschönigungen und Verherrlichungen kommt es jedoch darauf an, diese Verherrlichungen durch eine antifaschistische Dokumentation zu widerlegen. In dieser Hinsicht können wir dieses Buch bestens empfehlen.

AB-Kollektiv

»Ehrlicher Antifaschismus«?

Westberlin: Unter dem Motto: *»Jugendliche gegen Hitler-Nostalgie und Rechtsextremismus«* wird vom 16. bis zum 20. November eine antifaschistische Woche im Jugendzentrum »Drugstore« in Schöneberg stattfinden. Geplant sind Filme, Referate und Diskussionen über die laufende »Hitler-Welle« und Nazi-Nostalgie in der BRD und Westberlin sowie zur Hitler-Diktatur, zu den Verbrechen der Nazis usw. (Wir drucken nebenstehend den Veranstaltungsplan ab).

Träger der Woche sind die Leute vom »Drugstore«, der »Bund Deutscher Pfadfinder« (BDP), die »Junge Presse Berlin« , die Jusos und Judos, die Falken, der »Bund politisch, rassisch und religiös Verfolgter« (BRV), sowie das AK/FU, das »Komitee zur Verteidigung demokratischer Grundrechte«, das SB und die »BI-Westtangente«.

Antifaschistischer Kampf mit Unvereinbarkeitsbeschlüssen?

Die Initiative zu dieser antifaschistischen Woche geht von den Jugendlichen des »Drugstore« aus. Die Vorbereitungen laufen seit mehreren Wochen. Eingeladen wurden zu Beginn im wesentlichen die jetzt als Träger der Veranstaltung auftretenden Gruppen. Andere (»unglaubhafte«?) Antifaschisten wollte man offenbar von vornherein nicht dabei haben. In einer ersten Erklärung der Vertreter des »Drugstore« hieß es explizit: *»Eine Aktionseinheit mit den demokratischen Kräften in diesen* [*etablierten*] *Parteien ist in dieser Frage* [*Aufklärung über neofaschistische Tendenzen usw., Red.*] *unerläßlich. Eine Zusammenarbeit mit der SEW und den K-Organisationen ist dagegen nicht möglich, weil diese Gruppen keine glaubhafte antifaschistische Politik machen. Wer unkritisch autoritäre Strukturen in den Ländern des »realen Sozialismus« befürwortet, ist auch in dieser Frage nicht glaubwürdig.«*

Mit dieser erklärung werden die Erfahrungen im antifaschistischen Kampf gründlich auf den Kopf gestellt: Erstens haben bislang einzig die vielverschmähten Kommunisten einen entschiedenen antifaschistischen Kampf geführt, während von den 'etablierten' Parteien allenfalls verbale Proteste kamen und zweitens sind Kritik am »realen Sozialismus« und antifaschistischer Kampf zwei völlig verschiedene Dinge, was nur von den Vertretern der Totalitarismustheorien (rechts = links) geleugnet wird.

Wenn auch die explizite Formulierung einer Nichtzusammenarbeit mit Kommunisten fallengelassen wurde, (z.B. sprachen sich die Falken und der BDP dagegen aus), so wurde auch eine Zusammenarbeit weiterhin faktisch abgelehnt. So wurde auch der Wunsch des KB nach Mitarbeit bei der antifaschistischen Woche mit einer ganzen Reihe formaler Argumente abgelehnt und abschließend meinte der »Drugstore«-Vertreter, daß es sich hier um ein »Aktionsbündnis von Radikaldemokraten und unabhängigen (?) Sozialisten« handle, wo man sich nicht mit Kommunisten an einen Tisch setzen könne!

Wir halten diesen Unvereinbarkeitsbeschluß im antifaschistischen Kampf für — im wahrsten Sinne des Wortes — tödlich, wenn man tatsächlich von einer ernstzunehmenden faschistischen Gefahr ausgeht.

Aus diesem Grund werden wir uns auch an der antifaschistischen Woche beteiligen und auch versuchen der sektiererischen Einengung des antifaschistischen Kampfes, wie sie von einigen »Unabhängigen« (?) vertreten wird, entgegenzutreten.

Demokraten, Kommunisten — einig gegen die Faschisten!

Antifa-Kommission KB/Gruppe Westberlin



Westberlin:
Neuer Wirbel um Todesschuß!

Am 27. Juni dieses Jahres wurde der Jordanier Walid Al-Halawani, der wegen eines Raubüberfalls gesucht worden sei, von einem Kriminalhauptwachtmeister aus 3 m Entfernung erschossen. Der Beamte stellte den Fall so dar, daß er den Jordanier zum Stehenbleiben aufgefordert hätte; dieser habe sich blitzartig umgedreht und in seine Brusttasche gegriffen, worauf der Bulle den Jordanier erschoß.

So die offizielle Version - worauf der Bulle freigesprochen und das Verfahren gegen ihn eingestellt wurde. Inzwischen jedoch ist das Ermittlungsverfahren wieder aufgenommen worden, weil die Verteidigung einen Zeugen benennen konnte, der *„aus Angst vor der Polizei"* bisher nicht bereit war , als Zeuge auszusagen.

Dieser Zeuge stellte dar, daß der Jordaner von zwei (!) Männern erschossen wurde, die anschließend flüchteten, ohne daß sie verfolgt worden wären. Unmittelbar nach dem Schuß seien mehrere Personen aus einem geparkten Auto gesprungen und zu dem Niedergeschossenen gerannt. *„Nach Eindruck des Zeugen handelte es sich bei diesen mit Schußwaffen versehenen Personen ebenfalls um Polizeibeamte"* („Tagesspiegel", 6.11.77). Auffällig ist, daß der Bericht der amtlichen Schußwaffenkommission über die „Tatwaffe" der Verteidigung bisher nicht ausgehändigt wurde.

KB/Westberlin

»Kontakt-Sperre«

Im folgenden veröffentlichen wir einige Berichte über die Haftpraxis während und nach der sog. Kontaktsperre.

Klaus Jünschke (JVA Zweibrücken, in Haft seit Juli 1972 – zu lebenslänglich in erster Instanz verurteilt):

Am 5.9. erfuhren die Gefangenen durchs Fernsehen von der Schleyer-Entführung. Nachts fand eine Razzia in den Zellen statt. Zwei Tage später erklärte der Haftrichter, es herrsche ein Ausnahmezustand. Am 2.10. wurde die Kontaktsperre verkündet.

„18.10.: Zellenrazzia von Beamten der JVA, 6-8 Beamte. Jünschke muß sich nackt ausziehen, alle Kleider wurden durchsucht, er wurde in eine leere Zelle gebracht. Auf den Vorhalt, er wolle bei der Zellenrazzia anwesend sein, wurde gesagt, dies laufe nicht, die Razzia laufe im Auftrag des LKA. Ein Beschluß wurde nicht vorgewiesen, ein Protokoll wurde nicht angefertigt. Aus der Zelle wurden entfernt:
1. gefütterte Umschläge von Büchersendungen, die bisher als Unterlagen für die Schreibmaschine als Schalldämpfung benutzt worden waren,
2. eine leere Konservendose,
3. Draht und Nägel.

19.10.: Um 10.45 Uhr erscheinen drei Wärter und fragen, ob Jünschke Hinweise auf den Verbleib von Schleyer geben könne. Die gleiche Frage wurde an Grashof gerichtet. Keine Auskunft."

Am 20.10. – dem letzten Tag der Kontaktsperre – erneute, gründliche Durchsuchung der Zelle.

„Seit dem 18.10. nachts Wecktertor, mehrmals in der Nacht Licht an, Türen aufgeschlossen, betreten der Zelle, um nachzuprüfen, ob Mandant noch lebt. Begründung, Gefahr des Selbstmordes. Die Maßnahmen seien vom Justizministerium angeordnet. Folge: Geregelter Schlaf nicht mehr möglich." Am 21.10. mußte der Anwaltsbesuch nach einer Stunde abgebrochen werden, weil Klaus Jünschke unter akuten Kreislaufbeschwerden litt. *„Insgesamt stark angegriffene Gesundheit aufgrund der Totalisolation"*, (Zitate und Informationen aus einer Erklärung des Verteidigers Weider vom 24.10.).

formationen aus einer Erklärung des Verteidigers Weider vom 24.10.).

Lothar Gend (JVA Werl; in Haft seit März 1974; rechtskräftig zu 10 Jahren Haft verurteilt): am ersten Tag nach der Kontaktsperre wurde er von seinem Verteidiger besucht. In einer Presseerklärung vom 21.10. berichtet dieser folgendermaßen:

„1) Bei meinem heutigen Besuch als Verteidiger des Strafgefangenen Lothar G e n d in der Justizvollzugsanstalt Werl wurde ich durch den stellvertretenden Leiter der JVA, Herrn Hötter, unter Androhung des sofortigen Hinauswurfs genötigt, die Überwachung des Verteidigergesprächs zu dulden. Die Überwachung eines Verteidigergesprächs durch die Justizverwaltung ist in jedem Falle gesetzwidrig. Sie stellt einen schwerwiegenden Eingriff in elementare Grundsätze eines fairen Verfahrens, wie die ungehinderte Verteidigung und das ungestörte vertrauliche Verteidigergespräch dar. Dieser offene Rechtsbruch geht über die bereits gesetzlich geschaffenen Beschränkungen der Rechte des Angeklagten und seines Verteidigers hinaus. ... dringende Gefahr... ,daß jeder, der des Terrorismus irgendwie verdächtigt wird, selbst bei Fehlen jeglichen Beweises für rechtlos und vogelfrei erklärt wird, aus der menschlichen Gesellschaft ausgebürgert wird. Damit werden nicht undefinierbare Sympathisanten des Terrorismus, sondern unser aller wesentliche Freiheitsrechte angegriffen.

2) Der Bundesminister der Justiz hat gegen meinen Mandanten eine Kontaktsperre angeordnet. Gegen diese Anordnung hat Herr Gend bereits am 6.10. gebeten, den vom Gesetz vorgesehenen Überprüfungsantrag stellen zu dürfen. Dieser Antrag ist nach dem Kontaktsperregesetz die einzige Möglichkeit des Gefangenen, sich gegen diese Anordnung zu wehren. Im Falle von Herrn Gend gibt es keinerlei Tatsachen, die den gegen ihn erhobenen schwerwiegenden Verdacht begründen könnten.

Der Antrag i s t vom zuständigen Amtsgericht entgegenzunehmen, er i s t folglich auch von der JVA dem Amtsgericht weiterzuleiten. Demgegenüber haben es die Verantwortlichen in der JVA Werl ü b e r z w e i W o c h e n h i n w e g , bis zum 20.10.Herrn Grend nicht ermöglicht, diesen Antrag zu stellen. Mit einer solchen Praxis ist der von der Kontaktsperre zu Unrecht betroffene Gefangene auf Gedeih und Verderben den Entscheidungen der Anstalt ausgeliefert. Was das bedeutet, läßt sich von außen nur erahnen."
(Presseerklärung des Rechtsreferendars Peter Budde vom 21.10.77).

Werner Schlegel: Zusammen mit P.P.Zahl, Irmgard Deschler und Dieter Kett wurde die Kontaktsperre gegen Werner Schlegel am 13.10. aufgehoben, weil der Bundesgerichtshof (BGH) keinen Zusammenhang zu Schleyer sah. Das hieß aber noch lange nicht, daß damit auch paradiesische Zustände eingetreten wären. Ähnlich – oder besser genauso – wie bei den anderen Gefangenen, die die Kontaktsperre bis zum Schluß mitmachen mußten, wurden auch bei Werner Schlegel die Haftbedingungen drastisch verschärft. Nachfolgend ein Auszug aus einer Erklärung der Gruppe „Gegenknast" vom 6.11.:

„Ab 24.10. wird Werner alle 5 Minuten in seiner Zelle kontrolliert, nachts bedeutet das, alle 5 Minuten Licht an, Licht aus, 90 Mal pro Nacht.

Ab 27.10. brennt auch nachts ständig die Neonbeleuchtung in seiner Zelle, unregelmäßige Kontrollen mehrmals in der Stunde durch den Spion, der so umgebaut wird, daß ein Feststellen der Kontrollen durch Werner nicht mehr möglich ist. Werner schreibt selbst dazu: ,psychisch-physische Situation: Kopfschmerzen werden quälender, Augen schmerzen dauernd. Völlige Übermüdung. Schweißausbrüche, nervöses Zusammenzucken, wenn vor der Zelle Schritte zu hören sind, wenn eine der Gittertüren zugeknallt wird. Leichte Schwindelanfälle beim Erheben aus sitzender Stellung. Horrorgefühle. Treibjagd, du das Wild, freigegeben zum Abschuß. Auf hellerleuchteter Plattform hockend, jede Bewegung/Regung von unsichtbaren, ringsum im Dunkeln lauernden Augen registriert. Katz und Maus. Wann schlägt die Kralle zu? Psychostress total.

1.11. nach drei vergeblichen Versuchen einzuschlafen – Decke über den Kopf: „Da können wir doch nicht sehen, ob Sie ..." – bis 5 Uhr morgens wachgelegen, dann endlich, mehr weggetreten als eingeschlafen'."

Aichach: Die konkreten Haftbedingungen, denen politische Gefangene während und nach der Kontaktsperre meist ausgesetzt sind, gehen auch aus dem nebenstehenden Auszug aus der Presseerklärung von Gisela Gebauer - der Verteidigerin von Rosemarie Prieß - hervor.

Wie wir inzwischen erfahren konnten, werden auch in diesem Fall die Anwaltsbesuche unter äußerst diskriminierenden und skandalösen Bedingungen durchgeführt. Nach einer Durchsuchung und Umkleidung der Mandantin und einer Durchsuchung der Verteidigerin (sogar die Schuhabsätze werden kontrolliert), werden die Verteidigerakten durchblättert und mit der Sonde jede Spur von Metall (bis zur Büroklammer)geortet. Akten dürfen nur in anstaltseigenen Taschen ins Besucherzimmer mitgenommen werden; die Übergabe von Schriftstücken ist untersagt, und ein Beamter das Gespräch durch eine Glastür und kann sehen, welche Unterlagen auf dem Tisch liegen.

Anfang Vovember fand ein Haftprüfungstermin statt, mit dem Ergebnis, daß Rosemarie n i c h t aus der Haft entlassen wird.

Hamburg: Zu drei der betroffenen politischen Gefangenen - es handelt sich insgesamt um Christa Eckes, Bernd Geburtig, Inga Hochstein, Werner Hoppe, Ilse Stachowiak, Margrit Schiller, Helmut Pohl und Wolfgang Beer – liegt uns eine Erklärung ihrer Verteidiger vor:

„Nach Aufhebung der Kontaktsperre praktiziert die Justiz eine verschärfte Isolationshaft gegen politische Gefangene. In Hamburg sind die politischen Gefangenen folgenden Haftbedingungen unterworfen:
– Die vor Anordnung der Kontaktsperre eingeräumte Möglichkeit des gemeinsamen Hofganges und Umschlusses wird den Gefangenen versagt. Zur Zeit besteht absolute Trennung der politischen Gefangenen untereinander.
– Die Gefangenen sind einer ununterbrochenen 24-stündigen Kontrolle durch vor den Zellen patroullierende Beamte ausgesetzt, die die Gefangenen in den Sonderzellen ca. alle 10 Minuten durch Sichtfenster beobachten. Das Zellenlicht brennt Tag und Nacht.
– Die Rückgabe der schon während
Das Zellenlicht brennt Tag und Nacht.
– Die Rückgabe der schon während
der Kontaktsperre den Gefangenen abgenommenen persönlichen Unterlagen sowie Verteidigerpapiere wird bis heute ohne Begründung verweigert.
– Vor und nach Verteidigerbesuchen müssen die Gefangenen sich zur Durchsuchung völlig entkleiden."

In ihrer Erklärung fordern die Rechtsanwälte Franziska Piontek, Manfred Böddeling und Peter Tode die sofortige Aufhebung der zerstörerischen Haftbedingungen.

IKAH Hamburg

Verschobener Bullenprozeß

Verschobener Bullenprozeß

Im Juni vergangenen Jahres wurde der 51 jährige Josef Sch. wegen eines Strafverfahrens verhaftet. Im Polizeipräsidium wurde er nachts aus der Zelle geholt und von zehn Bullen unentwegt ins Gesicht geschlagen. Ein Bulle versetzte ihm Fußtritte in die Seite und in den Unterleib. Die Bullen weisen in dem jetzt laufenden Prozeß die Anschuldigungen natürlich zurück und versuchen Josef Sch. unglaubwürdig zu machen, indem sie angebliche Widersprüche und Lücken in seinen Angaben „entdecken". Der Prozeß ist nun vertagt worden. Wie lange wohl? („NZ", 1.11.77).

KB/Gruppe Nürnberg

OLG unterstützt reaktionäre Aufnahmepolitik des Hamburger Anwaltsvereins

Bereits 1975 hatten die Anwälte Petra Ewe, Petra Rogge, Gerd Benoit und Raimund Benoit ihre Aufnahme in den Hamburger Anwaltsverein (HAV) beantragt. Der Anwaltsverein lehnte die vier Anträge mit folgenden Begründungen ab:

1. Der HAV hält es für ,unvereinbar', daß die Anwälte Erklärungen unterschrieben hatten, die sich gegen das Berufsverbot Kurt Groenewolds wendeten. In dieser Erklärung hatten die Rechtsanwälte von unbewiesenen Vorwürfen gegen den Rechtsanwalt Groenewold geschrieben und den Prozeß gegen Baader und andere als politischen Prozeß bezeichnet.
2. Der HAV beanstandete weiter, daß die vier Rechtsanwälte sich gegen die Einschränkung von Verteidigerrechten gewandt hatten, und zwar grundsätzlich gegen alle Einschränkungen, während der HAV damals nur gegen ,weitere' Einschränkungen auftrat.
3. Petra Ewe wurde vorgeworfen, daß sie mit dem Hamburger Rechtsanwalt Mäffert zusammenarbeitete und daß sie von den Rechtsanwälten Jacobi und Reinhard ausgebildet worden sei.
4. Raimund Benoit war dem HAV noch dadurch aufgefallen, daß er sich „in der Gesellschaft derjenigen Anwälte befinde, die mit allen Mitteln versuchen, über die bestehenden demokratisch organisierten und betriebenen Verbände ihren politischen Einfluß geltend zu machen".

Den Beweis dafür sah der Anwaltsverein darin, daß Raimund B. die Rechtsanwälte Jacobi und H. Jipp für den Anwaltskammervorstand vorgeschlagen habe, „obwohl Jacobi zum Kreis der Rechtsanwälte um K. Groenewold gehöre und H. Jipp der Prozeßvertreter von Rechtsanwältin Rogge sei."

Im Frühjahr 1976 klagten alle vier betroffenen Anwälte beim Hamburger Landgericht auf Aufnahme in den Anwaltsverein, der zwar keine direkte Standesvertretung der Rechtsanwälte ist, in dem aber über 50% aller Hamburger Anwälte organisert sind und der zum einen Einfluß auf die Justizpolitk des Hamburger Senats nimmt und als Mitglied des Deutschen Anwaltsvereins auch Einfluß auf die Gesetzgebung des Bundestages.

Nachdem drei der Anwälte beim Landgericht Recht bekommen hatten, und nur Petra Rogges Klage abgewiesen wurde, da sie in der Societät Kurt Groenewolds beschäftigt ist und ein Strafverfahren gegen sie läuft, wurde in allen Fällen Berufung eingelegt. Drei der Berufungsverfahren sind jetzt abgeschlossen und darin bekam der Hamburger Anwaltsverein Recht. Ein Verfahren ist noch anhängig.

In einem Rundschreiben an seine Mitglieder lobt sich jetzt der Anwaltsverein dafür, daß er „mit richtigem Augenmaß entschieden habe".

„Der perfide Gedanke", so der HAV weiter, „an eine ,klammheimliche Freude' ist dem HAV-Vorstand fremd." Die Erwähnung dieses Umstands und der Tenor des Schreibens lassen wohl eher an das Gegenteil glauben.

Zum Schluß heißt es: *„Wir richten den Blick heute nach vorn. Es geht uns allein darum, die satzungsmäßigen Vereinszwecke auf dem Boden der Verfassungstreue und der ,anständigen'* (Hervorh. durch Verfasser) *Berufsgesinnung zu verwirklichen. Jeder, der sich dieser Aufgabe verplichtet fühlt, ist dem HAV als Mitglied willkommen. Jeder Kollege, der seine bisherigen Irrungen einsieht und korrigiert, darf versichert sein, daß ihm der HAV-Vorstand die Hand reicht* (wir hoffen nur, niemand bleibt dran kleben - d. Verf.) *. Jeder andere Kollege aber, der sich gegen Verfassung, Gesetz oder Berufsordnung stellt und in der Obstruktion verharrt, wird wissen, daß er auch zukünftig im HAV keine Aufnahme findet. Der HAV-Vorstand ruft in dieser schweren Zeit dringender als je zuvor zur Aufrichtigkeit im Geist und zur Geschlossenheit im Handeln auf."*

Allerdings: Wer ,anständig' ist und einen ,aufrechten Geist' hat, das entscheidet natürlich der HAV-Vorstand mit seiner Augenklappe auf dem linken Auge.

IKAH Hamburg



Nachrichten aus dem Knast

Briefe aus dem Knast

Wir haben im letzten AK längere Briefauszüge eines politischen Gefangenen, des Genossen Wernfried Reimers, veröffentlicht. Die Genossin, die uns diese Briefe zur Verfügung gestellt hatte, hat uns nun einen weiteren Brief von Wernfried übergeben, den wir im folgenden abdrucken.

Liebe B. 24.10.77

Jetzt schaff ichs nicht mehr, das Antworten. Es geschieht einfach zuviel überall. Heute zum Beispiel: Um 10 Uhr, Reimers liegt noch im Bett und schläft, kommt der Bereichsleiter zusammen mit einem weiteren Grünen in die Zelle. „Stehn sie mal auf, sie werden verlegt." Kleidung wird vor dem Anziehen gefilzt, dann wird Reimers in eine andere Zelle gebracht, die auf dem gegenüberliegenden Flügel liegt. Um 11 Uhr kann er seine Sachen aus der alten Zelle abholen. Die sind inzwischen durchsucht worden; in der Zelle das übliche Chaos. Weggeschmissen sind die Zeitungen seit 6.9.; zur „Habe" in die Kammer werden alle Broschüren, Zeitungen (linke) und diverse Ordner mit „id" 's, „Spiegel", „InfoBug" usw. genommen. Seine Bücher soll Reimers sortieren, der größte Teil soll auch in die Kammer.

Auf die Frage, ob das jetzt öfter läuft, mit den Verlegungen von Zelle zu Zelle, meint der Grüne, daß er dazu nichts sagen kann.

Im gleichen Zeitraum werden die Gefangenen Jarowoy, Henning, Schultz, Roos, Keblys, Henrich, Dorff, Tauras in andere Zellen verlegt, nachdem sie gefilzt wurden. Jeder bleibt auf seiner Station und kommt nur in eine andere Zelle.

Die Zellen, in die wir kommen, sind extra für uns geräumt worden heute morgen; danach wurden sie von diversen Grünen und Zivilisten gründlichst gefilzt; teilweise wurden die Fußbodenleisten abgeschraubt, die Betten zerlegt usw. (ich bin sicher: v o r der Filzung befand sich weder ein Hohlraum noch sonstwas hinter den Leisten).

Jarowoy gegenüber wird auf Fragen erklärt, daß er jetzt jede Woche

den Leisten).

Jarowoy gegenüber wird auf Fragen erklärt, daß er jetzt jede Woche

verlegt werden wird, das sei eine „Anweisung" . Ob bei den anderen etwas mitgenommen wurde, weiß ich nicht; gerüchteweise verlautet, daß bei einem auch ein paar Bücher mitgenommen wurden.

Keblys wird in eine dreckige Zelle verlegt und verlangt eine ebenso saubere, wie seine vorher war. Als er sie nicht kriegt, zerlegt er die dreckige und wirft sie aus dem Fenster. Dort sitzt er jetzt, ohne Inventar, Licht und Wasser (21 Uhr). Außerdem ist daraufhin Einzelhaft verhängt worden bei ihm.

So, das war heute. Ich liege jetzt direkt unter der B-Zelle; zum Glück (für alle Beteiligten) ist die im Moment mal nicht belegt. Außerdem liege ich am Anfang des Flügels: ein Verkehr wie auf'm Jungfernstieg.

Die Zusammenlegung mit Robert, können wir wohl vergessen. Formal besteht zwar der Gerichtsbeschluß immer noch (ist nach Schleyer „ausser Vollzug gesetzt" worden, seit Anfang Oktober aber wieder in Kraft. Eigentlich.), aber die Machtergreifung durch BKA/BAW etc. setzt sowas ja außer Kraft. Das gilt auch für den Beschluß des OLG, daß Dorff/Tauras gemeinsamen Umschluß kriegen.

Noch ein paar Anmerkungen: Seit einigen Wochen werden unsere Zellen (also die acht bzw. jetzt neun politischen Gefangenen – wir sind Justizminster Günters Legitimation dafür, daß er keine neuen mehr aufzunehmen braucht aus anderen Bundesländern) neben den normalen Zellenkon trollen durch die jeweiligen Stationsgrünen, verstärkt gefilzt. Sonderkontrollen durch Kommandos von mehreren Grünen, die in Abwesenheit der Gefangenen besonders gründlich filzen; unter besonderer Berücksichtigung von Papieren etc.

Andere Gefangene, mit denen wir in den Freistunden oder in der Freizeit reden, werden in diese Kontrollen einbezogen. Das war zwar schon immer so, aber nicht mit der Systematik, mit der es jetzt durchgeführt wird. Immer mehr Gefangene haben schlicht Angst, mit uns gesehen zu werden oder sich mit uns zu unterhalten. Das ist noch nicht sehr ausgeprägt, aber es ist vorhanden. Sowas kam bisher (hier) selten vor.

Auch neu für diesen Knast ist die Anweisung, zumindest bei Keblys nach Anwaltsbesuchen durch den Arzt eine Arschkontrolle vornehmen zu lassen. Bei Robert und mir wirds (noch) nicht gemacht. Es war bisher auch sonst hier nicht üblich, von wenigen Ausnahmen abgesehn (z.B. die

(noch) nicht gemacht. Es war bisher auch sonst hier nicht üblich, von wenigen Ausnahmen abgesehn (z.B. die

Routine-Rache-Filzungen nach Buback, Ponto, Schleyer). Das kam wie bei allem und immer, auf die Beteiligten an. Diese Anweisung besteht seit der Aufhebung der Iso durch Vogel am 20.10. .

In der Isozeit, ca. drei Wochen nach Schleyers Verschwinden, sollten Dorff/Tauras hier durch das BKA vernommen werden; d.h. das BKA wollte mit ihnen ein Gespräch führen. Als sie nicht hingehen wollten (sowas findet entweder in einem speziellen Vernehmungszimmer statt, das im Verwaltungstrakt liegt, damit die anderen Gefangenen es nicht mitkriegen, oder es läuft, nach dem Nachtverschluss, in Besucherzellen. Wenn sie einen nicht einfach mitnehmen, „zu Ermittlungszwecken", wie es dann heißt.), kamen die Bullen eben zu ihnen in die Zellen und versuchten dort, ihnen ein Gespräch aufzuzwingen (dann, wenn sie wenigstens einen Versuch unternommen haben und 'n paar Worte gewechselt haben, können sie ein „Gesprächsprotokoll" schreiben. Was da drin steht, richtet sich nach ihren Bedürfnissen.). Die Beiden haben sie sofort rausgeschmissen. Während es sonst die übliche Verhaltensweise solcher Typen ist, den Überlegenen rauszukehren („Naja, wenn sie nicht wollen, wir zwingen keinen ..."), waren sie diesmal offenbar nervös und reagierten recht unwirsch („dann leck uns doch am Arsch ...") auf den Rausschmiß.

Bei Dorff und Tauras wurde, auf ihren Antrag hin, auch in der Isozeit eine mündliche Haftprüfung vor unserer Kammer durchgeführt, oder besser: nicht durchgeführt, denn die Anwälte durften ja nicht rein. („unsere Kammer", weil wir alle, bis auf Schultz/Ross, dieselbe Kammer haben.)

Diese ED-Behandlung, die Fotos, von denen ich im letzten Brief schrieb, wurde bei allen acht durchgeführt. Z.T. abends nach dem Nachtverschluß. Es hieß z.B., daß einer der Knastgurus den Gefangenen sehen wolle – und unten warteten dann die Bullen mit den Kameras.

Am Abend nach dem Stammheimer Wunder, hat Ross, aus Angst, einem ähnlichen Selbstmord zum Opfer zu fallen, seine Zellentür von innen verkeilt. Die Grünen haben ca. zwei Stunden gebraucht, um die Tür aufzubrechen, und haben ihn dann, versehen mit ein paar Schlägen, in die B-Zelle gebracht, wo er die Nacht über blieb. Sehr schlimm kanns allerdings mit den Schlägen nicht gewesen sein.

Während der Isozeit wurden hier bei mindestens drei, wahrscheinlich aber allen Isolierten nachts das Licht alle 30 Minuten angemacht. Das lief aber erst ab Mitte Oktober an, und ist jetzt wieder aufgehoben worden mit dem Ende der Iso. Wenn man die Röhre drinnen ausdreht, kommen sie eben alle 30 Minuten rein und machen sie wieder an. Man kann sie dann noch zerschlagen. Dann wird sie bruchsicher gemacht.

Normalerweise wird diese halbstündige Beleuchtung oder Dauerbeleuchtung bei „Selbstmordgefährdeten" angeordnet. Die Grünen müssen dann alle halbe Stunde ihre Beobachtung in ihr Wachbuch eintragen – aber meist besteht überhaupt kein Grund, jedenfalls kein echter, für diese Maßnahme; oder, wie jetzt hier bei zwei Gefangenen z.T. seit nem halben Jahr, gibt es eben sowieso von vorneherein keine Begründung.

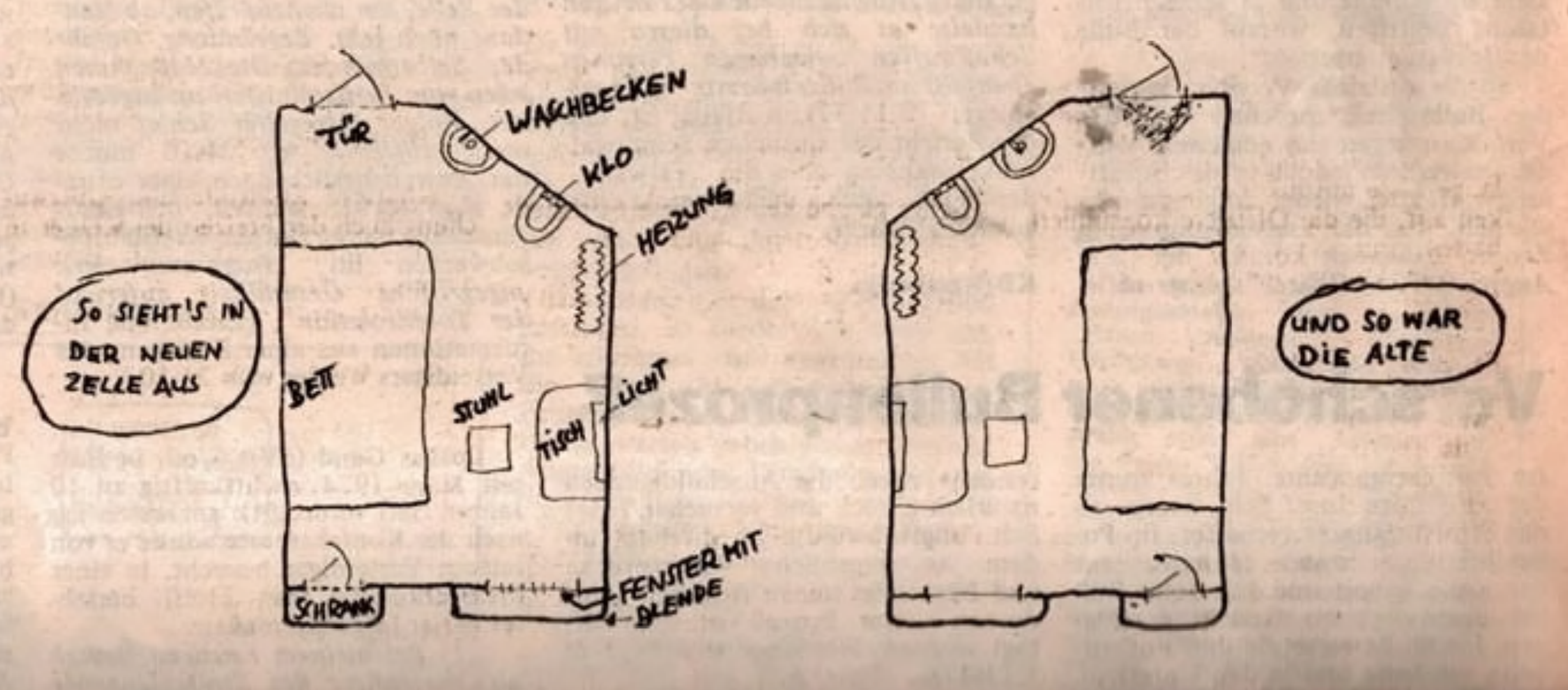
Es ist klar, daß sowas einen, der Selbstmordgedanken hat, erst richtig reintreibt – weil sonst nämlich nichts geschieht. Naja, weißt ja selbst.

Für den Prozeß gegen den Denunzianten Dirk Hoff ist hier die Kirche mit Beschlag belegt worden durch das OLG. Offiziell heißt es jetzt überall, das sei eine „Mehrzweckhalle"... die Kirchenleitung hat keine Einwände gegen die Benutzung als Gerichtssaal gehabt und zugestimmt, und was die Knastpfarrer sagen, interessiert ohnehin niemanden. Weil deren Dienstzimmer in dem Bereich liegen, der jetzt „Sicherheitszone" ist, weil die Zuschauer etc. da durchkommen sollen, dürfen sie an diesen Tagen ihre Zimmer nicht benutzen. So, ich bin müde. Morgen weiter.

Dienstag, 25.10.

Irgendwie ist diese Zelle kleiner und enger, weiß auch nicht, woran das liegt. Kannst du dir vorstellen, was das für eine enorme Umstellung ist, wenn du plötzlich beim Schreiben andersrum sitzt und alles andere ebenfalls andersrum steht, anders als bisher in der alten Zelle?

Nee, kannst du nicht, wie solltest du. Also ich mal dir das mal auf:



Siehst du, so sieht das hier aus, immer spiegelverkehrt von Zelle zu Zelle. Die Räume sind genau gleichgroß und die Einrichtung ist total gleich – nur steht es eben andersrum, und wenn du es ein Jahr lang drauf hattest, daß beim Tippen das Fenster links im Augenwinkel ist und die Tür rechts, und dann kommst du in eine andere Zelle, wo es umgekehrt ist, verlierst du vollkommen die Orientierung und denkst du bist besoffen, weil sich dein Kopf dreht.

Was an der Wand steht: „Im Knast werden Freunde selten: drum, die du hast, die lasse gelten! Recht kannst du manchmal leicht behalten, doch schwer den Freund, den guten, alten." „Ein Nord-West-Städter ohne Knast/ ist ein Baum ohne Ast." „Der Knast hat uns erledigt, wund geschlagen und in Tiere verwandelt!"

Naja, nix dolles, nech? Ich kann nichts dafür. Außerdem gibts dann noch ein paar Namen, ein großes Hakenkreuz und zwei nackte Frauen über dem Spiegel. Geistesblitze sind eben selten. (Ich kann ein Lied davon singen.)

Das ist ziemlich bocklos alles: die Zeitungen der letzten Wochen sind jetzt weg, und mit ihnen viele wichtige Einzelheiten der bisherigen Maßnahmen gegen die Linke. Ärgerlich. Heute steht in der FR, was wir uns gedacht haben: das der MAD an der Fahndung beteiligt ist. Endlich ist's mal offiziell, abgesehen von der „Amtshilfe" bei Traube und in den Knast-Abhöraktionen, daß die Geheimdienste mitmischten. Wie in Mogadischu die Amtshilfe durch die britischen SAS-Typen.

Ach, was soll ich noch lang schreiben: Ich glaube keine Sekunde an den „Selbstmord". Es gibt nicht einen Grund für einen Selbstmord, aber dutzende für Mord. In einem Moment, in dem das moralische Rückgrat gebrochen war, wurde Gelegenheit beim Schopf gepackt und der Kopf abgeschlagen.

Wenn die Genossen in Stammheim sich erschossen bzw. aufgehängt haben, dann hat Schleyer sich aus Resignation erschossen. Die Wundertüte von Stammheim, aus der jeden Tag eine neue Überraschung hervorgezaubert wird, entspricht den „Beweisen" im Prozeß – sie belegen ausschließlich die Arbeitsweise der Guerillabekämpfung, sonst nichts.

Und dazu muß man sich die Heuchelei ansehen, die jetzt ausgebrochen ist durch die Ereignisse in Südafrika; die FR, die über „Pretorias mysteriöse Todesfälle" auf Seite zwei berichtet – und dabei nur die Stammheimer Vorgehensweise beschreibt, identisch bis in die Kleinigkeiten.

Jedenfalls, um mal an den letzten Brief von Holger Meins anzuknüpfen, bevor „er sich zu Tode hungerte": „Solltest Du irgendwann mal hören, ich sei „aus Resignation" aus meinem Zellenfenster in den Tod gesprungen (nachdem ich zuerst das Gitter vermittels eines eingeschmuggelten Schneidbrenners durchgeschweißt habe), oder ich sei beim Duschen leider auf der Seife ausgeglitten und hätte mir dabei, neben einigen Rippen auch noch das Genick gebrochen, glaub den Mördern nicht."

Herzhaft! Wernfried

P.S. Ich bin nicht weniger getroffen, als z.B. nach Ulrikes Tod; aber jetzt ist alles eindeutig, klarer; und „man weiß doch nun, woran man ist", hier in Südafrika.

freitod

von Peter Paul Zahl

um acht beginnt der selbstmörder
seinen dienst drückt die uhren
geht auf pantoffeln
durch den gang linst durch spione
um neun trinkt der selbstmörder
den ersten schluck kaffee
aus der thermoskanne
um zehn kontrollgang
aus einer zelle dringt
noch immer das klappern
einer schreibmaschine

wer an der maschine sitzt
wird irgendwann einmal müde

der selbstmörder sieht
die spätausgabe der tagesschau
die zeitungen sind leider bestreikt
um eins ist es schön
still im bau von weither
hundebellen suchlichter an der mauer
strahlen
eisige kälte aus

kontrollgänge zu jeder vollen stunde
keiner der wacht oder schläft
hört den schritt des selbstmörders
an stahltüren entlang

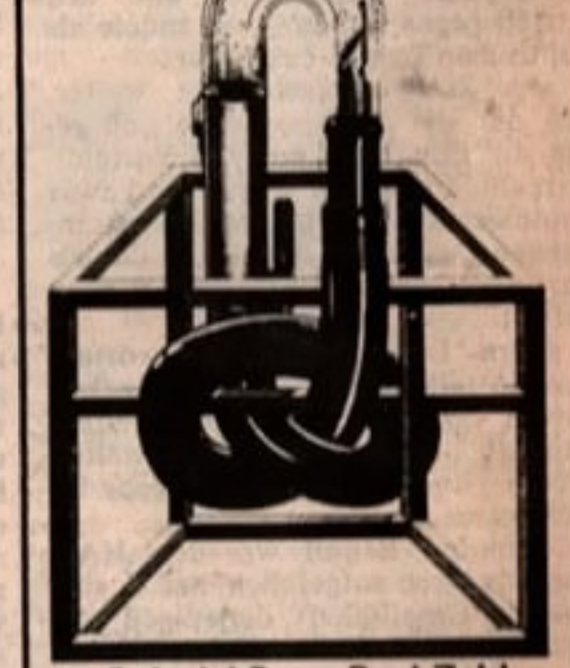
zwischen drei und vier ist die nacht
am tiefsten
dem tag am nächsten
die stunde so lasen wir einst
in der indianer den angriff
starteten die stunde des stillen
lautlosen todes
die stunde in der das leben
selbst den atem anhält

der selbstmörder steht vor der tür
– den nachtverschlußriegel
hat der uniformierte kollege heute
nicht vorgelegt auch fehlt
durch zufall
das vorhängeschloß das sonst
an keiner zellentür fehlt für diese
da –

der selbstmörder steckt
den schlüssel ins schloß
das vorher gut geölt
der selbstmörder geht
an die arbeit
der rest ist furchtbar
einfach
und morgens um 7.34 uhr
finden der selbstmörder
und seine kollegen
die leiche
sie schlagen
alarm

(mai 1976)

Dieses Gedicht wurde von Peter Paul Zahl nach dem als „Selbstmord" deklarierten Tod von Ulrike Meinhof geschrieben.



am Beispiel Peter-Paul Zahl
EINE DOKUMENTATION
Hrsg. von E. Fried, H. Novak und der Initiativgruppe P.P.Zahl, 208 S., DM 7,-



Leserbrief zum Artikel „Antifaschistischer Unterrricht in den Kasernen" !

Ich teile voll die Einschätzung des Artikels. Da heißt es: „*Die geplante Kampagne über den Nationalsozialismus stellt u.E. in erster Linie ein Ablenkungsmanöver für die Öffentlichkeit dar.*"

In unserer Kompanie wurde der Unterricht mit dem Thema „Nationalsozialistische Ideologie" vom „VS" (Verschluß-Sachen)-Bearbeiter, einem Hauptmann, durchgeführt. Man kann sich vorstellen, was dabei herauskommt, wenn ein Offizier solch einen Unterricht durchführt. Von Aufklärung über die Verbrechen der Faschisten keine Spur. Behandelt wurde lediglich das Thema, zu welcher Zeit der Nationalsozialismus entstanden ist, und daß er die Massenarbeitslosigkeit überwunden hätte ...

Im großen und ganzen lief es auf eine Verharmlosung des Faschismus hinaus. Dies gelang ihm jedoch nicht so ohne weiteres, da einige fortschrittliche Soldaten immer wieder versuchten, den verbrecherischen Charakter des Faschismus aufzuzeigen, was zum Teil auch gelang. Den Terror der Faschisten gegen die Arbeiterklasse stellte der Hauptmann als die „*Antwort der Rechten auf die Aktionen der Linksextremisten*" dar. Als hätte es die KZ's nie gegeben! ...

Daß die Arbeitslosen in die Rüstungsproduktion gesteckt wurden, sei gut gewesen, denn so wäre schließlich die Arbeitslosigkeit beseitigt worden! Daß sich die deutschen Imperialisten durch die Rüstung gesund stießen, ihr expansionistisches Streben nach einem „Großdeutschen Reich" diese Rüstung brauchte, das wurde glatt verschwiegen. 50 Millionen Tote, die der Faschismus auf dem Gewissen hat, schienen nicht erwähnenswert.

Das Motto war schlicht: Es herrschte Massenarbeitslosigkeit, die Nazis versprachen dem Volk Arbeit. Das Volk schenkte ihnen Glauben. Nach seiner Machtübernahme konnte Hitler dann tatsächlich die Arbeitslosigkeit beseitigen.

Der Hauptmann versuchte, sich als Gegner der Extremisten, ob links oder ob rechts, darzustellen. Er widersprach keinem antifaschistischen Beitrag, sagte immer nur scheinheilig: „*Das wollte ich auch gerade sagen...*".

Sein Ziel war es, die Verbrechen der Nazis zu verschweigen und zu verharmlosen, jedoch nicht zu deutlich, um sich nicht als „Sympathisant" zu entlarven.

Erst wenn die antifaschistischen Soldaten in den Unterricht eingreifen, kann eine echte Aufklärung betrieben werden!

Ein Soldatengenosse

Bundesdelegiertenkonferenz der SO

Am 22/23. Oktober fand in Frankfurt wieder eine Bundesdelegiertenkonferenz der Selbstorganisation (SO) der Zivildienstleistenden statt. Es waren SO-Gruppen aus 27 Städten der BRD vertreten.

Zur Diskussion standen im wesentlichen zwei Punkte: Wie kann der Widerstand der ZDL er gegen die massiven Verschärfungen, die zur Zeit im Zivildienst eingeführt werden, verstärkt werden, und wie kann die SO diesen Anforderungen gerecht werden.

Die SO muß im Moment auf folgende Angriffe reagieren:
— Einberufungen zum ZD erfolgen mehr und mehr ohne Vorankündigung, wodurch der ZDLer kaum mehr eine Chance hat, seine Dienststelle selbst auszusuchen;
— die Dieststellen sollen verstärkt Unterkünfte bereitstellen, um die Heimschlaferlaubnisse abzubauen;
— Strafversetzungen aus politischen Gründen häufen sich;
— an die Dienststellen werden Verwaltungsaufgaben übertragen (u.a. Versetzungsrecht und Bearbeitung von Beschwerden), wodurch die Allmacht der Dienststelle gegenüber den ZDLern noch verstäkrt wird;
— schärfere Kontrolle und Überwachung auch der Freizeit der ZDLer in den Dienstunterkünften (z.B. Besuche nur bis 22 Uhr usw.);
— Verlängerung des ZD von 16 auf 18 Monate;
— und natürlich die Kasernierung in Vinckehof in Castrop-Rauxel, die mit Strafversetzungen von inzwischen 46 ZDLern durchgepeitscht werden soll.

Die Berichte aus den einzelnen Gruppen machten deutlich, daß die Bereitschaft zum Widerstand recht breit ist; in einigen Städten wird konkret über Kampfschritte wie Warnstreik diskutiert. Die Angst vor Repressionen bei einem Warnstreik ist allerdings auch ziemlich groß. Es wurde daher beschlossen, im Januar eine bundesweite Aktionswoche durchzuführen. In diesem Rahmen soll in jeder Stadt und in jeder Dienststelle das weitestgehende, was an Aktion möglich ist, durchgeführt werden. Der Vorschlag, eine bundesweite Demonstration durchzuführen, wurde ebenfalls begrüßt.

Leider war es nicht möglich, die Aktionen genauer zu planen, da in der Arbeitsgruppe, die dies leisten sollte, stundenlang über Forderungen diskutiert wurde. Erzwungen wurde diese Forderungsdiskussion von der Bundeszentrale (steht der DFG-VK nahe), die in einem Diskussionspapier vor allem Werbung für den ZD verbreiten wollte.

Dies wurde mit Recht von den meisten Delegierten zurückgewiesen, weil der Kampf gegen die auf uns zukommenden Verschärfungen keineswegs unsere Kritik am heutigen Zivildienst abschwächen darf. Folgende Forderungen wurden darum mit einem entsprechenden Zusatz verabschiedet:
- *Freie Wahl der Dienststellen — Keine Kasernierung von ZDL!*
- *Keine Versetzung gegen den Willen der Betroffenen — Rücknahme der bisherigen Strafversetzungen!*
- *Gegen Verlängerung des Zivildienstes auf 18 Monate!*
- *Kein Planstellenabbau durch Einsatz von ZDL!*

In einer anderen Arbeitsgruppe wurden verschiedene Vorschläge zur Umstrukturierung der SO diskutiert. Anlaß für die Umstrukturierung ist vor allem das Verhalten der Bundeszentrale, die in einigen Fragen nicht die Mehrheitsmeinung der SO vertritt (z.B. ist sie gegen die beschlossene Beteiligung am Russell-Tribunal, unterdrückt kritische Stellungnahmen zu den Abrüstungsdemonstrationen), die stark von der DFG-VK Frankfurt abhängig ist, und die gegen die symbolische Besetzung des Vinckehofes durch die SO aufgetreten war. Ebenso sollte der Zustand geändert werden, daß die „Posten" der Bundeszentrale ohne Wahl vererbt werden.

Mit großer Mehrheit (23 gegen elf Stimmen bei neun Enthaltungen vor allem neuer Gruppen) wurde der Vorschlag angenommen, daß anstelle der Bundeszentrale vier Regionalsprecher die SO nach außen hin repräsentieren und die jetzt anstehenden Aktionen für die gesamte SO koordinieren sollen. Für die Bundeszentrale verbleiben vorrangig organisatorisch-technische Aufgaben, die Beantwortung von Anfragen usw. Die Regionalsprecher, die zunächst provisorisch bestimmt wurden, kommen aus den SO-Gruppen München, Duisburg, Frankfurt und Hamburg.

Die regionale Zusammenarbeit, die für die kommenden Aktionen entscheidend ist, soll durch dieses Organisationsmodell ebenfalls verbessert werden.

Für einen heißen Winter im Zivildienst

AG Zivildienst
KB/Gruppe Hamburg

Die „symbolische Judenverbrennung" — eine „deutschfeindliche Lüge"?

Unter der Überschrift „*Eine Orgie wie bei Rabelais*" liefert die „FAZ" (11.11.77) durch ihren „Militärexperten" Weinstein einen der schmutzigsten Kommentare, die bisher zur „symbolischen Judenverbrennung" durch Münchener Bundeswehr-Offiziere in der bürgerlichen Presse verfaßt wurden.

Durch ein Gespräch mit einem der inzwischen entlassenen Offiziere und durch das „*aufmerksame*" Lesen der Vernehmungsprotokolle kommen Weinstein „*Zweifel an dem Vorwurf, dieser habe eine ‚symbolische Judenverbrennung' vorgenommen*". Weiter: „*Die ‚symbolische Judenverbrennung' war ein grausiger Saufabend: Einige Zwangzigjährige hatten völlig die Kontrolle über sich verloren, redeten dummes Zeug* (?!), *gröhlten und machten nur schwer nachprüfbare Äußerungen* (?!)."

Weinstein zählt dann eine lange, lange Liste mit alkoholischen Getränken auf, die die Offiziere konsumiert hätten, um ihnen auf diese Weise „geistige Unzurechnungsfähigkeit" zu bescheinigen. Dann läßt er seinen Kronzeugen, den am antisemitischen Exzeß beteiligten Offizier ausführlich zu Wort kommen. Dieser konnte sich zwar nicht mehr erinnern, daß antisemitische Äußerungen gemacht wurden, genau wußte er jedoch, daß er keine gemacht hätte. Und vom „Horst-Wessel-Lied" kenne er ledig-
den, genau wußte er jedoch, daß er keine gemacht hätte. Und vom „Horst-Wessel-Lied" kenne er ledig-
lich die erste Zeile. Mehr bedauernd merkt Weinstein an, daß der Offizier angeblich auch vom „Deutschland-Lied" nur wenige Zeilen kenne.

Auf die Verwunderung des Offiziers, warum diese „Vorfälle" (die ja angeblich nicht stimmen) erst ein halbes Jahr später „hochgespielt" worden seien, weiß Weinstein eine Antwort:

„*Der Zeitpunkt ist allerdings merkwürdig. Anfang Oktober begann die kritische Zeit in der Schleyer-Entführung. Eine Ablenkung auf ‚rechtsextremistische Gefahren' kann manchen Leuten notwendig erschienen sein. Oder wollte man den Verteidigungsminister treffen? Sollte innere und äußere Verteidigung gleichermaßen in ihrem Wert in Frage gestellt werden?*" Dies heißt also im Klartext, daß die „Frankfurter Rundschau" mit der Enthüllung des Münchner Skandals irgendwie den Schleyer-Entführern in die Hände arbeiten wollte!

Nicht nur Weinstein, auch bestimmte Kreise in den Reihen der CDU/CSU machten klar, wem ihre Sympathien gehören:

Sympathisanten des antisemitischen Terrors!

„*Aus Gründen der Gerechtigkeit gebe ich zu bedenken, ob hier nicht zu strenge Maßstäbe an die studierenden jungen Offiziere gelegt werden. Ich halte vor allem die Konsequenzen, die die Bundesregierung aus den Vorgängen gezogen hat, für zu hart*" („ED", 21.10.77), so die CSU-MdB, Ursula Krone-Appuhn. Der Vorsitzende des wehrpolitischen Arbeitskreises der CSU, Handlos, kritisierte die Anordnung, sich in den Kasernen verstärkt mit dem Thema „Nationalsozialismus-Antisemitismus-Rechtsradikalismus" zu beschäftigen. Wust (Generalinspekteur) habe *«kein Wort»* über den Linksradikalismus gefällt, der gerade „*in diesen Tage unser Land verheerend heimsucht*" („SZ, 22.10.77).

Nun glaube keiner, diese Stimmen seien unbedeutend, und schon gar nicht in der Bundeswehr. Die Repression geht sogar so weit, daß regelmäßig Bundeswehr-Offiziere, die der SPD nahestehen, Leserbriefe an den „Vorwärts" (SPD-Zeitung) schicken mit der Bitte, ihre Namen nicht zu veröffentlichen („Vorwärts", 20.10.77)!

Werden jetzt „die Schuldigen" gesucht?
Werden jetzt „die Schuldigen" gesucht?

Der Fall München dürfte inzwischen als abgeschlossen betrachtet werden. Was noch „fehlt", ist eine Bestrafung derjenigen, die diesen Skandal durch ihre Information an die Öffentlichkeit brachten.

Beispiel Nr. 1 dafür ist der Fall Kraushaar: Ein NDR-Redakteur, der einen Mitschnitt der faschistischen Propaganda-Rede des chilenischen Offiziers Kraushaar veröffentlicht hatte, sah sich später mit Ermittlungen der Staatsanwaltschaft Hamburg konfrontiert („die tat", 1.4.77)!

Beispiel Nr. 2 ist der Fall Rudel: Die „Affäre Rudel" war noch nicht abgeschlossen, als die „FR" über eine laufende Fahndung berichtete. Gesucht wurde der Soldat, der die Öffentlichkeit informiert hatte. Sein Häscher, Oberst Schade, ist niemand anders als der Kommandeur der Einheit, die Rudel eingeladen hatte („FR", 6.12.76).

Aber auch das sind natürlich „*absolut untypische Einzelerscheinungen*"! .... (Leber)



Aber Herbert, reg' dich nicht auf...Die haben mir versprochen, daß uns nichts passiert, wenn's mal losgeht!

KURZMELDUNGEN
KURZMELDUNGEN

BRD-Militärattaché in Chile lobt den Faschismus!

Der Militärattaché der BRD in Chile, Oberstleutnant i.G. Gerd Mathes war bei einer Ansprache, die er anläßlich seines Abschiedes aus Chile hielt, voll des Lobes und der Huldigung für die Faschisten.

Die Verdienste der chilenischen Regierung würden von verschiedenen Ländern „*aus Unverständnis und Vorurteil*" angegriffen. Es sei wichtig, vor allem in einer Welt, „*die nach links abdriftet*", eine Militärregierung zu haben, die sich dieser Entwicklung widersetze.

Schon vor seiner Rede zeichneten die chilenischen Schlächter ihren Gesinnungsfreund mit einem Orden aus. Nebenbei ist Mathes nicht der einzige Bundeswehr-Offizier, der sich mit den Blutorden Chiles schmücken kann. Sein Vorgänger Oberst Kläus erhielt ebenfalls einen Orden.

Diese, wie Leber bei derlei Anlässen zu sagen pflegt, „*absolut untypische Einzelerscheinung*" wurde vom Parlamentarischen Staatssekretär von Bülow bestätigt. Das „Verteidigungsministerium" prüft zur Zeit die Möglichkeit „*disizplinarrechtlicher Konsequenzen*".

Die „FR" vom 9.11.77, der wir diese Meldung entnahmen, berichtet weiter von „*informierten Kreisen*", die die Möglichkeit einer Bestrafung „*zurückhaltend*" beurteilen.

Typische Reaktion der Bundeswehr auf derlei „untypische Einzelerscheinungen" ...

SS/HIAG: „anerkannte soldatische Organisation"

Zusammen mit dem Schwäbisch Gmünder stellvertretenden Oberbürgermeister Wahl sitzen die Bundeswehr-Offiziere Oberstleutnant Hulha und Kapitänleutnat Köhm sowie ein Herr Metzger von der SS-HIAG im Restaurant „Sonnenhof" und lauschen einer Rednerin.

Es ist Ruth Seering, die über ihre jüngsten Erlebnisse in Südafrika und besonders in Soweto berichtet und wohl nur Gutes über die Apartheidspolitik der südafrikanischen Rassisten erzählen kann.

Einige Zeit später erklärt der Oberbürgermeister auf eine Anfrage, ob es die Stadtverwaltung für richtig halte, zusammen mit der SS-HIAG an Veranstaltungen teilzunehmen „*daß auch Offiziere der Bundeswehr daran teilgenommen haben*" („ED", 25.10.77).

Er erklärte weiter: „*Der Bundesminister der Verteidigung, Georg Leber, hat Anweisung gegeben, die Bundeswehr soll bei Veranstaltungen der HIAG vertreten sein. Bei ihr handle es sich um eine anerkannte soldatische Organisation*" (ebenda).

Oberstleutnant Hulha bestätigte gegenüber PDI, es sei im Sinne seiner Vorgesetztenstelle, des Verteidigungskommandos 511 in Stuttgart, daß „*die Bundeswehr die HIAG als Partner behandelt*" („ED", 25.10.77).

Militaristen behindern Vertrauensleute

Generalmajor Ohrloff hat für die 3. Panzerdivision (u.a. Kasernen in Buxtehude und die Röttigerkaserne in Fischbek) einen Befehl an die Kompanie — bzw. Batteriechefs erlassen, über die Bewerber bei den anstehenden Vertrauensleutewahlen Meldungen an den nächsthöheren Disziplinarvorgesetzten zu machen, was „*Persönlichkeit und die dienstlichen Leistungen*" angeht!

Begründet wurde dieser Befehl damit, daß versucht werden solle, diesmal die Wahl radikaler Vertrauensleute zu verhindern („die tat", 28.10.77)!

Neues „Öllerer-Urteil"

Nach rund fünfjährigem Instanzenkrieg wurde jetzt am 3.11.77 der ehemalige Wehrpflichtige Klaus Öllerer zu einer Geldstrafe von 60 Tagessätzen à 10 DM verurteilt und dazu, die Kosten der Verfahren zu tragen, die sich mittlerweile auf rund 50.000 DM belaufen!

Öllerer wird zur Last gelegt, 1972 in der Scharnhorstkaserne das Komitee „Kampf dem Militarismus und BRD-Imperialismus" aufgebaut und in diesem Zusammenhang „Wehrkraftzersetzung" betrieben zu haben.

Das Landgericht Lüneburg hatte Öllerer seinerzeit freigesprochen, weil seine politischen Aktivitäten durch das Parteienprivileg gedeckt seien (für die „KPD"). Nachdem die Staatsanwaltschaft vor dem Bundesverfassungsgericht die Revision durchsetzen konnte, hat sie nun vor dem Braunschweiger Landgericht endgültig den Auftrag der Militaristen erfüllt. Nachdem Öllerer wochenlang vom Militärischen Abschirmdienst terrorisiert wurde, soll er nun offensichtlich auch noch finanziell ruiniert werden („KVZ", 7.11.77.).

Waffenhändler freigesprochen

Gerhard Mertins, Chef der Bonner Exportfirma „Merex" und Daimler-Benz-Vertreter in Saudi-Arabien, wurde von der vom Bonner Landgericht erhobenen Klage, „*er habe gegen das Außenwirtschaftsgesetz verstoßen, das Waffenlieferungen in Krisengebiete untersagt*" freigesprochen!

„Merex" hatte in den Jahren 1965 bis 1967 Waffen im Werte von 95 Millionen DM in Krisenländer geliefert: 89 Sabre-F-86-Düsenjäger nach Pakistan, 28 Seahawk-Düsenjäger und 107 Bordkanonen nach Indien, sowie Geschütze, Raketen, Panzerfäuste und Munition nach Saudi-Arabien.

Freispruch, denn wie sich im Prozeß herausstellte, wurden diese Geschäfte vom damaligen Bundeskanzler Erhard und vom Ex-BND-Chef Gehlen gebilligt.

Kaum war der Freispuch gefällt, erhob „Merex" seinerseits eine Schadensersatzklage gegen den Staat. Die Firma fordert rund Acht Millionen DM für Prozeßkosten und entgangene Steuervergünstigungen (Angaben nach „PDI-Hintergrunddienst" vom 15.10.77).



Homosexualität im Fernsehen: Bayern schaltet ab!

Zum fünften Mal hat sich jetzt das bayerische Fernsehen aus dem ARD-Programm ausgeblendet. Der Film „Konsequenz", in dem die Probleme eines homosexuellen Jungen dargestellt werden, darf in Bayerns Burgen nicht gezeigt werden. Der Film verstoße – so der bayerische Rundfunk – gegen die Vorschriften des Rundfunkgesetzes. Scheinheilig begründet Fernsehdirektor Oeller die Absetzung damit, daß der Film *„die Vorurteile gegenüber Homophilen ... verstärkt"*. („Nürnberger Nachrichten" (NN), 8.11.77)

Angesichts der Tatsache, daß dies bereits die zweite Sendung über Probleme der Homosexualität ist (der Film „Nicht der Homosexuelle ist pervers, sondern die Situation in der er lebt" war der erste Fall), die in Bayern nicht gezeigt wurde, erscheint diese Aussage nicht gerade glaubwürdig.

Der Film des homosexuellen Schweizer Schauspielers und Schriftstellers Alexander Ziegler hatte in der Schweiz keine Drehgenehmigung erhalten und mußte deshalb in der BRD gedreht werden. Der Film schildert den *„erschütternden Lebensweg des sympatischen jungen Thomas ..., der von den Eltern und dem Lehrherrn verstoßen und von einem Richter schließlich in ein brutales Erziehungsheim eingewiesen wird ...* (in dem) *die Jugendlichen ebensowenig erzogen, sondern gebrochen, nicht „gebessert", sondern gequält* (werden)" („SZ", 8.11.77)

Hier soll wohl eher zum wiederholten Male die Sendung eines gesellschaftskritischen Fernsehfilms verhindert werden. Die „Bayerische Initiative Rundfunkfreiheit" warf dem Rundfunk dann auch vor, *„die Bürger zu entmündigen ... und eine bevormundende, autoritäre Haltung* (einzunehmen) *für die in einer demokratisch pluralen Gesellschaft kein Platz ist"*. („NN", 8.11.77)

KB/Gruppe Nürnberg

Strauß und Springer greifen nach italienischer Zeitung

Die Gerüchte über einen Einstieg von Strauß und Springer in die italienische Presse bekommen feste Konturen. Erstes Objekt in ihren Fingern ist die Mailänder Tageszeitung „Corriere della Sera", mit 600 000 Auflage eine der größten italienischen Zeitungen. Der liberale „Corriere", Teil eines großen Medienkonzerns, soll ein jährliches Defizit von ca. 40 Mio. DM erwirtschaften.

Im Juli dieses Jahres jedoch war plötzlich Geld da: Das Verlagskapital wurde aufgestockt, der in den 60er Jahren als Teilhaber eingetretene Fiat-Chef Agnelli wurde ausgezahlt, wodurch der Verleger Rizzoli wieder Alleinbesitzer wurde. Dies, so italienische Zeitungen, um nun ungestört den „Corriere" verscherbeln zu können. In Italien ist dazu niemand in der Lage, wohl aber in der BRD. Ein Mehrheitspaket von 70-75% soll an Strohmänner von Strauß und Springer gehen. Das erklärt auch, warum von Anfang an die CSU-Hausbank, die Bayerische Hypotheken- und Wechselbank an den Geschäften beteiligt war. Nicht etwa die linke, sondern vielmehr die ausgesprochene Rechtspresse enthüllte Kontakte zwischen Rizzoli und Strauß. Das „Giornale Nuovo", fanatischer Kämpfer gegen die „kommunistische Verseuchung Italiens", berichtete, daß sich Strauß und Rizzoli des Öfteren in München und Mailand getroffen haben.

Die inzwischen erfolgten Dementis seitens Rizzolis werden in Italien nicht ernst genommen. Vielmehr forderte der italienische Journalistenverband gemeinsam mit dem „Corriere"-Betriebsrat von der Regierung, eine ausländische Beteiligung zu unterbinden. Anfang Oktober forderte die Belegschaft des „Corriere" den Verleger auf, sein Versprechen, die Unabhängigkeit des Unternehmens zu bewahren und die *„demokratische, antifaschistische und fortschrittliche Linie"* beizubehalten. Inzwischen zeichnet sich jedoch ab, daß diese Linie bald ihr Ende haben wird. Italienische Zeitungen sprachen schon vor Wochen von *„einer langsamen Annäherung des ‚Corriere' an die Christdemokraten"* und es galt als absehbar, was jetzt auch eingetreten ist, nämlich daß der Chefredakteur Ottone seinen Platz räumen wird. Ottone hatte in den vergangenen Jahren der KPI und den Gewerkschaften relativ viel Platz eingeräumt und die Skandale der Christdemokraten scharf angeprangert.

An seine Stelle rückt jetzt der „konservative" Chefredakteur di Bella („Welt", 24.10.)

Ausgestattet mit Mitteln der in- und ausländischen Rechten ging Rizzoli mittlerweile auf Einkaufstour quer durch Italien. Aufgekauft wurden bzw. sollen:

„Alto Adige", zweitwichtigstes südtiroler Blatt; „Gazzetta dello Sport", größte Sportzeitung; „Gazzetta del Mezzogiorno"/Neapel; „Giornale di Sicilia"/Palermo und „Secolo XIX"/ Genua.

Entsteht hier ein Pressekonzern, der unter deutsch-nationaler Führung den „Kampf um Italien" aufnehmen soll? Besorgnis jedenfalls macht sich mittlerweile selbst bei den italienischen Rechten breit: Man glaubt, daß die rechtsextremen Gruppen der westdeutschen Christdemokratie mit dem Pressekonzern als Waffe nicht nur die italienische Linke, sondern auch die „gemäßigten Kräfte" der DC angreifen werden. (nach „ED", 78/XI und „Spiegel", 43/77)

Medien-Kommission
KB/Gruppe Hamburg

vor Wochen von *„einer langsamen Annäherung des ‚Corriere' an die Christdemokraten"* und es galt als absehbar, was jetzt auch eingetreten

Medien-Kommission
KB/Gruppe Hamburg

Militarismus/ Antimilitarismus

Schon wieder 16 ZDLer strafversetzt

Castrop–Rauxel

Im Oktober fand wieder ein Einführungslehrgang für 27 ZDLer im Vinckehof statt. Wie schon für den September-Lehrgang geplant, sollten 20 ZDLer nach dem Lehrgang im Vinckehof bleiben und von dort aus jeden Morgen zu ihren Einsatzstellen fahren. Im September war daraus nichts geworden, weil der Einführungslenrgang geschlossen boykottiert wurde. Das Bundesamt versetzte darauf die ZDLer quer durch die BRD.

Vinckehof statt. Wie schon für den September-Lehrgang geplant, sollten 20 ZDLer nach dem Lehrgang im Vinckehof bleiben und von dort aus

Unkenrufen zum Trotz kam es im Oktoberlehrgang erneut zum Boykott durch 16 Kollegen, im vollen Bewußtsein des Risikos, ebenfalls versetzt zu werden. Das Bundesamt versuchte zunächst, den Boykott zu ignorieren, da die Kaserne nach monatelangen Verzögerungen endlich in Betrieb genommen werden soll. Den ZDLern wurde ein Schrieb vorgelegt, mit dem sie den Vinckehof als ihre Unterkunft anerkennen sollten. 16 Kollegen verweigerten die Unterschrift und wurden prompt an Dienststellen zwischen München und Schleswig-Holstein versetzt. Weitere Kollegen haben jedoch ihre Unterschrift inzwischen zurückgezogen.

Im Zusammenhang mit diesen Auseinandersetzungen wurde bekannt, daß die 20 Einsatzstellen für Vinckehof-ZDLer vom Bundesamt durch arglistige Täuschung besorgt wurden. Den Dienststellen wurde nämlich erzählt, die ZDLer hätten sich freiwillig für den Vinckehof und die Altenarbeit gemeldet. Nachdem dieses „Mißverständnis" geklärt war, zogen elf Dienststellen ihre Zusage zurück!

Besonders verbrecherisch am Vorgehen des Bundesamtes ist die vollkommene Rücksichtslosigkeit, mit der die Versetzungen durchgezogen werden. Ein ZDLer, der Ende Oktober aus dem Vinckehof in die Nähe von Braunschweig versetzt worden war, hat Selbstmord begangen. Die näheren Umstände dafür sind noch nicht bekannt und offizielle Stellen schweigen sich aus. Inwieweit die Versetzung mit ein Grund dafür war, oder andere Probleme dadurch verstärkt wurden, bleibt noch zu klären. Das Bundesamt läßt sich in seiner Versetzungswut davon jedenfalls nicht beirren.

AG Zivildienst
KB/Gruppe Hamburg

Selbstzensur treibt Blüten

„Die Welle der prophylaktischen Selbstzensur, die seit der Schleyer-Entführung über die Medienlandschaft hinweggeht, hat nun auch die Musik erreicht" – so kommentierte ein Redakteur des „Kölner Stadtanzeiger" am 3.11. folgende Fälle, die sich alle innerhalb einer (!) Woche ereignet haben:

Erster Fall: *„Bei den Donaueschinger Musiktagen ließ der Südwestfunk die Direktsendung einer Urauffführung von Vinko Globokar platzen."*

Zweiter Fall: *„Der Hessische Rundfunk verweigerte den Konzertmitschnitt eines Liedes aus Hans Werner Henzes Zyklus „Stimmen", das mit einem Text des Griechen Michaelis Katsaros satirisch überspitzt die kulturellen und gesellschaftlichen Institutionen in Frage stellt".*

Dritter Fall: Der WDR sagte in letzter Minute *„die Ausstrahlung des Fernsehfilms ‚Neue Töne' ab mit der Erklärung, die Autoren hätten gegen eine beabsichtigte Kürzung protestiert und würden sich rechtliche Schritte vorbehalten, falls die gekürzte Fassung gesendet werde."*

Aus dem Drehbuch von Yaak Karsunke sollte folgende Frage (aus einem Dialog) gestrichen werden: *„Wer hat denn angefangen mit der Gewalt? Hat der Ohnesorg einen Polizisten erschossen – oder hat ein Polizist ihn erschossen?"* – eine ketzerische Fragestellung, die natürlich dem bundesdeutschen Fernsehzuschauer nicht zugemutet werden darf.

Für den Redakteur des „Kölner Stadtanzeiger" (und sicherlich nicht nur für ihn) tut sich allerdings der Verdacht auf, *„daß hier ... in unnötiger Weise wiederum ein Stück freier Meinungsäußerung aufgegeben werden sollte und zwar ohne Aufsehen zu erregen."* Bleibt zu hoffen, daß der Schreiber dieses für den „Kölner Stadtanzeiger" ungewöhnlich kritischen Artikels nicht bald selbst zum Einüben des von ihm angeprangerten „geistigen Kniefalls" gezwungen wird.

KB/Gruppe Köln

Enteignet Springer !

In der Nacht vom 8. auf den 9. September hat der »Verein zur Vernichtung der Bildzeitung und aller anderen Schundhefte« auf verschiedenen HAMBURGER U- und S-Bahnhöfen etwa 10 000 Exemplare der Bildzeitung geklaut oder vernichtet.

Da an den meisten Bahnhöfen die Zeitungsstapel offen vor den geschlossenen Bahnhofseingängen liegen, konnte ein Teil davon einfach weggenommen werden.

Größere Stapel wurden durch Überkippen mit Farbe, Terpentin-Gemisch, Altöl usw. unbrauchbar gemacht. Zeitungen, die in Kisten eingeschlossen waren, wurden aus dem Verkehr gezogen, indem einige Stunden vor dem Verkauf Hartkleber ins Schloß gespritzt wurde. Anschließend verteilte der Verein in den U- und S-Bahnen ein Flugblatt zu dieser Aktion.

(Nach: Hamburger Frauenzeitung, November 1977)

Eine Genossin

WDR: ‚Glashaus' mit Steinen beworfen

Ludwig Brundiers, Redakteur der vielumstrittenen WDR-Sendereihe „Glashaus" ist fristlos gekündigt worden. Die angeblichen Gründe: *„Arbeitsverweigerung und Verstoß gegen die Verpflichtung zur Verschwiegenheit über interne Angelegenheiten und Vorgänge"*. (Flugblatt der RFFU, abgedruckt in „Kölner Stadtrevue", 11/77)

Vor kurzem war eine „Glashaus"-Folge von Brundiers wegen angeblicher inhaltlicher Mängel abgesetzt worden („Kölner Stadtanzeiger" (KS), 4.1.77). In dieser Folge sollten *„Gewerkschafter, Vertrauensleute zweier Bremer Zeitungen, die im Frühjahr dieses Jahres drei Wochen streiken mußten, ihre konkrete, auf Beobachtung und eigene Erfahrung gestützte Kritik am Fernsehen"* äußern (RFFU-Flugblatt).

Programmdirektor Hübner bezeichnete die Sendung kurzerhand als *„fast agitatorisch"* („KS", 4.11.77) und setzte sie ab. Auf Kompromißangebote der Redakteure ging er nicht ein. Die „Glashaus"-Redaktion wurde schlicht für aufgelöst erklärt (RFFU-Flugblatt) und ohne ihre Beteiligung eine neue „Glashaus"-Folge zum ungefährlichen Thema „talk-shows" vorbereitet.

Die „Ex"-Redaktion hatte sich wegen der Absetzung der Sendung an den Redakteursausschuß gewandt und sich geweigert, an der Alibi-Sendung zu talk-shows mitzuarbeiten. Daraus wurde dann von Hübner die „Arbeitsverweigerung" konstruiert. Der zweite Entlassungs„grund" (Verstoß gegen die Verschwiegenheitspflicht) wurde nachgeschoben, nachdem Brundiers sich in der medienkritischen SWF-Sendung „Funkkontakt" zu den Vorfällen geäußert hatte – übrigens mit „ausdrücklicher Genehmigung" von Programmdirektor Hübner (RFFU-Flugblatt), der selbst auch im „Funkkontakt" zu Worte kam. Hierzu schreibt die RFFU abschließend: *„Dies ist eine Kündigung aus politischen Gründen, die einen aktiven Gewerkschafter trifft und die ganze Belegschaft meint. Die RFFU wird diesen Affront nicht hinnehmen"*. Hoffentlich!

KB/Gruppe Köln

Stoltenberg läßt NRD für 220.000 DM überwachen!

Stoltenberg läßt NRD für 220.000 DM überwachen!

Wie kürzlich bekannt wurde, ist in Stoltenbergs Haushaltsetat für Schleswig-Holstein für 1978 220.000 DM für die Observierung des NDR vorgesehen. Die Steuergelder sollen *„eine professionelle Beobachtung des Senders auf ‚linke' Tendenzen hin möglich machen"*, heißt es (lt. „PPP", 4.11.77).

Damit wird das Vorgehen gegen einzelne Journalisten abgestützt, sowie ständige Eingriffe in das Programm zur Folge haben. Zusätzlich soll damit Material für Gutachten zusammengestellt werden, *„mit denen die Zerschlagung des NDR als Drei-Länder-Anstalt juristisch abgesichert werden soll"* (s.o.).

Ein Extra-Spitzeldienst für den Rundfunk aus Steuergeldern und das bei angeblich verfassungsmäßig garantierter Staatsfreiheit des Rundfunks.

KURZMELDUNGEN

Skandalös: Bundesverdienstkreuz für „Bild"-Prinz

Nur wenige Wochen nach den Enthüllungen Wallraffs, mit welchen „journalistischen Methoden" die „Bild"-Zeitung „gemacht" wird, wurde am 21.10. dem „Bild"-Chefredakteur Günter Prinz das Bundesverdienstkreuz am Bande verliehen.

Dieser Frechheit wird die Krone aufgesetzt, wenn man in der Laudatio lesen muß *„Die ‚Bild'-Zeitung hat auf Initiative von Herrn Prinz in einer ... Spendenaktion 2,5 Millionen DM an Spenden für die Deutsche Krebshilfe zusammengebracht. Diese Spendenaktion ist ... im Bereich der Tageszeitungen ohne Beispiel, was nicht zuletzt auf* **das journalistische Können und die große Sorgfalt der Redaktion – und damit ihres Chefredakteurs** *– zurückzuführen ist"*. (Hervorhebung durch AK)

Dagegen beschlossen die Teilnehmer einer Informationsversanstaltung der Kölner Jusos mit G.Wallraff eine Resolution, in der diese Verleihung als „skandalös" bezeichnet wird: *„Auch wenn als Vorwand die Unterstützung der Deutschen Krebshilfe gewählt wurde, so wissen wir doch, daß dieses Blatt hauptsächlich mit der Angst der Leser seine Geschäfte macht. Der Bild-Zeitungs-Redaktion ‚journalistisches Können und große Sorgfalt' zu bescheinigen, ... halten wir für eine bewußte Vertuschung des wahren Charakters dieses Blattes"* („ED", 88/XI)

„Verleumder" sprach „Würdigung"

Als „brutale Instinktlosigkeit" der ARD bezeichneten die bundesdeutschen Wirtschaftsverbände die Tatsache, daß ausgerechnet NDR-Chefredakteur Peter Merseburger den Tagesschau-Kommentar am 19.10. zum Tode Schleyers sprach.

Zum einen nämlich habe Merseburger sich nach Meinung der Wirtschaftsführer nicht lange genug mit Schleyer selbst aufgehalten, sondern sei *„sehr schnell auf allgemeine Aspekte des Terrors und auf die („) Selbstmorde(") von Stammheim übergeschwenkt ..."*, zum anderen aber wird kritisiert, daß kein anderer als gerade Merseburger *„für den Nachruf herangezogen worden* (sei)", *„der die Unternehmer und Arbeitgeber bisher bei jeder sich bietenden Gelegenheit ‚mit den übelsten Mitteln verleumdet und diffamiert' habe"*. („Welt", 21.10.)

Medien-Kommission
KB/Gruppe Hamburg



„verfassungsfeindlich", eine Krankheit?

Der Assistenzprofessor Dr. Eckart L. bewarb sich im Frühsommer dieses Jahres um eine Verlängerung seiner Professur an der FU Westberlin. Die Behörde beantwortete diese Bewerbung mit einem dreiseitigem Schreiben, in dem er »Tatsachen« präsentiert, *»die geeignet sein könnten, Zweifel an der Verfassungstreue zu begründen«*. Er sei seit 1973 Mitglied der 'Aktionsgemeinschaft von Demokraten und Sozialisten' (ADS) am Fachbereich 11, die *»eine von der SEW gesteuerte verfassungsfeindliche Hochschulgruppe«* sei. Er habe einen Wahlaufruf der Wählerinitiative an der FU für die Wahl der SEW in das Abgeordnetenhaus unterschrieben. Er habe drittens unter Angabe seiner Telefonnummer in der SEW-Zeitung »Wahrheit« eine 'Urlaubsreise nach Portugal mit gleichzeitiger Information über die dortige politische Entwicklung angeboten. L. habe sich daher am 6. September zur Gesinnungsüberprüfung im Dienstgebäude des Senats einzufinden.

Der Senat verweigerte L. die Hinzuziehung des Personalrats zu diesem »Gespräch«, worauf er nicht erschien. Am 6. Oktober ging er dafür zum Arbeitsgericht, um per einstweiliger Verfügung seine vorläufige Beschäftigung als Assistenzprofessor »bis zum rechtskräftigen Abschluß der Hauptsache« einzuklagen. Bei diesem Gerichtstermin erklärte ein Universitätsfunktionär Namens Tägert dem Gericht, es sei »mißlich«, in eine so komplizierte Rechtsfrage wie die der politischen Überprüfung durch eine einstweilige Verfügung eingreifen zu wollen. Schließlich würden Bewerber für den Öffentlichen Dienst *»auch auf Geschlechtskrankheiten überprüft«*. Linke Gesinnung ist also nach der Logik dieses Berufsverbotsbürokraten wie eine Geschlechtskrankheit zu behandeln. Der faschistoide Geist feiert fröhliche Urständ.

Tägert »empfiehlt« L., doch der Senatskommission ihre Fragen zu beantworten. Schließlich müsse man den Gesinnungsüberprüfern doch »etwas Fleisch« geben.

Da das Gericht alle Argumente L's ignoriert, zieht er schließlich seinen Antrag auf einstweilige Verfügung wegen Aussichtslosigkeit zurück.

In der »Deutschen Volks-Zeitung« vom 3.11.77 heißt es zum Verhalten des Gerichts: *»Mutmaßlicher Hintergrund von soviel juristischer Renitenz: Im Arbeitsgericht soll inzwischen eine einheitliche Linie durchgesetzt worden sein, Berufsverboteverfahren nicht mehr durch einstweilige Verfügungen 'positiv zu präjudizieren'. Fortschrittliche Kammern sind inzwischen durch Versetzungen der Richter zerschlagen worden«*.

Da dürfte wohl was dran sein. L. hat inzwischen die Fragen der Senatskommission durch seinen Rechtsanwalt schriftlich beantworten lassen. Das Verfahren läuft weiter.

Berufsverbote- Kommission
KB/ Gruppe Hamburg

Weitere Verschärfung der Berufsverbote-Praxis

Das Bundesverfassungsgericht (BVG) hat am 5.10.77 eine Entscheidung getroffen, die eine wesentliche Verschärfung der Berufsverbote-Praxis beinhaltet. Der Beschluß bereitet ein totales Ausbildungsverbot für angehende Juristen und Lehrer vor, an deren Verfassungstreue »Zweifel« bestehen. Hatte das BVG mit seiner Entscheidung vom 22.5.75 den öffentlichen »Arbeitgeber« noch verpflichtet, für jene Ausbildungsbereiche einen nichtbeamteten Vorbereitungsdienst »anzubieten« (also eine Ausbildung im Angestlltenverhältnis), in denen er über ein »Ausbildungsmonopol« verfügt, so wird mit der jetzt getroffenen Entscheidung des BVG auch diese Möglichkeit verbaut:

Mit dem jetzt vorliegenden Beschluß (Az.: 2 BVL 10/75 vom 5. Oktober 1977) hat die letzte Instanz den Schlußpunkt unter ein Verfahren gesetzt, das seit 1973 von Michael Empell nach Abschluß seiner 1. Juristischen Staatsprüfung angestrebt wurde, um seine Einstellung in den Vorbereitungsdienst zu ermöglichen. Empell hatte sich erstmals am 16.7.73 in Karlsruhe, anschließend in Bremen, Stuttgart, Celle und Hamburg um die Aufnahme in die 2. Juristenausbildung beworben. Die jeweiligen Ablehnungen stützten sich auf folgende Tatbestände:

1. Am 14.2.1972 (!) soll E. in der Uniklinik Heidelberg, zusammen mit anderen Genossen nach einer Patientin gesucht (!) haben, die dem Sozialistischen Patientenkollektiv *»nahegestanden haben soll«* (so das Urteil). Als er einer Aufforderung der Polizei nicht gleich nachkam, das Gebäude zu verlassen, erhielt er eine Anzeige wegen

standen haben soll« (so das Urteil). Als er einer Aufforderung der Polizei nicht gleich nachkam, das Gebäude zu verlassen, erhielt er eine Anzeige wegen

Hausfriedensbruch. Und so liest sich dieser Vorgang dann im Ablehnungsbescheid des Oberlandesgerichts (OLG) Karlsruhe, ebenso OLG Hamburg: E. habe *»sich nicht gescheut, aus Sympathie zu Mitgliedern des Sozialistischen Patientenkollektivs Rechtsbrüche zu begehen«*, er müsse daher *»zumindest* (!) *als aktiver Sympathisant des sogenannten SPK's angesehen werden«*. (Beschlüsse vom 27.6.75 und 29.12.76, zitiert nach Tenor- Organ des Verbandes der Westberlinder Gerichtsreferendare e.V. 2/77, S. 4)

2. Am 8.5.1973 soll E. im Landgericht Karlsruhe einen Polizisten mit der Faust auf den Hinterkopf geschlagen haben, als dieser während eines Strafverfahrens gegen Mitglieder des SPK drei »Störer« aus dem Gerichtssaal »brachte«. Das Schöffengericht Karlsruhe verknackte. E. zu einer Geldstrafe. Das Landgericht Karlsruhe jedoch stellte das Verfahren ein. Grund: die Schuld des Täters ist zu gering anzusetzen und es liegt kein öffentliches Interesse an der Verfolgung vor. Ebenfalls rechtskräftig eingestellt wurde ein Verfahren *»wegen des Verdachts der Unterstützung einer kriminellen Vereinigung«* (»Frankfurter Allgemeine Zeitung«, 29.10.77)

Hervorzuheben ist, daß bei allen Entscheidungen jene »Tatbestände« zur Begründung der Ablehnung herangezogen wurden. So begründete das OLG Karlsruhe den Ausschluß von der Ausbildung u.a. damit, *»daß durch die -rechtskräftige- Einstellung des Verfahrens durch das LG nicht die im Urteil des Schöffengerichts getroffene Feststellung, Michael habe den Polizisten geschlagen, beseitigt worden*

des Verfahrens durch das LG nicht die im Urteil des Schöffengerichts getroffene Feststellung, Michael habe den Polizisten geschlagen, beseitigt worden

sei« (»Tenor« 2/77).

Tatsächlich verstößt diese Entscheidung gegen den Grundsatz der »Unschuldsvermutung«, der in Artikel 6 II der Menschenrechtskonvention (Bundesgesetz) niedergelegt ist. Wird weiter berücksichtigt, daß von allen Vorwürfen nur die im Jahre 1972 (!) erfolgte Verurteilung wegen Hausfriedensbruch übrigbleibt (Strafe: DM 200), so läßt sich daraus ein Rückschluß auf E.s heutige politische Überzeugung auch nicht im entferntesten ableiten. Zudem widerspricht es der Rechtssprechung des Bundesverwaltungsgerichtshofes bezüglich der Behandlung von »Verhaltensweisen«, die in der Ausbildungs- und Studienzeit eines jungen Menschen fallen, wenn jener Tatbestand heute zur Beurteilung eines Bewerbers herangezogen wird. Allein diese Art des Vorgehens »unabhäniger« Gerichte ist ein »Skandal« für sich.

Um sich ein liberales Image zu geben, hatte bekanntlich die »sozialliberale« Koalition in Hamburg seinerzeit die Möglichkeit geschaffen, die 2. Juristenausbildung im Angestelltenverhältnis abzuleisten. Nicht ohne Grund hatten es die Politiker unterlassen, den Bewerbern Auflagen zu machen, *»was die von ihnen zu fordernde Verfassungstreue angeht«*. (»Frankfurter Allgemeine Zeitung«, 29.10.77) Genau an diesem Punkte konnte nun das Hamburger OVG ansetzen, um die Berufsverbotepraxis zu verschärfen.

Da das Gericht geltend machte, es halte *»dieses Gesetz insoweit für verfassungswidrig, als es keine Vorschriften darüber enthalte, was von einem nichtverbeamteten Vorbereitungs-*

halte *»dieses Gesetz insoweit für verfassungswidrig, als es keine Vorschriften darüber enthalte, was von einem nichtverbeamteten Vorbereitungs-*

dienstler an Bereitschaft, die Verfassung zu verteidigen, zu verlangen sei«. (»Frankfurter Allgemeine Zeitung«, 29.10.77). E's Widersruch auf die ablehnende Entscheidung des Hamburger OVG's ließ das liberale Image platzen: Das Bundesverfassungsgericht fällte nun die »höchstrichterliche« Entscheidung, deren Kernpunkt eine unmißverständliche Aussage beinhaltet: *»Der Staat ist nicht verpflichtet, Personen auszubilden, deren Ziel die Zerstörung der Verfassungsordnung ist«*. (»Welt«, 31.10.77) Damit wird die - bisher noch unterschiedliche - Rechtsprechung in puncto Behandlung für »radikal« gehaltener beamteter und angestllter Referendare einander angelichen werden. *»Insoweit ist die jetzige Entscheidung des Bundesverfassungsgerichts eine Fortführung der Gedanken, die in dem grundlegenden Bundesverfassungsgerichtsbeschlusses zum Radikalen- Problem aus dem Jahre 1975 zum Ausdruck gekommen sind«*. (Der Hambuerger OLG-Präsident Stiebeler, laut »Welt«, 31.10.77)

Das Bundesverfassungsgericht hatte seinerzeit festgestellt, daß von beamteten Vorbereitungsdienstlern eben die Verfassungstreue verlangt werde, die von Beamten allgemein zu erwarten ist. Sicher ist nach dem jetzt ergangenen Spruch, daß derjenige, *»der im Nichtbeamtenverhältnis den Vorbereitungsdienst ableistet, dennoch ein erhebliches* (!) *Maß an Verfassungstreue aufbringen muß* ... (und) *daß die Schwelle der Verfassungstreue ziemlich hoch zu setzen ist«*. Sicher ist auch, daß die Vorschrift *»im Zusammenhang mit den Regelungen des öffentlichen Dienstes insgesamt* (!)

auch, daß die Vorschrift *»im Zusammenhang mit den Regelungen des öffentlichen Dienstes insgesamt* (!)

verstanden« werden muß. (»Frankfurter Allgemeine Zeitung«, 29.10.77). so daß derjenige, der *»die verfassungsmäßige Ordnung der Bundesrepublik bekämpft, nach Auffassung des Bundesverfassungsgerichtes trotz des Artikel 12 des Grundgesetzes keinen Anspruch auf Einstellung im Ausbildungsverhältnis* (hat) « (»Welt«, 31.10.77)

Damit sind die bisherigen Überprüfungsrichtlinien für den Vorbereitungsdienst zumindest in Hamburg und einigen anderen Bundesländern hinfällig geworden. Und - wie's so im bürgerlichen Staat zugeht - treffen sich die Maßnahmen überaus »günstig« und natürlich »rein zufällig« mit den Vorschlägen einiger Hamburger SPD/FDP- Politiker, die darauf abzielen, die »diskriminierende « Trennung in angestellte und verbeamtete Referendare aufzuheben und künftig jedermann im Angestelltenverhältnis auszubilden - verbunden freilich mit erheblichen Sparschweinereien: Die zukünftigen Lehrer und Juristen sollen nur noch nach dem Graduierten-Förderungsgesetz besoldet werden und damit eine einschneidende Gehaltsverschlechterung hinnehmen. Ist für alle Referendare die Verschlechterung der Ausbildungssituation einmal durchgeführt, hat man die Trennung von »radikalen« und »vernünftigen« Lehrern und Juristen flugs wieder eingeführt. Wobei die »Radikalen« jetzt gleich draußen bleiben und direktes Ausbildungsverbot erhalten. Offensichtlich sind es diese Vorgänge, die Willy Brandt meint, wenn er sagt *»wir müssen dafür sorgen, daß uns das Reformklima erhalten bleibt«* (»Zeit«, 3.10.77).

Berufsverbote- Kommission

Reformklima erhalten bleibt« (»Zeit«, 3.10.77).
Berufsverbote- Kommission

KB/ Gruppe Hamburg

Über Berufsverbote darf nicht diskutiert werden

Das Bundesverfassungsgericht hat eine Verfassungsbeschwerde des vom Berufsverbot betroffenen Lehrers Fritz G. abgelehnt. Gegen G., als Studienrat bereits Beamter auf Lebenszeit, war 1974 ein »Disziplinarverfahren mit dem Ziel der Entfernung aus dem Dienst« eröffnet worden. Begründung: er sei gegen die Berufsverbote aufgetreten und habe außerdem die »Kommunistische Volkszeitung« des KBW verkauft. Gleichzeitig mit der Eröffnung des Disziplinarverfahren wurde er vom Dienst suspendiert und seine Bezüge auf die Hälfte gekürzt.

Seitdem (seit über 3 Jahren!) läuft das Disziplinarverfahren, ohne daß bisher eine endgültige Entscheidung gefallen ist. Ohne daß also das Berufsverbot schon ausgesprochen wurde, wurde G. praktisch mit Berufsverbot belegt. Hiergegen hatte G. beim BVG Verfassungsbeschwerde eingelegt und eine einstweilige Anordnung auf Aufhebung des faktischen Berufsverbot bis zur endgültigen Entscheidung beantragt. Nachdem dieser Antrag bereits am 16. Februar dieses Jahres abgelehnt worden war, wies das BVG nun auch die Verfassungsbeschwerde zurück. Begründung: Die Suspendierung eines Beamten vom Dienst sei immer dann gerechtfertigt, wenn zu erwarten sei, daß das eingeleitete Disziplinasrverfahren mit der Entlassung enden werde. Die Rücksicht auf das »allgemeine Wohl« rechtfertige auch eine längere Dauer vorläufiger Disziplinarmaßnahmen in Fällen wie dem vorliegendem. Es heißt weiter in dem Urteil, daß die G. zum Vorwurf gemachten Aktivitäten *»die naheliegende Wahrscheinlichkeit«* begründeten, daß er im Unterricht, im Umgang mit den Kollegen und beim Kontakt mit den Eltern der Schüler das gegen ihn schwebende Disziplinarverfahren *»zum Gegenstand politischer Diskussionen«* macht (und das geht ja schließlich nicht an). Darin läge eine schwerwiegende Störung des Schulbetriebs und eine nicht hinnehmbare Belastung des Verhältnisses zwischen Lehrern, Schülern und Eltern. Berufsverbotsverfahren hat man gefälligst gehorsam hinzunehmen und nicht durch Diskussionen darüber auch noch Unruhe zu schaffen. Da könnte ja der Staat in Verruf geraten. Darum ist nach Ansicht des BVG auch völlig gerechtfertigt, einen Lehrer bei halbem Gehalt jahrelang schmoren zu lassen und das alles zum Nutzen des »Gemeinwohls«. Bemerkenswert ist an dem Urteil weiterhin, daß das BVG sich in keinster Weise um den in seinem Berufsverbotsurteil von 1975 aufgestellten Grundsatz schert, daß die bloße Mitgliedschaft in einer nicht verbotenen Organisation nicht ausreicht, um ein Berufsverbot auszusprechen.

G. ist nun allerdings bereits seit 1975 nicht mehr Mitglied des KBW. Es entfällt also der Grund für das Disziplinarverfahren wie auch erst recht für die vorläufige Suspendierung. Trotzdem beharrt das BVG auf dem Berufsverbot. Das zeigt sehr deutlich, was von dem damals als »liberal« angepriesenen Urteil zu halten ist. Nicht einmal die eigenen Verfasser halten sich daran!

Zu erwähnen ist noch, daß das G.-Urtiel mit einer 5:3 -Mehrheit gefällt wurde und daß der Richter Hirsch (SPD) ein Sondervotum abgab. Darin widerspricht er dem Gerichtsbeschluß in der Frage der Gehaltskürzung, die er als eine faktische Teildisziplinierung betrachtet. Was die Dienst-Suspendierung angeht, stimmt Hirsch dem Beschluß im Ergebnis zu (!), kritisiert aber die lange Dauer des Verfahrens.

Eine wahrhaft tiefgreifende Kritik! Von prinzipieller Gegnerschaft zum Berufsverbot, die einige interessierte Kreise Hirsch in der Vergangenheit andichten wollten, ist in diesem Sondervotum nun wirklich nichts zu entdecken. Trotzdem dürfte es einigen Sozialdemokraten wiederum als Alibi dienen, mit dem sie die »Rechtsstaatlichkeit« solcher Verfahren »beweisen« und die Verantwortung für derartige Urteile allein der CDU/CSU, die im BVG die Mehrheit hat, zuschieben wollen. Die CDU/CSU wiederum wird das Votum von Hirsch dazu benutzen, der SPD mangelnde Konsequenz bei der Durchsetzung der Berufsverbote anzudichten (s. auch den Befangenheitsantrag gegen Hirsch, s. AK 116).

Insgesamt läßt also auch dieses neue Grundsatzurteil erkennen, daß die Berufsverbotepraxis weiter verschärft werden soll.

Berufsverbote-Kommission
KB/ Gruppe Hamburg

Internationales Kolloquium in Brüssel

Am 22.10. fand im Brüsseler Gewerkschaftshaus des FGTB (sozialdemokratisch) eine Veranstaltung des belgischen Komitees gegen die Berufsverbote in der BRD statt. Das Komitee ist majorisiert von der belgischen KP — entsprechend waren auch die Gäste aus Westdeutschland ausgewählt. Mit Francois Rigaux (2. Russell-Tribunal) oder Jaques Yerna (linkssozialdemokratischer Gewerkschaftsführer) gehören ihm aber auch Personen an, die sich nicht in diese politische Richtung einordnen lassen. So wurde auch in mehreren Beiträgen auf den »Export« repressiver Maßnahmen aus dem Repertoire des »Modell Deutschland« hingewiesen, insbesondere auf die aktuellen Polizeistaatsmaßnahmen im Zuge der Terroristenjagd in Belgien, Frankreich und der Schweiz — ein Zusammenhang mit der Berufsverbote-Praxis, dessen Benennung die DKP hierzulande als irreführend und gefährlich für die Berufsverbote-Opfer zurückweist.

Die Versammlung, die mit etwa 40 Teilnehmern besucht war, verabschiedete die folgende Erklärung:

»Die deutschen, französischen, niederländischen und belgischen Vertreter des Kolloquiums vom 22.10. in Brüssel über die Berufsverbote in der BRD

— konstatieren, daß diese Praktiken in diesem Land die Gesinnungsverbrechen wieder eingeführt haben und für die Schaffung eines Klimas der Einschüchterung verantwortlich sind, das für die Demokratie besonders schädlich ist;

— unterstreichen, daß man trotz einiger Korrekturen weiterhin Berufsverbote ausspricht, trotz des im Grundgesetz enthaltenen Rechts auf freie Meinungsäußerung;

— sind empört über die jüngst getroffenen Maßregeln der Verwaltungsgerichte der BRD, die Kandidaten für ein öffentliches Amt, denen man ihre politische Überzeugung übelnimmt, vom Beamtenstatus und seinen Garantien auszuschließen;

— erklären sich dennoch zufrieden über Urteile, die in einzelnen Fällen vor Verwaltungsgerichten erreicht wurden, wenn diese auch noch viel zu sehr Ausnahmen sind;

— meinen, daß die bisherigen Erfolge ohne Zweifel das Resultat des mutigen Kampfes in Deutschland selbst sind, der unter widrigen Umständen stattfindet; diesem Kampf gilt die internationale Solidarität, die sicher noch weiter entwickelt werden muß;

— richten einen dringenden Aufruf an die politischen Parteien und Gewerkschaften ihrer jeweiligen Länder und besonders der Bundesrepublik, wachsam zu bleiben und den Kampf zu würdigen, der geführt wird für die demokratische und politische Zukunft eines großen Landes, das Mitglied der EG ist;

— schlagen vor, eine internationale Petition gegen die Berufsverbote zu organisieren, um auf diese Weise einen massenhaften Widerstand gegen diese Praxis deutlich zu machen.«

(nach »BPA-Bulletin«, 28.10.77)

Belgien-Kommission

Ohne Begründung gefeuert

Kamen/NRW. Vor einiger Zeit verweigerte der Schulausschuß der Stadt zwei jungen Lehrern die Zuteilung einer Planstelle. Dieser Beschluß wurde auf einer nichtöffentlichen Sitzung gefaßt und bis heute nicht begründet. Er bedeutet ein Berufsverbot für zwei Pädagogen, die sich in ihrer Tätigkeit für die Belange ihrer Schüler eingesetzt hatten.

Dieser Maßnahme folgte eine breite Welle von Protesten der Kollegen der beiden sowie der Schüler und auch der Eltern.

Auch der Ortsverband der GEW forderte in einem offenen Brief die *»sofortige Zuweisung einer Planstelle«* für die abgelehnten Lehrer (»WAZ«, 22.10.).

Für den 29.10. riefen die GEW-Betriebsgruppe und die Schülervertretungen der Kamener Gesamtschulen (an denen die beiden Lehrer unterrichtet hatten) sowie der GEW-Ortsverband zu einer Demonstration zugunsten der Betroffenen auf. Mittlerweile hatte die Affäre auch den Düsseldorfer Landtag erreicht, wo ein CDU-Abgeordneter mit einer kleinen Anfrage erreichen wollte, daß die Abgewiesenen auch an keiner anderen Schule des Landes eine Beschäftigung erhalten, und daß *»die Landesregierung bei anderen Lehrern dieser Gesamtschulen ein Verfahren veranlaßt, das ihre Einstellung zur freiheitlich-demokratischen Grundordnung überprüft«* (»WAZ«, 26.10.). Die kleine Anfrage schloß mit der namentlichen Denunzierung eines angeblichen DKP-Mitglieds, das auch noch kurz vor der Beförderung stünde.

Daraufhin protestierten 52 Gesamtschullehrer in einem Leserbrief an die örtliche Presse gegen diesen Angriff sowie gegen den *»ständigen Abbau demokratischer Rechte, z. B. Berufsverbote, Einschränkung der freien Meinungsäußerung und Hetzkampagnen gegen fortschrittliche Kräfte«*.

Einer der Schulleiter ging jedoch so weit, den Lehrern jegliche Aktivitäten in dieser Sache verbieten zu wollen und ihnen bei Zuwiderhandlung Represionen anzudrohen. Ebenso wurde versucht, die Schüler am Verteilen von Flugblättern zu hindern.

Im Gegensatz zur örtlichen GEW-Führung ließen sich die Schüler jedoch nicht von der Solidarität abbringen. Jene nämlich brachte es fertig, ihre Unterstützung der Demonstration auf Druck des GEW-Landesvorstands im letzten Moment zurückzuziehen. Am Tag der geplanten Kundgebung erklärte der Ortsvorsitzende in der Presse, warum man sich mit den Betroffenen nicht solidarisieren könne. Diese waren nämlich vor zweieinhalb Jahren aus der GEW durch Anwendung der Unvereinbarkeitsbeschlüsse ausgeschlossen worden. Angeblich hätten sie durch Verteilung eines Flugblatts den KBW unterstützt. Auf diese miese Tour lieferte der GEW-Vorsitzende die bisher fehlende Begründung der Ablehnung durch die Behörden selber noch nach. So erscheint es auch nicht unwahrscheinlich, daß diese Gewerkschaftsausschlüsse möglicherweise der tatsächliche Grund für das jetzige Berufsverbot sind.

Die Demonstration fand dennoch mit ca. 150 Teilnehmern aus den Gesamtschulen statt (»WAZ«, 31.10.). Am 3.11. fand erneut eine nichtöffentliche Sitzung des Schulausschusses statt, auf der man sich aber angeblich mit den Fällen gar nicht mehr beschäftigt haben will.

Was unter diesen Herrschaften überhaupt noch beraten wird, ist, ob man für das Berufsverbot eventuell noch eine öffentliche Begründung herausgibt!

Nach dem Bericht eines Genossen

Bahn und Post auf hartem Kurs

Bei Bundesbahn und Bundespost häufen sich die Berufsverbotefälle. Gegen fünf Eisenbahner, Zugführer Volker B., Maschinenbauingenieur Hans-Dietrich S., Zugführer Ulrich F. (alle drei aus Hamburg) Bundesbahnobersekretär Herrmann S. aus Boppard, der immerhin schon 12 Dienstjahre hinter sich hat und Inspektorenanwärter Axel S. aus Frankfurt, laufen Verfahren wegen ihrer angelbichen Mitgliedschaft in der DKP. Letzterem wurde bereits die Entlassung angekündigt. Die Fälle Röder und Krone machen Schule. Es wird wohl mit noch erheblich mehr Entlassungen bei der Bahn zu rechnen sein.

Bei der Bundespost wurden drei neue Berufsverboteverfahren eingeleitet, ebenfalls alle wegen DKP-Mitgliedschaft: gegen Christine von B. und Gabriele W.B. aus Hamburg und gegen den Fernmeldeoberwart Paul S. aus Essen. Letzterer ist bereits seit 1963 bei der Post tätig. Als 1976 seine Verbeamtung auf Lebenszeit anstand, wurde das Disziplinarverfahren eingeleitet mit teilweise erlogenen Begründungen: S. habe in Zeiten der Dienstunfähigkeit statt *»der Pflicht der Wiederherstellung seiner Arbeitsfähigkeit«* nachzukommen, die UZ verkauft (was S. bestreitet) und er habe *»mit Waffengewalt gegen die Gesellschaftsordnung der BRD vorgehen«* wollen (und das einemDKP'ler). Man darf auf den Ausgang dieser Verfahren gespannt sein.

Berufsverbote-Kommission
KB/ Gruppe Hamburg

Berufsverbote bei der »Arbeiterwohlfahrt«

Im Zuge der allgemeinen Hetze und Repression gegen kommunistische Gruppen hat sich nun auch eine karitative Organisation, die dem Wohl der arbeitenden Bevölerkung dienen sollte, zur Praxis reaktionärer Berufsverbotepolitik bekannt. Auf der Landeskonferenz des Bezirks Niederrhein hat die »Arbeiterwohlfahrt« beschlossen, daß *»bei der Arbeiterwohlfahrt Beschäftigte nicht Mitglied einer kommunistischen oder rechtsextremen Partei sein dürfen«* (aus »Sozialprisma« Nr. 10/77, Ausg. NRW; hauseigene Monatszeitschrift der »Arbeiterwohlfahrt«). Da die »Arbeiterwohlfahrt« als eine nicht besonders reaktionäre Organisation bekannt ist, ist anzunehmen, daß eine ähnliche Berufsverbotepolitik in anderen karitativen Organisationen existiert oder in Vorbereitung ist.

Die Tätigkeitsfelder von karitativen Organisationen reichen von Kinder- und Altenpflege bis zur Beratung von ausländischen Arbeitern und Gefangenenhilfe. Gerade in diesen Berufen sind viele Genossen im Interesse der arbeitenden Bevölkerung tätig. Die Berufsverbote sind daher nicht nur eine Existenzbedrohung der dort beschäftigten Kommunisten, sondern auch eine Einschränkung der Möglichkeit, Arbeitern und Hilfsbedürftigen wirklich zu helfen. Denn parallel zu diesen Maßnahmen dürfte sich eine reaktionäre Ausrichtung dieser Arbeit durch Verbände wie die »Arbeiterwohlfahrt« vollziehen. Dieses Berufsverbot ist der Versuch einer weiteren Ausschließung aller Kommunisten aus dem öffentlichen Leben und der weiteren reaktionären Gleichschaltung aller Organisationen und ist in die nicht mehr enden wollende Kette der staatlichen Repression gegen Kommunisten einzureihen.

Ein Genosse aus Duisburg

Solidarität mit Jens Scheer

Bremen. Seit einigen Wochen laufen mehrere Verfahren gegen den Bremer Physik-Professor und »KPD«-Mitglied Jens Scheer:

— am 19. Oktober fand das Berufsverbotsverfahren gegen ihn wegen seiner Mitgliedschaft in der »KPD« seinen vorläufigen Abschluß;

— am 1.11. wurden in einer Berufungsverhandlung vor dem Bremer Landgericht die Urteile gegen ihn und zwei Bremer Studenten bestätigt (sie sollen eine RCDS-Versammlung gesprengt haben);

— ein weiteres Verfahren gegen Jens Scheer, ein Sammelverfahren wegen »Rädelsführerschaft« bei den Brokdorf-Demonstrationen ist in Vorbereitung.

Seit insgesamt vier Jahren laufen verschiedene Straf- und Disziplinarverfahren, der Bremer Senat hatte ihm bereits Lehrverbot erteilt und seine Bezüge um 50% gekürzt. Am 19.10. fand die Hauptverhandlung im Disziplinarverfahren statt. In der nur eintägigen Verhandlung schloß man aus der ehemaligen Mitgliedschaft von Jens Scheer in einem Vietnam-Komitee, das inzwischen nicht mehr existiert, und seiner Mitgliedschaft in der »KPD« messerscharf, daß er sich nicht in dem Maße für die »freiheitlich-demokratische Grundordnung« einsetzt, wie es sich für einen Beamten heutzutage gehört. Zum erstenmal seit den politischen Entlassungen aus dem öffentlichen Dienst zu Beginn der 50er Jahre im Vorfeld des KPD-Verbots von 1956 ist damit wieder ein auf Lebenszeit berufener Hochschullehrer aus dem Dienst entfernt worden! Dies ist ein weiterer Schritt in der Durchsetzung der Einschränkung demokratischer Rechte.

Seit mehreren Wochen arbeitet in Bremen ein Komitee »Jens Scheer muß Hochschullehrer bleiben«, dem bis jetzt Professoren der Bremer Uni, ein Pastor, ein Dipl.Ing. und ein Studienrat angehören. Die ersten Aktivitäten waren eine Kundgebung auf dem Bremer Marktplatz mit 250 Teilnehmern und eine Podiumsdiskussion zum Thema »Freiheit von Forschung und Lehre und die Realität der Berufsverbote« mit etwa 500 Teilnehmern.

Daß die Klassenjustiz aber auch so manchmal ihre Schwierigkeiten hat, zeigte sich in der Berufungsverhandlung gegen Scheer und zwei Studenten wegen »Verstoßes gegen das Versammlungsgesetz«, sowie in der ersten Verhandlung dieses Verfahrens. Als Teilnehmer an einer Protestversammlung von 50 Studenten gegen die Gründung des RCDS an der Bremer Uni wurden Scheer und die zwei KSV-Genossen herausgegriffen und exemplarisch bestraft, da sie als Kommunisten ein gestörtes Verhältnis zur »FDGO« hätten!! Das geschah 1973, ihnen wird die Sprengung der RCDS-Versammlung vorgeworfen.

Nach 10 Verhandlungstagen fand so der Berufungsprozeß seinen Abschluß, nachdem er im ersten Anlauf gescheitert war: Selbst der Staatsanwalt hatte damals gegen den damaligen Richter Lindemann Befangenheitsanträge mit unterstützt! Richter Wolff, der in dieser Verhandlung den Vorsitz führte, erklärte sich kurzerhand selbst für befangen wegen seiner engagierten Mitgliedschaft in der CDU. Sein eigener Befangenheitsantrag wurde jedoch vom Bremer Landgericht zurückgewiesen!! Man darf wohl auf die Revisionsverhandlung gespannt sein, nachdem diese Berufungsinstanz die Urteile bestätigt hat: Für alle drei soll es drei Monate auf Bewährung geben, auf die ursprünglichen Geldbußen von 3.000 DM, 600 DM bzw. 450 DM wurde allerdings verzichtet.

KB / Gruppe Bremen



Ja, wenn das Senatsamt erzählt ..

Am 3.11. fand in Hamburg die Verhandlung über die Klage des Lehrers Hans-Peter L. auf Einstellung in den öffentlichen Dienst statt. Für diese Verhandlung hatte der für das Berufsverbot D.L's zuständige Vertreter des Senatsamts für den Verwaltungsdienst, Delius eine Akte mit wahrhaft umwerfenden »Informationen« über die »verfassungsfeindliche Betätigung« D.L's zusammengestellt:

— er sei 1973 Mitglied des Referendarvorstands gewesen (welch eine Untat!)

— er habe sich in einem Artikel der »Hamburger Lehrerzeitung« (GEW-Organ) über die Berufsverbote »ausgelassen«;

— L. sei Mitglied des DKP-Parteivorstands Altona und Bezirksdelegierter der DKP für Altona.

Obwohl L. bestritt, diese Funktionen jemals innegehabt zu haben, wurden sie als Hauptgrund bei der Kündigung seines Angestelltgenvertrags durch das Senatsamt angegeben:

»Alle Tatsachen, besonders ihre Parteikarriere, sprechen aber dafür, daß es sich bei diesen Einlassungen nur um den Versuch handelt, sich als gutgläubig- naiv darzustellen«. Einen Beweis für diese Behauptungen konnte der Behördenvertreter nicht beibringen. Er kündigte jedoch an, er werde dafür einen »sachverständigen Zeugen« benennen. Man darf auf die Aussagen des VS- Spitzels gespannt sein.

Als besondere Unverschämtheit hatte Delius übrigens einen Hetzbrief der »Hamburger Elternkammer« über die »Indoktrination« der Schüler durch linksradikale Lehrer der Akte L's beigegeben, obwohl das mit seinem Fall überhaupt nichts zu tun hatte. Delius selbst mußte zugeben, daß L. nie ein »Indoktrinations«vorwurf gemacht worden ist. Aber was tuts. Immer schön mit Schmutz werfen, irgendwas wird schon hängenbleiben. Ein Musterbeispiel für die »liberale Handhabung« der Berufsverbote in Hamburg!

Berufsverbote-Kommission
KB/ Gruppe Hamburg

MELDUNGEN KURZMELDUNGEN KURZMELDUNGEN KURZ

Köln Der Kölner Lehrer Wolfram Z. erhielt Berufsverbot wegen seiner DKP-Mitgliedschaft. Sein Bekenntnis zur Verfassung wurde als ,,Verbalbekenntnis'' bezeichnet und damit zu den Akten gelegt.

Stuttgart Dem Lehrer Lothar L. wird vom Oberschulamt Stuttgart die Zulassung zum Referendardienst verweigert, weil er für eine linke Hochschulgruppe kandidiert und vor acht (!) Jahren für zwei politische Flugblätter verantwortlich gezeichnet haben soll.

Osnabrück Wegen seiner Kandidatur für den MSB Spartakus und wegen einer Studienreise nach Leipzig (!) wartet der Osnabrücker Lehrer Gerd M. seit zwei Jahren auf seine Einstellung in den Schuldienst.Der Prozeß gegen sein Berufsverbot soll Mitte November stattfinden.

Hofheim/Taunus Acht (!) städtische Betreuer einer Ferienfreizeitgruppe bekamen von der Stadt Hofheim die Kündigung. Begründung: Sie hätten gegen schlechtes Essen in einer Jugendherberge ,,*eine Protestdemonstration der Kinder organisiert.*'' Solche Art von ,,Konfliktpädagogik'' sei in Hofheim ,,nicht erwünscht''. Wer sich wehrt, fliegt!

Wetzlar in einer Presseerklärung wandten sich Schüler des Hessenkollegs in Wetzlar (Zweiter Bildungsweg) gegen die Bespitzelung von Kollegiaten durch den Verfassungsschutz: *»Es werden die Personalakten junger Arbeiter und Angestellter durchforstet, die versuchen, auf dem Zweiten Bildungsweg die Chancenungleichheit des bestehenden Bildungssystems auszugleichen''*. In der Erklärung wird darauf hingewiesen, daß sich die Schnüffelaktion vor allem gegen die gewerkschaftliche Betätigung der Betroffenen richtet.

Augsburg: Die Regierung Schwabens hat im Kampf für die Berufsverbote einen äußerst konsequenten Schritt getan: Sie hat der Augsburger Lehrerin Maria L. Berufsverbot erteilt, weil sie gegen Berufsverbote kämpfte; sie ist Mitglied der ,,Augsburger Initiative gegen Berufsverbote'' und hat sich außerdem noch das schwere Vergehen zu Schulden kommen lassen, während ihrer Srudienzeit für die Liste ,,Demokratische Front'' kandidiert zu haben. Wie meistens, ist es auch hier so, daß die dienstlichen Beurteilungen M.L. als für den Lehrberuf voll geeignet charakterisieren.

Köln: Gegen den Kölner Maler und Grafiker Hans H., der an einer Realschule unterrichtete und von Kollegen, Eltern und Schülern für äußerst befähigt als Lehrer gehalten wird, hat der Kultusminister von NRW ,,verfassungsrechtliche Bedenken'', weil er ein DKP-Plakat ,,Recht auf Arbeit''verbreitet haben und Mitglied der DKP sein soll. Hans H. war dagegen vors Gericht gezogen und hatte in erster Instanz das Recht zugestanden bekommen, weiter an der Schule zu unterrichten.

Dortmund: Der Studienassessor P.B. soll nach seiner Referendarzeit nicht übernommen werden. Begründung: 1972 habe er als Vertreter einer sozialistischen Studentengruppe an der FU Westberlin kandidiert; seit 1972 sei er Mitglied der ,,Liga gegen den Imperialismus'' und habe 1974/75 an deren Versammlungen und an einer öffentlichen Veranstaltung der ,Liga' teilgenommen.

Der Student R.B. soll nicht in den Vorbereitungsdienst an Grund- und Hauptschulen eingestellt werden. Begründung: R.B. sei 2 Mal verurteilt worden. Obwohl diese Strafen nicht einmal in das polizeiliche Führungszeugnis aufgenommen werden durften, wurde — ohne nähere Prüfung der näheren Umstände dieser politischen Prozesse — beschlossen, er sei ,,charakterlich ungeeignet''! Außerdem wird ihm zur Last gelegt, er habe sich in diesen Prozessen zu den Zielen der ,,KPD'' bekannt.

Bergkamen: Auf der Titelseite der ,Ruhr-Nachrichten' erschien am 3.10. ein Foto einer Demonstration. Ca. 30 Demonstranten waren am 1.10. vors Polizeipräsidium gezogen, um gegen die Verhaftung von 20 Menschen zu demonstrieren, die nach einer spontanen KBW-Kundgebung brutal verhaftet worden waren (s. AK 116). Ein scharfsinniges Mitglied der Bergkamer Bürokratie erkannte auf dem Foto den hauptamtlichen Mitarbeiter der Volkshochschule Bergkamen, H.S. Am 18.10.77 wurde H.S. entlassen, nachdem er sich geweigert hatte, eine Erklärung zu unterschreiben.Der Stadtdirektor verlangte darin von S., sich in Zukunft nicht mehr öffentlich in KBW-Nähe zu zeigen.

Bremen: Nachdem Professor Jens Scheer (Mitglied der ,,KPD'') mit einem Berufsverbot belegt worden ist, werden jetzt die angegriffen, die mit Scheer gegen das Berufsverbot gekämpft haben. So steht einem Studienrat wegen seiner Mitgliedschaft im »Komitee Jens Scheer muß Hochschullehrer bleiben'' eine Anhörung vor der Schulbehörde bevor.

Wegen der Mitgliedschaft in diesem Komitee und weil er mit vielen anderen Persönlichkeiten eine Anzeige in der Presse veröffentlicht hatte, mußte sich Pastor M. vor dem Vorstand des Kirchenausschusses der Bremischen Evangelischen Kirche (BEK) ,,verantworten''.

Ein wahrer Hohn ist es, daß M. hier dem stellvertretenden Präsidenten der BEK, Lindemann, gegenüber saß. Dieser Lindemann war im Mai 76 Richter im Prozeß gegen Jens Scheer.

Tübingen. Dem Lehrer Willi M. wird vom Oberschulamt Tübingen die Zulassung zum Vorbereitungsdienst für das Lehramt an Gymnasien wegen seiner DKP-Mitgiedschaft verweigert. Immerhin hatte sich sogar die DGB-Kreisdelegiertenkonferenz in Tübingen gegen dieses Ausbildungverbot ausgesprochen.

Griechenland · Türkei

Griechenland vor den Wahlen

Am 2o.November werden in Griechenland - ein Jahr vor Ende der Vierjahresperiode - allgemeine Parlamentswahlen stattfinden. Allgemein wird nicht mit einer politischen Ablösung des rechten Karamanlis-Regimes gerechnet. Zwar wird die „Linke" hinzugewinnen, aber auf der Grundlage ihrer Zersplitterung hat die „Linke", trotz größerem Masseneinfluß, nicht die Möglichkeit, die weitgehend geeinte Rechte unter Karamalis zu stürzen.

Zweifellos ist die Vorverlegung des Wahltermins einer der geschicktesten Schachzüge von Karamanlis. Der Rückhalt der „Nea Dhimokratia" in der Bevölkerung schrumpft angesichts der Tatsache, daß Karamalis keines der Wahlversprechen von 1974 eingehalten hat, sondern im Gegenteil den „autoritären Staat der Rechten" stabilisiert hat. Hinzu kommt, daß in nächster Zeit einige Themen auf der Tagesordnung der Regierung stehen, deren Entscheidungen zwangsläufig die Popularität der „Neuen Demokratie" zusammenschrumpfen lassen: Die formale und „endgültige" Absicherung und Legalisierung des Status quo auf Zypern, die Vollmitgliedschaft Griechenlands in der NATO, die weitgehende Anerkennung der türkischen Positionen im Ägäis-Streit sowie eine Reihe ökonomischer Zwangsmaßnahmen im Rahmen des EG-Beitritts zu Lasten der arbeitenden Bevölkerung, besonders der Ruin der Bauernschaft, eventuell auch eine noch weitergehende „Liberalisierung" der Juntafrage („Generalamnestie"?).

Die verschiedenen Parteien

Die verschiedenen Parteien

Zur Wahl stellen sich folgende Parteien und Organisationen:

- Die **„Nationale Fraktion"** von Stefanos Stefanopoulos, ein Konglomerat von Junta-Faschisten und Royalisten,
- die **„Nea Dhimokratia"** von Karamanlis,
- die sozialliberale **EDIK** („Union des demokratischen Zentrums"), Jorjios Mavros,
- das **„Bündnis der fortschrittlichen und linken Parteien und Organisationen"**, bestehend aus KKE/Inland („Euros", EDA, „Initiative für Demokratie und Sozialismus" (linke Sozialdemokraten), „Christdemokratie" (linke Christen) und „Sosialistikji Poria" (Linkssozialisten),
- **PASOK** (Andreas Papandreou, Linkssozialisten),
- **KKE** (Revisionisten),
- **EKKE** („Bruderpartei" der KPD" Vaterlandsverteidiger),
- **EDE** („Internationale Arbeiterunion") Trotzkisten („Der Funke" in der BRD),
- **Kommunistische Organisation** „Majchitis" (kleine revolutionäre Organisation),
- Die griechische Sektion der „4. Internationale", die **OKDE**, ruft zur Wahl der revisionistischen KKE auf.

Ob die **KKE/ML** kandidiert, ist uns nicht bekannt.

Die **„Nationale Fraktion"** („Ethnikji Parataxis") wurde vor wenigen Wochen eigens für die Wahlen zusammengeschustert. Man rechnet mit einem Stimmenanteil von 1 bis höchstens 3%.

Stefanopoulos war zur Zeit der faschistischen Militärdiktatur zeitweise Minister.

Es handelt sich bei dieser Partei weniger um eine „rechte Alternative" zu Karamanlis - obwohl sie offen für das Programm der Putschisten eintritt und auch ansonsten getreu die Propaganda von Papadopoulos & Co. verbreitet und dabei gleichzeitig von „Demokratie" redet.

Die große Mehrheit der Faschisten und Royalisten steht geschlossen hinter Karamanlis. Die Funktion dieser Gruppe besteht lediglich darin, Karamanlis eine Möglichkeit der „Abgrenzung nach rechts" zu bieten, ein kleines demokratisches Feigenblatt. Direkte Unterstützung erhält die „Nationale Fraktion" nur von einigen Offizieren.

Die **„Neue Demokratie"** tritt weniger mit Inhalten ans Wählervolk, als vielmehr mit „unserem Retter - Karamanlis", der als einziger Politiker in der Lage sein soll, die griechische Demokratie vor den inneren und äußeren Feinden zu beschützen. Die Op-

der Lage sein soll, die griechische Demokratie vor den inneren und äußeren Feinden zu beschützen. Die Op-

positionspolitiker werden allesamt als „unfähig" und „unrealistisch" abgetan. Daß Karamanlis in die EG und NATO will, dürfte bekannt sein, denn „wir gehören zum Westen", so er selbst.

Die **„Union des demokratischen Zentrums"** (EDIK) bezeichnet sich selbst als „Partei des demokratischen Sozialismus", die „tiefgreifende Veränderungen" vorhat, viele Reformen verspricht, mehr „Bürgernähe", „Erhöhung der Lebensqualität" usw. Man kann sich des Eindrucks nicht erwehren, als wenn hier die SPD-Wahlkampfparolen zum Teil einfach nur abgepinselt wurden. Mavros bezeichnete die Kampagne gegen den EG-Beitritt (die wesentlich von der PASOK betrieben wird) als „politischen und wirtschaftlichen Selbstmord" (Rede in Komotini, 25.10. 77). Papandreou sagt über Mavros, *„ er bietet sich der Neuen Demokratie für eine Rechts-Mitte-Koalition an, denn die „Neue Demokratie" könnte die Mehrheit verlieren."*

In puncto NATO nimmt die EDIK scheinbar Rücksicht auf das „gesunde Volksempfinden", „ein Wiedereintritt in die miliärische Organisation kommt gar nicht in Frage". Indes müsse Griechenland aber in jedem Fall in der politischen Organisation der NATO bleiben, um dort für „eine gerechte Zypernlösung zu kämpfen!" Absurd, diese Ausrede, denn schließlich war es doch die NATO, die die Teilung Zyperns zu verantworten hat.

Das „BÜNDNIS"

Das „Bündnis fortschrittlicher und linker Parteien und Organisationen" besteht aus 5 Gruppierungen:

- **KKE/Inland** (Eurorevis, im Parlament mit 2 Abgeordneten vertreten),
- **EDA** („Vereinigte Demokratische Linke") Die EDA ist der nach dem Zusammenbruch der Junta neu zusammengekommene Rest der alten EDA, der weder zur KKE noch zur KKE/Inland gegangen ist. Die EDA ist im allgemeinen noch mehr auf „Euro"kurs als die KKE/Inland und verfügt außer in bestimmten intellektuellen Kreisen über keinen nennenswerten Einfluß. (Vorsitzender und einziger Parlamentsabgeordneter: Ilias Iliou. Im Vorstand sitzt u.a. auch Mikis Theodorakis.)
- Die ehemalige „Initiative für Demokratie und Sozialismus", heute **„Sozialistische Partei Griechenlands"** ist eine Neugründung der 4 vor ca. 2 Jahren aus der EDIK ausgetretenen Abgeordneten G.A. Mangakjis, D. Tsasos, Minis und Protopapas. Mangakiis und Minis waren zur Jun-

Abgeordneten G.A. Mangakjis, D. Tsasos, Minis und Protopapas. Mangakjis und Minis waren zur Jun-

ta-Zeit Professoren in Westdeutschland, und alle vier bildeten zusammen mit G. Mavros das demokratische Feigenblatt in der „Regierung der nationalen Einheit" unter Karamanlis, die Griechenland nach dem Abtreten der Junta im Fahrwasser des Imperialismus hielt.
- Die **„Christdemokratie"**, eine Gruppe linker Christen (Vorsitzender: der Antifaschist Nikos Psaroudhakjis) und die „Sosialistikji Poria", eine linkssozialistische Gruppe mit einigen revolutionären Tendenzen, deren Kern Ende 1975 aus der PASOK austrat oder ausgeschlossen wurde, haben keinen Abgeordneten im Parlament.

Das „Bündnis" geht auf eine Anregung der „Sosialistikji Poria" zurück. Nach ihren Vorstellungen sollten sich die demokratischen Kräfte und/oder die Linken regelmäßig zusammenfinden, um gemeinsame Aktionen gegen die Stabilisierung des Staates der Rechten zu planen. Es sollte ein Schritt sein, endlich die Untätigkeit zu überwinden und über alle politischen und ideologischen Differenzen hinweg zu **Aktionseinheiten** der antifaschistischen Kräfte zu gelangen.

Die beiden einflußreichsten Parteien der Linken, die PASOK und die KKE, waren allerdings von Anfang an zu keiner Zusammenarbeit bereit. Schon formal lehnt die KKE jede Zusammenarbeit auf „offizieller" Ebene mit der KKE/Inland ab, solange diese sich weiter als „kommunistisch" bezeichne, denn es könne nur eine kommunistische Partei geben. Die PASOK wiederum arbeitet zumindest nicht mit der „Sosialistikji Poria" zusammen.

So blieben nur die 5 oben genannten Gruppierungen übrig. Die praktische Zusammenarbeit kam allerdings kaum voran, man einigte sich schließlich auf einige gemeinsame Kommuniques, die lediglich den Willen zur Zusammenarbeit feierlich betonten und gemeinsame Prinzipien niederlegten.

Alles änderte sich, als plötzlich die Wahlen in Sicht kamen. Zuerst schwenkte die EDA von ihrer Verzögerungstaktik um. Auf einmal war sie bei den regelmäßigen Gesprächen der „5" einer der energischsten Verfechter einer Konkretisierung der Zusammenarbeit, verlangte praktische gemeinsame Schritte. Der tiefere Grund war wohl der, daß sich ihre letzten Hoffnungen auf ein Wahlbündnis mit der EDIK zerschlagen hatten. Dann drängte schließlich auch die KKE/Inland auf die Erarbeitung eines Wahlbündnisses. Die„Sosialistikji Poria" ließ sich darauf ein, obwohl sie vorher immer wieder betont hatte,

Wahlbündnisses. Die„Sosialistikji Poria" ließ sich darauf ein, obwohl sie vorher immer wieder betont hatte,

daß das Ziel gemeinsame **Aktionen** sein müßten, gemeinsame demokratische und antifaschistische Aktivitäten von der Basis aus , in breitem Maßstab. Nun ist vorerst das Gegenteil herausgekommen: Die rein parlamentarische Zusammenarbeit, wo doch die Parlamentsorientiertheit der linken Massenparteien aufgebrochen werden sollte. Und die größten Parteien der Linken – KKE und PASOK – nehmen nicht teil am Bündnis, sie bekämpfen es äußerst scharf, vor allem die KKE.

Offensichtlich konnten sich KKE/Inland und EDA im Bündnis durchsetzen, zwei Parteien, die sich letzten Endes doch nur deshalb beteiligen, weil sie Angst haben, sonst überhaupt keinen Abgeordneten mehr ins Parlament zu bekommen. An außerparlamentarischen, auf die Massen gestützten Aktivitäten, haben sie augenscheinlich kein sehr großes Interesse.

Ein „Bündnis des gemeinsamen parlamentarischen Überlebens" wird der Rechten keinen ernsthaften Widerstand entgegensetzen können und eine Alternative zu den parlamentarischen Linken scheint vorerst nicht in Sicht.

Der **PASOK** (Panhellenische Sozialistische Bewegung) wird allgemein der größte Sprung nach vorn vorhergesagt. Papandreou behauptet auf den jüngsten Wahlveranstaltungen gar, *„daß die PASOK nicht nur die größte Oppositionspartei werden will, sondern die Mehrheit im Parlament"* erreichen will. Dies kann ernsthaft nur Wahltaktik sein. Trotzdem ist die PASOK (und insbesondere ihr Vorsitzender Papandreou) für die Masse des Volkes „die Alternative" zu den Rechten. Die PASOK lehnt die EG als Gemeinschaft der Monopole ab, die NATO als imperialistisches Instrument der USA, bekämpft Stützpunkte aller ausländischen Mächte in Griechenland und versucht Griechenland mehr in den Block der „Mittelmeerländer" einzubringen.

Trotzdem muß festgestellt werden, daß die PASOK im Laufe ihrer jungen Geschichte (1974 gegründet) zunehmend von außerparlamentarischen Massenaktionen auf parlamentarische Rededuelle und Wahlstimmen orientiert hat. Im Laufe dieser Entwicklung hat die PASOK auch viele revolutionäre Kämpfer ausgeschlossen.

Zum Ausgang der Wahlen

Die Linke (KKE, PASOK und Bündnis) plus EDIK dürften zusammen weit mehr als 50% der Stimmen erhalten. Aufgrund der Zersplitterung und des Wahlmodus wird sich

men weit mehr als 50% der Stimmen erhalten. Aufgrund der Zersplitterung und des Wahlmodus wird sich

dies aber niemals als eine parlamentarische Mehrheit ausdrücken. Deshalb und nur deshalb wird die „Neue Demokratie" weiterhin die Regierungsgeschäfte erledigen.

Innerhalb der Oppositionsparteien dürften sich die Verhältnisse erheblich verschieben. Hatte bisher die EDIK mit 20%, die PASOK mit 13% und Vereinigte Linke (KKE, KKE/Inland und EDA, letztere beiden jetzt im „Bündnis") 9% abgeschnitten, werden der EDIK große Verluste vorausgesagt und den Revisionisten leichte Gewinne. Den größten Sprung nach vorn dürfte, wie gesagt, die PASOK machen. Trotzdem dürfte dies „mehr" an sozialistischen Stimmen im Parlament nur ein schwacher Trost für die seit 1976 abebbenden außerparlamentarischen Massenkämpfe sein.

Griechenland-Kommission

Türkei: Kommt jetzt die Große Koalition?

Die sich seit vier Monaten im Amt befindliche 2. Nationalistische Front-Regierung führt die Türkei in eine immer größer werdendes wirtschaftliches und politisches Chaos.

Die nationalistische Front-Regierung besteht aus der rechten Gerechtigkeitspartei (AP) Demirels, der ultrareligiösen „Nationalen Heilspartei" (MSP) und der faschistischen „Partei der nationalistischen Bewegung", deren SA-mäßig organisierten „Grauen Wölfe" für hunderte von Mordtaten verantwortlich sind.

Diese rechtsgerichtete Koalition konnte erneut eine Regierung bilden, da es der aus den Wahlen als stärkste Partei hervorgegangenen sozialdemokratischen Volkspartei (CHP) unter ihrem Führer Ecevit nicht gelungen war, eine Regierung zu bilden.

Wie wir bereits berichtet hatten (AK 114) ist die Türkei wirtschaftlich bankrott. Dies zeigt sich zum einen an der Devisenknappheit in einem enormen Außenhandelsdefizit, zum anderen an großen Preiserhöhungen auf der Grundlage erheblicher Versorgungsmängel. So gibt es z.B. kaum noch das zum Kochen benötigte Propangas, da Schiffsladungen mit Propangas nicht gelöscht werden konnten, weil die Devisen zum Bezahlen fehlten („Informationsdienst" (ID), 18.10. 77). Notwendige Dinge wie Fleisch, Brot und Schafskäse sind aufgrund von Preissteigerungen bis zu 60 % kaum noch erschwinglich und Fleisch ist eine Rarität geworden.

Der Türkei steht ein Hungerwinter bevor, in dem ein großer Teil der Bevölkerung nicht mehr versorgt werden kann.

In dieser Situation nimmt .die Streikbereitschaft zu. Über 100.000 Arbeiter streikten in den letzten Monaten. Der größte Streik ist der der Metallarbeiter, der schon mehr als sieben Monate dauert. Trotz leerer Streikkasse und der Aussperrung, die die Kapitalisten jetzt mit Hilfe der Regierung vorgenommen haben, geht der Streik mit Hilfe anderer Gewerkschaften und der Bevölkerung weiter.

Ecevit steuert auf „Große Koalition"

Das Parlament hat seit Bestehen der neuen Regierung noch nicht tagen können, da keine Einigung über den Tagesordnungspunkt 1 bei der Eröffnung des Parlaments erzielt werden kann. TOP 1 sieht die Wahl des Parlamentspräsidenten vor, der an sich von der stärksten Partei gestellt wird. Dies wurde der sozialdemokratischen CHP von der Rechtskoalition streitig gemacht. Auch der Vorschlag der Gerechtigkeitspartei, daß jeweils für zwei Jahre der Präsident von der AP und von der CHP gestellt werden soll, wurde von der CHP abgelehnt, so daß das Parlament seit vier Monaten handlungsunfähig ist. Zwar äußerte sich Ecevit „betrübt" darüber, daß durch diese Situation *„die Demokratie in der Türkei eine große Wunde hinterläßt"* aber *„die CHP wird sich jetzt zurückhaltend verhalten, um nicht noch größeren Schaden anzurichten"*. Hiermit trifft Ecevit das Kernproblem der politischen Situation in der Türkei:

Trotz der wirtschaftlichen Schwierigkeiten, trotz der ungehinderten Aktionen der Faschisten, trotz des Protestes und der Streiks seitens der Bevölkerung schweigt eine Stimme, die von Millionen von Türken als die „Hoffnung" angesehen wurde: Ecevit und seine sozialdemokratische Volkspartei. Damit will Ecevit *„den gutwilligen Fraktionen innerhalb der Regierung Zeit und Gelegenheit geben, die Lage in der Türkei zu verbessern. Sollten unsere Erwartungen nicht erfüllt werden, wird die CHP ihre Aufgabe wahrnehmen"* („Vatan", 27.10.77). D.h., Ecevit will mit dieser „Zurückhaltung" die Voraussetzungen für eine „Große Koalition" möglich machen.

Kapitalisten fordern AP/CHP-Koalition

In einem Bericht des Arbeitgeberverbandes der Türkei wird der Ernst der ökonomischen Situation hervorgehoben:

„Die bisher getroffenen Maßnahmen (gemeint sind die drastischen Preiserhöhungen) *reichen nicht aus. Diestaatlichen Investitionen und die Löhne müssen eingefroren werden.*

Diese Regierung wird die Probleme nicht lösen. Ein »Zwischenregime« aus einer Koalition der AP und CHP wird nötig."

Und auch Sabanci, Vorsitzender des Dachverbandes der Industriekammern fordert nach einer Analyse der bisherigen Regierungsarbeit, *„daß die Vorsitzenden unserer beiden großen Parteien sich offen und ehrlich gegenübertreten mit dem Ziel bei der Erörterung der Probleme unseres Landes ein Minimalprogramm aufzubauen. Das ist für die Nation nötiger denn je"* („Vatan", 26.10.77). Diese von den Kapitalisten geforderte Lösung stößt aber auf den Widerstand vieler Linker in der CHP. Das Risiko bei einer Koalition mit der rechtsgerichteten Gerechtigkeitspartei, die heutige Massenbasis zu verlieren, ist groß. Zudem könnten linke Abspaltungen aus der CNP den Aufbau einer linken Alternative fördern. Von daher wird die CHP noch viel Arbeit in die Ausrichtung stecken müssen, um eine breitere Zustimmung für eine Koalition mit der AP zu erreichen.

Zudem verstärkt die CHP augenblicklich ihre Anstrenungen innerhalb der gewerkschaftlichen Massenorganisationen, ihren dominierenden Einfluß auch mit dem Mittel der Spaltung und der Säuberungen durchzusetzen.

Säuberungen in der DISK

Auf dem „kleine Parteitag" der sozialdemokratischen CHP in Ankara am 1.10.77 gab Ecevit die Richtlinie aus, den Massenorganisationen mehr Aufmerksamkeit zu widmen, da *„die Linken und Rechten sich auf unsere Basis konzentrieren. Es war ein Fehler von uns und die Verantwortung trage ich, daß wir die Massenbasis vernachlässigt haben. Wir müssen jetzt die Massen organisieren, um uns von den Schmarotzern zu befreien"*.

Im Gewerkschaftsverband DISK finden bereits seit einiger Zeit weitreichende Auseinandersetzungen statt. In derVergangenheit richteten sich die Säuberungsaktionen fast nur gegen Sektoren und Mitglieder der revolutionären Linken. So wurde zuletzt die fortschrittliche Gewerkschaft Sosyal-Is aus DISK ausgeschlossen, weil sie gemeinsam mit demokratischen Organisationen antifaschistische Eklärungen herausgegeben hatte. Obwohl Sosyal-Is gegen diesen Beschluß erfolgreich prozessierte, hat DISK den Beschluß des Gerichts nicht anerkannt. Diese Aktionen wurden vor allem von den sich im Vorstand in der Mehrheit be-

Fortsetzung auf Seite 42

Fortsetzung von Seite 41

findlichen Mitgliedern und Sympathisanten der revisionistischen TKP durchgezogen, die ansonsten in der Türkei so gut wie nie öffentlich in Erscheinung tritt. Verbündete fanden die TKPler bei den rechten Sozialdemokraten, die DISK von allen revolutionären Kräften säubern wollen. Und über die DISK will auch die sozialdemokratische CHP ihren Einfluß in den Massenorganisationen vergrößern.

Diese Entwicklung scheint nun eine für die TKPler nicht erwartete und unangenehme Entwicklung zu nehmen: Auf einer Vorstandssitzung, auf der die Sozialdemokraten die Mehrheit hatten, wurde die Kündigung des TKP-nahen Generalsekretärs und von sieben Fachsekretären von DISK beschlossen. Während dieser Vorstandssitzung kam es zu handfesten Auseinandersetzungen. Etwa 100 IGD-Mitglieder („Verein der fortschrittlichen Jugend"), angeführt von TKP-nahen Vorstandsmitgliedern, kamen während der Sitzung in den Raum, schlossen die Vorstandsmehrheit, die die Beschlüsse gefaßt hatten, ein und verlangten die Rücknahme, was diese verweigerte, und gleichzeitig dem Generalvorsitzenden der DISK, Kemal Türkler, untersagte, eine Generalvertreterversammlung einzuberufen, weil die Sicherheit für deren Durchführung nicht gewährleistet sei.

Ähnliche Vorfälle sind auch in anderen Massenorganisationen festzustellen.

Auf dem Weg zu einer großen Koalition wird es sicher noch breitere Auseinandersetzungen in der CHP wie auch in den Massenorganisationen geben. Denn es ist nicht anzunehmen, daß bei einer großen Koalition nun mehr Freiheit, bessere Lebensbedingungen etc. über die CHP durchgesetzt werden, sondern mit Hilfe der CHP soll ein Programm durchgezogen werden, das den Massen große Opfer auferlegen wird. Für diesen Fall muß aber die CHP den Burgfrieden der Massenorganisationen garantieren können. In diesem Sinn sind auch die Säuberungen in den Massenorganisationen zu verstehen.

Es kommt jetzt darauf an, den linken Widerstand in der CHP und in den Massenorganisationen zu stärken, die Illusionen in eine CHP zu bekämpfen, um in dieser Ausrichtungsdebatte nicht resignierte Abwanderer, sondern kämpferische Teile zu gewinnen und zu organisieren.

Griechenland/Türkei-Kommission

Türkische Metallarbeiter seit über 5 Monaten im Streik

Seit Ende Mai streiken türkische Metallarbeiter. Der Kampf richtet sich in erster Linie gegen den Verband der Metallkapitalisten MESS. Mit dem vom fortschrittlichen Gewerkschaftsverband DISK organisierten Streik wollen die Arbeiter demonstrieren, daß sie MESS nicht als Tarifpartner anerkennen, sondern weiterhin mit den eizelnen Kapitalisten Verhandlungen führen und Tarifverträge abschließen wollen. Eine weitere wichtige Forderung ist die Wiedereinstellung aller im Herbst 1976 entlassenen Arbeiter, die sich an den Streiks gegen die Staatssicherheitsgerichte beteiligt haben. (Wir berichteten mehrfach darüber im AK)

Nachdem sich anfangs rund 40 000 Arbeiter am Streik beteiligten und es den Kapitalisten nicht gelang, die Streikfront aufzuweichen, gingen einzelne Kapitalisten auf die Forderungen ein. Zur Zeit kämpfen noch rund 15 000 Arbeiter.

Um ihre unnachgiebige Haltung zu demonstrieren, verkündeten die Kapitalisten Mitte Oktober in 12 Betrieben die Aussperrung. Davon sind etwa 5000 bis 6000 Kollegen betroffen. Die Kollegen haben auf diese Maßnahme mit Protestaktionen vor den Betrieben reagiert. Auch in den von der Aussperrung nicht betroffenen Betrieben wird weiter gestreikt. Mit den ausgesperrten Kollegen haben sich 110 fortschrittliche Organisationen und Vereine solidarisch erklärt.

In einer gemeinsamen Erklärung wird die Aussperrung als soziales Verbrechen und als Angriff auf die Arbeiterklasse sowie als Auswirkung der faschistischen Unterdrückung und des Terrors verurteilt.

Griechenland/Türkei Kommission

Erfolgreicher Kampf gegen Betriebsschließung



Am 27. September wurde das staatliche Braunkohlebergwerk in Askale wegen der angeblich zu großen Verluste geschlossen. Der eigentliche Grund jedoch liegt darin, daß sich die Kollegen in der von Linken beherrschten Untertagebaugewerkschaft organisiert haben. Mit Kundgebungen und Demonstrationen vor dem Werk protestierten sie gegen die willkürliche Betriebsschließung. Dabei trugen die Kollegen Transparente mit Parolen, wie: „Einziger Weg Revolution" oder „Arbeiter, Bauern, Studenten – einig für die Revolution" (siehe Bild). Am 9. November hat das türkische Hochgericht entschieden, daß der Betrieb wieder eröffnet werden muß !

Frankreich

KURZMELDUNGEN

Im AK 116 berichteten wir darüber, daß vor ca. 6 Wochen die gesamte Exekutivkommission der CFDT-Gewerkschafter in der zentralen Sortierabteilung der Post in Lyon ausgeschlossen wurde. Der Anlaß für diese Maßnahme der Gewerkschaftsbürokratie bildete die Mitgliedschaft von OCT-Genoss(inn)en in dieser Kommission.

Die CFDT ließ es jedoch keineswegs bei diesem Angriff gegen fortschrittliche Gewerkschafter bewenden. Inzwischen wurde bekannt, daß nach einer Sondervollversammlung zur Unterstützung der betroffenen Gewerkschaftsmitglieder gegen sämtliche 183 in dieser Sektion organisierten Kollegen ein Ausschlußverfahren eingeleitet wurde! So forsch ist bislang keine andere Gewerkschaft im westeuropäischen Ausland den DGB-Führern hinterhergespurtet.

* * *

Nach einer Meldung von „Le Monde" (28.10.77) sind 15 Personen aus der Gegend von Lyon und Grenoble der *„Aufforderung zur Befehlsverweigerung und Desertation"* angeklagt worden, nachdem sie am 28.Mai dieses Jahres in Villeurbonne ein Flugblatt verteilt hatten, das mit der Aussage *„Nein zur Armee"* begann.

Dieser Fall von Reglementierung von Antimilitaristen steht nicht allein. Seit Mitte Oktober versucht die Polizei durch regelmäßige Störaktionen, antimilitaristische Organisationen im Umkreis von Lyon zum Schweigen zu bringen, die durch tägliche Versammlungen auf den Fall von E.Schaal aufmerksam zu machen versuchen, der seit dem 12.8.77 wegen Befehlsverweigerung inhaftiert ist und sich im Hungerstreik befindet.

Frankreich-Kommission

Massenausweisung ausländischer Arbeiter



Ausländische Arbeiter in Frankreich: Erst angelockt, dann mißhandelt und schließlich wieder abgeschoben.

Ende September kündigte Stoleru, Staatssekretär im französischen Arbeitsministerium, einschneidende Maßnahmen zur weiteren Entrechtung der ausländischen Arbeiter an:

- Stop des Familiennachzugs, d.h. unmenschliche Trennung Zehntausender ausländischer Arbeiter von ihren Frauen und Kindern;
- Keine Ausgabe von neuen Arbeitsgenehmigungen, d.h. wachsende Illegalisierung von Ausländern, da z.B. Hunderte von Jugendlichen, die in Frankreich geboren und aufgewachsen sind und sich in ihrem „Heimatland" nicht mehr zurechtfinden, heimlich „illegal" nach Frankreich zurückkehren.
- Ausweitung der Rückkehrprämien von Arbeitslosen auf alle Ausländer, die „freiwillig" zurückkehren wollen. Die Prämie beträgt lächerliche 10.000Francs=DM 5.000.-, und da sie mit einem Verzicht auf jeden Renten- und Rückkehranspruch verbunden ist, haben erst 3.600 von geschätzten 50.000 Arbeitern davon Gebrauch gemacht.

Stolerus Ankündigungen haben zahlreiche Proteste von den Gewerkschaften bis hin zu den Kirchen hervorgerufen. CFDT und CGT führen Unterschriftensammlungen unter der Forderung nach ersatzloser Streichung der Maßnahmen durch, außerdem haben sie für den 17.November die ausländischen Gewerkschaften, aus deren Ländern Arbeiter in Frankreich arbeiten, um über gemeinsame Protestmaßnahmen zu beraten.

Die Diskussion schlug so hohe Wellen, daß sich Stoleru zu einer Propagandatour nach Algerien, Marokko und Tunesien genötigt sah, um dort *„die Wahrheit über die französische Ausländerpolitik wiederherzustellen, die durch eine Diffamierungskampagne verdunkelt war"* (Le Monde, 28. 10.).

Ein Ergebnis der Proteste ist, daß der Familiennachzug weiterhin erlaubt sein soll. Allerdings sollen die nachkommenden Ehepartner keine Arbeitserlaubnis bekommen.

MASSENAUSWEISUNGEN, MENSCHENRAUB UND LEBENSLANGE VERBANNUNG

Während Stoleru im Fernsehen heuchlerisch versichert, *„wir werden niemanden vor die Tür setzen"*, sind willkürliche Ausweisungen tägliche Praxis: Allein im letzten Jahr gab es 5.000 Ausweisungen! Die gesetzlichen Bestimmungen zur Ausweisung von Ausländern sind in Frankreich ebenso schwammig wie die berüchtigten „Belange der BRD" des hiesigen Ausländergesetzes.

In Frankreich kann ausgewiesen werden, *„wenn die Anwesenheit des Ausländers auf französischem Territorium eine Drohung für die öffentliche Ordnung (...) darstellt"*. Definitionen, was unter dieser „Drohung" und unter „öffentlicher Ordnung" zu verstehen ist, gibt es nicht, d.h. die Auslegung ist einzig und allein von der politischen Willkür der Behörden und Gerichte und den konjunkturellen Interessen der Kapitalisten abhängig. So hat z.B. auch von 1975 bis 1976 die Zahl der Ausweisungen um 50% zugenommen.

Ende Oktober traten drei Anwälte aus Lyon mit ihrem Protest gegen die willkürlichen Abschiebungen auf einer Pressekonferenz an die Öffentlichkeit. Sie veröffentlichten ein Schwarzbuch der krassesten Fälle (auszugsweise in „Liberation" veröffentlicht), wobei sie aus Gründen der Vorsicht nur abgeschlossene Fälle aufführten und die Namen änderten. Sie stellten einen Katalog der verbreitetsten Willkürakte zusammen

- Abschiebung wegen „heimlicher Einwanderung" obwohl die Ausländer Bescheinigungen vorweisen können, aus denen hervorgeht, daß sie ihre Papiere nur verloren haben.
- Entführung einzelner Ausländer von ihrem Arbeitsplatz, Inhaftierung, nach 2 bis 3 Tagen Abschiebung ohne Verfahren und ohne Information eines Anwalts.
- Erpressung, Papiere zu bekommen, wenn man als Polizeispitzel arbeitet.

Häufig wird ein Ausländer zur Polizei geladen, *„in einer Angelegenheit, die Sie betrifft"*. Dort werden seine Papiere einfach beschlagnahmt, später wird er dann ohne Verfahren ausgewiesen, da er „illegal" eingewandert sei! Jedoch auch beim „ordnungsgemäßen" Ausweisungsverfahren sind die Chancen kaum besser: Die Ausweisungskommission ist zur Anhörung des Ausländers nicht verpflichtet; häufig wird er nicht persönlich geladen; höchst selten kann er einen Anwalt hinzuziehen. Das Ergebnis wird ihm in der Regel nur mündlich mitgeteilt, so daß er keine Einspruchsmöglichkeiten hat.

Frankreich-Kommission

Schweiz

Kurzmeldungen

Referendum gegen Indikationsmodell

Gegen das Indikationsmodell, das nach Scheitern der Fristenlösung in Kraft treten soll, haben jetzt sowohl eine reaktionäre Gruppierung wie auch linke Organisationen und Frauengruppen das Referendum ergriffen. Die Reaktionäre (die der berüchtigten Organisation «Ja zum Leben» nahestehen) sind, wie zu erwarten, gegen jede Abtreibung überhaupt. Das Referendumskomitee, die Linken, dagegen will verhindern, daß durch das Indikationsmodell für die Kantone Zürich, Basel und Genf eine Verschlechterung in der relativ liberalen Abtreibungspraxis eintritt (mach «AZ», 31.10. und «NZZ», 23.10.).

Polizei gegen Frauenfest

Die «Aktion Frauenzentrum» (AFZ) und die OFRA hatten im Rahmen der «Kulturinitiative» in Basel ein großes Frauenfest nur für Frauen veranstaltet. Dabei kam es zu einem Polizeieinsatz. Als einige Frauen in der Nähe der Festhalle in ein Restaurant gingen, wurden sie von einigen verhetzten Männern angepöbelt und schließlich aus dem Lokal rausgeschmissen. Der Wirt holte gleich die Polizei und diese verfolgte die betroffenen Frauen bis in die Festhalle. Dort gab es dann eine Schlägerei, an der sich auch noch andere Männer aus dem Restaurant beteiligten. Dabei wurden einige Frauen u.a. durch Faustschläge ins Gesicht verletzt.

Einige Frauen malten daraufhin in Anspielung auf Polizeiausstellung Basel (D'Polizey isch do) an die Hallenwand: «D'Polizey isch do zum Frauezammeschloh» («Die Polizei ist zum Frauenzusammenschlagen da») (nach «BaZ», 2.11.77).

Schweiz. «Wir lassen uns nicht einschüchtern und kriminalisieren!» sagt die Frauenbefreiungsbewegung (FBB) Zürich zur Hetze der bürgerlichen Presse gegen politisch aktive Frauen und die Frauenemanzipation. In einem Artikel der «Frauezitig» Nr. 9 setzt sie sich mit der neuen Qualität dieser Kampagne nach dem Tod Pontos auseinander.

Recht deutlich wird herausgearbeitet, daß es in Zeitungsartikeln zum Thema «Was treibt Mädchen in den Terror?» («Welt», 3.8.77) darum geht, durch psychologische und mystische Deutungen die tatsächlichen Gründe zu verschleiern, aus denen sich Frauen zur Wehr setzen. Stattdessen soll den Lesern eingeredet werden: *«Wenn sich Frauen dagegen wehren, ihre traditionelle Rolle auszufüllen, ist es nur ein kleiner Schritt, bis sie diese Gesellschaft mit Waffen bekämpfen»* (Frauezitig, FZ). Am Beispiel Ulrike Meinhof und Susanne Albrecht zeigt die Frauezitig, wie in den Lebensläufen der betreffenden Frauen heruminterpretiert und so z.B. der Mord an Ponto zum Vatermord wird. Demgegenüber erklärt die FZ, wer Ponto wirklich war. Die FZ schreibt: Es bleibt nun nicht dabei, daß die Nachbarn Spitzeldienste gegenüber emanzipationsverdächtigen Frauen (als potentielle Terroristinnen) leisten sollen, sondern im Moment werden ganz besonders «Mutterinstinkte» und «Muttergefühle» bei Frauen angesprochen. *«Kurz gesagt soll das für die Mutter heißen: Achte schon in der Erziehung darauf, daß die Mädchen nicht aus ihrer zugewiesenen Rolle fallen. Und vor allem: Nehmt ihr eure 'wahre' Aufgabe als Frau, Kinder zu erziehen, wieder ernster, sonst seht ihr, was daraus wird»* (FZ, Nr.9).

Dem ist nichts hinzuzufügen! Solche Stellungnahmen vermissen wir in einigen Frauenzeitungen bei uns!

Österreich-Schweiz-Kommission

Frauenbewegung und Linke zum Scheitern der Fristenlösung

Die Stellungnahmen der Schweizer Frauenbewegung und linken Organisationen zum Abstimmungsergebnis der Fristenlösungsinitiative am 25.9. sind insgesamt recht mager . Der Tenor sämtlicher Zeitungen ist: Dank einer mit ungeheurem Geld- und Propagandaaufwand geführten Kampagne von Reaktionären aller Schattierungen und der katholischen Kirche, die mit primitivsten Mitteln völlig irrational und verlogen argumentierte, hat die Reaktion in dieser Sache gesiegt. Das enttäuscht uns. Wir werden aber weitermachen.

Eine genauere Auseinandersetzung mit der gesamten Kampagne fehlt völlig, z.B. über die Fragen: Wie sahen unsere eigenen Aktivitäten aus? Wo haben wir Fehler gemacht? usw.

Allein die Frauenbefreiungsbewegung (FBB) Zürich stellt in der „Frauezitig" Nr. 9 solche Fragen und untersucht die eigene Arbeit. Deshalb wollen wir darauf etwas genauer eingehen?

Während der Kampagne kam es der FBB nicht hauptsächlich auf die Gewinnung von Ja-Stimmen an, sondern mehr auf die Entwicklung der Diskussion über Abtreibung und die dahinterliegenden Probleme. Das versuchte die FBB durch folgende Aktivitäten:

— FBB-Gruppen zeigten in vielen Orten im Umkreis von Zürich den Film „Lieber Herr Doktor", der sehr interessante Diskussionen auslöste. Bei harten Konfrontationen mit Gegnern der Fristenlösung gelang es den Frauen auch, recht viele Argumente von ihrem Standpunkt her in die Diskussion zu bringen.— Bei Standaktionen in Zürich gab es viele fruchtbare Gespräche mit Frauen.

— *„Die einheitlich organisierte Großveranstaltung vom 3. September im Züricher Volkshaus hätten wir gerne dazu benutzt, um mit den verschiedenen Befürworter-Organisationen vertiefter ins Gespräch zu kommen, um das Thema Abtreibung differenzierter anzugehen und um der Öffentlichkeit unsere Stärke zu demonstrieren. Über 3.000 Personen kamen im Laufe der Veranstaltung ins Volkshaus. Doch wenn sich die anderen unterzeichnenden Frauenorganisationen ebenso stark an der Organisierung beteiligt hätten wie die OFRA und die FBB, dann hätte dieses Meeting besser werden können. Vielleicht wäre es uns dann auch gelungen, unsere eigenen Vorstellungen mehr miteinzubeziehen. Denn vor lauter Organisieren kam unsere eigene inhaltliche Vorbereitung etwas zu kurz."*

„Im großen und ganzen war diese Kampagne eine der besten und intensivsten, die die FBB je hat führen können... Auch nach aller Herauszögerung ist das Thema Abtreibung für viele Frauen brennend und aktuell geblieben."

Die Beteiligung an den Vorbereitungssitzungen und Vollversammlungen der FBB war sehr groß, viele neue Frauen konnten in die Aktivitäten gleich miteinbezogen werden. Allerdings kam insgesamt die inhaltliche Diskussion zu kurz, deshalb wird auch die Frage gestellt, ob sich die FBB an solcher Initiative, die sie ja nur kritisch unterstützt hat, mit diesem Kraftaufwand beteiligen sollte. Diese Frage hatte die FBB während der Kampagne nicht konkretisieren können. Das Abstimmungsergebnis im Kanton Zürich von fast 60 % Ja-Stimmen macht ihr aber Mut, die Situation ungewollt schwangerer Frauen mit aktiven Aktionen zu verbessern. Wie das aussehen kann, soll in den nächsten Wochen erarbeitet werden (nach „Frauezitig" Nr. 9).

Österreich/Schweiz-Kommission

Schweizer Komitee gegen Pogromhetze in der BRD

Kampf gegen den Terrorismus liefert in letzter Zeit in der Bundesrepublik Deutschland immer häufiger den Vorwand, mißliebige Meinungen zu unterdrücken. Übereifrig werden Ersatzschuldige, sogenannte »Sympathisanten«, angeklagt; selbst Böll, Grass und Brandt haben dies zu spüren bekommen. In diesem Klima von verordneten Gefühlen und perfiden Verdächtigungen wird es immer schwieriger, sich Klarheit darüber zu verschaffen, was wirklich passiert. Gegeninfomation wird systematisch behindert.

Am 6. Oktober wurde zum Beispiel die «Stadt-Revue», ein Kölner Alternativmagazin, beschlagnahmt, weil es den «Buback-Nachruf» und die «Erklärung von 48 Hochschullehrern» veröffentlicht hatte. Der Fall der «Stadt-Revue» ist kein Einzelfall; er ist vielmehr ein Symptom einer sich verschärfenden Entwicklung. Als letzte Meldung erreicht uns die Nachricht von der vorübergehenden Verhaftung von 40 Redakteuren des Berliner «Info-Bulletins» — ein massiver Einschüchterungsversuch.

Uns Schweizer darf es nicht egal sein, was in unserem Nachbarland vor sich geht. Nur zu gut wissen wir, wie sich solche Tendenzen auf unser Land übertragen. Deshalb protestieren wir gegen die Beschlagnahme der Kölner «Satdt-Revue» und gegen jede Einschränkung kritischer Öffentlichkeit in der Bundesrepublik Deutschland.

Mit diesem Aufruf wenden sich verschiedene schweizerische Alternativmedien, darunter Filmkooperative, Filmkollektiv Zürich, focus, Telefonziitig, Demokratisches Manifest, Progress und Zeitdienst an die Öffentlichkeit. Beabsichtigt ist, bei schweizerischer Prominenz, namentlich politischer und Intellektueller, Unterschriften für einen Brief an die Regierung der BRD, respektive den Botschafter dieses Landes in der Schweiz zu sammeln.

(Zeitdienst, 4.11.77)

England Irland

Reaktionen der britischen Linken zu Stammheim

„Big Flame" (BF)

In der Novemberausgabe ihrer Monatszeitung „Big Flame" druckte BF das Foto des gefangenen Schleyer ab. Unterschrift: „Bekannter Nazi begeht 'Selbstmord'".

In einem Artikel mit der Überschrift „Deutschland : Staatlicher Mord" heißt es: *„Es gibt keinen Weg dahin, daß die Wahrheit darüber, wie Andreas Baader, Gudrun Ensslin, Jan Carl Raspe, drei führende Mitglieder der RAF, starben, jemals gefunden wird. Denn ein Staat, der seine politischen Gefangenen mordet, führt keine ehrliche Untersuchung durch. Auf jeden Fall besteht kein Zweifel, daß der deutsche Staat ihnen das Leben genommen hat, entweder indem er sie physisch liquidiert hat, oder indem er sie derart psychisch fertig gemacht hat, daß Selbstmord der einzige Ausweg war. (...) Was immer Sozialisten von der Strategie halten mögen, es ist entscheidend, festzustellen, daß sie* (die RAF-Mitglieder – Anm. d. AK) *politische Gefangene sind (es sind immer noch über 60 Menschen wegen ähnlicher Vorwürfe in deutschen Gefängnissen), denen nicht nur die Rechte abgesprochen wurden, die allen Gefangenen, ob politisch, oder nicht gewährt werden müssen, sondern die bereits behandelt wurden, als wären sie keine Menschen mehr. Sie sind behandelt worden wie Monster, die durch Experimente in der totalen Isolation gebrochen werden müssen."*

In einem längeren Artikel mit der Überschrift „Rote Armee Fraktion" setzt sich BF sehr solidarisch mit den Positionen der RAF auseinander: *„Sie verstanden sich selbst als eine bewaffnete Fraktion einer revolutionären Bewegung, der enttäuschten Jugend, der Arbeitslosen und Ausländer, von Teilen der Bevölkerung, mit denen sie gearbeitet hatten und wo sie wußten, daß sie einige Unterstützung hatten."* BF schreibt weiter, daß die „falsche Taktik und Analyse" der RAF diese immer mehr isolierte.

Unter der Zwischenüberschrift „Repression" schreibt BF weiter: *„Das 'Modell Deutschland' brachte eine gewaltsame Reaktion hervor: die Stadtguerilla ist das Gegenstück zu einer total ausgerichteten Gesellschaft, in der die legalen Möglichkeiten, Veränderungen zu erreichen, derart beschränkt sind. Das Entstehen der RAF war die Reaktion darauf, wie der deutsche Staat jede Form des Widerspruchs beantwortete: durch Repression, Einschüchterung und eine massive Demonstration der Stärke.*

Wegen des elitären Herangehens und der Isolation der RAF hat die Linke es oft aufgegeben, zu analysieren, warum die RAF das tat, was sie tat. Oder sie (die Linke – Anm. AK) *war so eifrig darum besorgt, sich von der Strategie* (der RAF – Anm. AK) *zu distanzieren, daß sie es versäumte, sich mit ihr objektiv auseinanderzusetzen. Es ist sehr betrüblich zu hören, wie Sozialisten moralisieren oder fast hysterisch werden, wenn sie über den gegenwärtigen 'ultra-linken Terrorismus' sprechen, während sie an vergangene Akte politischer Gewalt herangehen, wie an Schachpartien, die in der Geschichte gespielt worden sind."*

„Workers Revolutionary Party"

Die radikaltrotzkistische Workers Revolutionary Party (WRP) (sie fordert eine neue Untersuchung über die Umstände der Ermordung Trotzkis) schreibt in ihrer Tageszeitung „News Line" über die Stammheimer „Selbstmorde": *„Baader, der wie Raspe und Gudrun Ensslin am Donnerstagmorgen ermordet wurde, hatte – entsprechend den Äußerungen des Rechtsanwalts von Gudrun Ensslin, Otto Schily, damit bereits seit dem 6. September gerechnet, seit dem Tag an dem Schleyer gefangen genommen wurde "*(NL, 20.10.77).

„News Line" bringt dann eine ausführliche Schilderung der widersprüchlichen Behauptungen der offiziellen Stellen und wertet diese Widersprüche als Stütze für die Annahme, daß die „Selbstmorde" Mord waren.

NL vom 21.10.77 schildert die *„größte Menschenjagd der Polizei in der Geschichte des Landes auf die Menschen, die den Ex-Nazi und Führer der Arbeitgeber Schleyer hingerichtet haben. Hunderttausenden von Flugblättern mit den Namen und Beschreibungen von 7 Männern und 9 Frauen, die ohne Gerichtsverfahren bereits für den Mord schuldig gesprochen wurden, wurden verteilt."*

Eine politische Auseinandersetzung mit der RAF fanden wir in den Nummern vom 18.10., 20.10., 21.10. nicht.

Englandkommission

Neue AKW-Debatte bei SWP

Noch vor einem Jahr war die offizielle Linie der Socialist Workers Party (SWP) zur Atomenergie etwa folgende: Wissenschaft und Technologie seien neutral und Atomkraft sei von *„immensem Nutzen für die Menschheit, vorausgesetzt die Sicherheit steht an erster Stelle"* (Socialist Worker" (SW) 4.12.76). Bereits auf dem Ostertreffen 1977 in Skegness wurde jedoch deutlich, daß diese Linie nicht von allen Genossen geschluckt wurde (vergl. AK 104)

Inzwischen hat die innerorganisatorische Debatte wohl vor allem unter dem Eindruck der Kämpfe in West-Deutschland, Frankreich, Spanien etc. eine Wende genommen: Seit Ende September wird die Debatte wieder öffentlich in der Leserbriefspalte geführt. Es wird darauf hingewiesen, daß zwar *„alle Industrien für die Arbeiter gefährlich seien"*, daß sich die Atomindustrie jedoch dadurch auszeichnet, daß sich auch *„unter Arbeiterkontrolle"* nicht alle Risiken beseitigen ließen. Es sei schließlich unvermeidlich, daß bei der Atomenergie radioaktives Material produziert würde. Dieses *„ kann weder theoretisch noch praktisch sicher gemacht werden – weder in einem Arbeiterstaat noch anderswo." ... „Es dauert hunderttausende von Jahren, bis es zerfällt und dieser Prozeß kann durch nichts beschleunigt werden."*(SW,24.9.)

Zwar finden sich in anderen Beiträgen noch Vorbehalte hinsichtlich einer möglichen Verwendung von Atomkraft im Sozialismus, die Bedeutung der „friedlichen" Nutzung für die Atomwaffenproduktion wird aber klar gesehen.

Im Verlauf der Debatte werden nun auch die Erfahrungen der westdeutschen AKW-Gegner berücksichtigt. Während die Berichterstattung im „Socialist Worker" nach 'Brokdorf III' noch lediglich aus einem Photo von KBW'lern in Itzehoe (!) bestand, wurde nach Kalkar – auch mit Hinweis auf die Schleyer-Entführung – groß herausgestellt, wer Deutschlands wahre Terroristen sind. (SW, 1.10.77). Ein Genosse der SWP, der Pressefotograf des „Socialist Worker", nahm in einem Bus der BUU teil an der Fahrt nach Kalkar, um darüber für den SW zu berichten.

Am 22.10. wurde schließlich in einem 2-seitigen Artikel die tödliche Gefahr der Atomenergie herausgearbeitet – sowie der politische Hintergrund der „friedlichen Nutzung" der Atomenergie: *„Nach dem Krieg begannen Amerika und Rußland um die Wette immer tödlichere Atomwaffen zu produzieren. Die weltweiten Proteste gegen diese Massenvernichtungsmittel zwang die Politiker, eine Kampagne für die 'friedliche' Nutzung der Atomenergie zu führen.*

In Wahrheit war die 'friedliche' Entwicklung Vernebelung der Tatsachen. Stromerzeugung mit Atomkraft war nur ein nützliches Nebenprodukt zur Täuschung der Öffentlichkeit. In Wahrheit wurde Uran zur Bombenherstellung angereichert"

Zu Beginn des nächsten Jahres wurde bereits ein größerer Artikel über Atomkraft im theoretischen Organ der SWP angekündigt. Ausserdem bietet die SWP Redner über den Kampf gegen AKWs für Veranstaltungen an.

Wir sind optimistisch, daß bald auch in Großbritannien einige Zäune um AKWs erhöht werden müssen.

Englandkommission

Polizeiterror bei Grunwicks



London. Für den 7. November hatte das Streikkomitee der kleinen Londoner Fotoanstalt Grunwicks einen neuen Aktionstag angesetzt. Seit August 1976 wird der Betrieb bestreikt, nachdem ca. 100 Kolleg(in)en überwiegend asiatischer Herkunft wegen ihrer Forderung nach gewerkschaftlicher Organisierung gefeuert wurden.

Auch diesmal waren wieder über 8.000 Menschen am Montag früh erschienen, um als ‚Streikposten' (Pickets) vor dem Betriebseingang ihre Solidarität zu demonstrieren. Diesmal hatte, selbst nach Ansicht des bürgerlichen „Guardian", die Polizei die Aufgabe, durch besonders massives Auftreten und brutales Vorgehen größere Ansammlungen von Pickets zu verhindern.

Ein Sechstel der Londoner Polizeikräfte (4.000 Mann) einschließlich ca. 50 Reitern und mehreren hundert „Spezialpatrouillen" (Greifer mit Sonderausbildung) wurde ohne ersichtlichen Anlaß wahllos auf Einzelne oder kleinere Gruppen gehetzt.

Als sich spontan ein Zug von ca. 3.000 Pickets zur Polizeiwache begab, um dort gegen den Einsatz zu protestieren, brauchten die Bullen, trotz äußerster Brutalität, fast eine halbe Stunde, um die Belagerung aufzulösen. Nach Angaben des Streikkomitees, erlitten 12 Demonstranten Knochenbrüche, 243 weitere mußten im Krankenhaus behandelt werden. 108 Kollegen hat die Polizei eingesperrt.

Zwei Labour–Abgeordnete, die sich den Pickets angeschlossen hatten, beschwerten sich anschließend beim Innenminister über die Polizeibrutalität. Innenminister Rees lehnte jedoch eine Untersuchung der Vorfälle ab: **„Die Polizei hat mein volles Vertrauen sowie das der Regierung und damit basta"** („Guardian" vom 8.11.77).

Englandkommission

IRA zu Carters Menschenrechts-Apell

Carter, oberster Repräsentant des US-Imperialismus, hatte Anfang September im Rahmen seiner »Menschenrechtskampagne« Irland am Wickel: er forderte eine »gerechte Lösung, die beide Teile der Gesellschaft in Nordirland einbezieht (!), die die Menschenrechte schützt und die Diskriminierung abschafft — eine Lösung, die das Volk von Nordirland und genauso die Regierungen von Britannien (!) und Nordirland (!) unterstützen können« (nach »Guardian«, 1.9.77).

die Leute zu betrügen, wenn sie aufgehört haben zu kämpfen, dann hätten sie kein Faustpfand mehr, um an den Verhandlungstisch zu gehen. Ohne dieses Faustpfand zu verhandeln, sei verhängnisvoll«. O'Bradaigh wies auch auf den Widerspruch hin, daß diejenigen, die die Forderung nach vollständiger Befreiung des irischen Volkes unterstützen würden, nicht in die USA einreisen dürften, während Repräsentanten der Briten, der Dubliner Regierung und der rechten Loya-

Niederlande

„Stop de Neutronenbom"

Am 5. November wurde in Utrecht von fünf mehr oder weniger linken Parteien und zwei christlichen Organisationen eine Kundgebung gegen die Neutronenbombe (s.a.AK 108) durchgeführt.

Antimilitaristische Aktionen wie die Friedensmärsche, Bewegungen wie „Ban de bom" (Bannt die Bombe) u.ä. haben in den Niederlanden seit rund 20 Jahren eine relativ ungebrochene Kontinuität. Die Pazifistisch-Sozialistische Partei (PSP) ist mit der Parole „Sozialismus ohne Atombombe" gewissermaßen groß geworden.

So entstand, als die Berichte über Carters Beschluß für den Bau der Neutronenbombe erschienen, eine rasch an Breite zunehmende Bewegung. Am 19.8. wurde die Initiative „Stop de Neutronenbom" gegründet. Protestaktionen vor dem niederländischen Parlament, amerikanischer Botschaft und dem Nato-Hauptquartier folgten. Auf Märkten und in Betrieben wurden Unterschriften (in den ersten drei Wochen über 10 000) gesammelt, in einer Amsterdamer Schule wird derzeit eine „lay-down"-Aktion (an weiteren Schulen werden Stunden über die Neutronenbombe abgehalten) vorbereitet. Mit der Herausgabe eines „N Bulletins" ist begonnen worden (nach „N Bulletin", Nr.1, Sept.1977).

Die Kundgebung war gemeinsam organisiert worden von der

- Sozialdemokratischen Partei (PvdA);
- den Demokraten '66 (D '66), eine ehemals linksliberale, jetzt immer mehr zur „Mitte" marschierenden Partei;
- der revisionostischen KP (CPN), die zusammen mit ihrer Jugendorganisation ANJW einen nicht unwesentlichen Teil der Mobilisierungsarbeit geleistet hatte;
- den Radikaldemokraten (PPR);
- der Pazifistisch-Sozialistischen Partei (PSP);
- dem Interkirchlichen Friedensrat (IKV), ein Zusammenschluß mehrerer Konfessionen, der seine alljährliche Friedenswoche in diesem September unter das Motto „Schafft die Kernwaffen aus der Welt, fangt mit den Niederlanden an" gestellt hatte und
- Pax Christi.

Ein bemerkenswert breites Bündnis also, zu dem auch die Christreaktion (CDA) eingeladen war, die es aber vorzog den „Schutz des menschlichen Lebens" über die Verhinderung der Abtreibungsreform zu betreiben, nicht aber durch den Widerstand gegen die jedes Lebewesen vernichtende Neutronenbombe. Allem Anschein nach hatten sich die Veranstalter auch nur unter allerlei Konzessionen zusammengefunden. Im offiziellen Aufrufflugblatt wird bemerkenswerterweise zu einer Kundgebung *„über die Gefahren der Neutronenbombe"* eingeladen, nicht aber die Forderung „Stop de Neutronenbom" propagiert! Der mehr oder weniger direkte Ausschluß revolutionärer Organisationen (Sozialistische Partei, Internationaler Kommunistenbund) von der Teilnahme an dieser Veranstaltung dürfte ebenfalls dem Einverständnis „der Großen" untereinander zu danken sein.

Abgesehen von der CPN und Pax Christi mochte sich auch keiner der Redner zu schärferer Kritik, etwa an dem sozialdemokratischen Außenminister und dem „Verteidigungs"minister der gleichen Partei durchringen, die ihr Eintreten für die Neitronenbombe derzeit noch hinter „mangelnder Informiertheit" verbergen. Frits Dragstra von der CPN brachte vor, was die beiden sozialdemokratischen Minister angeblich noch nicht wissen: *„Die sachliche Information ist, daß das Ding nur Menschen tötet"*. Die Verbindung von antimilitaristischen zum antikapitalistischen Kampf zog bemerkenswerterweise erst ein Sprecher von Pax Christi: *„Wer gegen die Neutronenbombe ist, ist gegen Kernwaffen, der ist gegen das wirtschaftliche System selbst, der ist für ein anderes System"* („de Volkskrant", 7.11.).

Es bleibt abzuwarten, ob sich aus der erreichten Breite auch eine Kampfkraft entwickelt oder ob sich Clara Zetkins Erkenntnis über den Quark bewahrheitet, der nämlich, wird er getreten, zwar breit aber nicht stark wird ...

Niederlande-Kommission



Kundgebung gegen die Neutronenbombe in Utrecht

- der Pazifistisch-Sozialistischen Partei (PSP);
- dem Interkirchlichen Friedensrat (IKV), ein Zusammenschluß mehrerer Konfessionen, der seine alljährliche Friedenswoche in diesem September unter das Motto „Schafft die Kernwaffen aus der Welt, fangt mit den Niederlanden an" gestellt hatte und
- Pax Christi.

Ein bemerkenswert breites Bündnis also, zu dem auch die Christreaktion (CDA) eingeladen war, die es aber vorzog den „Schutz des menschlichen Lebens" über die Verhinderung der Abtreibungsreform zu be-

Abgesehen von der CPN und Pax Christi mochte sich auch keiner der Redner zu schärferer Kritik, etwa an dem sozialdemokratischen Außenminister und dem „Verteidigungs"minister der gleichen Partei durchringen, die ihr Eintreten für die Neitronenbombe derzeit noch hinter „mangelnder Informiertheit" verbergen. Frits Dragstra von der CPN brachte vor, was die beiden sozialdemokratischen Minister angeblich noch nicht wissen: „Die sachliche Information ist, daß das Ding nur Menschen tötet". Die Verbindung von antimilitaristischen zum antikapitalistischen Kampf zog bemerkenswerterweise

Während es in der SPD-Führung bestenfalls taktische, aber keinerlei ernsthaftere prinzipielle Vorbehalte gegenüber der Neutronenbombe gibt (Egon Bahrs „Kritik", mit der er mal wieder den „Linken" raushängen durfte, kann getrost unter dem Stichwort Demagogie abgelegt werden), hat sich die Parteiführung der niederländischen Sozialdemokratie gegen die Neutronenbombe ausgesprochen. In ihrer Erklärung heißt es u.a.: *„Der Vorstand der PvDA folgert aufgrund der heute verfügbaren Angaben, daß sowohl die Produktion wie die Einführung der Neutronenbombe abgewiesen und verhindert werden muß, (...),er ruft die Fraktion und die Regierungsmitglieder auf, bei jeder auftretenden Gelegenheit, also auch auf eigene Initiative, sich jeder Verbreitung der nuklearen Bewaffnung zu widersetzen, also auch der Neutronenbombe..."* (zit. nach „N Bulletin", Nr.1, Sept. 1977). Die von der PvDA gestellten Außen- und der

gegenüber der Neutronenbombe gibt (Egon Bahrs „Kritik", mit der er mal wieder den „Linken" raushängen durfte, kann getrost unter dem Stichwort Demagogie abgelegt werden), hat sich die Parteiführung der niederländischen Sozialdemokratie gegen die Neutronenbombe ausgesprochen. In ihrer Erklärung heißt es u.a.: „Der Vorstand der PvDA folgert aufgrund der heute verfügbaren Angaben, daß sowohl die Produktion wie die Einführung der Neutronenbombe abgewiesen und verhindert werden muß, (...),er ruft die Fraktion und die Regierungsmitglieder auf, bei jeder auftretenden Gelegenheit, also auch auf eigene Initiative, sich jeder Verbreitung der nuklearen Bewaffnung zu widersetzen, also auch der Neutronenbombe..." (zit. nach „N Bulletin", Nr.1, Sept. 1977). Die von der PvDA gestellten Außen- und der
„Verteidigungs"minister verschließen sich dieser Erklärung jedoch wegen ihrer „mangelnden Informiertheit". Weiter sei es dahingestellt, ob sich der Parteivorstand zu dieser Erklärung nicht nur aufgeschwungen hat, weil er aufgrund des parlamentarischen Kräfteverhältnisses so bald nicht in die Verlegenheit kommt, den Inhalt der Erklärung in die Tat umzusetzen.

Eine Reihe linker und revolutionärer Organisationen (von denen allerdings nur die PSP bei der Utrechter Kundgebung „zugelassen" war)gaben eine gemeinsame Erklärung heraus, in der gefordert wird, daß der niederländische Staat in keiner Weise *„an der Verbreitung der Kernbewaffnung durch die Einführung der Neutronenbombe"* mitwirken solle. Darüberhinausgehend wird gefordert, *„daß alle Kernwaffen aus den Niederlanden verschwinden müssen"*, daß bereits, bevor nähere Absprachen im Nato-Verband getroffen werden, Präsident Carter deutlich gemacht wird, daß *„jede niederländische Mitarbeit an der weiteren Entwicklung, Produktion und Lagerung verweigert (wird), auch wenn der Vertrag über die Lagerung von Kernwaffen auf niederländischem Boden dazu aufgesagt werden muß"*.

Die Erklärung ist unterzeichnet von der sozialistischen Soldatenorganisation BVD, den gewerkschaftsoppositionellen Gruppierungen Federatie Haven Vakvereniging und dem Onafhandelijk Verbond van Bedrijforganisaties, den revolutionären Organisationen Socialistiese Partij (die der Initiator dieses Aufrufs war) und dem Internationale Kommunistenbond (IV.Internationale) sowie der auch im Parlament vertretenen Pacifistisch Socialistisch Partij (nach „Radikaal", Zeitung der PSP, 10.10. 1977).

Niederlande Kommission



IRA zu Carters Menschenrechts-Apell

Carter, oberster Repräsentant des US-Imperialismus, hatte Anfang September im Rahmen seiner »Menschenrechtskampagne« Irland am Wickel: er forderte eine *»gerechte Lösung, die beide Teile der Gesellschaft in Nordirland einbezieht* (!) , *die die Menschenrechte schützt und die Diskriminierung abschafft — eine Lösung, die das Volk von Nordirland und genauso die Regierungen von Britannien* (!) *und Nordirland* (!) *unterstützen können«* (nach »Guardian«, 1.9.77).

Carter machte natürlich keine genauen Angaben, was er sich unter dieser »Lösung« vorstellte, er verurteilte weder die direkte Herrschaft des britischen Imperialismus in Nordirland, noch stellte er die konkrete Forderung nach Beteiligung des katholischen Bevölkerungsteils an der Regierung auf.

Er sagte stattdessen: *»Wir unterstützen die Einrichtung einer Regierungsform in Nordirland, die eine breite Unterstützung in beiden Teilen der Gesellschaft genießt«*(s.o.).

Andererseits verband er diese Apelle natürlich gleichzeitig mit einer Verurteilung der Anwendung von Gewalt: *»Ich fordere alle Amerikaner auf, auf die Unterstützung von Organisationen zu verzichten, deren direktes oder indirektes Engagement in diesem Gewaltkonflikt den Tag hinauszögern, da die Bevölkerung Nordirlands in Harmonie zusammenleben kann«* (nach »NZZ« 1.9.77). Gemeint ist natürlich in erster Linie die republikanische Bewegung und die IRA.

Dies wird allerdings in Kommentaren der Provisional IRA nicht erwähnt. Der erste Kommentar durch O'Bradaigh, Präsident der Provisional Sinn Fein, beschränkt sich sogar darauf, den Carter-Appell zu begrüßen (»Irish Republican Information service« Nr. 97, 31.8.77).

In der Nr. 98 vom 9.9.77 des »IRIS« wird ein weiterer (kritischerer) Kommentar O'Bradaighs zitiert: Er sei zwar über die Initiative Carters erfreut, dieser müsse aber *»weiter gehen und den Briten auf die Füße treten, in dem er sagt, daß eine Lösung innerhalb der Grenzen Nordirlands nicht gefunden werden kann. O'Bradighs sagte, daß Präsident Carter das grundlegende Ziel in Irland ignoriert habe und das sei die Freiheit. Es sei leicht, die Leute zu betrügen, wenn sie aufgehört haben zu kämpfen, dann hätten sie kein Faustpfand mehr, um an den Verhandlungstisch zu gehen. Ohne dieses Faustpfand zu verhandeln, sei verhängnisvoll«.* O'Bradaigh wies auch auf den Widerspruch hin, daß diejenigen, die die Forderung nach vollständiger Befreiung des irischen Volkes unterstützen würden, nicht in die USA einreisen dürften, während Repräsentanten der Briten, der Dubliner Regierung und der rechten Loyalisten vollen Zutritt hätten.

In der Zeitung des »Workers Revolutionary Party«, der Tageszeitung »News Line« fanden wir einen Bericht über eine gemeinsame Veranstaltung von WRP (radikaltrotzkistisch — sie fordern ein Untersuchungskomitee über die Ermordung Trotzkis) und der Provisional Sinn Fein in Luton/England. »News Line«: *»Jim Reilly, Provisional Sinn Fein, Luton, lehnte US-Präsident Carters Vorschläge für eine Lösung ab. 'Wir wollen keinen amerikanischen Kapitalismus, keinen britischen Kapitalismus oder sonst eine Art von Kapitalismus. Wir wollen den Kapitalismus los werden in Irland, weil dieser die Wurzel unserer Auseinandersetzungen ist.«* Diese Stellungnahme scheint uns allerdings nicht gerade typisch für die sonst rein nationalistische Linie der Provisional IRA.

Die Offisional IRA schreibt in ihrer Zeitung »United Irishman« vom September: *»Wenn man der Rede von US-Präsident Carter folgt, bekommt Nordirland einen internationalen Charakter. Es ist jetzt ein Teil der Globalstrategie der US-Regierung geworden und wird als solches ein bevorzugtes Gebiet für US-Investitionen werden und dem folgend die US-Basis«.* Weiter wird gesagt, daß nicht konkretes über die politische Zukunft Irlands in der Rede Carters gesagt, sondern lediglich die Gewalt verurteilt wird.

Die Tatsache, daß irische Gruppen in den USA, in denen die Provisional IRA starken Einfluß hat, die Intervention Carters in den Nordirland-Konflikt gefordert hätten, wird von den »Officials« als neuer Beweis für die Verbindungen zwischen CIA und Provisionals gewertet.

England-Kommission

Die niederländische Sozialdemokratie auf dem Weg nach Godesberg

Vom 13. bis 15. 10. tagte in Amsterdam der Kongreß der sozialdemokratischen Partei (PvdA), um ein neues Grundsatzprogramm zu verabschieden und den Parteivorstand neu zu wählen.

„Völlig übereinstimmend mit dem Zeitgeist macht die PvdA einen ‚Ruck nach rechts' durch", stellte die „Volkskrant"(15.10.) fest. Die PvdA-Oberen und -Rechten trauten sich zwar wohl noch nicht, dem Klassenkampfgedanken in aller Offenheit völlig abzuschwören, konnten aber im Kongreß die demagogische Formulierung für das Programm durchsetzen: *„Wer die Welt in Kapitalisten und Arbeiter einteilt, bleibt mit einer ansehnlichen Anzahl von Gruppen sitzen, auf die keine der beiden Etiketten anwendbar ist"*. Eine Haarlemer Delegierte urteilte dann auch: **„In diesem Programm versucht man die Grundsätze in die alltägliche Wirklichkeit einzubetten ... Dies ist kein Einbetten mehr, sondern eher ein Fremdgehen"** (zit. nach „De Nieuwe Linie", 19.10.).

Bemerkenswerter sind eine Anzahl von Anträgen und Entschließungen zur aktuellen politischen Entwicklung; auch weil sie, über den konkreten Inhalt hinaus, auf die Existenz einer gewissen innerparteilichen Demokratie in der PvdA verweisen und so aufzeigen, daß eine sozialdemokratische Partei nicht unbedingt so versumpft, anti-demokratisch und ausschließlich kapitaltreu sein muß, wie die westdeutsche Schwesterpartei.

Fast einstimmig angenommen wurde eine Resolution, in der anläßlich der jüngsten „Terroristen"-jagd in den Niederlanden vor der Aushöhlung des Rechtsstaates *„unter der Maske der Terrorbekämpfung"* gewarnt wurde. Der Kongreß sprach seine Beunruhigung über das Auftreten der Polizei aus, wodurch *„begreifliche Angstgefühle der Bevölkerung"* verstärkt worden seien. Die Zweite-Kammer-Fraktion der PvdA wurde zur *„Wachsamkeit, im besonderen wo es um die Mittel geht, mit denen der Terror bekämpft werden muß"* aufgefordert.

Eine Resolution, in der die Maßnahmen der BRD-Regierung scharf angegriffen wurden, wurde *„auf nachdrückliches Ersuchen"* der PvdA-Vorsitzenden Ien van den Heuvel zurückgezogen: *„Gerade jetzt ist* ***Beherrschung unserer Gefühle erforderlich und steht uns also Zurückhaltung an"***, so die seit Jahren bewährte Abwieglerin. – In der Resolution hatte es geheißen, *„Daß die Maßnahmen der Bundesrepublik im Widerspruch zu einem demokratischen Rechtsstaat stehen und daß sie eine Gefahr für den Fortbestand einer sozialdemokratischen Bewegung in Europa und anderswo bilden"*. Anstelle dieser klarsichtigen Feststellung wurde von Ien van den Heuvel der alternative Text der Parteiführung durchgedrückt, in dem ein Brief der PvdA an die SPD gutgeheißen wird. In diesem Brief wünscht die PvdA die Fortsetzung der „kritischen Diskussion" mit der SPD und **äußert ansonsten ihr Erschrecken über die Reaktionen der öffentlichen Meinung (!!) auf die Schleyer-Entführung.**

Gegen die Parteiführung konnte sich der Kongreß in der Ablehnung des Benneter-Ausschlusses durchsetzen. Ien van den Heuvel, die nach einem Besuch Benneters in Amsterdam im Juni noch geäußert hatte, er sei *„noch gemäßigter als wir selbst"* (zit. nach „Vrij Nederland", 25.6.), konnte sich mit ihrer Rechtfertigung des Benneter-Ausschlusses, er habe gegen die internen Regeln seiner Partei verstoßen, nicht durchsetzen.

Mit sehr knapper Mehrheit (5.393 gegen 5.123 Stimmen) sprach sich der Kongreß für die Beendigung des Gebrauchs der Atomenergie, und damit auch für die Schließung der arbeitenden AKWs in Borssele und Dodewaard, aus, solange nicht alle Gefahren für die heutige und die zukünftigen Generationen beseitigt sind. Die Parteiführung hatte sich für die Beendigung *„der Entwicklung"* aussprechen wollen, kam aber weder mit dieser Formulierung noch mit dem Kompromißangebot, sich gegen eine weitere Ausbreitung der Atomenergie zu wenden, durch.

Eher komisch ist der Verlauf der Debatte um die zukünftige Staatsform der Niederlande (bisher eine konstitutionell parlamentarisch-demokratische Monarchie). *„An sich kein unrichtiger Gedanke, wobei es jedoch wenig opportun ist, diesen jetzt in das Grundsatzprogramm aufzunehmen"* – so hatte die Parteiführung auf den Antrag, sich im neuen Programm für die republikanische Staatsform – und damit auch für die Wahl des Staatsoberhauptes auszusprechen, reagiert. Der Kongreß setzte diesen Passus gegen die Parteiführung durch, woraufhin die Parteivorsitzende wieder einmal eine Kostprobe ihres Demokratieverständnisses gab: Die Parteileitung finde diese Entscheidung des Kongresses wenig glücklich und es werde vorläufig auch keine Änderung in der Haltung der PvdA zur Monarchie geben; die Königin verdiene *„unser aller Achtung"* und *„wir hoffen sie noch lange als Königin zu behalten"*. Das katholische Wochenblatt flippte angesichts des möglichen Verlustes der Königin fast aus und drohte düster: *„Gerade in dem Moment, wo die Partei ein ungekanntes Vertrauen der Wähler für ihr politisch-gesellschaftliches Tun und Lassen erhalten hat, bekommt man Selbstmordneigungen"* („De Tijd", 21.10.).

Als recht erfreulich ist letztlich noch die mit Zweidrittel-Mehrheit erfolgte Abwahl des PvdA-Rechten Harry van den Bergh von seinem Posten als Auslandssekretär zu vermelden. Van den Bergh war in breiten Kreisen der Partei wegen seiner „Flugzeugdiplomatie" und damit einhergehender Vernachlässigung der Basisarbeit kritisiert worden – der linkssozialdemokratische „Groene Amsterdammer" bezeichnete ihn unumwunden als *„unverschämten Karrieremacher"* (19.10.). Unter linken PvdAlern hatte van den Bergh sich durch seine Versuche, dem PvdA-Berufsverbotekomitee eine Diskussion über die innerparteiliche Demokratie der SPD zu verbieten, weidlich unbeliebt gemacht. Sein Nachfolger, Wim Boogaard, (Völkerrechtsspezialist und bisher u.a. in der EG- und der Chile-Kommission seiner Partei), versprach für eine *„mehr nach innen gerichtete"* Führung seines Amtes zu sorgen, gegenüber Israel („.... *sicher gegenüber der Regierung Begin"*) sowie der EG eine kritischere Haltung einzunehmen.

(Soweit nicht anders angegeben, nach „de Volkskrant", 12., 14., 15. und 17.10.77).

Niederlande-Kommission

Für den Parlamentarismus-Freak

Die letzte Regierungsbildung (1972/73) dauerte schon beachtliche 164 Tage – zwei Wochen länger als die vorhergehende Regierung überhaupt im Amt war – und stellte damit einen niederländischen, wenn nicht sogar Weltrekord dar.

Diesen Eigenrekord hat das niederländische Parlament jetzt selbst überboten. Seit dem 25. Mai (und damit bei Erscheinen dieses AK seit 172 Tagen) sind Sozialdemokraten **(PvdA), Christreaktion (CDA) und eine liberale Partei (Demokraten '66) dabei, eine neue Regierung** zusammenzubasteln. Viermal sind die Verhandlungen schon ergebnislos zusammengebrochen – ergebnislos, was eine neue Regierung angeht; durchaus nicht ergebnislos für die Christreaktion, von denen sich die Sozialdemokraten, obwohl im Besitz von vier Sitzen mehr im Parlament als die CDA, immer neue Zugeständnisse abpressen lassen.

Gerüchteweise verlautet, daß die Sozialdemokraten ihr Parteizeichen (Faust mit Rose) gegen die olympischen Ringe eintauschen wollen – darunter den Sinnspruch „Dabeisein ist alles" ...

Niederlande-Kommission

Dänemark

Dänische Bullen auf Terroristenjagd!

Am 2.November wurde auch in Dänemark eine Großfahndung der Bullen nach „westdeutschen Terroristen" eingeleitet. Aufhänger war, daß angeblich Christian Klar auf einer Fähre in Dänemark gesichtet worden sei, also einer der üblichen Vorwände. Von dänischen Bullen wurden Ausländer auf Fähren und in Zügen kontrolliert.

In Kopenhagen nahmen die Bullen eine angebliche Meldung zum Vorwand, nach der zwei Terroristen in der S-Bahn zum Hauptbahnhof sitzen würden. Zehn bewaffnete Polizisten wurden eingesetzt, die alle Passagiere kontrollierten. Ein anderes Mal wurde ein schwedischer Wagen gesucht, in dem auch zwei westdeutsche Terroristen sitzen würden. Mal wieder entpuppten sich die gesuchten „Terroristen" als eine schwedische Familie, die in Dänemark Urlaub machte. Diese Großfahndung, die sozusagen reibungslos auf Befehl des westdeutschen Staates eingeleitet wurde, ist in der letzten Zeit nicht der erste Fall, wo die „Zusammenarbeit" westdeutscher und dänischer Behörden und Bullen erprobt wurde.



So wurde nach dem Vorbild des MEK eine „Spezialeinheit zur Terroristenbekämpfung" aufgebaut, die erstmalig vor 2 Monaten eingesetzt wurde. Auch damals hieß es, westdeutsche Terroristen würden sich in Dänemark aufhalten. Mit dieser „Begründung" wurde ein großes Gebiet an der dänischen Westküste von Bullen abgesperrt, Schulen geschlossen und sogar Brücken gesperrt.

Auch westdeutsche Bullen treten in Dänemark immer frecher auf. So erschienen drei von diesen Typen in Zivil am 20.Oktober auf einer Pressekonferenz mit den Anwälten Ströbele und Weidenhammer, wobei jedoch den dänischen Journalisten durch das dumm-auffällige Benehmen dieser Typen sehr schnell klar wurde, daß es sich um Bullen handelt (s. AK 116). Mittlerweile wurde von der Tageszeitung „Ekstra-Bladet" enthüllt, daß es sich um Angehörige der westdeutschen Botschaft in Kopenhagen handelt.

Dänemark-Kommission
KB/Gruppe Flensburg

Dänemark: Modell Deutschland — Nein danke

Am 10.November fand in Kopenhagen eine Veranstaltung gegen das „Modell Deutschland" statt, die von 200 Menschen besucht wurde. Organisiert wurde die Veranstaltung von Venstre Socialisterne, Forbundet Socialisterne und Kommunistisk Forbund und antiimperialistischen Komitees.

Eingeladen war aus der BRD der KB. Eine Genossin ging in ihrer Rede auf das „Wunder von Stammheim" ein und stellte ausführlich die verschärfte Rechtsentwicklung in der BRD dar sowie die Gefahren, die den Völkern der Nachbarländer von einem Export des „Modell Deutschland" drohen. Insbesondere wurde dabei auch deutlich gemacht die Rolle der westdeutschen Sozialdemokratie bei der reaktionären Ausrichtung der sozialdemokratischen Parteien anderer westeuropäischer Länder.

Anschließend fand eine zweistündige Diskussion statt, in der die dänischen Teilnehmer insbesondere unsere Einschätzung von der Faschisierung in der BRD und die Einschätzung der westdeutschen Sozialdemokratie sowie natürlich Möglichkeiten einer Bündnispolitik der linken und demokratischen Kräfte in der BRD gegen die zunehmende Repression interessierten.

Großen Anklang fand auf der Veranstaltung auch unsere Forderung nach Aufbau einer internationalen Untersuchungskommission über die Todesumstände von Baader, Ensslin und Raspe sowie die Vorbereitungen für das Russell-Tribunal über die Repression in der BRD.

Dänemark-Kommission
KB/Gruppe Flensburg

Den Faschisten keinen Fußbreit!

Der dänische Faschist Hans Hetler, der sich schon mehrmals durch verschiedene halsbrecherische Aktionen einen Namen gemacht hat, wie zum Beispiel durch umfangreiche Registrierung aller Militärgegner und Kommunisten und neuerdings auch durch die Ankündigung einer neuen Kartei über Gegner der Todesstrafe, erregte erneutes Aufsehen durch eine Äußerung in seiner faschistischen Wochenzeitung „Minut". Hier forderte er wörtlich dazu auf, „die Feinde von Minut als Geisel zu nehmen". Er wurde deshalb von einer betroffenen Person angezeigt.

Noch kann man zwar nur von einem etwas amoklaufenden Faschisten in Dänemark reden, aber auch diesem reichlich dummen Faschisten muß man das Handwerk legen.
Wehret den Anfängen!
Den Faschisten keinen Fußbreit!

Dänemark-Kommission

„Mexikanersache": SF spricht von Justizmord!

Unter anderem wegen der „Mexikaner-Sache" ist der dänische Justizminister Orla Möller nun zurückgetreten. In einer ganztägigen Debatte des „Folketing" (entspr. Bundestag) versuchte sein Nachfolger, Erling Jensen, die Ausweisung des mexikanischen Genossen Jaime Martinez auf dieselbe zynische Weise zu rechtfertigen. Die Parteien der Linken, Socialistik Folkeparti (SF), Venstresocialisterne (VS), DäKP und die Partei Retsforbundet forderten die Wiedereinreisemöglichkeit für Martinez.

Zur Erinnerung: Nach 4 1/2 Monaten strengster Isolierhaft wurde der Genosse Martinez aus Dänemark ausgewiesen und nach Mexiko geflogen. Ihm war Spionage für Kuba (!) und „Terrorismus" vorgeworfen worden. In Mexiko ist er nach Angaben von „Amnesty international" sofort verhaftet worden und ist seitdem verschwunden. Dieser Willkürakt war in der dänischen Öffentlichkeit auf massiven Protest gestoßen.

In dieser Parlamentsdebatte sind weitere empörende Tatsachen bekannt geworden:

- Die Staatsanwaltschaft hat die Anklage fallengelassen, da die Ergebnisse nicht zu einer Verurteilung gereicht hätten. Der Regierungssprecher: Das Fallenlassen der Anklage sei ein gutes Beispiel dafür, daß Justizzweifel dem Angeklagten zugute kämen!
- Der Ministerpräsident, Anker Jörgensen, meinte dazu: *„Der weitere Aufenthalt von Martinez in Dänemark enthielt ein nicht tragbares Risiko. Es gab besonders begründete Verdachtsmomente gegen ihn."*
- Aus „Sicherheitsgründen" hat die Ausländerbehörde Martinez den ganzen Weg bis Mexiko City „begleitet", besonders im Hinblick auf die „Flugsicherung"!
- Der neue Justizminister Jensen gab zu, daß Martinez von Polizisten in Mexiko City in Empfang genommen wurde!
- Über die Einstellung der Anklage gegen Martinez ist Mexiko von der dänischen Regierung nicht informiert worden, gab Jensen zu!

Die Parteien der Linken, SF, VS und DäKP sowie die rechteren vom Retsforbundet trugen den breiten Protest der dänischen Demokraten vor. Ein Sprecher von SF erklärte: *„Für mich ist das vor allem ein Justizmord und es ist ein Schandfleck für die Rechtsgesellschaft!"*

Die „Mexikaner-Komitees", die sich während der Solidaritätskampagne gebildet hatten, haben mittlerweile ein Tribunal über die Auswirkungen und den Ablauf dieses Ereignisses angekündigt. Es soll am 20.November stattfinden. Freunde und Verwandte sowie Mitglieder des Rechtsausschusses des Parlaments sind als Zeugen geladen. (Der besagte Ausschuß ist beim Vorgehen der Regierung total übergangen worden.)

Dänemark-Kommission
KB/Gruppe Flensburg

Fremskridtparti fordert Todesstrafe für Terroristen!

Dänemark. Am 8.11. wurde bekanntgegeben, daß jetzt die faschistoide Fremskridtsparti unter ihrem berüchtigten Vorsitzenden Glistrup einen Gesetzesvorschlag zur Einführung der Todesstrafe erarbeitet hat, der in der nächsten Zeit im Folketing vorgelegt werden soll.

Dieser Gesetzentwurf bezieht sich ausdrücklich auf „Terroristen" mit der „Begründung": Allein durch die Einführung der Todesstrafe sei es möglich, ein „Übergreifen des Terrorismus" auf Dänemark zu verhindern. Die Todesstrafe soll nach dem Willen des Fremskridtsparti dann angewandt werden, wenn folgende drei Punkte zusammen gegeben sind:

1. Mitgliedschaft in einer „Terroristenbande"
2. wenn bei Ausweisung in ein anderes Land keine entsprechende Bestrafung zu erwarten ist!!!
3. bei Flugzeugentführung, Geiselnahme usw.

„Natürlich" war Glistrup auch der Meinung, daß die Entführer der Lufthansamaschine hätten mit dem Tode bestraft werden müssen, wenn sie nicht sowieso abgeknallt worden wären. Glistrup geht jetzt im Zuge seiner Kampagne mit dem „Gespenst" hausieren, die Flugzeugentführer hätten genausogut in Dänemark statt in Mogadischu landen können und was das für eine Bedrohung der dänischen Bevölkerung bedeutet hätte!

Dänemark-Kommission
KB/Gruppe Flensburg

Schweden

„Semper tötet Babies"

Der schwedische Konzern Semper stellt genauso wie der Schweizer Konzern Nestle Trockenmilchprodukte her, die insbesondere in die Türkei geliefert werden. Vor kurzem schloß Semper, der zur staatlichen Milchzentrale gehört, einen Vertrag mit der türkischen Firma Mamsan ab. So erhielt Mamsan die Lizenz für die Produktion von Trockenmilchprodukten in der Türkei. Damit unterstützt Semper eine Entwicklung von Produkten, die von medizinischen Experten als katastrophal bezeichnet wird.

Insbesondere im Fall des Nestle-Konzerns wurde die Gefährlichkeit der Trockenmilchprodukte gerade in Ländern der Dritten Welt deutlich. So wandte sich Nestle gezielt an die arme und des Lesens und Schreibens unkundige Bevölkerung und pries die Trockenmilch als Hauptnahrungsmittel an, als Allheilmittel gegen die großen Probleme der Mütter in diesen Ländern, ihre Babies mit dem Lebensnotwendigen zu versorgen. Auf diese Weise ist es dem Konzern gelungen, Massen von Frauen vom Stillen der Kinder abzubringen, was den Absatz der Produkte weiter steigen ließ. In den Slums aber fehlten sämtliche Voraussetzungen, die bei der Verwendung von künstlicher Milch gegeben sein müssen:

— weder Kenntnisse über Hygiene, noch entsprechende Vorrichtungen, z.B. zur Sterilisation der Saugflaschen. Folge waren natürlich Bakterienherde und die rapide Verbreiterung von Infektionskrankheiten: Tausende von Kindern starben an Magen- und Darminfektion.

— Keine Kühlschränke zur sachgemäßen Lagerung von Trockenmilch, so daß gerade in heißen Gebieten die Babies z.T. vom Genuß verdorbener Milch starben.

— Die unverschämt hohen Preise für Trockenmilch zwangen die Mütter, die Flaschenmilch zu verdünnen. Auszehrung, Unterernährung und geistiges Zurückbleiben (vor allem durch Eiweißmangel) der Kinder waren die Folgen.

Im Frühling dieses Jahres brachte Mamsan in Istanbul eine Werbebroschüre an alle türkischen Kinderärzte heraus, die die niedrige Kindersterblichkeit in Schweden auf die Trockenmilchprodukte von Semper zurückführte!

So heißt es in der Broschüre: *»Alle wissen, daß Schweden ein Musterland ist, wenn es um die Gesundheit geht, ein Land, das sehr erfolgreich war, als es darum ging, die Todeszahlen für Neugeborene zu senken ... Von 1.000 Neugeborenen sterben in unserem Land* (gemeint ist die Türkei) *120 Kinder, bevor sie ein Jahr alt werden; in Schweden nur neun. Semper, das dieses Milchprodukt für Neugeborene in Schweden mit seinen modernen und unübertrefflichen technischen Methoden herstellt, kann einen großen Teil dieser Fortschritte für sich verbuchen...«* (!) (»Dagens Nyheter« vom 3.10.). Im schwedischen Fernsehen wurde ein Interview mit einem Vertreter von Mamsan gezeigt, der die Exportpläne dieses Konzerns enthüllte. So sollen die Trockenmilchprodukte nach Pakistan, Iran, Irak, Syrien, Jordanien, Saudiarabien und Ägypten exportiert werden! Diese Länder sind Exportgebiete, die laut Lizenzvertrag mit Semper vereinbart sind.

Die Gefahren, die schon am Beispiel Nestle aufgezeigt wurden, gelten natürlich auch für diese Länder. So ist in der Türkei der Analphabetismus unter Frauen 60%! In den türkischen Dörfern gibt es kaum medizinische Kontrollen der Kinder. Hier bahnt sich ein Massenmord an Kindern an, weil sich Mamsan in erster Linie an die arme Landbevölkerung wendet. Mamsan plant weiterhin eine großangelegte Werbekampagne für die Trockenmilch. So soll ein Viertel der Jahresproduktion als Gratisproben an arme Familien auf dem Land vereilt werden. Das sind genau 375 Tonnen! Dies ist ungefähr soviel wie Sempers Jahresproduktion in Schweden! Diese Gratisproben werden nach den Plänen Mamsans hunderttausende türkische Mütter erreichen. Weiterhin sollen zur Werbung alle Medien benutzt werden, also Radio, Fernsehen und Zeitungsanzeigen. Parallel hierzu wurden »Krankenschwestern« eingestellt, die die Produkte auf dem Lande anpreisen sollen.

Die monatliche Ernährung eines Kindes durch Trockenmilch soll nach Berechnungen des Konzerns ungefähr ein Viertel des türkischen Monatslohns betragen. Auf diese Weise versucht sich sowohl Semper als auch Mamsan mit künstlicher Säuglingsnahrung ein Imperium auf dem Fundament von Kinderleichen zu errichten! (Nach »Dagens Nyheter« vom 3.10., 11.10. 77).

Skandinavienkommission

Hector Jeldres darf in Schweden bleiben!

Wie wir in AK 116 berichteten, wurde der chilenische Flüchtling Hector Jeldres von der schwedischen Paßpolizei nach Peru abgeschoben. Hector, der Mitglied der Sozialistischen Partei war, wurde von der chilenischen Polizei aufgrund seiner politischen Aktivitäten gesucht. Nachdem er nach Peru ausgewiesen wurde, weigerten sich die dortigen Behörden ihn aufzunehmen und schickten ihn nach Schweden zurück, wo sein Antrag auf politisches Asyl erneut geprüft wurde.

Jetzt hat die Einwanderungsbehörde beschlossen, daß Hector als politischer Flüchtling in Schweden bleiben kann. Mit diesem Erfolg darf jedoch nicht übersehen werden, daß das „liberale" Schweden nach wie vor an der Verschärfung des Asylrechts festhält. So wurden zwei weitere Chilenen nach Peru abgeschoben, die aber ebenfalls von den peruanischen Behörden nach Schweden zurückgeschickt wurden, wo sie noch heute auf eine Entscheidung der Einwanderungsbehörden warten.

Nachdem in Schweden beschlossen wurde, die „Sonderbehandlung" chilenischer Flüchtlinge gegenüber anderen politisch Verfolgten aufzuheben, plant die Einwanderungsbehörde, Chilenen, die schon sehr lange politisches Asyl in Schweden „genießen", daß Asylrecht abzuerkennen, da *„Oppositionelle in Chile nicht mehr so breit verhaftet werden wie früher"* (!) (Bericht des schwedischen Konsulats in Chile). Durch diese Verschärfung wird zur Zeit bei 200 (!) Chilenen erneut das Recht auf Asyl geprüft.

Ihr Aufenthalt in Schweden muß von den schwedischen Demokraten aktiv gesichert werden!

Skandinavien-Kommission

Boykott Schwedens bei Fußball-WM?

In Schweden mehren sich die Stimmen, die Fußballweltmeisterschaft 1978 in Argentinien zu boykottieren. Neben lokalen Gewerkschaftsgruppen, dem Metallkongreß, Sportvereinigungen und einzelnen Sportlern hat sich nun auch der Hafenarbeiterverband auf einer Tagung einstimmig gegen die Teilnahme Schwedens ausgesprochen. Der Hafenarbeiterverband begründet seine Stellungnahme folgendermaßen: *»Die Geschichte hat uns gelehrt, daß große Wettbewerbe vom Typ Weltmeisterschaften, Europameisterschaften und Olympische Spiele von faschistischen Staaten als Propagandawaffe ausgenutzt werden, um ihre Regierung zu rechtfertigen und zu legalisieren. Die Olympiade in Berlin 1936 und die Leichtathletik-Weltmeisterschaften in Griechenland 1969 sind zwei wohlbekannte Beispiele dafür. Auch die Militärjunta in Argentinien rechnet damit, die Fußballweltmeisterschaft ausnutzen zu können, um die Zustände in Argentinien zu beschönigen und mit Hilfe des Fernsehens der ganzen Welt ein ruhiges und schönes Land ohne Unterdrückung und Terror zu zeigen.«* Abschließend wird dazu aufgerufen, sich mit den Armen und Unterdrückten des Landes zu solidarisieren und gegen den Reklametrick der Faschisten zu protestieren. (Nach: »Proletären« 43/1977).

Skandinavienkommission

Hafenarbeiter streiken für Verhandlungsrecht

Die Arbeiter im Stockholmer Freihafen (ungefähr 140 Mann) sind am 20.10. in den Streik getreten. Sie sind Mitglieder des Hafenarbeiterverbandes, in dem mehr als 90 % aller Arbeiter des Stockholmer Freihafens organisiert sind.

Der Hafenarbeiterverband gehört nicht zur Dachorganisation der schwedischen Gewerkschaften (LO). Er ist vor einigen Jahren aus der LO ausgetreten, weil er mit den niedrigen Tarifabschlüssen der LO und mit ihrer Zusammenarbeit mit den Kapitalisten nicht einverstanden war. 1974 hatte sich dann der Hafenarbeiterverband in großen Streiks das Recht erkämpft, als Tarifpartner anerkannt zu werden. Dieses Recht wird seitdem insbesondere von der Transportarbeitergewerkschaft, die Mitglied der LO ist, in der aber nur noch wenige Hafenarbeiter organisiert sind, bekämpft und sabotiert.

Der Hafenarbeiterverband hatte jetzt 15 % Lohnerhöhung rückwirkend vom 1.3. gefordert und eine mündliche Zusage über 10 % rückwirkend von März erhalten. Jetzt aber kommt die Transportarbeitergewerkschaft und behauptet, es gäbe keine Verhandlungen und Tarifabschlüsse mit dem Hafenarbeiterverband. Es gelte allein das Reichsabkommen der Transportarbeitergewerkschaft über 5,2 % Lohnerhöhung ohne Rückwirkung.

Die Hafenarbeiter, die ja schon eine mündliche Zusage über 10 % rückwirkend hatten, wollten die Einmischung und den zudem unverschämt niedrigen Abschluß nicht hinnehmen. Daraufhin traten die in dem Hafenarbeiterverband organisierten Arbeiter in den Streik. Dieser Streik hat also zwei Ziele: 1. Die Durchsetzung des 1974 erkämpften Tarifrechts und 2. einen Tarifabschluß entsprechend der mündlichen Zusage, also 10 % Lohnerhöhung rückwirkend vom 1. März.

(nach: Proletären 44/1977)

Industrielles Großprojekt Schweden — Vietnam

Vor kurzem hat der schwedische Konzern Bofors mit Vietnam einen Vertrag abgeschlossen, ein Stahlwerk in Ho-Chi-Minh-Stadt zu bauen. Darüberhinaus erwartet Bofors eine technische Studie, die es gestattet, eine Dieselfabrik in Vietnam zu bauen. Voraussetzung zur Realisierung dieses Projektes ist eine schwedische Kapitalunterstützung. Ein Teil der Dieselfabrik soll über die schwedische Entwicklungshilfe finanziert werden, der Restbetrag aus kommerziellen Krediten. Wenn der Vertrag mit Vietnam zustande kommt, hat Schweden nicht nur die Möglichkeit das für den Bau benötigte Material zu verkaufen, sondern auch die Betriebe selbst zu bauen. Es wird erwartet, daß der Bau den schwedischen Kapitalisten mehrere 100 Mio. Kronen einbringen wird. Außerdem können andere schwedische Konzerne an diesem Großprojekt finanziell beteiligt werden.

Über diese Projekte hinaus werden Verhandlungen mit den Götawerken über den Ausbau einer Werft in Haiphong geführt, so daß dort Kühlschiffe bis zu 3000 Tonnen Leergewicht und Lastschiffe mit 5000Tonnen gebaut werden können. Später ist vorgesehen, eine Werft in Ba Song für Schiffe bis zu 16000 Tonnen bauen zu lassen.

Diese Verträge, ermöglicht durch die damalige Unterstützung der Befreiungsbewegung, zeigen den Versuch Schwedens, dort für den Imperialismus (wieder) Fuß zu fassen, wo es anderen imperialistischen Ländern nicht möglich ist.

Skandinavien-Kommission

Norwegen / Island

Wachsende Ausgaben für Polizei und Militär

Der norwegische Staatshaushalt sieht für 1978 Militärausgaben in Höhe von 6,8 Milliarden nkr vor. Damit wurde der vorige Haushalt um 1,2 Milliarden übertroffen. Diese bedeutende Erhöhung läßt Norwegen hinsichtlich der Rüstungsausgaben pro Kopf der Bevölkerung hinter den USA und der BRD auf den dritten Platz vorschnellen. Dieser für Norwegen immense Militäretat soll in erster Linie dazu dienen, neues Waffenmaterial einzukaufen, so z.B. das moderne amerikanische Jagdflugzeug F-16. Mit diesem Etat dürfte Norwegen seinen »Beitrag zur Stärkung der Nato« erfüllt und den Einfluß in der Nato vergrößert haben.

Vielleicht kommt es daher auch nicht von ungefähr, wenn mit dem starken imperialistischen Machtinstrument Nato im Rücken der Versuch gemacht wird, mit einer Erhöhung der sogenannten Entwicklungshilfe den eigenen imperialistischen Einfluß auszubauen. Der Staatshaushalt sieht eine Erhöhung des Etats für Entwicklungshilfe um 533 Mio. nkr vor; damit beträgt der Etat dann insgesamt 2,1 Milliarden nkr. 232 Mio. Kronen werden davon an die Weltbank, den internationalen Währungsfond und den internationalen Entwicklungsfond überführt, also an Institutionen, die voll und ganz vom US-Imperialismus kontrolliert werden. Der Entwicklungshilfeetat sieht auch eine Unterstützung der eigenen norwegischen Wirtschaft vor. Darüber hinaus sind Einzelposten vorgesehen. So soll z.B. Portugal mit 65 Mio. Kronen unterstützt werden, während Vietnam 60 Mio. erhalten soll. Die faschistische Junta in Indonesien soll 15 Mio. Kronen erhalten, damit sie das Bauprogramm für Küstenboote abschließen kann. Insgesamt erhielten die Faschisten in Indonesien seit 1976 70 Mio. Kronen.

Und damit Proteste, z.B. gegen eine Unterstützung der faschistischen Junta Indonesiens, nicht zu laut werden, sollen auch die Ausgaben für den Polizeiapparat erhöht werden. Vorgeschlagen sind 1,2 Milliarden, eine Steigerung zum Vorjahr um 217 Mio.; insgesamt also eine Erhöhung um 20%.

Am norwegischen Staatshaushalt wird deutlich, daß der kleine, zwar noch kurze Hosen tragende norwegische Imperialismus, seinen großen Brüdern USA und BRD nacheifert. (Informationen aus »Klassekampen« Nr. 187 und Nr. 188/77)

Skandinavienkommission

Staatsangestellte streiken für 50% Lohnerhöhung

Vor kurzem legte die isländische Regierung ihren Staatshaushalt vor. Darin wird im nächsten Jahr mit einer Inflationsrate von 50 bis 60% gerechnet — die höchste Inflationsrate Westeuropas. Um dem dadurch bedingten Lohnabbau entgegenzutreten, traten die Staatsangestellten für eine 50%ige Lohnerhöhung in den Streik (»internationalen« Nr. 42/77). Dies ist der erste Streik der Staatsangestellten, nachdem ihnen erst vor kurzem das Streikrecht zugestanden wurde. Der Streik, gestützt vom Gewerkschaftsverband, war so effektiv, daß der Busverkehr der Hauptstadt lahmgelegt wurde, die Radio- und Fernsehsendungen bis auf wenige Ansagen eingestellt, die Telefonverbindungen mit dem Ausland abgebrochen wurden, die Post nicht mehr befördert, der Flug- und Seeverkehr lahmgelegt wurde. Die Schüler hatten »Ferien«, da aufgrund des Streiks auch die Schulen geschlossen waren (»DN«, 16.10.77). Nach einwöchigem Streik nahmen die Angestellten des öffentlichen Dienstes in Reykjavik die Arbeit wieder auf, da der gewerkschaftliche Kommunalverband einen Vermittlungsvorschlag der Stadt akzeptierte. Der Vorstand der Gewerkschaft nahm Abstand von diesem Spaltungsversuch und vermutet, daß im Kommunalverband Anhänger der Konservativen Stadtverwaltung und Sympathisanten der rechten Regierung sitzen (»DN«, 16.10.77). Außerhalb der Hauptstadt setzten die Angestellten des öffentlichen Dienstes den Streik eine Woche lang weiter fort, dann wurde der Streik nach zwei Wochen abgebrochen.

In den Verhandlungen zwischen Gewerkschaft und Staat wurde eine 21%ige Lohnerhöhung und ein Lohnzuschlag für die Monate September, Oktober und November von 350 ikr vereinbart. Dieser Vorschlag steht am 15. November zur Urabstimmung. Ein Sprecher der Streikenden erklärte, daß die Staatsangestellten mit diesem Vorschlag keineswegs zufrieden seien (»Klassekampen«, 27.10.77). Mit der Urabstimmung dürfte der Konflikt für das isländische Kapital noch nicht ausgestanden sein. Anzunehmen ist, daß von den Staatsangestellten erst das Signal für den Kampf gegen die Lohnraubpolitik gesetzt wurde und die isländische Arbeiterklasse über kurz oder lang auch ihre Rechnung präsentieren wird.

Skandinavienkommission

»Atom-Imperialismus«

Die USA spielen heute immer noch die führende Rolle im Weltgeschäft mit der Atomenergie. Daran hat auch der Vorstoß der BRD-Imperialisten in Brasilien nichts geändert. Der Vorsprung der USA auf dem Gebiet der Atomtechnologie – sei es im Bomben- oder im Reaktorbau – ist beträchtlich. Kein Wunder auch, haben die USA doch als erste die Atombombe entwickelt. Das „Manhattan"-Projekt gegen Ende des Zweiten Weltkrieges legte dafür die Grundlage. Mehr als 500.000 Techniker und Wissenschaftler wurden dabei eingesetzt. Die Schauplätze damaliger Aktivitäten sind noch heute wichtige Stützpunkte der US-Atomindustrie: Oak Ridge, Hanford, Los Alamos. In Oak Ridge stand die erste Gasdiffusionsanlage zur Anreicherung des Urans, in Hanford wurden die ersten Plutonium-Brüter gebaut und in Los Alamos wurde die erste Atombombe zusammengesetzt.

Während der ersten Nachkriegsjahre stand allein der Aspekt der Atombewaffnung im Vordergrund. Als jedoch in Großbritannien der erste kommerzielle Reaktor gebaut wird, schalteten auch die USA auf eine großzügige Ausnutzung der Atomtechnologie für die Wirtschaft um. *„In dem Maße, wie die UdSSR und Großbritannien die Atomenergie für friedliche Zwecke zu nutzen begannen, sah sich die Regierung der Vereinigten Staaten gezwungen, einer Lockerung der militärischen Monopole zuzustimmen, weil sie befürchten mußte, daß unser Land ansonsten weit hinter der Entwicklung dieser hochproduktiven Energiequellen zurückbleiben würde".* (1)

Schrittweise war die Atomforschung aus dem militärischen Bereich ausgegliedert worden. Bereits die Atomenergie-Gesetze von 1946 (McMahon-Act) sorgten für eine Eingliederung von Forschungsanlagen wie die Laboratorien von Los Alamos in Forschungsbereiche von Universitäten. Darüberhinaus wollte man langfristig in Richtung einer *„Stärkung des freien Wettbewerbs und der privaten Initiative"* (2) gehen. Sobald die Forschung auf Kosten staatlicher Mittel genügend Fortschritte gemacht hatte, ging man dazu über, große Bereiche der Atomenergieforschung zu privatisieren. Weitgehende Privatisierungen von

schritte gemacht hatte, ging man dazu über, große Bereiche der Atomenergieforschung zu privatisieren. Weitgehende Privatisierungen von

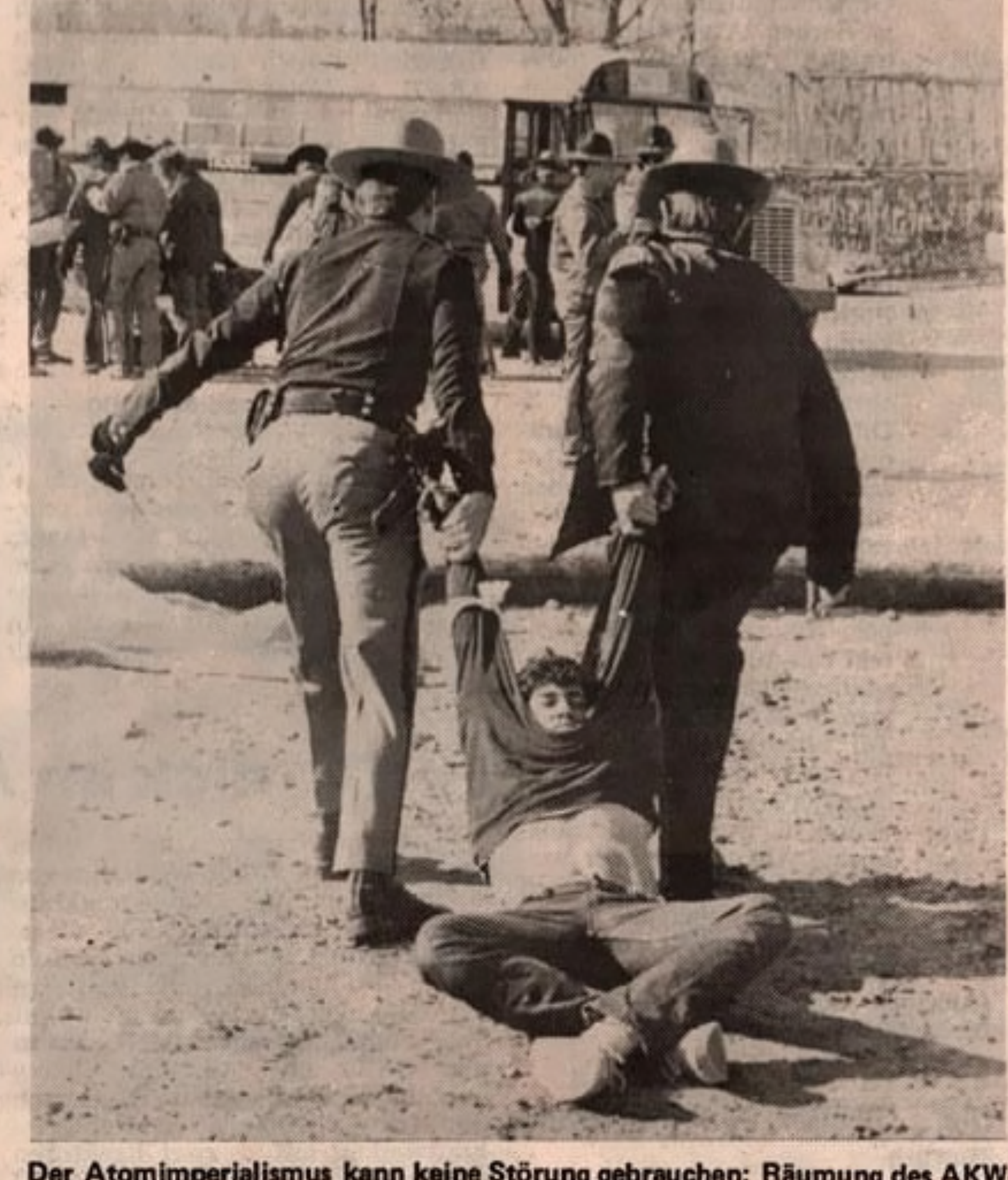
Kernanlagen, Anreicherungsanlagen und Forschungsstätten wurden im Atomgesetz von 1954 festgelegt. *„Die Gewährung von Vorrechten, die keinerlei Nutzen für die Öffentlichkeit erkennen ließ, wurde sanktioniert; private Interessengruppen wurden kostenlose Nutznießer eines Bestandteils der öffentlichen Domäne im Werte von 12 Milliarden Dollar ..."* (3).

Auf derart soliden Beinen stehend begann die Großindustrie, im Wesentlichen General Electric und Westinghouse, ein großes Reaktortestprogramm. Damit die Reaktoren entgegen sonst üblicher industrieller Praxis bereits im Versuchsstadium, d.h. mit sämtlichen Risiken, verkauft werden konnten, übernahm die Regierung die Abdeckung der Unfallrisiken mit einer Summe von 500.000 Dollar (Price-Anderson-Act 1959).

Damit war der Atomindustrie endgültig der für sie risikolose, profitträchtige Weg in Richtung Massenproduktion geebnet worden. Ralph Nader, US-amerikanischer „Verbraucheranwalt", errechnete, daß *„die Atomindustrie etwa 7 Milliarden Dollar an Unterstützung aus Regierungsprogrammen erhalten"* hat (4). In dieser Summe sind noch nicht einmal die Kosten des „Manhattan"-Projekts – nach offiziellen Angaben rund 2 Milliarden Dollar – und die versteckten Subventionen aus anderen Militärprogrammen eingerechnet.

Das Geschäft mit der Energie

Das Geschäft mit der Atomenergie ist für die Imperialisten zu einem der profitträchtigsten geworden, insbesondere, da die Atomindustrie nur ein kleiner Teil eines riesigen Geflechts ist, das von der Rüstungsindustrie bis zu Stromversorgungsunternehmen reicht. Die großen Konzerne, die in den einzelnen Teilbereichen marktbeherrschende Stellungen einnehmen, wie etwa General Electric auf dem Gebiet der Leichtwasserreaktoren oder Exxon in der Ölindustrie sind nur Teil riesiger Trusts – in diesem Fall des Rockefeller-Clan.



Der Atomimperialismus kann keine Störung gebrauchen: Räumung des AKW-Bauplatzes Sealervik am 1. Mai 1977 (aus „Seven Days", 6.6.77)

Der Atomimperialismus kann keine Störung gebrauchen: Räumung des AKW-Bauplatzes Sealervik am 1. Mai 1977 (aus „Seven Days", 6.6.77)

Eine (unvollständige) Liste von Beteiligungen der beiden Monopole an ausländischen Atomkraftwerken:

Westinghouse:	
BR-3 Vulcain	Belgien
Enrico Fermi	Italien
Mihama	Japan
Zorita	Spanien
Beznau	Schweiz
General Electric:	
KRB Gundremmingen	BRD
Tarapur	Indien
Garigliamo	Italien
Tokai-mura	Japan
Naka-gu	Japan
Tsugura	Japan
Fukushima	Japan
Doodeward	Niederlande
St. Maria de Garona	Spanien

Quelle: Nuclear Power Plant Technology, J.G. Wills

Fünf der größten US-Banken kontrollieren neun % des Aktienkapitals von General Electric und 10 % von Westinghouse. Dieselben fünf kontrollieren 74% der Stomerzeugungsunternehmen mit Kernanlagen. Diese Banken, die Atomindustrie und die Stromversorgungsunternehmen sind zudem noch über personelle Bindungen eng verknüpft. So teilt die Mellon National Bank Direktoren mit Westinghouse und Gulf Oil; General Electric teilt Direktoren mit der Morgan Guaranty und Texaco. Morgan wiederum ist verbunden mit Niagara Mohawk und Con Edison – zwei der größten Stromversorgungsunternehmen. Die Strömversorgungsunternehmen sind mit einem jährlichen Anstieg der Stromlieferung stark expansive Unternehmen. Zum anderen sind sie durch den forcierten Reaktorbau zu den kapitalintensivsten Firmen und somit zu einem interessanten Happen für die Finanzunternehmen geworden.

Die Federal Energy Administration (FEA – Bundesenergiebehörde) gibt für die Jahre von 1965 – 1975 eine Verdoppelung der Kapitalanleihen von Stromversorgungsunternehmen an (5) – dieser starke Anstieg ist im Wesentlichen auf die Verteuerung im Kraftwerkbau zurückzuführen.

„Die Kosten für den Bau eines Reaktors sind auf 1.135 Dollar pro Kilowattkapazität in diesem Jahr angestiegen, im Gegensatz zu 300 Dollar 1970. Für die fossil betriebenen Anlagen (die Kohle, Gas oder Öl benutzen) sind die durchschnittlichen Kosten inklusive Umweltschutzmaßnahmen von 220 auf 950 Dollar angestiegen" (6). Zu dieser immensen Verteuerung der Kraftwerke kommt noch ein erheblicher Anstieg der Preise für Öl, Kohle und Gas. Diese wurden hauptsächlich nach der kapitalistischen „Ölkrise" und während des „großen Frostes" in diesem Winter angehoben. Aber auch auf dem Kernenergiemarkt sind die Preise geklettert: Wurde vor der „Ölkrise" das Pfund Uran zu sieben Dollar gahandelt, kostet es jetzt 24 Dollar. Für 1985 sieht die FEA sogar einen Preis von 45 Dollar voraus.

Im Reaktorbau profitieren die beiden Monopole General Electric

jetzt 24 Dollar. Für 1985 sieht die FEA sogar einen Preis von 45 Dollar voraus.
Im Reaktorbau profitieren die beiden Monopole General Electric

und Westinghouse von diesen Preisexplosionen. Dabei ist das Reaktorbaugeschäft ohnehin schon eines der profitträchtigsten: *„Unsere Gewinnspanne an einem Kernkraftwerk ist sechsmal so groß wie bei einer fossil betriebenen Anlage, da wir den Reaktor, den Brennstoff, die Brennstoffaufarbeitung und die Generatorturbinen, sowie die Hilfsanlagen beschicken"* (7). Neben Westinghouse und General Electric sind auch andere am Atomenergiegeschäft beteiligt, u.a. die großen Ölfirmen Exxon, Mobil Oil und Gulf Oil: 1971 kontrollierten sie 61,8% des Uranabbaus und 50,4% der Uranreserven (8).

Zu bezahlen hat allenthalben der Verbraucher. So verzeichnete FEA für die Pazifikküste einen Preisanstieg in der Stromversorgung von 23,3% von 1974 auf 1975 und an der Ostküste gar von 35,3%.

Das Reaktorbaugeschäft

Der Bau von Reaktoren liegt in den USA fest in den Händen der beiden Konzernriesen General Electric und Westinghouse. Von den derzeit mehr als sechzig arbeitenden Kernkraftwerken sind nur knapp 10% von ausländischen Firmen gebaut. Das Geschäft soll aber noch besser werden: Bis 1985 sind noch rund 150 weitere Reaktoren geplant. Allerdings gibt es hier unterschiedliche Vorstellungen, die von „75 mehr" (Carter) bis zu „270 insgesamt" (FEA, Project Independence) gehen. Die Planung sieht vor, daß im Nordosten der USA 41% der Stromversorgung von Atomkraftwerken gedeckt werden soll, um Süden sind 37,3% vorgesehen (9). Diese beiden Räume weden in Zukunft demnach die meisten AKWs erhalten. Und hier zeichnet sich auch schon ein wachsender Widerstand ab, der in New England mit den Aktionen gegen das AKW Seabrook seinen Anfang nahm.

Ein weiteres sehr lohnendes Geschäft für die Atomindustrie war der Export von Reaktoren. So wurden von 111 außerhalb der USA errichteten Leichtwasserreaktoren mit einer Gesamtkapazität von 82.000 Megawatt und 35 Milliarden Dollar Investitionskosten allein 46 von US-Firmen gebaut (10).

Allerdings scheint es in Zukunft für die US-Atomimperialisten nicht mehr ganz so rosig weiterzugehen. Bereits der Vorstoß der BRD-Imperialisten in Brasilien zeigte ihnen, daß sie nicht länger das alleinige Monopol haben. So bestätigte die US-Regierung: *„Westdeutschland ist der aggressivste und technisch am weitesten entwickelte unter den ausländischen Konkurrenten auf den Märkten der Dritten Welt..."* (11).

Deswegen schlägt die FEA vor, das Embargo auf importiertes Uran für US-amerikanische AKWs aufzuheben, um so zu zeigen, daß *„die USA ein günstiges Klima im internationalen Handel mit Atomenergieprodukten und -leistungen schaffen möchte"* (12). Darüber hinaus soll ein forciertes Forschungsprogramm angegangen werden, um so die Wettbewerbsfähigkeit US-amerikanischer Firmen zu erhalten.

USA-Kommission

Anmerkungen:

bewerbsfähigkeit US-amerikanischer Firmen zu erhalten.
USA-Kommission
Anmerkungen:

1) Victor Perlo, Der USA-Imperialismus, Teil 2, S. 359
2) Atomic Energy Act, 1946, zitiert nach Nuclear Power and its Alternatives, Syracuse Peace Council, April 1977
3) Adams/Gray, Monopoly in America, S. 144
4) Nuclear Power ... aaO.
5) National Energy Outlook 76, Federal Energy Administration, Washington
6) Senator Mike Gravels, Testimony on Nuclear Power, Congressional Records, Washington, 7.10.75
7) General Electric, Annual Report 72, zitiert nach Nuclear Power ...
8) Guardian, New York, 29.9.76
9) National Energy Outlook 76 ...
10) ebenda
11) Action Required, Federal Energy Administration, Washington
12) ebenda

Schwul? — Berufsverbot!

Im Rahmen der anhaltenden reaktionären Kampagne gegen Schwule hat nun der Oberste Gerichtshof der USA einen weiteren Meilenstein gesetzt. Er weigert sich, den Fall eines Lehrers zu behandeln, der 1972 seinen Arbeitsplatz verlor — wegen „Morallosigkeit"!

James Gaylord, ein High School Lehrer aus Tacoma, Washington, war 13 Jahre an der Schule, ohne jemals kritisiert worden zu sein. Als ihm dann die Schulbehörde vorwarf, schwul zu sein, leugnete er dies nicht. Daraufhin argumentierte die Schulbehörde, daß seine Homosexualität das „Arbeitsklima" an der Schule beeinträchtigen würde, und feuerte ihn.

Gaylord war weder beschuldigt, in irgendeiner Weise seinen Schülern „zu nahe" gekommen zu sein, noch Homosexualität „gepredigt" zu haben. Einziger Kündigungsgrund war sein Schwulsein.

Ein noch deutlicherer Fall von Diskriminierung könnte kaum gefunden werden — und doch lehnte der Oberte Gerichtshof die Revision des Lehrers ab. Diese Entscheidung trifft nicht nur alle schwulen Lehrer, sondern alle Schwulen. Denn die Entscheidung, daß eine Kündigung allein wegen Schwulsein gerechtfertigt ist, ist ein Freibrief für alle Formen der Schwulenverfolgung.

* * *

Dies ist nicht der erste Fall, daß der Oberste Gerichtshof in den vergangenen Jahren sich weigerte, die Rechtsbeugung durch Landesgerichte gegen Schwule aufzuheben.

Im März 1976 entschied das Gericht, daß Bundesstaaten Gesetze erlassen dürfen, nach denen Menschen strafrechtlich verfolgt und mit bis zu fünf Jahren Gefängnis bestraft werden, wenn sie homosexuelle Handlungen vornehmen — und sogar, wenn beide Partner erwachsen sind und die „Untaten" in den eigenen vier Wänden begangen werden.

In „Workers World", vom 21.10.77, weist Connie Harris darauf hin, daß „Rechte und Gerichte Hand in Hand" gehen: Der Beifall von Anita Bryant konnte nicht ausbleiben: *„Jetzt habe ich schon größere Hoffnung, daß Gott Amerika noch einmal Gelegenheit zur Buße gibt".* — Kotz!

USA—Kommission

KURZMELDUNGEN

Anita hat die Schnauze voll

Nach ihrem großartigen Erfolg als Schwulenfeind Nr 1 ist trotz weiterhin anhaltender Hetzkampagne der Stern von „Miss America", Anita Bryant, am Verlöschen. Das erste Mal zischte es vernehmlich, als sie eine saftige Bananencremetorte von einem schwulen Kirchgänger mitten ins Gesicht gedrückt bekam (siehe Bild).

Als Anita in Minneapolis war, um in der „Kirche der Auserwählten" fromme Liedchen zu singen und für ihre „Anita-Bryant-Centers" zur „Rehabilitierung (!) von Schwulen" zu werben, stand Tom Higgins auf, und sagte: *„Ich bin schwul und ein Mitglied dieser Kirche. Dies Jahr hat meine Kirche zum Jahr des Kuchens gemacht und wir sind hier, um danach zu handeln"* (IHT, 17.10.77).

Obwohl sich Anita damit zu trösten versuchte, daß es doch „wenigstens ein Obstkuchen" war, muß sie jetzt nicht nur um ihren Teint bangen: die Orangensaft-Kapialisten wollen sie von ihrem 100.000 Dollar Jahresvertrag für Fernsehwerbung ablösen. Edward Taylor, Zitrusfürst von Florida, meinte, *„wenn die Konsumenten sie sehen, denkt niemand mehr an Orangensaft, jeder denkt an die Schwulenrechtsfrage"* (IHT, 29.10.77).

„Es macht mich krank und müde, ewig an den Pranger gestellt zu werden ... Ich bin ganz klar das Opfer einer religiösen Verfolgung und das ist ein weiterer Beweis für den moralischen Verfall dieses Landes" jammerte Anita und flüchtete aus New York als sie hörte, daß 5.000 bis 10.000 Demonstranten zu ihrem Hotel kommen wollten. Auch Talkshows platzten, weil alle Gesprächspartner es ablehnten, mit ihr auf einer Bühne zu sitzen ...(IHT, 4.11.77).

* * *

Ku Klux Klan „schützt" Grenzen

Hand ind Hand mit dem Abbau der Minderheitenrechte geht zur Zeit in den USA ein Anwachsen der Aktivitäten des Ku Klux Klan. Nach zahlreichen kleineren Kundgebungen wurde jetzt in einer nächtlichen Pressekonferenz vor 40 Journalisten ein völlig neuer Klan-Dienst vorgestellt: Die „Grenz-Wache" (Klan Border Watch).

Mit Geländewagen und Sprechfunkgeräten soll dem Strom der illegalen Einwanderer von Mexiko nach Kalifornien ein Riegel vorgeschoben werden. Täglich kommen tausende Arbeitsuchender über die Grenzen, aus dem Entwicklungsland direkt in das „reichste Land der Welt". So leben heute in den USA rund 10 Millionen Mexikaner illegal, davon allein 1 Million in New York. Doch allein die US-Grenz-Patrouille nimmt jeden Tag rund 400 „Illegale" fest und schiebt sie wieder ab.

Obwohl nun 40 Reporter bei den Vorführungen des Klan anwesend waren, weiß Gouverneur Edmund Brown jr. (natürlich) von nichts. „Von unseren Leuten hat keiner irgend etwas gesehen, das auch nur im entferntesten eine Klan-Patrouille darstellte ... — (IHT, 28.10.77).

* * *



nahost

Das Schah-Regime auf dem Weg zur Atommacht

Am 17. Oktober ist nach dreijährigen Verhandlungen in Teheran ein französisch-iranischer Vertrag über die Lieferung von zwei französischen AKW's (je 900 MW) unterzeichnet worden. Bei dem 15 Mrd.-Francs-Projekt handelt es sich um »die größte derartige Finanzoperation in der französischen Bankengeschichte«. *»Es stellt das bisher umfangreichste französische Industrieprojekt im Ausland dar.«* (NZZ, 18. u. 19.10.77).

Verhandlungen über vier weitere AKW's sollen lt. »Welt« (7.10.) anlaufen. Dieser jüngste Vertragsabschluß ist ein weiterer Meilenstein auf dem Weg des faschistischen Schahregimes zur Atommacht und zur Atombewaffnung.

Das Atomenergieprogramm des IRAN

Irans Atomenergieprogramm sieht vor, bis 1993 ca. 20 AKW's mit 23-25.000 MW Leistung zu bauen (Nachrichten für Außenhandel — NfA—, 24.2.77 u. FAZ, 7.1.76), ein Wert, der an die Pläne der westeuropäischen Imperialisten durchaus heranreicht.

1.200 -1.300 Techniker und Spezialisten befinden sich z.Zt. in der Ausbildung (NfA, 24.2.77). Schon seit 1967 verfügt der Iran über einen Forschungsreaktor.

Die erst etwa 1974 gegründete staatliche Atombehörde »AEOI« (Atomic Energy Organization of Iran) und im Bedarfsfall der Schah selbst befinden sich in ständigen Verhandlungen und Konsultationen mit praktisch allen Ländern, die entweder AKW's liefern können, auf dem Gebiet der Wiederaufbereitung Erfahrung haben, Uran liefern können (Iran verfügt trotz fieberhafter Suche — Aufwand jährlich 30 Mill. Dollar — bisher über keine eigenen Uranvorkommen), oder sonst auf dem atomaren Sektor mit dem Iran zusammenarbeiten wollen.

Gespräche laufen mit Schweden, Japan, Italien, Großbritanien, Austra-

beiten wollen.

Gespräche laufen mit Schweden, Japan, Italien, Großbritanien, Australien, Südafrika (!), USA, Frankreich, BRD und den Cento-Staaten. Stark bevorzugte Partner waren bisher jedoch Frankreich und die BRD. Mit den USA hingegen gibt es seit mehreren Jahren weithin ergebnislose Verhandlungen (AKW's , Uran), die jedoch angesichts der Milliarden-geschäfte der kapitalistischen Konkurrenz (Frankreich/BRD) in Schwung zu kommen scheinen.

Wurden von den USA bisher Bedenken hinsichtlich der atomaren Bewaffnung Irans laut, so laufen seit August 77 Gespräche einer gemischten iranisch-amerikanischen Expertenkommission über die Lieferung von acht (!) AKW's im Wert von ca. 23 Mrd. DM (»Handelsblatt«,HB,9.8.77)

Atomare Zusammenarbeit des Schahregimes mit Frankreich und der BRD

Seit 1976 befinden sich zwei westdeutsche AKW's (je 1.200 MW!) im Küstenraum des Persischen Golfs im Bau. Dabei handelt es sich um ein Bargeschäft zwischen 8 und 11 Mrd. DM.

Den Bau führt die Kraftwerksunion AG (KWU) aus. Die Bauarbeiten, einschließlich gigantischer Infrastrukturprogramme (komplette Kleinstadt für 5.000 Einwohner mit Krankenhaus, Schulen, Geschäften etc.) und der Kühlwasserwerke, wurden von einer bundesdeutschen Arbeitsgemeinschaft unter Federführung der Hochtief AG übernommen (s. auch AK 85). Die KWU soll außerdem die Bauelemente der Erstkerne liefern und die Nachladung für zehn Betriebsjahre sicherstellen. Die Inbetriebnahme ist für 1980/81 geplant (lt. FAZ 7.1.76) und der Schah soll bereits Interesse an der Lieferung von zwei weiteren AKW's geäußert haben (»HB«, 9.8.77).

Nach Südafrika und Brasilien ist der Iran das dritte faschistische Land von zentraler politisch-strategischer Bedeutung, mit dem die BRD engste atomare Kooperation »pflegt« ...

Die Beziehungen zu Frankreich sind von besonderer Art. Einige Stationen:

1975:— Iran gewährte Frankreich

sind von besonderer Art. Einige Stationen:

1975:— Iran gewährte Frankreich

einen »besonders vorteilhaften« 1 Mrd.-Dollar-Kredit zur Weiterentwicklung der Urananreicherungsanlage (»HB«, 25.2.75).

— Ferner wurde die Gründung eines französisch-iranischen Gemeinschaftsunternehmens in Sachen Atomenergie vertraglich vereinbart (60% Frankreich, 40 % Iran).

— Im Mai wurde ein Abkommen über den Bau eines Kernforschungszentrums in Isfahan unterzeichnet, das voraussichtlich 1980 mit 7-800 Atomfachleuten seine Tätigkeit aufnehmen wird.

— Ebenfalls im Mai wurde bekannt, daß unter dem Namen »Coredif« (Compagnie de recherche et d'Etude pour la Diffussion Gazeuse) eine iranisch-französische Studiengesellschaft gegründet werden sollte. Sie soll die Voraussetzungen weiterer Urananreicherungsanlagen untersuchen.

— Der Schah wurde bereits zu einem früheren Zeitpunkt indirekt mit 10% an der französischen Urananreicherungsanlage bei Tricastin im Rhone-Tal beteiligt und hat damit Anspruch auf den entsprechenden Teil der Produktion!

1976:— Am 6.10. wurde ein umfangreiches Abkommen über weitere atomare Zusammenarbeit geschlossen, über die Lieferung von 8 AKW's wurde verhandelt.

(Angaben nach FAZ, 7.10.76, HB, 25.2.75, NfA, 8.10.76).

Der „Ölkaiser und die Atomenergie"

Es liegt auf der Hand, daß ein derart gigantisches Atomprogramm eines der größten Ölproduzenten der Welt keineswegs der »Sicherung der Energieversorgung« dient, wie uns das Schah-Regime und die bürgerliche Presse weismachen wollen. *»Die Ölvorräte Persiens dürften* (...) *spätestens in 30 Jahren erschöpft sein«*. »_...die

Presse weismachen wollen. *»Die Ölvorräte Persiens dürften* (...) *spätestens in 30 Jahren erschöpft sein«*,

» ...*die großen, aber begrenzten Ölvorräte sollen soweit wie möglich gestreckt werden.«* Oder: *»Die eigenen Erdölreserven sollen nämlich für die Herstellung petrochemischer Erzeugnisse geschont werden.«* (Frankfurter Allgemeine, HB, 7.1./ 9.10.76 u. 9.8.77).

Zum einen redet selbst das Schahregime — auch bei eingeplanter Steigerung der Ausfuhren — von Ölvorräten für die nächsten v i e r z i g Jahre (vergl. die Welturanvorräte!!).

Zum anderen sollen — bedingt durch offensichtliche Finanzierungsschwierigkeiten — zukünftig die AKW's zu großen Teilen gerade durch z u s ä t z l i c h e Ö l l i e f e r u n g e n finanziert werden (vergl. u.a. HB, 9.8.77). Auch das Gerede vom »billigen Atomstrom« wird vollends zur Farce: *»So werden die Kosten* [...] *drei bis viermal so hoch eingeschätzt, wie eine entsprechende Anlage in Deutschland«* (Aufwendige Infrastrukturmaßnahmen, Erdbeben»schutz«, aufwendige Kühlanlagen etc.) (FAZ, 9.10.76).

Iran und Atombewaffnung

Sollten in einem 1974 abgeschlossenen Vorvertrag z.B. die jetzt gelieferten AKW's noch 2,6 Mrs. Francs kosten, so müssen beim heutigen Stand 15 Mrd. Fr. bezahlt werden — eine Steigerung um fast 600 %!! Mit den beiden westdeutschen AKW's verhält es sich geradeso (NZZ, 20.11.74 u. 19.10.77).

Die Bemühungen mit den US-Imperialisten atomar ins Geschäft zu kommen sind — ähnlich wie bei Brasilien — bis dato erschwert, » ... *da man in Washington noch nicht Bedenken ausgeräumt hat, ob im Iran das bei der Wiederaufbereitung anfallende Plutonium für den Bau von Atombomben verwendet werden könnte.«* (FAZ, 7.3.76).

Und so klagte der AEOI-Chef Etemad: *»Iran sei mit dem Beginn seiner Pläne in eine Phase wesentlicher restriktiver Auslegung der Nichtweiterverbreitungs-Bestimmungen geraten.«*

Zwar betont das Schah-Regime bei jeder sich bietenden Gelegenheit, es habe das Nichtweiterverbreitungs-Abkommen unterzeichnet *»und trete seit längerem für eine atomwaffenfreie Zone in Nah- und Mittelost ein.«* Gerade diese Mörder- und Folterzentrale aber kann der Anti-AKW-Bewegung und der fortschrittlichen Öffentlichkeit — ebensowenig, wie es Brasilien und die RSA es konnten — nicht weismachen, daß es nicht auf atomare Bewaffnung ziele!

Nahost-Kommission

BRD — dick im AKW-Geschäft

Iran. Nachdem die westdeutsche Firma Kraftwerk Union (KWU), schon dabei ist, im Iran zwei Atomkraftwerke mit insgesamt 2.400 Megawatt Leistung am Persischen Golf zu bauen (Volumen: derzeit 10 Milliarden DM), wurde in Teheran, nur fünf Tage vor dem Besuch des Schahs in den USA, eine Absichtserklärung über die Lieferung des mechanischen und elektrischen Teils von zwei Kernkraftwerken mit je zwei Reaktoren (Gesamtleistung 4.800 Megawatt) zwischen der Siemens-Tochter KWU und der iranischen Atomenergie-Organisation unterzeichnet. Das Geschäft soll – vorerst – die astronomische Summe von 20 Milliarden DM umfassen. Die beiden Kernkraftwerke, die wahrscheinlich bei Isfahan und in der Gegend von Saveh, 120 Kilometer südwestlich von Teheran, gebaut werden sollen, sind Teil des gigantischen Atomprogramms des faschistischen Schah-Regimes (siehe Artikel in diesem AK).

Ganz offensichtlich soll die so kurz vor dem Schah-Besuch in den USA unterzeichnete Absichtserklärung die dortigen Verhandlungen beschleunigen: Der Iran möchte nämlich acht Atomkraftwerke in den USA kaufen („Welt", „Süddeutsche Zeitung", „Frankfurter Rundschau", 11.11.77).

Nahost-Kommission

Zusammenarbeit BRD - Iran - auch auf dem Ausbildungssektor

Westdeutsch-Iranische Hochschule in Rascht

Seit längerem gibt es zwischen der BRD und dem Iran Bemühungen, auf dem Gebiet des Bildungs- und Ausbildungswesens verstärkt zusammenzuarbeiten. Seit längerem besteht z.B. eine Vereinbarung zwischen der Universität Stuttgart und dem College für Science and Technology über eine weitere Qualifizierung von Technikern und Ingenieuren. Ein weiteres Beispiel ist die Inbetriebnahme der westdeutsch-iranischen Universität in Rascht am Kaspischen Meer Ende September dieses Jahres, deren Gründung am ersten März dieses Jahres vereinbart wurde und die einmal insgesamt 130 westdeutsche Professoren und Dozenten beschäftigen und in zehn Jahren zwischen 5.000 und 10.000 Studenten aufnehmen soll („Süddeutsche Zeitung", „SZ", 3.3. 77 und 30.9.77).

Die Finanzierung dieser Hochschule trägt nach dem am 29.4.77 unterzeichneten „Deutsch-Iranischen Hochschulabkommen" der Iran, während der westdeutsche Beitrag sich auf die Beratung beim Aufbau der Hochschule und die Vermittlung von Personal beschränkt („Presse- und Informationsamt der Bundesregierung", Bulletin, Bonn, 5.5.77).

Zwei Überlegungen haben bei diesem Projekt laut „Frankfurter Allgemeine Zeitung" eine wesentliche Rolle gespielt:

– *„Die kommende Generation iranischer Führungskräfte, von deutschen Fachwissenschaftlern ausgebildet, dürfte noch eher geneigt sein, deutsche Erzeugnisse in ihr Land zu holen"* („FAZ", 6.10.77).

– *„Die Politiker, die für das Projekt in Rascht eintreten, hoffen damit auch, die politischen Beziehungen (....) zu fördern"* („FAZ", 7.2.77).

Was den ersten Punkt – die Ausfuhr westdeutscher Industrie- und Handelsgüter in den Iran – angeht, so liegt die BRD schon heute hinter den USA an zweiter Stelle. So lieferte die BRD in den ersten sieben Monaten des Jahres 1977 für fast 3,5 Milliarden DM Waren (!) in den Iran („Frankfurter Neue Presse", 3.10.77), die von den USA in den Iran gelieferten und zu liefernden Güter (eingeschlossen die riesigen Mengen Rüstungsgüter sowie Atomkraftwerke) sollen für den 5-Jahres-Zeitraum 1975 bis 1980 40 Milliarden Dollar umfassen, werden aber wahrscheinlich höher liegen („Nachrichten für Außenhandel", Aug./ Sept. 76). Man sieht, die BRD liegt sehr gut im Rennen! Hinzu kommt das neu mit der BRD abgeschlossene Milliarden-Geschäft über vier weitere Kernkraftwerke!

Außerdem ist interessant, w e r sich alles für die Errichtung der westdeutsch-iranischen Universität in Rascht stark gemacht hat und somit ein deutliches Interesse an verstärkten Beziehungen zum faschistischen Schah-Regime gezeigt hat. Es ist dies:

– neben Brandt, Schmidt, Regierungs-und Industriekreisen – vor allem der baden-württembergische Mimisterpräsident Filbinger, der sich schon 1974 nach dem Schah-Besuch in der Bundesrepublik noch als Bundesratspräsident besonders stark für dieses Projekt gemacht hat und dafür sorgte, daß das Land Baden-Württemberg von der ständigen Konferenz der Kultusminister die Planung der Universität übertragen bekam, um die von ihm beklagten „bürokratischen Schwierigkeiten" aus dem Weg zu räumen, die die Bundesregierung machte („FAZ", 14.2.77).

Ausbildung iranischer Bürokraten

Zur Zeit läuft in Westberlin ein mehrwöchiges Seminar zum Thema „Organisation und Management in der öffentlichen Verwaltung", veranstaltet von der Senatsverwaltung für Inneres, untersützt von der Zentralstelle für öffentlicher Verwaltung, der Deutschen Stiftung für internationale Entwicklung und – auf iranischer Seite – der „State Organisation for Administration and Employment Affairs" mit Sitz in Teheran. Finanziert wird das Projekt, daß dem Erfahrungsaustausch zwischen iranischen und westdeutschen „Bürokraten" dienen soll, natürlich weitgehend vom Schah-Regime. Das Landespresseamt betonte in diesem Zusammenhang stolz das große Interesse des faschistischen Schah-Regimes an einem weiteren Erfahrungsaustausch und an weiterer Zusammenarbeit („Extra-Dienst", „ED", 8.11.77).

Nahost-Kommission

Kurzmeldungen Ägypten

Moslembruderschaft demonstriert in Kairo, Sektenmitglieder werden freigelassen!

Die verbotenen, religiös-faschistischen Moslembruderschaften haben erstmalig seit einigen Jahrzehnten wieder eine öffentliche Demonstration in Kairo durchgeführt. Im Zentrum von Kairo kamen, ohne daß öffentlich aufgerufen wurde, an die 5000 Anhänger der Sekte zu einem „Open-Air"-Gebet zusammen. In einer Rede wurde die Rückkehr der Nation zu den Gesetzen des Islam gefordert (nach „International Herald Tribune", IHT, 19.9.77).

Die „Rückkehr" zu den Gesetzen des Islam wird bereits in Angriff genommen: *„Der Nationalversammlung liegt ein Gesetzentwurf vor, der allen Moslems den Alkoholgenuß untersagt. Von der Wiedereinführung der Sharia, der moslemischen Gesetze wird geredet. Eine Versammlung der Religionsgelehrten hat die Wiedereinführung mittelalterlicher Strafen gefordert: Öffentliche Auspeitschung, Handamputationen für Diebe und Steinigung für untreue Frauen"* („Welt", 2.11.77). Diese Sauereien werden der Bevölkerung als Ausweg aus der katastrophalen Lebenssituation angepriesen! Gerade unter den Jugendlichen haben sie in der letzten Zeit erheblich an Einfluß gewonnen, eine religiös verbrämte, faschistische Massenbewegung ist im Enstehen.

Die Moslembrüder haben Verbindungen zu allen höheren staatlichen Stellen bis hin zu den Ministerien und zur Armee („Süddeutsche Zeitung", SZ, 3.11.77).

Die Sekte „Sühne und Einkehr", deren Mitglieder wegen der Entführung und Ermordung eines Ex-Ministers vor Gericht stehen, sowie die Sekten „Der heilige Krieg" und „Soldaten Gottes" sind nichts anderes als der offen terroristische Arm der Moslembruderschaften. In den vergangenen Wochen, also nach der spektakulärsten Aktion der Sekten, der Entführung und Ermordung des ehemaligen Religionsministers, wurde von den staatlichen Stellen häufig von der jetzt folgenden „Ausrottung" dieser Banden gesprochen. Es wurden auch umfangreiche Razzien mit Verhaftungen und Waffenbeschlagnahmungen durchgeführt. Aber bei der enormen Unterstützung dieser „Brüder" durch hohe Staatsträger ist es nicht erstaunlich, daß von den 500 angeklagten (!) Sektenmitgliedern 350 schon vor Prozeßbeginn vom obersten Militärgerichtshof freigelassen wurden und das Verfahren eingestellt wurde („Neue Zürcher Zeitung", NZZ, 2.11.77 und SZ, 3.11.77). Die Terrorbanden, die sogar teilweise mit Maschinengewehren ausgerüstet sind, dürfen offensichtlich weiter ihr Unwesen treiben - mit Billigung der ägyptischen Regierung. Denn die Hauptaufgabe dieser faschistischen Banden wird weiterhin der Angriff auf fortschrittliche Arbeiter und Studenten sein. So wurden z.B. vor einiger Zeit linke und nasseristische Studenten mit Messern niedergestochen („Jordan Times", 13.2.77).

Ägypten will Boykott gegen US-Firmen aufbrechen

Von den arabischen Staaten wird mehr schlecht als recht ein Boykott gegen Konzerne, die in Israel vertreten sind, durchgeführt. Wer „boykottiert" wird, entscheidet eine Kom-

Fortsetzung auf Seite 49

Fortsetzung von Seite 48

mission aus Vertretern aller arabischen Staaten. Ägypten hat jetzt ein Abkommen mit fünf großen amerikanischen Konzernen (Coca Cola, Ford, Xerox, Motora, Colgate-Palmolive) abgeschlossen. Es sieht vor, daß diese Firmen Kapital in Ägypten investieren und daß Ägypten sich im Gegenzug für das offizielle Streichen dieser Konzerne von der „Schwarzen(Boykott)liste" einsetzt, die sowieso eine Farce ist und nur hin und wieder zu Propaganda-Zwecken eingesetzt wird, in Wirklichkeit aber von allen arabischen Regimes unterlaufen wird. Daß Ägypten sich jetzt offen für die Streichung von Firmen, die mit Israel handeln, von der Boykottliste einsetzt, ist allerdings ein weiterer Schritt zur Anerkennung Israels und wirft ein weiteres Licht auf die wirtschaftliche Notsituation Ägyptens.

So erklärte Metwalli Atallah, stellvertretender Direktor der Investitionsbehörde: *„Wir gaben unsere Billigung auf der Basis von ökonomischen Projektionen für das Wohl des Landes"* (nach „I.H.T.", 28.10.77). Die größten Projekte planen Ford und Coca Cola. Ford will ein 1966, bei Beginn des Boykotts, geschlossenes Werk in Alexandria wiedereröffnen und ein neues Maschinenwerk errichten. Coca Coal beteiligt sich an dem Aufbau von Plantagen im Wüstengebiet nahe des Suez-Kanals.

Neue Projekte von BRD-Konzernen in Planung

Nach Informationen des ägyptischen Industrieministers Issa Abdelhamid Schamin hat VW ein Angebot zur Prodution von PKW's in Ägypten gemacht. Im Oktober hat eine VW-Delegation in Kairo das Angebot mit der ägyptischen Automobilfirma „Al nasr MotorCompany" besprochen („Welt", 14.1077).

Der Siemenskonzern plant gemeinsam mit einer ägyptischen Geslischaft eine Firma zu gründen, die Schaltkonsolen für den arabischen und afrikanischen Raum herstellen soll. Das ägyptische Elektrizitätsministerium unterstützt bei diesem Geschäft den ägyptischen Siemens-Partner mit 7 Millionen DM („Monitor-Dienst", 12,10.77).

Mit diesen beiden Projekten werden die bisher eher bescheidenen westdeutschen Direktinvestitionen in Ägypten erheblich gesteigert werden. Das vom Sadat-Regime vollends zur Ausbeutung durch die Imperialisten freigegebene Ägypten scheint attraktiver zu werden!

Nahost-Kommission

Wer nicht hören will, muß fühlen

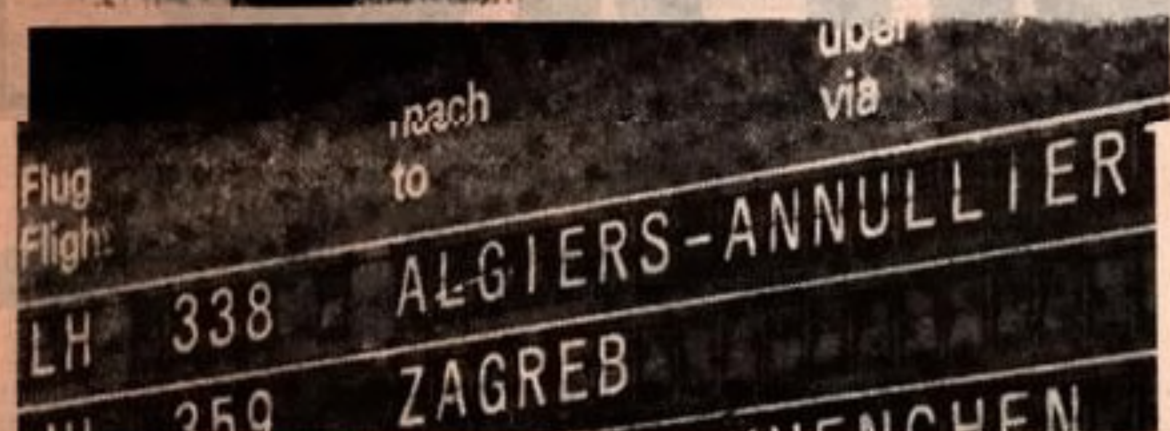
Angesichts der algerischen Weigerung, BRD-Grenzschützer zur Gepäck-und Passagier-Kontrolle auf dem Flughafen Algier zuzulassen, hat die Lufthansa kurzerhand am 8. November den für diesen Tag vorgesehenen Linienflug von Frankfurt nach Algier gestrichen.



ganze Druck auf Algerien ausgeübt, das in der heutigen Situation mit seiner konsequenten Haltung ziemlich allein dasteht.

Die Streichung der Flugverbindung nach Algier war sicher nur eine von vielen wirtschaftlichen Erpressungsversuchen durch die BRD-Regierung. Man kann nur wünschen, daß Algerien trotz der massiven Drohungen und Erpressungen seitens des BRD-Imperialismus auch in Zukunft nicht umkippen wird.

Umgekehrt ist der BRD-Imperialismus bereit, die Länder, die sich seinen Erpressungen und Drohungen schließlich fügen, kräftig zu schmieren. So wird für Somalia von der BRD-Regierung ein „Danke-Schön"-Hilfsprogramm entwickelt, wie Marie Schlei - Entwicklungsministerin - in Saarbrücken vor Journalisten sagte, werde sie sich Anfang 1978 in Somalia aufhalten, um die Möglichkeiten der Durchführung eines Bewässerungs-Großprojekts zu prüfen, das insgesamt 250 bis 400 Millionen DM kosten wird ("Frankfurter Rundschau", 9.11.77). Spanien, das zunächst ebenfalls die Verschärfung der Kontrollen ablehnte, wurde Unter-



Die Bundesregierung stellt außerdem Überlegungen an, der algerischen Fluggesellschaft „Air d'Algerie" bis zu einer „zureichenden" Lösung die Landerechte für Frankfurt zu entziehen.

Algerien ist das einzige von 12 Ländern, das die Forderung der BRD-Regierung nach zusätzlichen Kontrollen durch Grenzschützer (bisher!) abgelehnt hat. Nachdem sich sogar Libyen mit den verschärften „Sicherheits"maßnahmen einverstanden erklärt hat, wird jetzt der stützung für den Eintritt in die EG versprochen ...

Inzwischen hat die BRD-Regierung - die bekanntlich am liebsten nicht nur die Meinung der westdeutschen Öffentlichkeit vollständig gleichgeschaltet hätte, sondern die gesamte Weltöffentlichkeit - *„bei der algerischen Regierung neuerdings Verständnis für die Bonner Wünsche entdeckt"* („Süddeutsche Zeitung", 10.11.77). Es kann durchaus sein, daß es sich dabei um Zweckpropaganda handelt.

Araber in Galiläa ermordet

Zu blutigen Auseinandersetzungen zwischen der arabischen Bevölkerung des Dorfes Madsch el-Krum in Nord-Galiläa (13 Kilometer von der israelisch-libanesischen Grenze entfernt) und israelischen Polizeitruppen kam es am 8.11.77. Dabei wurde ein arabischer Demonstrant erschossen, 15 weitere schwer verletzt – allerdings hatten die Polizeitruppen ebenfalls 15 Verletzte zu verzeichnen.

Anlaß der Auseinandersetzungen war – wie in letzter Zeit häufig – der Versuch, ein ohne Genehmigung der israelischen Behörden von den arabischen Einwohnern errichtetes Haus zwangsweise und gewaltsam gegen den Protest der Bevölkerung abzureißen. In Galiläa soll es etwa 20.000 dieser angeblich „illegal" errichteten Häuser geben, die etwa in 200 Fällen gewaltsam – mit massiver Unterstützung der Polizei – in der letzten Zeit abgerissen wurden. Die Häuser wurden meist auf „Gemeinde-Grundstükken", die sich die Zionisten nach der Besetzung Palästinas und der Vertreibung vieler Palästinenser widerrechtlich angeeignet haben, errichtet.

Im Fall von Madsch el-Krum versuchten die Demonstranten den gewaltsamen Abriß des Hauses durch Versperren der Straße und durch Steinwürfe zu verhindern. Als die Demonstranten auf den Befehl der Polizei hin nicht auseinandergingen, schoß die Polizei sofort in die Menge. („Neue Zürcher Zeitung", „NZZ", 10.11.77 und „Le Monde", 10.11.77).

Nahost-Kommission

Die PFLP hat mit der Entführung nichts zu tun - Haddad schon vor einem Jahr ausgeschlossen

Die PFLP hat sich durch die internationale Hetzkampagne veranlaßt gesehen, sich offiziell von der Gruppe um Wadi Haddad zu distanzieren. Das hindert die bürgerliche Presse nicht, ihre Story von der „Internationale des Terrors" mit der PFLP im Mittelpunkt weiter auszuspinnen.

Für die Entführung der Maschine der Lufthansa von Mallorca nach Mogadischu hat sich mit Flugblättern und Plakaten in Beirut eine Gruppe „Volksfront für die Befreiung Palästinas – Sonderkommando" verantwortlich erklärt. Die Plakate zeigen Fotos der drei in Mogadischu getöteten Entführer („Die Welt", Anf. November). Dadurch daß die Plakate außerdem den Namen „Organisation zum Kampf gegen den Weltimperialismus" tragen, soll offenbar die Verbindung zu anderen kämpfenden Gruppen in der Welt betont werden, was leider nur der Hetze von der „Terror-Internationale" Vorschub leistet.

Die Plakate tragen das Emblem der PFLP. Dadurch, durch den Charakter der Aktion, und durch die Lügenmeldungen der bürgerlichen Presse hat sich die PFLP zu einer offiziellen Erklärung veranlaßt gesehen: *„Nach der Entführung von Mogadischu und den Umständen, die die PFLP damit in Verbindung brachten, ist es notwendig geworden, den Ausschluß* (von Wadi Haddad, die Red.) *öffentlich bekannt zu machen und ein für allemal zu bekräftigen, daß die PFLP mit dieser Operation nichts zu tun hatte"* („Süddeutsche Zeitung", „SZ", 4.11. und „Frankfurter Rundschau", „FR", 4.11.).

Wadi Haddad war Mitglied des Politbüros der PFLP. Sein Ausschluß würde normalerweise nicht bekannt gegeben, bevor er vom Nationalkongreß der PFLP bestätigt ist. Die PFLP hat vor allem 1970 spektakuläre Flugzeugentführungen durchgeführt. Sie begründete dies u.a. damit, daß der Mantel des Schweigens, der von den Imperialisten über den Kampf des palästinensischen Volkes gebreitet worden war, zerrissen werden sollte (vergl. auch die Broschüre „Interviews mit dem Widerstand ...", Verlag Arbeiterkampf).

In einer Pressekonferenz nach dem 3. Nationalkongreß der PFLP im Jahre 1972 gab der Genosse Habasch bekannt, daß die PFLP unter den gegebenen Umständen keine Flugzeugentführungen mehr machen werde. Für die Entscheidung, ob solche Aktionen gemacht werden oder nicht, muß man u.a. abwägen:

Die Reaktion der arabischen Massen, insbesondere der palästinensischen Massen in den besetzten Gebieten,
- die Reaktion der Verbündeten in aller Welt,
- die Reaktion der Weltöffentlichkeit.

Wenn auf diesen drei Ebenen das politische Ziel einer Aktion nicht klar ist, wird sie Schaden statt Nutzen für die Revolution bringen.

Der palästinensische Widerstand befindet sich, insbesondere nach der Niederlage im libanesischen Bürgerkrieg, in einer schwierigen Situation. In dieser Situation treten linke und rechte Strömungen besonders stark hervor. Während die Linksopportunisten den Weg der Revolution abkürzen wollen, wollen die Rechtsopportunisten diesen Weg gar nicht gehen. Beides führt zur Liquidierung der Revolution.

Da Wadi Haddad gegen den Beschluß des Nationalkongresses und gegen die Überzeugung der Mehrheit des Politbüros der PFLP neue Außenaktionen vorbereitete, wurde er vor einem Jahr aus der PFLP ausgeschlossen.

Die Operation von Mogadischu erfüllte keine der Anforderungen an eine revolutionäre Außenaktion. Weder den palästinensischen Massen, noch den internationalen Verbündeten, noch der Öffentlichkeit konnte sie ihre Ziele vermitteln.

Während in den israelischen, jordanischen und syrischen Gefängnissen tausende politischer Gefangener gefoltert werden, wurde die Freilassung von 11 Deutschen verlangt. Während selbst die Presse der revisionistischen Staaten, z.B. bei der Aktion von Entebbe den zionistischen Überfall verurteilte, solidarisiert sie sich bei Mogadischu in der Praxis mit der GSG 9. Die Entführung von Mallorca-Urlaubern muß der westeuropäischen Arbeiterklasse, einem wichtigen potentiellen Verbündeten der palästinensischen Revolution, unverständlich bleiben.

Die Gruppe um Wadi Haddad hat versucht, die Schwierigkeiten der palästinensischen Revolution durch einen Vorstoß auf die internationale Ebene zu überwinden. Da sie sich dabei von den Massen in jeder Beziehung entfernt hat, ist das Gegenteil eingetreten.

Die Erklärung der PFLP hat die bürgerliche Presse nicht gehindert, die Gruppe um Wadi Haddad noch weiter zu einer Schreckensversion aufzublasen (vergl. unseren Artikel im AK 116, S. 13). Carlos ist jetzt zum „Außenminister" des internationalen Terrors avanciert („Neue Hannoversche Presse", „NHP", 4. 11.). Und ebenso wie schon bei Entebbe wird auch weiterhin die PFLP verantwortlich gemacht. Dafür gibt es zwei verschiedene Versionen. Die eine geht so, daß der Ausschluß von Haddad nur ein „Täuschungsmanöver" ist („NHP", 4.11.). Dagegen mutmaßt die „SZ" vom 4.11., daß Haddad in Wirklichkeit nur deshalb ausgeschlossen wurde, weil er versucht habe, Genosse Habasch zu stürzen.

Da die PFLP erklärt hat, daß Wadi Haddad wegen der Vorbereitung von Flugzeugentführungen ausgeschlossen wurde, kann aber wohl selbst eine durch die bürgerlichen Zeitungen abgestumpfte Logik erkennen, daß beide Versionen Blödsinn sind und daß die PFLP tatsächlich Aktionen wie die von Mogadischu ablehnt.

Nahost-Kommission

Solidaritätsresolution der Palästina-Komitees

Wir haben in AK 115, S. 55 berichtet, daß die „Frankfurter Allgemeine Zeitung" („FAZ") mit einer Strafanzeige gegen das Palästina-Komitee Bonn vorgegangen ist. Hierzu erhalten wir noch folgende Nachricht: *„Die am 1./2. Oktober 1977 in Frankfurt versammelten Palästinakomitees verurteilen aufs Schärfste den Angriff der FAZ und des Herrn Vocke auf die antiimperialistische Solidaritätsarbeit der Palästinakomitees. ... Wir fordern alle Menschen auf, die gerechten Ziele des palästinensischen Befreiungskampfes zu unterstützen, der Verleumdung dieses Kampfes durch die FAZ und Herrn Vocke entgegenzutreten, die Freiheit der Informationsarbeit zu verteidigen, die Prozeßvorbereitungen durch Spenden zu unterstützen, den Prozeß zu verfolgen und über ihn zu berichten."* Spenden werden erbeten auf das Konto 0558551 bei der Deutschen Bank, Bonn, Hans Weingartz, Kennwort Prozeßspende.

Ein Gerichtstermin steht bis jetzt noch nicht fest. Wir werden weiter darüber berichten.

Nahost-Kommission

Politische Gefangene in Marokko

Ende Oktober veröffentlichte „Amnesty International" einen Bericht zur Situation der politischen Gefangenen in Marokko. Amnesty erinnert in diesem Bericht an eine marrokanische Statistik von 1974, nach der in den Gefängnissen des Landes 5mal mehr Häftlinge säßen, als normalerweise darin Platz hätten; jetzt seien die Gefängnisse zehnfach überbelegt!

Offiziell gibt es in Marokko rund 200 politische Gefangene, die verurteilt wurden. Mehrere Hundert Menschen werden aber in Spezialzentren ohne Urteil festgehalten, entweder wegen ihrer Sympathie für linke Gruppen oder die Frente Polisario. In vielen Fällen werden Gefangene bis zu 2 Jahren festgehalten, ohne Kontakt zur Außenwelt zu haben („Frankfurter Rundschau", 1.11.77).

So weist das „Kampfkomitee gegen die Repression in Marokko" darauf hin, daß es noch immer keine Nachrichten gibt über die -zig Personen, die bei den Verhaftungswellen von April bis Juni 1977 festgenommen wurden (nach „Libération", 13.9.77).

In den Regionen, in denen die Regierungspolitik nicht nur auf Zustimmung stößt (was seit dem marokkanischen Einmarsch in die Westsahara besonders in Südmarokko der Fall ist), finden willkürliche Verhaftungen statt, oft in großem Ausmaß. *„Seit 1976 wurden Gefangenenlager geschaffen, ..., nicht nur für die Kriegsgefangenen, sondern auch für die Zivilbevölkerung, die der Sympathie mit den Guerilleros der Polisario verdächtigt wird"* („Le Monde", 3.11.77). Die Zahl dieser Verhafteten in Marokko selbst wird auf 100-150 geschätzt, die marokkanischen Behörden geben natürlich keine Auskunft. In der Westsahara rechnet man mit Hunderten Gefangenen aus der Zivilbevölkerung.

Die sanitären Bedingungen in diesen Gefangenenlagern sind unzumutbar. So können sich die Gefangenen teilweise monatelang nicht waschen. Das Essen - Brot und Suppe - ist völlig unzureichend. Die Mehrzahl dieser Verhafteten wird in Abständen wiederholt verhört und gefoltert. Der Generalsekretär der „Internationalen Menschenrechtsvereinigung", Michel Blum, hat nach einem Gespräch mit dem „Saharauischen Roten Halbmond" (entspricht dem Roten Kreuz) gefordert, daß eine internationale Untersuchung über *„schwerwiegende Mißhandlungen und Massendeportationen"* durch marokkanische und mauretanische Truppen in der Westsahara durchgeführt wird.

Folter ist an der Tagesordnung

Die Folter gehört zur normalen Verhörpraxis bei politischen Gefangenen. *„Ein französischer Arzt berichtete, daß viele Häftlinge noch heute an den Folgen von Mißhandlungen litten, die ihnen bereits vor mehreren Jahren zugefügt worden seien. Medizinische Behandlung hätten die Gefangenen nicht erhalten. Unmittelbar nach ihrer Verhaftung werden Gefangene laut Amnesty an Händen und Füssen gefesselt, und die Augen werden ihnen bis zum Prozeßbeginn verbunden. Außerdem hätten sie in dieser Zeit, in Einzelzellen untergebracht, keinen Kontakt zu Anwälten oder Angehörigen. Sie würden in regelmäßigen Abständen geschlagen und hörten die Schreie ihrer gefolterten Mitgefangenen. Abdelatif Zeroual, der Führer der sog. Frontisten-Bewegung, in der seit etwa 1970 linksgerichtete Oppositionelle zusammengeschlossen sind, soll bereits fünf Tage nach seiner Verhaftung im November 1974 an den Folgen der Folter gestorben sein"* („Süddeutsche Zeitung", 2.11.77).

Die „Kampfkomitees ..." haben am 10. September in einem Kommuniqué auf die Situation der politischen Gefangenen aufmerksam gemacht. Darin ging es besonders um die Genossen, die im Februar zu langen Haftstrafen verurteilt wurden. Abraham Serfaty, ein leitendes Mitglied von „Ilal Amam" wird in Casablanca in Isolationshaft gehalten, während die anderen Verurteilten im berüchtigten Folterknast in Kenitra einsitzen. Der Genosse Abdellah Zazaa, der wie Serfaty zu lebenslanger Haft verurteilt wurde, war aus Kenitra verschleppt worden, über seinen Verbleib hat man bis heute keine Nachricht. Gegen seine Verschleppung protestierten 60 Gefangene durch einen 13tägigen Hungerstreik, worauf die Gefängnisbürokratie mit noch mehr Schikanen und Strafen reagierte.

Ebenfalls von der Repression betroffen sind die fortschrittlichen Anwälte. 7 von den Anwälten, die die Genossen im Casablanca-Prozeß im Frühjahr 77 verteidigt hatten, droht jetzt selber der Prozeß: Wegen *„Richterbeleidigung und Lenkung der Angeklagten in ihren Antworten"* riskieren sie, für 2 Jahre von ihren Funktionen suspendiert zu werden!

Unterdrückung und Terror in Bahrain

Das Emirat Bahrain, bestehend aus einer großen und 32 zum größten Teil unbewohnten Inseln im Arabisch-Persischen Golf, hat in den letzten Monaten häufiger im Blickpunkt der bürgerlichen Presse gestanden, wobei allerdings gern verschwiegen wurde, daß es – eine Ausnahme unter den reaktionären Ölstaaten auf der arabischen Halbinsel – eine relativ starke antiimperialistische und demokratische Bewegung gibt.

Das eine „große" Ereignis waren die mehrmonatigen Verhandlungen zwischen den USA und Bahrain über die Verlängerung der Aufenthaltsrechte der US-Navy im bahrainischen Hafen Manamah. Bis 1973 hatten hier regelmäßig amerikanische Kriegsschiffe angelegt. Nach dem Oktoberkrieg veranlaßte der antiamerikanische Protest in den arabischen Ländern und vor allem in Bahrain selbst den stockreaktionären Herrscher, Sheikh Khalifa, die US-Navy „formal" rauszusetzen, faktisch durften US-Kriegsschiffe schon ein Jahr später wieder den Hafen anlaufen.

Ende letzten Jahres hat Khalifa die Stützpunktrechte wieder einmal aufgekündigt, ist nach langem Hin und Her während der folgenden Verhandlungen offiziell auch „hart" geblieben, hat aber zugleich betont, daß die Navy als „Gast" jederzeit willkommen sei (Informationen nach: „Horizont", 1977/ 22, „International Herald Tribune", 28.2., 3.5.,16.5. 77).

Das zweite Interesse der Imperialisten richtet sich auf die Funktion Bahrains als Bankenzentrum am Golf und in der ostarabischen Welt, dessen Bedeutung durch den libanesischen Bürgerkrieg als zeitweiser Ersatz für das Bankenzentrum in Beirut noch gestiegen ist. **Völlig unbeachtet von der bürgerlichen Presse hingegen ist die mörderische innenpolitische Situation des kleinen, knapp 300.000 Einwohner zählenden Emirats.**

Arbeiterwiderstand und Unterdrückung seit 40 Jahren

Bahrain war von 1880 bis 1971 durch einen „Schutz"-Vertrag an Großbritannien gebunden, der 1971 durch einen „Freundschaftsvertrag" mit der unabhängig gewordenen Monarchie ersetzt wurde; Iran mußte seinen Anspruch auf Bahrain, den es aus der Besetzung der Insel von 1602 bis 1782 (!) ableitete, vorerst aufgeben.



Die ersten Arbeiteraufstände fanden noch unter britischer „Schutzherrschaft" statt und zwar schon wenige Jahre nach dem Entstehen der Arbeiterklasse. 1932 wurde in Bahrain Erdöl entdeckt, und schon 1938 kam es zum ersten Aufstand der in der rasch wachsenden Ölindustrie beschäftigten Arbeiter. Der Aufstand, der sich vor allem gegen die Hungerlöhne richtete, wurde brutal niedergeschlagen, hunderte von Arbeitern flohen nach Saudi-Arabien. In den darauffolgenden Jahren bildete sich eine panarabisch-nationalistische politische Bewegung heraus, das „Komitee der nationalen Einheit". 1954 kam es zu einer neuen Streikbewegung, die die britischen Imperialisten zwang, die Bildung einer Arbeitergewerkschaft zu dulden, die bald eine Mitgliederzahl von 13.-14.000 erreichte („Materialien zum antiimperialistischen Kampf", 2/1973). Als sich die bahrainischen Arbeiter 1956 mit der ägyptischen Bevölkerung gegen die Suez-Intervention solidarisierten, wurde die Gewerkschaft wieder verboten, viele Arbeiter entlassen und verstärkt ausländische Arbeiter durch die Ölgesellschaften eingestellt. Das zerschlagene „Komitee der Nationalen Einheit" wurde nicht wieder aufgebaut, aber stattdessen bildeten sich neue oppositionelle Strömungen im Untergrund (Arabische Nationalisten, Baathisten, Nasseristen, Kommunisten).

1965 brach ein dreimonatiger bewaffneter Volksaufstand gegen die ausländischen Firmen und die einheimischen Reaktionäre aus, der wieder niedergeschlagen wurde. 8 Jahre später, 1973, kam es erneut zu einer Aufstandsbewegung, die ausging von einem großen Streik der Arbeiter und Angestellten des Flughafens, der Krankenhäuser und einiger Erdölbetriebe und unterstützt wurde von Studenten und anderen Intellektuellen. Gefordert wurden u.a. Lohnerhöhungen (25%), das Recht auf gewerkschaftliche Organisierung und Rausschmiß der US-Navy.

Der Herrscher des inzwischen unabhängigen Bahrains, Khalifa, und seine Sippschaft reagierten nicht weniger brutal als die Briten. Demonstranten wurden getötet, verletzt und verhaftet, aber immerhin konnte das Recht auf Gewerkschaften zurückerkämpft werden. Die Herrscherclique erhielt noch im selben Jahr ihre Quittung. Bei den Wahlen zur ersten Nationalversammlung im Dezember 1973 fielen 10 der 30 Mandate an Kandidaten der Linken („Süddeutsche Zeitung", 10.12. 1973), was Khalifa aber nicht davon abhielt, die Regierung weiterhin ausschließlich mit Verwandten und engen Freunden zu besetzen. Die Unterdrückung ging weiter.

Als die Arbeiter des ALBA-Werkes (größte Aluminiumschmelze im Nahen Osten) am 1.Mai 1973 unter den Forderungen des letzten grossen Streiks vor dem Parlament demonstrierten, fand wiederum eine große Verhaftungswelle statt, die eine Solidaritätsbewegung in anderen arabischen Ländern, vor allem in Kuwait auslöste. (Die aktive Unterstützung der Verhafteten und Unterdrückten durch kuwaitische Rechtsanwälte und Parlamentsabgeordnete war einer der Anlässe, die zu der Auflösung des kuwaitischen Parlaments 1976 führten.) Der Sheikh von Bahrain hatte auch keine rechte Freude an seinem Parlament und schaffte es im August 1976 kurzerhand wieder ab, weil es nicht kooperationswillig sei („Horizont", 1975/41). Vorausgegangen war ein Streik der ALBA-Arbeiter im Sommer des Vorjahres, in dessen Folge ein „Sicherheitsgesetz" erlassen wurde (das immer noch in Kraft ist), das die Einkerkerung für mißliebige Äußerungen bis zu drei Jahren ohne (!) Prozeß ermöglicht. Als die Abgeordneten des „Volksblocks" die Aufhebung dieser Verordnung forderten, wurde das Parlament aufgelöst und mindestens 60 Personen, darunter auch Abgeordnete, verhaftet.

Verhaftungen und Terrorprozesse

Das wichtigste Unterdrückungsinstrument des Sheikhs ist seine Geheimpolizei unter Führung des britischen Offiziers Henderson, die mit SS-Methoden vorgeht. *„Die Geheimpolizisten kommen mit einem zivilen Auto, das sie in der Nähe der Wohnung des gesuchten parken, ein Offizier steigt aus, holt die Person ab und manchmal kommt derjenige wieder nach Hause, manchmal ist er für Monate oder Jahre verschwunden. Immer häufiger aber fahren die Geheimpolizisten mit einem oder zwei Jeeps vor, begleitet manchmal zusätzlich von einigen PKWs, ein Offizier und einige Begleiter klopfen an die Tür und schlagen sie ein, wenn nicht sofort jemand erscheint. Diese Art Verhaftungen finden im allgemeinen morgens gegen 4 Uhr in der Frühe statt"* („Oman en lutte", Sept. 77).

Da Bahrain Mitglied der UNO ist, ist psychische und physische Folter natürlich gesetzlich verboten. Wie der Sheikh und seine Schergen das Problem lösen, haben die Prozesse gegen einige tatsächliche und angebliche Mitglieder der bahrainischen Sektion der „Volksfront für die Befreiung der arabischen Golfstaaten" im März dieses Jahres gezeigt. Die Genossen waren angeklagt, den prominenten Verleger al-Madani umgebracht zu haben, wobei alle Angeklagten versicherten, mit dem Mord nichts zu tun zu haben, und alle Anzeichen dafür sprechen, daß die Geheimpolizei den Mord selbst in Auftrag gegeben hat, um die Befreiungsfront eines „abscheulichen Verbrechens" beschuldigen zu können und einige Mitglieder auszuquetschen (alle folgenden Angaben nach: „Saut al-Thaura", dem Bulletin der Volksfront zur Befreiung Omans, 14.5.1977).

Als einer der Angeklagten mit einer schweren Beinverletzung zum Verhandlungstermin vorgeführt wurde, die Folterspuren also unübersehbar waren, erfand der Staatsanwalt für die internationale Presse, die den Prozeß verfolgte, eine Geschichte von einem abenteuerlichen Fluchtversuch, bei dem der Genosse sich beim Sturz vom Fensterbrett verletzt habe. Der Bericht einer medizinischen Kommission, die den Gesundheitszustand aller fünf Angeklagten untersucht hatte und bei allen Folterspuren feststellte, wurde von dem Staatsanwalt für medizinisch nicht haltbar erklärt, und er forderte die Richter auf, ihn zu vergessen. Der Prozeß, einer unter vielen, endete mit der Hinrichtung (bzw. lebenslänglicher Freiheitsentzug in einem Fall) der drei Befreiungsfront-Mitglieder und einem Freispruch für die anderen beiden Angeklagten, die ausgesagt hatten, nicht bzw. nicht mehr zur Front zu gehören. Einige Wochen zuvor waren zwei weitere Genossen durch Folter ermordet worden. Der Widerstand geht weiter!

Nahost-Kommission



afrika

Frankreich will Eskalation des Krieges im Maghreb

Erst vor wenigen Monaten hatte der französische Imperialismus mit Djibouti seine letzte Kolonie auf dem afrikanischen Festland in die „Unabhängigkeit" entlassen – eine Unabhängigkeit, die, wie in anderen ehemals unter französischer Herrschaft stehenden Staaten Afrikas, nach wie vor von einigen tausend französischen Soldaten und Fremdenlegionären „beschützt" wird. Damit war angeblich eine „neue Ära" der Beziehungen Frankreichs zu Afrika angebrochen.



Die „neue Ära" begann mit der militärischen Einmischung Frankreichs auf seiten Mobutos im Krieg in der zairischen Provinz Shaba und die „neue Ära" wird aktuell gekennzeichnet durch französische Drohungen und Vorbereitungen, die von Marokko und Mauretanien besetzte Demokratische Arabische Republik Sahara („Westsahara") zu überfallen, bzw. Algerien, das die Befreiungsfront der Westsahara (Frente Polisario) unterstützt, ebenfalls militärisch zu erpressen. Es scheint, daß die eindeutige Weigerung der F. Polisario sowie der algerischen Regierung, sich diese Erpressung gefallen zu lassen, die französische Regierung zunächst zu einem vorsichtigeren Taktieren zwingt.

Die von Frankreich behauptete Entführung von zwei französischen „Technikern" (Berufsbezeichnung von über 90% aller Geheimdienstler und Militärberater) durch die FRENTE POLISARIO wurde von der französischen Regierung zu einem Mogadischu Nr. 2 hochstilisiert, in der Hoffnung, daß eine als „Befreiungsaktion" in Geiselhaft befindlicher französischer Staatsbürger getarnte militärische Intervention sich zur Zeit am besten international verkaufen läßt. Entsprechend geiferte der französische Abgeordnete, Jaques Soustelle, in der Nationalversammlung am 8.11.: *„Die POLISARIO – das ist die Baader–Bande der Sahara!"* („Süddeutsche Zeitung",11.11.77).

Die französische Regierung behauptet, daß sich insgesamt acht Franzosen als Geiseln in POLISARIO Hand befinden. Die POLISARIO gibt keine genaue Zahl ihrer französischen Gefangenen an, besteht jedoch nachdrücklich darauf, daß es sich bei diesen um Kriegsgefangene und nicht um Geiseln handelt. Dies ist insofern von Bedeutung, als sich sowohl Frankreich wie auch seine Verbündeten, Marokko und Mauretanien, weigern, von einem Krieg, gar von einem Befreiungskrieg des saharauischen Volkes zu sprechen, und so tun, als handle es sich um die Streifzüge einer Handvoll Wüstenräuber, derem unverantwortlichen Treiben nun endlich ein Ende gesetzt werden müsse. Mit dem Etikettenschwindel („die armen französischen Geiseln") will die französische Regierung davon ablenken, daß sich seit geraumer Zeit im mauretanischen Gebiet von Zouerate einige hundert französische, als „Entwicklungshelfer" o.ä. getarnte, Militärfachleute aufhalten.

Zourate ist das mauretanische Eisenerzzentrum, das von den Guerillas der Polisario mehrfach angegriffen und weitgehend zerstört wurde. Sechs der acht „Geiseln" wurden bei einem solchen Polisario–Angriff gefangengenommen.

Stimmungsmache für Intervention Frankreichs

Nach demonstrativen „Lagebesprechungen " Giscards mit den zuständigen Ministern und dem Gneralstabchef (!) („NZZ", 1.11.) und nach der Versetzung eines Teils der Interventionstruppen in Alarmbereitschaft, drohte der französische Verteidigungsminister Bourges: *„Keine Aktion, die zur Befreiung der Geiseln führt, ist ausgeschlossen."* („SZ", 29.10.).

Seit der angeblichen letzten Entführung von zwei französischen „Eisenbahntechnikern" Ende Oktober hat die französische Luftwaffe ständige „Beobachtungsflüge" über dem Gebiet der Demokratischen Arabischen Republik Sahara (DARS) aufgenommen („Le Monde", 28.10.).

Inzwischen haben französische Fallschirmjägeroffiziere offiziell in Mauretanien mit ihrer Tätigkeit als „Berater" der dortigen Streitkräfte begonnen („SZ", 9.11.). Die militärischen Drohungen, die sich vor allem gegen das Hinterland der Polisario – Algerien – richten, gipfelten in der demonstrativen Verlegung einer Interventionstruppe zur *„provisorischen Truppenverstärkung"* nach Dakar (Senegal), wo der französische Imperialismus einen Militärstützpunkt (Quakam am Cap Vert) unterhält. Lt. „NZZ" vom 4.11. handelte es sich dabei um drei Flugzeuge des Typs DC–8 mit etwa 1 000 Mann an Bord. Die offizielle „Begründung" Frankreichs: Es handele sich um eine *„vorübergehende Verstärkung der Infrastruktur– und Übermittlungsinstrumente in Dakar im Einklang mit den Verteidigungsverträgen zwischen Frankreich und Senegal"* (!).

In Frankreich selbst wird massiv versucht, für eine militärische Aggression Stimmung zu machen.

Fortsetzung auf Seite 51



Fortsetzung von Seite 50

Frankreich will Eskalation ...

Da wird ein ominöses „*Verteidigungskomitee für die Entführten von Zouerate, Afrikas und den Mittleren Orient*" („ADEZAMO") aus der Taufe gehoben und in der rechten Presse breit über dessen Aktivitäten berichtet. Vorsitzender ist ein gewisser Eudeline, Oberstleutnant a.D. und erfahrener Schlächter auf allen Feldern der französischen Kolonialkriege („Le Monde", 14.10.).

Da betreibt die rechtsradikale „Partei für die neue Ordnung" massiv Propaganda für eine Geiselbefreiungsaktion nach dem Vorbild von Mogadischu: „*Frankreich fährt fort, seine Staatsbürger im Stich zu lassen. Es*

Propaganda für eine Geiselbefreiungsaktion nach dem Vorbild von Mogadischu: „*Frankreich fährt fort, seine Staatsbürger im Stich zu lassen. Es*

ist augenscheinlich leichter für Giscard, Bundeskanzler Schmidt Versicherungen zu geben, die nichts kosten oder Guiringaud (franz. Außenminister) mit Ermahnungen gegenüber Südafrika auszustatten, als unsere Mitbürger zu befreien" („Le Monde", 28.10.).

Da werden unvermittelt und provokatorisch acht sogenannte „Polisario Anhänger" aus Frankreich ausgewiesen („NZZ",1.11.), bei denen es sich in Wahrheit um führende Vertretermarokkanischer,algerischer und mauretanischer Emigrantenorganisationen handelte (s.Art.i.diesem AK).

Gegen diese umfangreiche und relativ unverhüllte imperialistische Kriegspropaganda gibt es bisher anscheinend nur spärliche Gegenaktivitäten seitens der reformistischen großen Parteien Frankreichs, und diese beschränken sich meist lediglich auf offizielle Erklärungen und Statements zum „Selbstbestimmungsrecht des saharauischen Volkes" und zur Verurteilung der militärischen Maßnahmen der Regierung (so z.B. in einer gemeinsamen Erklärung der parlamentarischen Fraktionen der PS und PCF („NZZ", 9.11.)).

Marokkanische Kriegsdrohungen gegen Algerien

Begeistert gefeiert und unterstützt werden diese Maßnahmen selbstredend von Mauretanien und Marokko, die seit Anfang 1976 das Gebiet der DARS illegal besetzt halten und einen Vernichtungskrieg gegen das saharauische Volk führen. König Hassan II. von Marokko drohte offen damit, daß seine Truppen in Zukunft „*von ihrem Recht (!) auf Verfolgung des Angreifers (!) auch über die algerische Grenze hinweg*" Gebrauch machen werden („FR", 8.11.).

Die ganze verlogene ‚Begründung' für dieses Vorgehen besteht in dem Vorwurf, daß die Polisario in letzter Zeit u.a. auch mit schweren Waffen und Panzern kämpfen würde die sie selbst weder bedienen noch kaufen könnte („SZ", 8.11.) und zielt damit gegen Algerien, das die F. Polisario auch mit Waffenlieferungen unterstützt.

zielt damit gegen Algerien, das die F. Polisario auch mit Waffenlieferungen unterstützt.

Auch der mauretanische Staatschef, Oud Daddah, schürt das Kriegsklima gegen Algerien: In einem Brief an den Sicherheitsrat der UN wird Algerien als a l l e i n verantwortlich für die angeblichen Entführungen bezeichnet, die „Techniker" seien „*auf algerische Veranlassung und unter direkter Teilnahme algerischer Streitkräfte*" („NZZ", 2.11.) entführt worden.

Man muß sich noch einmal den Zynismus dieser Argumentation vor Augen halten: Diese Vorwürfe, Algerien sei verantwortlich für militärische Eingriffe in der Westsahara, werden ausgerechnet von denjenigen erhoben, die vor zwei Jahren illegal (!) in dieses Gebiet einmarschiert sind und es seitdem für sich beanspruchen !!

(In Wirklichkeit haben bekanntlich die Saharauis niemals personelle Hilfe Algeriens gefordert oder in Anspruch genommen; vielmehr hat Algerien beim Abzug der spanischen Kolonialarmee auf die damals recht leicht mögliche Besetzung zumindest eines Teils der „West Sahara" verzichtet mit dem Hinweis auf das Selbstbestimmungsrecht der Saharauis)

Diplomatischer Boykott gegen F. Polisario

Daß Frankreich , Marokko und Mauretanien heute dermaßen aggressiv aufzutreten wagen, ist nicht zuletzt „Verdienst" der afrikanischen Reaktion, die seit langem durch etwaige Verschiebungen, Tagesordnungsänderungen etc. eine Anerkennung der Polisario durch die OAU und eine Verurteilung der Besatzer hintertreibt. So wußte die französische Regierung denn auch in diesem Fall, auf wen sie sich verlassen konnte, als es um die Sammlung zustimmender afrikanischer Stimmen für die Interventionsdrohungen ging: der gabunesische Staatschef und derzeitige OAU Vorsitzende, Omar Bongo, erklärte nach einem Gespräch mit Giscard, es sei „*ein Fehler, Zivilisten, die nichts mit den politischen Problemen zu tun haben, als Geiseln zu nehmen.*" Bongo

einem Gespräch mit Giscard, es sei „*ein Fehler, Zivilisten, die nichts mit den politischen Problemen zu tun haben, als Geiseln zu nehmen.*" Bongo

erklärte, er wolle „*tätig werden*" („SZ", 8.11.).

Tatsächlich befindet sich die Polisario u.a. durch die Verzögerungstaktik der afrikanischen Kompradoren auf diplomatischer Ebene in einer schweren Situation, die gewisse Aufweichtendenzen bei befreundeten Staaten bezüglich der konsequenten Unterstützung und Solidarität mit der Polisario erleichtert. So überraschte der kürzlich vorgebrachte libysche Vorschlag, der zur „Lösung des Westsahara Problems" den „gesamten Maghreb" (also auch Mauretanien und Marokko, die Schlächter des saharauischen Volkes) miteinbezog. In diesem Zusammenhang sei noch einmal daran erinnert, daß Libyen, trotz materieller Unterstützung für die Polisario, bis heute noch nicht die DARS anerkannt hat!

Unter diesem Blickwinkel weniger überraschend war dann auch die Tatsache, daß sich der libysche Ministerpräsident, Lalloud, zu einem Gespräch „*im Rahmen der Bemühungen zur Befreiung der französischen Geiseln*" mit Giscard d'Estaing in Paris einfand („NZZ", 7.11.), (Überschrift in der „SZ" vom 6.11.: „*Libyen vermittelt im Sahara Konflikt!*")

An dieser Stelle sei auch eine Stellungnahme aus sowjetischem Munde nicht unerwähnt, die Böses ahnen läßt: der sowjetische Botschafter im Senegal betonte, daß es „*ohne die Polisario keine Lösung der Probleme geben könne*" („FR", 9.11.). Mit den gleichen Worten hat die SU bereits die Interessen des palästinensischen Volkes verkauft ! Diese Formulierung, „*ohne die Polisario/PLO etc. geht es nicht*", impliziert schließlich, daß da doch noch irgendjemand anderer über das S e l b s t Bestimmungsrecht eines Volkes mit zu bestimmen hätte !! (Die SU hat bekanntlich bis heute weder die Polisario noch die DARS offiziell anerkannt – das bekannt dicke Handelsvolumen mit Marokko genießt offenbar nach wie vor Priorität).

Massenmobilisierung in Algerien

Massenmobilisierung in Algerien

Relativ konsequent hat Algerien auf die Angriffe reagiert. Algerien hat von Anfang an die Polisario solidarisch unterstützt und ihr umfangreiche logistische Hilfe zukommen lassen. Ohne Zweifel wäre es heute ohne das sichere Hinterland Algeriens um die Situation des saharauischen Widerstands um etliche Längen schlechter bestellt.

Im ganzen Land führten die Kriegsdrohungen seitens Frankreichs und seiner afrikanischen Vasallen zu einer seit langem nicht mehr erreichten Massenmobilisierung. In vielen großen Städten (in Setif, Blida und Annaba u.a.) fanden große Demonstrationen statt („Le Monde", 7.11.). In Algier kam es zur größten antiimperialistischen Demonstration seit der Unabhängigkeit Algeriens 1962. Über 100 000 Menschen demonstrierten unter den Parolen „*Giscard Mörder !*", „*Die Armee und das Volk stehen hinter dir, Boumedienne*" (algerischer Staatspräsident), „*Vive le POLISARIO*".

Etliche Fotos von Giscard d' Estaing gingen in Flammen auf („SZ", „FR", 9.11.). „Le Monde" hebt sogar hervor, daß die Parolen teilweise weit über die „offiziellen Parolen" der Staatspartei FLN hinausgingen (9.11.).

Die Balkenüberschrift der algerischen Tageszeitung „El Moudjahid" lautete: „*Das algerische Volk läßt sich nicht einschüchtern von den Drohungen und der französischen Kriegskampagne !*" („Le Monde", 3010.).

Die algerische Regierungszeitung „Asch Schaab" erklärte, wenn ein Marokkaner die algerische Grenze überschreiten sollte, käme das einer Kriegserklärung gleich („NZZ", 9.11.)

Allerdings hat es auch seit geraumer Zeit bedenkliche Stellungnahmen von algerischer Seite gegeben, speziell vom algerischen Außenminister, Bouteflika, der in New York u.a. folgendes von sich gab: „*Algerien hat schon immer Verantwortungsbewußtsein gegenüber Frankreich bewiesen und es gibt keinen Grund anzunehmen, daß sich die französische Regierung Algerien ge*

wortungsbewußtsein gegenüber Frankreich bewiesen und es gibt keinen Grund anzunehmen, daß sich die französische Regierung Algerien ge

genüber anders verhält. In den Augen der algerischen Regierung und des algerischen Volkes bleibt Frankreich ein wichtiger Partner (...) Die Beziehungen zwischen den beiden Ländern erfordern es, die Hauptsache (...) von den Nebensächlichkeiten zu unterscheiden, die durch bestimmte Vorgänge hervorgerufen werden, die, seien sie auch noch so schmerzlich, in jedem Befreiungskrieg vorkommen.."

Darüberhinaus hob Bouteflika die bisherigen guten Dienste Algeriens als Kontakt(mitt)ler hervor.

Diese bedenklichen Äußerungen zeugen vom Vorhandensein starker Widersprüche innerhalb der FLN, die ihre Basis in der geradezu atemberaubenden Verschuldung Algeriens bei Frankreich haben. Wir hoffen, gerade angesichts der jetzt stattfindenden Massenmobilisierung, daß sich die algerische Linke gegen die Angriffe der rechten Kräfte behaupten kann und daß der Polisario damit ein mit den palästinensischen Lagern vergleichbarer Zustand erspart bleibt, nämlich ohne ein sicheres, fortschrittliches Hinterland kämpfen zu müssen

Afrika-Kommission

Französische Elite-Einheiten starten zur Intervention

Am 24. Oktober, 14.00 Uhr, starteten 8 Transall-Flugzeuge von Francazall-Toulouse mit einem „unbekannten Ziel". Die „Fracht" waren 800 Männer des 8. Marine–Infanterie–Regiments, F1 Napalm–Granaten, Individualmissile des Typus Milan und Chuka sowie Angriffsgewehre.

Eine Stunde später starteten erneut weitere 8 Transall mit 800 Männern des 2. Fallschirmjägerregiments, ausgerüstet unter anderem mit 100 Radargeräten von 15 km Tragweite, was ungefähr die 1.500 km der mauretanischen Grenze abdecken würde.

Am gleichen Tag verließen 2 weitere Transall mit 8 bis 10 Offizieren und Unteroffizieren des 35. Artillerie-Fallschirmjägerregiments ihre Basis in Tarbes mit rund 80 Tonnen Material, darunter Bergkanonen mit 155 mm, die eine Tragweite von 50 km haben. Laut einem Exklusivartikel, der in der Südfranzösischen Zeitung „Sud-Quest-Dimanche" am 5. November erschienen ist, ist die Nachfolge-Einheit der „11. Choc-Einheit" (die 11. Choc-Einheit war im Algerien-Krieg tätig, sie war unter direkter Kontrolle des SDECE gestellt, d.h. des französichen Spionage- und Gegenspionagedienstes, sie wurde nach dem Algerienkrieg aufgelöst wegen ihrer zu offenen Sympathien zur faschistischen Parallelarmee OAS) seit Mitte Juli in Vorbereitungen auf einer Anti-Polisario-Aktion!

In dem Artikel der Wochenzeitung heißt es: „ *Wir sind in der Lage zu beweisen, daß ein Kommando von 80 Mann seit Mitte Juli sich auf ein Blitzunternehmen vorbereitet, um die Geiseln der F. Polisario zu befreien. Diese Männer gehören keiner präzisen militärischen Einheit an. Sie sind die Nachfolger der 11. Choc-Einheit, sie werden nach extrem strengen moralischen, intellektuellen und physischen Kriterien ausgewählt*"(!)

Zu ihren „Vorbereitungen" heißt es weiter:

„*Nach einem Training von mehreren Monaten, wo sie das Kriegführen in allen seinen Formen lernen, werden sie in verschiedenen Fallschirmjägereinheiten verteilt....*

Sie sind alle Freiwillige, meistens Offiziere und Unteroffiziere....

Die 80 Männer wurden zum ersten Mal Ende Juni alle in Südfrankreich zusammengerufen. Sie haben sich auf ein Blitzeingreifen vorbereitet auf eine sehr präzise Stadt, wo die ersten Geiseln der F. Polisario verhaftet worden sein sollen.

Die Aktion wurde im letzten Moment, am 13. Juli, annulliert. Die französische Regierung zog anscheinend neue diplomatische Verhandlungen vor. Jeder von den 80 ist zwar in seine „Routine-Einheit" zurückgegangen, aber seit einer Woche sind sie wieder alle in einem sehr diskreten und gut bewachten Militärlager in Frankreich versammelt."

Daraufhin befragt hat der französische Verteidigungsminister die Existenz solcher Kommandos bestätigt, die für eventuelle Außenaktionen vorgesehen seien. Diese Männer wären seiner Aussage nach auf verschiedenen Interventions-Einheiten in Ost- und Südfrankreich verteilt.

Transall: Französich-deutsche Flugzeuge, die 80 Männer bzw. ein Dutzend Tonnen Material auf eine Entfernung zwischen 3 und 5.000 km transportieren können.

(Alle Informationen aus „Rouge", 9.11.1977)

Afrika-Kommission

OCT gegen Intervention der französischen Armee

In ihrer Zeitung „etincelle" (=„Funke") vom 3.11.77 hat die französiche revolutionäre Organisation OCT scharf gegen die Interventionsdrohungen der französischen Regierung gegen das saharauische Volk protestiert. Wir zitieren Auszüge:

„*....Wir verurteilen die französische Regierung und die Gesellschaften, die in eigennützigem Interesse das mauretanische Regime unterstützen (eine Region, wohin sich seit langem die Guerilla augebreitet hat) und französische Techniker dorthin schicken, um dann die verfolgten Unschuldigen zu spielen (...) Die Presse spricht von einem möglichen „Entebbe a la francaise" und die Militärs träumen davon, sich wie die israelischen oder deutschen Kollegen bewähren zu können. Fallschirmjäger des Südwestens sind seit mehreren Tagen in Alarmbereitschaft, versammelt auf dem Luftstützpunkt Francazal, wo sie auf die berüchtigten Transportflugzeuge warten.*

Wenn eine direkte Kommando-Operation gegen die Truppen der Polisario wenig wahrscheinlich ist, ist es hingegen vorhersehbar, daß die französischen Soldaten (freiwillige natürlich) dienen werden zum Schutz der Französischstämmigen, die in Mauretanien arbeiten und gleichzeitig zur Verteidigung der wirtschaftlichen Interessen des Französischen Imperialismus vor Ort (was selbstverständlich der wahre Grund ist). Es ist eine Intervention mit imperialistischem Charakter, von dem die Rede ist, genau wie kürzlich in Zaire, aber dieses Mal mit dem Versuch, sich unter dem Vorwand des Schutzes von französischen Zivilisten zu tarnen (...)

Kein französischer Soldat in West-Sahara; Stop der Waffenlieferungen an Mauretanien und Marokko, so werden die Grundlagen des Widerstandes sein müssen, der gegen die bewaffnete Intervention zu organisieren ist, die in den Krisenstäben am Elysee ausgeheckt wird."

Afrika-Kommission

Interview mit einem Vertreter der F. Polisario in West-Europa

(aus „Rouge", 9.11.77)

Frage: Bist Du der Meinung, die französische Regierung will mit dieser Maßnahme (Ausweisung aus Frankreich von 8 Genossen der F. Polisario -wie sich später herausstellt wurden gar nicht Genossen der F. Polisario, sondern führende Linke der nordafrikanischen Emigranten in Frankreich ausgewiesen – AK) die Frente treffen?

Antwort: Ich glaube, daß Frankreich nicht ganz unbeteiligt am Konflikt in Westsahara ist. Frankreich hat die Unterzeichnung des Dreier-Abkommens in Madrid 1976 wesentlich vorangetrieben. Trotz seiner angeblichen „Neutralität" hat Frankreich Marokko und Mauretanien seit jeher eine logistische Unterstützung gegeben, sowie bei der Ausrüstung und Bewaffnung geholfen.

Mit diesen Waffen und diesen französischen Flugzeugen sind leider die Lager bombadiert worden, wobei es Tausende von Opfern gab. Die aktuelle Verschickung von Truppen nach Mauretanien kommt gerade nach der Besetzung des mauretanischen Territoriums durch die marokkanischen Truppen und läuft unter dem Vorwand einer sog. Verteidigung des mauretanischen Territoriums, die gescheitert ist. Also ist jetzt Frankreich dran. Frankreich betreibt eine Propaganda zum hauptsächlich internen Gebrauch... Unserer Meinung nach ist die Geschichte mit den „Verschollenen" nur ein Vorwand, um diese direkte Intervention vorzubereiten.

Die französische Intervention kam gerade zu einem Zeitpunkt, wo Frankreich überzeugt war, daß weder Marokko noch Mauretanien es schaffen werden, definitiv West-Sahara zu besetzen.

Frage: Glaubst Du, daß Frankreich eingreifen wird?

Antwort: Frankreich interveniert bereits.

Frage: Welche Elemente kannst Du zu dieser Intervention benennen?

Antwort: Frankreich hat bereits 1.600 Soldaten und ca. 80 Tonnen Munition verschickt. Es handelt sich um 1.600 Fallschirmjäger, mit dem modernsten Kriegsmaterial ausgerüstet, mit Mordwaffen in einer beeindruckenden Anzahl, Radargeräten, Missilen, Gasbomben, Kanonen von 155 Millimetern usw....

Frage: Hast Du eine Idee über die Ziele dieser Intervention?

Antwort: Man weiß, daß das Schicksal der Mitarbeiter nur ein Vorwand ist. Wenn es nur darum gehen würde, wären andere Mittel möglicher als diese.

Es geht aber um einen Vorwand, um die marokkanische und mauretanische Armee zu unterstützen. Das Ziel der französichen Anwesenheit in Mauretanien ist die Ausbeutung der Erzminen durch Frankreich. Das erklärt, weshalb Frankreich mit allen Mitteln versuchen wird, jede nationalistische Kraft in der Region zu liquidieren, die die Ausbeutung in Frage stellen könnte.

Frage: Meinst Du, daß die französischen Truppen den Kampf anstelle der Marokkaner und der Mauretanier direkt gegen die westsaharauischen Kämpfer in Sahara führen können?

Antwort: Es ist noch zu früh, um diese Frage zu beantworten. Was man bereits jetzt sagen kann, ist, daß es sich um eine sehr schwerwiegende Initiative seitens Frankreich handelt. Wir rufen alle internationalen Instanzen sowie die internationale Öffentlichkeit dazu auf, aufmerksam die Situation zu verfolgen.

Wir rufen die französische Öffentlichkeit dazu auf, mit äußerster Wachsamkeit dieses koloniale oder neo-koloniale Abenteuer mitsamt all seiner gefährlichen Folgen für das französische Volk zu verfolgen.

Einheitsfront der Befreiungsorganisationen Eritreas

Am 20.10.77 beschlossen die beiden Befreiungsorganisationen Eritreas, die EFL (Eritreische Befreiungsfront) und die EPLF (Volksfront für die Befreiung Eritreas), in Zukunft eng zusammenzuarbeiten. Sie wollen ein gemeinsames politisches Oberkommando bilden, sowie gemeinsame Kommitees im militärischen, außenpolitischen, wirtschaftlichen und sozialen Bereich.

Nicht einbezogen wurde bisher die Osman-Saleh-Sabbieh-Gruppe, diesogenannte "ELF-PLF". Diese Gruppe um den Führer Sabbieh repräsentiert keine reale Kraft aus dem Inneren Eritreas und besteht vor allem aus weit rechts stehenden Persönlichkeiten Eritreas. Sie hatte ihre „Existenzberechtigung" in erster Linie noch dadurch gehabt, daß mit ihr die arabische Reaktion in Eritrea eine sogenannte „Dritte Kraft" aufbauen wollte (siehe ARBEITERKAMPF 101, S. 42). Dieses Unternehmen ist allerdings vorerst gescheitert, in Eritrea hat sich als dominierende Kraft die revolutionäre EPLF durchgesetzt.

Die EPLF lehnte es zuletzt überhaupt ab, sich mit der Sabbieh-Gruppe in der Frage der Einheit an einen Tisch zu setzen. In dem aktuellen Einheitsfront-Beschluß wird die Sabbieh-Gruppe nun lediglich aufgefordert, sich einer der beiden Befreiungsorganisationen anzuschließen. Diese Mißachtung der Sabbieh-Gruppe als eigenständige „Dritte Kraft" ist für sie eine schwere politische Niederlage.

Die ELF hatte in der Vergangenheit vor allem auf einen Zusammenschluß mit der Sabbieh-Gruppe gesetzt. Beide machten zudem eine Zusammenarbeit mit der EPLF davon abhängig, daß die EPLF ihre organisatorische und politische Eigenständigkeit aufgeben sollte und voll mit der ELF verschmelzen. Das hätte die Preisgabe antscheidender revolutionärer Positionen der EPLF bedeutet wie z.B. die Fortführrung der Agrarrevolution oder den Vorrang der politischen Erziehung und Auseinandersetzung in den Massen. In der Einheitsfront soll nun aber die Eigenständigkeit der Organisationen weiterhin voll erhalten bleiben.

Es sieht so aus, als habe sich die EPLF mit ihren Vorstellungen weitgehend durchgesetzt, die bisher als „United Front" beschrieben wurden. (Le Monde, 23.10.77 und Genossen der EFLE-Eritreans for Liberation in Europe München)

Afrika-Kommission

Abrechnung mit linken Nordafrikanern

Im Windschatten der in der französischen Öffentlichkeit hochgeputschten Stimmung gegen die Rebellen in der Westsahara hat die französische Regierung einen großen Coup gegen führende Vertreter der nordafrikanischen Emigranten in Frankreich gelandet. Die anfänglichen Pressemeldungen, daß Frankreich 8 Saharauis ausgewiesen habe, stellten sich als falsch heraus. Tatsache ist, daß das französische Innenministerium mit sofortigem Vollzug mindestens 10 algerische, marokkanische und mauretanische Genossen ausgewiesen hat, die ihm schon lange ein Dorn im Auge waren; insgesamt ist die Rede von 23 Ausweisungsverfügungen! („Le Monde" meldete, daß auch die BRD 4 Araber ausgeweisen habe..).

Das Beispiel des mitausgewiesenen algerischen Genossen M. Zerouki aus Lille, der als „animateur" (eine Art politischer Sozialarbeiter) am französischen Institut Leo-Lagrange tätig war, zeigt das Vorgehen: Morgens 6 Uhr erschienen bei ihm drei Zivilbullen und nahmen ihn mit zum Hauptkommissariat. Dort wurde ihm erklärt, daß ein Telex des Innenministers seine Ausweisung anordne, und zwar wegen „Störung der öffentlichen Ordnung". Wenig später wurde er zum Flughafen gebracht und nach Algerien geflogen.

Gemäß der algerischen Presseagentur (APS) sind nur drei der Ausgewiesenen in Algier angekommen.

Die Agentur hat keine Nachricht von den anderen Ausgewiesenen, was so APS, „*das Problem ihres tatsächlichen Bestimmungsortes und ihrer Sicherheit aufwirft*".

Unter den Ausgewiesenen befinden sich hauptsächlich Mitglieder von Ausländervereinigungen in Franreich. Zu ihnen gehört auch Said Smihi, ehemaliger Sekretär der „Nationalen Union Marokkanischer Studenten" und ehemaliger Verantwortlicher der „Vereinigung der Marokkaner in Frankreich". Smihi war im Februar dieses Jahres in einem Prozess gegen die marokkanische Linke in Casablanca (vergl. AK 100) in Abwesenheit zu lebenslänglicher Haft verurteilt worden. In seinem Fall kann man von Glück sprechen, daß er unter den drei in Algier Eingetroffenen ist. Eine Ausweisung nach Marokko hätte mit Sicherheit seinen Knasttod bedeutet.

(Nach „le Monde", 2.11.77)!

Nahost-Kommission

UNO-Waffenembargo gegen RSA: „Es wird uns nicht umbringen"

Die jüngsten Repressionsmaßnahmen in Südafrika, die Illegalisierung der gesamten schwarzen Opposition sowie die Verhaftung führender Mitglieder der Black-Consciousness-Bewegung haben bei den fortschrittlichen und antiimperialistischen Staaten besonders in den schwarzafrikanischen Ländern Proteste und Empörung ausgelöst. Selbst die imperialistischen Großmächte fühlten bemüßigt, „Warnungen" an ihren Verbündeten und Stellvertreter im südlichen Afrika zu richten. In der UNO kam es erstmalig zur Verhängung eines bindenden Waffenembargos gegen die RSA (die Embargos der Vergangenheit hatten nur Empfehlungscharakter). Was auf den ersten Blick als eine weltweite „Einheitsfront" gegen die Rassisten erscheinen mag, erweist sich bei näherem Hinsehen jedoch als Versuch der Imperialisten, die RSA durch diplomatische Teilzugeständnisse an die Gegner des Rassistenregiemes vor existentieller Bedrohung zu bewahren. Denn die von afrikanischen Staaten in die UNO eingebrachten Resolutionen zielten auf sehr viel weitergehende Boykottmaßnahmen ab. Gefordert wurde ein sofortiger Kredit- und Investitionsstop, keine Gewährung von Import- und Exportkrediten an Konzernniederlassungen in Südafrika, Beendigung der nukleartechnischen Zusammenarbeit, Verbot der Vergabe von Waffenlizenzen für die südafrikanische Rüstungsproduktion und Aufhebung aller Waffenlieferungen auf unbestimmte Zeit. Weiterhin wurde von 30 Staaten ein Ölembargo gegen Südafrika gefordert. Diese Resolutionen scheiterten promt an dem Veto der drei ständigen Mitglieder des Sicherheitsrats, den USA, Frankreich und Großbritannien. Sie wurden bei der Abstimmung durch die BRD und Kanada unterstützt („SZ", 2.11.77). Einstimmig gebilligt wurde lediglich eine Resolution, in der das Vorster-Regime u.a. aufgefordert wird, alle politischen Gefangenen freizulassen und das Verbot oppositioneller Organisationen und Zeitungen aufzuheben: Eine Resolution, so unverbindlich wie die zahlreichen anderen Verurteilungen der RSA durch die UNO. Angesichts der weltweiten Empörung über das Vorgehen des Rassistenregimes gegen die schwarze Opposition war dies nicht ausreichend, um die vermeintliche „Gegnerschaft" der Imperialisten gegen den Rassismus in der RSA auch nur entfernt als „glaubwürdig" erscheinen zu lassen. Die Imperialisten mußten wohl oder übel schon etwas mehr bieten und es begann ein Feilschen und Geschacher um eine Boykottmaßnahme gegen die RSA, die gleichzeitig sowenig wie möglich „Schaden" anrichten sollte. Der Poker begann mit dem englischen Vorschlag, wie in der Vergangenheit nur Empfehlungen auszusprechen, dann einigten sich Kanada, die BRD und Großbritannien auf einen sechsmonatigen Lieferstop für Waffen aller Art, schließlich sah man sich dann noch zur Zustimmung zu einem unbefristeten, verpflichtenden Waffenembargo genötigt: „*Der Weltsicherheitsrat beschließt, daß alle Staaten ab sofort jegliche Versorgung Südafrikas mit Waffen und verwandtem Material aller Art einstellen ...*" („Frankfurter Rundschau", 5.11.).

Die Weitergabe von Lizenzen für die hochentwickelte südafrikanische Rüstungsproduktion ist davon n i c h t betroffen, die „*Vertragsvereinbarungen und Lizenzen über die Herstellung und Wartung von Waffen, Munition aller Art*" sei nur „*zu überprüfen*" (!) und Ähnliches gilt für die nukleartechnische Zusammenarbeit mit der RSA: Hier „*sollen*" sich die Staaten der Zusammenarbeit mit Südafrika nur auf dem Gebiet der „*Herstellung und Entwicklung von Kernwaffen enthalten*". Da bekanntlich die atomare Produktion in der RSA offiziell „friedlichen" Zwecken dient, braucht sich davon kein imperialistischer Geschäftspartner angesprochen fühlen. . . ! (alle Zitate nach „FR", 5.11.).

Imperialisten: Vorster nicht „vor den Kopf stoßen"

Die jüngsten Vorgänge auf dem diplomatischen Parkett der UNO haben die weitgehende politische Isolierung des Rassistenregimes bekräftigt. Die Imperialisten mußten einem Waffenembargo zustimmen, wo sie doch noch im März dieses Jahres durch ihr Veto verhinderten, daß über Sanktionen gegen Südafrika überhaupt abgestimmt werden konnte. Damit ist noch nichts über die (UN-)Wirksamkeit dieses Embargos gesagt, das nur auf dem Papier existiert (siehe unten). Gleichzeitig haben die Imperialisten mit ihrem Veto gegen die afrikanischen Forderungen deutlich zu verstehen gegeben, daß sie selbst auf diplomatischer Ebene keine Sanktionen dulden werden, die das Vorster-Regime wirklich treffen könnten. Es gibt im imperialistischen Sinne zu Vorster keine Alternative. Der scharfe Repressionskurs der Rassisten sichert die wirtschaftlichen (siehe Schaubild), politischen und militärischen Interessen der Imperialisten im südlichen Afrika und im Westteil des Indischen Ozeans. Daher schätzt die großbürgerliche „FAZ" (28.10.) ein: „*Vor allem sind die Westmächte bestrebt, den südafrikanischen Ministerpräsidenten Vorster nicht gerade in dem Augenblick vor den Kopf zu stoßen, da sich die Verhandlungen über die künftige Unabhängigkeit Namibias einer mühsam erarbeiteten Lösung nähern.*" Und US-Außenminister Vance betont: „*Auf jeden Fall werden wir gern zusammen mit Südafrika und anderen weiterhin versuchen, die Probleme in Rhodesien und Namibia zu lösen*" („SZ", 4.11.).

Waffenembargo – ein Papiertiger

Die Unwirksamkeit von UNO-Sanktionen ist am deutlichsten am Fall Rhodesien hervorgetreten. Am 17. November 1966 hatte die UNO wirtschaftliche Sanktionen gegen das Land verhängt (Smith hatte sich von England für „unabhängig" erklärt), die nachfolgend einsetzende Wirtschaftsentwicklung wird ironischerweise allgemein als „rhodesisches Wirtschaftswunder" bezeichnet...! Der Imperialismus ist natürlich nicht bereit, Smith das Grab zu schaufeln, bevor nicht die langfristige Absicherung seiner Interessen gesichert ist (durch Einsetzung schwarzer Marionetten etc.). Das Klasseninteresse des Imperialismus an der Aufrechterhaltung der Ausbeutung der schwarzen Mehrheit in Südafrika und einer Bastion, die schwarze Revolutionäre südlich der Sahara bekämpft, hatte in der Vergangenheit die diversen UNO-Sanktionsempfehlungen gegen die RSA in ähnlicher Weise zur Unwirksamkeit verurteilt. Immerhin existiert seit 1963 eine Empfehlung der UNO, Südafrika militärisch zu boykottieren. Zum damaligen Zeitpunkt war die RSA gemessen an ihrem Waffenpotential ein militärischer Zwerg, heute übersteigt ihre militärische Potenz dank massiver imperialistischer Aufrüstung die aller schwarzafrikanischer Staaten um ein Vielfaches. Südafrika steht unmittelbar vor der Produktion von Atombomben und ist nachweislich integriert in die aggressiven Pläne zur Absicherung der NATO-Interessen im Südatlantik (vom Silvermine-Stützpunkt in der Nähe von Cape Town wird der Seeverkehr mit Hilfe modernster elektronischer Apparate bis zu einer Distanz von 1000 Seemeilen überwacht).

Dem Waffenembargo haben die Imperialisten also erst zugestimmt, als die militärische Selbstversorgung der RSA in weiten Bereichen gesichert erscheint. In den letzten zehn Jahren haben sich die Rüstungsaufwendungen der RSA verfünfzehnfacht, wovon 75% der Aufträge an die e i n h e i m i s c h e Rüstungsindustrie vergeben worden sind (nach „NZZ", 29.9.77). 200 private Rüstungsfirmen sind in der RSA tätig, eines der modernsten Werke ist das Atlas-Werk nahe Johannesburg, das mit 4 000 Arbeitern Impala-Schulflugzeuge (Jagdflugzeuge) und Mirage-Kampfflugzeuge in Lizenz sowie Verbindungsflugzeuge südafrikanischer Konzeption herstellt. Auch im Bereich des Schiffbaus existieren Autarkiebestrebungen. Nach den südafrikanischen Plänen soll die RSA bis 1980 in der Lage sein, größere Fregatten und U-Boote zu bauen. („NZZ", 8.8. 1974). Das Embargo muß auch insofern jede Wirkung verfehlen, weil die RSA eine Vielzahl von Möglichkeiten besitzt, an die gewünschten Ersatzteile und Materialien heranzukommen, die es noch nicht selbst herstellen kann. Besonders die Zusammenarbeit mit dem zionistischen Israel auf diesem Sektor hat sich in den vergangenen Jahren intensiviert, was nicht zuletzt auf die gemeinsame politische Aufgabenstellung als imperialistische Bastion in „feindlicher Umgebung" zurückzuführen ist. Gegenwärtig ist eine erste Serie von sechs mit Raketen bewaffneten Schnellbooten des israelischen Reshef-Klasse im Bau. Drei der Schiffe werden von Israel geliefert, drei sind in Durban im Bau. „*Mit weiteren Neubauten diese Typs oder einer etwas größeren Klasse von Korvetten ist zu rechnen*" („NZZ", 29.9.77). Außenminister Dayan beeilte sich dann auch zu erklären, daß Israel trotz der UNO-Sanktionen seine Beziehungen zur RSA aufrechterhalten werde.

Die weitere militärische Versorgung der RSA ist durch die engen Kontakte mit Taiwan und lateinamerikanischen Diktaturen gewährleistet, die von den Imperialisten aufgerüstet worden sind.

Wie die Imperialisten ihrerseites das Waffenembargo handhaben werden, davon gab die BRD einen Vorgeschmack. Sie, die von sich behauptet, sich an das freiwillige Waffenembargo gegen die RSA immer gehalten zu haben, hat in der Vergangenheit u.a. südafrikanische Korvetten mit Excoet-Raketen bestückt, die unter Zulieferung von MBB hergestellt worden sind. Schnellboote werden mit Spezialmotoren der MTU, Ludwigshaven, ausgerüstet, Milan-Panzerabwehrraketen werden zu 50% vom MBB hergestellt. Die UNO-Kommission für Entkolonialisierung hat daher dieser Tage die BRD gemeinsam mit den USA, Frankreich, Großbritannien, Israel, Japan, Belgien und Italien wegen dieser Zusammenarbeit mit der RSA verurteilt, sie hätten „*politisch, diplomatisch, wirtschaftlich und militärisch unter heftiger Verletzung der betreffenden UNO-Resolutionen mit Südafrika zusammengearbeitet*" („NZZ", 1.11.77).

Unter diesen Umständen kann Rassisten-Chef Vorster relativ gelassen in die Zukunft blicken. Er erklärte, ein Waffenembargo würde seinem Land zwar „*wehtun*", aber „*uns nicht umbringen*" („SZ", 2.11.) und Verteidigungsminister Botha ergänzt: „*Was wir nicht in Südafrika herstellen können, werden wir dennoch bekommen*" („NZZ", 1.11.77).

Afrika-Kommission



lateinamerika

Chile - Ein Reisebericht

Von einer Genossin erhielten wir folgenden Reisebericht, den wir leicht gekürzt veröffentlichen wollen!

Deutsch-chilenische Beziehungen oder gleich und gleich gesellt sich gern

Während unseres Aufenthalts in Chile kamen die ersten Meldungen über die Pläne zur 125. Wiederkehr der Einwanderung Deutscher in Chile (s. auch AK 114). Inzwischen sind diese Pläne, die u.a. einen Festakt am Lanquihue-See im Süden (wohin die Deutschen vorzugsweise einwanderten) beinhalten, noch weiter gediehen: In einem Schreiben des Konsul Dr. Fritz Bohnmüller – Vorsitzender des „deutsch-chilensichen Freundschaftskreises" – wird für hilfsbereite „Gastfamilien" geworben, die gewillt sind, einen Austausch zwischen chilenischen und deutschen Schülern zu unterstützen. Gemanagt wird die ganze Sache von der VDA (Gesellschaft für deutsche Kulturbeziehungen im Ausland e.V.). Der VDA hat auch einen illustren Trägerkreis parat: das Südtiroler Kulturinstitut, die Arbeitsgemeinschaft Sudetendeutscher Erzieher in der Sudetendeutschen Landsmannschaft, die Arbeitsgemeinschaft Donauschwäbischer Lehrer im Südostdeutschen Kulturwerk, die Landsmannschaft Schlesien, den Witikobund. Steurbegünstigte Spendenbescheinigungen werden vom VDA gleich mitangegeben...

Die Reise zum Lanquiha-See, mit mehreren 100 Personen, wird von deutschen und chilenischen Burschenschaften, Rotary und Lions-Clubs organisiert. Dem deutsch-chilenischen Freundschaftskreis gehören u.a. an: Vertreter der Deutschen Lufthansa, der Klockner-Humboldt-Deutz AG, ehemalige oder noch amtierende Bundeswehroffiziere, z.B.: General a.D. Albert Schnez.

Teilnehmer der Reise werden weiterhin sein: CSU-MdB Graf Huyn, Ex-CDU-Generalsekretär Bruno Heck. Finanzierungshilfe leistet wahrscheinlich die Hans Seidel-Stiftung (CDU-Verein), deren Stiftungschef Fritz Pirkl, Staatsminister in Bayern, bereits 1976 Gespräche mit der Junta zwecks Grundung einer Auslandsfiliale der Stiftung aufgenommen hatte (nach „die tat", 30.9.77).

Bayern, bereits 1976 Gespräche mit der Junta zwecks Grundung einer Auslandsfiliale der Stiftung aufgenommen hatte (nach „die tat", 30.9.77).

Aber nicht nur zum 125. Jahrestag der Einwanderung Deutscher nach Chile, treten die Deutschen unangenehm in Erscheinung. So reisten 100 Freimaurer zu einem Logenjubiläum nach Chile und ließen sich von Pinochet begrüßen, der ihnen erklärte, der Zweck der Reise sei es, **„den Schleier zu zerreißen, den der Marxismus um Chile gelegt hat"** *(„Chile-Nachrichten", 1.11.77).*

Für die Deutsch-Chilenen in Chile gibt es eine besondere Zeitung in deutscher Sprache, die nicht zu Unrecht gewisse Assoziationen weckt: „Condor". Diese Zeitung ist so widerlich in ihren Lobpreisungen der Junta, daß sie die offiziellen chilenischen Zeitungen noch übertrifft. Die Deutsch-Chilenen gehören neben der rein chilenischen Hochbourgeoisie ganz sicher zu den reaktionärsten Elementen in Chile. In einer August-Nummer fanden wir einen Artikel über die Absicht der Regierung, ab nächstem Jahr Schulgeld für alle Schulen einzuführen. Aus dieser Tatsache eine soziale Leistung der Junta herauszuinterpretieren – das bringt der „Condor" fertig. Ebenfalls gehört es lt. „Condor" zur Chancengleichheit und sozialen Gerechtigkeit, daß Studenten ihre gesamten Studienkosten selbst bezahlen müssen ...

Die chilenischen Zeitungen – das Fernsehen

Zensur findet offiziell nicht statt – dafür aber Selbstzensur. Auf diese Art findet man in den chilenischen Zeitungen in der ersten Hälfte der Woche – überspitzt ausgedrückt – die Ergebnisse der Fußballspiele breit kommentiert, in der zweiten Hälfte ellenlange Spekulationen über die voraussichtlichen Ergebnisse der kommenden Spiele. So wird die Zeitung voll. Einen weiteren großen Raum nehmen Berichterstattungen über angeblich gesichtete, unidentifizierbare Flugobjekte (Ufos) ein. Interviews mit



Leuten, die angeblich diese Dinger gesehen haben, sahen wir sogar im Fernsehen!

Leuten, die angeblich diese Dinger gesehen haben, sahen wir sogar im Fernsehen!

Ablenkung und Verdummung der Bevölkerung um jeden Preis: Fußball, Lotterien, Spinnkram – damit nicht zu viel nachgedacht wird, was hier wirklich los ist.

Die Wirkung bleibt vor allem bei sich als „gebildet" bezeichnenden Leuten nicht aus. Durch die einseitige Information – gekrönt bei den deutschen Lehrern meist noch durch ein Abonnement der „Zeit" – ist jetzt bei den meisten voll drin, daß es kaum noch politische Gefangene gebe ...

Das wahre Gesicht Chiles – Not und Elend

Bei unseren Fahrten durchs Land sahen wir Menschen, die sehr ärmlich gekleidet waren und an deren Hütten ganz sicher seit fünf Jahren nichts repariert worden ist. Wir haben Slums gesehen, wo die Unterkünfte aus vier oder fünf verschiedenen Materialien zusammengeflickt worden waren, und wir sind manchmal von Kindern oder alten Leuten angebettelt worden; sehr defensiv allerdings, als ob sie noch nicht daran gewöhnt wären. Doch das Elend wird gut verborgen in Chile. Santiago ist eine „saubere" Stadt, mit frischpolierten „Politessen", mit Straßenhändlern, die nicht das Auge der Reichen beleidigen.

Dafür wird gesorgt. Eine Poblacion in Valparaiso, die zu dicht zwischen zwei vornehmen Vierteln lag, wurde im Juni aufgelöst. Montag kam der Räumungs-Bescheid, Donnerstag kam das Militär mit Lastwagen, um die Familien in Departementos zu bringen („Sozial"wohnungen). Donnerstag morgen saßen alle Familien bei Regen auf der Straße, die Feuerstellen hatten gelöscht werden müssen, es gab nichts zu essen. Am nächsten Tag stand dann im „Mercurio", wie vorzüglich alles vom Militär organisiert worden sei ... die Menschen seien verpflegt worden, sie hätten neue, schöne Wohnungen bekommen ... Einen Monat später sind sie aus den „Sozial"wohnungen wieder rausgefolgen, weil die Miete unerschwinglich hoch ist ...

Zeichen des politischen Widerstands?

So sehr es mich geschmerzt hat – ich habe keine Zeichen gefunden. Dazu ist allerdings zu sagen, daß ich nur kurze Zeit und als Tourist in Chile war. Wir haben in Chile keine Parolen der Linken an Häuserwänden, Mauern o.ä. gesehen und nur sehr wenige, offensichtlich überschmierte Parolen, die aber nicht mehr lesbar waren. Auch hier sorgt die Junta offensichtlich für „Sauberkeit". Selbst in einer Poblacion in Santiago, wo ich Verwandte von mir bekannten Chilenen aufsuchte, war nichts dergleichen zu finden. Anders bei unserer Fahrt durch Peru. Dort waren selbst in kleineren Städten massenhaft Parolen angebracht. Kürzlich hatte es ja heftige Bewegungen gegeben, vor allem unter den Volksschullehrern, Studenten und Arbeitern (siehe auch AK 113). Es gab Parolen wie: Abajo la represion contra maestros, trabajos y estudiantes (Nieder mit der Repression gegen Volksschullehrer, Arbeiter und Studenten!), Paro general (Generalstreik); Por un primero de Mayo clasista! (für einen klassenkämpferischen 1. Mai!), Abajo la dictatura de la Junta militär! (Nieder mit der Diktatur

clasista! (für einen klassenkämpferischen 1. Mai!), Abajo la dictatura de la Junta militär! (Nieder mit der Diktatur

der Militär-Junta!) Pan, tierra, Liberacion – Gobierno popular! (Brot, Land, Befreiung – Volksherrschaft).

Parolen der PCP (revisionistische KP Perus) waren oft durchgestrichen oder mit höhnischen Bemerkungen versehen, z.B. war im Satz „PCP con el pueblo" (PCP mit dem Volk) das „con" zu „contra" (gegen) verlängert worden (zur Rolle der PCP bei den letzten Kämpfen siehe Interview in AK 116).

Wenn die Linken in der Bundesrepublik oder auch in anderen Ländern an Chile denken, dann sind die Bilder, die ihnen durch den Kopf gehen, die gleichen: Das Stadion von Santiago, die Moneda, von Maschinengewehren durchlöchert und von Bomben geschwärzt. Allendes, Miguel Enriquez' Gesichter, Massendemonstrationen aus der UP-Zeit, einige Lieder ...

Es ist wichtig, dies nie zu vergessen, und wir werden immer wieder daran erinnern und nicht zuletzt auch praktische Solidarität üben.

Eine Genossin des KB/Gruppe Hamburg

Nicaragua:

Erfolgreiche Guerilla

Wie bereits im letzten Arbeiterkampf kurz berichtet, gelang es der FSLN, der sandinistischen nationalen Befreiungsfront, Mitte Oktober mehrere erfolgreiche Guerillaaktionen durchzuführen. Zunächst ein Überblick über die einzelnen Gefechte:

– 10./11. Oktober: Gefechte im Grenzgebiet zu Costa Rica; es gelang den Sandinisten fünf Soldaten und einen Polizisten zu töten, über Verluste der Guerilleros ist nichts bekannt („Monitor Dienst", 8.10.77).

– 12. Oktober: Bei einem Gefecht in der Nähe von Ocotal waren die von Honduras aus operierenden Guerilleros den Grenzstreitkräften Nicaraguas überlegen. Es gab über 20 Tote bei der Guardia Nacional, darunter hohe Offiziere. Außerdem konnten Waffen und Munition erbeutet werden.

– 13. Oktober: Morgens um 4.30 Uhr eroberte ein Kommando von 50 Guerilleros der Frente Sandinista das Kartell (Festung) de la Fortolezza in San Carlos. Durch einen Gegenangriff der Guardia Nacional mit Flugzeugen und Hubschraubern wurde die Festung gegen 11.00 Uhr wieder zurückerobert. Nach Aussagen des Kommandanten der Aktion gelang es allerdings den Kämpfern, sich schon vor den Flugzeugangriffen zu zerstreuen und so schwere Verluste zu vermeiden.

– 16. Oktober: Guerilleros greifen einen Militärstützpunkt in der Nähe von Masaya an und legen einen Hinterhalt gegen einen Militärkonvoi, der Nachschub bzw. Verstärkung aus Managua herantransportierte. In dem Hinterhalt und während des anschließenden zweistündigen Feuergefechts wurden nach einer offiziellen Militärquelle vier Soldaten getötet und 15 verletzt. Es gab im Militärstützpunkt von Masaya keine offiziellen Zahlen der Gefallenen, Soldaten berichteten, daß die Schlacht bis in den Nachmittag hinein gedauert habe.

– 16. Oktober: Ca. 25 – 30 Guerilleros legten nach Angaben von Militärs einen Hinterhalt bei einer Brücke, die die Straße von Masaya nach Managua überquert, etwa 12 km vor Managua. Die Guerilleros warfen eine Granate auf einen Militärtrans-



port, der gegen 9.00 Uhr die Brücke überquerte. Die Granate explodierte auf der Plane des Militärlastzuges und tötete drei Soldaten. Weitere Soldaten wurden während des darauf folgenden heftigen Feuergefechts getötet. Die 3. Kompanie der Guardia Nacional und fünf Panzer wurden zur Verstärkung des Konvois herangeführt, mit Raketen bestückte Militärflugzeuge überflogen das Gebiet. Genau gleichzeitig mit der Guerillaaktion wurde ganz in der Nähe eine

Fortsetzung auf Seite 54

Anzeige
offiziellen Militärquelle vier Soldaten
Fortsetzung auf Seite 54

Argentinien:

Breite Streikwelle

Seit Ende Oktober werden in Argentinien massenhafte Streiks in verschiedenen Bereichen des öffentlichen Dienstes durchgeführt. Die Signalarbeiter legten am 26.10. fast 70% des argentinischen Eisenbahnnetzes lahm, es folgte der Streik der U-Bahn-Arbeiter in Buenos Aires, Bummelstreiks und vorübergehende Arbeitsniederlegungen bei den Flughafenarbeitern und in verschiedenen staatlichen Elektrizitäts- und Petroleumwerken. Hauptforderung waren Lohnerhöhungen, um die Inflationsrate von rund 125 % auszugleichen (die Lohnerhöhungen für die Beschäftigten im öffentlichen Dienst betrugen bisher insgesamt nur 31 %). Die Junta ließ alle Bahnhöfe und U-Bahnstationen vom Militär besetzen und ließ im Viertelstunden-Abstand über die Radios eine Durchsage an alle Metro-Arbeiter verbreiten, daß jeder fristlos entlassen werde, und mit Haftstrafen bis zu 10 Jahren rechnen müsse, der nicht sofort an seinen Arbeitsplatz zurückkehrt („Süddeutsche Zeitung", SZ, 5./6.11.77).

(Wir werden darüber weiter berichten.)

Erfolg der Solidarität

Der Generalsekretär der Lehrergewerkschaft, der am 8. September „verschwunden" war, ist nach zahlreichen internationalen Protesten wieder aufgetaucht. Zwar wird er weiter nach dem Ausnahmerecht im Gefängnis festgehalten, sein Aufenthaltsort ist aber bekannt, und er ist zumindest der heimlichen Ermordung in den Folterlagern entgangen. **Gegen das „Verschwinden" protestiert hatte unter anderem auch die GEW Westberlin!**

An sich ein selbstverständlicher Akt von internationaler Solidarität, in der gewerkschaftlichen Landschaft der BRD heute aber besonders erwähnenswert.

Puerto Rico: Widerstandskämpfer aus nordamerikanischer Haft entlassen!

Andres Figueroa Cordere wurde jetzt – nach 23 Jahren – endlich aus der US-amerikanischen Haft freigelassen. Er zählt zu den fünf Widerstandskämpfern Puerto Ricos, die am längsten im Zuchthaus sitzen mußten.

Das Komitee für die Unabhängigkeit Puerto Ricos in London stellt fest, daß diese Freilassung das Ergebnis der kämpferischen Solidarität linker Gruppen, verschiedener Gewerkschaftsverbände und einiger Einzelpersonen ist, die seit langem einen Kampf für die Freilassung aller politischen Gefangenen führen. Eine der letzten spektakulären Aktionen der puertoricanischen Widerstandskämpfer war die Besetzung der Freiheitsstatue im New Yorker Hafen (s.AK 116).

(Informationen nach: Comitee for Puerto Rican Independence, London)

Fortsetzung von Seite 53

Bank überfallen.

– 16. Oktober: Guerilleros der FSLN überfielen die Hauptgeschäftsstelle der Bank von Nicaragua in Esquipulas. Nach inoffiziellen Angaben verloren die Angreifer zwei Männer in den anschließenden Gefechten, ein Offizier und drei Soldaten der Guardia Nacional wurden verletzt.

– 18. Oktober: Bei Feuergefechten in Managua wurden mehrere Personen verletzt (Angaben nach „El Nacional", Caracas/Venezuela, 14./15.10.77).

Insgesamt verliefen die Aktionen der Sandinisten offensichtlich sehr erfolgreich, der Somoza-Regierung konnten nicht ganz unerhebliche Verluste zugefügt werden, ohne daß es gelang, die Guerilleros aufzureiben. Bedeutung hat das massive Auftreten der Guerilleros vor allem auch propagandistisch. Noch am 20. September erklärten „Beobachter" im Zusammenhang mit der Aufhebung des Ausnahmezustandes *„offenbar sei die Regierung jetzt der Ansicht, die Guerilleros stellten keine Bedrohung für das Land mehr dar."* („Frankfurter Rundschau", FR, 21.9.77) Die Zerschlagung der Sandinisten hat sich als Wunschtraum der Reaktion erwiesen. Die „Welt" spricht in diesem Zusammenhang von der *„bestorganisierten Partisanengruppe Mittelamerikas"* („Welt", 19.10.77).

Daß die Sandinisten tatsächlich zur Zeit – als eine der wenigen revolutionären Organisationen Lateinamerikas – in der Lage sind, organisierte und offensichtlich erfolgreiche bewaffnete Aktionen durchzuführen, geht auch aus einem Interview hervor, das die venezolanische Zeitung „El Nacional" in Costa Rica mit Jose Antonio Hernandez Gonzales geführt hat („El Nacional", 15.10.77). Jose hatte als „Commandante Silvestre" (Silvestre = wild) die Aktion in San Carlos geleitet:

„Dies ist der Beginn des definitiven Kampfes um das blutrünstige Somoza-Regime zu stürzen... Wir haben viele Kämpfer, etwa um die 500. Sie halten sich innerhalb Nicaraguas auf, in den Bergen nahe Honduras und hier in Costa Rica. Es gibt darüberhinaus viele Leute, die mit uns zusammenarbeiten in den Dörfern und Städten. Nicaragua kämpft tapfer für seine Freiheiten. Wir müssen die Tyrannen von der Macht entfernen."

Gefragt nach der Ideologie der Bewegung erklärte Silvestre:

„Wir sind Patrioten, Menschen, die die Freiheit lieben, Feinde der *die die Freiheit lieben, Feinde der* *Diktaturen. Wir sind mehrheitlich Linke, mit festen sozialistischen Überzeugungen."*

Es ist uns zur Zeit nicht möglich, genauere Angaben zur tatsächlichen Stärke und Politik der FSLN zu machen, immerhin soll hier auf ein weiteres „Interview" in „El Nacional" hingewiesen werden, das angeblich mit drei inhaftierten Guerilleros gemacht wurde, allerdings nicht wörtlich widergegeben wird. Danach soll es Sinn der Aktion von San Carlos gewesen sein, den Ort zu besetzen, Waffen zu erobern und an die Bevölkerung zu verteilen, um eine inzwischen gebildete provisorische Regierung zu verteidigen („El Nacional", 17.10.77).

Grenzkonflikt – Regierung Costa Ricas gibt nach

Keine besonders konsequente Haltung nimmt die Regierung Costa Ricas gegenüber den Grenzprovokationen der Guardia Nacional Nicaraguas ein. Wie berichtet, hatten Truppen, die Guerilleros verfolgten, die sich nach der Aktion in San Carlos nach Costa Rica absetzten, drei Boote Costa Ricas mit Hubschraubern angegriffen. In einem der Boote, die sich auf einer Inspektionsfahrt befanden, waren die Minister für öffentliche Sicherheit, Mario Charpentier, Beamte, Journalisten sowie Angehörige der Landgarde. Costa Rica verzichtete auf eine internationale Anklage gegen Nicaragua, die zunächst angekündigt wurde. Die Somoza-Regierung bestritt die Grenzprovokation, ihrer Meinung nach hätten ihre Truppen nicht die Grenze überschritten, und im Übrigen sei der Grenzverlauf so unübersichtlich, daß man sich bei solchen Inspektionsfahrten eben vorher ankündigen müsse („Monitor-Dienst", 17.10.77).

Wie wichtig ein konsequentes Zurückweisen solcher Grenzprovokationen ist, geht aus einer Erklärung hervor, die der Bruder des Regierungschefs von Nicaragua und Pressesekretär der Regierung Somoza abgab: Die Regierung Nicaraguas *„werde ihre Truppen bei der Verfolgung von Guerilleros dort einsetzen, wo immer dies erforderlich sein wird."* Auf die Frage, ob dies auch Grenzübertritte nach Costa Rica und Honduras einschließe, antwortete er: *„Das können Sie interpretieren wie Sie wollen."*

Lateinamerika-Kommission



asien



Atommacht Japan



„Gerade weil Japan das einzige Land ist, das die atomare Vernichtung erlebt hat, muß es ein Vorbild für die friedliche Nutzung der Atomenergie werden." Unter diesem Motto wird von den japanischen Kernenergiebetreibern und der japanischen Regierung versucht, die „nukleare Angst" der Bevölkerung zu heilen und das Atomprogramm durchzusetzen. Es ist auch nicht zu verkennen, daß Japan als starke Stütze des US-Imperialismus im südostasiatischen Raum, aber auch als starker wirtschaftlicher Konkurrent in seiner Atomindustrie einen wichtigen Hebel seiner imperialistischen und monopolistischen Politik sieht.

Bis Ende September 1977 waren insgesamt 13 Kernkraftwerke mit einer Gesamtleistung von 7 428 Megawatt sowie eine Wiederaufbereitungsanlage fertiggestellt. Zu dieser „friedlichen" atomaren Rüstung gehört ebenfalls das Atomschiff „Mutsu".

Trotz zahlreicher ungelöster Probleme der Sicherheit und Entsorgung und ungeachtet massiver Proteste der Bevölkerung wird das japanische Atomprogramm mit menschenverachtender Skrupellosigkeit vorangetrieben.

Sicherheit der AKWs

Im Jahre 1975 waren die 12 fertiggestellten AKWs im Jahresdurchschnitt nur drei Monate in Betrieb. Die Kapazitätsauslastung lag bei etwa über 30%. 1976 hatte sich die Betriebsdauer bei 13 AKWs auf durchschnittlich sieben Monate je AKW erhöht, die Kapazitätsauslastung betrug jedoch nur knapp über 50 %. Gegenwärtig sollen von den 13 Reaktoren nur fünf in Betrieb sein, wobei deren Kapazitätsauslastung bei 20% liegt (nach „Asahi Evening News", 10.9.77)! Fast alle Stillegungen werden mit „periodischen Inspektionen" oder mit „Sonderinspektionen" begründet. Was tatsächlich dahinter steckt, davon gelangt nur wenig an die Öffentlichkeit. Die folgende Aufstellung von „Betriebsstörungen", die bei weitem nicht alle Fälle umfaßt, ist jedoch aufschlußreich:

- Bei drei der sechs Siedewasser-Reaktoren wurden Risse in den Rohren des Kühlsystems festgestellt (beim AKW Tsuruga, Fukushima I und Hamaoka I), bei zweien große Risse in den Rohren der Notkühlsysteme (beim AKW Tsuruga und Fukushima I) und Beschädigungen der Brennstäbe aufgrund von Erschütterungen beim AKW Fukushima II und Shimane. Im Juli 1977 wurden die drei Reaktoren Fukushima I-III „vorübergehend" abgeschaltet, da Risse, Abwasseraustritte und sonstige Schäden entdeckt wurden.
- Bei den Leichtwasser-Reaktoren wurden wiederholt feine Risse und Abnutzungserscheinungen an den Wänden des Dampfkessels festgestellt. Das AKW Mihama I ist schon seit Juli 1974 außer Betrieb, nachdem ein radioaktiver Leckschaden aufgetreten war. Ein halbes Jahr später mußte Mihama II aus demselben Grund für ein ganzes Jahr stillgelegt werden. Das AKW Takahama I mußte von November 1975 bis Juni 1976 und danach seit Anfang 77 wieder wegen eines ‚geringfügigen' Leckschadens stillgelegt werden. Ferner wurden beim AKW Mihama II und Takahama I Verkrümmungen der Brennstäbe festgestellt.
- Zwischen Januar und März 1976 flossen ca. 960 Tonnen radioaktiv verseuchtes Kühlwasser aus einem 30 cm langen Riß im Kühlsystem des AKW Tokai in den Pazifischen Ozean. Im Januar 1977 wurden wiederholt Risse im Kühlsystem festgestellt.
- Von 1966 bis 1976 wurden insgesamt 95 Unfälle bzw. Betriebsstörungen gemeldet, den Rekord hält das AKW Tokai mit 26.

(Angaben aus: „The Japan Times Weekly", 28.2.76; „The International Herald Tribune", 21.4.76; Sadao Ichikawa, „Struggles against nuclear power plants in Japan", Vortrag beim Internationalen Kongreß gegen Atomenergie, Göteborg, Schweden, 13.-16.5.76; The Jishu-Koza Citizens' Movement, „Joint Newsletter", No.16, April 1977; „New Asia News", 22.7.77).

Daß der Sicherheitsfrage bei den AKWs in Japan keine Priorität eingeräumt wird, läßt sich auch am Entwicklungsstand und an der Unbekümmertheit der japanischen Kernenergieforschung feststellen. So hatte es beim Forschungsreaktor des Japanischen Atomenergie-Forschungsinstituts seit seiner Inbetriebnahme im Jahre 1963 schon dreimal einen Austritt des radioaktiven Kühlwassers gegeben. Von September 1964 bis Ende 1967 (fast dreieinhalb Jahre!) sickerten rund 7000 Tonnen radioaktiv verseuchten Wassers in den Erdboden ein, im Jahre 1966 flossen ca. 1000 Tonnen aus und während der ersten drei Monate 1976 verseuchten wiederum ca. 1000 Tonnen radioaktives Wasser den Erdboden (nach „The Japan Times Weekly", 5.6.76)

Die erste Wiederaufbereitungsanlage Japans in Tokai Mura, die seit September 1977 in Betrieb ist, hat auch ihre Vernichtungskraft bereits gezeigt. Am 6.9. wurde bekannt, daß ein Plutoniumleck entstanden ist. Dabei war ein Arbeiter diesem tödlichen Gift direkt ausgesetzt. Obwohl sich der Unfall am 1.9. ereignete, wurde er erst fünf Tage später beim zuständigen Ministerium bekannt gegeben, *„da die Menge des ausgetretenen Plutoniums sehr gering gewesen sei"*, so der Sprecher der WAA Betreiber („Asahi Evening News", 6.9.77). Man scheut sich nicht einmal zu ergänzen, daß der betroffene Arbeiter entgegen den Vorschriften keine Schutzmaske getragen hat.

Schon bei einem Testlauf 1975 wurden in der WAA Tokai mehrere Lecks aufgrund von Konstruktionsfehlern festgestellt, aus denen hochradioaktive Lösungen austraten (nach „The Japan Times Weekly", 20.3.76). Die WAA Tokai wird in der Presse und von den herrschenden Politikern als eine relativ kleine, experimentelle Anlage dargestellt und verharmlost. Sicherlich kann sie bei einer Kapazität von 0,7 Tonnen verbrauchter nuklearer Brennstoffe pro Tag die bestehenden 13 AKWs nicht ausreichend versorgen; allerdings ist bekannt, daß eine Tonne verbrauchter nuklearer Brennstoffe 6-7 kg Plutonium enthält, was für eine Atombombe in der Größenordnung von Nagasaki ausreicht.

Bei der Atommüllbeseitigung bahnt sich in Japan ebenfalls ein Desaster an. Ende 1976 lagerten bereits 54 200 Fässer zu je 200 Liter auf den Geländen von acht AKWs. Dies entspricht einer 55%igen Ausnutzung der vorhandenen Lagerplätze der AKWs (nach The Jishu-Koza, Joint News Letter, a.a.O.). Ferner waren Mitte 1976 in einem unterirdischen Lager am Strand von Oarai bei Mito ca. 20 000 Fässer mit niedrigaktiven Abfallstoffen gelagert. Aus Platzmangel wurden außerdem Hunderte von Fässern auf dem Strand gestapelt, wo sie der Witterung voll ausgesetzt sind. Das Amt für Wissenschaft und Technologie plant, diese Fässer ins Meer zu versenken (nach „The Japan Times Weekly", 26.6.76)! Der gesamte Atommüllbestand 1975 reichte aus, um Plutonium für 100 Nagasaki Atombomben zu gewinnen (nach AMPO 1/76).

75 Strahlentote

Die Auswirkungen dieser aggressiven Kernenergiepolitik haben sich auch schon deutlich auf dem Rücken der werktätigen Bevölkerung bemerkbar gemacht. Und zwar nicht nur im Falle der Plutoniumvergiftung in der WAA-Tokai-Mura. Nach Angaben des Parlamentsabgeordneten der Sozialistischen Partei, Yanosuke Narazyki, sind seit 1966 schon 75 Menschen durch radioaktive Strahlungen japanischer AKWs getötet worden! Zwar dementierte die japanische Regierung, wie in solchen Fällen üblich, diese Meldung sofort. Im vergangenen Jahr haben aber japanische Atomkraftgegner enthüllt, daß die Zahl der Leukämiefälle in der Umgebung des AKW Fukushima zugenommen hat. Auch werden Jahr für Jahr vor allem die in den AKWs beschäftigten Arbeiter immer größeren Strahlenbelastungen ausgesetzt. Die von den AKW-Betreibern veröffentlichte jährliche durchschnittliche Strahlenbelastung je Arbeiter weist beträchtliche Steigerungen auf. So stieg sie beim AKW Tsuruga (357 MW) von 0,329 rem 1970 auf 0,594 rem 1973, beim AKW Fukushima I (460 MW) von 0,146 rem 1970 auf 0,293 rem 1973 (nach Sadao Ichikawa, a.a.O.). Abgesehen davon, daß keine Angaben über Spitzenwerte der Strahlenbelastungen gemacht werden, dürften die angegebenen Werte aller Erfahrung nach weitaus höher liegen.

Der beobachtete Anstieg der Strahlenbelastung ist auch auf die sich häufenden Unfälle zurückzuführen, die umfangreiche Reparaturarbeiten an verseuchten Stellen erforderlich machten. Schließlich sind

Fortsetzung auf Seite 55

Fortsetzung von Seite 54

zahlreiche Fälle von Umweltschäden in der Umgebung von AKWs bekannt geworden, die hier nicht im Einzelnen aufgeführt werden können.

„Sicherheitskontrollen"

Trotz dieser alarmierenden Vorfälle wird sowohl von Seiten der Industrie als auch des Staates so getan, als sei nichts passiert. Ein Vertreter der Tokyo Electric Power Co., die gegenwärtig drei AKWs betreibt und vier weitere baut, erklärte zu der Serie von Reaktorunfällen: *„Da die Energienachfrage im vergangenen Jahr aufgrund der Rezession in Japan gesunken war, gab es für uns keinen Anlaß zur übereilten Wiederaufnahme des Reaktorbetriebs, und wir hatten ausreichend Zeit, um Sicherheitskontrollen und Reparaturen bei defekten Reaktoren durchzuführen"* („The Japan Times Weekly", 28.2.76). Der Staat erfüllt seinerseits nicht einmal die minimalsten Sicherheitsaufgaben. Sowohl das Genehmigungsverfahren für den Bau von AKWs als auch die technische Überwachung von AKWs liegen in den Händen der Japanischen Atomenergie-Kommission (JAEC) und sind eine reine Farce. *„Die Materialien, die vom AKW-Betreiber an den Ausschuß* (der JAEC, Anm. d. Red.) *zur Verfügung gestellt werden, werden nur auf dem Papier untersucht, ... Daher sind die Zahlen und Texte im Schlußbericht der Inspektion fast Kopien der Materialien, die vom AKW-Betreiber vorgelegt wurden"* (Sadao Ichikawa, a.a.O.). Die JAEC hat nicht nur eine Überwachungsfunktion, sondern ist gleichzeitig für die Förderung der Atomindustrie zuständig!!

Der japanischen Atomindustrie und Regierung geht es nicht nur darum, möglichst wenige Informationen zu veröffentlichen, da *„jedes einzelne Detail offenbaren zu müssen, häufig die Entwicklungsarbeiten hindere"* (Noriyuki Sakikawa, The Mutsu Incident, in: Nuclear Weapons and Atomic Power, „Japan Echo" 1975).

So überprüfte *„ein Sicherheitsausschuß, der aus Experten bestand, einen Antrag der Shikoku Electric Power Co. Ltd, zur Baugenehmigung eines Kernkraftwerks* (es handelte sich hier um das AKW Ikata, Anm.d. Red.). *Die eigentliche Untersuchung wurde von einem Unterausschuß mit neun Experten gemacht. Beim Gerichtstermin stellte es sich heraus, daß der Unterausschuß keine Einzelheiten des Verfahrens kannte. Vielmehr wurden nach Angaben des Gerichtsprotokolls von den insgesamt 17 Sitzungen des Unterausschusses drei von nur einem Mitglied und eine vierte von nur zwei Mitgliedern besucht. Der Universitätsprofessor, der den Unterausschuß leitete, konnte keine Antwort geben, als der Anwalt des Klägers fragt, ob die Anwesenheit nur eines Mitglieds das Abhalten der Ausschußsitzung ermöglicht habe. ... (Dieser Expertenausschuß) stellte fest, daß das (Atomkraft-)Werk sicher sei, und seine Entscheidung wurde automatisch vom Gesamtausschuß angenommen und durch den Ministerpräsidenten gebilligt"* („Asahi Evening News", 10.9.77).

Die Kaltblütigkeit und der Wahnsinn dieser Politik lassen sich noch an vielen Beispielen zeigen. Dazu gehören auch die Standorte der AKWs in unmittelbarer Meeresnähe, was die Verseuchung und Vernichtung der Fischereigewässer und damit der wichtigsten Existenzgrundlage der Bevölkerung zur Folge hat, die erhöhte Unfall- bzw. Katastrophengefahr infolge von häufigen starken Erdbeben, die hohe Bevölkerungsdichte und schließlich die bereits zweimal erlebte Vernichtungskraft der Atombombe in Hiroshima und Nagasaki.

(Wird fortgesetzt)

Asien-Australien-Kommission

Demokratische Militärjunta in Thailand?

»Thailands Militär auf gemässigtem Kurs« (»NZZ«, 31.10.) — *»Die Militärführer haben eine schnellere Demokratisierung öffentlich angekündigt«* (»AEN«, 25.10.77). — *»Von jetzt an sind wir frei ... die Zensurbehörde sei nun arbeitslos«* (»Thai Rath« lt. »Welt«, 22.10.77). So die Reaktion der bürgerlichen Presse auf die Bekanntmachung der thailändischen Militärs, eine neue Verfassung auszuarbeiten, 1978 Wahlen abzuhalten und die Pressezensur aufzuheben (»Monitordienst«, 21.10.77).

Militärs auf demokratischen wegen? Nun, die Fakten sprechen eine andere Sprache:

Am 20.10. übernahm die sogenannte *»Revolutionäre Thai-Partei«* offen die Macht in Thailand. Die Zivilregierung wurde abgesetzt, die Verfassung außer Kraft gesetzt. Zur *»aufrechterhaltung von Frieden und Ordnung«* wurden in Bangkok erneut eine Ausgangssperre eingeführt, sämtliche Versammlungen ab 5 Personen unter hohe Strafen gestellt (»Radio-Bangkok« nach »Monitordienst«, 21.10.77). Sämtliche andere Unterdrükkungsmaßnahmen bleiben in Kraft: Ausnahmezustand, Kriegsrecht, Militärgerichtsverfahren usw. usf. Die Militärs mit dem Namen »Revolutionäre Thai-Partei« bildete umgehend einen »Revolutionsrat«, bestehend aus den drei höchsten Militärführern — General Kriangsak, Admiral Chaloryu und Luftmarschall Kamol Dejatunga. Weitere 23 Militärs sollen noch hinzugezogen werden (»NZZ«, 25.10.77). Die Konzentration sämtlicher Macht bei dieser Junta wurde per Dekret abgesegnet: *»Während der Zeit ohne Ministerpräsident werden alle Machtbefugnisse und Pflichten des Ministerpräsidenten und des Kabinetts... dem Leiter der revolutionären Partei ... übertragen«* (»Monitordienst«, 21.10.77). Leiter dieser Partei ist Admiral Chaloryu ...

Zwar wird die Zensur aufgehoben, aber *»allen Versuchen, Schaden herbeizuführen, das Volk zu belügen und unehrlich zu sein, wird durch die revolutionäre Macht ein Ende gesetzt werden... Insbesondere solche Zeitungen, die als Sprachrohr von Ausländern dienen, die Doktrinen vertreten, die für das Land, die Religion und die Monarchie gefährlich sind, die versuchen, auf direktem oder sonstigem Wege die Einheit zu spalten, werden drastisch unterdrückt werden«* (»Monitordienst«, 21.10.77). Freiheit für die Regimepresse — Unterdrükkung jeder kritischen Stimme o h n e Zensurbestimmungen ist die ‚neue' Richtung.

Zwar soll eine neue Verfassung erarbeitet werden und Wahlen 1978 stattfinden — aber nur *»wenn alles gut geht«* (»NZZ«, 31.10.77). *»Admiral Sangad nannte für die Wahlen eine Frist von 120 Tagen nach Promulgation der Verfassung ‚oder vier, fünf, sechs Monate danach', falls nicht ernsthafte Krankheiten die ‚politische Gesundheit' des Landes beeinträchtigen«* (»NZZ«, 31.10.77).

Damit ist klar, daß Verfassung und Wahlen von den Militärs nach eigenem Gutdünken verschoben werden können. Davon mal ganz abgesehen, dürfte ebenfalls klar sein, daß es sich hier um Wahlen à la Indonesien, Philippinen und anderen faschistischen Staaten handeln würde — Wahlen, die durch Ausschaltung der Opposition, durch Einschränkung des Wahlrechts etc. immer zur Absegnung der jeweiligen Junta führen!

Von irgendeiner »Demokratisierung« kann gar keine Rede sein — im Gegenteil bedeutet die Installierung der Junta und die Auflösung der faschistischen Zivilregierung die uneingeschränkte Machtausübung der brutalsten Kräfte Thailands — der faschistischen Militärs.

Ursache und Grundlage für diese Änderung der faschistischen Machtausübung in Thailand liegt zum einen in der Erfolglosigkeit der innenpolitischen »Befriedung«, zum anderen in der außenpolitischen Isolation der thailändischen Faschisten. Gescheitert ist der Versuch, die Macht über eine (auch faschistische) Zivilregierung auszuüben.

Zivilregierung und Militärs

Nach dem blutigen Putsch vom 6.10.76 zogen die Militärs sehr schnell eine faschistische Zivilregierung auf, große Teile des Verwaltungsapparates blieben unter direkter Kontrolle dieser Regierung. Von vornherein war deutlich, daß diese Zivelregierung nichts anderes als ausübendes Organ der Militärs sein soll, daß die Regierung in erster Linie die drohende außenpolitische Isolation verhindern und die Beziehung zum imperialistischen Ausland intensivieren sollte.

Die Entwicklung in Thailand selbst verlief jedoch alles andere als planmäßig, die Zivilregierung wurde für die Militärs sehr schnell zum Hemmschuh.

Zwei offene Putschversuche von rivalisierenden Offiziersgruppen, weitere Widersprüche innerhalb der verschiedenen Machtcliquen und vor allem der wachsende Volkskrieg führten zu einer recht instabilen Lage. Die Zivilregierung (ihr unterstanden immerhin die Polizei, Teile der Justiz und der Verwaltungsapparat) war nicht in der Lage, diese Widersprüche in der einen oder anderen Weise zu beseitigen. Zunehmend geriet die Zivilregierung in die Schußbahn ihrer eigentlichen Auftraggeber. Zensurvorschriften und Aktionen gegen faschistische Zeitungen (...wegen Kritik an der Regierung) führten zu starken Angriffen durch die Regimepresse, zur Forderung nach Rücktritt (»Thai-Information Bulletin«, Okt. 77). In den Wochen zwischen Ende September und Mitte Oktober gab es verschiedene Putschvorbereitungen seitens militanter faschistischer Gruppen wie ‚Rote Büffel' und ‚Village Scout' (»Thai Information Bulletin«, Okt. 77). Ganz offensichtlich drohte ein offener Machtkampf der verschiedenen Cliquen — in dieser Situation ‚putschten' die drei führenden Militärs selber und übernahmen die Macht (im übrigen wurde auch dieser Putsch ausführlich vorbereitet; beispielsweise wurde der jetzt führende Junta-General Kriangsak wenige Wochen vor dem Putsch überhaupt erst Oberbefehlshaber des Heeres).

Doch nicht alleine die Konkurrenz und Rivalität verschiedener Offizierscliquen führten zum Putsch: *»Die Wirtschaft und ausländische Investitionen haben sich verschlechtert und sind instabil. Würde man es dieser Situation gestatten, sich weiterzuentwickeln, wäre es schwierig, die Probleme zu lösen«* (»Monitordienst«, 21.10.77). *»Was die Armee und Polizei anbelangt, so wird ihnen nicht erlaubt, den Standort ihrer Einheiten ohne Genehmigung des Führers der Revolutionären Partei zu verändern ... Die Revolutionäre Partei stützt die Monarchie und niemand ist erlaubt, hier einzugreifen. Die jetzige Machtübernahme soll die Situation des Landes und Wirtschaft verbessern«* (Befehl des Admirals Chalyro vom 20.10.).

Asien/Australien Kommission

KURZMELDUNGEN

Japan: Fast 20.000 Menschen demonstrierten am 31.10.1977 in Tokyo gegen die rassistische Klassenjustiz in Japan. Anlaß war ein Justizskandal in Zusammenhang mit einem Sexualmord an einem Schulmädchen im Jahre 1963 in Sayama (Außenbezirk von Tokyo und bekannt geworden als der Sayama-Fall). Da die Justiz, angesichts der großen publizistischen Aufbereitung dieses Kindesmordes, einen Schuldigen präsentieren mußte, wurde der 38jährige Kazuo Ishikawa mit den übelsten Methoden und un-

wurde der 38jährige Kazuo Ishikawa mit den übelsten Methoden und un-

wahren Behauptungen »überführt« und vor drei Jahren zu einer lebenslangen Freiheitsstrafe verurteilt. Damit sollte die gesellschaftliche (Ein)ordnung in Japan wiederhergestellt werden. Denn Ishikawa gehört zu den drei Millionen »Burakumin«, die seit Jahrhunderten trotz der Fassade »weltaufgeschlossener Modernität« entrechtet sind und als Untermenschen gelten.

Die Demonstranten forderten die Revision des verhängten Urteils, nachdem der oberste Gerichtshof im August dieses Jahres einen Antrag auf Revision zurückgewiesen hatte. Bei der Demonstration wurden nach Pressemeldungen 10 Demonstranten festgenommen. Hauptveranstalter der Massenaktion war die »Nationale Liga für die Befreiung der Buraku«.

Am folgenden Tag, dem 1.11., demonstrierten wiederum etwa 2.000 Menschen in der Tokyoter Innenstadt mit der Forderung nach Revision des Urteils. Welche Schärfe das Buraku-Problem in Japan erreicht hat, wird an der Militanz des geführten Kampfes deutlich: Am 30.10. flogen 14 Bezinbomben auf das Gelände des obersten Gerichtshofes.

Japan: Am 4.11.1977 waren die Eisenbahner Japans in einen kurzfristigen Streik getreten, wodurch in Tokyo und Osaka der Berufsverkehr am Morgen lahmgelegt wurde und der Langstreckenverkehr teilweise für den ganzen Tag zusammenbrach. Damit brachten die Arbeiter ihren Protest gegen die geplante Fahrpreiserhöhung

brachten die Arbeiter ihren Protest gegen die geplante Fahrpreiserhöhung

sowie gegen die Pläne der japanischen Regierung, künftige Fahrpreiserhöhungen gesetzlich zu erleichtern sowie die Sozialversicherungsgesetze zu revidieren, zum Ausdruck. Ferner wurde die Forderung nach einer Verbesserung der gesetzlichen Regelung zur Unterstützung von Arbeitslosen aufgestellt. An diesem Streik, zu dem die Kampfstarken Gewerkschaften der staatlichen Eisenbahn aufriefen, beteiligten sich auch die Gewerkschaften anderer Bereiche wie der Krankenhausarbeiter, Fuhrarbeiter, Chemiearbeiter, Kohlebergbauarbeiter und Drucker. Dieser Streik war der Auftakt zu einer Reihe von Kampfmaßnahmen, die im Zusammenhang mit den Prämienforderungen am Ende jedes Jahres ergriffen werden, die sich aber nicht nur auf Lohnforderungen beziehen. So hat die eine staatliche Eisenbahnergewerkschaft einen Streik zur Jahreswende gegen den geplanten Bahntransport von Düsentreibstoffen zum neuen Flughafen von Narita angekündigt.



Der Widerstand wächst

Südkorea. Die Studentenkämpfe, die Anfang Oktober begannen, reißen nicht ab. In der Yonse-Universität kam es wiederum zu schweren Zusammenstößen mit der Polizei.

Über 4.000 Studenten (8.000 sind an dieser Universität eingeschrieben) hatten sich im Audimax versammelt und riefen Parolen gegen das faschistische Regime. Eine 5-Punkte-Resolution wurde angenommen.

»Bei dem ersten Zusammenstoß mit der Marionettenpolizei schlugen die Studenten sie zurück, indem sie mit Steinen warfen« (»Pyongyang Times«, 29.10.77). Über 200 uniformierte und eine große Anzahl ziviler Polizisten wurden daraufhin auf das Universitätsgelände geschickt. Mit »Pfeffernebel-Kanonen« und Tränengasgranaten versuchten sie, Versammlung und Demonstration aufzulösen. Doch die Studenten ließen sich nicht einschüchtern und riefen: *»Zur Hölle mit dem Diktaturregime«*, *»Laßt die eingesperrten Studenten frei«*, *»Lößt das ‚Heimatverteidigungskorps' der Studenten auf«* (paramilitärische Zwangsorganisation — Anm. Asien-Kom.), *»Garantiert die Grundrechte der Arbeiter«* (»Pyongyang Times«, 29.10.77). Rund 50 Studenten sollen bei den Zusammenstößen, die als die heftigsten seit zwei Jahren beschrieben werden, festgenommen worden sein (»Neue Zürcher Zeitung«, 27.10.77). Am Abend vor der Studentendemonstration hatten *»über 100 Leute, darunter Korrespondenten der Zeitung ‚Tong-a Ilbo', die illegal 1975 entlassen worden waren, und Familienangehörige politischer Gefangener in Söul ein Treffen veranstaltet, um die Aufhebung der reaktionären Bestimmungen zu fordern, die die Freiheit der Rede knebeln. Nach dem Treffen marschierten sie in die Innenstadt und führten einen erbitterten Kampf mit der reaktionären Polizei«* (»Koreanische Zentrale Nachrichtenagentur«, nach »SWB«, 4.11.77).



Südkorea: Mit brutaler Gewalt gegen Demokraten

Auch bei den Arbeitern regte sich Widerstand. Ende Juni waren rund 4,1% der arbeitsfähigen Bevölkerung arbeitslos, das waren insgesamt 571.000 Kolleginnen und Kollegen! Und diejenigen, die Arbeit haben, müssen unter teilweise unmenschlichen Bedingungen arbeiten. Freie gewerkschaftliche Tätigkeit ist verboten. *»Es ist heiße, harte Arbeit«*, sagt die 22 Jahre alte Kim Ha Suk, die in der Pangnim Textilfabrik 50 Textilwebmaschinen überwacht. *»Ich sah mehrmals, wie der Vorarbeiter uns schlägt und knufft und uns Unanständigkeiten zuschreit. Da ist keine Zeit, um in den Waschraum zu gehen. Mein längster Tag betrug 18 (!!!) Stunden. Viele Mädchen nehmen Pillen, um wachzubleiben, aber man muß immer mehr nehmen«* (»Business Times« 11.10.77). *Sie verdient ungefähr 5,30 am Tag (!) bei 7 Tagen Urlaub im Jahr und einer freien Mahlzeit am Tag!*

»Wir verdienen lausige 1.000 Won am Tag (etwa 5.25 DM) *für 8 bis 10 Stunden, sechs und sieben Tage die Woche«*, sagt ein militanter Arbeiter, verbittert durch einen kurzen Gefängnisaufenthalt (ohne Prozeß) wegen Organisierung von Arbeiteraktivitäten. *»Aber jetzt beginnen wir zu fragen: Warum?«* (»BT«, 11.10.77).

Und sie beginnen nicht nur zu fragen. So haben bereits 400 Arbeiter Überstunden verweigert. 700 streiken sechs Stunden für Lohnforderungen; mehr als 300 machten eine Demonstration, die mit der Polizei zusammenstößt.

»Die Zeichen steigender Unzufriedenheit der Arbeiter sind heute in Korea nicht zu übersehen, selbst wenn sie von den Unternehmern, Polizisten, Regierung, offizieller und kontrollierter Presse unterdrückt werden« (»BT«, 11.10.77).

Asien/Australien-Kommission

70.000 auf den Straßen



Spitze des Demonstrationszuges in Melbourne

Australien: Insgesamt ca. 70.000 Menschen demonstrierten am 22.10. in Australiens Städten gegen Uranabbau und -Export. Fast überall wurde die bisherige Mobilisierung noch einmal weit übertroffen. Bei den großen Demonstrationen im April waren es 20.000, am 6.8., dem Anti-Atomtod-Tag, ca. 50.000. Die größten Märsche am 22.10 fanden statt in Melbourne: 25.000, Sydney: 25.000, Perth: 9.000, und Brisbane: 5.000 (Zahlen nach „Direct Action", 27.10., und „Tribune", 26.10.). In einigen Städten waren die Demonstrationen verbunden mit Aktionstagen. In Melbourne wurden zahlreiche Aktionen und Demonstrationen in Vororten durchgeführt („Tribune", 26.10.).

Wie auch bisher, fand die starke internationale Orientierung der australischen Bewegung ihren Ausdruck. In Melbourne forderte beispielsweise eine Vertreterin der Gruppe „Frauen gegen Atomernergie" (WANE) zur Solidarität mit den „*von der Polizei verfolgten*" AKW-Gegnern in der BRD auf („Direct Action", 27.10.).

Wie wir bereits berichteten, war die Demonstration in Brisbane (22.10.) verboten worden. Sofort nach Sammeln der Demo stoppten massive Polizeiaufgebote den Zug und nahmen Massenverhaftungen vor. „*Nach den ersten Verhaftungen versuchten die Demonstranten, den Bullen auszuweichen – diese hatten jedoch schon die ganze Straße blockiert. Angesichts der von allen Seiten herbeiströmenden bewaffneten Polizeihorden setzten sich die Demonstranten auf die Straße. 15 Minuten war die Adelaide-Straße besetzt, dann begann die Polizei, die Menschen prügelnd von der Straße zu treiben. Komplett von Polizei umzingelt, versuchten die Demonstranten, zurückzumarschieren. Dies war der Zeitpunkt der gewalttätigsten Verhaftungen mit Greifkommandos. Unter Rufen wie „SS" und „Sieg Heil" wurde versucht, zurückzumarschieren*" („Tribune", 26.10.). 418 Demonstranten wurden verhaftet, in bereitgestellte Transporter geschafft und ins Stadtgefängnis gebracht. Mindestens 10 Demonstranten wurden vom australischen MFK 'Special Force' verhaftet und in gesonderten Fahrzeugen abtransportiert („The Herald", 22.10.). Im völlig überfüllten Stadtgefängnis wurden die 418 teilweise bis zum 24.10. festgehalten! Spontane Solidaritätsdemonstrationen wurden ebenfalls zusammengeknüppelt und weitere Atomgegner verhaftet („The Herald", 24.10.).

Gegen sämtliche 421 Verhaftete wurden Schnellverfahren durchgezogen, insgesamt ahndeten die „Richter" über 566 „Vergehen" („The Herald", 24.10.77). Der größte Teil wurde bis zum 24.10. gegen Zahlung von Kaution freigelassen – in Erwartung kommender Strafverfahren. Das „Queensland Solidarity Collective" Carlton schätzt, daß insgesamt zwischen 20.000 und 30.000 Dollar Kaution bezahlt werden mußten (Flugblatt der Gruppe)!

Am 11.11. fand in Queensland wiederum eine „illegale" Demonstration statt, die sich gegen die Demonstrationsverbote richtete. Rund 100 Gegner des polizeistaatlichen Terrors wurden dabei verhaftet („Guardian", 11.11.77). Mit weiteren Demonstrationen ist für den 16.11. zu rechnen, dem Tag, an dem die nächsten Uranverschiffungen in Brisbane über die Bühne gezogen werden sollen.

Asien/Australien Kommission

Hinter der demokratischen Fassade geht der Terror des Staates weiter

Zwar hat die Janata-Regierung unter Moraji Desai den Ausnahmezustand offiziell aufgehoben und wichtige demokratische Grundrechte wie die Rede- und Versammlungsfreiheit formal wiederhergestellt. Andererseits ist der staatliche Unterdrückungsapparat aus der Zeit der Ghandi-Diktatur nach wie vor intakt. Ebenfalls in Kraft sind noch die gesetzlichen Grundlagen der Ghandi-Diktatur, soweit sie nicht unmittelbar an die Verhängung des Ausnahmezustandes gebunden waren. Diese Gesetze wie z.B. das „Gesetz zur Aufrechterhaltung der inneren Sicherheit" (MISA) werden allerdings gegenwärtig von der indischen Zentralregierung nicht angewendet (siehe dazu AK 115).

Die indische Zentralregierung verzichtet also lediglich darauf, die ihr zur Verfügung stehenden Möglichkeiten auszuschöpfen. Doch die konkrete Repression ist deshalb nicht verschwunden, sie wurde dezentralisiert. In den indischen Bundesstaaten werden laufend neue Gesetze erlassen, wodurch die von der Zentralregierung so gefeierten demokratischen Freiheiten wieder eingeschränkt oder gar aufgehoben werden. So hat die Regierung des indischen Bundesstaates Jammu „*im Interesse der Staatssicherheit einen umfangreichen Katalog von Sonderbestimmungen zur Beschränkung der bürgerlichen Rechte und Pressefreiheit verkündet*" („Süddeutsche Zeitung", 8.11.77). Als vorgeschobene Begründung dafür diente das angespannte Verhältnis zu Pakistan (wegen des benachbarten Kaschmir). Kaschmir ist von Indien okkupiert und wird von Pakistan ebenfalls beansprucht. Als in Jammu die Pressefreiheit gerade wieder außer Kraft gesetzt wurde, kündigte Ministerpräsident Desai in Neu Delhi zur selben Zeit einen Zusatz zur indischen Verfassung an, „*der die Pressefreiheit garantieren soll*". Presse, Rundfunk und Fernsehen sollten dadurch „*einen unparteilichen und objektiven Status*" („SZ", 8.11.77) erhalten. So wird „Demokratisierung" gespielt.

Eine ähnliche Widersprüchlichkeit finden wir beim Streikrecht. Von der Zentralregierung nach dem Ende des Ausnahmezustandes feierlich wiederhergestellt, wurde es regional schon wieder aufgehoben. Die Landesregierung des Bundesstaates Uttar Pradesh erließ ein Streikverbot für eine Reihe von Betrieben sowohl des öffentlichen wie auch des privaten Sektors, um den als „demokratische Exzesse" bezeichneten Arbeitskämpfen zu begegnen („Economic and Political Weekly", 15.10.77)!

Eine *»Verordnung zur Verhinderung öffentlichen Aufruhrs«* (»Prevention of Public Disorder Ordinance«) wurde am 25.9.77 von der Landesregierung in Madhya Pradesh verkündet. Danach kann die Landesregierung oder ein Distrikt-Magistrat die Inhaftierung einer jeden Person für die Dauer von bis zu drei Monaten anordnen. Die Begründung für eine solche Maßnahme ist in der Verordnung bereits vorgeschrieben: Die betreffende Person soll dadurch daran gehindert werden, zukünftig „*Unruhe zu stiften*" („EPW", 15.10.77). Eine gerichtliche Überprüfung der Inhaftierung ist nach der Verordnung unzulässig. Die Maßnahme muß lediglich durch ein Gremium der Verwaltung („Advisory Council") formalrechtlich geprüft werden. Dies hat innerhalb eines Monats nach der Verhaftung zu geschehen. Einen Beschluß muß dieses Gremium während der ersten 60 Tage der Inhaftierung fassen. Dadurch ist gewährleistet, daß die inhaftierte Person sogar dann, wenn die Verhaftung als formalrechtlich unzulässig verworfen wird, bis zu zwei Monate in Haft gehalten werden kann. Während der Prozedur ist der Inhaftierte praktisch rechtlos, die Vertretung durch einen Rechtsanwalt steht im nicht zu! Der einzige inhaltliche Unterschied zu dem berüchtigten „MISA"-Gesetz besteht darin, daß nach dem „MISA"-Gesetz Inhaftierungen für die Dauer von bis zu einem Jahr möglich sind, und zwar unter gleichen Bedingungen. Doch auch dieser Unterschied kann aufgehoben werden, da Verhaftungen nach der „Verordnung" beliebig oft unmittelbar hintereinander wiederholt werden können. Die ersten Opfer der „Verordnung" wurden drei Arbeiterführer aus Raipur, ein Sekretär einer Gewerkschaft des Bewässerungs-Systems und zwei seiner Kollegen. Sie wurden in Vorbeugehaft genommen, als sie am 2. Oktober abends eine Unterschriften-Sammlung durchführten. Dies macht deutlich, gegen wen sich die „Verordnung" richtet!

Bei ihrem Amtsantritt hat die Desai-Regierung die Freilassung der politischen Gefangenen versprochen. Dies war auch eine zentrale Forderung in der Wahlagitation der Janata-Partei. Tatsächlich sind politische Gefangene freigelassen worden, insbesondere die gesamte Garde des rechten Lagers, aber auch ausgewählte Mitglieder revolutionärer Organisationen und linker Bewegungen. Im wesentlichen jedoch wurden die Linken von der Freilassung ausgenommen, indem sie einfach zu Kriminellen erklärt wurden. Nach dieser Linie argumentiert inzwischen auch die Regierung des Linksbündnisses unter Führung der CPI M in Westbengalen (!), daß eine dort einsitzende Gruppe von über 30 Personen keine politischen Gefangenen seien („EPW", 8.10.77). Diese Gruppe gehört zu einer hauptsächlich in Kalkutta arbeitenden Organisation mit dem Namen „Revolutionary Communist Council of India" (RCCI), die sich ideologisch auf Lenin, Mao Tse Tung und Lin Biao beruft. Die Organisation vertritt ein Konzept des bewaffneten Kampfes in Indien und bereitet diesen vor. Sie unterstützte die Naxalitenbewegung und hat Kontakte zur CPI/ML. Die Genossen waren u.a. verurteilt worden wegen mehrerer Banküberfälle in Kalkutta und Umgebung in den Jahren 1968 und 1969. Sie hatten diese Aktionen zur Finanzierung ihrer politischen Aktivitäten durchgeführt. Die CPI M geführte Regierung von Westbengalen bezeichnet sie nun als „Bankräuber" und verweigert ihre Freilassung. Dieser Vorfall wurde nur deshalb bekannt, weil sich unter den betroffenen Genossen eine in der indischen revolutionären Bewegung legendäre Person befindet: der heute 73 Jahre alte Ananta Singh. Er ist seit den dreißiger Jahren politisch aktiv und hat auch an den besagten Banküberfällen teilgenommen. Seit dem 19.1.70 ist er im Gefängnis und hat auch von dort aus laufend politische Erklärungen und Proteste veröffentlicht. So nutzt er heute seine Popularität, um darauf hinzuweisen, daß es Tausenden von Genossen ähnlich ergeht wie ihm: sie wurden ebenfalls von den Behörden als „Kriminelle" eingestuft.

Asien-Australien-Kommission

Kurzmeldungen

Land-Rechts Konferenz in Australien

Ca. 100 Delegierte aus ganz Australien berieten Mitte Oktober über ihren Kampf für Landrechte und gegen Diskriminierung. Aufgrund der zahlreichen Angriffe gegen die Lebensräume der schwarzen Australier und der Zuspitzung dieser Situation durch drohenden Uranabbau wurde die Notwendigkeit verstärkter Koordination festgestellt. Die Delegierten wählten hierfür ein nationales Komitee.

In verschiedenen Resolutionen wurden die aktuellen Forderungen der schwarzen Australier erneut beschlossen, u.a.:

- Kein Uranabbau;
- Übergabe sämtlicher Ländereien in New South Wales, die unter staatlicher Verwaltung stehen, an die Organe der schwarzen Australier;
- Übergabe der National- und Wildparks in New South Wales ebenfalls an diese Organe;
- Einzige Verfügungsgewalt einschließlich Erzabbau usw. bei diesen Organen („Militant", 19.10.).

Philippinen

Zu neuen schweren Gefechten ist es auf den südlichen Philippinen gekommen. Der „Guardian" berichtete von „*drei Hauptangriffen*" bei denen „*Panzer, Flugzeuge, Artillerie und Marine*" eingesetzt wurden (29.10.). Angeblich wollen die Regierungstruppen dabei einen zentralen Guerilla-Stützpunkt eingenommen haben. In den Berichten ist aber auch von Gegenangriffen der Guerillas die Rede. Inzwischen hat die *Kommunistische Partei der Philippinen* zur Kooperation zwischen den bewaffneten Kräften der KP und der MNLF aufgerufen: „*Im Moment unterstützen sich die MNLF-Truppen und unsere Truppen in den jeweiligen Regionen gegenseitig im Kampf gegen den gemeinsamen Feind ... Wir haben unser Möglichstes zur Herausbildung der Einheit und Kooperation aller Elemente und Truppen zur Unterstützung der nationalen Interessen der Moros getan*" („SWB", 29.10.77).

Terror gegen Demonstranten

Indische Polizei ging mit unglaublicher Brutalität gegen Demonstranten vor: In Madras wurden am 30.10 zwei Menschen erschossen, als die Polizei eine Demonstration niederschlug. Die Demonstration richtete sich gegen Indira Gandhis Besuch in Madras und soll die größte Demonstration seit 1965 gewesen sein („Guardian", 31.10.).

Wenige Tage zuvor verhaftete die Polizei in Neu-Delhi 125 Menschen, die gegen Preiserhöhungen demonstrierten („Guardian", 29.10.).

An diesen Vorfällen wird deutlich, wie die Desai-Regierung die „neugewonnenen bürgerlichen Freiheiten" zu handhaben gedenkt!

Asien-Australien-Kommission



Nachrichten aus Schule und Hochschule



30.000 in Stuttgart — das war erst der Anfang

30.000 Studenten demonstrierten am 9.11. in Stuttgart gegen die Verabschiedung des reaktionären Landeshochschulgesetzes durch den baden-württembergischen Landtag. Solidaritätsaktionen fanden in Westberlin (6.000, eine Antirepressionsdemonstration, zu der auch die Hochschullinke mobilisiert hatte), Hamburg (1.500) und Göttingen (6.000, hier speziell mit dem Aspekt gegen die Suspendierung des eigenen AStA) statt.

Mit einer derart starken Teilnehmerzahl in Stuttgart hat die Studentenbewegung eindrucksvoll unterstrichen, daß sie nicht gewillt ist, die Zerschlagung der Verfaßten Studentenschaft und die Liquidierung des Politischen Mandats widerstandslos hinzunehmen. Damit wurden gute Voraussetzungen geschaffen, den Plan Filbingers, die ASten sofort nach Veröffentlichung des Gesetzes abzuschaffen, zu Fall zu bringen. Damit wurden aber auch all diejenigen Lügen gestraft, die es, wie MSB und SHB, nicht mehr für möglich gehalten hatten, an dieser Frage eine breite Front gegen die Angriffe der Reaktion zu organisieren. Diese Mobilisierung sollte aber auch denjenigen Teilen der Basisgruppen zu denken geben, die angesichts der Schleyer-Entführung meinten, die Studenten seien zu eingeschüchtert, um gerade jetzt mit Aktionen an die Öffentlichkeit zu treten.

Schon der Beginn des Semesters gab in Baden-Württemberg einen Vorgeschmack darauf, was für Zustände mit dem neuen Gesetz an den Hochschulen einkehren sollen. Es hagelte Raumverbote, Drohungen mit Ordnungsrechtsverfahren, Streikverbote und dergleichen mehr. So wurden von den Rektoren der Unis Heidelberg, Ulm, Stuttgart und Freiburg die Urabstimmungen zu einem Streik verboten – sie wurden trotzdem durchgeführt. Stellvertretend für das Vorgehen der Reaktion sei hier der Rektor der PH Karlsruhe zitiert: *„Die Durchführung eines Streiks an der PH ab 3.11. sowie alle im Zusammenhang mit dem Streik stehenden Handlungen, also auch vorbereitende Handlungen und Streikaufrufe (z. B. durch Plakate) werden untersagt. Ich untersage Ihnen ausdrücklich, in irgendwelcher Art Lehrveranstaltungen oder deren Besuch durch Studierwillige, durch Aufrufe und sonstige Aktionen (z. B. Streikposten) zu behindern".*

Trotz dieser offenkundigen Drohungen liefen die Vorbereitungen für den Streik gut an. An den Unis gab es schon drei Tage nach Beginn des Semesters sehr gut besuchte Vollversammlungen, ebenso an den meisten Fachhochschulen. Die meisten Hochschulen führten zur Vorbereitung des Streiks Urabstimmungen durch. Dabei wurden an den FHS Beteiligungen von 80 - 90 % erreicht, die sich bis auf vier kleinere Fachhochschulen mit eindeutigen Ergebnissen für Streik aussprachen (teilweise über 90 %).

Auch an den Unis gab es eine überdurchschnittlich gute Beteiligung, wobei sich in allen Fällen eine große Mehrheit für Streik aussprach. Allerdings waren gerade hier unsinnig hohe Quoren gestellt worden (teilweise mußten sich 50 % aller Studenten für einen Streik aussprechen, damit dieser stattfinden konnte), die nicht überall erreicht wurden (Tübingen, Heidelberg, Stuttgart).

Die erreichte Mobilisierung muß jedoch noch vor anderen „widrigen" Bedingungen beurteilt werden. Mitten in die Mobilisierungszeit hinein „platzte" die Schleyer-Entführung, die Flugzeugentführung und die angeblichen „Selbstmorde" in Stammheim. Diese Vorfälle, die in weiten Teilen der westdeutschen Linken starke Einschüchterungserscheinungen sichtbar machten, gingen natürlich auch an der Studentenbewegung nicht spurlos vorbei. Schon am Tag der 2. Lesung des Gesetzes, am 20.10., sollten in sieben Städten Demonstrationen stattfinden, von denen aber drei (Karlsruhe, Mannheim, Aalen) über Nacht abgesetzt wurden; in Freiburg konnte sie nur per Uni-VV-Beschluß gegen den AStA durchgesetzt werden. (Dort allerdings mit dem überragenden Ergebnis von 1.200 : 30 Stimmen). Diese Demobilisierung ist zurückzuführen auf einen Rundruf des Zentralen Aktionskomitees (ZAK) der Landes-ASten-Konferenz (LAK), in dem bei den ASten angefragt wurde, ob sie „in dieser aufgeheizten Stimmung" tatsächlich demonstrieren wollten. Dieser Rundruf kam praktisch einer Aufforderung zur Absetzung der Demonstrationen gleich.

Mehrheitlich wird das ZAK von den Basisgruppen gestellt, in deren Reihen die Einschüchterung offensichtlich stark Fuß gefaßt hatte. Dieses halbherzige Vorgehen setzte sich fort in der Vorbereitung der Urabstimmung und des Streiks. Gerade von einigen Basisgruppen wurden besonders hohe Quoren für die Urabstimmung aufgestellt, so daß man fast den Eindruck gewinnen muß, diese wären über einen Mißerfolg gar nicht so traurig. Einen Höhepunkt erreichte diese Abwiegelei in Tübingen, wo sich 6.320 Studenten (von ca. 18.000) für einen Streik ausgesprochen hatten – es fehlten 80 (!) Stimmen für das Quorum.

Andererseits hatten MSB und SHB von Anbeginn gegen einen landesweiten Streik zu diesem Zeitpunkt agitiert, da sie darin eine Gefährdung ihres Konzepts („bundesweiter Streik" ab 28.11. mit „Demokratischer Gegenhochschule" und dem üblichen Drum und Dran) sahen. Obwohl sie unter dem Druck der Verhältnisse das Vorgehen in Baden-Württemberg „billigten", war von praktischer Unterstützung zu keinem Zeitpunkt etwas zu spüren.

Diese beiden Faktoren, die spürbare Einschüchterung bei den Basisgruppen und die fehlende Einheit der Linken aufgrund der Spaltung durch MSB und SHB, haben die Mobilisierung insgesamt beeinträchtigt. Dies gibt Anlaß zu vermuten, daß bei einer einheitlichen Mobilisierung der gesamten Linken, allen Einschüchterungen zum Trotz, die Möglichkeiten noch weitaus größer gewesen wären.

Tatsächlich muß man sich jetzt fragen, was denn gewesen wäre, hätte man sich auf den Plan von MSB/SHB eingelassen, die Verabschiedung des LHG in Baden-Württemberg passieren zu lassen, und mit Widerstandsaktionen erst am 28.11. – also zu einem viel späteren Zeitpunkt – zu beginnen. Dies hätte zweifellos eine äusserst negative Wirkung auf die Widerstandsfähigkeit der Studentenbewegung gehabt.

Mit über 30.000 Teilnehmern war dies eine der größten Studentendemonstrationen der letzten Jahre. Übertroffen wird diese Zahl nur durch die nationalen „Sternmärsche" des VDS. Daß diese Mobilisierung trotz aller beschriebenen Widrigkeiten zustandegekommen ist, ist Ausdruck der Bereitschaft innerhalb der Studentenschaft, den sich verschärfenden Angriffen entgegenzutreten. Im Gegensatz zu der Auffassung von Teilen der Basisgruppen hat die aktuelle Repressionswelle an der Basis nicht zur totalen Einschüchterung und Resignation geführt, sondern zu einem sich erneut und tiefer herausbildenden Bewußtsein von der Notwendigkeit des Widerstands.

Das stärkt uns in der Überzeugung, daß mit der Verabschiedung des Landeshochschulgesetzes für Filbinger die Sache überhaupt nicht gelaufen ist, sondern der Anfang einer harten Auseinandersetzung begonnen hat. Jetzt wird es darauf ankommen, die einzelnen ASten gegen die Übergriffe zu verteidigen, sowohl vor Ort als auch im nationalen Maßstab. Auch wenn die bisherige Mobilisierung die Verabschiedung des LHG nicht verhindern konnte, so kann doch davon ausgegangen werden, daß die bewiesene Kampfbereitschaft bei der konkreten Verteidigung der einzelnen ASten ihren Ausdruck finden wird. Nicht zuletzt liegt es an einem entschlossenen Vorgehen der Linken, ob beim Erhalt arbeitsfähiger ASten Erfolge erzielt werden können. In diesem Sinne fängt die Sache erst richtig an.

Bündniskommission
KB/Gruppe Hamburg

AStA legt Sumpf trocken

Bielefeld. Alle anständigen Bürger Bielefelds können wieder ruhig schlafen. Der AStA macht's möglich. Wie der ARBEITERKAMPF, so hatte auch die örtliche Presse über den Beschluß der Uni-VV berichtet, die Einrichtung einer internationalen Untersuchungskommission zu Stammheim zu fordern, ohne sich – wie vom SHB verlangt – zuvörderst geflissentlich vom Terrorismus zu distanzieren.

Nur die örtliche Presse berichtete darüber von nun an **jeden Tag**. Erschreckt mußten die Bürger Bielefelds davon Kenntnis nehmen, welch Sympathisantensumpf dort mitten unter ihnen weilt. *„Die Terroristen und ihr Umfeld an praktischen Helfern und heimlichen Sympathisanten fanden und finden ihren geistigen Nährboden im linksradikalen Chaotentum, das nicht nur, aber besonders deutlich an den Hochschulen wächst"* („WB", 29.10.).

Manch wackerer Bürger rief besorgt bei der Presse an, ob denn nicht wenigstens solche Nährbodenveranstaltungen wie die mit Brückner oder die zu Stammheim mit Schily verboten werden könnten. Allein, der Rektor lehnte solch Ansinnen ab, mit der Begründung, es gebe an der Uni Bielefeld *„keine politische Zensur, kein Meinungs- und Redeverbot"* („NW", 4.11.). – Sieh da, solche Rektoren gibt es also doch noch!

Aber man hatte auch schon zum Trost der Bürger eine gemäßigtere Gruppe an der Uni entdeckt – quasi einen Fels inmitten des Sumpfes – den AStA (MSB/SHB/Juso/LHV), der immerhin den Terrorismus ablehnt, wenn er auch sonst zu links ist.

Der verstand den Wink wohl und kübelte seinerseits voll los gegen die BGen. Zunächst wurde von den Jusos öffentlich festgestellt, daß hinter den BGen der KB steckt. Das macht sich besonders gut, hat doch die Presse gerade den Zusammenhang von Terrorismus und „K-Gruppen" „enthült", was die Beweislast für derlei Behauptungen ungleich leichter macht. Der SHB erklärte seinerseits: *„Mit der Ablehnung unseres Ergänzungsantrags* (auf besagter Uni VV – Anm. AK) *haben sich die große Mehrheit der BGen und anderer dekadenter Zeit‚genossen' vom Interessenkampf der Studenten abgewendet. Sie sind mit ihrer Haltung in dieser prinzipiellen Frage unglaubwürdig (?) geworden. Unsere Solidarität gegenüber einer solchen ‚Linken' ist mehr als in Frage gestellt".*

Schließlich gelang es dem AStA auf der folgenden Uni-VV, mit großer Mehrheit einen Distanzierungsantrag durchzubringen – vorsichtshalber ohne politische Diskussion, es hätten ja Mißverständnisse über die prinzipielle Haltung der Revisionisten und Reformisten entstehen können, daß über Terrorismus nicht diskutiert, sondern sich gefälligst **schleunigst distanziert** wird.

Eine Stadt kann wieder ruhig schlafen – dank MSB/SHB/Jusos. Das nennt man Bündnispolitik.

Nach einem Bericht der
KB/Gruppe Bielefeld

... und alles im Namen der Basis

Marburg. Sehr undogmatisch verhielten sich die „undogmatischen" Basisgruppen namens „Spontifex Maximus" auf der letzten Uni-VV. Nachdem sie sich zunächst mit dem KSV, der MRI (marxistisch-reichistische Initiative) und der Initiativgruppe Medizin auf eine gemeinsame Resolution geeinigt hatten, machten sie plötzlich auf der VV einen 180 Grad Schwenk. Und das kam so: In der gemeinsamen Resolution von BG, KSV, MRI und IGM wurde das „gewerkschaftlich orientierte" Konzept der „Demokratischen Gegenhochschule" (Streik ab 28. 11.) abgelehnt. Stattdessen wurden Solidaritätstage mit Baden-Württemberg, Veranstaltungen mit Brückner und dem Göttinger AStA und eine erneute Uni-VV am 23.11. vorgeschlagen, bis zu der für einen Streik mobilisiert werden sollte. Diese Resolution wurde auch von den KB-Sympathisanten unterstützt. Dem stand auf der VV die Resolution von MSB/SHB gegenüber, die als Herzstück den bundesweiten Streik ab 28.11. in Form der „DGH" vorsah.

Wenn auch die Marburger Spontis im Gegensatz zu Äußerungen ihrer Vertreter während der VDS-MV nun offenbar einen Solidaritätsstreik mit Baden-Württemberg nicht mehr als „machbar" ansahen, so schien doch ihr Konzept dem der Revisionisten ziemlich entgegengesetzt. Dies war jedoch eine Täuschung. Während ein BGler noch die gemeinsame Resolution begründete, steckten schon einige andere BGler mit den örtlichen Häuptlingen des MSB die Köpfe zusammen und erarbeiteten flugs eine „Kompromißresolution". Begründung: die mit knapp 300 Leuten erschienene MG („Marxistische Gruppe") drohte jede Beschlußfassung zu blocken. Das leuchtet ohne weiteres ein, zumal diese Gruppe geschlossen (was eigentlich keinerlei besondere Aufmerksamkeit verdient, das macht sie immer so) wieder abrückte, nachdem es ihnen trotz Schlägerei nicht gelungen war, für ihren Vertreter eine längere als die übliche Redezeit zu ergattern.

Es mag der Aufmerksamkeit der verhandelnden BGler entgangen sein, deshalb erwähnen wir es hier noch einmal. Die Kompromißresolution enthält solche „Kompromisse" wie das Eintreten für „die demokratischen Prinzipien des Grundgesetzes", die „Mitbestimmung" und die „Novellierungsstrategie". Kein Kompromiß waren die Solidaritätsveranstaltungen mit Brückner und Göttingen – das kann denn ja wohl so wichtig nicht gewesen sein. Ob's auch der Aufmerksamkeit Axel Ickerts entgangen ist, des BG-Referenten im VDS-Vorstand, der augenscheinlich federführend an der Erarbeitung dieses Kompromisses beteiligt war? Kaum zu glauben, eher neigen wir zu der Ansicht, daß die Beteiligten allesamt ihren ganz besonders „undogmatischen" Tag hatten – bis auf die Revisionisten.

Nach einem Bericht der
KB/Sympathisanten Marburg

Rechtsputsch verhindert AStA-Bildung

Frankfurt. Eine große Koalition aus Jusos, GOL (gewerkschaftlich orientierte Liste: MSB/SHB), LHV, »Giraffen« (eine rechte Fachbereichsliste) und RCDS verhinderte am 11.11. im Studentenparlament die (überfällige) Bildung eines AStA und setzte stattdessen Neuwahlen durch. Die Spontis, die bisher in Frankfurt den AStA stellten, wurden zwar von der »Linken Liste« unterstützt, zur AStA-Bildung hätte es jedoch zusätzlich der Stimmen der Jusos oder aber der GOL bedurft. Diese wiederum wären ebenfalls nicht ohne die Unterstützung der Rechten zur Bildung eines AStA in der Lage gewesen. Was die ins Stupa gewählten Jusos angeht, so wären zwei von ihnen nach eigenen Angaben zur Unterstützung eines linken AStA bereit gewesen (der dritte stimmte mit den Rechten und wurde vom RCDS gar als neuer AStA-Vorsitzender vorgeschlagen, was ihm dann aber doch zu weit ging!).

Die Partei jedoch und die Mehrheit der Juso-Hochschulgruppe entschied »für sie« auf strikte Unterlassung einer Zusammenarbeit mit der SHI (Spontis), was auch gleich in der »FR« veröffentlicht wurde und übte einen so starken Druck auf sie aus, daß sie sich dem nicht gewachsen sahen. Auf der Stupa-Sitzung erklärten sie ihren Rücktritt, zu dem der rechte Juso (wahrscheinlich treffend) bemerkte: »Das gibt einen Parteiausschluß«. Zwei rechte Partei»freunde« rückten für sie nach. Die Verantwortung, einen funktionsfähigen AStA zu bilden, der in der Lage wäre, die Interessen der Studenten wahrzunehmen, lag daraufhin bei den Revisionisten (MSB/SHB).

Die GOL hatte in Koalitionsverhandlungen mit Spontis/Lili die folgenden »Essentials« aufgestellt:

1. Man müsse sich über die gemeinsame Vorbereitung und Durchführung des Streiks einigen (gemeint ist natürlich der VDS-Streik ab 28.11.).
2. Zusammenarbeit mit Gewerkschaften und Bürgerinitiativen;
3. *»Die GOL hält es für unverzichtbar, daß in der Arbeit eines linken AStA die Strategie des individuellen Terrors als objektiv der Reaktion dienend charakterisiert wird.«*
4. Gleichberechtigte Zusammenarbeit im AStA;
5. Erstellung eines Aktionsprogramms.

Eine Einigung scheiterte an Punkt 3. Die Spontis, die in letzter Zeit mehr und mehr die Distanzierungshysterie gerade am Beispiel der SB-Professoren kritisieren, schlugen als Kompromißformulierung vor: *»Für einen linken AStA ist es unverzichtbar, die Strategie des herrschaftsstabilisierenden und/oder -reproduzierenden Terrors als [objektiv] reaktionär zu kennzeichnen«.*

Interessanterweise interpretierten die Revis einen Angriff auf den »real existierenden Sozialismus« (!!) in diese Formulierung hinein und verlangten deshalb den Zusatz: »... in der BRD«!! Dazu aber waren die Spontis nicht bereit.

Nachdem die Koalitionsverhandlungen auf diese Weise gescheitert waren, brachten es MSB/SHB fertig, an der Seite des RCDS die Bildung eines linken AStA zu verhindern. Das zeigt, was diese Leute bewegt: Nicht die von ihnen vielbeschworenen Interessen der Studenten, sondern eiskalter machtpolitischer Poker. Und das ausgerechnet in der aktuellen Situation, wo die Verabschiedung eines neuen Hochschulgesetzes in Hessen ansteht, und die Klagekampagne gegen den AStA ein Ausmaß von 140.000 DM (!!) angenommen hat.

Die Stimmung unter den Zuhörern des Stupa gab der GOL und den Jusos allerdings einen Vorgeschmack auf das, was sie in nächster Zeit erwarten wird: Die Empörung war so stark, daß diese Vögel heilfroh gewesen sein dürften, als die Sitzung vorbei war. Das läßt hoffen, daß sich die Uni-Linke in Frankfurt zu einer Gegenoffensive aufrafft, die den Rechten durchaus schlecht bekommen könnte.

KB / Gruppe Frankfurt

Stammheim und der ›real existierende Sozialismus‹

Die vermeintliche Gunst der Stunde nutzend, versuchen die politischen Bankrotteure von MSB/SHB derzeit, mit einem selbständigen Beitrag zur Terrorismusbekämpfung und Sympathisantenjagd wieder stärker in's Geschäft zu kommen. Mit der ihnen eigenen Art („Wo ist der nächste Sumpf? Da müssen wir durch!") krempeln die Revisionisten die Ärmel hoch, um einen konstruktiven Beitrag zur „Inneren Sicherheit" zu leisten. Dankenswerterweise lassen die Herrschaften kaum Raum für Unklarheiten: „*Das persönliche Schicksal der Stammheimer Leute ist mir egal*" – so der MSB-Chef-Demagoge Uwe Knickrehm (auf einer Sitzung zur Vorbereitung einer Uni-VV in Hamburg). Von einem, dem die Todesschüsse an der DDR-Grenze als Beitrag zu „Frieden und Entspannung" gelten, selbst wenn dabei Linke ermordet werden (PCI-Mann Benito Corghi 1976), hätte man allerdings auch nichts anderes erwartet.

Denn der Hintergrund, vor dem diese Leute ihre Politik machen, ist ein gesellschaftliches Leitbild (der „real existierende Sozialismus"), zu dem die Unterdrückung der Meinungsfreiheit, die Verteufelung von Kritik und die absolute Rechtlosigkeit politischer Gefangener als ‚Selbstverständlichkeiten' dazugehören.

Klares Feindbild

Bei jeder sich bietenden Gelegenheit (Flugblätter und Zeitungen) wird den Studenten eingehämmert, daß es die „RAF" sei, die die „Verantwortung" für die Rechtsentwicklung in der BRD und speziell an den Hochschulen trage. „*Wir wissen und spüren am eigenen Leibe, daß die Verbrechen der Anarchisten erst das Klima schaffen, das die Reaktion braucht, um beispielsweise die Verfaßte Studentenschaft insgesamt zur Disposition zu stellen; das sie braucht, um ihr Ziel, die Versammlungsfreiheit und das Demonstrationsrecht einschränken zu können, (zu erreichen)*" (ZAS/Zentralblatt für den Ausbildungssektor; herausgegeben vom Hamburger MSB/SHB/Juso-AStA; Okt.77). Aber sicher doch! Und wem das noch zu verschwommen ist, dem sagt's der Herr Chefideologe Freimut (was soll d e r Name) Duve ganz deutlich:

„*Andreas Baader und seine Leute, die Mörder von Köln noch gar nicht gerechnet, haben ursächlich (!) und verantwortlich mehr zur Einschnürung der Demokratie in unserem Land beigetragen, als ganze Legionen von antidemokratischen Exnazis (!!) je hätten erreichen können*" (in: Briefe zur Verteidigung der Republik"). Gegenüber einem Baader versinken natürlich die „Leistungen" eines Kiesinger, eines Filbinger oder auch eines Schleyer zu purer Bedeutungslosigkeit. Während es die Terroristen erbarmungslos zu bekämpfen gilt, kommen wir Sozialdemokraten mit den Legionen von Exnazis ganz gut zurecht, wollte Duve offensichtlich sagen und damit hat er vollauf recht!



* Benito Corghi, PCI-Mitglied, wurde im August 1976 "versehentlich" von DDR Grenzsoldaten erschossen

Eine solche „Analyse" darf nicht ohne praktische Schlußfolgerungen bleiben „*Terrorismus und Reaktion sind zwei Seiten einer Medaille. Die Konzerne und ihre politischen Repräsentanten und die Terroristen als ihre ‚agents provocateurs' sind gleichermaßen Feinde der Arbeiterklasse und der Studentenschaft. Wir müssen und werden sie unnachgiebig bekämpfen*" – droht der SHB in einem Anfall von Größenwahn. Wie soll man das verstehen? Werden MSB/SHB demnächst zu Demonstrationen gegen den Terrorismus aufrufen, sich an der Fahndung beteiligen oder ist vielleicht an die Aufstellung einer eigenen inneruniversitären „Anti-Terrorismus-Brigade" gedacht ? Haben die revisionistischen Schlägertrupps („Ordner") schon mit einem Spezialtraining begonnen!? An wessen Konzepten gedenkt man sich dabei zu orientieren – BKA oder SSD?

Auf alle Fälle wird mit dieser Kampagne erreicht, den ganzen aufgestauten Frust der Revis (zunehmende Isolierung in der demokratischen Bewegung, Tritte von SPD und DGB usw.) in blinden Haß gegen den eigentlich schuldigen Terroristen umzuwandeln. In Wahrheit geht es jedoch weniger um den Terrorismus als um die antirevisionistische Linke an den Hochschulen, bei deren Bekämpfung MSB/SHB in der Wahl ihrer Mittel noch nie zimperlich waren. Deshalb greifen diese Leute begierig den „Sympathisanten"-Begriff auf, in der irrigen Annahme, sie könnten dadurch die lästige linke „Konkurrenz" isolieren, der sie argumentativ immer weniger gewachsen sind.

Wer etwa wie der KB in den Aktionen der „RAF" eine politische oder gar antikapitalistische Motivation zu entdecken wagt, der wird vom Hamburger MSB als „*linker Zuträger der rechtesten Kräfte*" gebranntmarkt. Und wer den Göttinger ‚Buback-Nachruf' publizierte, arbeitet den Herrschenden „objektiv ähnlich in die Hände..... wie die Terroristen" (ZAS, Okt. 77).

Da der SSB (KB-Sympathisanten) „*maßgeblich*" für diese „*gezielten Provokationen*" verantwortlich sei, stoßen die Hamburger Juso/SHB/MSB-ASten in einer „Diskussionsplattform" eine düstere Drohung aus: „*Kommilitonen vom SSB, wir warnen euch!*"

Derlei reaktionäres Gewäsch ist aus dieser Ecke schon vom letzten Semester her bekannt. Die Quittung war, daß MSB/SHB sich in der Solidaritätskampagne mit dem Göttinger AStA, dem sie jegliche Unterstützung verweigerten, kräftig isolierten. Aktuell jedoch sehen sich MSB/SHB durch eine noch viel schlimmer „Provokation" bedroht.

SHB wider die „Legendenbildung zu Stammheim"

Äußerst empfindlich reagiert der SHB auf die Aufklärungsarbeit von KB/SSB zu den Vorgängen in Stammheim „*(sie) spinnen auf Wandzeitungen und Flugblättern Legenden um die Selbstmorde in Stammheim*". (Flugblatt des SHB in Hamburg). Dies füge der Studentenbewegung „schweren Schaden" zu und mache „wichtige bündnispolitische Erfolge zunichte". Die „Provokateure", die das tun, müßten „politisch isoliert" werden. „*Gemeinsamkeit und Solidarität kann es mit ihnen genausowenig geben wie mit den Herrschenden*". Stattdessen müsse man sich dem Kampf gegen die Hochschulgesetze, gegen die Jugendarbeitslosigkeit usw. widmen (diese Linie wird natürlich vom MSB voll geteilt).

Nicht Filbinger, nicht Maihofer und Schmidt erzählen also „Legenden" über Stammheim, nicht sie sind „Provokateure", sondern der KB, der die widersprüchlichen und wundersamen „Selbstmord"-Versionen anhand von Fakten infrage gestellt hat. Es ist klar, welche Art von „Bündnissen" durch diese Aktivität infrage gestellt wird: Die angepeilten „Bündnispartner" können doch nur solche sein, die selber ein massives Interesse an der Vertuschung der wahren Todesumstände in Stammheim haben.

Und im gleichen Sinne werden MSB/SHB aktiv: Das schwachsinnige Gegeneinanderausspielen einer Aufklärungsarbeit zu Stammheim gegen Aktivitäten zu den Hochschulgesetzen ist ein überaus plumpes Ablenkungsmanöver im Interesse der Vertuschungspolitik der Herrschenden.

Hierbei geht es aber nicht nur darum, daß „Solidarität" für MSB/SHB ein Fremdwort war, ist und bleibt. Zu offenkundig ist die Interessengemeinschaft zwischen Sozialdemokraten und Revisionisten in Sachen Mescalero-Aufruf ebenso wie in der Stammheim-Frage.

Gehen die einen mit ihrer „Bündnispolitik" bis zum Verkauf sämtlicher politischer und moralischer Prinzipien, so setzen die anderen mit Blick auf den „real existierenden Sozialismus" alles daran, eine Diskussion etwa über unmenschliche Haftbedingungen, „Kontaktsperre" u.ä. zu unterdrücken.

In Wahrheit ist es doch so, daß die Revisionisten in der Vertuschung von Haftbedingungen (Sowjetunion, CSSR, DDR!), im Verschweigen der Zustände in den Gefängnissen und im Abwürgen jeglicher Diskussion darüber wahre Meister sind.

Die Entrechtung politischer Gefangener in der BRD muß ihnen ja geradezu als Schritt in Richtung des „real existierenden Sozialismus" vorkommen. Und es braucht wohl auch kaum ein Wort über die (Un-) Möglichkeit verloren werden, etwa einen Mescalero Aufruf oder ähnliche Schriften in der DDR zu verbreiten. Kein Wunder, daß man bei solchen Leuten schnell zum „Provokateur" wird, wenn man für demokratische Rechte eintritt!

Dümmlicher geht's nimmer

Bekanntlich hat sich der MSB erfolgreich aus der Solidaritätskampagne mit dem hannoverschen Psychologie-Professor Peter Brückner herausgehalten. Offizielle Stellungnahmen lagen bisher nicht vor, obwohl die Spatzen es schon von den Dächern pfiffen, daß die Revisionisten ungern in den Geruch der Sympathie mit einem »Sympathisanten« gelangen möchten. Da sie aber ebenso ungern noch weiteren Kredit in der Studentenbewegung durch eine öffentliche Ablehnung einer Solidaritätskampagne verlieren möchten, haben sie sich eine besondere »Erklärung« ausgedacht:

»*Die Bewegung ‚Weg mit den Berufsverboten' hat nationalen Charakter und internationale Aufmerksamkeit erreicht. Ihre Arbeit ist die beste Solidarität gegen jedes Berufsverbot, so auch gegen die Suspendierung Prof. Brückners* (quasi im Selbstlauf — Anm. AK). *Aber statt diese Bewegung zu stärken, die aus einer Aktionseinheit breiter demokratischer Kreise besteht, fordert der KB eine eigenständige ‚Solidaritätskampagne' ausserhalb der Anti-Berufsverbot-Bewegung!*«

Der KB wolle — so heißt es weiter — »*die in hundert Fällen erfolgreiche Anti-Berufsverbote-Bewegung von nationalem Ausmaß auf eine rein personenbezogene, punktuelle Kampagne zurückschrauben*«. Damit werde die Anti-Berufsverbote-Bewegung »*aufgelöst*«.

Überrascht sind wir, daß sich die Anti-Berufsverbote-Bewegung noch nicht aufgelöst hat, weil sie doch im Fall Sylvia Gingold »*auf eine rein personenbezogene, punktuelle Kampagne*« zurückgeschraubt worden ist. Ebenso interessant wäre es zu erfahren, wie der MSB und die Berufsverbote-Initiative eine nicht personenbezogene Solidaritätskampagne organisieren will. Im übrigen ist es zu bedauern, daß eine derart »breite und nationale« Bewegung sich vom KB abhalten läßt, ihre Vorstellungen von einer Solidarität mit P. Brückner in die Tat umzusetzen. Nur Mut!

SSB Hamburg

6.000 demonstrierten gegen Sympathisantenhatz

Göttingen: Gut 6.000 Studenten beteiligten sich am 9.11. an der vom (immer noch suspendierten) Göttinger AStA organisierten Demonstration, zu der auch von der Mehrzahl der anderen niedersächsischen ASten aufgerufen worden war. Lediglich die MSB/SHB-ASten hatten in der KNS (Konferenz niedersächsischer Studentenschaften) gegen eine Beteiligung an dieser Demonstration gestimmt.

Weder die tagelang andauernde Propaganda des RCDS und anderer rechter Studentenverbände, der Demonstration fernzubleiben, noch der strömende Regen vermochten es, die Göttinger Studenten sowie eine Vielzahl von Delegationen aus anderen Hochschulen davon abzuhalten, in einer sehr kämpferischen Weise zum Ausdruck zu bringen, daß sie nicht länger gewillt sind, den Repressionsmaßnahmen des Staates schweigend zuzusehen.

Die Demonstration, Abschlußkundgebung und die anschließende Veranstaltung zur Intellektuellenhatz mit Peter Brückner und einem Vertreter des dänischen Studentenverbandes standen unter den zentralen Parolen »Der AStA bleibt, der Kampf geht weiter« »Zwingt Pestel raus und Brückner rein« »Für den Erhalt der verfaßten Studentenschaft mit politischem Mandat«.

Für die Linke an der Göttinger Uni dürfte dieser erfolgreich durchgeführte 9.11. ein Auftakt und eine Ermutigung für Vorbereitung weiterer Kampfaktionen in diesem Semester gewesen sein.

MSB: Ein jämmerliches Bild

Bereits vor der Demonstration hatte der MSB alles darangesetzt zu demobilisieren, z.B. war von ihm zu hören, der Göttinger AStA könne nicht dafür garantieren, daß »Anarchoprovokationen« am Rande der Aktion ausbleiben, die dem Ansehen der Studenten in der Öffentlichkeit schaden würden. Auch nach der erfolgreichen Demonstration wurde der MSB nicht müde, sie als »Bankrott der ARtA Linie« zu diffamieren. Zum einen will der MSB, der sonst ja eher als großzügiger Schätzer von Demonstrantenzahlen bekannt ist, nur »maximal 3.000« Demonstranten gezählt haben, (nicht einmal die reaktionnäre Lokalpresse vermochte es, die Zahlen derart herunterzulügen), zum anderen aber auch war die »Qualität der Demonstration schlimmer als Null« (MSB-Flugblatt vom 10.11.). Dies besonders deswegen, weil »*Brückner, Stammheim und die AStA-Suspendierung*« im Mittelpunkt standen und nicht die »*gewerkschaftlichen Forderungen gegen die Bildungskatastrophe*« (MSB-Flugblatt).

Was die fortschrittlichen Studenten von dieser Art linker Politik halten, haben sie durch die massive Unterstützung der Demonstration gezeigt!

KHB/Göttingen



Göttingen: 6.000 demonstrierten gegen die Suspendierung ihres AStA

Bossle kommt nicht zur Ruh

Würzburg: Am 8.11. fand die erste Bossle-Vorlesung (CSU-Mitglied und Verherrlicher des faschistischen Regimes in Chile) im neuen Semester statt. Ca. 200, darunter 30 Rechte, waren gekommen. In der Woche vorher hatte ein Teach-In zu der Frage, wie es weiter im Kampf gegen Bossle geht, stattgefunden, zu dem trotz kurzfristiger Mobilisierung 300 Anti Bossle-Streiter erschienen waren. Am Dienstag nun haben Bossle und Unirektor Berchem nicht, wie von uns erwartet, den Weg der offenen Konfrontation eingeschlagen. Bossle verzog sich von vornherein in einen leerstehenden und total verriegelten Hörsaal. Mit ihm gingen ca. 30 Hochschulunionisten und einige Bullen.

Daß die Unileitung Bossle am 8.11. aus dem Schußfeld nahm, ist auf die Tatsache zurückzuführen, daß die Würzburger Studenten trotz Ordnungsrecht und Strafanzeigen gewillt sind, weiterhin zu verhindern, daß der Junta-Freund öffentlich Vorlesungen abhält. Rektor Berchem hat zu Recht befürchtet, daß ein Knall am Anfang des Semesters eine breite Solidaritätsbewegung nach sich gezogen hätte. Deshalb wird jetzt versucht, Bossle von dem berechtigten Vorwurf, er sei ein Faschisten- und Junta-Freund reinzuwaschen. So hat Bossle ein Anwaltsbüro beauftragt, Anzeige gegen ein Sprecherratsmitglied einzuleiten, der ihn in einem Rundfunkinterview als Faschistenfreund bezeichnet hatte. Da kann man Bossle nur raten, sich excellente Anwälte zu beschaffen für diese Schwerstarbeit.

Auf einer Pressekonferenz gab die HSU (Hochschulunion, reaktionärer Studentenverband) eine Erklärung ab, in der der studentischen „Volksfront" der Kampf angesagt wird- „die Schonfrist für Linke ist vorbei" – und ein Zusammenschluß aller reaktionären und faschistischen studentischen Kräfte an der Würzburger Uni in einer „Aktion Demokratischer Studenten" gefordert wird. Bedauert wird der fehlende Mut und das mangelnde Engagement der Würzburger studentischen Verbindungen („Main Post", 8.11.77).

Gleichzeitig mobilisierten die Rechten zu der Bossle-Vorlesung mit der erklärten Absicht, durch Denunziation dem Ordnungsrecht zur Anwendung zu verhelfen.

Das Bossle-Kommitee hat am Tag nach der Vorlesung beschlossen, eine antifaschistische Offensive gegen den Vorstoß der HSU und der Korporationen zu starten. Durch massive Enthüllungsarbeit über die HSU, den RCDS, die Korporationen und andere soll der geplanten Verwirrung innerhalb der antifaschistischen Studenten entgegengearbeitet werden, auf daß bei der ersten öffenlichen Vorlesung von Bossle wieder 800 Studenten auf den Beinen sind.

KB-Sympathisanten, Würzburg

KBW, „KPD" und demokratischer Kampf

Die von der CDU erhobenen Verbotsdrohungen gegen KBW, „KPD" und „KPD/ML" sowie gegen den KB haben die Leitungen von KBW und „KPD" veranlaßt, den Fragen ihrer Bündnispolitik und der Aktionseinheit mit anderen Kräften größere Aufmerksamkeit als bisher zu widmen und mit verschiedenen Vorschlägen an die linke Öffentlichkeit zu treten. So spricht sich die „KPD" für eine **„breite Aktionseinheit gegen die Verbotsdrohungen und den Abbau demokratischer Rechte"** aus. Diese Aktionseinheit solle *„Kommunisten, Sozialisten, Demokraten und Antifaschisten"* umfassen. Der KBW wiederum möchte am liebsten eine **„Front gegen Imperialismus und Reaktion"** aufbauen, die **„für Demokratie und Sozialismus"** eintreten soll.

KBW und „KPD" gemeinsam haben inzwischen aufgerufen, **„eine Front von Demokraten, Antifaschisten, Sozialisten und Kommunisten im Kampf für die Rechte der Arbeiterklasse und des Volkes aufzubauen"**. Zur Unterstützung dieses Projekts soll im kommenden Januar ein Kongreß stattfinden.

Die Pläne und Vorschläge von KBW und „KPD", die derzeit bemüht sind, ihre nächsten Schritte gemeinsam festzulegen, sind ein Reflex der Tatsache, daß angesichts der gegenwärtig zunehmenden Repression, Verbotsdrohungen, Polizei-Razzien, „Sympathisanten"-Hetze usw. unter Linken und Demokraten der Wunsch nach Überwindung kleinlicher Abgrenzungsängste und nach einheitlicher Abwehr der antidemokratischen Angriffe spürbar wächst. Insofern sind die Vorschläge von KBW und „KPD" durchaus Ausdruck einer positiven Wende. Darüberhinaus ist jedenfalls der „KPD" in den Grenzen ihres politischen Horizonts ein tatsächliches Bemühen um größere Einheit derzeit wohl nicht ganz abzusprechen. Wenn man aber nicht in bodenlose Illusionen verfallen will, so muß man sehr genau die Grenzen analysieren, die derzeit durch die Grundlinien der Politik dieser beiden Organisationen gezogen sind.

„KPD": „Antihegemonistische Front"

Der „Ständige Ausschuß des Politbüros des ZK der KPD" hat in einer Erklärung zu den Verbotsdrohungen die bekannte Grundlinie der „KPD" noch einmal bekräftigt: *„Unsere Partei hat sich die Schmiedung einer antihegemonistisch-demokratischen Volksbewegung für Unabhängigkeit und Freiheit unter der Führung der Arbeiterklasse zur Hauptaufgabe gesetzt. Wir sind fest davon überzeugt, daß der Kampf gegen den Abbau der demokratischen Rechte in der BRD nur dann Sprengkraft wird entwickeln können, wenn er sich auch gegen die faschistische Zwangsherrschaft in der DDR, gegen die Verweigerung des Selbstbestimmungsrechts für das deutsche Volk und gegen das von den Supermächten, insbesondere von dem sowjetischen Sozialimperialismus, ausgehende Vormachtstreben und die von ihnen geschürte Kriegsgefahr richtet.*

Unsere Partei wird mit allen Kräften dafür arbeiten, innerhalb einer breiten Aktionseinheit zur Abwehr des Verbots mehr und mehr antifaschistische und demokratische Kräfte zum Bewußtsein dieser Aufgabe zur bringen" („Rote Fahne", 5.1o., Hervorhebungen von uns).

Welche Linie die „KPD" in der „breiten Aktionseinheit" letztlich durchsetzen möchte, ist demnach klar. Es ist die bekannte vaterländische Linie vom **„Hauptfeind Sozialimperialismus"**. Von der Phrase ‚Kampf gegen die beiden Supermächte' sollte man sich dabei nicht den Kopf vernebeln lassen. Die „KPD"-Führung weiß natürlich, warum sie ausdrücklich den „Sozialimperialismus" als Hauptfeind angreift, warum sie an zentrale Stelle die Parole rückt: „Breschnew ist der Hitler von heute. Versperrt ihm den Weg." **Und es hat schon seinen Sinn, wenn die „KPD" inzwischen nicht bloß den EG-Imperialisten, sondern sogar dem US-Imperialismus eine „Beschwichtigungspolitik" gegenüber der Sowjetunion vorwirft. Das kann überhaupt nur so verstanden werden, daß die „KPD" den NATO-Imperialisten mangelnde Aggressivität, mangelnde Aufrüstung gegen die Sowjetunion und die Staaten des Warschauer Pakts vorwirft. Das ist, auf den Begriff gebracht, nackte Kriegspropaganda im Sinne des Imperialismus!**

Diese Linie entspricht dem Auftrag der chinesischen Führung, die ihre konterrevolutionäre Globalstrategie in der sogenannten „internationalen marxistisch-leninistischen Bewegung" durchzusetzen versucht. Die „KPD" ist freilich insgesamt bei der Umsetzung dieser Linie längst nicht soweit gegangen wie ihre portugiesische ‚Bruderpartei', die „PCP/ML", zu der sie immer noch die engsten und herzlichsten Bande unterhält: Die „PCP/ML" hat sich mit äußerster Konsequenz gegen den ganzen revolutionären Prozeß in Portugal nach dem 25. April gestellt; sie hat den konterrevolutionären Putsch vom 25. November 1975 und die folgende Phase der Restauration begeistert begrüßt; sie hat ein noch schärferes Vorgehen gegen fortschrittliche Militärs und gegen die revolutionäre Linke gefordert; sie hat den Wahlkampf des reaktionären Präsidenten Eanes propagandistisch und mit ihren Terror-Trupps gegen die Linke unterstützt; und sie unterstützt heute das Atom-Programm des Imperialismus und der Soares-Regierung für Portugal. Die „KPD" hat bis heute an dieser Politik ihrer engsten ‚Bruderpartei' in Europa nicht die kleinste öffentliche Kritik geübt. Warum auch, da die Politik der „PCP/ML" nichts anderes ist als die konsequente Umsetzung der ‚antihegemonistischen" Grundlinie?!

Diesen Hintergrund muß man im Auge behalten, um hinter der geschmeidigen Anpassung der „KPD"-Führung an die Realitäten des politischen Lebens die Grundorientierung ihrer Politik nicht zu übersehen.

Entsprechend dieser Anpassung hat die „KPD"-Führung anläßlich der Verbotsdrohungen zwar erklärt, daß eine „Aktionseinheit aller Kommunisten, Sozialisten, Demokraten und Antifaschisten" ihrer Meinung nach eigentlich folgende Grundlagen haben müßte: **„Gegen die Vorbereitung des Faschismus in der BRD! – Gegen die faschistische Unterdrückung und die sozialimperialistische Fremdherrschaft in der DDR! – Gegen Hegemonismus und Kriegsgefahr – für das demokratische Selbstbestimmungsrecht des deutschen Volkes! – Gegen die politische Unterdrückung in beiden Teilen Deutschlands!"** Zugleich betonte die „KPD" aber: *„Wir wissen aber, daß noch nicht alle kommunistischen, revolutionären und fortschrittlichen Kräfte, die in eine breite Aktionseinheit einbezogen werden müssen, mit dieser Analyse und den aus ihr folgenden Aufgaben übereinstimmen".* **„Um aber zum gegenwärtigen Zeitpunkt eine wirksame Aktionseinheit ... aufbauen zu können"**, hat die „KPD"-Führung einen Forderungskatalog vorgeschlagen, der sich ausschließlich auf die BRD beschränkt. Die „KPD"-Führung scheint auch bereit zu sein, auf Angriffe gegen die DKP in gemeinsamen Erklärungen mit anderen Kräften zu verzichten. (Zitate aus „Rote Fahne", 19.10.).

Trotzdem beharrt die „KPD" aber nach wie vor darauf, daß es keine Aktionseinheit mit der DKP geben dürfe. Insofern bleibt der Verzicht auf ‚anti-sozialfaschistische" Parolen im Forderungskatalog, der als Zugeständnis an die Mehrheit der sozialistischen und demokratischen Kräfte gemeint ist, halbherzig.

Möglich allerdings, daß sich auch in diesem Punkt bei der Führung ein taktisches Umdenken abzeichnet. Diese Schlußfolgerung könnte man ziehen, wenn man folgende Passagen vergleicht: 1. *„Die KPD bekräftigt erneut ihre Auffassung, daß die DKP-Revisionisten keine linke und demokratische, sondern eine äußerst rechte und faschistische Kraft darstellen ... Die demokratischen Rechte können nicht mit, sondern nur im erbitterten Kampf gegen diese gefährlichsten und übelsten Feinde innerhalb der Arbeiterbewegung verteidigt werden!"* („Rote Fahne", 5.10.).

2. *„Unserer Meinung nach ist es nicht möglich, sich im Kampf um die demokratischen Rechte mit der DKP-Führung zu verbünden. Die DKP-Führung ist keine antifaschistische, linke und demokratische, sondern eine sozialfaschistische, ultrarechte und antidemokratische Kraft"* („Rote Fahne", 19.10.).

Es könnte (!) Absicht sein, daß der Begriff „DKP-Revisionisten" (was praktisch die DKP insgesamt meint), durch den Begriff „DKP-Führung" ersetzt worden ist. Welchen Zweck verfolgt die „KPD"-Führung eventuell mit dieser Differenzierung? Wenn gesagt wird, man könne sich nicht mit der DKP-Führung verbünden, so folgt die „KPD" darin der These 41 der DKP, die besagt, es könne mit den Führungen „maoistischer" etc. Organisationen keine Aktionseinheit geben. Diese Differenzierung ist aber windig und unehrlich, da Aktionseinheiten eben auch auf der Ebene der Führungen geschlossen werden. Wer das Bündnis mit der Führung einer Organisation ablehnt, lehnt in der Konsequenz auch das Bündnis mit dieser Organisation als solcher ab, solange sie sich nicht von ihren Führern trennt.

Es bleibt abzuwarten, wie die „KPD" sich in dieser Frage weiter verhalten will. Interessant ist die Meinung des KBW zu diesem Punkt: *„Manche Genossen werden sich fragen, warum die DKP nicht unter den eingeladenen Organisationen ist. Es ist bekannt, daß KPD und KPD/ML aus unterschiedlichen Gründen eine Politik der Aktionseinheit gegenüber den modernen Revisionisten prinzipiell ablehnen. Der KBW tut das nicht. Er tut das nach wie vor nicht. Bis diese Frage schließlich geklärt ist, stellen wir uns auf den Standpunkt, daß die demokratische und revolutionäre Bewegung zunächst einmal allen Druck machen muß, damit die Mitglieder der DKP die berüchtigte These 41 umstoßen, die den Mitgliedern der DKP jede Aktionseinheit mit Marxisten-Leninisten untersagt. Die Revolutionäre sollen zwei Fliegen mit einer Klappe schlagen: sie sollen die Aktionseinheit mit KPD und KPD/ML fortsetzen, obwohl die Beweglichkeit der Aktionseinheit durch diesen dogmatischen Starrsinn behindert ist, und sie sollen die demokratische Bewegung gegen die These 41 mobilisieren, mit der die DKP-Führung die fortschrittlichen Mitglieder der DKP unterdrückt"* (aus „Kommunismus und Klassenkampf", Okt. 77).

Die Argumentation des KBW in dieser Frage steht auf äußerst schwachen Beinen. Wie kann man denn überhaupt „die demokratische Bewegung gegen die These 41 mobilisieren", solange man selbst in der Frage der Bündnispolitik noch wie auch immer motivierte Zweideutigkeiten zuläßt, solange man selbst noch bestimmte Unvereinbarkeitsbeschlüsse aufstellt oder auch nur aus taktischen Erwägungen akzeptiert?

Es scheint sich angesichts der jetzigen Welle der Repression erstmals seit der Gründungsphase der DKP überhaupt ansatzweise in dieser Partei eine praktische Infragestellung der „These 41" abzuzeichnen. In dieser Situation bedeutet es unzweifelhaft eine nicht unwesentliche Schützenhilfe für die DKP-Führung, wenn man, statt entschieden gegen die „These 41" aufzutreten, diese auch noch abstützt, indem man von sich aus eine Zusammenarbeit mit der DKP „prinzipiell" ausschließt. Das verschafft den Demagogen in der DKP Spielraum und stößt die demokratischen Kräfte in dieser Partei vor den Kopf. Von daher haben wir schon seit langem betont, daß sich die Führungen von DKP und „KPD" an diesem Punkt in die Hände arbeiten.

Die Praxis sieht freilich heute so aus, daß die „KPD" bei ihren aktuellen Vorschlägen zum Aufbau einer demokratischen Front sämtliche ‚antihegemonistischen" Inhalte fallengelassen hat und der „prinzipielle" Ausschluß einer Zusammenarbeit mit der DKP überhaupt der letzte Rest ist, der noch von der ‚antihegemonistischen" Linie übrig geblieben ist. Und selbst dieser Rest kann heute nicht etwa gehalten werden, weil es eine breite demokratische Bewegung gäbe, die von sich aus eine Zusammenarbeit mit der DKP ablehnen würde; dieser Rest kann vielmehr nur deshalb noch gehalten werden, weil die DKP-Führung selbst mit ihrer „These 41" dafür sorgt, daß diese Frage heute noch nicht akut und praktisch wird.

KBW: „Für Demokratie und Sozialismus"

Der KBW hat bereits bei den ersten Verhandlungen nach den Verbotsdrohungen in den „ML"-Block den Vorschlag eingebracht, in absehbarer Zeit einen **„Kongreß für Demokratie und Sozialismus"** durchzuführen. Diesen Vorschlag hat die „KPD/ML" sofort abgelehnt, während die „KPD" ihn sich in wesentlichen Zügen zu eigen gemacht hat.

Dem Projekt des KBW liegt die These zugrunde, **„daß der Kampf für Demokratie in einem imperialistischen Land gar nichts anderes (ist) als der Kampf für den Sozialismus"** („KVZ", Beilage Hamburg, 24.1o.).

Der KBW ist im Grunde nicht in der Lage, irgendeine eigene Dimension des demokratischen Kampfes zu erkennen und anzuerkennen. Entsprechend dümmlich-arrogant und sektiererisch ist das ganze Auftreten des KBW gegenüber liberalen und sozialdemokratischen, kleinbürgerlich-demokratischen Kräften. Zwar schreibt der KBW: „... *Es ist richtig, die Front allen organisierten demokratischen und sozialistischen Strömungen zu öffnen, auch Sponteneisten wie Anarchisten, ja soweit, daß sogar die Gruppe Arbeiterkampf ihren Platz finden mag"* („KVZ", 24.10.). Tatsächlich betrachtet der KBW aber alle demokratischen und sozialistischen Kräfte außerhalb des „ML"-Blocks nur als Agenten der Bourgeoisie (und zwar als bewußte und bestochene Agenten!), deren einzige Aufgabe es sei, die nach Meinung von Fochler und Schmierer schon ungeheuer starke „revolutionäre Massenbewegung" mit Tricks und Gewalt vom Ansturm auf die Bauplätze und den bürgerlichen Staat zurückzuhalten. Ganz in diesem Sinn verteidigt der KBW an keiner Stelle Personen wie Biermann, Wallraff, Böll usw. gegen die Angriffe der antidemokratischen Kräfte, sondern sieht seine einzige Aufgabe darin, solche Demokraten als ganz besonders abgefeimte und schurkische Agenten der Bourgeoisie hinzustellen. Dieses Vorgehen, das mit den Phantastereien der Fochler und Schmierer von der „revolutionären Massenbewegung" in untrennbarem Zusammenhang steht, widerspricht vollständig der Entwicklung einer demokratischen Bündnispolitik. Wenn der KBW an diesem Vorgehen festhält, wird er zu einem ernsten Ballast für die Herstellung einer demokratischen Front werden und man wird sich von ihm trennen müssen.

Vor diesem Hintergrund muß man auch das Projekt des „Kongreß für Demokratie und Sozialismus" sehen. Die „KPD"-Führung ist auf dieses Projekt eingegangen, in der Hoffnung, dieses Projekt in ihre eigenen Pläne für eine „demokratisch-antihegemonistische Front" einbeziehen zu können. In Verhandlungen zwischen KBW und „KPD" über das Kongreß-Projekt wurde ein Kompromiß in einer Reihe von Punkten erzielt. Der KBW selbst bewertet diesen Kompromiß so: *„Diese Einigung bedeutet einen Fortschritt im Kampf gegen Imperialismus und Reaktion. Den revolutionären Kräften legt sie keine Fesseln an... Der Vorschlag von KBW und KPD ist ein Kompromiß zwischen den beiden Organisationen, er beinhaltet aber keinen Kompromiß zwischen richtig und falsch. Er ist vollständig richtig"* („KVZ", 31.10.). Diese Bewertung bedeutet, daß der KBW mit dem erreichten Kompromiß sehr zufrieden ist, zugleich sich selbst aber „keine Fesseln" anlegen will, um seine über den Kompromiß hinausgehenden Vorstellungen weiterzuverfolgen.

„KPD" und KBW haben sich darauf geeinigt, den Titel des Projekts zu ändern in **„Kongreß für die Rechte der Arbeiterklasse und des Volkes"**. Unverkennbar ist das eine nur vom KBW bisher benutzte Formel, die für den KBW identisch ist mit seinen berüchtigten „Programm-Forderungen" („Wahl der Lehrer durch das Volk" usw.). Dafür hat der KBW erst einmal auf seinen ursprünglichen Plan verzichtet, den Kongreß gleich ausdrücklich für *„Errichtung der Volksmacht, Abschaffung des Privateigentums an den Produktionsmitteln"* (Vorschlag vom 19.10.) eintreten zu lassen.

Bei den für ein vom Kongreß zu beschließendes „Aktionsprogramm" vorgeschlagenen Forderungen hatte der KBW zunächst wohl um seine besondere Nähe zur Arbeiterklasse zu dokumentieren als erste drei Forderungen aufgestellt: *„Siebenstundentag! Uneingeschränktes Streikrecht! Uneingeschränktes Koalitionsrecht!"* Der konkrete Anlaß, nämlich die Verbotsdrohungen, wurde überhaupt erst in der sechsten Parole aufgenommen (*„Weg mit dem KPD-Verbot! Weg mit den Verbotsanträgen gegen kommunistische Organisationen!"*). In der Kompromißform findet sich nun die Parole gegen die Verbotsdrohungen an fünfter Stelle, der 7-Stunden-Tag an vierter Stelle. An erster Stelle steht die Forderung nach *„uneingeschränkter Meinungs- und Pressefreiheit"*, es folgen – wie im KBW-Entwurf Streikrecht und Koalitionsrecht. Der Vorschlag des KBW *„Gleiche Rechte für die ausländischen wie für die deutschen Arbeiter, Werktätigen und Studenten"* hat sich durchgesetzt gegenüber dem ursprünglichen Vorschlag der „KPD": *„Für freie politische Betätigung der ausländischen Arbeiter, Werktätigen und Studenten"* Im Gegensatz zum ersten Vorschlag der „KPD" wurde auf Initiative des KBW auch noch die Forderung nach *„Auflösung von NATO und Warschauer Pakt"* in das „Aktionsprogramm" aufgenommen, dafür fiel die von der „KPD" vorgeschlagene Forderung nach *„Selbstbestimmungsrecht des deutschen Volkes"* beim Kompromiß unter den Tisch.

Insgesamt sieht die vereinheitlichte Erklärung von KBW und "KPD" zum Aufbau einer *„einheitlichen Front von Demokraten, Antifaschisten, Sozialisten und Kommunisten"* den Vorschlägen des KBW sehr viel ähnlicher als den Entwürfen der „KPD". Durchgesetzt hat sich der KBW vor allem mit seiner Forderung nach einem „positiven Aktionsprogramm", das er den „Weg mit – Forderungen" gegenüberstellt. Nach

Fortsetzung auf Seite 60

Fortsetzung von Seite 59

Meinung von Fochler und Schmierer kann sich die „revolutionäre Massenbewegung" nur um „positive Forderungen" zusammenschließen, die sich also nicht g e g e n konkrete Angriffe des bürgerlichen Staates wenden, sondern die „positiv" f ü r bestimmte Rechte eintreten. Statt „Weg mit den Berufsverboten" müßte man z.B. fordern: „Wahl der Lehrer durch das Volk" usw.

Vergleicht man unter diesem Aspekt die ursprünglichen Entwürfe von „KPD" und KBW, so fällt auf, daß die „KPD" in der Tat sehr viele nicht-„positive" Forderungen formuliert hatte, wie etwa *„Gegen Berufsverbote, Gewerkschaftsausschlüsse und politische Entlassungen", „Schluß mit dem Polizeiterror und Polizeimorden", „Gegen die Beseitigung der letzten noch verbliebenen Rechte der Verteidiger, Angeklagten und Gefangenen"* u.a.m., die allesamt dem Kompromiß zum Opfer gefallen sind. (Nur die Gewerkschaftsausschlüsse wurden noch als eigener Punkt außerhalb des eigentlichen „Aktionsprogramms" in die Kompromiß-Erklärung aufgenommen).

Wir halten die Argumentation des KBW zum „positiven Aktionsprogramm" für falsch. Die Erfahrung lehrt, daß die sogenannten „Weg mit– Forderungen" oftmals erheblich direkter und agitatorischer wirken als sogenannte „positive Forderungen", weil sie sich auf konkrete erfahrbare Dinge beziehen, wie den § 218, die Berufsverbote, die Verbotsdrohungen usw. Viele Forderungen, z.B. gegen den Ausbau des Polizeistaats und gegen reaktionäre Gesetze, lassen sich überhaupt nur „negativ" formulieren, falls man nicht völlig auf sie verzichten will, wie in der Kompromiß-Erklärung von "KPD" und KBW. Selbst der unheimlich „positive" KBW mochte übrigens in seinen Vorschlägen nicht v ö l l i g auf die „Weg mit – Forderungen" verzichten („Weg mit dem KPD-Verbot", „Weg mit den Verbotsanträgen"), und die Forderung nach „Abzug aller fremden Truppen aus der BRD, aus Westberlin und aus der DDR" im Kompromiß-Programm ist genaugenommen ja auch eine „Weg mit – Forderung".

Die These vom „positiven Aktionsprogramm" schadet sichtlich dem Aufbau einer breiten demokratischen Front gegen a l l e Aspekte der Repression. Sie ist das Produkt der traumtänzerischen Ideen von einer angeblich schon vorhandenen „revolutionären Massenbewegung", die es um ein „positives Programm" zusammenzuschließen gelte. Original-
die es um ein „positives Programm" zusammenzuschließen gelte. Original-
ton KBW: **„Jetzt kommt es darauf an, die demokratische Massenbewegung, die ihrem Wesen nach revolutionär ist, zu organisieren. Versäumt man diese Aufgabe, dann wird man auch keine antifaschistische Front aufbauen können"** („KVZ", 24.10.)

Wir wollen allerdings auch sehr deutlich sagen, daß die Chancen eines solchen Kongresses, wie er von KBW und „KPD" jetzt für Januar vorbereitet wird, nicht an F o r m u l i e r u n g e n hängen. Auch unsere eigene Haltung zu einem solchen Kongress hängt nicht von Formulierungen ab. Selbst ein Kongreß mit der erklärten Stoßrichtung „Für Demokratie und Sozialismus" k ö n n t e derzeit möglicherweise eine sehr positive und einigende Funktion haben, wenn dieses Projekt jetzt von Anfang an von allen beteiligten und in Frage kommenden Kräften nicht eng und sektiererisch begriffen werden würde. Umgekehrt nützt es gar nichts, dem Kongress-Projekt irgendein allgemein demokratisches Mäntelchen umzuhängen, solange trotzdem eine sektiererische, arrogante oder auch „antihegemonistisch" beschränkte Bündnispolitik betrieben wird. Insofern sehen wir im bloßen Gefeilsche um Formulierungen, wie bei der gemeinsamen Erklärung von KBW und „KPD" grundsätzlich überhaupt noch keinen Fortschritt, unabhängig von den auf dem Papier erreichten Ergebnissen.

Aufbau einer „Front-Organisation"?

KBW und „KPD" erklären beide, daß sich eine längerfristige demokratische Aktionseinheit mit festen organisatorischen Formen aufbauen müsse. In der Kompromiß-Erklärung haben sie sich auf folgende Formulierungen geeinigt: *„Die Aktionseinheit soll sich organisieren über örtliche Zusammenschlüsse und Massenversammlungen und Delegierte dieser Zusammenschlüsse und Versammlungen. Es soll gewährleistet sein, daß alle Organisationen, die die Aktionseinheit unterstützen, bei allen Entscheidungen beteiligt sind. Es soll ein Delegiertenrat gebildet werden."*

Vergleicht man diese Kompromißformel wiederum mit den ursprünglichen Vorschlägen, so ergibt sich:

1. Die hier angestrebte organisierte Aktionseinheit erscheint nur noch als Zubringer zum Kongress als dem eigentlichen Ziel. Das entspricht den anfänglichen Intentionen des KBW, während die „KPD" zuerst anscheinend eine Aktionseinheit mit sehr langer Perspektive – unabhängig vom Kongress und weit über diesen hinaus anstrebte.
2. Die ursprüngliche Formulierung der „KPD" – *„Delegiertenrat auf zentraler Ebene"* – wurde im Kompromiß verstümmelt (jetzt nur noch „Delegiertenrat"). Der Vorschlag der „KPD" nach *„Einrichtung eines Sekretariats"* ist völlig unter den Tisch gefallen!
3. Während die „KPD" in erster Linie auf eine Aktionseinheit zwischen Organisationen orientierte, forderte der KBW in bekannter Manier eine „Aktionseinheit der Massen". Im ursprünglichen Vorschlag der „KPD" hieß es dazu: *„Alle demokratischen, antifaschistischen, sozialistischen und kommunistischen Organisationen und Gruppierungen, die das Aktionsprogramm unterstützen, sollen auf gleichberechtigter Grundlage an dieser langfristig arbeitenden Aktionseinheit teilnehmen"* usw. Die dann als Kompromiß vereinbarte Formulierung kommt im Gegensatz dazu dem anfänglichen Vorschlag des KBW sehr nahe. Aufgenommen wurden nur die „örtlichen Zusammenschlüsse", die im ersten Vorschlag des KBW noch gefehlt hatten. Dort hieß es lediglich: *„Die Aktionseinheit soll sich organisieren über Massenversammlungen und Delegierte dieser Versammlungen"*.

Die unterschiedliche Orientierung der beiden Organisationen zeigt sich ebenso in den unterschiedlichen Vorschlägen für die Vorbereitung des Kongresses.

„KPD": *„Dem Kongreß vorangehen sollen örtliche Beratungen von fortschrittlichen Organisationen und Aktionseinheiten über die Inhalte der Aktionseinheit und des Kongresses"*.

KBW: *„Diesem Kongress ... voraus gehen sollen örtliche Massenberatungen über Linie und Politik der Aktionseinheit, über das Aktionsprogramm und die Organisierung der Front für die Rechte der Arbeiterklasse und des Volkes"*.

Der Vorschlag des KBW hat sich in der Kompromiß-Erklärung v o l l durchgesetzt, er wurde wörtlich ohne Abstriche oder Zufügungen übernommen!

Was der KBW unter „Massen" versteht, ist seit langem allgemein bekannt: „Die Massen" sind allemal die Mitglieder und Mitläufer des KBW selbst. Es sind beispielsweise „die Massen", wenn der KBW seine
selbst. Es sind beispielsweise „die Massen", wenn der KBW seine
ganzen Anhänger aus ganz Norddeutschland zusammenkarrt, um wie geschehen eine Delegiertenversammlung der BUU zu sprengen. Es sind „die Massen", wenn ein paar übergeschnappte KBW'ler am 19.2. vor den Brokdorfer Polizeisperren die Zähne fletschten. Auf der anderen Seite ist bekannt, daß der KBW noch nie bereit war, sich demokratischen Abstimmungen zu unterwerfen. Wenn der KBW also jetzt davon spricht, die Aktionseinheit in „Massenversammlungen" aufzubauen, so steckt dahinter offensichtlich die Spekulation, bei der Aktionseinheit und beim geplanten Kongress im Wesentlichen mit der „KPD" a l l e i n zu bleiben und dann dieser gegenüber das grössere Potential an Mitgliedern und Mitläufern in die Waagschale werfen zu können. Schon hat der KBW seine berühmten Massen mobil gemacht (3 Drucker aus der Druckerei soundso, ein Angestellter der Gärtnerei XY, ein Betriebsrat der Kühl KG usw. usf.), die jetzt die linke Presse mit Erklärungen bombardieren, in denen sie ihre Zustimmung zu dem geplanten Kongress bekunden.

Wir haben in den bisherigen Gesprächen klargemacht, daß wir zum jetzigen Zeitpunkt und unter den gegebenen Umständen den Aufbau einer „Front-Organisation" nicht für einen gangbaren Schritt halten – weder nach den Vorstellungen des KBW noch nach den ursprünglichen Vorstellungen der „KPD". Wir sehen als heute machbaren und wichtigsten Schritt die Bildung und die Konsolidierung ö r t l i c h e r Aktionseinheiten an, die in einem späteren Stadium nach dem Vorbild der Anti-AKW-Bewegung regional oder auch national in Arbeits- und Diskussionszusammenhänge treten könnten, insbesondere auch durch Delegierten-Treffen. Diese Orientierung wird auch durch die Erfahrung unterstützt, daß auf den bisherigen z e n t r a l e n Beratungen (zu denen von KBW und „KPD" eingeladen worden war) die sich selbst als kommunistisch definierenden Organisationen total unter sich waren, während ö r t l i c h in vielen Fällen schon relativ breite demokratische Bündnisse zustande gekommen sind. Eine „Frontorganisation" wäre ein negativer Schritt, falls sie nur die sich selbst als kommunistisch definierenden Organisationen, und diese noch nicht einmal vollständig, umfassen würde.

Das unserer Meinung nach für diese Frage wichtigste Vorbild einer „Frontorganisation" sind bzw. waren die portugiesische FUR bzw. dann die GDUP's. Diese umfaßten anfänglich das gesamte Spektrum links von der revisionistischen PCP (die an der FUR sogar ganz kurz selbst teilnahm), also „ML'er"(UDP), Linkssozialdemokraten(FSP), Spontis und Anarchisten (PRP und LUAR) sowie die kommunistische Organisation MES. Die FUR zerbrach nach dem konterrevolutionären Putsch vom 25.November relativ rasch. Das Bündnis wurde dann, im etwas kleineren Rahmen anläßlich der Präsidentschaftswahlen 1976 erneuert (GDUP's). Auch dies Bündnis zerfiel nach den Wahlen, sodaß letztlich nur noch die UDP übrig blieb. Dennoch hatten diese Zusammenschlüsse zumindest zeitweise eine positive Funktion: Sie umfaßten vorübergehend tatsächlich a l l e Organisationen links von der PCP (mit Ausnahme der halbfaschistischen Provokateurstruppen (PCP/ML" und MRPP) und hatten u.a. gerade dadurch eine außerordentliche Mobilisierungskraft in einer Situation zugespitzter Klassenkämpfe auf Massenebene. Diese Bedingungen sind aber in der BRD nicht gegeben. Weder ist derzeit ernsthaft mit einem irgendwie vergleichbaren Zusammenschluß noch mit der Führung von Massenkämpfen durch einen solchen Zusammenschluß zu rechnen. Selbst das portugiesische Beispiel zeigt im Übrigen die Schwäche einer solchen „Front-Organisation": sie brach nach dem Wegfall der akuten Situation, aus der heraus sie entstanden war (die „revolutionäre Situation" vor dem 25. November bzw. dann die Präsidentschaftswahlen), rasch auseinander.

Trotzdem haben wir damals das Zustandekommen der FUR bzw. dann der GDUP begrüßt und würden es prinzipiell auch begrüssen, w e n n so etwas in der BRD und Westberlin möglich wäre. Die Verhältnisse sind aber durchaus noch nicht so, was sich besonders deutlich in den verschiedenen Abgrenzungsängsten und Unvereinbarkeitsbeschlüssen ausdrückt, die ein Großteil von Organisationen und Gruppen untereinander und gegeneinander aufrechterhalten. In dieser Situation wäre die Bildung einer T e i l „Front" (vornehmlich durch „KPD" und KBW) kein Schritt voran, sondern ein weiterer Schritt der Spaltung.

Hält das Bündnis?

Hält das Bündnis?

Bereits in unserem ersten Kommentar zu den Verbotsdrohungen (AK 114, S.4) haben wir betont, daß wir es in diesem Fall für ganz besonders wichtig halten, alles zu versuchen, um ein demokratisches Bündnis m i t den Betroffenen also auch mit KBW, „KPD" und „KPD/ML" zustande zu bringen. Zur Erinnerung: *„...vertreten wir die Auffassung, daß es sich die Linke und die demokratischen Kräfte auf keinen Fall zu leicht machen sollten, ‚KPD', KPD/ML' und KBW unter Hinweis auf deren sektiererische Bündnislinie oder bestimmte reaktionäre Aspekte ihrer Politik einfach, im eigenen Saft schmoren zu lassen', weil sie in diesem konkreten Fall die Hauptbetroffenen (gemeinsam mit dem KB) sind. Die Situation spricht unserer Auffassung nach dafür, in diesem konkreten Fall mit mehr ‚Toleranz' als sonst und mit mehr Verständnis als sonst gegenüber bestimmten ‚Macken' der einen oder anderen dieser Organisationen an die Sondierung der Möglichkeiten für die Herstellung eines Bündisses zu gehen..."* (Aus AK 114).

Im selben Kommentar wurde aber auch schon auf die Schwierigkeiten bei der Herstellung eines solchen Bündisses eingegangen: *„Unserer Meinung nach wird es kaum zu einem breiten demokratischen Bündnis unter Einschluß des Dreierblocks von ‚KPD', KBW und ‚KPD/ML' kommen können, wenn von diesen nicht mit den falschen Konzepten von der privilegierten ‚Einheit der Marxisten-Leninisten' und mit allen sektiererischen Unvereinbarkeitsklauseln und Führungsansprüchen ein deutlicher Bruch vollzogen wird"*.

Wie sieht rund 6 Wochen später die Bilanz aus?

Die „KPD/ML" hat sich nicht nur - wie von uns vorausgesagt - von der „Einheit der Marxisten-Leninisten" zurückgezogen, sondern sie hat darüber hinaus auch klar gemacht, daß sie derzeit eine „Aktionseinheit" nur mit sich selbst wünscht.

Dagegen hat sich der Block zwischen KBW und "KPD" gefestigt, wobei unserer Einschätzung nach die „KPD" bisher die größeren Zugeständnisse in der politischen Linie und in der Vorgehensweise gemacht hat.

Betrachtet man die bündnispolitischen Konsequenzen dieser Blockbildung, so ergibt sich:

- **Die „KPD" läßt insgesamt Bereitschaft zum Mitwirken an einem breiten demokratischen Bündnis erkennen, lehnt aber immer noch kategorisch von vornherein eine (ohnehin nicht sehr wahrscheinliche) Einbeziehung der „sozialfaschistischen" DKP ab.**
- **Der KBW erklärt zwar ausdrücklich, keine Vorbehalte gegen die DKP zu haben, sabotiert dafür aber in der P r a x i s jede demokratische Bündispolitik.**

Welche Linie schädlicher ist, läßt sich unserer Meinung nach schwer sagen. **Am allerschädlichsten sind zweifellos beide Linien gemeinsam, wenn sie sich in einem Block vereinen.** Im Konkreten ist es aber bisher anscheinend so, daß sich die falsche Bündnis-Linie des KBW schwerwiegender auswirkt als die der „KPD". Die Schädlichkeit der „KPD"-Linie kann sich nämlich derzeit nicht voll entfalten, weil das Problem, auf das sie eine falsche Antwort gibt - Zusammenarbeit mit der DKP - sich derzeit durch das Verhalten der DKP-Führung überhaupt nicht stellt. Hingegen betrifft die sektiererische Linie des KBW tatsächlich derzeit erreichbare Bündnispartner.

Wo es zu örtlichen Aktionseinheiten und Aktionen gekommen ist, hat sich vielfach gezeigt, daß der KBW rasch aus diesen Bündnissen ausgestiegen oder herausgefallen ist, während mit der „KPD" und ihren Unterorganisationen, Komitees usw. bisher in vielen Fällen noch eine Zusammenarbeit möglich war.

Bekräftigt hat die KBW-Führung ihre sektiererische und im Grunde zutiefst bündnisfeindliche Linie in dem Artikel *„Front gegen die herrschende Klasse und ihren Staat oder Hoffnung auf eine Klimaveränderung"* in der „KVZ" vom 7.11. Unverkennbar gilt dieser Angriff des KBW in erster Linie der demokratischen Bündnispolitik, wie sie bisher von der „KPD" mitgetragen worden ist. So wird denn auch ohne Umschweife der gemeinsam von „KPD" und KB benutzte Text für eine Unterschriftensammlung gegen die Verbotsdrohungen angegriffen. Dieser Text, so urteilen Schmierer und Fochler, sei „**eine Leimrute ..., an der die demokratische und revolutionäre Bewegung nicht kleben bleiben darf, wenn sie sich ... nicht entwaffnen lassen will"**. *„Man soll solche Resolutionen der demokratischen und revolutionären Bewegung, die den Kampf für die Rechte der Arbeiterklasse führt nicht vorle*
tischen und revolutionären Bewegung, die den Kampf für die Rechte der Arbeiterklasse führt, nicht vorle
gen. Sie verlangen die Selbstentmündigung dieser Bewegung. Warum sollte sie bei Bewußtsein soetwas unterschreiben und vertreten?"

Belegt wird der Angriff der KBW-Leitung auf diesen und ähnliche weit verbreitete Resolutions-Texte mit den KBW-typischen Haarspaltereien. So ist dem Schmierer z.B. zu dem Wort „Hexenjagd", das in dem gemeinsam von „KPD" und KB benutzten Text vorkommt, folgendes eingefallen: **„Was ist mit der ‚Hexenjagd'? Offensichtlich ist das etwas Unvernünftiges. Die Bourgeoisie geht aber bei ihrem gegenwärtigen Angriff auf die demokratische und revolutionäre Bewegung gemessen an ihren Zwecken ziemlich vernünftig vor... Die Versuche, die Bourgeoisie zur Vernunft zu rufen, laufen auf den vergeblichen Versuch hinaus, den Klassengegensatz abzustumpfen. Sie können nur eine Trübung des Klassenbewußtseins bewirken. Wer außer der Bourgeoisie kann daran ein Interesse haben?".**

In ähnlicher Weise werden auch weitere Texte ohne Rücksicht auf ihren tatsächlichen politischen Inhalt und ihre agitatorische Funktion verhackstückt. Heraus kommt vor allem der Vorwurf an die Andresse der „KPD" (und keineswegs an den „KB Nord", denn über diesen steht das Urteil des KBW ohnehin fest), sie würde **„ideologische Zugeständnisse an die Bourgeoisie machen"**. Das ist zwar wahr, aber nicht in dem von Fochler und Schmierer behaupteten Sinn. Heraus kommt der Vorwurf, die „KPD" mache **„der Bourgeoisie ein ideologisches Vergleichsangebot und spekuliert auf ein Bündnis mit Kräften der Bourgeoisie"**. Auch das ist wahr (Vaterlandsverteidigung!), aber wiederum nicht in dem vom KBW behaupteten Sinn.

Wir haben bereits ganz kurz nach den Verbotsdrohungen, also noch im September, in einem ersten Gespräch mit Vertretern der „KPD", darunter ihr Vorsitzender Ch. Semler, genau diesen Konflikt zwischen den Bündnislinien des KBW und der „KPD" als v o r p r o g r a m m i e r t dargestellt. Die „KPD" - Führung hat diese ernst Warnung offenbar bisher nur als Spaltungsversuch des KB gegen die „Einheit" zwischen ihrer Organisation und dem KBW mißverstanden. Nicht d a r u m geht es jedoch. Wir fürchten nicht eine „Einheit" zwischen „KPD" und KBW, von der wir ganz im Gegenteil eine beschleunigte Zersetzung der „ML"-scene erwarten. **Was wir allerdings in der Tat befürchten, das sind die negativen Auswirkungen einer Blockbildung zwischen KBW und „KPD" bei der Herstellung eines breiten demokratischen Bündnisses, insbesondere gegen die Verbotsdrohungen.**

Wir wissen es entsprechend zu würdigen, wenn im L e i t a r t i k e l der „Roten Fahne" vom 9.11. plötzlich nur noch die Rede ist vom **„Versuch, unsere Partei, den KBW und andere (!) sich kommunistisch nennende Organisationen durch Verbotsanträge zu kriminalisieren"**. Wir wissen es zu würdigen, wenn dort stärker noch als bisher das *„gemeinsame Vorgehen der Marxisten-Leninisten"* herausgehoben wird, das sogleich als *„die gemeinsamen Vorschläge unserer Partei und des KBW"* konkretisiert wird.

Wir wissen es auch zu würdigen, wenn „KPD" und KBW in Freiburg einen gemeinsamen Aufruf zu ihrem
wenn „KPD" und KBW in Freiburg einen gemeinsamen Aufruf zu ihrem
geplanten Kongress verbreiten, unter den sie „versehentlich" ungefragt auch den KB setzen. Wir wissen es zu würdigen, wenn mancherorts „KPD"-Funktionäre unsere Genossen mit dem Märchen zu verwirren versuchen, es sei mit der Leitung des KB a b g e s p r o c h e n, „daß die DKP aus dem Bündnis draußen bleibt". **Die „KPD", und insbesondere deren Führung, sei nochmals herzlichst gewarnt, diesen Kurs fortzusetzen. Manche Leute können sich Aktionseinheit offenbar nicht anders vorstellen, als daß man um jeden Preis den Partner betrügen muß, in der Hoffnung auf kleinliche Vorteile für die Stärkung der eigenen Organisation. Die „KPD" sei daran erinnert, daß sie mit ähnlichen Dummheiten bereits vor einigen Jahren eine sich entwickelnde Zusammenarbeit mit dem KB platzen ließ.**

„KPD•ML" bekräftigt: Aktionseinheit nur mit sich selbst!

Die „KPD/ML" hat in ihrem „Roten Morgen" vom 11. November (*„Gegen Aktionseinheit um jeden Preis"*) die Haltung bekräftigt, die sie schon beim Kölner Gespräch am 29. Oktober dargelegt hatte, nämlich k e i n e A k t i o n s e i n h e i t mit:

- **den „modernen Revisionisten" (DKP);**
- **den „Verfechtern der ‚Drei-Welten-Theorie'" („KPD");**
- **Trotzkisten;**
- **Anarchisten.**

Wer bleibt da noch übrig? Der KBW, der wohl selbst der „Drei-Welten-Theorie" nahesteht und der jedenfalls einem Ausschluß der „KPD" nicht zustimmen würde? Der KB, der von der „KPD/ML" ganz nach Belieben als „trotzkistisch" bezeichnet wird? Oder gar das SB, wo noch unklar ist, ob dieses nicht eigentlich als eigener Punkt in die Schwarze Liste der „KPD/ML" gehören würde? Es bleibt immerhin der *„Zusammenschluß der Arbeiter und Werktätigen in ihren Kämpfen gegen die politische Unterdrückung, gegen die Faschisierung"*. Gemeint ist natürlich der „Zusammenschluß" mit der „KPD/ML". Etwas anderes kann sich diese Avantgardepartei von Gottes Gnaden anscheinend unter Aktionseinheit nicht mehr vorstellen.

Dies wird damit begründet, man dürfe nicht zulassen, *„daß einige Organisationen völlig prinzipienlos eine gemeinsame Front zusammenzimmern, in der jede revisionistische Theorie, jedes opportunistische Konzept über die Führung des antifaschistischen Kampfes freie Bahn hat"*.

Dreht man dies um, so kommt heraus, daß die „KPD/ML" keine Aktionseinheit mit „Revisionisten" (das ist grundsätzlich j e d e r, der den Marxismus-Leninismus anders interpretiert als die Gottesgnadenpartei) und „Opportunisten" will. Nun gibt es aber leider, abgesehen von den „Arbeitern und Werktätigen", deren Herz immer auf dem rechten Fleck schlägt, außerhalb der „KPD/ML" nach deren Dünken n u r „Revisionisten" und „Opportunisten", sowie „Parteifeinde", „Schädlinge" usw.

Konkret scheint das zu bedeuten, daß die „KPD/ML" sich aus den bestehenden Bündnissen gegen die Verbotsdrohungen völlig zurückziehen will. Die Trauer über diesen Verlust wird sich in Grenzen halten.

Nochmals: Der „Arbeiterbund" und die Verbotsdrohungen

Zu dem Artikel »Die Linke nach den Verbotsdrohungen — ein schwaches Bild!« (AK 115) hat uns der »Arbeiterbund« München mit Datum vom 27.10. folgenden Brief geschrieben:

»Werte Genossen,
die Stellungnahme des KB im ARBEITERKAMPF 115 zwingt uns dazu, das am 10.10.77 von beiden Seiten unterschriebene Kommuniqué doch zu veröffentlichen, aus folgenden Gründen:
1. Die Vereinbarung, die auf Euren Wunsch in dem Kommuniqué aufgenommen wurde, daß es nicht veröffentlicht wird, dient offensichtlich ausschließlich dem Zweck, falsche Behauptungen aufzustellen über den erklärten Willen unserer Organisation, ihre Kräfte für das Zustandekommen einer zentralen Demonstration gegen den Abbau der demokratischen Rechte einzusetzen.
2. Eure Organisation wurde bei dem Gespräch am 10.10. noch einmal ernsthaft darauf hingewiesen, daß die früher getroffene Vereinbarung zwischen beiden Organisationen bezüglich der Organisationsnamen unbedingt einzuhalten ist. Im ARBEITERKAMPF 115 wird unsere Organisation durchgängig als ‚Münchner Arbeiterbund' oder ‚Münchner Arbeiterbund für den Wiederaufbau der DKP' bezeichnet, wobei die zweite Bezeichnung nicht mehr als Druckfehler oder Schlamperei, sondern als politischer Angriff unter der Gürtellinie zu verstehen ist.

Aus diesen beiden Gründen können wir nicht mehr davon ausgehen, daß das Kommuniqué vom 10.10. von Euch korrekt behandelt wird, sondern wir müssen im Gegenteil annehmen, daß es schließlich auch noch zur Verwirrung demokratischer Kräfte eingesetzt wird. Wir fühlen uns verpflichtet, die von Euch in die demokratische Bewegung getragenen Lügen richtigzustellen und werden deshalb Eure Aussagen im ARBEITERKAMPF 115 dem gemeinsamen Kommuniqué vom 10.10. in der Kommunistischen Arbeiterzeitung gegenüberstellen. Solltet Ihr davon ausgehen, daß zwischen beiden von Euch gemachten Aussagen keine Widersprüche bestehen, werdet Ihr sicher keine Einwände gegen dieses Vorgehen von uns haben. Wir empfehlen Euch für diesen Fall, das Kommuniqué auch im ARBEITERKAMPF abzudrucken.«

Dieser Empfehlung kommen wir gern nach. Dies umso mehr, da selbstverständlich in Wahrheit nicht w i r, sondern der »Arbeiterbund« auf der Klausel bestanden hatte, das eh nicht sehr inhaltliche Kommuniqué über unser Gespräch vom 10.10. nur mit Zustimmung beider Organisationen abzudrucken — wahrscheinlich deshalb, weil der AB zu dem Gespräch am 10.10. eine recht inkompetente Genossin geschickt hatte, die ihrerseits gar nicht entscheidungsfähig war.

Wir folgen gleichfalls dem angekündigten Beispiel des AB, indem wir dem Kommuniqué den entsprechenden Abschnitt aus AK 115 gegenüberstellen. Daß darin »falsche Behauptungen« aufgestellt würden, halten wir für einen schlechten Witz. Richtig ist lediglich, daß wir die im Kommuniqué auch vom AB unterschriebene Absichtserklärung, sich »für das Zustandekommen einer Demonstration gegen die aktuellen Angriffe des Staates« einzusetzen, angezweifelt haben. Mit gutem Grund, wie uns scheint. Es wäre interessant, wenn der AB einmal offenlegen würde, was er bisher konkret zu diesem Zweck getan hat!

Nachprüfbar ist jedenfalls, daß schon in der »KAZ« vom 18.10. außer der ersten kurzen Stellungnahme des AB, die schon in der »KAZ« vom 4.10. verbreitet worden war, zu den Verbotsdrohungen k e i n Wort mehr steht!

Der AB ist zu den Aktionseinheitsgesprächen am 29.10. in Köln (siehe AK 116, Seite 2) mit einer Erklärung angerückt, die eine Aktionseinheit von vornherein weitgehend ausschloß und hat nach Verlesen dieser Erklärung die Gespräche verlassen. In dieser Erklärung heißt es: *»Der Arbeiterbund für den Wiederaufbau der KPD wird weder zentral noch örtlich Bündnisse eingehen, noch wird er an Gesprächen teilnehmen, wenn nicht folgende Voraussetzungen erfüllt sind: 1. Organisationen, die nicht bereit sind, sozialdemokratische Organisationen wie die DKP z.B. ins Bündnis zu nehmen, müssen von der Teilnahme an Gesprächen und Aktionen ausgeschlossen werden. 2. Organisationen, die auf dem Standpunkt stehen, daß irgendeine sozialdemokratische Organisation, wie z.B. die DKP, faschistisch oder sozialfaschistisch sei, können keine Gesprächspartner oder Bündnispartner einer Aktionseinheit gegen die Reaktion sein. 3. Auch wenn eine Organisation die oben genannten Standpunkte nicht vertritt, aber die Bonner Erklärung zur Bonner Demonstration am 8.10.77 unterschrieben hat, kann sie nicht Gesprächspartner oder Bündnispartner gegen die Reaktion sein, es sei denn, sie nimmt die Erklärung öffentlich zurück«* (dies bezieht sich auf den KBW).

Wir haben schon in AK 115 auf den einseitig die DKP begünstigenden Charakter dieser Linie hingewiesen. Logischerweise müßte der AB fortfahren, daß auch die DKP für ihn kein Bündnispartner sein kann, solange sie an der »These 41« festhält (»Keine Zusammenarbeit mit Maoisten etc.«) und solange sie »die Maoisten« pauschal als »Gehilfen der reaktionärsten Kräfte um Strauß und Dregger« diffamiert. Aber die AB-Führer denken natürlich nicht im Traum daran, an die DKP dieselben Maßstäbe anzulegen, wie an die »ML«-Organisationen! Auf der einen Seite bewußt betriebene Spaltung, auf der anderen Seite bedenkenloses Kriechertum gegenüber der DKP — das ist ja schon lange die Politik der AB-Führer, die es sich verständlicherweise verbitten, als »Arbeiterbund für den Wiederaufbau der DKP« bezeichnet zu werden.

Es ist in diesem Zusammenhang auch interessant, aus dem Brief zu zitieren, mit dem der AB auf die Einladung trotzkistischer Gruppen zu einem Aktionseinheitsgespräch (am 15.10. in Frankfurt) reagierte: *»Es ist geradezu klassisch zu nennen, wie Sie (!) an die Sache herangehen: Statt sich Rechenschaft darüber abzulegen..., was für eine Einheit und mit welchen gesellschaftlichen Kräften und auf was für einer politischen Grundlage muß unter den heutigen Bedingungen hergestellt werden..., umgehen Sie diese elementare Frage und heben stattdessen eine ‚linke Familie' aus der Taufe ... Das wirkliche Leben hat es dutzendfach bewiesen, daß eine Kampffront keinen Pfifferling taugt, in der sich der Gegner selbst befindet, in der sich eine große Zahl solcher Organisationen befindet, die nur ein erklärtes Ziel haben, die Kampffront mit allen erdenklichen Mitteln zu desorganisieren, zu spalten und letztendlich dem Klassenfeind auszuliefern«* (zitiert nach »was tun«, 27.10.).

Für den »Arbeiterbund« kommt gegenüber den Verbotsdrohungen nur eine Aktionseinheit in Frage, die mindestens von DGB, DKP und SPD getragen wird. Auf die Erfüllung dieses schönen Traums kann die Linke nicht warten!

Kommuniqué

Bei dem Gespräch am 10.10.77 zwischen Vertretern des Arbeiterbund für den Wiederaufbau der KPD und des Kommunistischen Bundes waren Grundlage der Aufruf des Arbeiterbundes für den Wiederaufbau der KPD vom 5.10. sowie der Leitartikel des AK 114 und Informationen über Gespräche, die von Seiten des KB in dieser Angelegenheit bisher geführt worden waren. Die in den schriftlich vorgelegten Texten vertretenen Positionen wurden beibehalten.

Die Hauptdifferenz bestand in der Frage, ob man an einer Demonstration gegen die aktuellen Angriffe des Staates »KPD«, »KPD/ML« und KBW beteiligen sollte, oder ob »der Widerstand gegen die Maßnahmen des Staates einschließlich der Verbotsdrohungen gegen diese drei Organisationen gegen sie und unabhängig von ihnen geführt werden muß«. Der KB wird sich dafür einsetzen, grundsätzlich eine Solidarität nicht ohne die Betroffenen zu üben, macht allerdings eine konkrete Zusammenarbeit mit »KPD«, »KPD/ML« und KBW von deren zukünftigen Verhalten abhängig. Der Arbeiterbund für den Wiederaufbau der KPD hält diese Losung für ungeeignet und schädlich zur Gewinnung wesentlicher Kräfte aus der Arbeiter- und demokratischen Bewegung für eine Demonstration, die breite Massen der Arbeiter und anderer Werktätigen aufrütteln könnte.

Beide Organisationen erklärten, daß sie sich in den Gewerkschaften und unter demokratischen Kräften für das Zustandekommen einer Demonstration gegen die aktuellen Angriffe des Staates einsetzen werden.

Es wurde vereinbart, dieses Kommuniqué nicht zu veröffentlichen, es sei denn, beide Seiten geben nachträglich ihre Zustimmung dazu.

Arbeiterbund für den Wiederaufbau der KPD und Kommunistischer Bund



Solidaritätserklärungen

Mit der folgenden Aufstellung setzen wir die in AK 115, S.6, begonnen Liste von Organisationen, Gruppen, Bürgerinitiativen, Persönlichkeiten u.a. fort, die ihre Solidarität mit den vom Verbot bedrohten Organisationen KB, KBW, „KPD" und „KPD/ML" erklärt haben.

Organisationen

SJD - Die Falken, Landeskonferenz Westberlin
KAB Saar (nicht KAG Saar, wie irrtümlich in AK 115 geschrieben)

Betrieb und Gewerkschaft

GEW-Landesverband Westberlin
Bezirksvorstand der GEW Kreuzberg (Westberlin)
Gewerkschaftsoppositionelle Gruppe Bochum (GOG)
Jugendvertretung des Auguste-Viktoria-Krankenhauses (Westberlin)
ÖTV-Betriebsgruppe St.Gertruden-Krankenhauses (Westberlin)
ÖTV-Betriebsgruppe Krankenhaus Neukölln (Westberlin)

Anti-AKW-Initiativen

BI Aktion Umwelt Mühlheim-Ruhr
AK gegen Atomkraftwerke Herne
Untergruppe Moers der niederrheinischen BI gegen Atomanlagen
Initiativgruppe gegen Atomanlagen Leverkusen
Untergruppe Huchting der BBA (Bremen)
BI für Umweltschutz Tübingen
Landeskonferenz der BI's Nordrhein-westfalen
BI Niederrhein-Krefeld
Radioaktiv Mannheim
BI Freiburg gegen Kernenergieanlagen
AK gegen Atomenergie Göttingen
AK gegen Atomenergie Hann.Münden
BI gegen Atomanlagen Gelsenkirchen
BI Giessen

Hochschulen

AStA der Fachhochschule München
Vollversammlung der FHS München
Fachschaftsrat Historiker, Uni Erlangen/Nürnberg
Fachschaft Kunst der PH Köln
AStA der Fachhochschule Aachen
Fachschaft Physik, TU Aachen
Fachschaft Architektur, TU Aachen
Delegiertenrat der FHS München
Studentenparlament der PH Dortmund
Landesastenkonferenz Baden-Württemberg
Fachschaften Anglistik, Romanistik und Germanistik, Uni Stuttgart
Plenum des Kolleg Paderborn
Fachschaft Chemie, Uni Tübingen
LUI Heidelberg
TU Braunschweig, Jugendvertretung
AStA der Evangelischen Hochschule Freiburg
FSR Chemie, TU Braunschweig
FSR Architektur, TU Hannover
FSR Germanistik, TU Hannover
Fachschaft für allgemeine Verfahrenstechnik, FHS Köln
Stud.Vollversammlung der Evangelischen FHS Rheinland-Westfalen-Lippe, FB II,Abt.Kaiserswerth
Koordinationstreffen aller Liberalen Hochschulverbands-Gruppen, Hamburg
Stud.Vollversammlung der FHS für Sozialarbeit und Sozialpädagogik, Westberlin
Studentenrat der TU München
Institutsgruppen der Uni München

Anti-Repressions-Komitees

Russell-Initiative Nürnberg

Persönlichkeiten

Prof. Gerhard Bauer, Germanist; Prof. Josef Beuys; Nina Gladitz (Filmemacherin); Wolfgang Hamm (Komponist); Prof. Jochen Hiltmann; Grischa Huber (Schauspielerin); Michael König (Schauspieler); Elke Petri (Schauspielerin); Frieder Reininghaus (Komponist); Prof. Walter Warnach; Günter Wallraff; Klaus Kuhnke (Journalist); Gerhard Haag (Schauspieler); Gerhard Zwerenz; Frederik Kroll (Komponist); Prof. Raimund Rütten; Peter Lindemann („Meiers Aktionatheater"); Barbara Kleinitz (Schauspielerin); Ali Schmeisser (Sprecher der Basisgruppen im VDS und Mitglied des VDS-Vorstands).

Sonstige

„Offene Frauengruppe List", Hannover
Frauenarbeitsgruppe Kassel
Jugendzentrum Gelsenkirchen
JZ Süssen, Polit-AG
Schaubühne Hallesches Ufer, 39 Unterschriften
Schülerinitiative gegen Berufsverbote, Köln
Komitee für die Unabhängigkeit Ost-Timors, Köln/Bonn
Aktion 3.Welt, Freiburg
14 Dritte-Welt-Gruppen aus Baden-Württemberg
CISNU (iran.Studentenverband)
Vollversammlung Jugendhaus Norden
Schülerrat Gewerbl. Berufsschule Inselwall, Braunschweig
JZ Mühlheim
Vollversammlung des Jugendhauses „In den Kämpen", Köln

Diese Liste ist noch sehr unvollständig. Wir bitten alle Genossen und Leser, uns auf hier noch nicht erwähnte Solidaritätserklärungen aufmerksam zu machen. Einen Überblick über die in verschiedenen Orten zustande gekommenen Aktionseinheiten geben wir im nächsten AK.

So sehen's die anderen

Die »Rote Fahne« der »KPD« vom 2.11. und die »KVZ« des KBW vom 31.10. berichten relativ ausführlich über die Aktionseinheitsgespräche am 29.10. in Köln (siehe AK 116, Seite 2). Wir stellen hier zum Vergleich aus beiden Zeitungen die Passagen zur Haltung des KB gegenüber. Die »Rote Fahne« schreibt: *»Der Kommunistische Bund (KB) hatte in einem Brief bereits begrüßt, daß unter dem zunehmenden Druck der Repression (...) das Streben nach gemeinsamen Aktionen und größerer Einheit sozialistischer und demokratischer Kräfte wächst'. Ähnlich wie die KPD/ML lehnt der KB es jedoch ab, jetzt mit dem Aufbau einer Frontorganisation zu beginnen; er sprach sich für örtliche Aktionseinheiten aus, um zu sehen, ob der KBW wirklich zu einer breiten Aktionseinheitspolitik bereit sei. Gleichzeitig sollten sich Organisationen, wozu noch weitere eingeladen werden sollten, zentral beraten. Der KB wandte sich gegen unsere Politik, die DKP von vornherein als antidemokratische Kraft aus der Aktionseinheit auszuschließen.«*

Das ist zwar recht dürr und teilweise auch ungenau, zeigt aber doch eindeutig das Bemühen um eine korrekte und sachliche Darstellung der Differenzen. Ganz anders hingegen in der »KVZ«: *»In dieser Situation der Spaltung und Zersplitterung der marxistisch-leninistischen Organisationen kann sich eine Blindschleiche wie der Kommunistische Bund als Kreuzotter bewegen und sich Hoffnungen machen, den Aufbau der Front für die Rechte der Arbeiterklasse und des Volkes erfolgreich zu bekämpfen. Er versucht mal hier, mal dort Gift zu verspritzen, versucht dort zu spalten, wo sich eine Einheit abzeichnet und deutet dort Einheit an, wo er sich noch größere Spaltung erhofft. Den Weg zur Einheit, die Einigung über ein positives Aktionsprogramm, das der demokratischen und revolutionären Bewegung vorgeschlagen werden kann, weist er weit von sich. Damit sei überhaupt nichts erreicht. Vielmehr komme es darauf an, daß die ‚viel komplizierteren bündnispolitischen Fragen' gelöst würden. Eine bündnispolitische Frage ist z.B.: Darf man die ideologische und politische Linie eines Wallraff oder Biermann bekämpfen oder darf man nicht? Man darf nicht, wenn man in den ‚komplizierten bündnispolitischen Fragen' nicht Scherben anrichten will.«*

Es ist praktisch unmöglich, aus diesem kabarettistischen Wust an irgendeiner Stelle die tatsächlichen Standpunkte des KB herauszufiltern. Es überwiegt die leichte Unterhaltung und die pauschale Unterstellung; wo's ausnahmsweise mal konkret wird, werden unsere Argumente zur Unkenntlichkeit entstellt. — Es wäre schon viel erreicht, wenn die »KVZ« zukünftig sich zumindest auf das Niveau der »Roten Fahne« hocharbeiten könnte!

Nanu?

Der „Roten Fahne" der „KPD" vom 9.11. entnahmen wir mit Staunen, daß eine „Initiative für die Unabhängigkeit und Einheit gegen die Supermächte" in Westberlin auf einer Veranstaltung am 29.10 eine Resolution beschlossen hat, in der es heißt: **„Die ... anwesenden Personen prostestieren gegen den Beschluß des CDU-Vorstandes, im Bundesrat einen Vervotsantrag gegen den KBW, KPD und KPD/ML einzubringen und den KB verbieten zu lassen.**

Diese kommunistischen Organisationen haben eine große Bedeutung für den Kampf gegen die Supermächte. Sie halten an der Einheit der deutschen Nation auf der Grundlinie des Volkswillens fest".

Das ist zweifellos sehr lieb gemeint. Trotzdem: D i e s e Art von Solidarität, die offensichtlich auf einer Verwechslung beruhen muß, mögen wir nicht besonders.

Erklärung des KB zu den Kölner AE-Gesprächen am 29.10.

Auf Anregung der „KPD" legte der KB zum Kölner Treffen vom 29.10. eine knappe schriftliche Zusammenfassung seiner Position zum Kampf gegen die Verbotsdrohungen vor. Da dieser Text insgesamt wenig Neues bringt, waren wir für AK 116 der Meinung, auf einen Abdruck aus Platzgründen verzichten zu können. Nachdem jedoch die „Rote Fahne" vom 2.11. unsere Position zum Teil ungenau wiedergegeben hat (vgl. dazu die Notiz „So sehens die andern"), haben wir uns nachträglich doch noch zum Abdruck entschlossen. Der Text hat folgenden Wortlaut:

1. Wir begrüßen es, daß unter dem zunehmenden Druck der Repression, namentlich der Verbotsdrohungen gegen KBW, KPD und KPD/ML sowie den KB, das Streben nach gemeinsamen Aktionen und größerer Einheit sozialistischer und demokratischer Kräfte wächst. Dieses Streben drückt sich, wenn auch in verzerrter Form, auch in den Vorschlägen des KBW und der KPD aus. Das werten wir als grundsätzlich positiv.

2. Wir lehnen es ab, irgendwelche Kräfte von vornherein von Gesprächen und Bündnissen auszuschließen. Daher kritisieren wir die zwischen KBW, KPD und KPD/ML vereinheitlichten „Unvereinbarkeitsbeschlüsse" gegen die DKP und gegen die Trotzkisten. Wir halten es im Gegenteil in der jetzigen Situation für wichtig, entschieden die spalterische und anti-solidarische Linie der DKP anzugreifen und deutlich zu machen, daß es niemand anders als die DKP-Führung ist, der derzeit die größtmögliche Einheit zwischen Sozialisten und Demokraten im Kampf gegen die Repression ablehnt. „Unvereinbarkeitsbeschlüsse" von seiten der KPD und KPD/ML, die vom KBW derzeit mitgetragen werden, betrachten wir als Schützenhilfe für die DKP-Führung bei der Verteidigung ihrer „These 41".

3. Für den derzeit wichtigsten organisatorischen Schritt halten wir den Aufbau fester örtlicher Aktionsbündnisse, in der Perspektive Antirepressionskomitees. Diese müßten unserer Meinung nach, wie sich aus Pkt. 2 ergibt, allen interessierten Kräften offenstehen. In diesen Komitees sollten sowohl Organisationen als auch Einzelpersonen vertreten sein.

4. Die örtlichen Komitees könnten sich nach dem Muster der Anti-AKW-Initiativen zu Konferenzen etc. treffen. Ein zentralisiertes Modell, wie von der KPD vorgeschlagen, mit Delegiertenrat und Sekretariat, würde unserer Einschätzung nach beim jetzigen Stand der politischen Differenzen (die auch in den nächsten Monaten nicht aufzuheben sind) die Einheit zwischen Sozialisten und Demokraten nicht fördern, sondern gefährden. In diesem Zusammenhang verweisen wir als konkrete historische Erfahrung auf das Scheitern der GDUP's/MUP in Portugal.

5. Dem Plan eines zentralen Kongresses gegen die politische Unterdrückung, wie von KBW und KPD angegeben, stehen wir äußerst skeptisch gegenüber. Das betrifft zum einen die Haltung des KBW, der in Wirklichkeit einen „Kongreß für Demokratie und Sozialismus" anstrebt, entsprechend seiner These: „Der Kampf für Demokratie ist in einem imperialistischen Land gar nichts anderes als der Kampf für den Sozialismus". Der KBW ist bis heute nicht in der Lage, die Bedeutung eines Bündnisses mit demokratischen, nicht-sozialistischen Kräften zu begreifen. Er hält nach wie vor daran fest, diese Kräfte in hirnrissiger und arroganter Weise als Teil der Bourgeoisie zu behandeln. Was die KPD angeht, so will sie offensichtlich den geplanten Kongreß in ihre „antihegemonistische" Strategie einordnen (siehe dazu unsere bisherigen Veröffentlichungen). Auch das lehnen wir ab. Wenn man die vom KBW und von der KPD zunächst vorgelegten Entwürfe (Vorschläge) für einen Aufruf zu dem Kongreß vergleicht, so wird man unserer Meinung nach zu der Schlußfolgerung kommen, daß der erreichte Kompromiß nicht tragfähig sein wird, und daß insbesondere der KBW seine Vorstellung („Demokratie und Sozialismus") weiter verfolgen wird.

6. Das heißt, das wir grundsätzlich den Gedanken einer „Front von Demokraten, Antifaschisten, Sozialisten und Kommunisten" begrüßen und übrigens schon immer vertreten haben. Diese „Front" kann sich jedoch unserer Meinung nach derzeit nur auf den Kampf gegen die Repression, für die Verteidigung demokratischer Rechte usw. beziehen, und nicht auf den Sozialismus und auch nicht auf den „Kampf für die Rechte der Arbeiterklasse und des Volkes" im Sinne des KBW. Daher halten wir es für falsch, in den Katalog von Forderungen solche aufzunehmen, die nicht unmittelbar die Repression betreffen wie etwa Siebenstundentag, gleiche Rechte für deutsche und ausländische Arbeiter ... Forderungen gegen NATO und Warschauer Pakt und für den Abzug aller fremden Truppen aus BRD, DDR und Westberlin (Wir möchten, um Mißverständnissen vorzubeugen, ausdrücklich sagen, daß wir letztere Forderungen voll unterstützen)

7. Wir begrüßen es, daß die KPD ihre anfängliche ablehnende Haltung gegen das geplante Russell-Tribunal über die Repression in der BRD überprüft hat. Es wäre wünschenswert, daß auch der KBW sich jetzt anschlösse. Vor dem Hintergrund der aktuellen Entwicklung hat das Russell-Tribunal erheblich an Bedeutung gewonnen. Die Chancen sind gut, das Russell-Tribunal im In- und Ausland zu einem Brennpunkt des demokratischen Kampfes zu machen.

8. Wir begrüßen es, daß zur KPD derzeit ein engerer Kontakt entstanden ist, der es erlaubt, Meinungen auszutauschen und Aktionen abzusprechen. Wir treten insgesamt für die Auswertung solcher Kontakte ein, sowohl bilateral als auch zwischen mehreren Beteiligten.

LG des Kommunistischen Bundes

Schaukampf zwischen KPDSU und »Euros« geht weiter

Im Schlagabtausch zwischen der KPdSU und den „Eurokommunisten" gab es in den letzten Tagen wieder Neues zu vermelden. Bei den „Feierlichkeiten" in Moskau zum 60. Jahrestag der Sozialistischen Oktoberrevolution durfte der spanische KP-Chef Carillo, obwohl eingeladen, seine vorbereitete Rede nicht halten. Nach eigenen Angaben bekam er zudem von den KPdSU-Führern einen Platz in der letzten Reihe zugewiesen, während alle anderen anwesenden Revisionistenhäupter vorderste Plätze erhielten und auch Grußbotschaften und Redebeiträge halten durften.

Carillo gab sich gegenüber dieser offenen Brüskierung recht gefaßt, wie er noch von Moskau aus in einem Interview mit dem spanischen Rundfunk erklärte: „*Da sie im Kreml sagen, ich sei ein Verräter, wäre es ja seltsam gewesen, wenn sie mich auch noch hätten sprechen lassen.*" („FAZ", 5.11.). Nach Madrid zurückgekehrt zeigte er seine Verärgerung über die KPdSU-Führer (und vielleicht auch über seine eigene Dummheit?) doch deutlicher. „*Ich glaube, daß sie* (die KPdSU-Führer) *uns zu verstehen geben wollten, daß es Grenzen gibt, und daß wir diese Grenzen überschritten haben. Ich war über ihren Mangel an Intelligenz überrascht. Die sowjetischen Führer haben sich immer noch nicht an die Existenz unabhängiger kommunistischer Parteien gewöhnt... Die einzige Erklärung, die mir vor meinem Rückflug gegeben wurde, war die, daß ich in den sowjetischen Provinzen hätte sprechen können. Aber ich bin nicht nach Moskau gegangen, um eine Provinzreise zu absolvieren.*" („Le Monde", 6./7.11.)

Vertreter der KPdSU haben die Kritik plump als „*Verdrehung der Wahrheit*" zurückgewiesen. Der Chefredakteur der „Prawda", M. Afanassiew, behauptete in einer am 7.11. herausgegebenen Erklärung, daß Carillo selbst schuld sei, wenn er auf der Festveranstaltung nicht habe sprechen können, weil er „zu spät" angekommen sei (die Festveranstaltung fand am 3.11. statt, Carillo traf am 2.11. in Moskau ein). Allerdings ist den sowjetischen Führern diese Ankunftszeit von vornherein bekannt gewesen, da Carillo bis zum Vortag am Kongreß der baskischen und katalanischen Sektionen seiner Partei teilnahm. In einem Kommunique der spanischen KP als Antwort auf die Erklärung Afanassiews heißt es da-
nahm.' In einem Kommunique der spanischen KP als Antwort auf die Erklärung Afanassiews heißt es da-
rüber hinaus: „*Gleich bei seiner Ankunft in Moskau hat Santiago Carillo seinen Redetext den sowjetischen Verantwortlichen übergeben, am Morgen des 3. November befand sich dieser Text auch in allen Übersetzerkabinen. Nichtsdestoweniger wurde die Versammlung beendet, ohne daß Carillo das Wort erteilt wurde.*" („Le Monde", 9.11.).

Die Ausrede der KPdSU-Führer mit dem „Zuspätkommen" Carillos ist eine absolut lächerliche Erklärung, die nur erneut das beschämende Niveau zeigt, auf dem die KPdSU-Führung die „Auseinandersetzung" mit dem „Eurokommunismus" führt. Auch wenn es nach der hitzigen Eröffnung der Angriffe auf den „Eurokommunismus" und speziell Carillo im Juni und Juli dieses Jahres für längere Zeit wieder „stiller" darum geworden war und allgemein der Eindruck einer „Wiederversöhnung" erweckt wurde, ist dieser Konflikt alles andere als gelöst. Nach wie vor ist es das Ziel der KPdSU-Führung, die „profiliertesten" Vertreter des „Eurokommunismus", die an ihrer Kritik an der Politik der KPdSU und an den politischen und gesellschaftlichen Zuständen in der Sowjetunion festhalten, aus den Reihen der sogenannten „kommunistischen Weltbewegung" (d.h. dem von ihnen beherrschten revisionistischen Lager) zu verstoßen, und die Mehrheit der „Eurokommunisten" wieder zur kritiklosen Anerkennung des Führungsanspruchs der KPdSU zu bringen. Daß sie dabei auch die Spaltung der bestehenden revisionistischen Parteien einkalkuliert und selbst mit fördert, ist u.a. daran deutlich geworden, daß zu dieser Festveranstaltung zur Oktober-Revolution aus Schweden sowohl die „Linkspartei der Kommunisten" (VPK = „Eurokommunisten") und die kürzlich daraus abgespaltene, stramm auf KPdSU-Kurs liegende „Arbeiterpartei der Kommunisten" (AKP) eingeladen wurden. Das politische Büro der VKP zeigte sich darüber und über die unverhüllt „bevorzugte" Behandlung der AKP durch die KPdSU-Führung sehr verärgert und schrieb in einer Erklärung, daß die VKP „*äußerst überrascht*" sei, „*daß die KPdSU Beziehungen zu einer kleinen sektiererischen Gruppe aufrechterhält, die sich von der schwedischen KP abgespalten hat. ... Das steht im Widerspruch zu den Prinzipien der Zusammenarbeit zwischen den kommunistischen und Arbeiterparteien, die 1976 auf der Berliner Konferenz bekräftigt wurden.*" („Le Monde", 6./7. 11.).

Als Reaktion auf die teilweisen Sympathien bzw. vergleichsweise zögernde Abwehr, die die Positionen des „Eurokommunismus" bei einigen KPs in Osteuropa gefunden haben (insbesondere haben Rumänien und Jugoslawien ihre Unterstützung des „Eurokommunismus" recht offen dargelegt, und Ungarn hat anfangs eine „neutrale" Position in diesem Konflikt eingenommen), sind die Angriffe gegen den „Eurokommunismus" z.T. sogar noch stärker geworden. Der tschechoslowakische ZK-Sekretär Havlin hat jüngst z.B. in der Parteizeitschrift „Zivot Strany" offen auch eben diejenigen angegriffen, die die Kritik an der KPdSU nur zögernd zurückweisen: „*Nicht nur diejenigen Parteiführer sind nach Havlin zu verurteilen, die den Eurokommunismus direkt tragen, sondern auch diejenigen, die ‚zu ihm schweigen'. Nichts zu sagen, wenn andere ‚sozialistische Länder verleumdet werden', bedeutet nach Havlin eine ‚Öffnung gegenüber dem Antikommunismus' und ‚direkte Hilfe' für diesen.*" („FAZ", 5.11.)

Rede Breschnews meinten sie weiter, daß dieser „*nichts Wesentliches*" gesagt habe (ebd.).

Was den ganzen Konflikt zwischen der KPdSU (und den übrigen „Realsozialisten") einerseits und den „Eurokommunisten" andererseits nach wie vor kennzeichnet, ist die Weigerung vor einer tatsächlich politisch-ideologischen Auseinandersetzung, bei der die sie einenden revisionistischen Grundpositionen in Mitleidenschaft gezogen werden könnten. Die KPdSU-Führung setzt allein auf Einschüchterung und Druck, auf rein machtpolitische Arroganz, um die „Eurokommunisten" wieder „auf Linie" zu bringen und einige unter ihnen (insbesondere Carillo und Anhang) schrittweise zu isolieren, zu provozieren und schließlich kaltzustellen.

Carillo selbst gibt der KPdSU-Führung letztlich die hervorragende Möglichkeit zur weiteren Anwendung dieser Methoden, indem er immer offener die Gunst des Imperialismus sucht. Demnächst wird er, als erster KP-Chef der „westlichen Welt", eine Reise in die USA antreten. Offiziell ist er von der US-Universität Yale zu mehreren Vorträgen eingeladen. Carillo selbst hat aber angedeutet, daß es dabei wahrscheinlich auch zu Gesprächen mit US-Politikern kommen wird: „*Auf einer so langen Reise ist alles möglich*" („FAZ", 19.9.). Nach seinem Redeverbot in Moskau erklärte er auch offen seine Absichten dieser Tour: „*Seine Reise in die Vereinigten Staaten könne dazu beitragen, die Washingtoner Abneigung gegenüber einer Beteiligung von Kommunisten an westeuropäischen Regierungen zu verringern*" („FAZ", 5.11.). Man kann sich daher denken, wie Carillo sich dort anbiedern wird. Auch zum BRD-Imperialismus haben



Interessant sind auch die Reaktionen der anderen bedeutenden Parteien des „Eurokommunismus" auf den „Carillo-Vorfall" in Moskau. KPI-Chef Berlinguer, dessen Partei schon nach den ersten Angriffen der KPdSU-Führung auf den „Eurokommunismus" sehr schnell wieder zurückwich und „mäßigend" zwischen Carillo und der KPdSU zu schlichten versuchte, stellte sich einfach ahnungslos: „*Wirklich, ich bin nicht sehr gut über die Umstände informiert, unter denen dieser Vorfall passieren konnte, und ich bin auch nicht in der Lage zu sagen, ob er verhindert werden konnte.*" („Le Monde", 6./7.11.). Anders reagierten dagegen die Vertreter der KPF. Die KPF hatte im übrigen schon dadurch ihre „Distanz" zur KPdSU deutlich gemacht, daß nicht ihr Parteichef Marchais persönlich zu dieser internationalen Revisionisten-Fete erschien, sondern sich durch die Politbüro-Mitglieder Paul Laurent und Jean Kanapa vertreten ließ. Diese erklärten nach ihrer Rückkehr: „*Wenn es eine Zensur gegeben hat, dann ist dies unzulässig*". Über die

Carillo und Co. ihre Fühler bereits ausgestreckt: „*Informelle Gespräche zwischen Angehörigen der bundesdeutschen Botschaft* (in Madrid; die Red.) *und Mitgliedern des Exekutivkomitees der Kommunistischen Partei Spaniens hat es schon seit längerer Zeit gegeben.*" („FAZ", 9.8.).

Daß der Streit zwischen der KPdSU-Führung und den „Eurokommunisten" weitere den gesamten Revisionismus entlarvende „Höhepunkte" erleben wird, ist demnach vorauszusehen; denn Carillo wird die erwünschte „Washingtoner (und Bonner) Abneigung gegenüber einer Beteiligung von Kommunisten an westeuropäischen Regierungen" nur dann „verringern" können, wenn er sich noch bereitwilliger als Instrument der beschleunigten Sozialdemokratisierung der spanischen und anderer KPs einsetzen läßt und zudem seine „Unabhängigkeit" von der KPdSU noch deutlicher macht.

Ein Hamburger Genosse

2. Kölner Treffen — Außer Spesen nichts gewesen

Am 12.11. trafen sich in Köln zum zweiten Mal mehrere Organisationen — KBW, „KPD", „KPD/ML", KAB (RW), KAB„D" und KB, um über Perspektiven eines Bündnisses zu beraten. Die Sache verlief noch trostloser als der erste Treffen (vgl. AK 116).

So war die „KPD/ML" offensichtlich nur erschienen, um nochmals zu versichern, daß sie mit „modernen Revisionisten", „Vertretern der Theorie der drei Welten", „Trotzkisten" und „Anarchisten" — kurz gesagt: mit den Anwesenden! — keine Aktionseinheit eingehen wolle.

Der KAB (RW) verabschiedete sich mit einer Erklärung, die Fortführung der zentralen Verhandlungen sei „schädlich", da der Rest dermaßen versumpft sei, daß „die größte Gefahr für die Bewegung nicht das Verbot ist, sondern die Gefahr der völligen Entartung".

Der KAB„D" verließ das Treffen mit dem Hinweis, er beteilige sich nicht an „prinzipienlosen Bündnissen kleinbürgerlicher Zwischenschichten". Als verantwortlich für den unfruchtbaren Verlauf der Debatte nannte er KAB (RW), „KPD" und KBW.

Die Liaison zwischen „KPD" und KBW ist in den letzten 14 Tagen seit dem 1. Kölner Treffen scheinbar noch inniger geworden, wofür aber beide kleine Abstreiche an ihren Plänen gemacht haben.

So schien der „Kongreß im Januar" (Projekt des KBW) etwas in den Hintergrund gerückt und auf die einzig realistische Persepktive einer öffentlichen Diskussionveranstaltung zwischen „KPD" und KBW zusammengeschmolzen zu sein. Eine Serie von Diskussionsveranstaltungen zu so brisanten Themen wie „Von wo kommt die Kriegsgefahr?" soll demnächst schon laufen. In den Hintergrund getreten — als derzeit unrealistisch — ist wohl auch die Bildung einer stark zentralisierten demokratischen Front mit Delegiertenrat und Sekretariat (Projekt der „KPD"). Die Orientierung derzeit auf örtliche Aktionseinheiten, wie vom KB schon seit längerem angegeben, scheint sich unter dem Druck der Tatsachen allgemein durchgesetzt zu haben. KBW und „KPD" haben angekündigt, zukünftig verstärkt ihr „positives Forderungsprogramm" in örtliche AE's einzubringen. Das dürfte vor allem bei der „KPD" hängen bleiben. Der KBW hat nämlich schon erklärt, daß bestehende Aktionseinheiten von Organisationen und Gruppen ohnehin bedeutungslos seien, da es auf die „Aktionseinheit der Massen" (würg!) ankomme. Außerdem komme es auch auf die „Einheit der Marxisten-Leninisten" an, und da sei immer noch die alte Idee des Dreier-Blocks (KBW, „KPD" und „KPD/ML") goldrichtig. Als die „KPD/ML"-Vertreter sich heftig gegen diesen plumpen Umarmungsversuch wehrten, rief ihnen Schmierer zu: „Die KPD/ML steht dem Marxismus-Leninismus immer noch hundert mal näher als der KB!" Na, das ist wohl Geschmackssache! Eins ist jedenfalls sicher: Ein breites demokratisches Bündnis wird man mit solchen Kindereien bestimmt nicht zustande bringen. Und die Chancen für die Herstellung eines breiten Bündnisses gegen die Verbotsdrohungen unter Einschluß der betroffenen Organisationen KBW, „KPD" und „KPD/ML" scheinen vorerst kaum größer als Null zu sein! Ein schwarzes Kapitel in der Geschichte der westdeutschen Linken.

DKP – eine Sekte präsentiert sich

Auf Plakaten und in Flugblättern kündigte die DKP aufwendig zum 6. November eine «Großveranstaltung» in der Hamburger Ernst-Merck-Halle an, die angeblich unter dem Thema stehen sollte: *«Alle Kraft zum Schutz der Demokratie»*.

Sollte die DKP etwa, durch die jüngsten Ereignisse wachgerüttelt, einen ernsthaften Beitrag zu Schaffung einer breiten demokratischen Aktionseinheit leisten wollen? Wir wollten uns überraschen lassen und gingen hin. Leider fand die Überraschung dann aber doch nicht statt. Der zeitgemäße Aufhänger hatte der DKP offensichtlich nur dienen sollen, um Publikum für den *Auftakt ihres Bürgerschaftswahlkampfes* anzulocken. Im Vordergrund stand dementsprechend die Vorstellung der Hamburger DKP-Kandidaten. Sie geschah durch den Hobby-Dichter und Ex-«Maoisten» Peter Schütt auf plattdeutsch, das er wohl am Gymnasium als vierte Fremdsprache gelernt hat. Landesvorsitzender Jan Wienecke gab dazu offiziellen Optimismus aus: Die undemokratische 5%-Klausel habe die DKP bisher am Einzug ins Rathaus gehindert, das wäre nun aber wohl die längste Zeit so gewesen! Enthusiastischer Beifall an dieser Stelle bekundete, daß sich das DKP-Publikum wohl in einer Art von Rauschzustand befand. Peter Schütt erntete sogar beifälliges Gelächter und fröhliche Klatscher, als er — immer noch auf plattdeutsch — einen der Kandidaten als kommenden Senator anpries.

Auf die Vorstellung der Kandidaten folgte die Rede «unseres verehrten Genossen» Hermann Gautier, Mitglied des Bundesvorstands der DKP. Er brachte sein bekanntes Repertoire. Gegen Schluß hin unterbrach er in immer kürzeren Abständen seine Rede mit dem schrillen Schrei: *«Stärkt die DKP! Wählt die DKP!»*. Sein Schlußappell lautete sinngemäß: Viele Menschen teilen noch nicht alle Auffassungen der DKP, d e s h a l b sollten auch Sie der DKP Ihre Stimme geben». Von ähnlich umwerfender Logik war die gesamte Rede Gautiers getragen.

Nahezu auf den Tischen stand das DKP-Publikum, als Gautier nach einer längeren Lobeshymne auf die Sowjetunion der Logik voll die Zügel schiessen ließ: «Die Kommunisten sind die einflußreichste, die stärkste Kraft der Gegenwart ... Ohne uns Kommunisten geht heute nichts mehr! ... Das gilt auch in Hamburg». Der auf diesen Schwachsinn folgende Jubel erinnerte fatal an den letzten Parteitag der «KPD/ML», als Ernst Aust mit den Worten «700 Millionen Chinesen stehen hinter uns!» ähnlich orgiastische Effekte erreicht hatte. Überhaupt erinnerte die ganze Stimmung sehr an entsprechende «ML»-Feierlichkeiten, die ähnlich selbstgefällig und gegen die Realitäten abgeschottet verlaufen.

So gab es auch kein Murren im Publikum, als Gautier frei daherphantasierte: «Die Maoisten» (damit meinte er alle Organisationen einschließlich des KB) «verbinden sich mit den chilenischen Faschisten», «stehen an der Seite der Revanchisten», «begrüßen NATO und Hochrüstung» usw., obwohl zweifellos ein großer Teil des Publikums bei nüchternem Kopf ganz gut weiß, daß diese Schilderung ausschließlich auf die «KPD» zutrifft, und selbst auf diese keineswegs vollständig. Als Gautier dann noch «die Maoisten» als «die linke Hand der Reaktion in unserem Lande» bezeichnete, und als er «den Ehrlichen unter ihnen» «zurief» (?), ihr Platz sei in der DKP, kannte der Jubel des Publikums keine Grenzen mehr. Gautier kam dann noch auf den Abbau demokratischer Rechte, auf Bundeswehrskandale und ähnliche anscheinend weniger wichtige Dinge zu sprechen. Da verflachte das Interesse schon zusehens, es bildeten sich überall im Saal lebhafte Gesprächsrunden, die nur gelegentlich von den schrillen Schreien des Mannes am Mikrophon («Stärkt die DKP! Wählt die DKP!») aufgeschreckt worden.

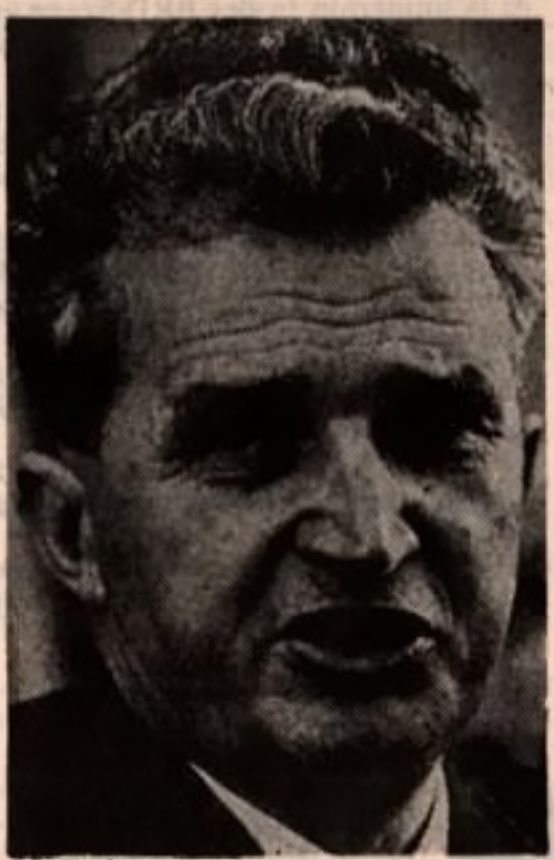
Nach der Rede Gautiers setzte Schrammel-Musik ein. Wir gingen, da irgendwelche Überraschungen nicht mehr zu erwarten waren. Trotz der Ankündigung als «Großveranstaltung» und trotz des aktuellen Aufhängers war bei dieser Wahlkampferöffnung die DKP unter sich. Um dies nicht allzu sichtbar werden zu lassen, war die relativ große Halle ganz mit langen, weißgedeckten Tischen vollgestellt worden, an denen das Publikum plaziert war. Es gab 48 Tische mit jeweils 24 Plätzen, also rund 1150 Plätze, die aber keineswegs alle besetzt waren. Das ist angesichts der Tatsache, daß die DKP voll mobilisiert hatte, einschließlich Omas und Kleinkindern, für Hamburger Verhältnisse herzlich wenig (Dies hinderte die DKP nicht, in der «UZ» vom 8.11. von «über 2000 Teilnehmern» zu faseln. Vielleicht haben ja noch ca. 900-1000 Leute u n t e r den Tischen gehockt? ...). Sollte sich unter die rund 1000 Zuhörer außer uns doch noch ein Nicht-DKP-ler, der durch die Plakate irregeführt, in die Veranstaltung verirrt haben, so dürfte er zukünftig angesichts des penetrant gebotenen Wahlrummels und angesichts einer geradezu widerwärtigen Selbstbeweihräucherung («Das Großkapital fürchtet die DKP», «Es lohnt sich, auf die DKP zu orientieren, denn unsere Partei hält die sozialistische Zukunft der Bundesrepublik in ihren Händen», «Die DKP erweist sich auch in diesen Tagen wieder als die konsequente vorwärtstreibende ...» usw. usf.), von solchen Versuchen die Nase voll haben.

Ein Genosse
aus Hamburg-Altona



Unruhen — auch in Rumänien

Wie erst jetzt bekannt wurde, kam es im August dieses Jahres zu massiven Streiks in Rumänien. An die 30.000 Bergarbeiter traten im Bergbaugebiet von Petrosani-Lupeni im Valea-Jiului (Schiltal) in den Streik, um gegen das neue Pensionsgesetz zu protestieren, das bestimmte, bisher gewährleistete Zahlungen an die Pensionäre, nivelliert und das Pensionsalter um fünf Jahre heraufsetzt. Die Forderungen der Streikenden bezogen sich aber auch auf eine allgemeine Verbesserung des Lebensstandards, einer besseren Versorgung der Bevölkerung, vor allem mit Fleisch, bessere Arbeitsbedingungen und Arbeitszeitverkürzung (vgl. „FAZ", 6.10.77). Der Streik der Bergarbeiter war insofern erfolgreich, als das per Amtsblatt verkündete neue Pensionsgesetz wieder eingezogen wurde und der eigens zur Befriedung des Konfliktes eingeflogene Staatschef Ceausescu eine Änderung des Gesetzes versprach.


CEAUCESCU

Der anhaltenden Unzufriedenheit innerhalb der rumänischen Bevölkerung über die nach wie vor unzureichende Lebensmittelversorgung, vor allem in bezug auf Fleisch, versuchte Ceausescu bei seinen letzten öffentlichen Auftritten zu begegnen, indem er die Schuld an diesen Mißständen einzelnen Parteimitgliedern in die Schuhe zu schieben versuchte. So sei an der Parteibasis die Meinung verbreitet, daß die forcierte Industrialisierungspolitik Rumäniens nicht auf Kosten des allgemeinen Konsums gehen dürfe. Die Parteikader seien nicht mehr in der Lage, der Bevölkerung zu erklären, weshalb ihnen Abzüge von den Löhnen gemacht würden.

Von seiner revisionistischen Politik (Industrialisierung Rumäniens um jeden Preis, auch unter weitestgehenden Zugeständnissen an kapitalistische Firmen, auf Kosten des Lebensstandards der rumänischen Bevölkerung) scheint Ceaucescu auch nach dem Alarmsignal, das ihm von den 30.000 Bergarbeitern des Valea-Jiului gesetzt worden ist, nicht abweichen zu wollen.

Im Gegenteil prangerte er die „Freßlust" der Rumänen an. 30 % aller Erkrankungen in Rumänien seien auf „Überernährung" zurückzuführen („FAZ", 15.9.77).

Wenn der Staats- und Parteichef eines angeblich sozialistischen Landes schon solche „volksfreundliche" Statements von sich gibt, kann man nur hoffen, daß der Streik der Bergarbeiter kein Einzelfall bleibt!

RGW-Kommission

Das hältste im Kopf nicht aus!

Im „Stern" vom 27.10. stellt ein Herr Rakowski aus Warschau seinen Standpunkt zur Situation in der BRD vor. Herr Rakowski ist Mitglied des ZK der revisionistischen Partei Polens. Es verwundert daher nicht, in seinem Artikel total anti-marxistische Auffassungen zu lesen wie etwa: *„Ich verurteile den Terror in jeder Spielart, gleich in welchem Land er auftritt"*.

Es verwundert auch nicht, daß Herr Rakowski sich sehr abstrampelt, um alle Gerüchte vom „häßlichen Deutschen" zu widerlegen und insgesamt die breite internationale Kritik an der Entwicklung in der BRD anzugreifen: *„Ich meine, derartige Ansichten führen dahin, den Dämon des Nationalismus zu wecken. Außerdem verzögern sie den keineswegs einfachen, aber überaus notwendigen Prozeß zur Schaffung eines Vertrauensklimas zwischen den Völkern unseres Kontinents"*.

Herr Rakowski überzieht aber wohl doch das Maß des Erträglichen, wenn er behauptet, daß der Terrorismus *„unter der Bevölkerung eine Stimmung der Angst und des Schreckens hervorruft und den Demagogen den Weg öffnet. Die verängstigte und desorientierte Bevölkerung kann in solchen Fällen den Staat dazu zwingen (!), antidemokratische und drakonische Bekämpfungsmethoden gegen den Terrorismus einzusetzen..."*.

Da ist jeder Kommentar überflüssig!

„Arbeiterbund" München zur
derartige Ansichten führen dahin, den Dämon des Nationalismus zu
zen...
Da ist jeder Kommentar überflüssig!

„Arbeiterbund" München zur „Theorie der drei Welten"

Die bisher mit Abstand originellste Stellungnahme zur Auseinandersetzung um die sogenannte »Theorie der drei Welten« der chinesischen Führung hat sich der Münchner »Arbeiterbund für den Wiederaufbau der DKP« abgerungen. Dieses Anhängsel der DKP »bekennt« sich witzigerweise immer noch mit Vehemenz zur jeweils herrschenden Linie der KP Chinas! So schreibt der »Arbeiterbund« jetzt in einem Artikel unter der Überschrift *»Studiert die Dokumente des XI. Parteitags der KP China und benutzt sie als scharfe Waffe im Kampf gegen den modernen Revisionismus«* (»KAZ«, 18.10.77): *»Ein besonderes Feld revisionistischer Lüge und Verdrehung ist die Außenpolitik Volkschinas. Auch hier schaffen die Dokumente des XI. Parteitags völlige Klarheit«*. In der Tat, möchte man zustimmen, aber der »Arbeiterbund« meint es ganz anders: Spricht er doch von einer *»grundsätzlichen, proletarisch-internationalistischen Haltung«* der KP Chinas und von einer *»korrekten Definition unserer Epoche«*, wobei »korrekt« so ziemlich das tollste Lob ist, das diese Leute überhaupt zu vergeben haben.

Es folgt sodann das alte, schon bekannte Märchen: Die Politik der jeweils herrschenden chinesischen Führung ist »korrekt«, auch die »Theorie der drei Welten« ist also selbstverständlich »korrekt« (wird in der »KAZ« ausdrücklich behauptet!!!), nur die bösen Buben von der »KPD«, der Horlemann und der Semler, verdrehen alles: *»Die zimmern sich aus der im Politischen Bericht des XI. Parteitags dargelegten Drei-Welten-theorie eine Generallinie zusammen, die ihr Bündnis mit der Monopolbourgeoisie des eigenen Landes theoretisch ‚rechtfertigen' soll. Die sozialchauvinistischen Vaterlandsverteidiger führen immer noch fortschrittliche Kräfte in die Irre, indem sie mechanisch Dokumente der KP Chinas oder herausgerissene Sätze oder Teile solcher Dokumente nachplappern, dies für die konkrete Analyse der Klassenkampfsituation unseres Landes ausgeben und sich dabei die mangelnde Klarheit und Einheit unter den Revolutionären über den Charakter und die Triebkräfte unserer Epoche zunutze machen...«*.

Es ist die alte Leier: Die jeweilige chinesische Führung ist zwar ansonsten ungeheuer »korrekt«, vermag aber leider nicht zu erkennen, daß nur der Münchner »Arbeiterbund« ihre Politik auch wirklich richtig interpretiert. Daher unterhält heute die chinesische Führung bevorzugte Kontakte zur »KPD«, hat sogar ihre früheren Kontakte zur »KPD/ML« abgebrochen (seit diese die »Theorie der drei Welten« kritisiert!), unterhält enge Verbindungen zu einer halbfaschistischen Provokateurstruppe wie der portugiesischen »PCP/ML«, druckt seit Monaten in ihrer Presse (einschließlich »Peking Buntschau«) die Stellungnahmen der »sozialchauvinistischen Vaterlandsverteidiger« (Originalton »Arbeiterbund«) nach. Alles das, laut »Arbeiterbund« München, nur aus Dummheit! Ob wenigstens die »Arbeiterbund«-Führer s e l b s t diese idiotische Geschichte glauben, die sie immer noch ihren Anhängern anbieten?

Von der weit über Bayerns Grenzen hinaus gefürchteten ehernen Prinzipienfestigkeit der »Arbeiterbund«-Führer kündet auch ihre glasklare Haltung zur chinesisch-vaterländischen These vom »Hauptfeind Sozialimperialismus«. Dazu vermerkt die »KAZ«, es *»fehlt uns die Möglichkeit, diese Aussage anhand eines umfassenden Tatsachenmaterials nachzuprüfen. Wir können diese Einschätzung also weder widerlegen noch teilen. Das ist selbstverständlich kein befriedigender Zustand...«*. Das sicher nicht. Aber die Hauptsache ist schließlich, daß die »Arbeiterbund«-Führer ganz genau wissen, daß die »Definition unserer Epoche« durch die chinesische Führung »korrekt« ist. Ansonsten meinen wir mit Jesus wieder mal: Selig sind, die nicht sehen und doch glauben!

Da schmunzelt der Terrorist!

Die DKP hat bekanntlich überall ihre anti-marxistischen Super-Abgrenzungen gegen den Terrorismus verbreitet. In der vom DKP-Kreis Hamburg-Nord herausgegebenen Betriebszeitung „Vereinigung" hat sich dabei folgender hübscher Satz eingeschlichen: „Auch heute unterliegt es keinem Zweifel, daß die Terroranschläge nur den extremen Feinden der Arbeiterbewegung und der Demokratie schaden". Gerüchte besagen, daß der gesamte DKP-Kreis Hamburg-Nord nun wegen terroristischer Unterwanderung ausgeschlossen werden soll ...

KP Chinas dementiert:

Keine Hinrichtungen!

Seit längerem waren in der bürgerlichen Presse immer wieder Meldungen erschienen, wonach in China im Zuge der Kampagne gegen die «Viererbande» zahlreiche Menschen hingerichtet worden seien. Kürzlich verbreiteten die Nachrichtenagenturen UPI und dpa ein Foto, das angeblich *«den Transport von Häftlingen zur Hinrichtung»* zeigte. Dieses Foto erschien mit entsprechendem Text am 5./6. November in vielen westdeutschen und ausländischen Zeitungen. Die US-amerikanische «International Herald Tribune» sah sich veranlaßt, am 9. November die Sache richtig zu stellen: Die beiden Gefangenen auf dem Bild trugen nämlich große Papptafeln mit chinesischen Schriftzeichen, und die Aufschrift auf der linken Tafel lautete erkennbar: *«Verurteilung zu drei Jahren Erziehung durch Arbeit»* (Die Schrift rechts ist unleserlich).

Zweifel an den angeblich ganz seriösen Meldungen über Hinrichtungen in China (Erzählungen von «Reisenden» oder ausländischen Journalisten, die angeblich ihr Wissen von irgendwelchen Wandzeitungen beziehen) werden auch durch ein halboffizielles Dementi bestätigt: Der Leiter einer chinesischen Delegation in Japan erklärte, es gebe in China keine Hinrichtung von politischen Gefangenen (Westberliner «Tagesspiegel», 5.11.77). Also weiterhin: Mißtrauen gegenüber allen Berichten der bürgerlichen Presse bleibt geboten!



Das Schlangenei

Seit ungefähr einem Monat läuft in den Kinos der BRD der Bergman-Film „Das Schlangenei".

Dieser Film ist innerhalb der Linken sehr umstritten. Während die einen ihn als „antifaschistisch" kennzeichnen, kritisieren ihn die anderen als „politisch schädlich".

Kurz zum Inhalt: Der Film spielt 1923. Hintergrund sind der Hitler-Putsch in München und die Arbeitslosigkeit.

Haupthandlungsperson ist der arbeitslose amerikanische Artist Rosenbaum (David Carradine), in dessen Umgebung nach und nach Menschen um's Leben kommen und tot aufgefunden werden. Er selbst wird von der Polizei zwar mit diesen Toten in Verbindung gebracht, aber nicht verdächtigt.

„Endergebnis": Die Toten waren alle vorher Angestellte oder „Test"-Personen in einer Klinik, dessen Chef-Arzt sich mit Menschenversuchen beschäftigte.

Im Zusammenhang mit dem mehr und mehr offenen Auftreten der Nazis steht der faschistische Chefarzt, der seine „Menschenversuche" als Dienst darin sieht, „die Herrenrasse" zu scheiden von „minderwertigem Leben". Der von einem „Führer" spricht, der in wenigen Jahren „brutal und gradlinig" diese Arbeit fortsetzen wird.

Der Schluß: Noch ist die Zeit für den Chefarzt nicht „reif". Er nimmt sich das Leben, nach dem Rosenbaum die Hintergründe dieser „Horrorklinik" entdeckt.

Rosenbaum selber – Hauptbelastungszeuge der Staatsanwaltschaft gegen die Faschisten in der Klinik – wird von der Polizei gezwungen, ins Ausland zu gehen und seine Aussage nicht zu machen!

Die Handlung des Films spielt im kleinbürgerlichen Bereich. D.h.im „Artistenmilieu", in Nachtbars und z.T. Prostituiertenszene.

Sieht man diese Handlung, sollte man zu dem Schluß kommen, daß es ja immerhin in der BRD-Szene etwas ungewöhnliches ist, einen solchen Film zu drehen:

– Die Faschisten werden in Ansätzen so gezeigt, wie sie sich später auch verhalten haben (Judenverfolgung, Menschenversuche).
– Es wird aufgezeigt, daß tatsächlich schon zehn Jahre vorher (1923) sichtbar war, um was es sich beim Faschismus handelt.

Bergman selber dazu: *„Schon 1923 wurden die Weichen für die spätere Entwicklung gestellt"*.

Unsere Kritik bezieht sich hauptsächlich auf die Darstellung der Faschisten:

– So werden zwei „Aktionen" der Nazis gezeigt: 1) Unter Zwang der Faschisten muß jemand – offensichtlich mit einer Zahnbürste – den Bürgersteig reinigen. 2) Die Faschisten erscheinen in einem Nachtlokal, schlagen den Besitzer zusammen und brennen das Lokal ab.
– Der Chefarzt der Klinik und die Klinik selber werden als „Horrorkabinett" dargestellt. Mit allen filmischen Mitteln – die Bergman wirklich drauf hat – wird ein so düsteres Bild gezeichnet – verzweigte, dunkle Gänge, versteckte Kameras hinter Spiegeln, „verrückte" Wissenschaftler, die nur der „Wissenschaft dienen" etc. – daß es wirklich kaum möglich ist, Bezüge zu den Nazis herzustellen – geschweige denn, zu heutigen Zeiten!

Diese Darstellung der Faschisten – in allen Szenen – ist so plakativ und unglaubwürdig, daß jeder Zuschauer meint, „ein Glück, daß es heute so etwas nicht gibt". Dadurch ist der aktuelle Bezug nicht mehr gegeben und es trifft die Äußerung zu, die Bergman selber zu seinem Film gemacht hat: *„Der erste Horrorfilm, den ich gedreht habe"*!

Entsprechend dieser Devise fehlt im Film selber auch der Ansatz einer Darstellung irgendeines Widerstandes gegen den Faschismus zu jener Zeit (gerade 1923 hat es – anläßlich des Hitler-Putsches in München Massendemonstrationen gegen die Faschisten gegeben).

Entsprechend dieser Devise (des „Horrorfilms") wird im Film auch die Lage des Kleinbürgertums dargestellt:

Nur mit illegal beschafften Dollars kann man sich „über Wasser halten" und z. B. gut frühstücken, während unten vorm Bäckerladen die Arbeiterfrauen Schlange stehen!

Andererseits haben gerade diese Kleinbürger kaum eine andere Chance zu überleben, außer daß sie sich in den Dienst derer stellen, die ihnen das Geld zum Überleben bieten. In diesem Fall der Chefarzt der Klinik!

Die Möglichkeit und die Auseinandersetzung darum sich auf die Seite der Antifaschisten zu stellen, wird in diesem Film überhaupt gar nicht angedeutet, geschweige denn zur Diskussion gestellt!

Daher auch die resignative Tendenz:

– Widerstand gibt es nicht. Die Hauptperson, die sich noch individuell, moralisch auflehnt, verschwindet auf Nimmerwiedersehen!

D.h. der Film bewegt sich im „geschlossenen Rahmen" des Kleinbürgertums, daß sich – aus der Angst Privilegien zu verlieren – nicht dem antifaschistischen Kampf anschließt (Rosenbaum in einem Gespräch : „eigentlich bin ich unpolitisch") sich aber andererseits – u.a. aus finanzieller Not – den Faschisten zur Verfügung stellt!

Soweit zur Kritik des Films. Dennoch sind wir der Meinung, daß es falsch und sektiererisch wäre, diesen Film als „blödes Machwerk" oder gar als „politisch schädlich" abzutun, wie das einige Genossen machen. Eine solche „Kritik" beweist nur Unkenntnis, was heute auf dem Filmsektor überhaupt noch produziert werden kann und wird. Von Fest's „Hitler"-Film bis hin zu den diversen „Schulmädchen-Reports". Gedreht wird nur, was den Produzenten als profitabel erscheint und was – das hängt unmittelbar zusammen – derzeit in die politische Landschaft paßt (Entebbe-Film/ z.Zt. wird mit viel Aufwand ein Mogadischu-Film geplant etc.)!

Und von diesem Plunder unterscheidet sich der Bergman-Film doch ganz erheblich.

Kulturkommission



Szene aus „Das Schlangenei"

Ein AK-Leser schreibt zu dem Film

Seit Ende Oktober ist in vielen Kinos Bergmans Film „Das Schlangenei" angelaufen, der als der Erfolg von Presse und Fernsehen angekündigt und ausführlich besprochen wurde. Nur „Die Welt" empörte sich, so in dem Tenor, Bergman habe da seinen Dreckkübel über „Deutschland" ausgekippt und das sei der Dank für „unsere Gastfreundschaft" (Bergman lebt bekanntlich als Steuerflüchtling seit kurzem in der BRD) ...

Neben der Anhäufung von Brutalitäten wird da ein Geschichtsbild präsentiert, das geradezu schockierend ist. Dem Zuschauer stellt sich ein beängstigendes, krankes Chaos dar. Kein Wort darüber, was wirklich in den 20er Jahren los war, nämlich, daß es heftige Kämpfe gegen den drohenden Faschismus gegeben hat. Wohl kaum eine andere Zeit hat so eine bewußte und militante Arbeiterbewegung gehabt wir diese.

Nach diesem Film wird auch klar, warum er mit zumeist positiven Besprechungen im Fernsehen und der Presse bedacht wurde. So ein Bild des Faschismus kann niemandem schaden. Wir halten diesen Film deshalb für gefährlich, weil nicht wirkliche Ursachen des Faschismus aufgezeigt werden, sondern ein völlig mystisches, angstmachendes und dämonisches Bild davon, in dem Tenor: Faschismus kommt ganz zwangsläufig und unabwendbar, wir können nichts dagegen tun.

Statt verherrlichender Hitlerdarstellung, wie etwa in dem Fest-Film, wird hier auf einer etwas intellektuelleren Ebene gar nicht so viel anderes gemacht: eine massenpsychologische Deutung des Phänomens Faschismus, bei Bergman das Resultat des pervertierten individuellen Bewußtseins.

Wer eine realistischere Darstellung des Faschismus erwartet hat – und bei den meisten Besuchern dieses Films scheint das der Fall zu sein – sieht sich sehr schnell enttäuscht, statt dessen wird der Zuschauer am Ende in totaler Ausweglosigkeit und Düsternis zurückgelassen, wo es Kampf nicht mehr gibt.

Herrscht bald »Ruhe im Land« ?

Im Zuge der „Sympathisanten"-Hetze gerät im bundesdeutschen Kulturbetrieb einiges unter die Räder. Im Folgenden nur einige wenige, uns zufällig bekannt gewordene Fälle von Zensur und böswilliger Verleumdung.

1. Fall: Von der zwölfteiligen Sendereihe „Reden und redenlassen", die zur Zeit im dritten Fernsehprogramm des NDR ausgestrahlt wird, sollen die Folgen neun und zehn nicht gebracht werden. „Grund": In diesen beiden Folgen spielt u.a. der Schauspieler C.M. Wackernagel mit, der vom Bundeskriminalamt zu den 16 „meistgesuchten deutschen Terroristen" erklärt wurde („Hamburger Abendblatt", 11.11.77; das Datum hat nichts weiter zu sagen!).

2. Fall: „Es stimmt, daß wir von nun an kritischer zuhören werden, wenn unsere Liedermacher neue Songs vorstellen. Es ist möglich, daß wir Produzenten bei bestimmten Liedern sagen: Es lohnt sich nicht" (der dies sagte, ist der Pressesprecher der „Deutschen Grammophon GmbH", lt. „UZ", vom 11.11.77). Gerichtet waren diese Worte an F.J. Degenhardt, den engagierten linken Liedermacher.

Ähnliche Sprüche und Drohungen soll auch Hannes Wader bei seinem Produzenten „Philips" erlebt haben, als er seine „Arbeiterlieder" jüngst auflegen wollte.

3. Fall: In der Operette „Girofle-Girofla" von Charles Lecocqs wird auf sehr komische und turbulente Weise eine Entführung mit anschließender Erpressung dargestellt ... Na, was passierte wohl, als dieses lustige Singspiel im Theater der Stadt Bonn auf den Spielplan kam? Richtig geraten: Es wurde abgesetzt, weil es nicht in die augenblickliche politische Landschaft passe...



Der Bundesminister
des Innern

Das Bundesinnenministerium gibt bekannt:

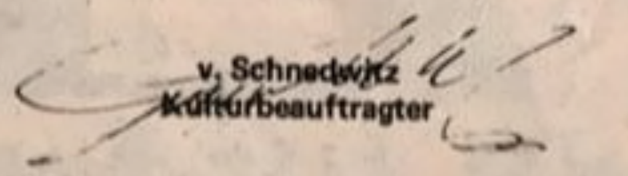
Wegen gefährlicher Nähe zur deutschen Wirklichkeit und weil sie geeignet sind, das Bild der Deutschen im Ausland in unzulässiger Weise zu verzerren, sind folgende Theaterstücke und Opern ab sofort aus dem Programm deutscher Bühnen zu streichen:

- **„Die Räuber"**
- **„Die Entführung aus dem Serail"**
- **„Faust 1–3"**
- **„Räuber Hotzenplotz"**
- **„Der Freischütz"**

Weiterhin ist die künstlerische Darbietung der „Nibelungensage" vorübergehend aus den Programmen zu nehmen, da das Bundeskriminalamt gegenwärtig prüft, ob es sich bei der angeblichen Ermordung von Siegfried durch Hagen von Tronje nicht um einen Selbstmord handelt, der als vorgetäuschter Mord zur Legendenbildung beigetragen hat.

Der Bundesinnenminister empfiehlt bis zur Herausgabe verbindlicher Richtlinien, die entstandenen Programm-Lücken mit folgenden Werken zu füllen:

- **„Pension Schöller"**
- **„Das weiße Rößl"**
- **„Zitronenjette"**
- **„Die Sennerin von Sankt Kathrein"**



v. Schnedwitz
Kulturbeauftragter

* * *

Stadttheater setzt „Katharina Blum" ab

Das Stadttheater Würzburg setzte das im Winterspielplan vorgesehene Stück „Die verlorene Ehre der Katharina Blum" von Heinrich Böll (in der Theaterbearbeitung von Margarete von Trotta) ab. Angeblich soll das Stück im Mai 1978 neu angesetzt werden.

Die Gründe für diese Maßnahme erläutert der Intendant Joachim von Groeling wie folgt: Das Stück würde *„die gerade jetzt im Ausland leider wieder angeheizte Stimmung gegen die ‚häßlichen Deutschen' und gegen die BRD als ‚Polizeistaat' verstärken..."* (v. G. in: „Mainpost", 27.10.77) und besitze nur (!?) *„eine oberflächlich stimmende, scheinbare Aktualität und eben gerade darum (eine) gefährliche Nähe zur heutigen Wirklichkeit"* (ebenda). Dabei geht von Groelings Argumentation aber an der Wirklichkeit vorbei, denn das eigentliche Thema der „Katharina Blum" ist nicht der Terrorismus, sondern die Rolle der Boulevardpresse und ihre journalistischen (Terror-) Praktiken. Diese Praktiken der einschlägigen Presse wurden kürzlich durch Wallraffs Wirken bei der „Bild"-Zeitung erneut aufgedeckt (siehe auch AK 114). Der Realitätsgehalt des Stückes erweist sich auch, wenn man die Berichterstattung im Fall Eleonore Poensgen betrachtet. Nach dem Ableben Jürgen Pontos wurde sie von vornherein in der Berichterstattung der Massenmedien für schuldig erklärt. Gleichzeitig wurden ihre Entlastungszeugen in der „Bild"-Zeitung in Form von „Fahndungsphotos" diffamiert. Der Fall E. Poensgen zeigt auf drastische Weise die Aktualität der „Katharina Blum".

Wenn von Groeling die Sache nun auf den Kopf stellt, von „scheinbarer Aktualität" oder „gefährliche(r) Nähe zur heutigen Wirklichkeit" spricht, dann bedeutet dies doch, entweder den Beitrag der Boulevardpresse zur „Sympathisantenhetze" zu verharmlosen (den sie gerade auch zur Diffamierung H. Bölls, L. Rinsers oder G. Grass' geleistet hat) oder sich auf dieselbe Argumentationsebene dieses fragwürdigen Journalismus einzulassen und Böll damit in böser Absicht als „geistigen Terroristen" zu bezichtigen. Anstatt sich der Diskussion über die Problematik der „Katharina Blum" zu stellen, fordert von Groeling Böll auf (!), *„das Stück im Moment zurückzuziehen"*. Befürchtet der Intendant vielleicht, daß *„die kritische Aussage des Stücks mit Beifall aufgenommen"* (Stellungnahme des Verlags Kiepenheuer u.Witsch) wird – wie in Aschaffenburg – oder hält er das Würzburger Publikum für *„politisch weniger mündig"*? (ebenda). Aber das Publikum wurde gar nicht gefragt! Stattdessen ordnete er in stillschweigendem Einvernehmen mit der „öffentlichen Meinung" („Trockenlegung des geistigen Nährbodens des Terrorismus") die „Umsetzung" des Stückes an; jegliche Kritik an bestehenden Verhältnissen wird damit abgwürgt oder/und pauschal in die Nähe des Terrorismus gerückt. (Siehe auch: die Absetzung des Camus-Stücks „Die Gerechten" in Darmstadt; das Sendeverbot für den Wallraff-Film; die Absetzung D. Hildebrandts „Notizen aus der Provins" u.a.).

In Würzburg hat sich nun eine Aktionseinheit aus verschiedenen fortschrittlichen Organisationen gebildet, die u.a. eine Veranstaltung mit Böll („Uns langt's! Allmählich langt's uns ganz dicke hier") plant.

KB-Sympathisanten aus Würzburg

»Revolte im Erziehungsheim«

Neben Dario Fo's „Bezahlt wird nicht" (s. AK 115) läuft jetzt im Malersaal des Hamburger Schauspielhauses noch eine andere sehenswerte Aufführung „Revolte im Erziehungshaus" von Peter Martin Lampel. Das Stück, es spielt um 1928, zeigt die Situation von Fürsorgezöglingen, die statt erzogen zu werden und eine Ausbildung zu bekommen, geschlagen, tyrannisiert und ausgebeutet werden. Am Schluß wissen sie sich nicht mehr anders zu helfen und schlagen im Heim alles kurz und klein. Dem Direktor des Heims tragen sie ihre Forderungen vor, aber der geht nicht darauf ein, sondern läßt die Revolte mit Hilfe der Polizei niederschlagen. Die Jungen werden zum Teil verhaftet, die anderen werden in andere Heime gebracht. Die Perspektive des Stückes liegt im Schlußsatz, den der Anführer der Revolte spricht, daß nämlich solche Revolten immer niedergeschlagen werden, solange sie nur in einzelnen Heimen geschehen, erst wenn die gesamte Arbeiterklasse sich wehrt, wird man etwas erreichen. Das Stück wurde 1928 in Berlin von der „Gruppe junger Schauspieler" uraufgeführt. Es wurde ein großer Erfolg; es wurde nicht nur applaudiert, sondern vor allem auch diskutiert. Der Autor Lampel hatte nämlich selbst im Erziehungsheim gearbeitet und konnte daher autentisches Material auf die Bühne bringen. Es hatte damals auch einzelne solcher Revolten in Heimen gegeben. Auch heute löst das Stück Betroffenheit aus. Wer nicht glauben will, daß sich seit 1928 nicht viel geändert hat, dem ist das Programmheft zu empfehlen, in dem die Parallelen zu heute gezogen werden. Es geht klar daraus hervor, daß eine Veränderung der Heimerziehung heute genau so dringend ist wie damals.

Eine nützliche Aufführung, die zum Nachdenken und zur Diskussion anregt.

Kulturkommission